

120 JAHRE



JUSOS ÜBERZEUGUNG
IST KEIN TREND

Bundeskongress 2024

ANTRAGSBUCH

Nach I.4cc der Richtlinie für Tätigkeiten der Arbeitsgemeinschaften in der SPD hat der Juso-Bundesvorstand den Antragsschluss auf den 11. Oktober 2024 festgelegt. Die vorliegenden Anträge wurden fristgerecht eingereicht. Die Gliederung der Anträge und die Vergabe der Antragsnummern stellen keine inhaltliche Bewertung der vorliegenden Anträge dar. Die Antragskommission hat der Sortierung der Anträge in der Reihenfolge zugestimmt. Die Antragskommission empfiehlt, alle Anträge auf Grund ihrer politischen Bedeutung dem Kongress zur freien Entscheidung zu überlassen.

Die Antragskommission empfiehlt mit Verweis auf den Beschluss des Bundeskongresses von 2014, Anträge erst dann zur Beratung zuzulassen, wenn sie durch die Antragssteller*innen in geschlechtergerechter Sprache vorgelegt werden.

Anträge

Inhaltsverzeichnis

A - Leitantrag

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
A1	Jugendwahlprogramm für die Bundestagswahl 2025 Juso-Bundesvorstand	21

B - Beschäftigung und gute Arbeit

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
B1	Verbandsklagerecht für Gewerkschaften AG Jusos Baden-Württemberg	39
B2	Streichung des Anti-Streik-Paragraphen 160 SGBIII AG Jusos Baden-Württemberg	41
B3	Kinderarbeit auch online regulieren AG Jusos Baden-Württemberg	43
B4	„Regel“-mäßige Auszeit! Keine Arbeit bei Regelschmerzen – Menstruationsbedingte Arbeitsunfähigkeit (MAU) für menstruierende Personen jetzt! JUSO Vorstand SPD-Landesverband Saar	45
B5	Die Mindestlohnkommission – ist das eine Kommission oder kann die weg Jusos Bayern	48
B6	Für den Arbeitskampf in Zeiten der Klimakrise - gegen Hitzestress am Arbeitsplatz Jusos Berlin	49
B7	Mindestlohn – Aber richtig! Jusos Hessen-Nord	52
B8	Mehr als nur ein Obstkorb - New Work JUSO Vorstand SPD-LV Rheinland-Pfalz	53
B9	Gesetzliche Regelung eines angemessenen Nachtzuschlages JUSO Vorstand SPD-LV Rheinland-Pfalz	60
B10	Tarifbindung stärken: Verbot von OT-Mitgliedschaften in Arbeitgeberverbänden! Jusos Th	62

C - Chancengleichheit, Bildung, Ausbildung

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
C1	Wissenschaftler:innen nicht hängen lassen! Für faire Anstellungs- und Arbeitsbedingungen und eine Stärkung des Mittelbaus im wissenschaftlichen Betrieb AG Jusos Baden-Württemberg	64
C2	Korrektur des BAföGs für Spezialfälle AG Jusos Baden-Württemberg	70
C3	Bildung ohne Grenzen: Für ein Hürdenfreis Studium in Deutschland! AG Jusos Baden-Württemberg	71
C4	Jugend- und Auszubildendenvertretungen stärken AG Jusos Baden-Württemberg	73
C5	Großunternehmen zur Anonymisierung von Bewerbungsunterlagen verpflichten AG Jusos Baden-Württemberg	74
C6	Duale (Aus-)bildung stärken und weiterdenken! Mehr Rechte und Schutzmechanismen für Auszubildende und Dual Studierende! JUSO Vorstand SPD-Landesverband Saar	76
C7	Wir wollen mehr Demokratie (an Schulen) wagen JUSO Vorstand SPD-Landesverband Saar	81
C8	Vergütungspflicht für Pflichtpraktika im Studium und schulischer Ausbildung sowie Famulatur Jusos Brandenburg	83
C9	„Hast du denn keine eigene CNC-Fräse zuhause?“ – Betriebe müssen Lernmittel zur Verfügung stellen! Juso Vorstand SPD-Bezirk Nord-Niedersachsen	84

D - Demokratie & Partizipation

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
D1	Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit! Sie muss wehrhaft sein! JUSO Vorstand SPD-Landesverband Saar	86
D2	Gleichstellung und Wertschätzung der Freiwilligendienstleistenden Jusos Hamburg	90
D3	Keine Integration ohne Teilhabe! – Wahlrecht für alle! Jusos Sachsen-Anhalt	91
D4	Pistorius' Wehrdienstmodell: Eine Scheinlösung auf Kosten der Jugend Jusos Nordrhein-Westfalen	93
D5	Enquete Kommission Jusos Hessen-Süd	98

E - Europa

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
E1	Keine Schuldenbremse in der Ukrainekrise Jusos Brandenburg	99
E2	Keine Einbahnstraße der Verantwortung- EU-Lieferkettengesetz jungsozialistisch gedacht JUSO Vorstand SPD-LV Rheinland-Pfalz	100
E3	Ausbeutung in Europa stoppen! Eine europäische Lösung für Saisonarbeiter*innen JUSO Vorstand SPD-LV Rheinland-Pfalz	103
E4	Die transatlantischen Beziehungen unter Druck - Finden wir auch in Zukunft gemeinsame Antworten auf die multiplen Krisen unserer Zeit? Juso Vorstand SPD-Bezirk Nord-Niedersachsen	107
E5	Ein Genozid vor den Augen Europas: Die EU und der Sudan-Konflikt Jusos Nordrhein-Westfalen	109
E6	Slava Ukraini! Unabhängigkeit der Ukraine stärker unterstützen Jusos Hessen-Süd	112
E7	Westbalkan Jusos Hessen-Süd	114

F - Frieden und Internationales

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
F01	Jungsozialistische Perspektiven zum Nahostkonflikt Juso-Bundesvorstand	118
F02	Queerfeindliche und autoritäre Gesetzgebung in Georgien konsequent verurteilen! Jusos Berlin	125
F03	Friedensinitiative Nahost: Das zivile Leben in Gaza und Israel muss geschützt werden! Jusos Hamburg	129
F04	„The Massalit Will not Come Home“ Juso AG-Landeskonferenz SPD-LV Schleswig-Holstein	131
F05	15 Jahre Völkermord auf Sri-Lanka - Anerkennung und Gerechtigkeit jetzt Jusos Hessen-Nord	133
F06	Das Versöhnungsabkommen zwischen Deutschland und Namibia muss neu verhandelt werden! - Wir müssen unsere historische und juristische Schuld anerkennen! Juso Vorstand SPD-Bezirk Hannover	137

G - Gleichstellung, Feminismus & Gender

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
G01	Sicher und selbstbestimmt: Ausbau der Versorgungslage für Schwangerschaftsabbrüche AG Jusos Baden-Württemberg	141
G02	Abtreibung ist Women's healthcare- Entkriminalisierung JETZT JUSO Vorstand SPD-Landesverband Saar	143
G03	Mutterschutz bei Fehlgeburten JUSO Vorstand SPD-Landesverband Saar	146
G04	Femizide - Geschlechtsbezogene Gewalt stoppen! JUSO Vorstand SPD-Landesverband Saar	149
G05	Die schönste Nebensache der Welt: Warum gerechte Bezahlung im Frauenfußball längst überfällig ist JUSO Vorstand SPD-Landesverband Saar	153
G06	Sterilisation JUSO Vorstand SPD-Landesverband Saar	155
G07	Mutterschutz bei Fehlgeburten Juso AG-Landeskonferenz SPD-Landesorganisation Bremen	156
G08	Zu wenig Zeit für zu viel Stress - warum wir eine feministische Zeitpolitik brauchen Jusos Berlin	157
G09	Abschaffung der Tagessätze in Frauenhäusern durch eine ausreichende Finanzierung Jusos Hessen-Nord	160
G10	Sicherstellung zur Kostenübernahme durch Krankenkassen von geschlechtsangleichenden Maßnahmen Jusos Hessen-Nord	161
G11	Genderverbot verbieten! - Wir spielen die Uno-Reverse Karte JUSO Vorstand SPD-LV Rheinland-Pfalz	162
G12	Bunte Dörfer - Mehr queere Sichtbarkeit im ländlichen Raum! Jusos Hessen-Süd	163

I - Inneres, Justiz & Verbraucher*innenschutz

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
I01	GBL – Bitteres Zeug AG Jusos Baden-Württemberg	165
I02	Unabhängige Behörde für Ermittlungen gegen Polizist:innen AG Jusos Baden-Württemberg	166
I03	Klassenjustiz adé: Wir bringen die Kirsche auf die Gerechtigkeits-Torte! AG Jusos Baden-Württemberg	167
I04	Für eine gesunde, gerechte und geschützte Polizei, Forderungen für eine breite Reform der Polizei AG Jusos Baden-Württemberg	169
I05	Reform der Regelungen zu psychosozialer Prozessbegleitung im Strafverfahren AG Jusos Baden-Württemberg	179
I06	Psychologische Betreuung von Anzeigerstatter*innen AG Jusos Baden-Württemberg	182
I07	Verschärfung des Waffenrechts in Schießstätten AG Jusos Baden-Württemberg	183
I08	Adelstitel abschaffen AG Jusos Baden-Württemberg	185
I09	Es gibt keine Kinderpornografie! Kindermissbrauchsdarstellungen klar und deutlich benennen! JUSO Vorstand SPD-Landesverband Saar	186
I10	Verfassungsschutz abschaffen – und dann? Jusos Bayern	188
I11	§ 146 GVG – Die abhängige StA ist nicht unser Star! JUSO Vorstand SPD-LV Rheinland-Pfalz	194
I12	§ 316a StGB streichen – Lex Götze ist schon längst fällig! JUSO Vorstand SPD-LV Rheinland-Pfalz	196
I13	Sicherheitshalber Links – Für eine jungsozialistische Innen- und Sicherheitspolitik Jusos Nordrhein-Westfalen	197
I14	Rettung aus der Luft Jusos Hessen-Süd	209
I15	Vor dem Gesetz sind nicht alle gleich? – Für ein Ende der modernen Klassenjustiz Jusos Hessen-Süd	210
I16	Fairplay auch bei den Finanzen - gerechtere Verteilung von Geldern im Sport Jusos Hessen-Süd	217
I17	Reden ist Silber, Schweigen ist Gold – Warum Sozialarbeitende endlich schweigen dürfen sollten Jusos Bezirk Braunschweig	220
I18	Für ein Zeugnisverweigerungsrecht in der Sozialen Arbeit! JUSO Vorstand SPD-LV Rheinland-Pfalz	222
I19	Damit das Geld auch dort ankommt, wo es benötigt wird – Eine Reform des Beschaffungswesens der Bundeswehr AG Jusos Baden-Württemberg	225

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
I20	Jedermannsrecht: Freies Zelten ermöglichen Juso AG-Landeskonferenz SPD-Landesorganisation Bremen	228

K - Kampf gegen Rechts

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
K01	Stabil links gegen rechts Jusos Bayern	229
K02	Streichung der staatlichen Finanzierung der AfD Jusos Hessen-Nord	241
K03	Endlich Zähne zeigen! AfD-Hetze in Parlamenten konsequent bekämpfen Jusos Hessen-Nord	242
K04	Wehret den Anfängen - Nie wieder ist jetzt! Juso AG-Landeskonferenz SPD-LV Schleswig-Holstein	243
K05	Wir geben den Osten nicht auf - trotz alledem! Jusos Berlin, Jusos Brandenburg, Jusos Sachsen, Jusos Mecklenburg-Vorpommern, Jusos Thüringen, Jusos Sachsen-Anhalt	245

M - Migration, Integration, Asyl- & Geflüchtetenpolitik

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
M01	Kein Mensch ist illegal – Für eine jungsozialistische Asylpolitik Juso-Bundesvorstand	254
M02	Die Bezahlkarte konsequent bekämpfen - Für eine Asylpolitik ohne Stigmatisierung und Ausgrenzung Jusos Nord-Niedersachsen	262
M03	Links blinken , rechts abbiegen - die Heuchelei der Asyl-und Migrationspolitik Jusos Sachsen-Anhalt	265
M04	Abschaffung von Bezahlkarten und Förderung der Integration von Geflüchteten durch finanzielle Autonomie und faire Arbeitsbedingungen Jusos Hessen-Süd	267
M05	Islamismus lässt sich nicht abschieben! Jusos Bayern	269
M06	Staatenlosigkeit - Niemand kennt einen außer das Finanzamt Jusos Mecklenburg-Vorpommern	274
M07	Intersektionale Aufarbeitung anlässlich 35 Jahre Mauerfall: Das Schicksal der sogenannten Vertragsarbeiter*innen in der DDR endlich anerkennen Jusos Berlin	276
M08	Keine Entmündigung durch Bezahlkarten – Würde ist nicht verhandelbar! Jusos Berlin	278
M09	Doppelt unsichtbare Diskriminierungen sichtbar machen und bekämpfen! - Kurd*innen & religiöse Minderheiten schützen Jusos Berlin	280
M10	Abschiebungen nach Afghanistan stoppen Jusos Berlin	285
M11	Grenzen öffnen, Extremismus bekämpfen: Für Menschlichkeit und Rechtsstaat! Jusos Sachsen	287
M12	Doppelt belogen und betrogen: Ehemalige mosambikanische Vertragsarbeiter:innen endlich gerecht entlohnen! Jusos Sachsen	291
M13	Wir lassen uns nicht spalten! Jusos Hamburg	294
M14	Schluss mit rechten Narrativen: Für eine SPD ohne rechtskonservative Einflüsse und menschenfeindliche Abschiebepolitik Jusos Hamburg	297
M15	Migrationsberatung und Berufssprachkurse ausfinanzieren! Jusos Hamburg	298
M16	Kampf gegen anti-Asiatischen-Rassismus – gestern, heute und morgen! Jusos Hessen-Süd	299

N - Netzpolitik, Medien, Datenschutz & Digitales

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
N01	Vergesellschaftung der Festnetz- und Mobilfunkinfrastruktur AG Jusos Baden-Württemberg	303
N02	Anerkennung digitaler Gewalt als Gewaltform und Stärkung des Schutzes für Betroffene AG Jusos Baden-Württemberg	304
N03	(Un)Sicherheit im Netz? - Das "Neuland" sicher für alle machen! AG Jusos Baden-Württemberg	306
N04	Stoppt die Zerstörung von Videospiele durch die Publisher Juso AG-Landeskonferenz SPD-Landesorganisation Bremen	318
N05	Verbot von In-App-Käufen in Spielen als Form des Glücksspiels für Personen unter 18 Jahren JUSO Vorstand SPD-LV Rheinland-Pfalz	319
N06	Error 404: Datensicherheit not found Jusos Hessen-Süd	320

O - Öffentliche Daseinsvorsorge, Mieten & Kommunales

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
001	Runter mit den Miet- und Immobilienpreisen - Verstaatlichung der großen Immobilienkonzerne AG Jusos Baden-Württemberg	321
002	Digitale Verwaltung in Deutschland konsequent umsetzen AG Jusos Baden-Württemberg	322
003	Die Mietpreislösung hat keine Lösung. Unser Konzept zu einer wirksamen Mietpreislösung und weiteren Entlastung des Wohnungsmarkts AG Jusos Baden-Württemberg	323
004	Pinkelkapitalismus beenden!- Sanifair enteignen JUSO Vorstand SPD-Landesverband Saar	325
005	Feministische Stadtplanung - Für lebenswerte Städte und Gemeinden für alle Menschen! Jusos Brandenburg	326
006	Notstandsfonds „Wohnraum“ Jusos Brandenburg	328
007	Schluss mit dem Pinkel-Profit! Sanifair und Co. verstaatlichen! JUSO Vorstand SPD-LV Rheinland-Pfalz	330

P - Pflege, Gesundheit & Soziales

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
P01	Stigmatisierung beenden! – PTBS bekämpfen! AG Jusos Baden-Württemberg	332
P02	Interkulturelle Kenntnisse stärken – für Kultursensibilität in der Psychotherapie AG Jusos Baden-Württemberg	335
P03	Homöopathie – Wenn's doch wirkt, beweis es. AG Jusos Baden-Württemberg	337
P04	Babybox statt Steuer-ID AG Jusos Baden-Württemberg	339
P05	Psychotherapeutische Weiterbildung sichern – Wegfall der Versorgung verhindern JUSO Vorstand SPD-Landesverband Saar	340
P06	Die Welt gehört in Kinderhände! Bundesweite Standards für Qualität und Zuverlässigkeit in Kindertagesstätten. Jusos Bezirk Hannover	343
P07	Überschuldung verhindern – Armutfallen bekämpfen Jusos Hamburg	349
P08	Keine Streichungen bei der Agentur für Arbeit! Jusos Hamburg	351
P09	Mentale Gesundheit ist kein Luxus - Psychotherapie im Late Stage Kapitalismus auf den neuesten Stand bringen Jusos Hessen-Nord	352

R - Rente, Generation & Familie

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
R01	Gesellschaftlicher Zusammenhalt: Generationengerechtigkeit herstellen! JUSO Vorstand SPD-Landesverband Saar	354
R02	You`ll never walk alone! - Waisen nicht alleine lassen JUSO Vorstand SPD-LV Rheinland-Pfalz	359
R03	Waisen nicht verwaisen lassen Jusos Hessen-Süd	361

U - Umwelt, Energie & Nachhaltigkeit

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
U01	Wiedereinführung der Sektorziele für erfolgreichen Klimaschutz mit klaren Richtlinien und Einführung von automatisch greifenden Konsequenzen bei Verstoß der Regierung gegen § 8 KSG AG Jusos Baden-Württemberg	363
U02	Klimapolitik weiter Denken: CDR als Schlüssel zur Erreichung der Klimaziele AG Jusos Baden-Württemberg	366
U03	Mehr Geld fürs Pfand AG Jusos Baden-Württemberg	369
U04	Ein soziales Netz für die Klimakrise: Absicherung für eine gerechte Zukunft Juso AG-Landeskonferenz SPD-Landesorganisation Bremen	370
U06	Fischerei im Gleichgewicht: Nachhaltiger Kurs für Nord- und Ostsee Jusos Mecklenburg-Vorpommern	372
U07	Unsere Zukunft: sozial gerecht und dekarbonisiert! Jusos Hamburg	376
U08	SackgASSE Atommüll - Altlasten der schmutzigen Atomenergie-Ära fair und generationengerecht verteilen Jusos Bezirk Braunschweig	380
U09	Ein Leben ohne Mops ist möglich, aber sinnlos – eines ohne Qualzucht ist nicht nur sinnvoll sondern auch nötig Jusos Bezirk Braunschweig	384
U10	Verpflichtende Mindestmenge eines Rezyklatanteils bei neuen Plastikprodukten JUSO Vorstand SPD-LV Rheinland-Pfalz	386
U11	Für eine Landwirtschaft mit Zukunft – ökologisch, gerecht und klimaneutral! Jusos Weser-Ems	387
U12	Das Züchten, der Handel, das Werben und das Importieren von und mit Tier-Qualzuchten verbieten! Jusos Hessen-Süd	393
U13	Schnell, schneller, Fast Fashion Jusos Hessen-Süd	395
U14	Reformvorschlag der Bundesnetzagentur vorziehen. Netzentgelte senken. Ausbau der Erneuerbaren Energien unterstützen. Jusos Hessen-Süd	396

V - Verkehr & Infrastruktur

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
V01	Verbot von Privatjetflügen in Deutschland AG Jusos Baden-Württemberg	398
V02	Ohne Stress durch ganz Europa: Ein europäisches Zugticket AG Jusos Baden-Württemberg	399
V03	Eine deutsche Bahn Juso AG-Landeskonferenz SPD-LV Schleswig-Holstein	400
V04	To boldly go where no one has gone before Jusos Hessen-Süd	402
V05	Die Sache mit den Bienchen, den Blümchen und den Feldwegen Jusos Hessen-Süd	407

W - Wirtschaft, Finanzmärkte, Steuern & Kapitalismuskritik

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
W01	Dieselprivileg abschaffen AG Jusos Baden-Württemberg	410
W02	Mehrbelastung durch steigenden CO2-Preis mit Mobilitätsgeld auffangen AG Jusos Baden-Württemberg	411
W03	Abschaffung der Umsatzsteuer auf Grundnahrungsmittel AG Jusos Baden-Württemberg	413
W04	Steuerschulpfloch schließen – Verschonungsbedarfsprüfung abschaffen JUSO Vorstand SPD-Landesverband Saar	414
W05	Wir Jusos – Selbstverortung der Jusos Jusos Bayern	415
W06	Den richtigen Verteilungskampf führen! Jusos Bayern	422
W07	Kleine Konzessionsabgaben für kleine Gewerbebetriebe Jusos Hamburg	435
W08	Die junge Generation der „female and male breadwinners“: Der gerechte Weg zur Abschaffung des Ehegattensplittings Jusos Bezirk Braunschweig	436
W09	Portemonnaies leichter machen Jusos Hessen-Nord	440
W10	Gesetzliches Verbot von Multi-Level-Marketing (MLM) Systemen JUSO Vorstand SPD-LV Rheinland-Pfalz	441
W11	Schließung von Steuerschlupflöchern bei internationalem Online-Shopping JUSO Vorstand SPD-LV Rheinland-Pfalz	443
W12	Gemeinnützigkeit den Gemeinnützigen, nicht der Wohlstandslobby Jusos Thüringen	444

X - Organisationspolitik

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
X01	ROTES NETZ UND WEBSOZI NEU DENKEN AG Jusos Baden-Württemberg	446
X02	Unsere Perspektive auf die Bundestagswahl Jusos Bayern	448
X03	Anträge mit landespolitischen Bezug nicht auf dem BuKo behandeln! Juso AG-Landeskonferenz SPD-Landesorganisation Bremen	450
X04	Vernetzungen und Bildungsarbeit auf Veranstaltungen der Bundesjusos verpflichtend machen Jusos Brandenburg	451
X05	Einheitliche Awareness Konzepte in der Partei Jusos Hessen-Nord	453
X06	Wir brauchen keine Rosen sondern Gleichberechtigung - Keine Blumen am feministischen Kampftag JUSO Vorstand SPD-LV Rheinland-Pfalz	454
X07	Deadnaming raus au den Parteibüchern Jusos Sachsen-Anhalt	455

Z - Initiativanträge

Bezeichner	Titel · Antragsteller*in · Empfehlung	Seite
Ini01	Awarenesskonzept Juso-Bundesvorstand	456

Antrag A1: Jugendwahlprogramm für die Bundestagswahl 2025

Antragsteller*in:	Juso-Bundesvorstand
Sachgebiet:	A - Leitantrag

Die Versammlung möge beschließen:

1 **Unsere Jugendkampagne**

2 Zum Beginn dieses Jahres sind bundesweit hunderttausende Menschen auf die Straße
3 gegangen, um für die Demokratie und gegen die AfD zu demonstrieren. An die Stelle des
4 lange bestehenden Grundvertrauens in den Fortbestand der liberalen Demokratie in
5 Deutschland ist bei vielen die Angst hervorgerufen, dass wiedererstarkte
6 faschistische Kräfte eben diese Demokratie beseitigen werden. Die drei Landtagswahlen
7 im Osten zeigen ein gemischtes Bild, bestätigen aber die zunehmende Zustimmung zu
8 rechten Kräften.

9 Der Rechtsruck erschöpft sich jedoch nicht in einer Zunahme der Zustimmung für die
10 AfD. Auch Politiker*innen der anderen Parteien übernehmen zunehmend Positionen, die
11 vor wenigen Jahren noch verpönt waren. Insbesondere zeigt sich das in der Asyl- und
12 Migrationspolitik, in der die CDU inzwischen fordert, alle Geflüchteten an den
13 Grenzen gewaltsam zurückzuweisen und die SPD Geflüchtete, die die Grenze überqueren,
14 unmittelbar in Abschiebehaft nehmen will – eine Forderung, die man noch vor wenigen
15 Jahren entschieden ablehnte.

16 Wir stellen uns gegen diesen zunehmenden Rechtsruck. Wer Narrative der politischen
17 Gegner übernimmt, stärkt diese. Aufgabe der Sozialdemokratie ist es, die Spirale der
18 sich nach rechts verschiebenden Debatten zu durchbrechen. Rechten Parteien ist es in
19 den letzten Jahren gelungen, politische Debatten von der Suche nach Lösungen auf die
20 Suche nach Feindbildern zu verlagern. Das Gefühl der Dauerkrisen, Zukunftsängste und
21 sozialer Unfrieden bestärken Menschen in ihrem Vertrauensverlust in Politik und
22 Institutionen und dem Zuwenden zu rechten Kräften.

23 Demokratische und linke Parteien stehen in der Verantwortung, endlich wieder die
24 Bekämpfung der Ursachen der Krisen und der Verunsicherung in das Zentrum ihrer
25 politischen Bemühungen zu stellen, statt in den Chor der Rechten einzustimmen. Es
26 braucht eine eigene konkrete Vision für eine gerechte und sichere Welt.

27 Wer im nächsten Bundestag progressive Mehrheiten erreichen will, muss jetzt dafür
28 sorgen, dass wir die Spirale aus sich immer stärker nach rechts verschiebenden
29 Diskursen durchbrechen. Wer gewinnen will, muss die Diskursdominanz der Rechten und
30 Konservativen durchbrechen und die Zuspitzung entlang der materiellen Ursachen der
31 Ungerechtigkeiten unserer Gesellschaft suchen und dafür Lösungen bieten.

32 Die gesellschaftliche Konfliktlinie verläuft nicht zwischen den Schwächsten, sondern
33 zwischen Arm und Reich, zwischen Kapital und Arbeit. Nicht erfüllte Erwartungen und
34 die Enttäuschung vieler Menschen bieten einen Nährboden dafür, dass sich viele von
35 der Demokratie abwenden. Denn während der Kapitalismus allen verspricht, ein
36 selbstbestimmtes Leben in Freiheit und ohne materielle Sorgen zu ermöglichen, hält er
37 das nur für die wenigsten ein. Der Reichtum weniger wird auf Kosten der Vielen
38 erkaufte.

39 Wir kämpfen für eine andere Gesellschaft der Freien durch Gleichen. Denn wirkliche
40 Freiheit, Freiheit von materiellen Nöten, Freiheit von Diskriminierung, Freiheit,
41 sich durch selbstbestimmte und demokratisierte Arbeit zu verwirklichen, kann es nur
42 geben, wenn wir Chancengleichheit schaffen und die unerträgliche materielle
43 Ungleichheit beseitigen.

44 Die Lebenschancen gerade für junge Menschen sind in Deutschland extrem ungleich
45 verteilt. Die soziale Mobilität ist auf einem historischen Tief. Es ist ein
46 ursprünglich sozialdemokratisches Versprechen, eine Gesellschaft zu verwirklichen, in
47 der es wirklich alle schaffen können. In der durch Bildung und Arbeit Wohlstand und
48 gesellschaftliche Teilhabe für jede*n verwirklicht wird. Dieses Versprechen gilt es
49 für alle in dieser Gesellschaft zu erneuern und dafür für politische Mehrheiten zu
50 kämpfen.

51 **Unsere Generation**

52 Als Jugendverband adressieren wir vor allem junge Menschen. Dabei müssen wir
53 feststellen, dass auf der einen Seite gerade in den letzten Jahren bei jungen
54 Menschen rechte und rechtsradikale Positionen zunehmend auf Zustimmung treffen. Die
55 Grundannahme, die für viele Jahre galt, dass unsere Generation grundsätzlich eher
56 progressiv ist, ist nicht mehr ohne weiteres aufrechtzuerhalten. Auf der anderen
57 Seite wählen viele junge Menschen mit grundsätzlich eher progressiven Positionen
58 zunehmend Kleinstparteien.

59 Die Landtagswahlen im Osten haben gezeigt, dass rechtsextreme Positionen vor allem
60 bei jungen Männern im ländlichen Raum zunimmt, während gerade junge Frauen in die
61 entgegengesetzte Richtung tendieren und eher linke Parteien unterstützen. Ähnlich
62 fällt der Vergleich von jungen Menschen in ländlich oder eher städtisch geprägten
63 Gebieten aus. Dieses gesplante Bild einer insgesamt stärker nach rechts gerückten
64 Jugend und der Vertrauensverlust in die etablierten Parteien insgesamt stellt uns vor
65 große Herausforderungen. Es gilt einerseits, progressiv, links denkende junge
66 Menschen zu erreichen und zu zeigen, dass die Jusos ihren Überzeugungen innerhalb der
67 Sozialdemokratie eine starke Stimme geben. Andererseits gilt es, den Kampf mit den
68 Faschisten um die junge Generation aufzunehmen, junge Menschen wieder für linke
69 Politik und Bewegungen zu begeistern und somit dem Rechtsruck unserer Generation
70 etwas entgegenzusetzen.

71 Wir geben unsere Generation nicht auf! Die Unzufriedenheit, die Zukunftsängste und
72 die skeptische Haltung gegenüber Politik und Institutionen haben reale Ursachen. Wir
73 werden alles daransetzen, vor allem junge Menschen wieder für linke Visionen und die
74 Sozialdemokratie zu gewinnen. Dazu gehört, dass wir konkret und lebensnah zeigen,
75 dass einerseits neoliberale Politik die Ursache für viele Alltagsprobleme junger
76 Menschen ist, dass andererseits sie es aber auch in der Hand haben, sich in der
77 Demokratie für den Gegenentwurf einer Gesellschaft einzusetzen, in der das gute Leben
78 für alle hergestellt wird.

79 **Unsere Kampagnenziele**

80 Wir wollen jungen Menschen mit unserer Kampagne das Gefühl vermitteln, dass sie den
81 Krisen dieser Welt nicht hilflos ausgeliefert sind. Dass die Ursachen von Armut,
82 Ausbeutung und Zukunftsängste politisch und gesellschaftlich geschaffen sind und sie
83 es in der Hand haben, durch eigenes Engagement und gemeinschaftliche Organisation

84 ebendiese Ursachen zu verändern. Dabei wollen wir insbesondere progressive und junge
85 Menschen ansprechen, die sich selbst als unpolitisch bezeichnen würden erreichen und
86 links politisieren. Von großer Bedeutung ist für uns dabei insbesondere junge
87 Nichtwähler*innen und Erstwähler*innen zu mobilisieren, indem wir ihnen vermitteln,
88 dass die Sozialdemokratie für ihre Interessen kämpft. Gleichzeitig wollen wir linke
89 junge Menschen mobilisieren, dass auch ihre Stimme für sozialdemokratische Politik
90 richtig ist.

91 Dem Rechtsruck stellen wir uns entgegen. Wir verteidigen unsere Demokratie, weil wir
92 fest daran glauben, dass es in unserer Hand liegt, die bestehenden Verhältnisse zum
93 Besseren zu verändern.

94 Der neoliberalen Wettbewerbserzählung, in der jede und jeder miteinander konkurriert,
95 wollen wir mit Solidarität und Zusammenhalt begegnen. Wir glauben, dass in
96 kollektiver Organisation und der Veränderung der materiellen Verhältnisse der
97 Schlüssel für eine gerechtere und solidarische Zukunft liegt.

98 Während die Rechten in gesellschaftlichem Fortschritt Bedrohung sehen und für eine
99 rückwärtsgewandte Ideologie kämpfen, sind wir überzeugt, dass in gesellschaftlichen
100 Veränderungen Chancen sind unsere Gesellschaft gerechter und besser zu machen. Dass
101 eine gerechte Verteilung von Einkommen, Vermögen und Gleichverteilung von
102 Lebenschancen den Einzelnen ebenso wie unsere Gesellschaft als Ganzes voranbringt,
103 dass eine gemeinsame und demokratische Organisation von Daseinsfürsorge
104 gesellschaftlichen Fortschritt bedeutet, gegenüber privatisierten Wohnungsmärkten und
105 Krankenhäusern.

106 Wir sehen in Migration eine Bereicherung und stehen fest zum Menschenrecht auf Asyl.
107 Wir wollen die Ursachen von Flucht und Vertreibung beseitigen, während wir
108 gleichzeitig als Gesellschaft zu unserer Verantwortung stehen, Schutzsuchende
109 aufzunehmen.

110 In dem Wandel unserer Industrie und Wirtschaft zu einer klimaneutralen
111 Produktionsweise sehen wir die Möglichkeit, Arbeitsplätze zu erhalten, unsere
112 industrielle Basis zu erneuern und sind fest davon überzeugt, dass diese
113 sozialökologische Transformation politisch gestaltet und nicht anarchistischen
114 Marktkräften überlassen werden darf.

115 Während rechte Politik für Abschottung, Angst und Armut steht, glauben wir an
116 Solidarität und Gemeinschaft und haben den Anspruch, unserer Zukunft solidarisch und
117 miteinander zu gestalten. Wir wollen die materiellen Voraussetzungen schaffen, damit
118 junge Menschen wieder die Zuversicht haben, in diesem Land eine gute Zukunft zu haben
119 und sie dadurch für sozialdemokratische Politik zu begeistern.

120 **Unsere Themen**

121 Es ist in unserer Kampagne das Ziel, die lebensweltlichen Erfahrungen junger Menschen
122 zu adressieren.

123 Junge Menschen sind die von allen Altersgruppen am stärksten von Armut betroffene.
124 Von Inflation, Preisschocks und wirtschaftlicher Stagnation sind sie besonders hart
125 getroffen, Mental-Health-Probleme betreffen sie besonders aufgrund von Corona-
126 Nachwirkungen, dem starken Gefühl von multiplen Krisen und Zukunftsängsten. Deswegen
127 werden wir einen starken Fokus auf die Voraussetzungen legen, die ein gesundes Leben

128 in sozialer Sicherheit braucht.

129 Daneben sind junge Menschen besonders durch die Wohnraumkrise betroffen. Sie finden
130 keine bezahlbaren WG-Zimmer, Wohnplätze in Studierenden- oder Azubiwohnheimen,
131 Wohnung für die junge Familie und sind dadurch extrem in ihrer Lebensführung
132 eingeschränkt. Zentrales Ziel für uns ist es, endlich wirksame Maßnahmen wie z.B. ein
133 Mietendeckel zur Beendigung dieser Krise umzusetzen.

134 Unser Land braucht eine umfassende Erneuerung und Modernisierung. Das betrifft unsere
135 Schulen, genauso wie die Verkehrs- und soziale Infrastruktur. Wir wollen, dass wir
136 endlich wieder unserer Generation die besten Voraussetzungen für ein gelingendes
137 Leben in allen Bereichen bieten können. Dafür gilt es natürlich, die Schuldenbremse
138 abzuschaffen, um den Missstand jahrzehntelang unterlassener Investitionen endlich
139 anzugehen.

140 Wir wollen allen ein selbstbestimmtes und freies Leben ermöglichen. Deswegen kämpfen
141 wir für eine Gesellschaft, in der die Ausbeutung von Frauen beendet wird, in der
142 gleiche Löhne für gleiche Arbeit gezahlt werden und Care-Arbeit gerecht zwischen den
143 Geschlechtern verteilt wird.

144 Asyl ist ein Menschenrecht. Wir werden es verteidigen. Wir lassen nicht zu, dass
145 Europa eine Festung wird, sondern wollen geflüchtete Menschen willkommen heißen und
146 aufnehmen in unserer Gesellschaft.

147 Wir wollen, dass die Gewalt gegen marginalisierte Gruppen ein Ende hat. Gewalt
148 gegenüber Frauen, gegenüber queeren Menschen, migrantisierten Menschen, Jüdinnen* und
149 Juden oder Menschen mit Behinderung muss präventiv verhindert werden und bis dahin
150 braucht es Schutz für Betroffene.

151 Die Lösung der Klimakrise ist eine der größten Aufgaben unserer Generation. Der Kampf
152 gegen die Klimakrise bedeutet den Einsatz für eine gerechtere Güterverteilung.
153 Klimawandel betrifft vor allem die Schwächsten in der Gesellschaft, obwohl es aber
154 doch insbesondere die größten Unternehmen und Reichsten sind, die für einen Großteil
155 der Klimazerstörung Verantwortung tragen. Deswegen wollen wir unsere Gesellschaft
156 sozial gerecht auf eine klimaneutrale Produktionsweise umbauen.

157 **Wir gehen die Probleme dieser Welt nicht im nationalistischen Klein-Klein an, sondern**
158 **wollen global für eine gerechte Gesellschaft, in der alle Menschen frei von**
159 **Ausbeutung und Diskriminierung leben können, schaffen.**

160 **II. Programmatische Cluster**

161 Im Folgenden werden verschiedene Themencluster als inhaltliche Schwerpunktsetzung für
162 den Bundestagswahlkampf 2025 vorgestellt. Nach einer kurzen Einbettung in das
163 politische Cluster werden konkrete politische Maßnahmen bzw. Forderungen für die
164 Kampagne benannt:

- 165 • Damit Du dir ein gutes und gesundes Leben leisten kannst
- 166 • Damit Du wohnen kannst - wie und wo Du willst!
- 167 • Damit alle die gleiche Chance haben!
- 168 • Damit Du schnelles Netz und pünktliche Bahnen hast!
- 169 • Damit Du selbstbestimmt und sicher leben kannst!
- 170 • Damit Du in Wohlstand leben und das Klima schützen kannst!

171 **1. „Damit Du Dir ein gutes Leben leisten kannst“**

172 Ein Arbeitsplatz mit sicherem Einkommen, eine bezahlbare Wohnung, eine
173 funktionierende staatliche Infrastruktur und einen Therapieplatz, wenn man einen
174 braucht, sind elementare Voraussetzungen für ein gutes Leben in unserer Gesellschaft.
175 Gerade viele junge Menschen verzweifeln am Wohnungsmarkt, sind mit dem Arbeitsmarkt
176 und der 40-Stunden-Woche unzufrieden und merken, dass der Putz unserer Infrastruktur
177 gewaltig bröckelt. Wir wollen, dass jeder junge Mensch sich ein gutes Leben leisten
178 kann und der Staat unterstützt, wenn mal nicht alles so läuft wie geplant.

179 **a. Gesund sein ist die halbe Miete**

- 180 • Es gibt keine Menschen zweiter Klasse: Wir werden die **Zwei-Klassen-Medizin**
181 **abschaffen** und eine Bürger*innenversicherung entwickeln, in die alle einzahlen.
182 Die Beiträge müssen konstant bleiben und nicht weiter steigen. Außerdem gehört
183 die Beitragsbemessungsgrenze abgeschafft.
184 Wie gut die medizinische Grundversorgung ist, hängt immer noch essentiell vom
185 Geldbeutel ab. Das muss enden.
- 186 • Weiter braucht es überall anonyme Krankenscheine, damit auch wohnungslose
187 Menschen, Menschen, die in Deutschland keinen geregelten Aufenthaltsstatus haben
188 oder Menschen, die aus anderen Gründen keine Krankenkasse haben, gesundheitlich
189 versorgt werden können.
- 190 • Wir wollen sicherstellen, dass Geflüchtete direkten und vollständigen **Zugang zum**
191 **Gesundheitssystem** haben. Asylsuchende haben in ihren ersten Monaten ihres
192 Aufenthalts laut Asylbewerberleistungsgesetz nur einen eingeschränkten Zugang
193 zur Gesundheitsversorgung. Wir fordern deswegen die Abschaffung des
194 Asylbewerberleistungsgesetzes. Asylsuchende dürfen nicht in einem
195 Sondersozialleistungssystem stecken, wo sie unter dem Existenzminimum leben
196 müssen und keinen vollen Zugang zur Gesundheitsversorgung haben.
197 Gesundheitsversorgung ist ein Menschenrecht und dies gilt für jeden Menschen.
198 Asylsuchende sollen deswegen wie auch schon ukrainische Geflüchtete ins reguläre
199 Sozialleistungssystem.
- 200 • Wir wollen die **Zuzahlung bei verschreibungspflichtigen Medikamenten** und anderer,
201 wie beispielsweise zahnmedizinischen Leistungen, für alle **abschaffen**.
202 Gleichzeitig braucht es keine Kassenleistungen bei Homöopathie.
- 203 • Wir wollen eine **flächendeckende Gesundheitsversorgung**, die sicherstellt, dass Du
204 egal, wo Du wohnst, die beste gesundheitliche Versorgung in Anspruch nehmen
205 kannst.
- 206 • **Wir brauchen dringend mehr Psychotherapeut*innen**. Wir müssen mehr Kassensitze
207 schaffen durch Absenkung der Verhältniszahlen, eine Erleichterung des
208 Kostenerstattungsverfahrens, damit auch Therapeut*innen ohne Sitz Psychotherapie
209 für gesetzlich Versicherte anbieten können sowie mehr Anlaufstellen mit
210 ausgebildeten Psychotherapeutinnen für Schüler*innen, Studierende und
211 Auszubildende. Zusätzlich sollen auch kurzfristig Psychotherapien in
212 Privatpraxen von den gesetzlichen Versicherungen übernommen werden. Daneben muss
213 auch die **stationäre Versorgung** weiter ausgebaut werden, vor allem auch im

214 ländlichen Raum. Psychische Erkrankungen müssen entstigmatisiert werden und
215 weniger als individuelle, sondern als strukturell gesellschaftliche Probleme
216 intersektional betrachtet werden.

217 • Wir wollen in der Forschung von einer rein männlich-zentrierten Betrachtung von
218 Körpern weg. Es braucht eine geschlechterspezifische medizinische Versorgung und
219 mehr Gelder für Forschung zur Behandlung und vollständige Übernahme der
220 Behandlungen durch die gesetzlichen Kassen von Krankheiten, die vor allem
221 Menschen mit Uterus betreffen, wie Endometriose oder PCOS. Generell müssen
222 dringend gender und race bias in der Medizin abgebaut werden, denn sie führen zu
223 falschen oder nicht stattfindenden Behandlungen und gefährden Menschenleben.
224 Auch queere Menschen, besonders trans Menschen brauchen eine
225 diskriminierungsarme Gesundheitsversorgung.

226 • Zusätzlich sollen **HPV-Impfungen** für alle Geschlechter und Altersgruppen
227 übernommen werden sowie **Verhütungsmittel für alle Geschlechter im öffentlichen**
228 **Raum** umsonst bereitgestellt werden.

229 • Wir wollen ein **digitalisiertes Gesundheitssystem**, das es ermöglicht, schnell,
230 einfach und digital, Termine bei Ärzt*innen zu bekommen, deine Gesundheitsdaten
231 verfügbar zu haben und Medikamente abzuholen.

232 **b. Wir geben Dir was und nehmen Dir nichts**

233 • **Grunderbe** mit einer bedingungslosen Auszahlung von **60.000 Euro** an jede Person,
234 die das 18. Lebensjahr vollendet hat. Dafür werden wir die Erbschaftssteuer
235 reformieren: Wir **erhöhen den Grundfreibetrag** und **starten mit einem**
236 **Einstiegssteuersatz von 10 Prozent** auf die erste Million bis 90 Prozent auf die
237 neunte sowie folgende vererbte Millionen. **Keiner wird Dir dein Haus wegnehmen:**
238 Als Ausnahmetatbestand bleibt die steuerfreie Vererbbarkeit einer vom
239 Erben/Beschenkten selbst bewohnten Immobilie.

240 • **Wiedereinführung der Vermögenssteuer.** Wir wollen, dass große Vermögen einen
241 fairen Beitrag zur Finanzierung unseres Gemeinwesens leisten und gleichzeitig
242 mit Freibeträgen und Ausnahmen für inhaber*innengeführten Unternehmen und für
243 selbst bewohnte Immobilien ausschließen, dass es zu übermäßigen Belastungen für
244 Einzelne kommt.

245 • **Wir zahlen zu viel Einkommenssteuer:** Wir wollen, dass Du mehr von deinem
246 erarbeiteten Lohn hast. Wir wollen, dass der Grenzsteuersatz für das
247 Durchschnittseinkommen nicht bei über 25 Prozent liegt. Das heißt, wir wollen
248 kleine und mittlere Einkommen massiv entlasten.. Einkommenmillionär*innen wollen
249 wir hingegen über einen höheren Spitzensteuersatz stärker in Verantwortung
250 nehmen. Erträge aus Kapitaleinkommen wollen wir genauso besteuern wie
251 Arbeitseinkommen.

252 • Die Belastungen der ökologischen Transformation für Unternehmen und Industrie
253 werden oftmals indirekt auf die Verbraucher*innen umgelegt. Damit diese
254 entlastet werden, fordern wir die längst überfällige **Einführung eines**
255 **Klimageldes.** Wir unterstützen ein Klimageld, das degressiv abschmilzt, je höher
256 das Einkommen ist. Damit Menschen mit geringem Einkommen stärker entlastet

257 werden.

258 • Wir fordern die **Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Lebensmittel** und wollen die
259 Voraussetzungen schaffen, die Mehrwertsteuer insgesamt abzuschaffen.

260 • Wir werden die **Beitragslast** der Arbeitnehmer*innen **in den Sozialversicherungen**
261 **verringern** und Kapitalerträge über eine Wertschöpfungsabgabe an der Finanzierung
262 unseres Sozialsystems beteiligen.

263 • Wer sein Leben lang arbeitet, darf im Alter nicht verarmen. Wir wollen die
264 gesetzliche Rente stabil und zukunftsfest machen. Wir wollen das **Rentenniveau**
265 **perspektivisch auf 53 Prozent** stabilisieren und eine **Mindestrente** einführen, die
266 Altersarmut verhindert. Wir wollen eine zukunftsichere Rente schaffen, in der
267 alle Erwerbstätigen einzahlen und stärker innerhalb der Rentenversicherung
268 umverteilen, um eine übermäßige Belastung von Arbeitnehmer*innen zu verhindern.

269 **c. Gute Ausbildung und gut verdienen**

270 • Wir fordern eine sofortige Anhebung des **Mindestlohns auf 15 Euro** und setzen uns
271 an der Seite der Gewerkschaften für eine sukzessive Erhöhung des Lohnniveaus
272 ein. Weiterhin soll der Mindestlohn einem Inflationsanpassungsmechanismus
273 unterliegen. Letztlich soll der Mindestlohn aber nur eine Lohnuntergrenze sein
274 und das Ziel ist es, dass möglichst alle Arbeitnehmer*innen in die Tarifbindung
275 zu bringen.

276 • Es braucht eine **Verkürzung der Arbeitszeit** aufgrund der immer weiter steigenden
277 Produktivität und Wertschöpfung der Arbeitskraft. Die Mehrheit der
278 Vollzeitbeschäftigten wünscht sich, die Wochenarbeitszeit zu reduzieren, um
279 besser Arbeit, Familie, Engagement und Freizeit miteinander vereinbaren zu
280 können. Gleichzeitig sind insbesondere viele Frauen unfreiwillig
281 unterbeschäftigt und stecken in der Teilzeitfalle. Für sie müssen wir die
282 Voraussetzungen schaffen, ihre Arbeitszeit zu erhöhen. Unter anderem muss
283 Kinderbetreuung ausgebaut, Carearbeit fair verteilt und das "Recht auf Teilzeit"
284 muss um ein "Recht auf Vollzeit" ergänzt werden. Es braucht die
285 Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, damit Care-Arbeit zwischen den
286 Geschlechtern paritätisch aufgeteilt werden kann. Außerdem müssen dazu falsche
287 Anreize wie das Ehegattensplitting abgeschafft, richtige Anreize für die
288 paritätische Aufteilung der Elternzeit geschaffen und ganztags
289 Betreuungsangebote flächendeckend ausgebaut werden.

290 • Die Ungleichbehandlung von Männern und Frauen auf dem Arbeitsmarkt muss enden.
291 Um den Gender-Pay-Gap zu beseitigen, fordern wir einen **Rechtsanspruch auf**
292 **gleichen Lohn bei gleicher Arbeit**. Außerdem müssen Berufe, in denen traditionell
293 mehr Frauen arbeiten, aufgewertet werden. Dies gilt besonders für Berufe im
294 Bereich Care-Arbeit

295 • Die Tarifbindung in vielen Branchen ist weiterhin zu niedrig. Es muss gezielt
296 und verstärkt von der Möglichkeit der Allgemeinverbindlichkeitserklärung
297 Gebrauch gemacht werden, öffentliche Aufträge und Subventionen dürfen nur an
298 Unternehmen mit Tarifverträgen vergeben werden. OT-Mitgliedschaften (OT = Ohne
299 Tarifbindung) in Arbeitgeberverbänden müssen verboten werden. Damit es faire

300 Löhne und bessere Arbeit gibt und der Gender-Pay-Gap geschlossen werden kann.

301 • Für die gute Arbeit und das gute Leben braucht es **Demokratisierung der**
302 **Unternehmen**. Deswegen wollen wir betriebliche Mitbestimmung stärken. Dafür
303 braucht es u.a. effektive Sanktionen, wenn Unternehmensmitbestimmung ignoriert
304 wird. Das Streikrecht ist ein hohes Gut und darf nicht durch Konservative und
305 Liberale angegriffen werden.

306 • **Sachgrundlose Befristungen wollen wir streichen** und die zulässigen „Sachgründe“
307 im Teilzeit- und Befristungsgesetz stark begrenzen.

308 • Die Ausdehnung des Geltungsbereichs der Flächentarifverträge des öffentlichen
309 Dienstes auf alle Beschäftigten in Lehre und Forschung sowie **einen Tarifvertrag**
310 **für studentische Beschäftigte**

311 • **Erhöhung der Mindestausbildungsvergütung auf Niveau des Mindestlohns** sowie
312 Erhöhung der Berufsausbildungsbeihilfe. Dies geht einher mit der Einführung von
313 flächendeckenden Jugendberufsagenturen.

314 • Wir fordern alle Unternehmen und staatliche Einrichtungen, die **vergünstigte**
315 **Angebote** für Studierende anbieten, auf, diese **auch auf Azubis auszuweiten**.

316 • Unser Arbeitsmarkt und Wirtschaftsstandort werden nur mit mehr und nicht weniger
317 Migration erfolgreich sein. Wir wollen eine **schnelle Anerkennung von Abschlüssen**
318 **bei ausländischen Fach- und Arbeitskräften**, sowie die stärkere Berücksichtigung
319 gesammelter Berufserfahrung. Es braucht ein **flächendeckendes Sprachkursangebot**,
320 verbunden mit wirksamer Migrationsberatung sowie eine **Stärkung des Spurwechsels**
321 **im Asylrecht**. Unnötige bürokratische Hürden müssen hier gesenkt werden. Mehr
322 Flexibilität bei Sprachvoraussetzungen, wenn diese nicht zwingend notwendig
323 sind.

324 • Die Erwerbstätigkeit muss allen Geflüchteten unabhängig von ihrem Herkunftsland
325 bereits während des Asylverfahrens erlaubt werden, besonders, wenn die Zusage
326 eines Ausbildungsplatzes vorliegt.

327 • Es braucht eine **massive Ausweitung berufsbegleitender Integrations- und**
328 **Sprachkurse**, um Geflüchteten und Menschen mit Duldung die schnellere Integration
329 in den Arbeits- und Ausbildungsmarkt zu ermöglichen.

330 • Ein **Recht auf Weiterbildung** muss gesetzlich ausgebaut werden. Weiterhin muss der
331 Bund die Länder auf, kleine und mittlere Unternehmen bei der Lohnfortzahlung zu
332 unterstützen, um Weiterbildung zu ermöglichen.

333 • Menschen mit Behinderung brauchen **faire Arbeitsbedingungen** und dürfen keine
334 Entlohnung erhalten, die unterhalb des Mindestlohnneaus liegt.

335 2. „Damit Du wohnen kannst - wie und wo Du willst!“

336 In den deutschen Großstädten fehlen rund 1,9 Millionen günstige Wohnungen. Diese
337 soziale Problemlage besteht nicht erst seit kurzem und hat sich die Lage aufgrund
338 steigender Zinsen und Baukosten sogar noch verschlechtert. Von den jährlichen
339 400.000, die die Ampelregierung versprochen hat, wurden 2023 nur knapp 180.000
340 gebaut, viel zu wenig, um wirklich Entlastung zu schaffen. Fast 13 Prozent der

341 Mieterhaushalte in deutschen Großstädten haben nach Abzug der Miete weniger als das
342 Existenzminimum zur Verfügung. Gerade junge Menschen finden kaum ein WG-Zimmer oder
343 eine Wohnung unter 500 Euro. Wohngeld, sozialer Wohnungsbau und die Mietpreisbremse
344 sind die drei wichtigsten Instrumente, mit denen Wohnen bezahlbar gehalten werden
345 soll. Um der Wohnungsnot zu begegnen, muss man alle drei Säulen massiv stärken.
346 Insbesondere Familien haben es extrem schwer, ausreichend große und bezahlbare
347 Wohnungen zu finden, was dazu führt, dass Kinder vielfach in extrem beengten
348 Wohnverhältnissen aufwachsen. Wir wollen, dass niemand im Regelfall mehr als 25%
349 seines Einkommens für die Miete aufwenden muss und es für alle bedarfsgerechte
350 Wohnungen gibt.

- 351 • Wir fordern eine **Mietpreisgarantie (WG-Garantie) für Auszubildende und**
352 **Studierende**: Kein Zimmer darf über 400 Euro kosten. Hierfür wollen wir die
353 Bafög-Wohnungspauschale ausweiten und bei allen nicht-Bafög-berechtigten
354 Studierenden und Auszubildenden die anfallenden Wohnkosten über 400 Euro
355 übernehmen.
- 356 • **Bundesweiter Stopp für Mieterhöhungen**, das heißt sofortiger Mietendeckel für
357 alle angespannten Mietmärkte. Dies gilt auch für Gewerbemieten, um gerade dem
358 Aussterben von Einzelhandel und Gastronomie zu begegnen.
- 359 • Wir wollen **große Wohnungskonzerne** ab 3.000 Wohneinheiten vergesellschaften, um
360 einen Grundstock bezahlbarer Wohnungen zu garantieren.
- 361 • Bund und Länder müssen **1 Millionen Sozialwohnungen in der nächsten**
362 **Legislaturperiode** garantieren. Dazu gehören eine strategische Bodenpolitik sowie
363 der Rückkauf privatisierter Flächen. **Das heißt, staatliche**
364 **Wohnungsbaugesellschaften müssen massiv Grundstücke erwerben und dort sozialen**
365 **Wohnraum ermöglichen. Landes- bzw. kommunale Wohnungsbaugesellschaften müssen**
366 **mit dem notwendigen Kapital ausgestattet werden.**
- 367 • Mit einer **massiven Ausbauoffensive für Studierende und Auszubildende** soll junger
368 Wohnraum durch Studierendewerke bzw. Kommunen geschaffen werden.
- 369 • Öffentlich geförderte Wohnungen müssen **dauerhaft sozialgebunden** bleiben.
- 370 • Es müssen alle **rechtlichen Instrumente ausgeschöpft werden**, um die Umwandlung
371 von Miet- in Eigentumswohnungen und Luxussanierungen zu verhindern. Zusätzlich
372 muss das **kommunale Vorkaufsrecht** rechtlich gestärkt werden und effektiv sein.
- 373 • Viele Mieter*innen sind von sukzessiv ansteigenden Indexmieten betroffen. Wir
374 fordern daher ein **Indexmietenverbot** in angespannten Wohnungsmärkten.
- 375 • Die **Zweckentfremdung muss gestoppt werden**: In Kommunen mit angespannten
376 Wohnungsmärkten sollen Mietwohnungen nicht kommerziell als Ferienwohnungen
377 angeboten werden dürfen.
- 378 • Wir wollen, dass Möglichkeiten zur **Kündigung** aufgrund von **Eigenbedarf** stark
379 eingeschränkt werden.
- 380 • Dort, wo Industrie entwickelt oder neu angesiedelt wird, fordern wir die
381 Verpflichtung zum Bau von Werkwohnungen, insbesondere auch für Auszubildende.

- 382 • Finanzierung des **Housing-First-Konzept** durch den Bund und ein separates
383 Bundesprogramm zur Bekämpfung von Wohnungslosigkeit.
- 384 • Wir wollen **institutionelle Diskriminierung** auf dem Wohnungsmarkt bekämpfen, die,
385 vor allem Menschen mit Migrationsgeschichte betrifft.
- 386 **3. „Damit alle die gleiche Chance haben!“**
- 387 In kaum einem europäischen Land ist der Bildungserfolg so stark abhängig vom
388 Geldbeutel der Eltern wie in Deutschland. Das bedeutet, dass der berufliche Erfolg
389 immens an den Status der Eltern geknüpft ist. Man wird in eine gute Ausbildung
390 hineingeboren. Daneben geben wir in unserem durch den Föderalismus geprägten
391 Bildungssystem im OECD-Vergleich wenig für Schule und Bildung aus. Die Jusos und die
392 Sozialdemokratie müssen gleiche Chancen durch Bildung für alle ermöglichen. Wir
393 wollen dafür sorgen, dass diese Gesellschaft wieder das Versprechen einlösen, dass
394 für alle das Versprechen des Aufstiegs durch Arbeit und Bildung eingelöst wird. Dem
395 kapitalistischen Konkurrenzdenken, dass den Aufstieg des einen nur auf Kosten des
396 anderen ermöglicht, wollen wir ein Solidaritätsversprechen entgegensetzen, in dem
397 soziale Sicherheit und Aufstieg für alle gemeinsam möglich sind.
- 398 • Wir investieren **100 Milliarden Euro in unser Bildungssystem**: Dies wird
399 gebraucht, um Kitas auszubauen, Schulen zu sanieren, flächendeckende
400 Ganztagsbetreuung und bessere Inklusion zu ermöglichen und deutlich mehr
401 Personal einzustellen.
- 402 • Wir fordern das **Ende des Kooperationsverbots für Bildung im Grundgesetz**. Wir
403 wollen eine in Grundzügen einheitliche Schulpolitik in den Ländern. Es kann
404 nicht sein, dass Schulwechsel zwischen Bundesländern kompliziert sind und zum
405 Teil Versetzungen in die höhere Klassenstufe gefährden.
- 406 • Es braucht keine Gebühren im öffentlichen Bildungssystem. Wir wollen
407 gebührenfreie Kitas (Elternbeitragsfreiheit) und kämpfen für die Abschaffung
408 jeglicher Gebühren für Schulmaterial, Ausbildung und Studium. Auch Kurse der
409 Grundbildung oder zum nachträglichen Erwerb eines Schulabschlusses müssen
410 gebührenfrei zugänglich sein.
- 411 • Wir wollen **kostenlose Mahlzeiten** an allen Schulen ermöglichen.
- 412 • Wir wollen eine Schule für alle mit **Ganztagskonzept und das Ende des**
413 **dreigliedrigen Schulsystems**. Im ersten Schritt soll der Übergang von Grund in
414 die weiterführende Schule nach Vollendung des sechsten Schuljahres beginnen.
415 Ziel ist der **Aufbau von kommunalen Bildungszentren** mit Grundschule,
416 Weiterführenden Schule sowie Berufsschule an einem Ort. Im Rahmen des Ganztags
417 sollen Vereine aller Art in den Schullalltag integriert werden.
- 418 • Schulen sollen mehr zum Ort der freien Entfaltung und Interessenentwicklung
419 werden. Wir wollen **mehr Fächerwahl anstatt Fächerpflicht**. Neben einem zu
420 erwerbenden Grundwissen sollen in verschiedenen Abstufungen Schwerpunkte bereits
421 in der Schule gebildet werden können.
- 422 • Aufbau einer **kostenlosen, verlässlichen und arbeitsnahen Kinderbetreuung**,
423 **insbesondere** auch für Wochenenden und Nächte.

- 424 • Wir brauchen einen **Digitalpakt 2.0. für die Schulen** sowie die Ausstattung aller
425 Schüler*innen in den weiterführenden Schulen Arbeitsendgeräten. Wir wollen alle
426 Schulen mit Glasfaser, WLAN und moderner Präsentationstechnik ausstatten sowie
427 die Digitalisierung der Unterrichtsmaterialien vorantreiben. Deshalb wollen wir
428 das Lehramtsstudium zu einem praxisintegrierenden dualen Studium reformieren,
429 damit angehende Lehrkräfte bereits ab Studienbeginn Lehrerfahrung sammeln. Der
430 Standort darf nicht ausschlaggebend dafür sein wie gut Schulen materiell und mit
431 Ressourcen ausgestattet sind.
- 432 • Wir fordern eine **echte Kindergrundsicherung**, die sich spürbar im Geldbeutel der
433 Eltern und Kinder bemerkbar macht. Ansatzpunkt ist hier ein Grundbetrag sowie
434 ein Zusatzbetrag für ärmere Familien. Der Basisbetrag soll eine Höhe von 300
435 Euro haben.
- 436 • Wir fordern **Bildungseinrichtungen**, die **diversitätssensibel** arbeiten und dabei
437 die unterschiedlichen Lebensrealitäten von marginalisierten Gruppen
438 berücksichtigen. Schulen und Kindertagesstätten müssen ein Ort für alle Kinder
439 sein. Das Personal ist entsprechend zu schulen und muss die internalisierten
440 Ismen wieder verlernen. Es braucht unabhängige Anlaufstellen für Gewalt- und
441 Diskriminierungserfahrungen. Auch das Lehrmaterial ist durch einen
442 heteronormativen, männlichen und weißen Blick erstellt, was zu ändern gilt.
- 443 • Der Zugang zu Hochschulen muss gerechter werden. Dafür braucht es umfassende
444 Unterstützungs- und Beratungsangebote, insbesondere für Frauen und von Rassismus
445 Betroffene, sowie Schulungen für Lehrkräfte und Dozierende in Hinblick auf
446 strukturelle Diskriminierung. Es müssen mehr Studienplätze geschaffen werden,
447 damit der Numerus Clausus, als, in einem sozial selektiven Bildungssystem
448 unfaires Auswahlkriterium, nicht mehr benötigt wird.
- 449 • Es braucht eine Ausfinanzierung der Hochschulen. Studierende müssen in
450 angenehmer Atmosphäre lernen können und Hochschulen unabhängig vom ökonomischen
451 Wettbewerb um Forschungsgelder, Drittmittel und Exzellenzförderung werden. Der
452 Bologna-Prozess muss „richtig“ durchgesetzt werden, ohne mit einer
453 Ökonomisierung der Bildung einherzugehen.
- 454 • Es braucht eine **grundlegende Reform des BAföG**: Anhebung der Bedarfssätze und
455 langfristig eine Inflationskopplung dieser, sowie ein BAföG als Vollzuschuss.
456 Besonders wichtig ist eine Anhebung der Wohnkostenpauschale auf mindestens 500
457 Euro. Weiterhin eine Ausweitung der Förderhöchstdauer, die Abschaffung der
458 Altersbegrenzung, elternunabhängiger Bezug sowie Flexibilität beim
459 Studienfachwechsel.
- 460 • Ein individueller und bundesweit flächendeckenden Rechtsanspruch auf einen
461 Ausbildungsplatz, der jeder jungen Person tatsächlich hilft, einen
462 Ausbildungsplatz zu erhalten. Wir wollen die **Ausbildungsgarantie zu einer**
463 **richtigen Garantie machen**, das heißt mit einem Rechtsanspruch versehen. Außerdem
464 wollen wir Unternehmen über branchenspezifische Fonds in die Verantwortung für
465 die Finanzierung nehmen, sodass insbesondere Unternehmen, die nicht oder zu
466 wenig ausbilden ihren solidarischen Beitrag leisten

467 • Wir wollen **Ausbildungsbedingungen verbessern**, indem wir Berufsschulen
468 renovieren, Azubi-Wohnheime bauen und gute und günstige Mobilität für
469 Auszubildende sicherstellen.

470 • Wir wollen die Situation **Dual-Studierender** verbessern, indem wir sie in das BBiG
471 aufnehmen, damit es einheitliche Regelungen für Standards, Vergütung und
472 Bedingungen des Dualen-Studiums gibt.

473 **4. „Damit Du schnelles Netz und pünktliche Bahnen hast!“**

474 Jeder kennt es, man sitzt in der Bahn und hat kaum oder keine gute Internetverbindung
475 und dann hat die Bahn gottlos Verspätung. Wir wollen einen starken Staat mit einer
476 starken Infrastruktur, der das Leben der Menschen erleichtert und nicht erschwert.
477 Aber auch in der Digital- und Netzpolitik läuft vieles schief und dauert einfach zu
478 lange: Kartenzahlungen sind oftmals nicht möglich, an vielen Orten ist das Netz weg
479 und Behördenleistungen digital zu beantragen und zugeschickt zu bekommen ist oftmals
480 ein dysfunktionaler Albtraum. Wir wollen digitalen Fortschritt überall ermöglichen
481 und mitdenken und Datenschutz garantieren. Unser Ziel ist, dass der Staat so gut
482 funktioniert, wie ein Anruf beim ADAC und staatliche Leistungen so praktikabel sind,
483 wie ein Ride zu bestellen. Um diese Modernisierung unserer Gesellschaft zu
484 ermöglichen, ist es unerlässlich, die Schuldenbremse abzuschaffen. Als
485 Investitionsbremse steht sie der Erneuerung unseres Staats- und unserer Gesellschaft
486 entgegen, als Machtinstrument der Konservativen und Neoliberalen beschränkt sie die
487 Handlungsfähigkeit des Staates zugunsten der privaten Märkte, diese Ideologie ist in
488 den letzten Jahrzehnten gescheitert, hat uns kaputte Schulen und Brücken beschert und
489 uns an den Rande der Klimakatastrophe gebracht. Deshalb gilt es, die jahrzehntelange
490 Investitionsschwäche zu beenden und dafür die Schuldenbremse endlich loszuwerden.

491 • Wir wollen die **Schuldenbremse** abschaffen und massiv in die Erneuerung unserer
492 Gesellschaft und Infrastruktur investieren.

493 • Wir wollen das **Deutschlandticket auf 9 Euro** pro Monat absenken und einen
494 perspektivisch ticketlosen ÖPNV einführen.

495 • Die Deutsche Bahn ist viel zu teuer und zu spät: Wir brauchen **bezahlbare Preise**
496 **für alle im Fernverkehr**. Schüler*innen, Auszubildende, Studierende und
497 Freiwilligendienstleistende sollen kostenlos fahren.

498 • Ein starker Staat stellt eine starke Infrastruktur bereit. Das **Schienennetz muss**
499 **erneuert** und ausgeweitet werden. Weiterhin wollen wir den **flächendeckenden**
500 **Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs** gerade im ländlichen Raum, das **Bereitstellen**
501 **einer modernen Fahrradwegeninfrastruktur** in Großstädten sowie die **Modernisierung**
502 **und Sanierung unseres Straßennetzes**.

503 • Die Deutsche Bahn muss wieder in eine öffentlich-rechtliche Organisationsform
504 überführt werden.

505 • Der **Breitband- und Mobilfunkausbau muss beschleunigt werden**. Wir wollen, dass
506 die Versorgung von Breitband und Mobilfunk staatlich gewährleistet wird und
507 Doppelstrukturen vermieden werden. Die Privatisierung natürlicher Monopole im
508 Netzausbau hat zu Chaos, schlechter Netzabdeckung in manchen, sinnlose
509 Doppelstrukturen in anderen Regionen geführt. Wir wollen Netze zurück in die

510 öffentliche Hand holen.

511 • Wir fordern **5G an jeder Ecke** sowie ein **Bürgerportal mit dem alle Behördengänge**
512 von der Anmeldung des Wohnsitzes bis zur Steuererklärung **digital, papierlos und**
513 **barrierefrei durchgeführt werden können.**

514 • Wir setzen uns **gegen digitalen Hass im Netz ein**, der besonders FINTA und BIPoC
515 betrifft. Es braucht dringend mehr Prävention und Unterstützung in Schulen,
516 Betrieben und Hochschulen. Gewalt im Netz muss von Sicherheitsbehörden
517 konsequent verfolgt werden. Dafür braucht es mehr Personal und die Nutzung von
518 KI-Programmen im Rahmen eines hohen Datenschutzes.

519 • Der Staat muss alternative Open Source-Office-Produkte aktiv fördert, indem er
520 in die Entwicklung investiert und diese selbst verwendet.

521 • Es braucht eine **Kennzeichnungspflicht für KI-hergestellte Inhalte** gerade auf
522 sozialen Plattformen.

523 **5. „Damit Du selbstbestimmt und sicher leben kannst!“**

524 Jede Zusammenarbeit mit der faschistischen AfD ist für uns auf allen Ebenen
525 kategorisch ausgeschlossen! Für uns steht fest, dass wir eine starke Sozialdemokratie
526 brauchen, um dem Rechtsruck entgegenzutreten. Eine Sozialdemokratie, die nicht auf
527 populistische und rechte Erzählungen hereinfällt und diese reproduziert. Eine
528 Sozialdemokratie, die fest auf ihrem Wertefundament steht und ein Gegenmodell für
529 eine starke demokratische und solidarische Gesellschaft zeichnet. Wir wollen eine
530 Sozialdemokratie, die eine Vision aufzeigt von einer Gesellschaft, in der alle
531 selbstbestimmt, frei und sicher leben können.

532 • Unsere Brandmauer gegen die Nazis steht seit 120 Jahren. Wir bekämpfen Nazis auf
533 der Straße und in den Parlamenten. Mit uns wird es **nie eine Zusammenarbeit mit**
534 **der Nazipartei AfD** geben und diese politisch und mit allen Mitteln des Rechts-
535 und Verfassungsstaats bekämpfen, um unsere Demokratie zu schützen. Wir werden
536 alles dafür tun, um den gesellschaftlichen und politischen Rechtsruck zu
537 beenden.

538 • Für uns bedeutet auf dem rechten Auge nicht blind zu sein auch, die **Gefahren des**
539 **Islamismus für Freiheit und Gleichberechtigung klar zu benennen.** Wir
540 unterstützen Vereinsverbote wie z.B. gegen das „Islamische Zentrums Hamburg“
541 und fordern konsequente Ermittlungsarbeit der Sicherheitsbehörden gegen
542 radikalen Islamisten und die Ausweitung von Deradikalisierungsprogrammen.

543 • Rechte, vor allem die AfD, setzen gemeinnützige Vereine für Demokratie und gegen
544 Rechts zunehmend unter Druck. Seit dem Compact und Attac die Gemeinnützigkeit
545 entzogen wurde, besteht auch bei kleinen gemeinnützigen Unsicherheit, die die
546 AfD für sich zu nutzen weiß, um gemeinnützige Vereine zu gängeln und damit ihre
547 Existenz zu bedrohen. Deswegen wollen wir, dass mehr Klarheit zugunsten
548 zivilgesellschaftlicher Vereine beim Gemeinnützigkeitsrecht geschaffen wird.

549 • Wir fordern eine finanzielle Absicherung zivilgesellschaftlicher Organisationen,
550 die sich gegen Rechtsextremismus und Feinde der Demokratie einsetzen. Dazu muss
551 das **Demokratiefördergesetz sofort auf den Weg** gebracht werden.

- 552 • Wir sprechen uns **gegen einen Pflichtdienst sowie gegen den verpflichtenden**
553 **Wehrdienst** aus. Stattdessen wollen wir die **Freiwilligendienste stärken**, indem
554 wir jungen Menschen einen Rechtsanspruch bieten und das Taschengeld auf die Höhe
555 der Besoldung des Wehrdienstes gleichstellen. Perspektivisch ist eine
556 Angleichung an den Mindestlohn das Ziel, d.h. Freiwilligendienste müssen
557 Mindestlohn garantieren.
- 558 • Wir wollen, dass Frauen besonders vor Gewalt geschützt werden Es gibt nicht mal
559 ansatzweise genug Plätze in Frauenhäusern in Deutschland. Dafür müssen wir
560 **flächendeckend Frauenhäuser ausweiten, sanieren und finanziell stark ausstatten**
561 und sie zu inklusiven **Orten für alle Frauen** entwickeln. Das bedeutet, sie müssen
562 barrierearm und kostenlos sein.
- 563 • Besonders FINTA müssen besser vor sexualisierter Gewalt und
564 geschlechtsspezifischer Gewalt geschützt werden. Nicht nur “nein heißt nein”,
565 sondern nur “ja heißt ja” muss gesetzlich verankert werden. Sogenanntes
566 Catcalling muss verboten werden.
- 567 • Wir fordern **die Streichung von § 218 StGB** aus dem Strafgesetzbuch. und
568 Schwangerschaftsabbrüche als Teil gesundheitlicher Grundversorgung. Das
569 bedeutet, Schwangerschaftsabbrüche müssen leicht zugänglich sein und ein breites
570 Angebot geben, auch im ländlichen Raum.
- 571 • Die **Legalisierung der Leihmutterschaft** in Deutschland unter Festlegung
572 bestimmter Maßstäbe die sowohl das physische als psychische Wohl der Leihmutter
573 immer in den Fokus der einzelnen Situation setzen. Dazu zählt auch die
574 Legalisierung von Eizellspenden.
- 575 • Die **grundsätzliche Legalisierung der Gewinnung von embryonalen Stammzellen** bis
576 zu 14 Tage nach der Befruchtung (in Anlehnung an bspw. die belgische
577 Gesetzeslage) zu Forschungszwecken
- 578 • Wir fordern eine **Novellierung des Abstammungsrecht** mit Einführung der Co-
579 Mutterschaft und Mehrelternschaft.
- 580 • Das Selbstbestimmungsgesetz wollen wir weiterentwickeln. Dazu ist es notwendig,
581 dass weiterhin geltende diskriminierende Regeln aus dem Selbstbestimmungsgesetz
582 gestrichen werden.
- 583 • Es braucht Schutzräume für queere Menschen, vor allem für queere Kinder und
584 Jugendliche.
- 585 • Es braucht mehr Aufklärungs- und Präventionsarbeit zu Antifeminismus.
- 586 • Wir verteidigen das Grundrecht auf Asyl in seiner vollen Bandbreite. Wir wollen
587 **sichere Fluchtrouten** schaffen, damit das Sterben und die Gewalt auf der Flucht
588 endlich enden. Deswegen fordern wir eine staatliche Seenotrettung, die
589 Abschaffung von Frontex und das konsequente Verfolgen von (illegalen) Pushbacks.
590 Damit sich nach Möglichkeit keine Menschen auf die gefährliche Flucht begeben
591 müssen, fordern wir die Einführung von humanitären Visa und die Ausweitung von
592 Resettlement-Programmen.

- 593 • Vor allem wenn Menschen vor Ort uns in Auslandseinsätzen unterstützt haben und
594 dadurch in Lebensgefahr geraten, ist es das Mindeste, dass wir diesen Menschen
595 unseren Schutz bieten. Es ist eine Schande, wie wir diese Menschen in
596 Afghanistan im Stich gelassen haben. Das **Bundesaufnahmeprogramm** muss endlich
597 umgesetzt werden und Menschen aus Afghanistan gerettet werden.
- 598 • Wir müssen endlich **Fluchtursachenbekämpfen**. Die Klimakrise muss konsequent
599 bekämpft werden und die Klimakrise als Fluchtursache anerkannt werden. Es
600 braucht eine antikoloniale Entwicklungszusammenarbeit und Wiedergutmachungen des
601 globalen Nordens am globalen Süden.
- 602 • Dass jeder Mensch ein Recht auf ein Leben in Würde hat, gilt selbstverständlich
603 auch für Geflüchtete. Es darf keine Lager - weder an den europäischen
604 Außengrenzen noch an unseren deutschen Grenzen - geben. Wir fordern eine
605 **menschenwürdige und dezentrale Unterbringung von Geflüchteten und einen**
606 **solidarischen Verteilungsmechanismus**. Abkommen mit Drittstaaten, die der Abwehr
607 von Migration dienen, lehnen wir ab. Besonders die Abkommen mit Staaten, die
608 Menschenrechte missachten wie die Türkei oder Tunesien.
- 609 • Für ein Leben in Würde und Teilhabe wollen wir endlich die Aussetzung der
610 Familienzusammenführung für subsidiär Schutzbedürftige beenden und
611 Beschäftigungsverbote für Geflüchtete aufheben.
- 612 • Anstatt immer mehr von unmenschlichen Abschiebungen zu reden, wollen wir für
613 Geflüchtete den **Spurwechsel** ermöglichen.
- 614 • Wir wollen, dass das **Staatsangehörigkeitsrecht** weiter reformiert wird und vor
615 allem auch vulnerable Gruppen es erleichtern, sich hier einzubürgern. Wir
616 brauchen Menschen, die sich hier einbringen, teilhaben und arbeiten können. Und
617 sie sollen dann natürlich hier auch wählen können. Deswegen fordern wir zunächst
618 das kommunale Wahlrecht auch für Drittstaatsangehörige. Wir wollen ein offenes
619 und modernes Einwanderungsland.
- 620 • Wir wollen **Rassismus** innerhalb unserer Gesellschaft **bekämpfen**. Das beinhaltet
621 sowohl die konsequente Aufklärung rassistischer Diskriminierung durch
622 unabhängige Strukturen und Ansprechpartner*innen in staatlichen Strukturen, als
623 auch die finanzielle Förderung zivilgesellschaftlicher Antirassismuserbeit.
- 624 • Den grassierenden Antisemitismus stellen wir uns entgegen. Wir wollen wirksamen
625 Schutz für Jüdinnen* und Juden und jüdische Einrichtungen. Dafür müssen Gelder
626 bereitgestellt werden, antisemitische Symbole und Zeichen verboten und in
627 Bildung gegen Antisemitismus investiert werden
- 628 • Es braucht **Antidiskriminierungsgesetze** und unabhängige Melde- und
629 Ermittlungsstellen, wo Menschen sich hinwenden können, wenn sie rassistische
630 oder andere menschenfeindlich bezogene Gewalt durch staatliche Institutionen
631 erfahren. Besonders vor unrechtmäßiger Polizeigewalt werden Menschen nicht
632 geschützt. Die Einrichtung offizieller Meldestellen, um lückenlose Aufklärung
633 dieser und weiterer rechter Netzwerke und Strukturen innerhalb der
634 verschiedensten staatlichen Institutionen zu gewährleisten. Besonders gegen
635 Rechtsextremismus bei Polizei und Bundeswehr muss konsequent vorgegangen werden

- 636 • Die **Entfernung von Personen aus dem Staatsdienst, die in rechtsextremen**
637 **Organisationen aktiv sind** oder Einstellungen aus dem Bereich der
638 gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit teilen.
- 639 • Wir stehen für eine gemeinsame und koordinierte **europäische Sicherheitspolitik**,
640 die sich gegen hybride oder konventionelle Angriffe autoritärer Staaten zur Wehr
641 setzen kann und die Sicherheit der Bürger*innen garantiert. Wir setzen uns
642 außerdem für eine wirksame Rüstungskontrolle ein.
- 643 • Wir stehen für einen **breiten Sicherheitsbegriff**, der Investitionen in
644 Demokratie, Bildung, Infrastruktur etc. mit einbezieht, um eine resiliente
645 Gesellschaft zu schaffen. Bei der Betrachtung internationaler Konflikte und
646 Krisen nehmen wir eine intersektionale, feministische Perspektive ein, die
647 vulnerable Gruppen bei der Konfliktprävention, der Konfliktlösung und der
648 Friedenssicherung schützt und einbezieht.
- 649 • Sicherheitspolitik basiert für uns auf einem Zusammenspiel zwischen **Außen- und**
650 **Sicherheitspolitik und sogenannter Entwicklungszusammenarbeit**. Der
651 Diskreditierung von Entwicklungszusammenarbeit von Rechten, Konservativen und
652 Liberalen erteilen wir eine klare Absage. Wir setzen uns für eine
653 Entwicklungszusammenarbeit, die auf Gleichberechtigung und Augenhöhe baut, sowie
654 Partner*innen aus der Zivilgesellschaft vor Ort einbezieht, ein. Der Abbau von
655 postkolonialen Strukturen ist dafür notwendig.
- 656 • Wir solidarisieren uns mit den mutigen Menschen im Iran, die weiterhin gegen das
657 islamistische Regime aufbegehren und fordern daher einen **Wandel in der Iran-**
658 **Politik**.
- 659 • Wir stehen an der Seite der Ukraine und setzen uns für die **bestmögliche**
660 **Ausstattung** und Ausrüstung dieser in ihrem Kampf gegen den Aggressor Russland
661 ein.
- 662 • **Chinas** zunehmend autoritäres und bedrohendes Verhalten gegenüber seinen Nachbarn
663 verurteilen wir. Entsprechende aggressive Handlungen der Volksrepublik in ihrer
664 Nachbarschaft, aber auch darüber hinaus dürfen genauso wenig wie der Umgang mit
665 Minderheiten ohne Konsequenzen hingenommen werden.
- 666 • Die Bedrohung durch **Desinformationen und Cybersicherheit** werden unter anderem
667 durch China und Russland immer größer. Kritische Infrastruktur muss durch
668 Investitionen in Sicherheitsmaßnahmen und Bildung besser geschützt werden. Dafür
669 müssen die Sicherheitsbehörden zusammenarbeiten.
- 670 **6. „Damit Du in Wohlstand leben und das Klima schützen kannst!“**
- 671 Wir wollen die Klimawende in der Industrie sozial nachhaltig gestalten. Wir wollen
672 auf der einen Seite die Klimaziele endlich einhalten und auf der anderen Seite den
673 Beschäftigten in der Industrie die Sicherheit geben, dass die ökologische
674 Transformation des industriellen Sektors nicht zu ihren Lasten gehen wird und
675 Arbeitsplätze zu guten Bedingungen erhalten bleiben. Für uns sind eine starke
676 Industrie und Wirtschaft und den Klimawandel bekämpfen und die Klimaziele einzuhalten
677 kein Widerspruch, sondern eine notwendige Bedingung, um das Brennen der Welt zu
678 verhindern und Wohlstand und Sicherheit zu erhalten.

- 679 • Um die Klimaziele zu erreichen, müssen wir die **erneuerbaren Energien im Bereich**
680 **Strom und Wärme massiv ausbauen**. Dafür brauchen wir einen dringend benötigten
681 **Ausbau der Netzinfrastruktur und Speicherkapazitäten**. Um nicht zu
682 stromfokussiert zu sein, setzen wir auf eine dezentrale Energieversorgung. Dazu
683 zählen unter anderem neben Wind- und Solarenergien der **Ausbau von Bioenergie,**
684 **Wasserkraft sowie Geothermie**.
- 685 • Wir wollen eine **Wärmewende**, die die Menschen nicht überfordert. Deshalb setzen
686 wir auf die Förderung des Ausbaus von **Fernwärmenetzen, Quartierswärmepumpen** und
687 anderen kollektiven Ansätzen, die verhindern, dass der*die Einzelne mit Kosten
688 belastet wird, die nicht zu bewältigen sind. Die Wärmewende gelingt nur, wenn sie
689 gemeinschaftlich angegangen und nicht dem Individuum auferlegt wird.
- 690 • Wir wollen die **Planungs- und Genehmigungsverfahren** gerade für den Ausbau
691 erneuerbarer Energien **vereinfachen und verschlanken**. Dazu gehört zum Beispiel
692 die **schnelle Implementierung einer Wasserstoffpipelineinfrastruktur**, um
693 Wasserstoff nach Deutschland zu importieren. Weiterhin gehört die Praxis, dass
694 jedes Windrad durch einen Gemeinderatsentscheid verhindert werden kann, gehört
695 beendet. Dafür muss das Vergaberecht überarbeitet werden.
- 696
- 697 • Wir brauchen eine **Abwärmestrategie für unsere gesamte Industrie und solide**
698 **Ausfinanzierung einer flächendeckenden kommunalen Wärmeplanung**. Das Auffangen
699 und Aufbereiten abgefangener Wärmeenergie sowie die Wiederverwertung zum
700 Beispiel für Heizen von Wohnungen ist ein wichtiger Schritt zur
701 Kreislaufwirtschaft.
- 702 • Es braucht eine **bundeseinheitliche Förderung von Energiegenossenschaften**, um die
703 Energieversorger zu diversifizieren. Gerade Energiegenossenschaften stellen eine
704 Möglichkeit der Vergesellschaftung und Demokratisierung der Energieversorgung.
- 705 • Um die Strompreise weiter zu senken, wollen wir die **Stromsteuer für**
706 **Privathaushalte und Unternehmen abschaffen**. Zusätzlich wollen wir die
707 **Netzentgelte abschaffen** und Netzausbau sowie Netzerhaltung steuerfinanzieren.
- 708 • Seite an Seite mit den Gewerkschaften fordern wir die **Einführung eines**
709 **Brückenstrompreises** in Höhe von 5 Cent pro Kilowattstunde inklusive Steuern und
710 Abgaben.
- 711 • Wir fordern eine **europäische Antwort auf den Inflation Reduction Act (IRA)**. Dazu
712 braucht es ein europäisches Klima- und Industrieprogramm mit mindestens 500
713 Milliarden Euro, um die Transformation unserer Industrie und die Energiewende
714 voranzutreiben.
- 715 • Wir wollen die **Abschreibungsmöglichkeiten** auf Klimainvestitionen ausweiten und
716 über gezielte **Subventionierung** Arbeitsplätze in der Industrie zukunftsfähig
717 machen und klimafreundliches Wachstum ermöglichen.
- 718 • Über die gezielte Ansiedlung von **grünen Schlüsselindustrien** wollen wir
719 Industriecenter aufbauen und gleichzeitig die Resilienz der Volkswirtschaft
720 steigern.

- 721 • Wir wollen ein **soziales Klimageld!** CO₂-Emissionen in den Bereichen Wärme und
722 Verkehr werden bepreist. Das bedeutet einen wichtigen finanziellen Anreiz, von
723 fossilen Brennstoffen auf klimaschonende Alternativen umzusteigen. Diese
724 Lenkungswirkung begrüßen wir als Sozialdemokratie, wollen Klimaschutz aber
725 sozialgerecht und nicht zu Lasten der Ärmsten gestalten. Momentan belastet der
726 CO₂-Preis arme Menschen sowie Menschen mit mittlerem und geringem Einkommen
727 leider überproportional. Deswegen braucht es ein Gegensteuern durch die
728 Rückverteilung der Einnahmen des CO₂-Preises an die Bürger*innen sowie gezielte
729 Fördermaßnahmen. Ein solches Instrument ist die zügige und unbürokratische
730 Einführung eines Klimagelds. Im Rahmen dessen wollen wir, dass die kompletten
731 Einnahmen der CO₂-Bepreisung dauerhaft durch das Klimageld an die Bürger*innen
732 rückerstattet werden. Wir fordern ein einkommensabhängiges Klimageld: Dieses
733 soll stufenweise niedriger bemessen werden, umso höher das Einkommen liegt -
734 einkommensärmere Personen profitieren dann folglich mehr. Das Klimageld soll
735 nicht mit Sozialleistungen verrechnet werden. Wir wollen, dass Bürger*innen das
736 Klimageld wahrnehmen, beispielsweise als Gutschrift auf ihrem Bankkonto. Wir
737 regen an, sich am österreichischen Modell des Klimabonus' zu orientieren - der
738 gestaffelte Betrag wird dort per Überweisung auf das jeweilige Bankkonto oder
739 über einen Gutschein via Post einmal jährlich automatisch ausbezahlt.
- 740 • **Klimagerechtigkeit** bedeutet vor allem auch **globale Gerechtigkeit**. Während der
741 globale Norden Hauptverursacher der Klimakrise ist, leidet der globale Süden
742 hauptsächlich unter den Folgen der Klimakrise. Der globale Norden muss hier den
743 globalen Süden dafür entschädigen.

Antrag B1: Verbandsklagerecht für Gewerkschaften

Antragsteller*in:	AG Jusos Baden-Württemberg
Sachgebiet:	B - Beschäftigung und gute Arbeit

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Zur Weiterleitung an: SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion
- 2 Vor allem im Arbeitsrecht gibt es erhebliche Zugangsbarrieren zum Rechtsschutz. Dies
- 3 liegt vor allem an dem Machtgefälle zwischen Arbeitnehmer:in und Arbeitgeber:in.
- 4 Arbeitnehmende befürchten oft, sie könnten durch die Einklagung von
- 5 arbeitsrechtlichen Ansprüchen von ihrem Arbeitgeber:in schlechter behandelt werden.
- 6 Des Weiteren haben Unternehmen deutlich mehr Ressourcen, um ihre Interessen
- 7 umzusetzen. Gewerkschaftlicher Rechtsschutz mildert diese Barrieren etwas, doch rund
- 8 die Hälfte der Verfahren vor den Arbeitsgerichten sind Kündigungsschutzprozesse und
- 9 andere Klagen, die erst nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses erhoben werden.
- 10 Dieses Umsetzungsdefizit ist sowohl sozialpolitisch als auch verfassungsrechtlich
- 11 problematisch. Zudem spricht auch der Gesichtspunkt der Prozessökonomie dafür, eine
- 12 Rechts- oder Tatsachenfrage, die häufig in gleicher Weise auftritt, in einem einzigen
- 13 Verfahren zu klären, anstatt die Betroffenen auf individuelle Klagen zu verweisen.
- 14 Insbesondere im Arbeitsrecht haben wir oft mit solchen kollektiven Sachverhalten zu
- 15 tun. Es ist kein Zufall, dass die meisten ausländischen Rechtsordnungen das
- 16 Verbandsklagerecht der Gewerkschaften zur Durchsetzung zwingenden Arbeitsrechts
- 17 anerkennen.
- 18 Zwar können seit dem Beschluss vom Bundesarbeitsgericht vom 20.04.1999 (BAGE 91, 210)
- 19 Gewerkschaften einen Unterlassungsanspruch aus § 1004 BGB iVm. Art. 9 III GG gegen
- 20 tarifwidrige Einzelverträge erheben, alle anderen Ansprüche müssen Arbeitnehmer:innen
- 21 selbst vor Gericht geltend machen.
- 22 Ein Verbandsklagerecht ist sinnvoll, da sich Arbeitsverhältnisse und Arbeitsverträge
- 23 innerhalb eines Unternehmens ähneln und dadurch größtenteils eine größere Zahl von
- 24 Beschäftigten gleich betroffen sind. Dies führt zu einem besseren Schutz von
- 25 Arbeitnehmer:innen und zu einer Entlastung der Justiz.
- 26 Eine Verbandsklage ist nicht in jedem Einzelfall sinnvoll, sondern nur, wenn eine
- 27 Vielzahl von Menschen involviert ist. Deshalb sollte die Befugnis zur Verbandsklage
- 28 auf Sachverhalte beschränkt werden, in dem der:die Arbeitgeber:in nicht nur im
- 29 Einzelfall Vorschriften zuwiderhandelt, die dem Schutz der Beschäftigten dienen.
- 30 Gewerkschaften sollten in solchen Fällen Unterlassungs- und Beseitigungsansprüche vor
- 31 Gericht geltend machen dürfen. Mit Vorschriften sind Rechtsvorschriften zur
- 32 Gleichbehandlung, insbesondere die §§ 611a, 611b BGB, Vorschriften in Tarifverträgen
- 33 im Rahmen ihres Geltungsbereichs, das Arbeitszeitgesetz, das Bundesurlaubsgesetz, das
- 34 Entgeltfortzahlungsgesetz, das Nachweisgesetz, das Bundeserziehungsgeldgesetz, das
- 35 Teilzeit- und Befristungsgesetz, das Beschäftigtenschutzgesetz, das
- 36 Arbeitsschutzgesetz, das Jugendarbeitsschutzgesetz, das Mutterschutzgesetz, die §§ 71
- 37 ff des Sozialgesetzbuchs IX und das Arbeitnehmerentsendegesetz gemeint.
- 38 Des Weiteren kann es nicht sein, dass die Einklagung von Tarifverträgen nur durch
- 39 Rechtsprechung ausgestaltet ist: Auch dazu braucht es explizite Regelung im Gesetz.

40 Wir fordern, dass Gewerkschaften Verstöße gegen einen Tarifvertrag geltend machen
41 können, solange sie Tarifvertragspartei sind.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag B2: Streichung des Anti-Streik-Paragraphen 160 SGBIII

Antragsteller*in:	AG Jusos Baden-Württemberg
Sachgebiet:	B - Beschäftigung und gute Arbeit

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Weiterleitung an: SPD Landesparteitag, SPD Bundesparteitag, SPD Bundestagsfraktion,
- 2 Juso Bundeskongress
- 3 Die Versammlung möge beschließen:
- 4 dass der von der schwarz-gelben Bundesregierung 1986 eingeführte Anti-Streik-
- 5 Paragraph ersatzlos gestrichen wird. Dieser wurde ursprünglich als Änderung des
- 6 damaligen § 116 AFG eingeführt und ist seit dem 01.04.2012 als § 160 SGB III
- 7 bekannt.
- 8 Die damalige Bundesregierung unter Kabinett Kohl II, reagierte damit auf die 1984
- 9 erkämpfte 35-Stunden-Woche der IG Metall.
- 10 Um solche Meilensteine der Arbeiterbewegung durchzusetzen nutzen Gewerkschaften das
- 11 Streikrecht in Tarifaueinandersetzungen. Das BAG bestätigte bereits in den 80ern
- 12 die
- 13 Notwendigkeit von Streiks für Tarifverhandlungen auf Augenhöhe: „Tarifverhandlungen
- 14 ohne das Recht zum Streik [sind] nicht mehr als kollektives Betteln“ (BAG, Urteil
- 15 vom
- 16 12. September 1984 - 1 AZR 342/83 -, juris)
- 17 Unternehmen können dagegen als Arbeitskämpfungsmittel die Aussperrung entgegensetzen.
- 18 Die
- 19 Beschäftigten dürfen nicht für das Unternehmen arbeiten und erhalten kein Lohn
- 20 („heiße Aussperrung“).
- 21 Die „kalte Aussperrung“ wird hingegen von Unternehmen ausgeführt, die sich nicht im
- 22 Tarifkonflikt befinden, aber indirekt von einem Streik oder einer Aussperrung
- 23 betroffen sind. Das kann durch Produktionsausfälle in der Lieferkette oder der
- 24 eigenen Produktion begründet sein. Ein Arbeitgeber, der nicht von einem
- 25 Tarifkonflikt
- 26 betroffen ist „spart“ sich durch die kalte Aussperrung die Lohnkosten und
- 27 Beschäftigte bekommen „dank“ des § 160 SGB III kein Kurzarbeiter- oder
- 28 Arbeitslosengeld.
- 29 Beispiel:
- 30 Die IG Metall bestreikt im Tarifkonflikt den Automobilhersteller A. Der
- 31 Automobilzulieferer B bekommt keine Aufträge mehr, da die Produktion von A
- 32 stillsteht
- 33 und dieser aktuell keinen Bedarf an Produkten von B hat. Also nutzt der
- 34 Automobilzulieferer B die „kalte Aussperrung“ und spart sich die Personalkosten. Die
- 35 IG Metall zahlt den Beschäftigten zwar beim Automobilhersteller A Streikgeld, die
- 36 Beschäftigten bei Automobilzulieferer B bekommen aber kein Entgelt durch die „kalte
- 37 Aussperrung“ und durch den § 160 SGB III auch keine Lohnersatzleistung oder
- 38 ähnliches. Die Kolleg:innen des Zulieferer B stehen - für die Zeit des Streiks bei A
- 39 -

40 ohne Arbeit und Geld da und geraten dadurch in prekäre Lebenssituationen.
41 Eine Gewerkschaft, wie die IG Metall, stellt das natürlich vor große
42 Herausforderungen, da man so kaum Streiks - vor allem keine langen Streiks - in
43 gewissen Branchen durchführen kann. Die IG Metall schreibt dazu auf Ihrer Website:
44 „Fakt ist: die gesetzliche Regelung kommt einem Streikverbot für die Automobil- und
45 Zulieferindustrie gleich. Deshalb muss dieser Paragraf ersatzlos gestrichen werden.“
46 Wir als Sozialdemokraten sind auf der Seite der Beschäftigten und stehen durch das
47 streichen des Paragraphen 160 SGB III nicht nur für das deutsche Streikrecht ein,
48 sondern eröffnen Gewerkschaften und deren Mitgliedern die Möglichkeit wieder
49 Meilensteine in der Tariflandschaft durchzusetzen.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag B3: Kinderarbeit auch online regulieren

Antragsteller*in:	AG Jusos Baden-Württemberg
Sachgebiet:	B - Beschäftigung und gute Arbeit

Die Versammlung möge beschließen:

1 Weiterleitung an SPD Bundestagsfraktion, SPD Bundesparteitag, SPD Bundesvorstand und
2 Juso Bundeskongress

3 Der Kinder-Influencer-Trend macht sich auch in Deutschland bemerkbar. Es gibt bereits
4 zahlreiche Accounts mit hunderttausenden Abonnent*innen, in denen Kinder als
5 Protagonist*innen regelmäßig in Videos agieren. Diese Accounts werden meistens von
6 den Eltern geführt, welche sich um die Produktion, den Schnitt und die
7 Veröffentlichung kümmern. Dabei werden nicht selten Produkte beworben und mit
8 Produktplatzierungen Einnahmen generiert, was ebenfalls über die Eltern organisiert
9 abläuft. Die Problematik dahinter wird bei den glücklich erscheinenden Kindern den
10 wenigstens ersichtlich.

11 Damit Kinder in Deutschland für den Hörfunk, das Fernsehen oder im Zusammenhang mit
12 Film- und Fotoaufnahmen arbeiten dürfen, müssen bestimmte Voraussetzungen erfüllt
13 sein. Laut Jugendarbeitsschutzgesetz dürfen Kinder ab sechs Jahren an 30 Tagen im
14 Jahr (oder 60 halben Tagen im Jahr) bis zu drei Stunden täglich in der Zeit von 8 bis
15 22 Uhr arbeiten. Die Tätigkeit muss von der zuständigen Aufsichtsbehörde bewilligt
16 werden. Die Behörde darf die Beschäftigung nur bewilligen, wenn die Einhaltung
17 bestimmter Bedingungen sichergestellt ist. So muss eine ununterbrochene Freizeit von
18 mindestens 14 Stunden nach Beendigung der konkreten Beschäftigung gewährleistet sein,
19 die Beschäftigung darf das Fortkommen in der Schule nicht beeinträchtigen. Überdies
20 bedarf es bei Beschäftigungen von gewisser Dauer der ärztlichen Bescheinigung, dass
21 die Tätigkeit nicht die Gesundheit und Entwicklung der Kinder oder der Jugendlichen
22 gefährdet.

23 Bei den Kinder-Influencer*innen ist mit Blick auf den veröffentlichten Content schwer
24 zu sagen, wie viel Arbeitszeit tatsächlich hinter den Clips und Posts steckt. Es
25 lässt sich aber sicher sagen, dass kaum ein Kanal einer*eines Kinder-Influencer*in in
26 Deutschland eine einzusprechende Arbeitsbewilligung und die dafür benötigten
27 Absprachen mit Ärzt*innen, Schule oder Jugendamt vorweist. Es gibt kaum bis gar keine
28 Kontrolle der zuständigen Ämter. Und während bei herkömmlichen Fernsehproduktionen
29 die Eltern eine klare Funktion haben, die kindgerechte Betreuung sicherzustellen und
30 auf die Kinder aufzupassen, sind sie bei den Kinder-Influencer*innen Sorgeberechtigte
31 und Arbeitgeber*innen zugleich, wodurch ein Interessenkonflikt besteht. Außerdem ist
32 kein Rückzugsort mehr gegeben, da Arbeitsplatz und Private Räume ein und das selbe
33 ist und keine Privatsphäre gewährleistet ist. So ist der Schutz der Kinder nicht mehr
34 sichergestellt.

35 Ein weiteres Problem stellt der psychische Druck dar, welcher teils auf den Kindern
36 lastet. Obwohl sie selbst den Content womöglich als Hobby sehen, stützen sich die
37 Eltern häufig finanziell restlos auf die Einnahmen, die entsprechende Accounts
38 generieren. Das bedeutet, dass es gravierende Auswirkungen auf die finanzielle
39 Situation der Familie hätte, wenn ein Kind keinen Content mehr produzieren wollte.

40 Kein Kind sollte eine solche finanzielle Verantwortung tragen müssen.

41 Nicht zu vergessen ist auch der allgemeine Druck und die Einflüsse von Social Media
42 durch Likes, (negative) Bewertungen in Kombination mit tückischen Algorithmen.
43 Bereits viele erwachsene Influencer*innen haben mit dem Druck, regelmäßig Content zu
44 produzieren, zu kämpfen, da die Regelmäßigkeit der Uploades eng mit den Views und
45 Like-Anzahlen einhergeht. Gerade deshalb bedarf es bei Kindern, die derselben
46 Tätigkeit nachgehen, besonderer Vorsicht und Kontrolle durch zuständige Behörden, wie
47 dem Jugendamt.

48 Um die Lücke im Arbeitsschutzgesetz zu schließen fordern wir die Einführung eines
49 Gesetzes zum Schutz vor Kinderarbeit im Netz. Ein solches soll für Eltern von
50 Kindern, die mit ihren Accounts finanzielle Gewinne erzielen, die Pflicht enthalten,
51 die Tätigkeit beim zuständigen Aufsichtsamt zu melden, sodass - entsprechend den
52 Vorgaben bei Fernsehproduktionen - klare Richtlinien gelten. Als Vorbild hierfür kann
53 Frankreich dienen. Dort benötigen Unternehmen, die junge Social-Media-Stars zu
54 Werbezwecken buchen wollen, die Einwilligung der lokalen Behörden.

55 Auch soll ähnlich wie im Frankreich ein erheblicher Teil der Honorare, die die
56 Kinder-Influencer*innen verdienen, verpflichtend auf ein Treuhandkonto eingezahlt
57 werden, auf das diese erst nach ihrem 18. Geburtstag Zugriff haben. Damit soll
58 verhindert werden, dass ganze Familien ihr Einkommen durch die Videos ihrer Kinder
59 generieren und die finanzielle Verantwortung auf ihnen lastet.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag B4: „Regel“-mäßige Auszeit! Keine Arbeit bei Regelschmerzen – Menstruationsbedingte Arbeitsunfähigkeit (MAU) für menstruierende Personen jetzt!

Antragsteller*in:	JUSO Vorstand SPD-Landesverband Saar
Sachgebiet:	B - Beschäftigung und gute Arbeit

Die Versammlung möge beschließen:

1 Analyse:

2 Schätzungsweise sind 2 Millionen menstruierende Personen in Deutschland von
3 Endometriose betroffen. Die häufigsten Symptome sind starke, oft krampfartige
4 Schmerzen vor und während der Menstruation, Schmerzen in Rücken und Bauch,
5 Kopfschmerzen und Erschöpfung. Außerdem leiden 20-25% aller menstruierenden Personen
6 unter gutartigen Wucherungen der Gebärmutter, sogenannten Myomen, die ebenfalls zu
7 verstärkten Regelschmerzen und Regelblutungen führen können. Das Polyzystische
8 Ovarialsyndrom (PCOS) ist mit einer geschätzten Prävalenz von fünf bis zwölf Prozent
9 eine der häufigsten Störungen des Hormonhaushaltes, die unter anderem den Zyklus von
10 menstruierenden Personen stark beeinträchtigt. Einige Betroffene dieser
11 Störungsbilder berichten, so starke Schmerzen zu haben, dass sie sich auf den Boden
12 legen müssen, einen Kreislaufzusammenbruch haben oder sich übergeben müssen. Eine
13 repräsentative Umfrage der Endometriose Vereinigung Deutschland aus dem Jahr 2022,
14 die mit 2500 menstruierenden Personen durchgeführt wurde zeigte, dass die
15 Erwerbstätigkeit der Betroffenen die Endometriose-Symptome hervorruft oder sogar
16 verstärkt. Mehr als 40% der Teilnehmenden gaben dabei an, dass sie aufgrund ihrer
17 Symptome stark oder sehr stark in ihrem Arbeitsalltag, in ihrer Leistungsfähigkeit
18 und beim Ausführen berufsbezogener Tätigkeiten beeinträchtigt waren. 94% der
19 Befragten gab an, dass sie aufgrund der Endometriose weniger leistungsfähig sind –
20 2/3 waren innerhalb der letzten 6 Monate aufgrund ihrer Endometriose
21 krankgeschrieben. Für beinahe die Hälfte hat das Auswirkungen auf ihre finanzielle
22 Sicherheit.

23 In einigen asiatischen Ländern gibt es für menstruierende Personen schon lange die
24 Möglichkeit, sich einige Tage frei zu nehmen, wenn sie menstruierten und nicht
25 arbeiten gehen können. Die spanische Regierung hat zuletzt als erstes europäisches
26 Land 2023 einen gesetzlichen „Menstruationsurlaub“ eingeführt. In Spanien müssen sich
27 Arbeitnehmer*innen mit dieser gesetzlichen Grundlage, jedes Mal ein ärztliches Attest
28 ausstellen lassen, dass sie besonders schwere Regelbeschwerden haben, um monatlich
29 für einen bestimmten Zeitraum bezahlten „Mestrationsurlaub“ erhalten zu können. Die
30 Dauer sei dann jedoch unbegrenzt und davon abhängig wie stark und lang anhaltend die
31 Schmerzen sind. Die Kosten werden hierbei vom Staat übernommen, um Unternehmen keinen
32 Grund zur Diskriminierung von menstruierenden Personen zu geben.

33 In Deutschland gibt es noch keine gesetzliche Regelung für bezahlten
34 „Mestrationsurlaub“. Einzelne kleine Start-ups geben ihren Arbeitnehmer*innen die
35 Möglichkeit, sich bequem frei zu nehmen oder im Homeoffice zu arbeiten – abgerechnet
36 wird das jedoch häufig als Krankentage. Selbstverständlich kann man sich in
37 Deutschland einfach beim Arbeitgeber krankmelden, ohne eine

38 Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung zu benötigen, wenn man weniger als 4 Tage bei der
39 Arbeit fehlt. Dies hat jedoch den Nachteil, dass sich diese Krankentage akkumulieren
40 und anders als, bei Nicht-Menstruierenden Personen viel höher ausfallen, da sie sich
41 noch zu den anders bedingten Krankentagen addieren. Anders als bei einer Erkältung
42 ist die Menstruation bei den meisten Menschen ein potenziell regelmäßig
43 wiederkehrender Grund der Arbeitsunfähigkeit. Problematisch ist hierbei die
44 krankheitsbedingte Kündigung, die dann drohen kann, wenn Arbeitnehmer*innen mehr als
45 30 Tage in drei aufeinanderfolgenden Jahren fehlen. Bei diesen sogenannten
46 Kurzerkrankungen (kurze monatliche Fehltage) prüfen Gerichte die Prognose, das heißt,
47 ob wegen des Gesundheitszustandes des/der Beschäftigten auch in Zukunft damit
48 gerechnet werden muss, dass diese/r mehr als 6 Wochen im Jahr wegen Krankheit
49 ausfällt. Im Fallbeispiel einer Person, die allein aufgrund starker
50 Menstruationsbeschwerden drei Tage monatlich ausfällt, ergeben sich bei einer
51 Vollzeitbeschäftigung 7,2 Wochen Fehltage jährlich. Hinzu kommen noch die anders
52 bedingten Krankentage. Dies stellt ein Risiko des Jobverlustes für menstruierende
53 Personen dar, die sich regelmäßig aufgrund starker Regelschmerzen krankmelden
54 müssen.

55 Die Debatte auf europäischer Ebene zur Einführung einer Richtlinie für Unternehmen,
56 die vorsah, dass menstruierende Personen, die unter starken Menstruationsbeschwerden
57 leiden, drei Tage bezahlten „Urlaub“ gewährleistet bekommen hätten, scheiterte.

58 Da der Begriff „Menstruationsurlaub“ impliziert, die Betroffenen könnten sich in
59 dieser Zeit entspannt frei nehmen, wird im Folgenden von Menstruationsbedingter
60 Arbeitsunfähigkeit gesprochen (MAU).

61 **Forderungen:**

62 Deshalb fordern wir, dass eine gesetzliche Grundlage dafür geschaffen wird, dass
63 angestellte menstruierende Personen ohne Attest Anspruch auf Menstruationsbedingte
64 Arbeitsunfähigkeit (MAU), das heißt einen zusätzlichen vollständig bezahlten
65 „Urlaubstag“ monatlich haben, den sie für die Zeit während ihrer Menstruation nutzen
66 können. Darüber hinaus fordern wir, dass menstruierende Personen durch ein Attest vom
67 Arzt, das jährlich erneuert werden muss, Anspruch auf zwei zusätzliche Tage MAU
68 bekommen, wenn sie z.B. durch Endometriose besonders starke Schmerzen haben. Wichtig
69 ist, dass dieses Attest nur einmalig pro Jahr ausgestellt werden muss und
70 Menstruierende keinen monatlichen Arztbesuch benötigen. Diese MAU soll nicht als
71 Krankentage gewertet werden, sondern als „Sonderurlaub“ verbucht werden. Anders als
72 in Spanien gilt dementsprechend Lohnfortzahlung durch die Arbeitnehmer*innen.
73 Weiterhin fordern wir gemäß Beschlusslage der Bundesjusos, eine Verpflichtung für
74 Unternehmen, wenn bezüglich der Arbeitsaufgaben möglich, Homeoffice anbieten zu
75 müssen. Dies kann besonders Menstruierende entlasten, die sich dafür entscheiden ihre
76 MAU nicht in Anspruch zu nehmen. Außerdem fordern wir ebenfalls gemäß der
77 Beschlusslage eine flexible Arbeitszeitgestaltung. Das heißt Arbeitnehmer*innen
78 sollen frei über die Erbringung ihrer vertraglich vereinbarten Stundenanzahl
79 entscheiden können. Auch diese Maßnahme kann Menstruierende entlasten, die ihre MAU
80 nicht in Anspruch nehmen wollen, aber so flexibel Pausen machen können.

81 Darüber hinaus fordern wir für alle Arbeitnehmer*innen, die an einem Schreibtisch
82 arbeiten, einen ergonomischen Arbeitsplatz. Es muss möglich sein, Arbeitsaufgaben,
83 die an einem Schreibtisch abgeleistet werden, sowohl im Stehen als auch im Sitzen

84 erledigen zu können. Wir fordern, dass auf Anfrage der Arbeitnehmer*innen entlastende
85 Sitzmöglichkeiten zur Verfügung gestellt werden müssen. Diese Maßnahme kann ebenfalls
86 eine Entlastung für menstruierende Personen darstellen, die während der Menstruation
87 häufig nicht lange ausschließlich sitzen oder stehen können.

88 Weiterhin fordern wir für Personen mit Endometriose, Myomen oder Polyzystischen
89 Ovarialsyndrom (PCOS), ab dem vierten Tag die Möglichkeit einer telefonischen
90 Krankschreibung. So soll verhindert werden, dass diese Personen trotz Diagnose und
91 unter starken Schmerzen das Haus verlassen müssen, um vorstellig zu werden.

92 Darüber hinaus fordern wir stets die Durchführung einer bundesweiten Aufklärungs- und
93 Entstigmatisierungskampagne zu Menstruationsschmerzen, PCOS und Endometriose. Genauso
94 fordern wir eine verstärkte Bereitstellung von Fördergeldern zur Erforschung der
95 Ursachen, Diagnostik, Prävention und Behandlung von Endometriose und PCOS.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag B5: Die Mindestlohnkommission – ist das eine Kommission oder kann die weg

Antragsteller*in:	Jusos Bayern
Sachgebiet:	B - Beschäftigung und gute Arbeit

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Die Mindestlohnkommission muss dringend reformiert werden. Die kürzlich getroffene
- 2 Entscheidung, den Mindestlohn nur um 41 Cent zu erhöhen ist ein Schlag ins Gesicht
- 3 der Arbeitnehmer*innen und zeigt den dringenden Reformbedarf dieser Kommission.
- 4 Konkret fordern wir:
 - 5 • Die Festlegung des Mindestlohns muss sich auf den zuvor geltenden Betrag
 - 6 beziehen. Auch politisch beschlossene Erhöhungen müssen dabei selbstverständlich
 - 7 berücksichtigt werden.
 - 8 • Eine Entscheidung gegen die geschlossene Abstimmung der Arbeitnehmer*innen-Seite
 - 9 darf zukünftig nicht möglich sein.
 - 10 • Die Bundesregierung muss die Möglichkeit bekommen, die Höhe des Vorschlags der
 - 11 Mindestlohnkommission nach oben korrigieren können, wenn es die politische
 - 12 Situation erfordert oder muss Vorschläge zur Korrektur an die
 - 13 Mindestlohnkommission zurückweisen können.
 - 14 • Die Bundesregierung soll schnellstmöglich die EU-Mindestlohnrichtlinie umsetzen.
 - 15 Diese beinhaltet einen Mindestlohn bei 60% des Medianeinkommens. Für Deutschland
 - 16 liegt der Betrag damit aktuell bei 14€.

Antrag B6: Für den Arbeitskampf in Zeiten der Klimakrise - gegen Hitzestress am Arbeitsplatz

Antragsteller*in:	Jusos Berlin
Sachgebiet:	B - Beschäftigung und gute Arbeit

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Die Auswirkungen der Klimakrise stellen eine wachsende Herausforderung für die
- 2 öffentliche Gesundheit und die Arbeitswelt dar, die dringend einen erzwingbaren
- 3 Mindestschutz und Maßnahmen zur Autonomisierung der Arbeitsweisen erfordert.
- 4 Bereits 2022 ließen sich mindestens 61.000 Todesfälle in der Europäischen Union auf
- 5 die Sommerhitze zurückführen. Laut Eurofound sind 23 Prozent der Arbeitnehmer*innen
- 6 in der EU während mindestens eines Viertels ihrer Arbeitszeit hohen Temperaturen
- 7 ausgesetzt. In der Landwirtschaft und der Industrie sind es sogar 36 Prozent und im
- 8 Baugewerbe 38 Prozent, Branchen die in besonderer Weise prekäre Arbeitsverhältnisse,
- 9 Sozial- und Lohndumping und hohen Einsatz von Zeitarbeit*innen und
- 10 Wanderarbeitnehmer*innen aufweisen.
- 11 Neben Beschäftigten in der Landwirtschaft, Industrie und im Baugewerbe sind ebenfalls
- 12 Beschäftigte des öffentlichen Diensts in kritischen Infrastrukturen wie etwa in der
- 13 Abfall-, Wasser- und Energiewirtschaft, in Notdiensten und Verkehrssektor am
- 14 stärksten extremen Klimabedingungen, einschließlich UV-Strahlung, ausgesetzt. Die
- 15 Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (EU-OSHA)
- 16 warnt vor weitreichenden Auswirkungen des Klimawandels auf Arbeitnehmer*innen.
- 17 Arbeitnehmer*innen in Innenräumen, deren Arbeit körperliche Anstrengung erfordert,
- 18 wie z. B. in Lagern oder an Produktionslinien, werden ebenfalls von steigenden
- 19 Temperaturen und Luftfeuchtigkeit betroffen. Die Auswirkungen auf die Gesundheit
- 20 können gravierend sein und von Krämpfen und Ödemen bis hin zum Bewusstseinsverlust
- 21 und sogar zum Tod reichen.
- 22 Längerfristige Gesundheitsrisiken im Zusammenhang mit intensiver Hitze beziehen Herz-
- 23 , Nieren- und Leberschäden sowie chronische Müdigkeit, Schlafstörungen und
- 24 Unfruchtbarkeit ein. Darüber hinaus kann die Erwärmung psychosoziale Auswirkungen zur
- 25 Folge haben.
- 26 Hitze führt zur Ermüdung und zu kognitiver Belastung, die Reizbarkeit oder sogar
- 27 Gewalt auslösen kann, was wiederum durch Spannungen und Konflikte den Betriebsfrieden
- 28 stört und negative Multiplikatoreffekte haben kann. Ermüdung erhöht auch das Risiko
- 29 von Arbeitsunfällen, vor allem weil sie die Konzentration verringert und zu unklaren
- 30 Entscheidungen führen kann, was eine große Gefahr beim Autofahren oder beim Bedienen
- 31 von Maschinen darstellt
- 32 Trotz entsprechenden Empfehlungen aus dem ASR (Arbeitsstättenregeln) gibt es in
- 33 Deutschland noch nicht ausreichend Maßnahmen. Bisher werden zudem die
- 34 Arbeitgeber*innen nicht ausreichend bei der Einhaltung von Maßnahmen kontrolliert.
- 35 Arbeitnehmer*innen im Freien sind ebenfalls bisher vom Schutzbereich einiger
- 36 europäischer Richtlinien ausgeschlossen. Die am stärksten betroffenen Sektoren sind
- 37 auch diejenigen, in denen die Prekarität am größten ist. Insbesondere in diesen

38 Sektoren fällt es bereits im Status Quo und im bisher üblichen Geschäft
39 Arbeitnehmer*innen nicht leicht, sich so zu verhalten, dass ihre Gesundheit Vorrang
40 hat.

41 Ein menschengerechter Umgang mit Hitzestress am Arbeitsplatz setzt voraus, dass die
42 Arbeitnehmer*innen unabhängig vom wirtschaftlichen Druck ihre Arbeitszeit und ihre
43 Aufgaben selbst regeln können, so dass sie Ruhezeiten und Arbeit abwechseln und
44 Arbeitsintensität bedarfsgerecht regeln können.

45 Wir fordern daher:

- 46 • eine gesetzliche Höchstlufttemperatur für Arbeit im Freien von 35 Grad Celsius
47 (33 Grad Celsius bei Menschen im hohen Alter oder Risikogruppen)
- 48 • sollte der*die Arbeitnehmer*in aufgrund der Berufs- und Rollenbezeichnung bzw.
49 damit verbundener Pflichten trotzdem darauf angewiesen sein in der Hitze
50 arbeiten zu müssen (z.B. beim Rettungsdienst), so ist eine Hitzepauschale zu
51 vergüten
- 52 • eine umfassende europäische Richtlinie zur Arbeit bei Hochtemperaturen und
53 Vermeidung von Hitzestress, Erstellung von Aktionsplänen, Frühwarnsystemen und
54 sicheren Arbeits- und Notfallverfahren.
- 55 • einen Ausbau der Verpflichtungen zur Risikobewertung gemäß der europäischen
56 Rahmenrichtlinie von 1989 (89/391/EWG) über Sicherheit und Gesundheitsschutz am
57 Arbeitsplatz, um Hitzebelastung explizit mit einzubeziehen.
- 58 • dass den Arbeitsaufsichtsbehörden ausreichend finanzielle und personelle
59 Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, um Maßnahmen zur Bekämpfung von
60 Hitzestress pflichtgemäß zu prüfen.
- 61 • Die Beauftragung des Bundesministeriums für Wohnen Stadtentwicklung und Bauwesen
62 mit der Erarbeitung von Richtlinien zur energetischen Gebäudesanierung, welche
63 explizit eine passiv-kühlende, oder zumindest Hitze-abweisende, Bauweise
64 berücksichtigt, um die vermehrte Nutzung Energie-intensiver und Klima-
65 Schädlicher Klimageräte bei steigenden Temperaturen zu vermeiden.
- 66 • weitere gesetzliche Maßnahmen zur Einhaltung einer menschengerechten
67 Arbeitsweise während Hitzestress ab 26 Grad:
- 68 • Die Einführung von Hitzepausen oder andere Formen der Arbeitserleichterung zu
69 den wärmsten Stunden am Tag in betroffenen Betrieben. Dabei sind die
70 Beschäftigten sowie ihre gewerkschaftliche und betriebliche Vertretung bei der
71 Einführung solcher Maßnahmen zu beteiligen und zu ermächtigen, bezahlte Pausen
72 durchzusetzen. Dabei sollte die Gesamtarbeitszeit nicht zulasten von
73 Pendler*innen steigen und die Hitzepause nicht von der gesetzlichen Pausenzeiten
74 nach § 4 ArbZG abgezogen werden.
- 75 • Zusätzliche stündliche Arbeitspausen zwischen 11 und 15 Uhr zuzüglich der
76 gesetzlichen Ruhepause für Arbeit im Freien. Dies darf nicht von der Pausenzeit
77 abgezogen werden.
- 78 • Verpflichtende saisonale Anpassung von Schichtplänen, um weitestgehend die
79 wärmsten Stunden am Tag zu vermeiden und die Wärmebelastung für die*den
80 einzelne*n Arbeiternehmer*in zu verringern.
- 81 • Ein Mehr- und Überstundenverbot für Arbeit im Freien an Tagen mit einer

- 82 prognostizierten durchschnittlichen Tagestemperatur von mehr als 28 Grad.
- 83 • Besondere Kontroll- und Notfallverfahren für isoliertes Arbeiten bzw.
84 Einzelarbeit bei Wärmebelastung und Unterstützung durch Dritte bei
85 Zwischenfällen.
- 86 • Die Bereitstellung von genügend kostenlosem Wasser und Elektrolyten für den
87 Arbeitstag sowie Trinkpausen
- 88 • Die Bereitstellung von bedarfsgerechten, kostenlosen Sonnen- bzw. UV-Schutz
89 (z.B. Zelte, Sonnenmilch, Mützen, abgedunkelte Fenster).
- 90 • Regelmäßige Gesundheitschecks bei längeren Hitzeperioden sowie Hautkrebsvorsorge
91 als verpflichtender Bestandteil der Arbeitsmedizin in relevanten Branchen.
- 92 • Der verpflichtende Einbau von Sonnenschutzverglasungen, reflektierenden
93 Vorrichtungen und Vordächern an Südfenstern bei dem Bau und der Sanierung von
94 Betriebs- und Werksgebäuden.
- 95 • Maßnahmen zur Förderung von Erste Hilfe und Präventivarbeit für psychische
96 Gesundheit am Arbeitsplatz, um psychosoziale Risiken der Wärmebelastung
97 einzudämmen.

Antrag B7: Mindestlohn – Aber richtig!

Antragsteller*in:	Jusos Hessen-Nord
Sachgebiet:	B - Beschäftigung und gute Arbeit

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Der Mindestlohn muss auf ein angemessenes Niveau steigen und kontinuierlich an die
- 2 wirtschaftliche Entwicklung angepasst werden und für die lückenlose Umsetzung müssen
- 3 ergänzend auch nach Forderung des Deutschen Gewerkschaftsbundes gute Tarifverträge
- 4 der Standard und dementsprechend die Tarifbindung gestärkt werden. Die Ableistung von
- 5 unbezahlten Überstunden ist außerdem zu unterbinden. Entsprechende Kontrollen müssen
- 6 verstärkt werden. Ausnahmen vom Mindestlohn wie z.B. bei Praktikant*innen, Menschen
- 7 mit Behinderungen, Jugendlichen unter 18 und Langzeitarbeitslosen sind abzuschaffen..
- 8 Notwendig für die Überprüfung der Einhaltung des Mindestlohnes ist es, mehr Personal
- 9 bei den kontrollierenden Behörden anzustellen. Eine ausreichende bundesweite
- 10 Überprüfung ist aktuell nicht möglich. Außerdem müssen die Dokumentationspflichten
- 11 ausgebaut werden. So sollen Arbeitgeber*innen verpflichtet sein, Arbeitszeiten aller
- 12 Mitarbeiter mit genauen Zeiten zu erfassen.

13

Begründung

Der Mindestlohn ist unsere Chance für die Aufwertung von Arbeit und Arbeitsleistung in unserer Gesellschaft und zur Stärkung der Wirtschaft über den Konsum. Neben der notwendigen Erhöhung des Mindestlohnes auf über 14 Euro, um ein würdevolles Leben zu ermöglichen (§1GG), ist ebenso auf die Umsetzung dieser gesetzlichen Regelung zu achten und sind ihre Umgehung sowie Ausnahmen von ihr gesetzlich zu verhindern.

Es muss mehr Ansprechpartner*innen in Unternehmen und bessere Vernetzung von Angestellten und Gewerkschaften geben (am besten mehr Mitgliedschaften). Neben der sinnvollen gesetzlichen Regelung, dass der Mindestlohn auch rückwirkend eingeklagt werden kann und eine Entlassung aufgrund der Forderung des Mindestlohnes erschwert ist, müssen Arbeitnehmer*innen jedoch mehr vor wahrscheinlichem Druck durch die Arbeitgeber*innen geschützt werden. Grundsätzlich muss die Verhandlungsposition von Arbeitnehmer*innen verbessert werden. Da sich Arbeitgeber*in und Arbeitnehmer*in grundsätzlich in einem Machtgefälle zugunsten der Erstgenannten befinden, ist die Sicherstellung der Umsetzung des Mindestlohnes zwingend notwendig. Unsere Solidarität gilt immer zuerst den Schwächeren. Trotz der festgelegten Strafen für die Nichtzahlung wird er teilweise erfolgreich umgangen. Zum Beispiel kann beim Mindestlohn die vorher erbrachte Arbeitsleistung durch die Arbeitgeber*in in eine niedrigere Stundenzahl gepresst werden. Dadurch wird am Ende genauso viel wie vorher gezahlt, doch die Arbeitnehmer*in ist physisch und psychisch stärker belastet. Für die Zeitungsausträger*in gilt beispielsweise der Stücklohn, wobei nicht pro Stunde, sondern pro ausgetragene Zeitung bezahlt wird.

Quelle: <https://www.dgb.de/themen/++co++3aece644-043c-11e9-b0b2-52540088cada> (eingesehen am 01.03.2024).

Antrag B8: Mehr als nur ein Obstkorb - New Work

Antragsteller*in:	JUSO Vorstand SPD-LV Rheinland-Pfalz
Sachgebiet:	B - Beschäftigung und gute Arbeit

Die Versammlung möge beschließen:

1 Die Arbeitswelt hat sich schon immer gewandelt und tut es in Zeiten von
2 Digitalisierung, Transformation und demografischem Wandel umso schneller. Zeit also,
3 sich mit der Zukunft der Arbeit zu beschäftigen - und diese jungsozialistisch zu
4 gestalten.

5 **Status Quo - Ausbeutung und kapitalistischer Zwang**

6 In einem kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftssystem sind die
7 Arbeiter*innen gezwungen, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, um ihren Lebensunterhalt zu
8 finanzieren.

9 Für die Unternehmen, Betriebe und Konzerne - in Marx' Worten: "Die Kapitalisten" ist
10 diese Arbeitskraft eine Ware. Diese Ware muss dabei den Wert haben, der nötig ist, um
11 den Mehrwert des Kapitalisten zu steigern - sprich: Wenn die angebotene Arbeitskraft
12 nicht der Profitsteigerung dient, weil zum Beispiel der durch die Arbeitskraft
13 erwirtschaftete Ertrag niedriger ist, als die Kosten (also der Lohn und die
14 Lohnnebenkosten) lohnt sie sich für den Kapitalisten schlichtweg nicht. Wenn jedoch
15 durch den*die Arbeiter*in ein Mehrwert generiert wird, so streicht diesen Mehrwert
16 ausschließlich der Kapitalist ein. Es ist ein Tausch, Lohn gegen Arbeitskraft
17 inklusive des durch sie erwirtschafteten Mehrwerts. Zwar können durch politische
18 Erfolge, durch arbeitnehmer*innenfreundliche Politik, und insbesondere auch durch gut
19 ausgehandelte Tarifverträge durch die Gewerkschaften hier wichtige und spürbare
20 Verbesserungen und Bedingungen für die Arbeiter*innen geschaffen werden. Doch das
21 Ungleichgewicht zwischen Arbeiter*innen und Unternehmen, also "den Kapitalisten",
22 kann dadurch nicht ausgemerzt werden.

23 Klingt alles nach einem Ausflug in die Geschichte, doch auch heute müssen Menschen
24 ihre Arbeitskraft verkaufen: Um am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben und um
25 Grundbedürfnisse zu befriedigen. Sie begeben sich also in eine extreme Abhängigkeit
26 zu ihren Arbeitgeber*innen. In unserer Gesellschaft ist der Stellenwert der Arbeit
27 extrem hoch - Der Wert der Menschen bemisst sich am Wert und der Art ihrer Arbeit.
28 Welche Branche, wie hoch der Verdienst, welche Qualifikationen man sich aneignen
29 musste - alles zentrale Fragestellungen. Viel zu selten wird gefragt, ob diese Arbeit
30 den*die Arbeiter*in denn auch glücklich macht, oder (nicht monetär) bereichert.
31 Arbeit ist in unserer Gesellschaft so zentral, dass selbstverständlich erwartet
32 wird, dass junge Menschen nach der Schul-, Berufs- oder Universitätsausbildung ein
33 solches Abhängigkeitsverhältnis eingehen - und zwar gleich für die nächsten 40 (oder
34 sind wir mal ehrlich: wir können alle nicht so genau sagen wie lange wir arbeiten
35 werden müssen) Jahre. Für die Hälfte des eigenen Lebens also arbeitet man für den
36 Profit der*des Arbeitgeber*in. Zwar ist gedacht, dass man sich mit dem im Tausch für
37 die eigene Arbeitskraft erhaltenen Lohns ein schönes Leben macht, doch dafür ist erst
38 bei Feierabend Zeit, und viel zu oft auch nur an Wochenenden oder im Urlaub. Und nach
39 Jahrzehnten der Erwerbsarbeit freuen sich doch die meisten auf ihren Ruhestand, in

40 dem sie sich auch abseits ihres Feierabends entfalten können - sicher nur, weil die
41 von ihnen die letzten 40 Jahre verrichtete Arbeit sie so bereichert hat.

42 Aber Arbeit muss mehr sein, als ein ungerechter Tausch. Dafür müssen wir Arbeit neu
43 denken. Wir müssen den Zweck der Arbeit zentral umkehren: Nicht der Mensch muss der
44 Arbeit dienen, sondern die Arbeit muss dem Menschen dienen. Kreativität, Freiraum und
45 eigene Entfaltung müssen in der Arbeit einen höheren Stellenwert haben, als die
46 simple Erfüllung einer Aufgabe, die zur Profitsteigerung der Kapitalist*innen dient.
47 Der Philosoph und Begründer der "New Work"-Theorie, Frithjof Bergmann, beschrieb das
48 mit den einfachen Worten: "Arbeit, die man wirklich will!".

49 Damit wird deutlich, dass es ein viel zu weit verbreiteter Irrglaube ist, dass dies
50 mit Obstkörben, Tischkickern, Desk-Sharing oder dergleichen gemeint oder gar
51 erreicht sei. Ziel der Neuen Arbeit, der New Work, ist eine ernsthaft gewählte und
52 wirklich gewollte Arbeit, die ein modernes, selbstbestimmtes, friedliches und
53 erfülltes Leben ermöglicht.

54 Wie soll das gehen?!

55 Für Frithjof Bergmann wird die bisherige Erwerbsarbeitszeit aufgeteilt, wobei zwei
56 Drittel der klassischen Erwerbstätigkeit ersetzt werden sollen durch: Ein Drittel,
57 das aus Arbeit besteht, nach der man wirklich strebt und ein Drittel, das eine
58 Kombination aus intelligentem Verbrauch und technisch hochstehender Selbstversorgung
59 ist.

60 Bergmann stellte dafür ein 3-Säulen-Modell der "Neuen Arbeit" auf:

- 61 1. Lohnarbeit
- 62 2. Calling
- 63 3. Eigenarbeit

64 Lohnarbeit

65 In Deutschland sind rund 45 Millionen Menschen erwerbstätig. Immer mehr verändern
66 sich die Arbeitsmodelle, mobiles Arbeiten ist auf dem Vormarsch und der Wunsch nach
67 Arbeitszeitverkürzungen wächst. Dennoch ist eine Anstellung für die meisten Menschen
68 nach wie vor attraktiv und bietet beim Navigieren in der Unsicherheit unserer Zeit
69 für viele Menschen Orientierung. Zukünftig soll Arbeit jedoch den Willen, den Sinn,
70 die Selbstständigkeit und Kreativität der Arbeiter*innen in den Mittelpunkt stellen.
71 Sie sollen die Möglichkeit haben, sich in der Arbeit selbst zu entwickeln.

72 Die Digitalisierung und Flexibilisierung muss dabei stets im Sinne der Beschäftigten
73 und nicht zur reinen Profitoptimierung der Unternehmen umgesetzt werden. New Work
74 muss Arbeitsbedingungen verbessern. Wir brauchen überall mobiles Arbeiten statt
75 Telearbeit. Das Recht auf mobiles Arbeiten muss ebenso bestehen, wie das Recht, vor
76 Ort arbeiten zu wollen in einem eigenen Büro.

77 Solange wir die kapitalistische Gesellschaft & Wirtschaft nicht überwunden haben, ist
78 es für uns Jungsozialist*innen zentral, die Abhängigkeit der Beschäftigten und das
79 Ungleichgewicht in der Beziehung Arbeitgeber und Arbeitnehmer*in so gut es geht
80 aufzuheben. Gemeinsam mit den Gewerkschaften können wir gestaltend auf die Zukunft
81 der Arbeit einwirken. Die Arbeitsbedingungen und die Arbeitszeitgestaltung müssen
82 noch stärker an den Interessen der Arbeitnehmer*innen ausgerichtet sein. Dies ist zum
83 Beispiel durch eine Reduktion der Wochenarbeitszeit, beispielsweise im Modell der 4-

84 Tage Woche oder durch andere, in Tarifverträgen verhandelte Modelle möglich. Ebenso
85 Teil davon muss ein gleichberechtigter Zugang von FINTA zum Arbeitsmarkt, durch die
86 Schaffung und Gewährleistung ausreichender Betreuungsmöglichkeit und durch die
87 gleichberechtigte Verteilung von unbezahlter Care-Arbeit sein.

88 Mitbestimmung und transparente, inklusive Entscheidungsprozesse innerhalb der
89 Betriebe können das Gefühl von Selbstwirksamkeit erzeugen. Zudem ist nachgewiesen,
90 dass Menschen, die in Betrieben mit hoher Mitbestimmung beschäftigt sind, weniger
91 gefährdet sind, rechtspopulistischen Narrativen anheimzufallen. Die Stärkung der
92 Gewerkschaften, die Erhöhung des gewerkschaftlichen Organisationsgrades und die
93 Stärkung der Tarifbindung sind daher zwingend geboten.

94 Auch Minijobs sind eine Beschäftigungsform, die viel Freiheit verspricht, aber
95 mehrere Haken mit sich bringt. Die Sonderstellung in der Sozialversicherung führt
96 dazu, dass keine Ansprüche in die Arbeitslosenversicherung entstehen und, wenn
97 überhaupt, nur sehr geringe Rentenansprüche erworben werden. Sie werden gerne als
98 "Brücke" in die Vollzeitbeschäftigung betitelt, doch das Gegenteil ist der Fall.

99 Minijobs reduzieren zudem den Umfang sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung -
100 besonders häufig in kleinen und mittleren Unternehmen ersetzt ein Minijob eine halbe
101 sozialversicherungspflichtige Stelle - so spart der Arbeitgeber Lohnnebenkosten.

102 In der Zukunft der Arbeit darf Ausbeutung keinen Platz haben. Menschen, die abhängig
103 beschäftigt sind und ihre Arbeitskraft gegen einen Lohn tauschen, müssen davon leben
104 können - nicht nur überleben. Aktuell sind wir in Deutschland davon jedoch weit
105 entfernt. Alleine ca. 800.000 Menschen sind erwerbstätig und sind dennoch auf
106 staatliche Unterstützung angewiesen, da ihr Lohn nicht ausreicht, um ein
107 menschenwürdiges Existenzminimum zu sichern. Die staatliche Unterstützung ist im
108 Sinne des Sozialstaats und auch aus Gründen der Solidarität richtig, um Not zu
109 lindern, aus sozialistischer Sicht muss aber klar benannt werden, dass sie eine
110 staatliche Subventionierung des Niedriglohnssektors und letztendlich des Kapitals
111 bedeutet.

112 Wir fordern daher:

- 113 • Eine generelle Reform der Beschäftigungsform "Minijobs" - keine Arbeit ohne
114 Sozialversicherung!
- 115 • Eine Stärkung der innerbetrieblichen Mitbestimmungsrechte der
116 Arbeitnehmer*innen
- 117 • Um allen einen gleichberechtigten Zugang zum Arbeitsmarkt zu ermöglichen, muss
118 ein solidarisch aufgebautes und solidarisch finanziertes, flächendeckendes Netz
119 an qualitativ hochwertiger Care-Dienstleistungen aufgebaut werden - von der
120 Kita bis zum Altenheim. Die dort geleistete, bezahlte Care-Arbeit muss fair
121 entlohnt und arbeitsrechtlich geschützt werden
- 122 • Lohndumping und Schlupflöcher beim Mindestlohn müssen geschlossen werden! Wir
123 möchten, dass Arbeit sich wirklich lohnt - und zwar für die Arbeiter*innen.
124 Löhne, die so niedrig sind, dass Menschen staatliche Unterstützung brauchen, da
125 sie sonst unterhalb des Existenzminimums liegen würden, gehören verboten!

126 Calling

127 Calling beschreibt den Punkt der Neuen Arbeit, der wohl am bekanntesten ist und am
128 meisten Aufmerksamkeit, Interesse und Nachfrage weckt: Die Frage nach der Arbeit, die

129 wir wirklich wollen. Der Begriff kann als Synonym für "Berufung" verstanden werden
130 und steht für Aktivitäten, die die Menschen wirklich und intrinsisch verfolgen und
131 ausüben möchten - und nicht nur aufgrund kapitalistischer Zwänge und dem
132 Erwartungsdruck der Leistungsgesellschaft. Bergmann spricht hierbei von der
133 sogenannten "Polarität der Arbeit", in deren Bandbreite an einem Ende "schlechte
134 Arbeit" und am anderen Ende "gute Arbeit" steht.

135 Die "schlechte Arbeit" ist dabei ein Job, der nicht hält, was er verspricht. Zum
136 Beispiel wird wirtschaftliche Unabhängigkeit versprochen, aber in Wirklichkeit stellt
137 er ein Abhängigkeitsverhältnis dar, dessen Ergebnis (also der Lohn) kaum reicht, um
138 Grundbedürfnisse und gesellschaftliche Teilhabe ausreichend zu gewährleisten. Die
139 "gute Arbeit" hingegen ist die, mit der sich die Menschen identifizieren, die für sie
140 sinnvoll ist kurz: zu der sie sich berufen fühlen. Arbeit, die man wirklich will, soll
141 also eine Alternative zum klassischen Job sein und bedeutet einen Zuwachs an
142 Freiheit.

143 Doch häufig fällt es schwer zu erkennen, was wir in Bezug auf Arbeit "wirklich
144 wollen". Der Stellenwert der klassischen, kapitalistischen Erwerbsarbeit hat sich in
145 unserer Gesellschaft verfestigt und bereits in der Schule werden wir darauf
146 vorbereitet, für den Arbeitsmarkt von Wert zu sein - nicht andersherum. Um Menschen
147 also dazu zu befähigen, zu wissen und zu tun "was sie wirklich wollen", muss bereits
148 im Bildungssystem angesetzt werden. Es muss viel mehr vermittelt werden, dass Arbeit
149 dann gut ist, wenn sie uns als Menschen einen Mehrwert gibt und dass Arbeit nicht
150 automatisch gut ist, wenn sie einen besonders hohen Lohn oder Macht über
151 Mitarbeitende mit sich bringt. Als Jungsozialist*innen ist für uns hierbei auch die
152 Beseitigung von Bildungsungleichheit unabdingbar. Wer sich darum sorgt, wie nächsten
153 Monat die Miete, oder morgen der Wocheneinkauf finanziert werden soll, oder wer im
154 Elternhaus bereits Armut erfährt, der*die kann sich nicht in dem Maße auf Bildung
155 konzentrieren, wie dies Menschen ohne existenzielle Sorgen möglich ist. Auch die
156 Auseinandersetzung mit der Frage nach der eigenen Berufung kann für Menschen im
157 Prekariat wenn überhaupt eine untergeordnete Rolle spielen, da alle Energie primär
158 zur Sicherung der Lebensgrundlage aufgewendet werden muss.

159 Instrumente wie eine Kindergrundsicherung, Bafög - sowohl für Studierende als auch
160 für Auszubildende - und die Mindestauszubildendenvergütung müssen daher so gestaltet
161 sein, dass sie armutsfest sind und den Empfänger*innen die Sorge um den Erhalt der
162 eigenen Existenz nehmen.

163 Darüber hinaus spielt für Erwachsene die Beratung eine Bedeutung - eine, die mit
164 Möglichkeiten und Optionen experimentiert und die nicht nur im persönlichen Gespräch
165 im Beratungszimmer stattfindet.

166 Klar ist dabei, dass die Dauer dieser Beratung nicht durch eine von vornherein
167 limitierte Anzahl an Stunden orientiert sein kann, sondern dass sie sich nach der
168 Zeit richtet, die für die Beratung benötigt wird. Nach Bergmann muss Teil dieser
169 Beratung auch die Aufklärung darüber sein, was der Gegensatz zwischen Lohnarbeit und
170 der Arbeit "die man wirklich will" ist.

171 Doch die persönliche Verwirklichung endet nicht nach der Feststellung, in welche
172 Richtung man möchte. Gerade für Menschen, die schon im Berufsleben sind, erscheint
173 der Weg zur Selbstverwirklichung unmöglich. Ein Fernstudium beispielsweise ist nicht
174 nur enorm teuer, sondern auch zeitintensiv. Weiterbildungen finden häufig während der

175 Arbeitszeiten statt. Wenn wir kostenlose Bildung, von der Kita bis zu*m*r
176 Meister*in/Master wirklich ernst nehmen, müssen wir auch Mechanismen schaffen, die
177 das auch Berufstätigen ermöglichen.

178 Aus jungsozialistischer Sicht gilt es daher, unser Bildungssystem vom Kopf auf die
179 Füße zu stellen und entschieden gegen Chancenungleichheit vorzugehen. Wir möchten
180 dabei auf folgende Instrumente zurückgreifen:

- 181 • Eine Bafög-Reform! Bafög muss, für Studierende wie Auszubildende, die freie,
182 eigenständige und unabhängige Entwicklung gewährleisten - und das geht nur, wenn
183 es den Empfänger*innen ein Leben überhalb des Existenzminimums garantiert
- 184 • Eine armutsfeste Kindergrundsicherung und kein neoliberales Feigenblatt!
- 185 • Eine umlagefinanzierte Ausbildungsplatzgarantie - damit kein junger Mensch mehr
186 ohne Ausbildungsplatz da steht und damit Betriebe wieder mehr ausbilden
- 187 • Gebührenfreies Fernstudium, insbesondere für Arbeitnehmer*innen
- 188 • Voll vergütete Freistellungen für Weiterbildungen für Arbeitnehmer*innen
- 189 • Übernahme der Kosten (solange sie nicht abgeschafft sind) für sämtliche
190 Unkosten von Lernmittel etc. durch die Arbeitgeber*innen

191 **Eigenarbeit in Community Production**

192 Der Effizienzwahn und Profitdruck der klassischen Lohnarbeit soll durch eine
193 nachhaltige Stärkung des freien Willens des Einzelnen und der nachhaltigen Stärkung
194 eines gemeinschaftlichen, kollaborativen Geistes ersetzt werden.

195 Gemeint ist eine Form der lokalen Ökonomie, bei der Menschen Güter selbst herstellen
196 können - und zwar mit adäquater Produktionstechnologie. So sollen viele Dinge des
197 täglichen Gebrauchs durch die Menschen selbst hergestellt werden - zur eigenen
198 Benutzung, ohne den Druck von Profit und Konsum. So würden Arbeitsprozesse
199 professionell und selbstständig durch die Arbeiter*innen ausgeführt,
200 Lebenshaltungskosten könnten gesenkt werden und den Menschen mehr Unabhängigkeit und
201 damit mehr Freiheit verschafft werden.

202 Natürlich zählt zur Eigenarbeit auch die Arbeit für das soziale Miteinander.
203 Ehrenamtliches und gesellschaftlichen Engagement sind existenzieller Grundpfeiler
204 unseres Zusammenlebens. Deshalb braucht es die notwendige Rückendeckung, zeitlich wie
205 finanziell, um diese Arbeit leisten zu können.

206 **Nicht ohne die Gewerkschaften!**

207 New Work ist ein arbeitsphilosophisches Modell, das uns für die Zukunft unserer
208 Arbeit viele gute Ansätze und Impulse liefert, aber auch Risiken birgt. So liegt im
209 Fokus auf die Selbstentfaltung der einzelnen Arbeiter*innen gleichzeitig die Gefahr,
210 die Individualisierung der*des Einzelnen und die Entfremdung der Arbeiter*innen mit
211 der Gesellschaft und ihrer Klasse massiv zu beschleunigen.

212 Außerdem bietet es, insbesondere durch die oftmals synonyme Verwendung der Begriffe
213 "New Work" und "Arbeit 4.0" enormes Potenzial neoliberal ausgeschlachtet zu werden,
214 indem Flexibilisierung und individuelle Freiheit gepriesen werden. Aber gemeint
215 werden eine Entgrenzung der Arbeitszeiten und -orte, sowie eine Schwächung des
216 gewerkschaftlichen Solidargedankens der durch das "Streben nach eigenem Glück"
217 verdrängt werden soll. Neoliberale versuchen so, den Organisationsgrad und damit die

218 Verhandlungsmacht der Gewerkschaften zu schwächen, und die Arbeitgeberseite zu
219 stärken. Am Ende steht dann nicht New Work, sondern eine Verschärfung der
220 ausbeuterischen Beziehung zwischen Arbeitgeber und Arbeiter*in und die Schaffung
221 neuer Formen von Ausbeutung und prekärer Arbeit.

222 Natürlich kann durch digitale Arbeitsinstrumente auch Unterstützung und Entlastung
223 für die Beschäftigten gelingen, jedoch stehen hier gegenüber den Risiken neuer
224 digitaler Kontroll- oder gar Überwachungsregime, Selbstüberforderung, eine zeitlich-
225 räumliche Entgrenzung der Arbeit und die Ausweitung unregulierter Arbeitsverhältnisse
226 wie Soloselbstständigkeit, Werkverträge oder Freiberuflichkeit. Beispiele dafür sind
227 Plattform- und Crowdworking, die den Arbeitnehmer*innen die große
228 Entscheidungsfreiheit suggerieren, die Flexibilität preisen aber de facto neue Formen
229 der Ausbeutung sind.

230 New Work ist also ambivalent, denn New Work bedeutet nicht automatisch Good Work. Es
231 besteht ein enormer Gestaltungsbedarf, wenn wir die Chancen im Sinne der
232 Arbeiter*innen nutzen wollen und aus New Work wirklich Good Work entstehen soll. Die
233 Gewerkschaften sind hier keinesfalls hinter der Zeit - so erkannten sie zum Beispiel
234 bereits früh die Ambivalenz mobiler Arbeit und prägten den Diskurs mit
235 Forderungen wie ein Recht auf Homeoffice, aber auch den Anspruch auf einen
236 Arbeitsplatz im Betrieb. Auch finden sich die Plattformökonomie betreffend viele
237 Regulierungsvorschläge seitens der Gewerkschaften, wie beispielsweise die Festlegung
238 von Mindestanforderungen, die Mitbestimmung oder die soziale Sicherung der
239 Arbeitnehmer*innen.

240 Doch auch die Gewerkschaften sehen sich mit zunehmender Digitalisierung und der
241 Veränderung der Arbeitswelt vor Herausforderungen gestellt. Durch die Entgrenzung der
242 Arbeit, zum Beispiel durch mobiles Arbeiten, sind Arbeiter*innen nicht mehr direkt in
243 betriebliche Prozesse eingebunden (Werkverträge, Crowdwork), der Betrieb als
244 regulativer und sozialer Ort erodiert. Das erschwert die Arbeit von Betriebsrät*innen
245 und die der innerbetrieblichen Organisation. Auch abseits der Betriebe sind
246 Zugänge zu den Beschäftigten dadurch oft fehlend und erschweren den Gewerkschaften so
247 die Mitgliedergewinnung.

248 Für uns Jungsozialist*innen ist klar: Wir stehen immer an der Seite der
249 Gewerkschaften, auch bei der Gestaltung der Arbeit der Zukunft. Ohne starke
250 Gewerkschaften können wir die moderne Arbeitswelt nicht sozial, menschengerecht und
251 solidarisch gestalten. Die Stärkung von Betriebsräten und Gewerkschaften ist
252 daher essentiell, um aus New Work auch Good Work zu machen. Viele Rahmenbedingungen
253 und

254 Aspekte von New Work können und werden bereits über Tarifverträge festgelegt, zum
255 Beispiel die Frage der Wochenarbeitszeit, Ruhezeiten, Regelungen zum mobilen Arbeiten
256 oder Nacht- und Wochenendzuschläge.

257 Um die Gewerkschaften weiter zu stärken und eine Erhöhung der Tarifbindung, auch in
258 neuen Formen der Arbeit wie in der Plattformökonomie zu erreichen fordern wir:

- 259 • Dass die Ampel-Regierung das Bundestariftrüegesetz endlich auf den Weg bringt,
260 um die Tarifbindung zu stärken. Öffentliche Aufträge und Fördergelder sollen nur
261 Unternehmen erhalten, die nach Tarif bezahlen und tarifliche Standards erfüllen
- 262 • Eine Erleichterung des Verfahrens zur Allgemeinverbindlicherklärung von

- 263 Tarifverträgen. Dabei ist unbedingt zu beachten, dass unterschiedliche
264 Standards berücksichtigt werden, die einen Dumping-Wettbewerb auf Kosten der
265 Arbeitsbedingungen verhindern
- 266 • Schluss mit der Tariffucht! Mitgliedschaften von Unternehmen in
267 Arbeitgeberverbänden ohne Tarifbindung, sogenannte “OT-Mitgliedschaften”,
268 müssen
269 abgeschafft, mindestens aber in ihrer Zulässigkeit so weit wie möglich
270 eingeschränkt werden
 - 271 • Digitales Zugangsrecht für Gewerkschaften. In einer sich stetig
272 digitalisierenden Arbeitswelt und dem Anstieg von mobilen Arbeiten (also
273 Abwesenheit der Arbeitnehmer*innen im Betrieb selbst) müssen Gewerkschaften
274 zusätzlich zu den herkömmlichen Zutrittsrechten auch ein digitales Zutrittsrecht
275 erhalten, um die Beschäftigten in der oftmals fragmentierten und digital
276 organisierten Arbeitswelt besser erreichen zu können. Gewerkschaften müssen im
277 Intranet oder ähnlichen digitalen Systemen präsent sein können.
 - 278 • Zur Förderung von Gewerkschaftsmitgliedschaft sollen Mitgliedsbeiträge
279 außerhalb des sogenannten Arbeitnehmerpauschbetrages (Werbungskosten) steuerlich
280 absetzbar
281 sein. Auch Mitglieder, die keine Einkommensteuer zahlen müssen eine Entlastung
282 für ihren Mitgliedsbeitrag erhalten

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag B9: Gesetzliche Regelung eines angemessenen Nachtzuschlages

Antragsteller*in:	JUSO Vorstand SPD-LV Rheinland-Pfalz
Sachgebiet:	B - Beschäftigung und gute Arbeit

Die Versammlung möge beschließen:

1 1994, vor 30 Jahren ist das Arbeitszeitgesetz (ArbZG) in Kraft getreten. Dieser
2 gesetzlich geregelte Schutz der Arbeitnehmenden ist einer der wichtigsten
3 gewerkschaftlichen Errungenschaften der letzten Jahrzehnte. Arbeitende in der
4 Kulturszene, Berufskraftfahrende der Spedition, der Rettungsdienst sowie die Pflege:
5 Nur wenige Beispiele von Berufsgruppen, die fast rund um die Uhr, sieben Tage der
6 Woche arbeiten und deren nächtlichen Ausübung nicht mehr aus unserer heutigen
7 Gesellschaft wegzudenken ist. Viele Arbeitnehmende leisten diesen wichtigen Beitrag.
8 Nachtarbeit ist nicht nur besonders anstrengend und Kräfte zehrend, sondern auch
9 nachweislich gesundheitsschädigend. Die ständige Beanspruchung des sympathischen
10 Nervensystems führt nicht nur zu dauerhaften Schlafstörungen, welche zusätzlich stark
11 die Psyche beeinträchtigen kann, sondern auch zu ernsten Erkrankungen wie z.B.
12 Bluthochdruck sowie Herz- Kreislauf- Erkrankungen. Besonders der ständige Tag/Nacht-
13 Wechsel im Schichtdienst erhöhen das Risiko eines Schlaganfalls (BMJ 2012;345:e4800).

14 Trotz dieser hohen Belastung gibt es keinen gesetzlichen Anspruch auf eine
15 Wechselschichtzulage. Die finanziellen Zulagen als Ausgleich für die belastende
16 Nachtarbeit sind grundsätzlich im ArbZG geregelt. Gemäß §6 Abs. 5 ArbZG haben
17 Arbeitgebende den Beschäftigten, für die während der Nachtzeit geleisteten
18 Arbeitsstunden, einen angemessenen Nachtzuschlag auf das Bruttoentgelt zu gewähren
19 oder einen Freizeitausgleich zu schaffen. Das Gesetz selbst trifft keine Aussage
20 dazu, in welcher Höhe ein Ausgleich denn angemessen sei. Nunmehr hat das
21 Bundesarbeitsgericht eine verallgemeinerungsfähige Konkretisierung des Begriffs
22 vorgenommen. Demnach sei davon auszugehen, dass bei Nachtarbeit grundsätzlich ein
23 Nachtarbeitszuschlag in Höhe von 25 % bzw. die Gewährung einer entsprechenden Anzahl
24 an bezahlten freien Tagen angemessen im Sinne des § 6 Abs. 5 ArbZG ist (Az. 10 AZR
25 423/14). Die vom BAG aufgestellte 25 % - Regelung stellt lediglich einen Ausgangswert
26 dar. Der im Einzelfall tatsächlich zu gewährende Ausgleich kann darunter, aber auch
27 darüber liegen. Erhöhend wirkt sich nach Auffassung des BAG z.B. eine über das
28 Normalmaß hinausgehende Mehrbelastung durch die Nachtarbeit aus. Dies ist
29 beispielsweise bei Dauernachtarbeit gegeben. Hier erhöht sich der Anspruch von 25%
30 auf 30 % auf den Bruttolohn. Aber auch hier liegt keine gesetzliche Verpflichtung der
31 Arbeitgeber*innen vor. Im Rettungsdienst tätige Rettungssanitäter*innen werden unter
32 Umständen nur 17% entschädigt (DRK-Reformtarifvertrag vom 15. Mai 2023), während
33 Berufskraftfahrende 22,5% erhalten (Manteltarifvertrag GVN e.V. 2018). Die
34 Beschäftigten der Universitätsmedizin Mainz werden mit bis zu 40%
35 ausgeglichen (Universitätsmedizin Mainz Tarifrunde 2023).

36

37 Daher fordern wir:

38 -Eine gesetzlich festgeschriebene Mindesthöhe des Nachtzuschlages von mindestens 30%

39 in allen Branchen

40 -Einen gesetzlichen Anspruch auch Wechselschichtzulage mit einer Mindesthöhe von 10%

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag B10: Tarifbindung stärken: Verbot von OT-Mitgliedschaften in Arbeitgeberverbänden!

Antragsteller*in:	Jusos Th
Sachgebiet:	B - Beschäftigung und gute Arbeit

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Die Tarifbindung in Deutschland nimmt seit den 90er Jahren erheblich ab. Damals waren
- 2 noch 76 Prozent der Beschäftigten in Westdeutschland und 63 Prozent in Ostdeutschland
- 3 tariflich abgesichert. Heute fallen im Westen nur noch etwa 50 Prozent und im Osten
- 4 45 Prozent der Beschäftigten in den Geltungsbereich von Tarifverträgen.
- 5 Tarifverträge sind ein unverzichtbares Mittel, um eine gerechtere Verteilung des
- 6 Wohlstands und faire Arbeitsbedingungen zu gewährleisten. Ohne starke Tarifverträge
- 7 wird der Trend zur Prekarisierung weiter voranschreiten und die sozialen
- 8 Ungleichheiten zunehmen. Es ist unsere Aufgabe, diese Entwicklung zu stoppen und die
- 9 kollektive Verhandlungsmacht der Arbeitnehmer:innen zu stärken.
- 10 Ein Verbot der OT-Mitgliedschaften (Ohne Tarifbindung-Mitgliedschaften) ist ein
- 11 notwendiger Schritt, um das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit zu Gunsten
- 12 der Beschäftigten zu verändern und die Tarifautonomie zu sichern.
- 13 Arbeitnehmer:innen befinden sich gegenüber Arbeitgeber:innen in einer strukturell
- 14 schwächeren Position. Unternehmer:innen sind bestens organisiert in
- 15 Arbeitgeberverbänden, die ihre Interessen bündeln und vertreten. Nur mit starken
- 16 Gewerkschaften können die Interessen der Beschäftigten wirksam und auf Augenhöhe mit
- 17 den Arbeitgeber:innen durchgesetzt werden.
- 18 Die Erosion der Tarifbindung ist eine direkte Folge kapitalistischer
- 19 Marktmechanismen, die darauf abzielen, Arbeitskosten zu senken und Gewinne zu
- 20 maximieren. Unternehmen nutzen OT-Mitgliedschaften, um sich der Tarifbindung zu
- 21 entziehen. Dieses Vorgehen drückt Löhne und verschlechtert Arbeitsbedingungen. Wir
- 22 sehen darin einen Angriff auf die Rechte von Arbeitnehmer:innen und eine Verstärkung
- 23 kapitalistischer Ausbeutung.
- 24 Tarifverträge legen dabei Mindeststandards fest, sie garantieren faire Löhne und
- 25 geregelte Arbeitszeiten. Doch die zunehmende Nutzung von OT-Mitgliedschaften in den
- 26 Arbeitgeberverbänden untergräbt systematisch diese Errungenschaft. Unternehmen nutzen
- 27 die Vorteile der Verbandsmitgliedschaft, ohne sich gleichzeitig an Tarifverträge
- 28 halten zu müssen. Die Sozialpartner:innenschaft verkommt zur Farce und
- 29 Arbeitgeber:innen nutzen letztendlich ein Schlupfloch, um sich ihrer sozialen
- 30 Verantwortung zu entziehen.
- 31 **Keine Profitmaximierung auf dem Rücken von Beschäftigten**
- 32 Arbeitgeber:innen müssen im Kapitalismus stets darum kämpfen, um ebenfalls von dem
- 33 von ihnen geschaffenen Mehrwert zu profitieren. OT-Mitgliedschaften sind ein weiteres
- 34 Mittel, um die Macht der Arbeitgeber:innen zu stärken und gleichzeitig Löhne weiter
- 35 zu drücken.
- 36 Diese Dynamik befeuert die Prekarisierung und damit die zunehmende Spaltung der

37 Gesellschaft. Der Schlüssel zur Überwindung dieser Ungerechtigkeiten liegt in einer
38 starken Tarifbindung. Flächentarifverträge sichern gerechte Bedingungen für alle
39 Arbeitnehmer:innen einer Branche und verhindern, dass Unternehmen durch Lohndumping
40 Vorteile gegenüber tarifgebundenen Firmen erhalten. Ein Verbot der OT-
41 Mitgliedschaften in Arbeitgeberverbänden würde diese Entwicklung stoppen und den
42 Arbeitnehmer:innen eine stärkere Verhandlungsposition verschaffen.

43 **Die Jusos fordern:**

- 44 1. Es muss gesetzlich festgelegt werden, dass die Mitgliedschaft in
45 Arbeitgeberverbänden zwingend mit einer Tarifbindung verbunden ist. Die
46 Möglichkeit der OT-Mitgliedschaft muss abgeschafft werden. Unternehmen dürfen
47 nicht länger die Vorteile der Mitgliedschaft nutzen, ohne Verantwortung für ihre
48 Beschäftigten zu übernehmen.
- 49 2. Mehr Tarifverträge müssen für allgemein verbindlich erklärt werden, sodass sie
50 für alle Unternehmen einer Branche gelten, unabhängig von ihrer Mitgliedschaft
51 im Arbeitgeberverband.
- 52 3. Unternehmen, die sich der Tarifbindung entziehen, sollen keinen Zugang zu
53 öffentlichen Aufträgen oder staatlichen Fördermitteln bekommen. Das
54 Tariftreuegesetz muss schnellstmöglich umgesetzt werden. Es muss der Anspruch
55 einer sozialdemokratischen Regierung sein, dieses im Koalitionsvertrag
56 festgeschriebenes Vorhaben noch in dieser Legislatur umzusetzen.

Antrag C1: Wissenschaftler:innen nicht hängen lassen! Für faire Anstellungs- und Arbeitsbedingungen und eine Stärkung des Mittelbaus im wissenschaftlichen Betrieb

Antragsteller*in:	AG Jusos Baden-Württemberg
Sachgebiet:	C - Chancengleichheit, Bildung, Ausbildung

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Zur Weiterleitung an: Juso-Bundeskongress, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-
- 2 Bundesparteitag
- 3 Gute Arbeitsbedingungen fördern die wirtschaftliche Produktivität und Innovation –
- 4 das ist in unserer heutigen wissens- und gesundheitsorientierten Gesellschaft kein
- 5 Geheimnis. Entsprechend setzen weltweit immer mehr Arbeitgeber:innen und Regierungen
- 6 lang geforderte Weichenstellungen für die Realisierung wichtiger Meilensteine wie
- 7 eine verbesserten Work-Life-Balance oder auch zur Reduktion von Arbeitsstunden um.
- 8 Umso befremdlicher vor dem Hintergrund dieser Bemühungen ist der gegenwärtige Zustand
- 9 der Arbeits- und Forschungsbedingungen in der deutschen Forschungslandschaft, und die
- 10 nur notdürftige Adressierung dieser Problematik seitens des Bundesministeriums für
- 11 Bildung und Forschung (BMBF) in seinem jüngst vorgelegten Reformentwurf des
- 12 Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (WissZeitVG).
- 13 **Ist-Zustand**
- 14 Die gegenwärtigen Arbeitsbedingungen im wissenschaftlichen Betrieb sind von einem
- 15 absurden Niveau an Unsicherheit hinsichtlich der allgemeinen physischen und
- 16 psychischen Belastung, der finanziellen Absicherung sowie der langfristigen
- 17 Karriereplanung geprägt. Maßgeblich zu dieser Unsicherheit und der erschwerten
- 18 Familienplanung trägt bei, dass in der Wissenschaft 92 % aller Personen unter 45
- 19 Jahren ohne Professur lediglich befristet beschäftigt sind. Wissenschaftler:innen
- 20 werden zum großen Teil kettenbefristet - und das vollkommen legal. Spätestens seit
- 21 #IchBinHanna sollte dieser Zustand der breiten Öffentlichkeit bekannt sein.
- 22 Folgende aktuelle Regelungen sind hierbei besonders zu beachten:
- 23 • Bis zu sechs Jahre lang können Promovierende unter befristeten Verträgen
- 24 beschäftigt werden, sowie sechs weitere Jahre nach Abschluss der Promotion im
- 25 Rahmen der Weiterqualifizierung im wissenschaftlichen Betrieb ("Postdoc-
- 26 Phase");
- 27 • Darüber hinaus ist eine Weiterbeschäftigung nach Abschluss der Post-Doc-Phase in
- 28 der Regel nur noch über drittmittelfinanzierte Projekte möglich, was all jene
- 29 Wissenschaftler:innen, welche nicht zur Habilitation zugelassen sind, betrifft.
- 30 Und qua der Natur von drittmittelfinanzierten Projekten sind diese
- 31 Beschäftigungsverhältnisse zumeist auf den Projektzeitraum (oft 2-3 Jahre)
- 32 befristet. Dies geschieht vor dem Hintergrund eines nur minimalen Angebots an
- 33 Professuren auf viele potenzielle Bewerber:innen.
- 34 • Arbeitsstunden werden in der Wissenschaft derzeit generell nicht erfasst. Dies
- 35 übersetzt sich oft in eine Überschreitung der Regelarbeitszeiten (die
- 36 durchschnittliche Zahl an Überstunden liegt bei 12 Stunden pro Woche), sowie

37 eine langfristige Ausbeutung von Arbeitskraft über die eigenen physischen und
38 psychischen Kapazitäten über ein gesundes Maß hinaus.

39 Allgemein ist der akademische Mittelbau in Deutschland schwach aufgestellt. Über 80 %
40 der Beschäftigten im akademischen Mittelbau sind befristet angestellt und aufgrund
41 des minimalen Angebots an dauerhaften Stellen besteht für die Allermeisten auch keine
42 Aussicht auf Verbleib in der Wissenschaft. Dies führt zu fehlender Kontinuität in der
43 Forschung, die oftmals mit einem Wissensverlust verbunden ist. Die prekäre Lage des
44 akademischen Mittelbaus ist ebenfalls mit Herausforderungen für die Lehre verbunden.
45 Aufgrund der generell zu geringen Anzahl der Beschäftigten im akademischen Mittelbau
46 ist der Betreuungsschlüssel in der Lehre oftmals ein Hindernis für eben diese.

47 Insgesamt bedeuten diese Arbeitsbedingungen & Zustände im Einzelnen sowie in ihrer
48 kumulierten Wirkung ein hohes Maß an Unsicherheit für die Betroffenen in der
49 allgemeinen Lebens- und weiteren Karriereplanung, aber auch in der allgemeinen
50 finanziellen Absicherung.

51 Untätig bleibt die Bundesregierung angesichts dieser Missstände nicht: In seinem
52 jüngsten Reformvorschlag sieht das BMBF auf der Postdoc-Ebene (nach der Promotion)
53 die Beschränkung der Laufzeit von Befristungen ohne Anschlusszusage auf 4 Jahre vor.
54 Die Qualifizierung zum Post-Doc selbst soll durch Mindestlaufzeiten von Erstverträgen
55 von mindestens zwei Jahren abgesichert werden, die Qualifikation zur Promotion unter
56 Mindestvertragslaufzeiten für Erstverträge von drei Jahren. Eine weitere Maßnahme zur
57 Verringerung von befristeten Arbeitsverhältnissen im aktuellen Reformentwurf ist die
58 Ausdehnung der Befristungshöchstdauer in der Postdoc-Phase um maximal zwei Jahre
59 durch eine Garantie einer dauerhaften Anstellung des:der Forschenden, sofern zuvor
60 zwischen Arbeitgeber (der anstellenden Einrichtung) und dem:der Beschäftigten zu
61 erfüllende wissenschaftliche Ziele vereinbart und erreicht werden (Anschlusszusage).
62 Ebenso im Entwurf vorgesehen ist eine Stärkung der Mitbestimmungsmöglichkeiten von
63 Tarifvertragsparteien.

64 **Kritik am Reformvorschlag**

65 Haben sie auch einen fortschrittlichen Charakter, sind die aktuell geplanten
66 Maßnahmen dennoch nicht als ausreichend zu bewerten. Wie im Folgenden aufgezeigt,
67 verbirgt sich hinter einzelnen fortschrittlich gedachten Maßnahmen de facto sogar ein
68 Rückschritt.

69 Grund zur Sorge bereiten folgende Punkte:

- 70 1. die geplante Verkürzung der Qualifikationsphase zur Erlangung des Post-Docs von
71 6 auf 4 Jahre, sowie
- 72 2. die Aufrechterhaltung der sachgrundlosen Befristung innerhalb dieser: Die
73 vorgebrachten Argumente einer dadurch gegebenen "Planbarkeit" und
74 "Verbindlichkeit" der weiteren Karriereplanung bei gleichzeitiger
75 "Flexibilität", um "fachkulturelle[n] Unterschiede[n] und [der] Vielfalt der
76 Karrierewege in der Wissenschaft" Rechnung zu tragen sind nicht stichhaltig.
77 Weder werden hier Charakteristiken dringend notwendiger beratender Strukturen
78 für einen gesicherten Wechsel von (Zwangs-)Aussteiger:innen in andere Berufe
79 erwähnt, noch ist vor dem Hintergrund der mangelhaften Finanzierungslage für
80 einen Großteil der Lehrstühle die Sicherheit einer anschließenden Anstellung
81 gegeben (auch vor dem Hintergrund erwähnter geplanter rechtlicher Verankerung

- 82 einer "Anschlusszusage"; s. Punkt 1 oben). Im Gegenteil wird diese somit
83 aufrechterhaltene *Unsicherheit* in der weiteren Lebens- und Karriereplanung durch
84 die verkürzte Dauer der Qualifikationsphase und die faktisch oft unzureichende
85 Bereitstellung von Mitteln für die Realisierung eines solchen Quasi-Rechts auf
86 Entfristung noch verschärft. Der dadurch produzierte – und von Befürworter:innen
87 der WissZeitVG-Reform oftmals hervorgehobene – "Turnover" an Personal kann im
88 Wissen um eine nachgewiesene Multiplikation von Innovation bei *langfristiger*
89 Teamarbeit und dem Aufbau *mehrzähriger* Expertise nicht im Sinne einer
90 wettbewerbsorientierten deutschen Forschungslandschaft sein.
- 91 3. Die nur vage gehaltene geplante Stärkung und Ausweitung des Tenure-Track-Systems
92 sowie Stärkung der Tarifvertragsparteien: Genauso wie bei der im gegenwärtigen
93 Vorschlag nur mäßig verbindlichen Anschlusszusage fehlt es hier an einer
94 konkreten Ausformulierung von Charakteristiken, welche glaubhaft in eine de
95 facto-Stärkung dieser Instrumente münden. Zudem ändert der gegenwärtige nur
96 minimale Einsatz von Tenure-Tracks zur Förderung von Habilitationsvorhaben mit
97 Anschlusszusage als Alternative zur regulären Habilitation nichts am Mangel an
98 unbefristeten Stellen, geschweige denn dem Mangel an Mitteln zur Finanzierung
99 dieser.
- 100 4. Die fehlende Eingrenzung des Qualifizierungsbegriffes. Das WissZeitVG ermöglicht
101 befristete Arbeitsverträge bislang grundsätzlich nur, „wenn die befristete
102 Beschäftigung zur Förderung der eigenen wissenschaftlichen oder künstlerischen
103 Qualifizierung erfolgt.“ (vgl. § 2 Abs. 1 S. 1, 2 WissZeitVG). Dieser
104 Befristungsgrund wird viel zu weit verstanden, mit der Folge, dass fast jede
105 Tätigkeit an oder in Verbindung mit wissenschaftlichen oder künstlerischen
106 Einrichtungen befristet werden kann. So hat das Bundesarbeitsgericht in einer
107 Entscheidung des Jahres 2022 (Urteil vom 02.02.2022 – 7 AZR 573/20) anerkannt,
108 dass es zur „wissenschaftlichen oder künstlerischen Qualifizierung“ genüge,
109 „dass eine wissenschaftliche (oder künstlerische) Kompetenz angestrebt wird, die
110 in irgendeiner Form zu einer beruflichen Karriere, auch außerhalb der
111 Hochschule, befähigt.“ (vgl. Rn. 47). Das trifft auf jede in einem
112 Arbeitsverhältnis erworbene Berufserfahrung zu. Damit existiert faktisch keine
113 Trennung zwischen allgemeiner Berufserfahrung oder wissenschaftlicher bzw.
114 künstlerischer Tätigkeit, die auf Erwerb eines anerkannten Qualifizierungsgrades
115 wie der Promotion oder der Habilitation ausgerichtet ist. Das macht nicht
116 zuletzt der zugrundeliegende Fall der zitierten Entscheidung deutlich. Trotz
117 seit neun Jahren abgeschlossener Ausbildung der klagenden Diplomingenieurin
118 erkannte das Gericht einen Qualifizierungszuwachs darin, „dass jeglicher
119 fachlich-inhaltlicher (Mit-) Arbeit an Forschungsprojekten ein Kompetenzzuwachs
120 ungeachtet des bisher erreichten Kenntnisstandes immanent ist; auch liegt in ihr
121 regelmäßig eine „bewerbungstaugliche“ Steigerung des Wissens- und
122 Qualifizierungsniveaus.“ (vgl. Rn. 54). Indem der Gesetzesentwurf des BMBF an
123 diesem Qualifizierungsbegriff festhält, wären auch weiterhin viel zu
124 weitreichende Befristungen auf Grundlage des WissZeitVG möglich.
- 125 5. Die Normierung der Mindestvertragslaufzeiten in der regulären Promotions- und
126 Post-Doc-Phase sowie für studentische und wissenschaftliche Hilfskräfte als
127 Soll-Vorschrift. Der Reformentwurf will die Mindestvertragslaufzeiten von drei

128 Jahren in der Promotionsphase und, zwei Jahren in der Post-Doc Phase lediglich
129 als „Soll“-Vorschrift verankern. Damit bleiben kürzere Vertragslaufzeiten ohne
130 für uns ersichtlichen Grund in Ausnahmefällen weiterhin möglich.

131 Insgesamt läuft der Reformvorschlag des BMBF seinen eigenen Zielen einer realisierten
132 “Planbarkeit” und erhöhten Attraktivität des deutschen Forschungssystems für
133 Wissenschaftler:innen im Sinne inländischer wie internationaler “Spitzen“-Forschung
134 und “Kooperation” – zuwider. Die Anzahl der konservierten oder geschaffenen
135 Graubereiche, bei einem gleichzeitigem Mangel an verbindlichen und konstruktiv
136 ineinandergreifenden systemischen Veränderungen im Sinne von angestellten
137 Wissenschaftler:innen und ihren potenziellen Nachfolger:innen, lassen eher auf eine
138 problematische Zementierung – wenn nicht Potenzierung des Status Quo schließen, denn
139 auf eine wissenschafts- und angestelltenfreundliche Reform mit progressivem
140 Charakter.

141 **Reformvorschläge**

142 Für die Schaffung einer wirklich innovationsfördernden und international
143 konkurrenzfähigen deutschen Forschungslandschaft, bei gleichzeitiger Garantierung
144 einer nachhaltigen Angestelltenpolitik und entsprechend *fairen* Arbeitsbedingungen,
145 braucht es eine *tatsächliche* Gratwende in der Ausgestaltung dieser unter dem
146 WissZeitVG. Damit diese möglichst Gegenstand der kommenden, oder zumindest folgender
147 Reformen ist, fordern wir:

- 148 1. die breite und sinnvolle Anwendung der neuen Regelungen des Gesetzes zur
149 Arbeitszeiterfassung in der Wissenschaft auf *alle* im deutschen Forschungsbetrieb
150 tätigen Wissenschaftler:innen, inklusive jener mit Beamtenstatus. Auf diese
151 Weise können die Überstunden, die viele Forschende leisten, verfolgt und nicht
152 länger kaschiert werden. Dies darf selbstverständlich nicht mit einer
153 bürokratischen Ausbremsung der Forschung einhergehen.
- 154 2. die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung während der Post-Doc-Phase nach
155 Ablauf des Erstvertrags und damit verbunden
- 156 3. die *regelmäßige* Festanstellung von wissenschaftlichem Personal nach dem Erreichen
157 der Postdoc-Qualifizierung *ohne die Notwendigkeit einer weiteren Qualifizierung*.
158 Die Festanstellung sollte an die Erreichung von vor Beginn des Postdocs klar
159 definierten und zu erreichenden Zielen geknüpft sein. Zur Einhaltung dieser
160 Anschlusszusagen bedarf es einer ausreichenden und langfristig gesicherten
161 Finanzierung der Wissenschaft.
- 162 4. die Verlängerung bzw. Anpassung der Mindestvertragslaufzeit zur Promotion an die
163 durchschnittliche Promotionsdauer im jeweiligen Fachbereich. Nur so wird eine
164 angemessene Belastung der Promovierenden sowie mit dieser Leistung verbundene
165 Forschungsqualität im Sinne von an Innovation und Vereinbarkeit orientierten
166 Arbeits- und Forschungsbedingungen gewährleistet.
- 167 5. Moderne Forschung wird immer stärker abhängig von projektbasierten und auf Zeit
168 bereitgestellten Drittmitteln. Die damit einhergehende verringerte Planbarkeit
169 schadet der Forschung in mehrfacher Hinsicht. Ein zu hohe Quote an
170 drittmittelfinanzierter Forschung erschwert es den Hochschulen langfristig zu
171 planen und Kontinuität in der Forschung zu ermöglichen. Die Forschenden selbst
172 werden - ganz unabhängig von den tendenziell prekären Arbeitsbedingungen, die

173 durch die Befristungen geschaffen werden - in ihrer Forschungsfreiheit
174 beschränkt. Denn wenn vom Gelingen eines Forschungsprojekts der nächste Vertrag
175 oder der nächste Drittmittelantrag abhängt, wird der:die Forscher:in
176 selbstverständlich das vermeintlich einfachere Projekt verfolgen. Wir fordern
177 daher, dass dieser Trend umgekehrt werden soll und der Bund wieder verstärkt zur
178 Forschungsfinanzierung aus Grundmitteln übergehen sollte.

179 6. die Aufhebung der Tarifsperre und Verankerung in Tarifverträgen auf Länderebene
180 einer Lohnfestsetzung durch Tarifrunden bzw. damit die *vollständige* Aufnahme von
181 Wissenschaftler:innen im deutschen Forschungsbetrieb in die Tarifverträge des
182 öffentlichen Dienstes: Nur eine aktive tarifliche Mitbestimmung kommt einer
183 konkretisierten Stärkung der Tarifvertragsparteien gleich. Löhne müssen auch im
184 (und gerade im innovationsorientierten) wissenschaftlichen Betrieb unter dem
185 Aspekt individueller und fachbezogener Leistung verhandelbare Masse sein.

186 7. die Etablierung von Department-Strukturen ergänzend zum Professur-zentrierten
187 Lehrstuhl-Modell: Bereits 2022 auf Landesebene gefordert würde die Einführung
188 von Departmentstrukturen in Ergänzung zum gegenwärtig dominierenden Lehrstuhl-
189 Modell auch die Ausweitung und sinnhafte Integration von unbefristeten Stellen
190 ohne notwendige Weiterqualifizierung in den wissenschaftlichen Betrieb deutlich
191 vereinfachen.

192 8. im Einklang mit den GEW-Forderungen eine deutliche Stärkung des akademischen
193 Mittelbaus durch die Schaffung zahlreicher neuer Dauerstellen für die
194 Daueraufgaben, die der akademische Mittelbau bewältigt. Nur so kann
195 sichergestellt werden, dass die Qualität der Lehre auch in Zukunft gewährleistet
196 ist und die Forschung nicht mehr derart unter der Abwanderung von gut
197 ausgebildeten Wissenschaftler:innen leidet, welche schlichtweg keine
198 Dauerstellen bekommen.

199 9. in Übereinstimmung mit der Forderung der Gewerkschaft für Erziehung und
200 Wissenschaft (GEW) die Eingrenzung des Qualifizierungsbegriffs auf das Erreichen
201 anerkannter wissenschaftlicher oder künstlerischer Qualifikationsgrade wie der
202 Promotion oder der Habilitation.

203 10. die Ausgestaltung der Mindestvertragslaufzeiten in der regulären Promotions- und
204 Post-Doc-Phase als zwingende „Muss“-Vorschrift

205 Abschließend wollen wir folgendes Fazit ziehen:Zahlreiche Studien haben
206 nachgewiesen, dass Innovation maßgeblich gestärkt wird durch interpersonelle
207 Kooperation, aber auch *durch den Aufbau langjähriger Expertise*. Kurbelt ein gewisses
208 Niveau an Mitarbeiter:innenfluktuation den Zugang zu neuen Ideen und so die
209 Innovativität an, wird die Erreichung gesetzter Ziele eher gesichert durch ein
210 geringeres Maß an personellem Austausch.

211 Dies gilt auch für den wissenschaftlichen Bereich: Innovative Forschung auf einem
212 Niveau, welches langfristig unseren Wohlstand und eine nachhaltige Transformation
213 unserer Wirtschaft hin zu Klimaneutralität absichert, kann nur da entstehen, wo
214 solchen Konstellationen und interpersonellen Prozessen auch genügend Raum gegeben
215 wird. Dies ist im Rahmen der Arbeitsbedingungen, wie sie das WissZeitVG gegenwärtig
216 vorschreibt, nicht gegeben. Nur ein breiter wissenschaftlicher Mittelbau, gestemmt
217 von neuen wie versierten, langfristig in der Wissenschaft beschäftigten Köpfen ist

218 gleichzusetzen mit einem nachhaltigen Wissenschaftsmodell, welches im internationalen
219 Wettbewerb besteht und zugleich gesellschaftlich tragfähig ist.

220 Der momentan diskutierte Reformentwurf des BMBF wird auf dem Weg dorthin sowie zu
221 besseren Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft leider nicht den gewünschten Effekt
222 bringen. Wir fordern daher die grundlegende Überarbeitung des aktuellen
223 Reformentwurfs unter Umsetzung der genannten Punkte, damit die vielen
224 Wissenschaftler:innen in Deutschland wieder ihrem Beruf nachgehen können, ohne die
225 gegenwärtigen Zustände weiter ertragen zu müssen.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag C2: Korrektur des BAföGs für Spezialfälle

Antragsteller*in:	AG Jusos Baden-Württemberg
Sachgebiet:	C - Chancengleichheit, Bildung, Ausbildung

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Zur Weiterleitung an: Juso-Bundeskongress, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-
- 2 Bundesparteitag
- 3 Rund jede:r elfte Studierende erhält aktuell BAföG – eine erschreckend niedrige Zahl,
- 4 die auch auf die Einkommens- und Vermögensgrenzen zurückzuführen ist. Manche dieser
- 5 Grenzen sind falsch gesetzt und ignorieren die Lebensrealität vieler Studierenden.
- 6 (Halb-)Waisen sind ein Teil davon. Wer einen oder beide Elternteile verloren hat, hat
- 7 in jungen Jahren eventuell schon etwas geerbt. Häufig handelt es sich dabei jedoch
- 8 nicht um (Bar-)Geld, sondern um „totes“ Kapital, wie z.B. Anteile an einem
- 9 Grundstück. Mit solchen Vermögenswerten lässt sich jedoch kein Studium finanzieren.
- 10 Wir fordern daher eine Anpassung des BAföGs in einer Weise, dass etwaige Sonderfälle
- 11 einzeln dahingehend beurteilt werden, ob Vermögenswerte tatsächlich zur Finanzierung
- 12 des Studiums herangezogen werden können. Ein geerbtes Viertel Haus, in dem man selbst
- 13 oder ein Familienmitglied lebt, sollte niemandem vom BAföG-Anspruch ausschließen, der
- 14 ansonsten bestehen würde.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag C3: Bildung ohne Grenzen: Für ein Hürdenfreies Studium in Deutschland!

Antragsteller*in:	AG Jusos Baden-Württemberg
Sachgebiet:	C - Chancengleichheit, Bildung, Ausbildung

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Weiterleitung an: Juso Bundeskongress, SPD Bundesparteitag
- 2 Aktuell ist es für alle Studierenden aus dem Ausland, die ein Visum für ihren
- 3 Deutschlanaufenthalt benötigen, verpflichtend ein deutsches Konto mit 12 x 934 €,
- 4 also insgesamt 11.208 € zu eröffnen. Hierbei geht man davon aus, dass der oder die
- 5 StudentIn für die Finanzierung ihrer oder seiner Lebenskosten 934 € pro Monat
- 6 benötigt.
- 7 Das Sperrkonto ist solange notwendig, bis der/die StudentIn in Deutschland einen
- 8 Minijob oder einen Teilzeitjob findet. Während des, auf das Studium vorbereitenden,
- 9 Studienkollegs, ist das Ausüben einer Nebentätigkeit untersagt.
- 10 Diese Regelung ist ungerecht und für die meisten Studierenden aus dem Ausland von
- 11 Nachteil, da es für die meisten nicht möglich ist, eine so hohe Summe auf ein
- 12 Deutsches Konto zu überweisen. Besonders ärmeren Studierenden wird so ein
- 13 Studienaufenthalt in Deutschland verwehrt.
- 14 Aktuell betragen die Studiengebühren für ein Studium an einer baden-württembergischen
- 15 Hochschule für Studierende aus dem EU-Ausland 1500 € pro Semester. Die
- 16 Studiengebühren für ein Zweitstudium belaufen sich auf 650 € pro Semester.
- 17 Diese hohen Studiengebühren stellen eine weitere Hürde für Studierende dar. Außerdem
- 18 werden Studierende aus Ländern mit einem geringeren Durchschnittseinkommen
- 19 diskriminiert.
- 20 Der Weg zum Studien-Visum sowie zur in Deutschland anerkannten
- 21 Hochschulzugangsberechtigung ist aktuell sehr steinig und erfordert viel Aufwand. Es
- 22 gibt enorme bürokratische Hürden zu bewältigen, bis ein Studium in Deutschland
- 23 möglich wird. Zudem sind Studierende aus einigen Ländern (gilt beispielsweise für
- 24 alle arabische Länder) wenn sie ihre Dokumente legalisieren lassen wollen und bei der
- 25 Beschaffung des Visum auf externe Dienstleistungsunternehmen angewiesen.
- 26 Diese Zustände sind nicht weiterhin so annehmbar und nicht vereinbar mit unseren
- 27 sozialdemokratischen Grundwerten.
- 28 Deshalb fordern Wir:
- 29 1. Die Abschaffung der Studiengebühren für Studierende aus dem EU-Ausland
- 30 2. Überarbeitung des Bewerbungsverfahrens und Bürokratieabbau durch Digitalisierung
- 31 3. Abhängigkeiten von externen Dienstleistern (z.B. im Bereich der Legalisation von
- 32 Dokumenten oder bei Beantragung von Visa) beenden
- 33 4. Die Notwendigkeit eines Sperrkontos soll schon vor Beginn des Aufenthalts in
- 34 Deutschland entfallen, sobald der oder die Bewerber:in einen Nachweis für eine
- 35 Nebentätigkeit für die Aufenthaltszeit in Deutschland vorweisen kann. Dies soll
- 36 insbesondere auch für Studienbewerber:innen gelten welche noch das Studienkolleg

- 37 und die Feststellungsprüfung zu absolvieren haben.
- 38 5. Der verpflichtende Geldbetrag auf dem Sperrkonto soll von 12×934€ auf einen
- 39 kleineren Wert gesenkt werden. 3 Monate sind hier als Referenzzeitraum
- 40 vollkommen ausreichend.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag C4: Jugend- und Auszubildendenvertretungen stärken

Antragsteller*in:	AG Jusos Baden-Württemberg
Sachgebiet:	C - Chancengleichheit, Bildung, Ausbildung

Die Versammlung möge beschließen:

1 *Weiterleitung: SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion, Juso-Bundeskongress*

2 Die Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV) ist ein wichtiger Pfeiler der
3 betrieblichen Arbeitnehmervertretung. Sie repräsentieren die in einer
4 Berufsausbildung befindenden und minderjährigen Arbeitnehmer in einem Betrieb und
5 überwachen deren Rechte. Sie verfügen zwar bis zu einem gewissen Grad die gleichen
6 Rechte des Betriebsrats, sind jedoch von diesem abhängig und können nicht ohne ihn
7 agieren. Besonders im Fall, in dem JAV und BR nicht miteinander arbeiten können oder
8 wollen, ist die Funktion der JAV erschwert.

9 Um die betriebliche Vertretung jugendlicher Arbeitnehmer*innen zu stärken, fordern
10 wir deshalb:

- 11 1. Der JAV soll mehr Unabhängigkeit im Umgang mit dem Arbeitgeber*innen gewährt
12 werden, solange es sich dabei überwiegend um Auszubildende oder unter 18.
13 Jährige Arbeitnehmer*innen (§60 Abs. 1 BetrVG) handelt, ohne dabei über den
14 Betriebsrat gehen zu müssen.
- 15 2. Das Veto der JAV zur Aussetzung von Betriebsratsbeschlüssen (gem. § 66 Abs. I
16 BetrVG) soll dauerhaft bzw. bis zur Fassung eines gegenteiligen Beschlusses
17 gelten.
- 18 3. Eine Mitbestimmung bei personellen Einzelmaßnahmen, sofern es sich um
19 Auszubildende oder unter 18. Jährige Arbeitnehmer*innen handelt.
- 20 4. Die Möglichkeit einer Vollfreistellung für JAV-Mitglieder identisch zu
21 Betriebsräten (siehe §38 BetrVG) und für Gesamt-Jugend- und
22 Auszubildendenvertretung (GJAV), bzw. Konzern-Jugend- und
23 Auszubildendenvertretung (KJAV)-Mitglieder, sofern sie sich zum Zeitpunkt nicht
24 mehr in der Ausbildung befinden. Die hierbei geltenden Grenzen für die
25 Bestimmung der Anzahl an Freistellungen soll sich an den Grenzen des § 38 I
26 orientieren.

Begründung

Diese Forderungen zielen darauf ab, die Handlungsfähigkeit und Effektivität der JAV zu stärken und ihre Rolle als Vertretung der jungen Arbeitnehmer*innen zu verbessern. Eine gestärkte Unabhängigkeit, Mitbestimmung und die Möglichkeit einer Freistellung würden dazu beitragen, dass die JAV ihre Aufgaben noch besser erfüllen kann und die Interessen der Jugendlichen und Auszubildenden angemessen vertreten werden. Durch eine konstruktive und eigenständige Zusammenarbeit zwischen JAV, Betriebsrat und Arbeitgeber*innen könnten so optimale Bedingungen für die Auszubildenden und jungen Arbeitnehmer*innen im Betrieb geschaffen werden.

Antrag C5: Großunternehmen zur Anonymisierung von Bewerbungsunterlagen verpflichtet

Antragsteller*in:	AG Jusos Baden-Württemberg
Sachgebiet:	C - Chancengleichheit, Bildung, Ausbildung

Die Versammlung möge beschließen:

1 *Zur Weiterleitung an den SPD-Landesparteitag, Juso-BuKo, SPD- Landtagsfraktion, SPD-*
2 *Bundestagsfraktion*

3 **Wir Jusos Fordern:**

4 Deutsche Unternehmen mit mehr als 249 Beschäftigten oder einem Jahresumsatz von mehr
5 als 50 Millionen Euro, sollen verpflichtet werden im Rahmen ihres Bewerbungsprozesses
6 einen technischen Filter einzubauen, der den Namen, Angaben des Geschlechts als auch
7 das Bild der/des Bewerber:in entfernt.

8 Die Einführung der anonymisierten Bewerbung in Großunternehmen ist aus folgenden
9 Gründen dringend geboten:

10 1. Verringerung (unbewusster) Diskriminierung: Durch die Anonymisierung von
11 Bewerbungsunterlagen werden Vorurteile und diskriminierende Einstellungen, die auf
12 Geschlecht, ethnischer Herkunft, Alter oder anderen persönlichen Merkmalen basieren,
13 reduziert. Dies wurde in verschiedenen Studien belegt. Auch wenn in einigen Fällen
14 aus notwendigen Informationen in einer Bewerbung (Ort der Ausbildung, etc.) auf
15 Geschlecht oder Herkunft geschlossen werden kann, so wird verhindert, dass sich
16 unterbewusste Ressentiments auf den so wichtigen ersten Eindruck auswirken.

17 2. Technische Umsetzbarkeit: Die heutige Technologie ermöglicht es problemlos,
18 automatisierte Filter zu entwickeln, die personenbezogene Daten wie Namen und Bilder
19 aus Bewerbungsunterlagen entfernen. Diese Anpassung kann in die bestehenden
20 Bewerbungssysteme der Großunternehmen integriert werden, ohne den Aufwand für
21 Bewerberinnen und Bewerber wesentlich zu erhöhen. Die Implementierung eines solchen
22 Filters ist daher eine effektive und kostengünstige Maßnahme.

23 3. Sensibilisierung in der Gesellschaft: Indem Großunternehmen die anonymisierte
24 Bewerbung fördern, setzen sie ein positives Signal für eine inklusive und
25 diskriminierungsfreie Arbeitswelt. Diese Maßnahme trägt dazu bei, ein Bewusstsein für
26 die Wichtigkeit von Chancengleichheit und Gerechtigkeit zu schaffen. Die
27 Sensibilisierung in der Gesellschaft führt zu einem respektvolleren Umgang
28 miteinander und unterstützt die Akzeptanz von Vielfalt.

Begründung

Die Einführung der anonymisierten Bewerbung in Großunternehmen ist aus folgenden Gründen dringend geboten:

1. Verringerung (unbewusster) Diskriminierung: Durch die Anonymisierung von Bewerbungsunterlagen werden Vorurteile und diskriminierende Einstellungen, die auf Geschlecht, ethnischer Herkunft, Alter oder

anderen persönlichen Merkmalen basieren, reduziert. Dies wurde in verschiedenen Studien belegt [1]. Auch wenn in einigen Fällen aus notwendigen Informationen in einer Bewerbung (Ort der Ausbildung, etc.) auf Geschlecht oder Herkunft geschlossen werden kann, so wird verhindert, dass sich unterbewusste Ressentiments auf den so wichtigen ersten Eindruck auswirken.

2. Technische Umsetzbarkeit: Die heutige Technologie ermöglicht es problemlos, automatisierte Filter zu entwickeln, die personenbezogene Daten wie Namen und Bilder aus Bewerbungsunterlagen entfernen. Diese Anpassung kann in die bestehenden Bewerbungssysteme der Großunternehmen integriert werden, ohne den Aufwand für Bewerberinnen und Bewerber wesentlich zu erhöhen. Die Implementierung eines solchen Filters ist daher eine effektive und kostengünstige Maßnahme.

3. Sensibilisierung in der Gesellschaft: Indem Großunternehmen die anonymisierte Bewerbung fördern, setzen sie ein positives Signal für eine inklusive und diskriminierungsfreie Arbeitswelt. Diese Maßnahme trägt dazu bei, ein Bewusstsein für die Wichtigkeit von Chancengleichheit und Gerechtigkeit zu schaffen. Die Sensibilisierung in der Gesellschaft führt zu einem respektvolleren Umgang miteinander und unterstützt die Akzeptanz von Vielfalt.

[1] O. Åslund und O. Skans, „Do Anonymous Job Application Procedures Level the Playing Field?“, IFAU - Institute for Labour Market Policy Evaluation, Working Paper Series, Bd. 65, Jan. 2007, doi: 10.1177/001979391206500105.

Antrag C6: Duale (Aus-)bildung stärken und weiterdenken! Mehr Rechte und Schutzmechanismen für Auszubildende und Dual Studierende!

Antragsteller*in:	JUSO Vorstand SPD-Landesverband Saar
Sachgebiet:	C - Chancengleichheit, Bildung, Ausbildung

Die Versammlung möge beschließen:

1 **Analyse:**

2 Stärkung des Schutzschirms für Ausbildungsplätze und der Verbundausbildung

3 In Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit lastet ein besonderer Druck auf dem
4 Ausbildungsmarkt. Kleine und mittelständische Unternehmen sehen sich oft gezwungen,
5 durch Kosteneinsparungen Umsatzverluste auszugleichen, was zu Personalkürzungen und
6 der Einführung von Kurzarbeit führen kann. Dennoch ist es von größter Bedeutung,
7 Auszubildende vor solchen drastischen Maßnahmen zu schützen. Daher sollte der Betrieb
8 sämtliche zur Verfügung stehenden Mittel mobilisieren, um die laufende Ausbildung
9 aufrechtzuerhalten. Eine mögliche Strategie hierbei ist die Umplatzierung von
10 Auszubildenden in Abteilungen, die nicht von Kurzarbeit betroffen sind, oder die
11 Anwendung des Prinzips der Verbundausbildung. Gemäß § 10 (5) des
12 Berufsbildungsgesetzes (BBiG) besteht die Möglichkeit, dass sich mehrere Betriebe zu
13 einem Ausbildungsverbund zusammenschließen, was die Grundlage für die Umsetzung der
14 Verbundausbildung bildet. Daher setzen wir uns vehement dafür ein, die
15 Verbundausbildung durch die Integration verschiedener Verbundmodelle zu erleichtern
16 und finanziell zu unterstützen. Auf diese Weise können Auszubildende und dual
17 Studierende auch in ökonomisch herausfordernden Zeiten ihre Ausbildung fortsetzen,
18 ohne negativ von Kurzarbeit beeinflusst zu werden

19 Sicherung der unbefristeten Übernahme nach der Ausbildung für Auszubildende und
20 Studierende im dualen System

21 Eine Vielzahl von Auszubildenden und Studierenden im dualen System trägt bis
22 unmittelbar vor dem Abschluss ihrer Ausbildung eine erhebliche Last der Unsicherheit
23 hinsichtlich ihrer Zukunftsperspektiven. Diese anhaltende Ungewissheit ist nicht nur
24 belastend für die betroffenen jungen Menschen, sondern kann auch einen schädlichen
25 Einfluss auf ihre Motivation und ihre Leistungen während der Ausbildungszeit haben.
26 Es ist von grundlegender Bedeutung, dass dieser Zustand der Unsicherheit über die
27 Übernahmemöglichkeiten nach Abschluss der Ausbildung einer gezielten und umfassenden
28 Lösung zugeführt wird.

29 In dieser Hinsicht besteht ein dringender Bedarf nach einer klaren und einheitlichen
30 Regelung, die für alle Auszubildenden und dual Studierenden gleichermaßen greift.
31 Eine solche Regelung verfolgt das Ziel, die Unsicherheit in Bezug auf die Übernahme
32 nach Abschluss der Ausbildung zu minimieren und jungen Menschen eine verlässliche
33 Perspektive zu bieten.

34 Diese Neuausrichtung könnte nicht nur dazu beitragen, die psychische Belastung der
35 Auszubildenden zu reduzieren, sondern auch ihre berufliche Entwicklung positiv
36 beeinflussen. Wenn Auszubildende bereits während ihrer Lernphase wissen, dass eine

37 ernsthafte Übernahmeperspektive besteht, könnten sie mit einer gestärkten Motivation
38 und einem verstärkten Engagement in ihre Ausbildung investieren. Dies könnte wiederum
39 zu einem höheren Qualifikationsniveau und einer insgesamt positiven Dynamik im
40 Ausbildungsumfeld führen.

41 Eine unbefristete Übernahme ist entscheidend, um bereits während der Ausbildung ein
42 selbstbestimmtes Leben führen zu können und sie trägt dazu bei, dass der/die
43 Auszubildende wirtschaftlich unabhängig wird. Ferner sorgt sie dafür, dass junge
44 Menschen kreditfähig werden, um sich etwa eine Wohnung anzumieten, sich Eigentum
45 anzuschaffen, sich selbst zu versorgen oder etwa, um eine Familie zu gründen.

46 Die Forderung nach einer klaren unbefristeten Übernahmeregulung für Auszubildende und
47 Studierende nach Abschluss ihrer Ausbildung ist somit nicht nur eine Maßnahme zur
48 Reduzierung von Unsicherheit, sondern auch ein Schritt in Richtung einer nachhaltigen
49 Förderung der jungen Fachkräfte von morgen. Es ist an der Zeit, einen stabilen Rahmen
50 zu schaffen, der die Weichen für eine vielversprechende berufliche Zukunft stellt und
51 gleichzeitig die Auszubildenden in ihrer Entwicklung unterstützt. Eine klare
52 Übernahmepolitik wäre ein Zeichen des Engagements für die Auszubildenden und eine
53 Investition in die Zukunft der Arbeitswelt.

54 Beispiele für einen solchen unbefristeten Übernahmevertrag sieht man bereits in
55 vielen Branchen u.a. in der Stahl- und in Teilen der Metallelektroindustrie. Auch
56 dort lässt sich erkennen, dass die unbefristete Übernahme die Identifikation mit dem
57 Ausbildungsbetrieb stärkt, und Mitarbeitenden bindet, was wiederum Auswirkungen auf
58 den in vielen Branchen herrschenden Fachkräftemangel hat.

59 Anpassung der Digitalisierung in Betrieb und Berufsschule

60 Die Arbeitswelt befindet sich in einem großen digitalen Transformationsprozess.
61 Dieser Wandel ist von enormer Tragweite, denn er verändert nicht nur die Art und
62 Weise, wie wir arbeiten, sondern beeinflusst auch unsere Beziehung zur Technologie
63 und die Art, wie wir Wissen erwerben und uns weiterbilden. Innerhalb dieses
64 umfassenden Umbruchs bieten sich nicht nur Risiken, sondern auch erhebliche Chancen
65 für eine weitreichende Verbesserung der Arbeitsbedingungen und -möglichkeiten für die
66 Arbeitnehmer*innen. Daher ist es von höchster Relevanz, nicht nur passive Beobachter
67 dieser Entwicklung zu sein, sondern aktiv an der Gestaltung und Mitbestimmung der
68 Rahmenbedingungen für diese sich verändernde Arbeitswelt teilzuhaben.

69 Die jüngste globale Pandemie hat auf drastische Weise verdeutlicht, dass die
70 Auswirkungen der unzureichenden Digitalisierung nicht nur die Auszubildenden und
71 Schüler*innen treffen, sondern auch Lehrende an Berufsschulen und Ausbilder*innen in
72 Betrieben überfordern können. Diese Situation legt den Finger auf die Wunde: Sowohl
73 eine mangelnde digitale Ausstattung in Form von notwendiger Hardware als auch eine
74 unzureichende Kompetenz im Umgang mit digitalen Lernmethoden werden deutlich. Obwohl
75 digitale Prozesse immense Potenziale für das Lernen und die Vermittlung von Wissen
76 bieten, werden diese Potenziale nicht in vollem Umfang ausgeschöpft.

77 Es ist daher von größter Bedeutung, dass Bildungseinrichtungen und
78 Ausbildungsbetriebe die digitalen Möglichkeiten erkennen und nutzen. Dies erfordert
79 nicht nur Investitionen in die technische Ausstattung, sondern auch die gezielte
80 Förderung von digitalen Kompetenzen bei Lehrenden und Ausbilder*innen. Schulungen und
81 Fortbildungen, die den sich wandelnden Anforderungen der digitalen Bildung gerecht

82 werden, sind unerlässlich, um den Lehrenden das Rüstzeug zu geben, um in der heutigen
83 digitalen Lernumgebung erfolgreich zu agieren.

84 Indem wir die Digitalisierung als Chance und nicht nur als Herausforderung begreifen,
85 können wir die Bildungslandschaft und die Arbeitswelt insgesamt verbessern. Ein
86 aktiver Ansatz bei der Einführung und Anwendung digitaler Technologien sowie die
87 Förderung digitaler Kompetenzen sind Schlüsselfaktoren, um sicherzustellen, dass
88 niemand aufgrund unzureichender Digitalisierung zurückbleibt. Dies erfordert ein
89 koordiniertes und gemeinschaftliches Bemühen von Bildungseinrichtungen, Unternehmen
90 und politischen Entscheidungsträgern, um die Vorteile der digitalen Transformation
91 voll auszuschöpfen und gleichzeitig sicherzustellen, dass niemand von ihren
92 Möglichkeiten ausgeschlossen wird.

93 Bildungsurlaub von 15 Tagen bundesweit!

94 Der Zugang junger Menschen zur Bildung und ihren Chancen in der beruflichen Welt
95 sollte in keiner Weise von der finanziellen Situation ihrer Eltern abhängig sein.
96 Bildungsunterschiede, die aufgrund ökonomischer Faktoren entstehen, sind eine
97 ernsthafte Gefahr für die soziale Gleichheit und stellen eine Einschränkung der
98 individuellen Möglichkeiten zur freien Berufswahl dar. Diese Unterschiede haben eine
99 nebulöse Wirkung auf das Fundament unserer Gesellschaft und können langfristig zu
100 einer verstärkten sozialen Ungleichheit führen.

101 Bildung, als eines der grundlegenden Menschenrechte, trägt nicht nur zur persönlichen
102 Entfaltung jedes Einzelnen bei, sondern spielt auch eine zentrale Rolle für das Wohl
103 der Gesellschaft als Ganzes. Der Mangel an gleichberechtigtem Zugang zur Bildung kann
104 die gesellschaftliche Teilhabe beeinträchtigen und in der Folge zu einer
105 Ungleichverteilung der Ressourcen führen. Es ist daher von entscheidender Bedeutung,
106 Bildungswege zu schaffen, die unabhängig von sozialen und finanziellen Hintergründen
107 sind.

108 Die Bildungsungleichheit hat nicht nur Auswirkungen auf individuelle Perspektiven,
109 sondern auch auf die Gesamtdynamik der Gesellschaft. Sie kann zu einem Teufelskreis
110 führen, in dem eingeschränkte Bildungsmöglichkeiten zu begrenzten beruflichen
111 Aussichten führen, was wiederum soziale Mobilität behindert und soziale Kluft
112 vertieft. Dieser Trend ist nicht nur ungerecht, sondern hat auch potenziell
113 weitreichende Auswirkungen auf die Wirtschaft und das gesellschaftliche Gefüge.

114 In diesem Kontext ist ein gesetzlich verankerter Anspruch auf 15 Tage Bildungsurlaub
115 eine wichtige Gegenmaßnahme. Dieser Anspruch würde jungen Menschen die Möglichkeit
116 bieten, ihre Bildung und berufliche Entwicklung unabhängig von finanziellen Engpässen
117 zu fördern. Es wäre ein wichtiger Schritt, um Bildung als Schlüssel zur
118 Chancengleichheit zu stärken und jungen Menschen eine Brücke zu schlagen, die über
119 finanzielle Hürden hinausreicht.

120 Ein solcher Anspruch auf Bildungsurlaub würde nicht nur dazu beitragen, individuelle
121 Bildungslücken zu schließen, sondern auch dazu beitragen, die Gesellschaft insgesamt
122 gerechter zu gestalten. Bildung ist der Eckpfeiler eines progressiven und inklusiven
123 Gemeinwesens, und die Einführung eines solchen Anspruchs würde einen bedeutenden
124 Schritt in Richtung einer gerechteren Zukunft bedeuten

125 Stärkung der dualen Ausbildung!

126 Die Schutzbestimmungen und Mitbestimmungsrechte, die im Berufsbildungsgesetz (BBiG)

127 für andere Auszubildende gelten, sollten auch für zukünftige Erzieher*innen gelten.
128 Diese benötigen in ihrer Ausbildung: Die übliche Ausbildungsvergütung im
129 öffentlichen Dienst, gesetzlich verankerte Kostenfreiheit der Ausbildung, Schutz
130 durch einen rechtlich bindenden Ausbildungsvertrag, der Urlaubsansprüche regelt,
131 bundesweit einheitliche Rahmenlehrpläne und Ausbildungsrahmenpläne in
132 sozialpartnerschaftlicher Zusammenarbeit, Mitbestimmungsrechte im Ausbildungsbetrieb,
133 einheitliche Qualitätsstandards in der Ausbildung sowie geprüfte Kompetenz der
134 Ausbilder*innen, ein einheitliches Ausbildungssystem bundesweit, unabhängig vom
135 Wohnort.

136 Diese Standards, die im BBiG verankert sind, sollten in allen Branchen gelten. Alle
137 schulischen Berufe sollen unter Federführung des BBiG stehen. Es ist von großer
138 Bedeutung, nicht nur Reformen innerhalb des BBiG anzugehen, sondern auch die
139 grundlegende Struktur zu überdenken. Das BBiG sollte zu einem modernen
140 Berufsqualifizierungsgesetz weiterentwickelt werden, das alle beruflichen Aus- und
141 Fortbildungen einschließt. Dabei sollten die Besonderheiten der bestehenden
142 Bildungsgänge berücksichtigt werden.

143 **Wir brauchen eine umlagefinanzierte Ausbildungsplatzgarantie!**

144 Als die Bundesregierung ihren ersten Entwurf für eine Ausbildungsplatzgarantie vorgelegt
145 hat, waren wir zurecht stinksauer. Es war insbesondere den Gewerkschaften zu
146 verdanken, dass die Ausbildungsplatzgarantie in den Koalitionsvertrag aufgenommen
147 wurde. Die Botschaft war klar: Jeder junge Mensch muss das Recht auf einen
148 Ausbildungsplatz haben. Auch wir Jusos haben auf Bundes- und auf Landesebene selbiges
149 gefordert und nicht lockergelassen.

150 Ende März dieses Jahres verkündete Bundesarbeitsminister Hubertus Heil dann den
151 Riesenerfolg: Die Bundesregierung beschließt einen geänderten Gesetzentwurf zur
152 Ausbildungsplatzgarantie in den Bundestag einzubringen. Aus einer nicht ausreichenden
153 "Soll-Forderung" wurde ein gesetzlicher Anspruch. Ein gesetzlicher Anspruch auf einen
154 außerbetrieblichen Ausbildungsplatz in den Regionen, wo es junge Menschen besonders
155 schwer haben, einen betrieblichen Ausbildungsplatz zu finden, ein Riesenerfolg!

156 Eines ist klar: Ohne den Druck, vor allem durch die Gewerkschaften und
157 Gewerkschaftsbündnisse hätte es diese zentrale Nachbesserung nicht gegeben!

158 Auf diese Stärke und Zusammenarbeit mit den DGB-Gewerkschaften bauen wir auf, wenn es
159 um die Ausgestaltung der Ausbildungsplatzgarantie geht. Wir müssen sicherstellen, dass
160 niemand durch das neugespannte Auffangnetz fällt.

161 Aber vor allem: Wir müssen die Lücken angehen, die das Gesetz lässt: Noch immer ist
162 offen, wie mehr betriebliche Ausbildungsplätze geschaffen werden.

163 Die Lösungsansätze sind für uns Jusos klar: Verbundausbildung stärken,
164 tarifvertragliche Ausgleichsfonds anreizen und eine solidarische Umlagefinanzierung
165 der Ausbildungskosten - Wer nicht ausbildet, muss zahlen! Diese gilt es jetzt im
166 Saarland umzusetzen.

167 **Forderungen:**

- 168 • Dass die Arbeitgeber(-verbände) das System der Verbundausbildung unterstützen.
- 169 • Dass, wo immer möglich, Verbundpartnerschaften aufgebaut werden, um
- 170 sicherzustellen, dass wirtschaftliche Schwankungen keinen negativen Einfluss auf

- 171 die Ausbildungsquoten und -qualität haben. Dies gilt insbesondere, um kleinen
172 bis mittleren Unternehmen die Möglichkeit zur Schaffung von Ausbildungsplätzen
173 zu gewähren.
- 174 • Eine verpflichtende unbefristete Übernahmegarantie für Auszubildende und dual
175 Studierende nach Abschluss ihrer Ausbildung.
 - 176 • Verpflichtende Fortbildungen und Schulungen für Auszubildende und Lehrende, um
177 digitale Bildung und Unterricht effektiv umzusetzen und um Lern- und
178 Lehrprozesse im Fern- und Hybridunterricht zu verbessern, um auf kommende Krisen
179 handlungsfähig reagieren zu können.
 - 180 • Dass bundesweit ein Bildungsurlaubsgesetz mit einem Mindestanspruch von 15
181 Arbeitstagen pro Kalenderjahr bei einer 5-Tage-Woche eingeführt wird. Nicht
182 genutzter Bildungsurlaub aus vergangenen Jahren sollte ins nächste Jahr
183 übertragbar sein. Die abhängig Beschäftigten sollen im Rahmen der förderfähigen
184 Bildungsangebote selbst über den Inhalt der Bildungsmaßnahme entscheiden und die
185 Wahl des Trägers frei treffen können.
 - 186 • Das Berufsbildungsgesetz nicht nur zu modernisieren, sondern zu einem
187 Berufsqualifizierungsgesetz weiterzuentwickeln, das alle beruflichen Aus- und
188 Fortbildungen einbezieht. Dabei sollen die Spezifika der bestehenden
189 Bildungsgänge erhalten bleiben.
 - 190 • Hochschulzugangsvoraussetzungen müssen sich für Absolvent*innen von
191 Aufstiegsfortbildungen (beruflicher Bildung) stärker öffnen und erbrachte
192 Leistungen anerkennen (im Sinne der Gleichwertigkeit akademischer und
193 beruflicher Bildung; der deutsche Qualifikationsrahmen bietet eine Grundlage
194 hierfür.
 - 195 • Die Umlagefinanzierung der Ausbildungsplatzgarantie.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag C7: Wir wollen mehr Demokratie (an Schulen) wagen

Antragsteller*in:	JUSO Vorstand SPD-Landesverband Saar
Sachgebiet:	C - Chancengleichheit, Bildung, Ausbildung

Die Versammlung möge beschließen:

1 Analyse:

2 Heute musst du Fragen, ob du auf die Toilette gehen darfst, morgen darfst du das
3 Parlament zusammenstellen. Was erwarten wir von einem solchen System?

4 Die Diagnose stellt sich leicht: Junge Menschen orientieren sich politisch immer
5 weiter rechts und werden von faschistischen Rattenfängern auf TikTok verführt. Bisher
6 bekommen sie von unserem Bildungssystem nicht die notwendigen Mittel an die Hand, um
7 die Gesellschaft und die Politik differenziert betrachten zu können. Dies kann dazu
8 führen, dass die eigenen Probleme weniger in einem privaten, sondern eher in einem
9 gesellschaftlichen Kontext gesehen werden. Auf Dauer kann daraus eine
10 Individualisierung der Gesellschaft entstehen, die extreme Kräfte weiter bestärkt.
11 Schwieriger wird es, wenn man nach den Lösungen fragt, denn leugnen kann man die
12 Ergebnisse der Europawahl nicht. Junge Leute wählen rechter. Sie machen sich Sorgen
13 um ihre Zukunft und glauben nicht daran, dass sie daran etwas ändern können. Was also
14 tun? Wie können wir dafür sorgen, dass Demokratie für junge Leute wieder attraktiver
15 wird?

16 An diesem Punkt sind sich viele einig: Bildung. Wenn wir doch schon ein System haben,
17 dass alle Menschen durchlaufen, warum dann nicht dieses System dafür nutzen,
18 politische Bildung zu fördern. Aber was heißt politische Bildung konkret? Man kann
19 den Schüler*innen erklären, wie das politische System in Deutschland funktioniert.
20 Was steckt hinter einem Gesetzgebungsprozess? Was passiert in der europäischen Union?
21 Warum springt der Staat eigentlich ein, wenn man arbeitslos oder krank wird? Allein
22 diese grundsätzlichen Inhalte, geben schon sehr viel Raum für Diskussionen. Wo hört
23 der Fakt auf und wo beginnt die Meinung? Kann ich erfolgreich Hass auf geflüchtete
24 Menschen eindämmen, indem die Details des EU-Türkei Deals erläutere? Was mache ich,
25 wenn Uneinigkeit herrscht? Lasse ich die Diskussion zu und gebe dafür Unterrichtszeit
26 auf? Wann ist der Punkt erreicht, an dem ich selbst Stellung beziehen muss? Und das
27 allergrößte Problem: Wann fange ich mit Politikunterricht an? Reichen 2 Stunden pro
28 Woche? Sollte man das Fach abwählen können?

29 Es gibt viele Fragen und wenige Antworten. Vielleicht brauch es daher ein Umdenken.
30 Brauchen wir mehr politische Bildung? Oder brauchen wir demokratische Bildung? Denn
31 unsere Demokratie zeichnet sich ja gerade dadurch aus, dass man, unabhängig davon wie
32 gut man informiert ist, wählen darf. Sie zeichnet sich dadurch aus, dass wir dem
33 Einzelnen die Freiheit geben zu Entscheiden und ihn gleichzeitig in die Pflicht
34 nehmen zu Denken. Der Staat gibt keine Wahlempfehlung ab, er verlangt von den
35 Bürger*innen, dass sie sich ihre eigene Meinung bilden und in einem geordneten Rahmen
36 über die beste Lösung streiten. Und was lehrt uns die Schule? Sie klärt auf, über den
37 Ist-Zustand. Wir verlangen höchste politische Eigenständigkeit von unseren
38 Bürger*innen, während wir in der Schule nur diejenigen belohnen, die perfekt in der
39 Spur laufen. Wenn jemand die Hausordnung in Frage stellt, freut sich niemand darüber.

40 Wenn ein anderer findet, es sei irgendwie fies, alle Schüler*innen 12 Minuten lang im
41 Kreis laufen zu lassen und die Unsportlichen bloßzustellen, werden keine Einsen
42 verteilt.

43 Was wir brauchen, ist eine schulische Demokratisierungswelle. Wir müssen jungen
44 Menschen beibringen, wie Demokratie funktioniert, und zwar in der Praxis. Jede
45 Schule, braucht ein eigenes Parlament, das regelmäßig tagt und mit einer einfachen
46 Mehrheit Entscheidungen treffen kann. Wenn wir wollen, dass die Schüler*innen die
47 Demokratie ernst nehmen, müssen sie auch von der Demokratie ernstgenommen werden. Die
48 Lehrer*innen sollen dazu verpflichtet werden, einmal pro Woche digitale Medien im
49 Unterricht einzusetzen? Such dir eine Mehrheit. Das Handyverbot soll abgeschafft
50 werden? Such dir eine Mehrheit.

51 Wir wollen ein Beteiligungskonzept nach dem Vorbild des AULA-Projektes. Das Projekt
52 ist an 4 Pilotschulen wissenschaftlich begleitet worden und zeigt beeindruckende
53 Ergebnisse. Das demokratische Beteiligungskonzept hilft Kompetenzen im Bereich
54 Kommunikation, Kollaboration, Kreativität und kritischem Denken zu vermitteln. Es
55 sorgt dafür, dass sie sich die Schule verbessert und steigert die Zufriedenheit mit
56 den Strukturen. Es hilft dabei, Demokratie zu verstehen und Fähigkeiten zu
57 entwickeln, die für die demokratische Partizipation wichtig sind. Es hilft dabei,
58 Rassismus vorzubeugen und Sprachbarrieren zu überbrücken. Und das zentralste: Es
59 sorgt dafür, dass sich die Schüler*innen als Gestalter*in der Gesellschaft begreifen.
60 Sie lernen Dinge, die ihnen der theoretische Unterricht nie hätte beibringen können.
61 Natürlich fordert das Konzept auch etwas von den Lehrkräften und Eltern: Man muss
62 Macht aus der Hand geben und die Schüler*innen ernst nehmen. Nur dann werden sie auch
63 lernen, verantwortlich mit dieser Macht umzugehen. Also, ganz nach Willy Brandt: Wir
64 wollen mehr Demokratie (an Schulen) wagen.

65 Forderung:

66 Wir fordern ein Beteiligungskonzept nach dem Vorbild des AULA-Projektes.
67 Schüler*innen von Klasse 5-13 erhalten die Möglichkeit den demokratischen Prozess zu
68 lernen, indem sie ihn selbst durchführen. Sie können Ideen zum Thema Schulregeln,
69 Ausstattung, Unterricht, Aktivitäten etc. entwickeln, sie gemeinsam diskutieren und
70 mit einer einfachen Mehrheit der Schüler*innenschaft beschließen. Die Grenzen der
71 Gestaltungsmacht, werden vorher festgelegt und können im Nachhinein nicht mehr
72 geändert werden. Die Schulleitung erhält kein Vetorecht. Die Gesamtkonferenz der
73 Schüler*innen erhält die größtmögliche Macht und tagt alle zwei Wochen. Für die
74 Umsetzung des Konzeptes, braucht es eine Schulstunde. Darüber hinaus können die
75 Schüler*innen in Ausschüssen außerhalb der Unterrichtszeit über ihre Ideen
76 diskutieren.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag C8: Vergütungspflicht für Pflichtpraktika im Studium und schulischer Ausbildung sowie Famulatur

Antragsteller*in:	Jusos Brandenburg
Sachgebiet:	C - Chancengleichheit, Bildung, Ausbildung

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Wir fordern die Einführung einer Vergütungspflicht für Pflichtpraktika im Studium und
- 2 schulischer Ausbildung sowie Famulaturen. Die Höhe der Vergütung hat sich nach den
- 3 jeweils aktuellen Höchstsätzen des BaföG oder BAB (Berufs Ausbildungs-Hilfe) zu
- 4 richten muss mindestens aber bei 538,00 EUR im Monat (Minijob) liegen. Die Vergütung
- 5 hat Steuer- und Sozialabgabenfrei zu sein.

Begründung

- Unbezahlte Pflichtpraktika sind ein Faktor, der soziale Ungleichheit befördert. Menschen, die während ihres Studiums/ihrer Ausbildung über weniger finanzielle Mittel verfügen, sind mitunter dazu gezwungen, sich nur auf Praktikumsstellen zu bewerben, die finanziell vergütet werden, auch entgegen ihrer Interessen. Das befördert die Bildungschancenungleichheit.
- In vielen Studiengängen und schulischen Ausbildungen sind Pflichtpraktika ein Teil der Ausbildung. Da Pflichtpraktika i.d.R. in Vollzeit absolviert werden müssen, bleibt den Betroffenen oftmals nur noch an Wochenenden Zeit für Neben-/Minijobs. Das kann Menschen an ihre gesundheitlichen Grenzen bringen.
- Famulaturen sind Pflichtpraktika, die Medizinstudent*innen i.d.R. in den Semesterferien im Verlauf ihres Studiums absolvieren müssen. Famulaturen sind mehrheitlich nicht vergütet. Auch wenn Famulaturen dazu genutzt werden sollen, Praxiserfahrungen neben dem Studium zu sammeln, steht in der Praxis häufig die Arbeit im Vordergrund. Daher ist es nur gerecht, Famulaturen entsprechend zu vergüten. Dafür spricht, neben den o.g. Gründen auch das oft immense Arbeitspensum, das auf Famulant*innen zukommt sowie die allgemein angespannte Situation im Pflege- und Gesundheitsbereich.

Antrag C9: „Hast du denn keine eigene CNC-Fräse zuhause?“ – Betriebe müssen Lernmittel zur Verfügung stellen!

Antragsteller*in:	Juso Vorstand SPD-Bezirk Nord-Niedersachsen
Sachgebiet:	C - Chancengleichheit, Bildung, Ausbildung

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Wir fordern, dass ausbildende Betriebe dazu verpflichtet werden, den Auszubildenden
- 2 alle notwendigen Lernmittel zur Verfügung zu stellen. Dafür braucht es eine klare
- 3 Regelung im Berufsbildungsgesetz. Zudem muss auch gewährleistet werden, dass die
- 4 Berufsschulen die notwendigen Lernmittel und ausgebildete Lehrkräfte zur Verfügung
- 5 stehen.

Begründung

Im Ausbildungsreport der DGB-Jugend aus dem vergangenen Jahr kann man viele Schlüsse ziehen, die für eine Verbesserung der Situation von Auszubildenden in Deutschland dringend notwendig wären.

Wenn ab dem dritten Ausbildungsjahr weniger als die Hälfte der Auszubildenden die Ausbildung in ihrem Betrieb weiterempfehlen würden, dann darf man eine problematische Situation für das duale Ausbildungssystem in Deutschland feststellen. Nur knapp etwas mehr als die Hälfte der Auszubildenden in dieser Befragung gaben an, dass sie die Qualität der Ausbildung an ihrer Berufsschule als „Sehr gut“ oder „Gut“ bezeichnen würden, das ergibt einen starken Rückgang um 5,3%.

Gerade unter dem Themenkomplex einer modernen Ausbildung hebt der Bericht der DGB-Jugend starke Mängel hervor. So sehen sich mehr als ein Drittel der Auszubildenden durch ihre Berufsschule nur „ausreichend“ oder sogar „mangelhaft“ vorbereitet auf die Anforderungen der Digitalisierung in der Arbeitswelt. Dass die Menschen, die die Zukunft dieser Arbeitsgesellschaft sein sollen und mit dem Abschluss ihrer Ausbildung befähigt sein sollen in einen modernen und wandelbaren Arbeitsmarkt einzusteigen, sich eher schlecht als recht auf eine Arbeitswelt vorbereitet fühlen deren rasante Veränderungen immer wieder hervorgehoben werden kann für eine Gesellschaft, die sich eine Zukunft wünscht in dem Menschen mit einer Ausbildung eine gute und sichere Zukunft haben keinen Zustand sein.

Ein Faktor, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, sollte sein, dass die Berufsschulen mit den notwendigen technischen Einrichtungen und Lernmitteln ausgestattet sein müssen, die die zukünftige Arbeitswelt von ihnen erwartet. Gleichzeitig müssen dazu auch die Lehrenden in der Lage sein, die Nutzung dieser Lernmittel und technischen Einrichtungen zu vermitteln. Ein Sparzwang an dieser Stelle würde ein Sparen an der wirtschaftlichen und sozialen Zukunft der arbeitenden Menschen in Deutschland bedeuten.

Gleichzeitig müssen aber auch die Betriebe dazu verpflichtet werden ihren Auszubildenden die notwendigen Mittel für eine moderne und digitale Ausbildung zur Verfügung zu stellen. Es kann nicht von den Auszubildenden erwartet werden, dass sie diese Mittel auf eigene Kosten beschaffen müssen. 39,4% der Befragten in der Erhebung der DGB-Jugend gaben an dieser Stelle an, „selten“ oder „nie“ die notwendigen technischen Mittel für eine moderne digitale Ausbildung von ihren Betrieben zur Verfügung gestellt zu bekommen.

Wie auch die DGB-Jugend kommen wir hier zu dem Schluss, dass dringend von politischer Seite gegengesteuert werden muss, wenn die duale Ausbildung in Deutschland nicht soziale Ungleichheiten

weiter befeuern soll. Das Gebot der Chancengleichheit darf nicht durch Sparzwang untergraben werden, dies würde einen Mangel an gut ausgebildeten Fachkräften noch einmal weiter befeuern.

Zu diesem Zwecke sind sowohl die Investitionen in die Institutionen der beruflichen Ausbildungen wie zum Beispiel die technische Ausstattung an Berufsschulen und die moderne Ausbildung der Lehrenden eine Notwendigkeit. Wir schließen uns auch der Forderung an, dass es einer Änderung des Berufsbildungsgesetzes bedarf, die die Betriebe dazu verpflichtet, ihren Auszubildenden die technischen Mittel für eine gerechte und moderne Ausbildung zur Verfügung zu stellen.

Antrag D1: Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit! Sie muss wehrhaft sein!

Antragsteller*in:	JUSO Vorstand SPD-Landesverband Saar
Sachgebiet:	D - Demokratie & Partizipation

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Analyse:
- 2 Die Demokratie erfährt gegenwärtig weltweit einen beispiellosen Druck. Autoritäre
- 3 Tendenzen, wirtschaftliche Ungleichheit und soziale Spaltungen bedrohen die
- 4 Stabilität demokratischer Systeme in alarmierendem Maße. In diesem kritischen Kontext
- 5 gewinnt das Konzept der „resilienten Demokratie“ zunehmend an Bedeutung. Resilienz
- 6 beschreibt die Fähigkeit eines Systems, Krisen zu überstehen und gestärkt daraus
- 7 hervorzugehen. Aus der Perspektive der Jungsozialist*innen impliziert eine resiliente
- 8 Demokratie nicht nur Widerstandsfähigkeit gegenüber externen und internen
- 9 Bedrohungen, sondern auch die Gewährleistung von sozialer Gerechtigkeit und
- 10 umfassender Teilhabe.
- 11 Die historische Analyse zeigt eindrücklich, dass Demokratien wiederholt vor enormen
- 12 Herausforderungen standen. Die beiden großen Wellen der Autokratisierung im 20.
- 13 Jahrhundert, welche in den 1920er und 1970er Jahren zahlreiche junge Demokratien
- 14 hinwegfegten, sind markante Beispiele hierfür. Heutzutage erleben wir erneut eine
- 15 Erosion demokratischer Werte in vielen Teilen der Welt, einschließlich in etablierten
- 16 Demokratien wie den USA, Polen und Ungarn. Diese Entwicklungen verdeutlichen, dass
- 17 Demokratie keine Selbstverständlichkeit ist und kontinuierlich verteidigt und
- 18 gestärkt werden muss.
- 19 Eine resiliente Demokratie basiert auf mehreren fundamentalen Elementen. Zunächst
- 20 sind starke Institutionen von essentieller Bedeutung. Demokratische Institutionen
- 21 müssen unabhängig und funktionsfähig sein. Hierzu zählen eine unabhängige Justiz,
- 22 freie Medien und ein transparentes Regierungssystem. Diese Institutionen fungieren
- 23 als Kontrollmechanismen und schützen die Demokratie vor Machtmissbrauch. Ein weiteres
- 24 zentrales Element ist die soziale Gerechtigkeit. Eine gerechte Verteilung von
- 25 Ressourcen und Chancen ist von fundamentaler Bedeutung für die Stabilität einer
- 26 Demokratie. Soziale Ungleichheit führt zu Spannungen und kann extremistische
- 27 Bewegungen fördern. Die Jusos setzen sich daher für eine Politik ein, die soziale
- 28 Gerechtigkeit und Chancengleichheit proaktiv fördert.
- 29 Politische Bildung und Partizipation sind ebenfalls unverzichtbare Elemente einer
- 30 resilienten Demokratie. Eine informierte und engagierte Bürgerschaft bildet das
- 31 Rückgrat jedes demokratischen Systems. Politische Bildung sollte daher einen
- 32 zentralen Bestandteil des Bildungssystems darstellen. Zudem müssen
- 33 Partizipationsmöglichkeiten geschaffen werden, die es allen Bürger*innen ermöglichen,
- 34 sich aktiv in politische Prozesse einzubringen. Kulturelle Vielfalt und Inklusion
- 35 sind weitere essentielle Aspekte. Eine resiliente Demokratie erkennt die Vielfalt
- 36 ihrer Bevölkerung an und fördert Inklusion. Diskriminierung und Ausgrenzung schwächen
- 37 die gesellschaftliche Kohäsion und gefährden die Demokratie. Die Jusos setzen sich
- 38 daher für eine inklusive Gesellschaft ein, in der alle Menschen unabhängig von

39 Herkunft, Geschlecht oder Religion gleichberechtigt sind.

40 Die Klimakrise stellt eine der größten Herausforderungen unserer Zeit dar. Eine
41 resiliente Demokratie muss in der Lage sein, nachhaltige Lösungen zu entwickeln und
42 umzusetzen. Dies erfordert eine enge Zusammenarbeit zwischen Politik, Wirtschaft und
43 Zivilgesellschaft. Die Bekämpfung der Klimakrise muss oberste Priorität haben. Dies
44 verlangt eine konsequente Umsetzung der Klimaziele, den Ausbau erneuerbarer Energien
45 und eine nachhaltige Wirtschaftspolitik.

46 Eine resiliente Demokratie ist mehr als nur widerstandsfähig gegenüber Krisen. Sie
47 ist befähigt, soziale Gerechtigkeit und umfassende Teilhabe zu gewährleisten und
48 nachhaltige Lösungen für die Herausforderungen unserer Zeit zu entwickeln. Die
49 Forderungen der Jungsozialist*innen zielen darauf ab, die Demokratie zu stärken und
50 zukunftsfähig zu machen. Nur durch eine kollektive Anstrengung aller
51 gesellschaftlichen Kräfte kann eine resiliente Demokratie verwirklicht werden.

52 Die Demokratie als politisches System ist nicht immun gegen interne Bedrohungen,
53 insbesondere durch extremistische Bewegungen, die ihre Grundwerte untergraben wollen.
54 In diesem Kontext erfordert die Demokratie eine Wehrhaftigkeit, die über die bloße
55 Verteidigung ihrer Werte hinausgeht und aktiv gegen extremistische Tendenzen vorgeht.

56 Rechtsextremismus stellt eine signifikante Bedrohung für demokratische Systeme dar.
57 Er zielt auf die Aushöhlung grundlegender demokratischer Prinzipien wie Gleichheit,
58 Minderheitenschutz und Pluralismus ab. Rechtsextreme Ideologien propagieren oft eine
59 homogene Gesellschaft, die sich gegen Diversität und die Rechte von Minderheiten
60 wendet. Die Gefahr, die von diesen Tendenzen ausgeht, ist nicht nur theoretischer
61 Natur; sie manifestiert sich in zunehmenden rechtsextremen Gewalttaten und
62 politischer Einflussnahme weltweit. Rechtsextreme Akteure nutzen die Plattformen, die
63 ihnen durch demokratische Wahlen zur Verfügung stehen, um ihre ideologischen Inhalte
64 zu verbreiten. Sie unterminieren dabei gezielt demokratische Prozesse und
65 Institutionen von innen heraus. Beispiele hierfür sind die Zunahme rechtsextremer
66 Rhetorik und Politik in Ländern wie den USA, Deutschland, Brasilien und vielen
67 anderen.

68 Die Demokratie muss wehrhaft sein, um ihre eigene Existenz zu sichern. Wehrhafte
69 Demokratie bedeutet, dass der Staat nicht nur das Recht, sondern die Pflicht hat,
70 gegen Bestrebungen vorzugehen, die die freiheitlich-demokratische Grundordnung
71 gefährden. Diese Pflicht ist in vielen Verfassungen, einschließlich des deutschen
72 Grundgesetzes, verankert. Artikel 18 des Grundgesetzes beispielsweise erlaubt die
73 Verwirkung bestimmter Grundrechte, wenn diese missbraucht werden, um die
74 freiheitliche demokratische Grundordnung zu bekämpfen. Trotz der bestehenden
75 verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen scheint es allerdings, als ob die
76 demokratischen Staaten oft zögerlich in der Anwendung dieser Mittel sind. Dies könnte
77 an einem Missverständnis des liberalen Charakters der Demokratie liegen, das sie als
78 zu nachgiebig gegenüber ihren Feinden erscheinen lässt. Es ist jedoch von
79 entscheidender Bedeutung, dass die Schutzmechanismen nicht nur symbolisch, sondern
80 aktiv und konsequent angewendet werden.

81 Aktuell zeigt sich, dass rechtsextreme Politiker*innen nicht nur Zugang zu
82 parlamentarischen Strukturen erhalten, sondern diese auch nutzen, um ihre Ideologien
83 salonfähig zu machen. Das erfordert eine verstärkte Achtsamkeit und Entschlossenheit
84 seitens der demokratischen Institutionen. Die Passivität oder unzureichende Reaktion

85 auf solche Bedrohungen kann dazu führen, dass die Demokratie von innen ausgehöhlt
86 wird. Es ist daher unerlässlich, dass demokratische Staaten ihre Wehrhaftigkeit nicht
87 nur deklarieren, sondern auch in der Praxis umsetzen.

88 In Anbetracht der Gefahren und der bisherigen unzureichenden Reaktionen der
89 demokratischen Systeme fordert diese Analyse die konsequente Anwendung und, wenn
90 nötig, Verstärkung der verfassungsrechtlichen Schutzmechanismen. Demokratische
91 Staaten müssen die Bedrohung durch Rechtsextremismus ernst nehmen und entschieden
92 gegen jegliche Form der Untergrabung ihrer Grundwerte vorgehen. Es ist notwendig,
93 dass politische und gesellschaftliche Akteure eine klare Position beziehen und sich
94 für den Schutz der Demokratie stark machen. Nur durch eine entschlossene und
95 konsequente Wehrhaftigkeit kann die Demokratie ihre Werte und ihre Existenz sichern.

96 Die Demokratie als politisches System ist auf die aktive Verteidigung ihrer
97 Prinzipien angewiesen. Angesichts der Bedrohung durch Rechtsextremismus und die
98 zunehmende Präsenz rechtsextremer Ideologien in parlamentarischen Strukturen ist es
99 unabdingbar, dass demokratische Staaten ihre Wehrhaftigkeit stärken. Die konsequente
100 Anwendung verfassungsrechtlicher Schutzmechanismen ist dabei nicht nur ein
101 rechtliches Gebot, sondern eine Notwendigkeit zur Sicherung der Demokratie. Es ist an
102 der Zeit, dass die Demokratie ihre wehrhaften Mittel entschlossen einsetzt, um sich
103 gegen die Gefahren von innen zu verteidigen und ihre Werte zu bewahren.

104 Deswegen fordern wir:

- 105 • Die Unabhängigkeit der Justiz und der Medien muss gewährleistet und gestärkt
106 werden. Korruption und Machtmissbrauch müssen konsequent bekämpft werden.
- 107 • Es bedarf einer gerechten Verteilung von Ressourcen und Chancen. Dies umfasst
108 Maßnahmen wie eine progressive Steuerpolitik und den Ausbau des Sozialstaats.
- 109 • Politische Bildung muss ein fester Bestandteil des Bildungssystems sein. Zudem
110 sollten niedrigschwellige Partizipationsmöglichkeiten geschaffen werden, um die
111 politische Teilhabe aller Bürger*innen zu fördern.
- 112 • Förderung kultureller Vielfalt und Inklusion: Diskriminierung und Ausgrenzung
113 müssen aktiv bekämpft werden. Dies erfordert unter anderem eine Reform des
114 Antidiskriminierungsgesetzes und die Förderung von Diversität in allen
115 gesellschaftlichen Bereichen.
- 116 • Die Bekämpfung der Klimakrise muss oberste Priorität haben. Dies erfordert eine
117 konsequente Umsetzung der Klimaziele, den Ausbau erneuerbarer Energien und eine
118 nachhaltige Wirtschaftspolitik.
- 119 • Eine starke Zivilgesellschaft ist essenziell für eine resiliente Demokratie.
120 Die Arbeit von NGOs und zivilgesellschaftlichen Initiativen muss unterstützt und
121 gefördert werden.
- 122 • Demokratie und Menschenrechte müssen auch auf internationaler Ebene verteidigt
123 werden. Dies erfordert eine enge Zusammenarbeit mit anderen Demokratien und die
124 Unterstützung demokratischer Bewegungen weltweit.
- 125 • In Anbetracht der Gefahren und der bisherigen unzureichenden Reaktionen der
126 demokratischen Systeme müssen verfassungsrechtliche Schutzmechanismen
127 konsequente angewendet und, wenn nötig, verstärkt werden. Demokratische Staaten

- 128 müssen die Bedrohung durch Rechtsextremismus ernst nehmen und entschieden gegen
129 jegliche Form der Untergrabung ihrer Grundwerte vorgehen.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag D2: Gleichstellung und Wertschätzung der Freiwilligendienstleistenden

Antragsteller*in:	Jusos Hamburg
Sachgebiet:	D - Demokratie & Partizipation

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Die SPD soll sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass Freiwilligendienstleistende
- 2 die gleiche Stellung und Gruppierung wie Student*innen und Schüler*innen der
- 3 Fachschulklassen und Berufsfachschulklassen erhalten. Ihnen sollen in gleicher Weise
- 4 Entlastungen und Staatshilfen wie Unterhaltsanspruch und BAföG zur Verfügung gestellt
- 5 werden und folglich der gleiche Respekt erwiesen werden.

Begründung

Zumeist werden Freiwilligendienstleistende bei politischen Entscheidungen für Student*innen und Schüler*innen der Berufsfachschul- und Fachschulklassen nicht berücksichtigt. Ein Beispiel dafür ist die Energiepreispauschale, bei der eine Einmalzahlung von 200 € als Heizkostenzuschuss ausgeschüttet wird, die von Freiwilligendienstleistenden nicht beantragt werden kann.

Insbesondere Freiwilligendienstleistenden, die eine ehrenamtliche Arbeit verrichten, wäre eine Entlastung zugutegekommen. Demnach streben wir die Überwindung von Klassengrenzen an und verlangen eine einheitliche Gruppierung, die alle gleichwertig berücksichtigt. Es muss im Interesse der SPD liegen, Personen im Freiwilligendienst gleichermaßen zu unterstützen an der Kennzeichnung dieser „Denkmäler“ zu arbeiten

Antrag D3: Keine Integration ohne Teilhabe! – Wahlrecht für alle!

Antragsteller*in:	Jusos Sachsen-Anhalt
Sachgebiet:	D - Demokratie & Partizipation

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 „Die wollen sich nicht integrieren. Die können sich nicht integrieren. Dann sollen
- 2 die sich auch nicht integrieren.“ – Narrative, die immer wieder von
- 3 Rechtsextremist*innen in den letzten Jahren bespielt werden. Aber was soll das
- 4 eigentlich beschreiben? Faschos versuchen damit gegen Menschen zu hetzen, die auf
- 5 Hilfe und Unterstützung angewiesen sind. Der Vorwurf, die Menschen würden sich nicht
- 6 integrieren wollen, ist aber schlichtweg falsch!
- 7 Integration passiert auf vielen Ebenen. Integration kann aber nicht bedeuten, dass
- 8 Menschen mit Migrationsgeschichte in irgendwelche Sprachkurse gesteckt, sie von einem
- 9 Niedriglohnjob zum nächsten geschickt oder Kinder- und Jugendliche aus Familien mit
- 10 Migrationserfahrung in Schulklassen von Muttersprachler*innen separiert werden. Wenn
- 11 wir Integration ernst meinen und nicht nur als Einbahnstraße verstehen wollen, müssen
- 12 wir bestehende Teilhabe- und Beteiligungsmöglichkeiten kritisch betrachten und neu
- 13 denken!
- 14 Denn nur Mitbestimmung bedeutet Teilhabe. Und wie sollen unsere Parlamente Spiegel
- 15 der Gesellschaft sein, wenn sie mehrheitlich männlich und weiß besetzt sind?
- 16 Letztlich geht es nicht nur um Beteiligung, sondern auch um Sichtbarkeit. Und diese
- 17 Sichtbarkeit können wir nur schaffen, wenn Menschen mit Migrationserfahrung das
- 18 gleiche Wahlrecht zugestanden wird, wie allen anderen auch.
- 19 Warum dürfen Menschen, die seit Jahren, vielleicht sogar seit Jahrzehnten in
- 20 Deutschland leben, hier arbeiten, hier Steuern zahlen, sich in Vereinen und
- 21 Bündnissen engagieren und aktiv die Gesellschaft mitgestalten, eigentlich nicht
- 22 wählen?
- 23 No taxation without representation.
- 24 Das Wahlrecht in Deutschland ist weiterhin geknüpft an die deutsche
- 25 Staatsbürgerschaft bzw. die Unionsstaatsbürgerschaft auf kommunaler Ebene. Zu den
- 26 vergangenen Bundestagswahlen 2021 waren ca. 61 Millionen Menschen wahlberechtigt.
- 27 Jedoch ca. 13 Millionen Menschen eine Beteiligung an Wahlen aufgrund „falscher“
- 28 Staatsbürgerschaft verwehrt. Ausgehend von einer Einwohner*innenzahl von ca. 84
- 29 Millionen Menschen werden damit ca. 15 % der Bevölkerung von politischer Teilhabe
- 30 ausgeschlossen. Es ist Zeit für ein modernes und internationalistisches Wahlrecht.
- 31 Deswegen muss ein Wahlrecht für alle her! Das wäre kein “nice to have”, sondern die
- 32 Korrektur des Verstoßes gegen den Grundsatz einer allgemeinen Wahl.
- 33 Und in anderen Ländern Europas ist das bereits anders. Schaut man beispielsweise nach
- 34 Schweden, so kann man dort eine jahrelange Praxis erkennen.
- 35 Gleiches gilt auch für das Versammlungsrecht. So heißt es in Art. 8 GG: Alle
- 36 Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne
- 37 Waffen zu versammeln.
- 38 Nur Deutsche und EU-Bürger:innen dürfen in Deutschland Versammlungen anmelden.

39 Gerade da Migrant*innen enorm von politischen Entscheidung und nicht zuletzt auch von
40 politischer und staatlicher Repression betroffen sind, sollte für sie auch das Recht
41 bestehen, ihre Meinung auf die Straße zu tragen.

42 Daher fordern wir:

43 • mehr Diversität und Repräsentation in Bundes- Landes- und Kommunalparlamenten!

44 • das Wahlrecht von der Staatsbürgerschaft zu entkoppeln. Das Wahlrecht soll
45 zukünftig an den dauerhaften Aufenthalt in Deutschland geknüpft werden. Wer hier seit
46 mindestens 3 Jahren lebt und auch weiterhin hier leben wird, soll auch mitgestalten
47 dürfen!

48 • Die Versammlungsfreiheit auch für nicht-EU-Bürger:innen, alle Menschen sollten sich
49 friedlich und ohne Waffen versammeln dürfen

Antrag D4: Pistorius' Wehrdienstmodell: Eine Scheinlösung auf Kosten der Jugend

Antragsteller*in:	Jusos Nordrhein-Westfalen
Sachgebiet:	D - Demokratie & Partizipation

Die Versammlung möge beschließen:

1 Pistorius stellte im Juni 2024 ein neues Wehrdienstmodell vor. Geplant ist, dass
2 künftig alle wehrfähigen Männer und Frauen einen Fragebogen zu ihrer Haltung zur
3 Bundeswehr zugesandt bekommen. Nur die angeschriebenen Männer müssen diesen
4 Fragebogen verpflichtend beantworten und sich im Falle einer Einladung auch einer
5 Musterung stellen. Das Ableisten des neuen sechsmonatigen Grundwehrdienstes ist den
6 Plänen zufolge zunächst freiwillig. Mit dem Wiederaufbau der vor 13 Jahren
7 ausgesetzten Erfassung von Wehrfähigen macht Pistorius einen ersten Schritt in
8 Richtung einer möglichen Wiedereinführung der Wehrpflicht. Bei der Vorstellung seiner
9 Pläne betonte der Minister wiederholt, dass mittelfristig eine Regelung vorgesehen
10 ist, die es erlaubt, junge Menschen auch gegen ihren Willen einzuziehen. Mit seinen
11 Überlegungen zur Wiedereinführung des Wehrdienstes stößt Pistorius keine neue Debatte
12 an. Bereits seit der Aussetzung der Wehrpflicht im Jahr 2011, die einer Abschaffung
13 von Wehr- und Zivildienst gleichkam, plädieren diverse Politiker*innen für ihre
14 Rückkehr. Die Diskussion beschränkt sich dabei nicht nur auf den Dienst bei der
15 Bundeswehr, sondern umfasst auch Überlegungen zur Einführung eines sozialen
16 Pflichtjahres. Viele Befürworter*innen argumentieren, dass eine allgemeine
17 Dienstpflicht zur Stärkung der Bundeswehr, des Katastrophenschutzes und
18 Rettungsdiensten beitragen sowie soziale Einrichtungen und gemeinnützige
19 Organisationen unterstützen könnte. Erst im Sommer 2022 entfachte Bundespräsident
20 Steinmeier mit seiner Forderung nach einer „sozialen Pflichtzeit“ eine breite
21 Diskussion und auch die CDU setzt sich jetzt sogar in ihrem neuen Grundsatzprogramm
22 für ein „Deutschland-Jahr“ ein, das sowohl militärische als auch zivile Dienste
23 umfassen würde. Klar ist, dass weder das vorgeschlagene Wehrdienstmodell noch eine
24 allgemeine Wehrpflicht strukturelle Probleme wie den Fachkräftemangel, die
25 mangelhafte Modernisierung sowie die unattraktiven Arbeitsbedingungen in der
26 Bundeswehr lösen können. Wieder einmal wird die Verantwortung für politische
27 Versäumnisse auf die Schultern junger Menschen abgewälzt.

28 Eine Dienstpflicht löst den Fachkräftemangel nicht

29 Angesichts des gravierenden Personalmangels in verschiedenen Bereichen sehen viele
30 Befürworter*innen die Einführung einer Dienstpflicht für junge Menschen als wichtige
31 Maßnahme, um personelle Engpässe auszugleichen. Dies betrifft nicht nur die
32 Bundeswehr, sondern auch Bereiche wie das Gesundheitswesen, die ebenfalls unter
33 akutem Personalmangel leiden. Dabei kann der Mangel sowohl im Gesundheitssystem als
34 auch in der Bundeswehr nicht durch Schulabgänger*innen gelöst werden, da es sich in
35 beiden Bereichen vor allem um einen Mangel an hochqualifizierten Fachkräften handelt.
36 In der Bundeswehr herrscht insbesondere in technisch anspruchsvollen Berufen ein
37 Mangel an Fachkräften. Dazu zählen unter anderem Ingenieur*innen, Spezialist*innen

38 für die Reparatur von Kampfhubschraubern sowie IT-Fachkräfte, die Computernetzwerke
39 betreuen und moderne Fernmeldetechnik warten können. Im Bereich der Cyberabwehr sind
40 besonders hohe Spezialisierungen erforderlich. Aufgrund der Komplexität moderner
41 Ausrüstungen und Waffensysteme sind Wehrpflichtige nicht ausreichend qualifiziert, um
42 den Personalmangel in der Bundeswehr auszugleichen. Wer behauptet, dass die
43 Wiedereinführung der Wehrpflicht die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands stärken
44 könnte, lenkt von den eigentlichen Problemen ab. Die Grundausbildung, die
45 Wehrdienstleistende bisher durchlaufen haben, dauert 3 Monate und beinhaltet
46 lediglich ein bisschen Schießen, Sport und laute Unteroffiziere. Oft steht danach
47 eine Tätigkeit am Schreibtisch an. Ein solcher Dienst bietet in einem
48 hochtechnisierten Umfeld keine militärische Fähigkeitsstärkung, insbesondere dann
49 nicht, wenn für die so gebildeten Reservisten kaum Ausrüstung zur Verfügung steht. Es
50 ist viel wichtiger, dass bestehende Reservisten gut erfasst werden, regelmäßig an
51 Übungen teilnehmen und Ausrüstung bereitsteht. Darüber hinaus müssten für eine
52 Wiedereinführung der Wehrpflicht die Ausbildungsstrukturen völlig neu aufgebaut
53 werden. Um wieder große Gruppen von Wehrdienstleistenden auszubilden, müssten
54 komplett neue organisatorische Rahmenbedingungen geschaffen werden. Kasernen müssten
55 neu gebaut oder erweitert, zusätzliche Ausbilder*innen eingestellt und große Mengen
56 militärischer Ausrüstung beschafft werden. Der Aufwand und die finanziellen Mittel,
57 die mit dem Aufbau dieser neuen Strukturen verbunden wären, stünden in keinem
58 Verhältnis zum Nutzen. Eine Wehrpflicht für wenige kann hingegen im Sinne der
59 Wehrgerechtigkeit keine Alternative darstellen. Die Entscheidung darüber, wer ein
60 halbes Jahr für die Bundeswehr dienen muss, sollte nicht dem Zufall oder einer
61 Losentscheidung überlassen werden. Die zuletzt rückläufigen Zahlen von Frauen in der
62 Truppe zeigen die weiter bestehende strukturelle Misogynie. Bei Übergriffen gibt es
63 systematische Täter-Opfer-Umkehr, Frauen müssen sich allerlei problematische Sprüche
64 erdulden, um akzeptiert zu werden. Auch hier gibt es dringenden Nachbesserungsbedarf.
65 Viele Soldaten klagen zudem über hohe bürokratische Arbeitslasten und verhältnismäßig
66 viele Leitungsposten, die z.T. redundante Entscheidungen treffen. Eine starke
67 Entschlackung insbesondere im Verteidigungsministerium ist notwendig.

68 Deshalb fordern wir:

- 69 • Rücknahme des vorgeschlagenen Wehrdienstmodells
- 70 • Maßnahmen zur Anwerbung und Ausbildung hochqualifizierter Fachkräfte,
71 insbesondere in technisch anspruchsvollen Berufen wie IT, Cyberabwehr, und
72 Technik

73 **Bessere Arbeitsbedingungen für eine stärkere Bundeswehr**

74 Wie bereits dargestellt hat die Bundeswehr einen erheblichen Fachkräftemangel.
75 Besonders Berufe wie Techniker*innen und Ingenieur*innen sind schwer zu besetzen, da
76 die Industrie häufig attraktivere Arbeitsbedingungen bietet. Dort finden Fachkräfte
77 nicht nur bessere Arbeitszeiten und höhere Bezahlung, sondern auch allgemein bessere
78 Arbeitsbedingungen. Insbesondere bei flexiblen Arbeitszeiten, der Vereinbarkeit von
79 Beruf und Familie sowie bei Kinderbetreuungsstrukturen kann die Bundeswehr nicht
80 mithalten. Dies ist besonders nachteilig für Frauen, da sie häufig stärker von der
81 Notwendigkeit flexibler Arbeitszeiten und einer guten Vereinbarkeit von Beruf und
82 Familie betroffen sind. Viele Soldat*innen beklagen zudem Überstunden, die sich über

83 mehrere Wochen summieren. Solche belastenden Arbeitsbedingungen führen dazu, dass
84 zahlreiche Soldat*innen vorzeitig aus dem Dienst ausscheiden. Zudem haben sich die
85 Wege zu den Arbeitsorten der Bundeswehr erheblich verlängert. In den vergangenen
86 Jahrzehnten wurden viele Kasernen geschlossen, wodurch die Bundeswehrstandorte oft
87 weit von den Wohnorten der Soldat*innen entfernt liegen. Viele von ihnen müssen jedes
88 Wochenende hunderte Kilometer zurücklegen, um nach Hause zu gelangen. Auch bestehen
89 trotz des 100 Milliarden Euro schweren Sondervermögens weiterhin Probleme bei der
90 Bundeswehr in Bezug auf Material und Finanzen. Viele Bundeswehrkasernen sind in
91 schlechtem Zustand, haben häufig nicht einmal funktionierendes WLAN, und ein großer
92 Teil der Ausrüstung ist defekt.

93 Daher fordern wir:

- 94 • Einführung flexibler Arbeitszeiten und Teilzeitarbeitsmodelle
- 95 • Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, einschließlich besserer
96 Kinderbetreuungsstrukturen
- 97 • Investitionen in die Renovierung und den Ausbau von Kasernen
- 98 • Bessere Ausrüstung für Soldat*innen

99 **Rechtsextremismus bekämpfen und demokratische Werte stärken**

100 Ein häufig vorgebrachtes Argument für die Wiedereinführung der Wehrpflicht ist, dass
101 sie die Bundeswehr repräsentativer aufstellen und weniger anfällig für
102 verfassungsfeindliche Bestrebungen machen würde. Diese Annahme ist nicht
103 grundsätzlich falsch. Tatsächlich sprechen die hierarchischen Strukturen der
104 Bundeswehr, das Konzept der "Kameradschaft" und das Militärische im Allgemeinen eher
105 autoritär oder extremistisch denkende Menschen an. Wer jedoch die Wehrpflicht als
106 alleinige Lösung betrachtet, verkennt die tatsächliche Lage. Die Bundeswehr kämpft
107 immer wieder mit autoritären bis undemokratischen Ausbildern, Unteroffizieren und
108 niederen Offizieren, die das Konzept der inneren Führung und den demokratischen
109 Anteil dessen verdrängen. Die innere Führung beschreibt ein Konzept, dass dafür
110 sorgen soll, autoritäre Befehlsausführung zu ersetzen durch eine innere Überzeugung,
111 einen sinnhaften Auftrag auszuführen mit der Pflicht zur Befehlsverweigerung für z.B.
112 unethische Handlungen. Insbesondere im Kommando Spezialkräfte KSK wurde jedoch ein
113 Soldatenbild gepflegt, das extrem autoritär bis staatsgefährdend war. Dies zeigt sich
114 auch in vielen Fällen in anderen Teilen der Streitkräfte, wo die Wehrmacht insgeheim
115 traditionsstiftend war. Analog zur Polizei gibt es vor allem das Problem, dass solche
116 Vorfälle nicht gemeldet werden und in signifikanten Teilen der Bundeswehr durch viele
117 Dienstgrade es ein Haltungsproblem gegenüber dem Schutz des demokratischen Staates
118 gibt. Die Mechanismen des Militärischen Abschirmdienstes MAD greifen zu oft nicht und
119 die politische Bildung und Verantwortung werden in der Ausbildung weiterhin
120 systematisch vernachlässigt. Ein wie auch immer konzipierter verpflichtender
121 Wehrdienst in dieser Bundeswehr bedeutet vor allem eine autoritäre Erziehung ohne
122 militärischen Nutzen, weil nostalgische alte Männer heutige Jugendliche zu
123 unengagiert finden. Zu lange wurden innerhalb der Bundeswehr und des
124 Bundesverteidigungsministeriums strukturelle Probleme als "Einzelfälle" abgetan, und
125 notwendige Reformen wurden aufgeschoben. Erst nach einer Vielzahl von "Einzelfällen"
126 und dem Verschwinden erheblicher Munitionsmengen wächst die Sensibilität für dieses
127 Thema innerhalb der Bundeswehr, was sich beispielsweise an der verstärkten Nutzung

128 von Meldestellen zeigt. Neben der inneren Verantwortung der Bundeswehr, keinen Raum
129 für Rechtsextremismus zu lassen, stellt sich auch die Frage nach ihrer
130 gesamtgesellschaftlichen Rolle. Gerade der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine
131 hat die Bedeutung des Militärs als Verteidiger der Demokratie wieder stärker in den
132 Fokus gerückt. Wünschenswert wäre, dass das von der Zeitenwende ausgehende Umdenken
133 dazu führt, dass die Bundeswehr nicht durch eine Faszination für Waffen,
134 Kameradschaft und übertriebenen Nationalismus attraktiv wird, sondern weil sie
135 essentiell ist, um demokratische Staaten und ein friedliches Europa vor autoritären
136 Kräften zu verteidigen. Das kann die Bundeswehr jedoch nur leisten, wenn sie auch
137 intern vor diesen Kräften geschützt ist. Im klaren Widerspruch zu diesem Verständnis
138 von republikanischer Landesverteidigung stehen die aktuell öffentlich gewordenen
139 Ergänzungen des Traditionserlasses der Bundeswehr von 2018. Ehemalige NSDAP-
140 Mitglieder, ein „Fliegerass“ der Luftwaffe oder der erfolgreichste U-Boot-Kapitän des
141 II. Weltkrieges können auch nach der Zeitenwende keine unkritisch positiven
142 Traditionslinien der Bundeswehr sein. Das Bild einer die Demokratie und Freiheit
143 schützenden Bundeswehr muss sie deshalb auch nach außen transportieren und bei der
144 Rekrutierung leben.

145 Wir fordern daher:

- 146 • Ausweitung der bereits verpflichtenden Schulungen zu demokratischen Werten und
147 Anti-Extremismus auf alle Dienstgrade und Einsatzgebiete. Dabei sollten auch
148 regelmäßige Auffrischkurse eingeführt werden
- 149 • Ausbau der anonymen Meldesysteme, um eine noch niedrighwelligere und sicherere
150 Möglichkeit für Meldungen zu bieten
- 151 • Förderung der Bekanntheit dieser Meldesysteme innerhalb der Bundeswehr durch
152 Informationskampagnen
- 153 • Überarbeitung der Rekrutierungsverfahren, um sicherzustellen, dass
154 Bewerber*innen gründlich auf rechtsextremistische Neigungen überprüft werden
- 155 • Umfassendere Untersuchung und Aufarbeitung rechtsextremistischer Vorfälle
156 innerhalb der Bundeswehr
- 157 • Die Überarbeitung des Traditionserlasses der Bundeswehr, um sie als
158 republikanische Parlamentsarmee zu stärken
- 159 • Die Überarbeitung der Strukturen des MAD für eine bessere Erkennung von
160 problematischen Personen und Zerschlagung von entsprechenden Strukturen
- 161 • Veränderungen in der Aus- und Weiterbildung hin zu einer gesunden Fehlerkultur
162 analog zu unseren Forderungen gegenüber der Polizei

163 **Freiwilliges Engagement statt Zwangsdienst**

164 Soziales Engagement ist zweifellos bereichernd und kann sowohl den gesellschaftlichen
165 Zusammenhalt als auch die Demokratie stärken. Dies kann jedoch nicht durch Zwang
166 erreicht werden. Abgesehen davon, dass ein soziales Pflichtjahr gemäß der Verfassung
167 als Zwangsdienst verboten ist und nur durch eine Grundgesetzänderung ermöglicht
168 werden könnte, würde ein verpflichtendes soziales Jahr einen tiefen Einschnitt in die
169 persönliche Freiheit und Lebensplanung junger Menschen darstellen. Freiwilliges
170 Engagement motiviert durch persönliche Überzeugung und das Bewusstsein für
171 gesellschaftliche Verantwortung trägt wesentlich mehr zur Förderung des Gemeinwohls

172 bei. Junge Menschen, die sich aus eigenem Antrieb sozial engagieren, entwickeln ein
173 nachhaltiges Verständnis für soziale Belange und tragen langfristig zu einer
174 solidarischeren und demokratischeren Gesellschaft bei. Ein erzwungenes soziales
175 Pflichtjahr hingegen könnte zu Widerstand und Ablehnung führen, wodurch der
176 eigentliche Zweck des Engagements – nämlich die Stärkung des Gemeinschaftsgefühls und
177 der demokratischen Werte – konterkariert würde. Zudem ist Zwang gar nicht nötig, um
178 junge Menschen davon zu überzeugen, sich zu engagieren, denn sie bringen sich weit
179 mehr ein als andere Altersgruppen. Eine Studie der Ruhr-Universität Bochum zeigte,
180 dass zwei Drittel der jungen Menschen ehrenamtlich aktiv sind. Jedes Jahr gibt es
181 mehr Bewerber*innen für das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) und den
182 Bundesfreiwilligendienst, als angenommen werden können. Es braucht also keinen Zwang,
183 sondern vor allem eine Erweiterung des Angebots an Freiwilligendiensten. Dies ist
184 besonders relevant, da erst dieses Jahr die Mittel für Freiwilligendienste gekürzt
185 wurden, was zu einem großen Aufschrei von Freiwilligendienstveranstaltern führte und
186 sogar eine Petition nach sich zog. Eine bessere finanzielle Ausstattung und
187 Unterstützung dieser Programme wäre ein sinnvoller Schritt, um das freiwillige
188 Engagement junger Menschen zu fördern und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu
189 stärken. Auch sollte mehr darüber nachgedacht werden, wie Freiwilligendienste
190 attraktiver gemacht werden können, bevor über die Einführung eines Pflichtjahrs
191 gesprochen wird. Eine wichtige Rolle spielen dabei finanzielle Aspekte. Die
192 derzeitigen rund 400 Euro pro Monat sind unzureichend für die Finanzierung eines
193 Dienstes, insbesondere da in der Regel weder Unterkunft noch Fahrtkosten übernommen
194 werden. Das führt dazu, dass sich viele junge Menschen aus finanziellen Gründen gegen
195 ein FSJ entscheiden. Eine angemessene finanzielle Unterstützung wäre ein
196 entscheidender Schritt, um sicherzustellen, dass alle jungen Menschen unabhängig von
197 ihrer finanziellen Situation die Möglichkeit haben, sich zu engagieren. Nur so kann
198 die Teilnahme an Freiwilligendiensten wirklich attraktiv und zugänglich gemacht
199 werden.

200 Wir fordern daher:

- 201 • Ausbau der Kapazitäten für das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ), das Freiwillige
202 Ökologische Jahr (FÖJ) und den Bundesfreiwilligendienst (BFD)
- 203 • Anhebung der monatlichen Vergütung für Freiwilligendienste auf den Mindestlohn
- 204 • ein kostenloses Deutschlandticket für Freiwilligendienstleistende
- 205 • Bereitstellung ausreichender finanzieller Mittel für Organisationen, die
206 Freiwilligendienste durchführen
- 207 • Vertragliche Sicherstellung, dass Freiwilligendienstleistende keine Aufgaben von
208 Fachkräften übernehmen müssen, für die sie nicht qualifiziert und/oder nicht
209 ausreichend bezahlt sind
- 210 • Verbesserung der Rahmenbedingungen und Anerkennung von Freiwilligendiensten
211 durch Zertifikate und Vorteile bei der Bewerbung um Ausbildungs- und
212 Studienplätze
- 213 • Ausbau der Informationsangebote über Freiwilligendienste, z.B. an Schulen

Antrag D5: Enquete Kommission

Antragsteller*in:	Jusos Hessen-Süd
Sachgebiet:	D - Demokratie & Partizipation

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Die Jusos setzen sich insbesondere durch die Juso-Abgeordneten im deutschen Bundestag
- 2 für eine Enquete-Kommission gesellschaftliche Inklusion ein.
- 3 Eine Enquete-Kommission soll als Instrumentarium des Parlaments eingesetzt werden,
- 4 um
- 5 politisch und fachlich adäquat auf die unzureichende Umsetzung der UN-BRK zu
- 6 reagieren. Darauf weist der UN-CRPD^[1]-Ausschuss in seiner kritischen Einschätzung
- 7 im
- 8 Rahmen des jüngst abgeschlossenen Staatenprüfungsverfahrens hin. Durch das Einsetzen
- 9 einer entsprechend interdisziplinär zusammengesetzten Enquete-Kommission muss unter
- 10 Beteiligung aller relevanten Akteure und von Sachverständigen aus der Praxis, den
- 11 Selbstvertretungsorganisationen, Verbänden und der Wissenschaft eine
- 12 Bestandsaufnahme
- 13 der Umsetzung von Inklusion in allen in der UN-BRK angesprochenen gesellschaftlichen
- 14 Bereiche (Bildung, Arbeit, Freizeit, Wohnen...) vorgenommen und exkludierende
- 15 Strukturen identifiziert werden. Sich daraus ergebende Notwendigkeiten zur
- 16 Veränderung müssen formuliert und in konkrete Maßnahmen und Zeitpläne gefasst
- 17 werden.
- 18 ^[1] Convention of the Rights of Persons with Disabilities (Übereinkommen der Rechte
- 19 von Menschen mit Behinderungen)

Begründung

Aus Sicht des CRPD Ausschusses ist in Deutschland „ein echter Paradigmenwechsel in Politik und Gesellschaft hin zu Inklusion und Selbstbestimmung nach Inkrafttreten der UN-Behindertenrechtskonvention nicht festzustellen“. Inklusion ist nicht nur ein Recht für Menschen mit Behinderungen viel mehr ist Inklusion eine Frage an die demokratische Verfasstheit unserer Gesellschaft, denn Demokratie ist ohne Inklusion nicht möglich^[1].

Die Sicherstellung der uneingeschränkten Teilhabe aller Bürger*innen stellt gerade in der aktuellen Zeit gesellschaftlicher Spaltungen und Ausgrenzung einen Kern der Gestaltung demokratischer Gesellschaftsstrukturen dar.

In den oben erwähnten aktuellen Final Conclusions des UN-CRPD-Ausschusses vom Oktober 2023 wird deutlich, dass es systematische Verletzungen des Rechts auf Teilhabe in allen gesellschaftlichen

Antrag E1: Keine Schuldenbremse in der Ukrainekrise

Antragsteller*in:	Jusos Brandenburg
Sachgebiet:	E - Europa

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Die Jusos fordern die SPD-Bundestagsfraktion und den SPD-Bundesvorstand auf, sich
- 2 innerhalb der SPD-geführten Bundesregierung dafür einzusetzen, dass mehr Waffen an
- 3 die Ukraine geliefert werden. Im Sinne einer ganzheitlichen Abkehr von der
- 4 Schuldenbremse unterstützen wir die Forderung des SPD-Verteidigungsministers Boris
- 5 Pistorius, die Finanzierung von Verteidigungsausgaben für die Ukraine, wie vor allem
- 6 Munition, sowie humanitäre Hilfe aus der Schuldenbremse herauszunehmen.
- 7 Diskussionen um den richtigen Umgang mit der Ukrainekrise müssen respektvoll geführt
- 8 werden und Meinungen aller Expert*innen zur Konfliktforschung ernst genommen werden.
- 9 Nur so kann sichergestellt werden, dass keine populistischen Meinungen gestärkt
- 10 werden, die schlussendlich nur der AfD und dem BSW helfen.

Begründung

Klar ist: Derzeit hat die Ukraine zu wenig Waffen und Munition, als dass sie sich effektiv verteidigen könnte. Auf ein ukrainisches Geschoss kommen 10 russische. Dadurch werden die ukrainischen Soldat*innen unnötig in Gefahr gebracht, was nur zu mehr Leid führt und einen Frieden weiter hinauszögert.

Die ukrainischen Soldat*innen verteidigen nicht nur ihre Heimat, ihre Familien und ihr freies Leben. Sie verteidigen auch uns vor einer weiteren Ausbreitung des Krieges auf weitere Nachbarstaaten und schlussendlich auf die NATO oder die EU.

Antrag E2: Keine Einbahnstraße der Verantwortung- EU-Lieferkettengesetz jungsozialistisch gedacht

Antragsteller*in:	JUSO Vorstand SPD-LV Rheinland-Pfalz
Sachgebiet:	E - Europa

Die Versammlung möge beschließen:

1 Wir alle haben lange darauf gewartet: Das EU-Lieferkettengesetz. Doch von einer
2 Gesellschaft mit fairen Lieferketten ohne Ausbeutung sind wir meilenweit entfernt. Zu
3 viele Aspekte wurden ausgelassen oder schlichtweg ignoriert. Zu sehr wurde auf die
4 Vorteile der Unternehmen geachtet, statt Arbeiter*innen ausreichend vor Ausbeutung
5 und lebensbedrohlichen Arbeitsumgebungen zu schützen. Daher wollen wir Jusos uns für
6 ein EU-Lieferkettengesetz einsetzen, bei dem Unternehmen endlich zur Verantwortung
7 gezogen werden und Arbeiter*innen wirklich geschützt werden.

8 Um dies zu erreichen, bedarf es der Erfüllung folgender Forderungen:

9 **Unternehmen ausreichend in die Pflicht nehmen!**

10 Was in der Theorie des EU-Lieferkettengesetzes sehr einfach klingt, ist in der
11 Realität schier unmöglich: Es gibt kaum Beschwerdestellen, an die sich Arbeiter*innen
12 im Fall von klimaschädigendem Verhalten oder gar Menschenrechtsverletzungen seitens
13 der Arbeitgeber*innen wenden können. Es ist also schlichtweg nicht möglich, diese
14 Verletzungen zu erfassen. **Aus diesem Grund fordern wir eine flächendeckende
15 Einrichtung von Beschwerdestellen und Betriebsräte für Arbeitende.**

16 Doch nicht nur die mangelnden Beschwerdestellen sind ein großer Schwachpunkt des
17 Gesetzestextes: **Es bedarf auch einer transparenten Berichterstattung der Unternehmen,
18 inklusive der Tochterunternehmen**, um sicherstellen zu können, dass ausreichende
19 Maßnahmen zur Prävention von Ausbeutung durchgeführt werden. Zudem kann durch die
20 Veranlassung regelmäßiger Berichterstattungen eine langfristige Kontrolle der
21 Lieferketten gewährleistet werden.

22 **Ebenfalls fordern wir eine vollständige Kontrolle aller Lieferketten.** So wird
23 beispielsweise die Herkunft von Rohstoffen aktuell noch nicht durch das EU-
24 Lieferkettengesetz erfasst, obwohl diese oftmals aus Ländern importiert werden, in
25 denen die Arbeiter*innen unfair entlohnt und bei ihrer Arbeit, wenn überhaupt, nur
26 äußerst mangelhaft geschützt werden. Ebenfalls ist die Förderung von Rohstoffen in
27 solchen Werken und Minen meist hochgradig schädigend für die lokale Umwelt und unser
28 Klima. Zudem wollen wir, dass gewerkschaftliche Organisation im Prozess der
29 Lieferketten mitgedacht wird. Dort wo Gewerkschaften unterdrückt werden, muss es für
30 die Arbeiter*innen mit dem Lieferkettengesetz eine Chance auf gewerkschaftliche
31 Selbstorganisation geben.

32 **Betriebe haftbar machen!**

33 Dadurch, dass Haftungsregelungen aktuell individuell von Unternehmen festgelegt
34 werden können, liegt eine große Grauzone im EU-Lieferkettengesetz vor, welche so
35 schnell wie möglich behoben werden muss. Ebenfalls gibt es keine genauen Definitionen
36 bezüglich der Anspruchsgrundlage der Geschädigten, was einen möglichen Prozess
37 nochmals drastisch verzögert.

38 **Aus diesem Grund fordern wir sowohl klare Qualitätskriterien**, um diese rechtliche
39 Lücke zu schließen, als auch, dass Geschädigte anstatt eines Bußgeldes, welches dem
40 Staat zusteht, **zusätzlich Schadensersatz für die eigene Person einklagen können**.

41 Ebenso wird in dem aktuell vorliegenden Gesetzestext nicht thematisiert, welche
42 Partei während eines laufenden Gerichtsverfahrens die Beweislast trägt. Aus diesem
43 Grund ist für uns klar: Nicht nur vor, sondern auch während des Verfahrens müssen
44 Arbeitende zur Genüge unterstützt werden. **Entsprechend bedarf es einer**
45 **Beweislastumkehr für die regulierten Unternehmen**, welche im Falle einer Verletzung
46 des EU-Lieferkettengesetzes die vollständigen Prozesskosten tragen sollen.

47 Da sich die Arbeiter*innen zumeist in anderen Ländern als das sie beauftragende
48 Unternehmen befinden, muss festgelegt werden, nach welchem Recht innerhalb des
49 Gerichtsverfahrens geklagt wird. Für uns ist klar: **Zum Schutze der Arbeitnehmer*innen**
50 **muss das Recht des Landes gelten, in dem sich das auftraggebende Unternehmen**
51 **befindet**.

52 Zusätzlich soll durch Kollektivklagen und Unterstützungen von NGOs ermöglicht werden,
53 dass jede*r Arbeiter*in in der Lage ist, Menschenrechtsverletzungen oder
54 umweltschädigende Maßnahmen zur Anzeige bringen zu können –**faire Arbeitsbedingungen**
55 **dürfen kein Privileg sein!**

56 **Klimabezogene Sorgfaltspflichten wahren!**

57 Die aktuell ergriffenen Maßnahmen für einen gerechten Klimaschutz sind unzureichend
58 und halten keines der beschlossenen Ziele zur Reduktion der CO₂-Emissionen ein.
59 Insbesondere der Abbau von Rohstoffen stellt durch die Übernutzung natürlicher
60 Ressourcen erhebliche Belastungen für unser Ökosystem dar. Doch auch beim Klimaschutz
61 gibt es für Unternehmen keine einheitlichen und bindenden Maßnahmen.

62 Zwar müssen nach Artikel 15 des EU-Lieferkettengesetzes Unternehmen einen
63 Klimaschutzplan aufstellen, der unter bestimmten Umständen auch
64 Emissionsreduktionsziele enthalten muss, jedoch ist dieser Artikel so unklar
65 definiert, dass Inhalte und Reichweite der aufgestellten Klimaschutzpläne völlig
66 unklar bleiben.

67 **Deshalb setzen wir uns für die Verabschiedung einer Umweltgeneralklausel ein**, welche
68 besagt, dass die Umwelt durch die Lieferketten der Unternehmen keinerlei Schäden
69 erleiden darf. **Sollte es doch zu einer Verletzung dieser Umweltgeneralklausel kommen,**
70 **so gilt das Verursacher*innenprinzip**, bei dem das verursachende Unternehmen
71 entsprechend des Ausmaßes der Schädigungen dazu verpflichtet wird, ein Bußgeld zu
72 zahlen.

73 **Unternehmen müssen ihre Pflichten konsequent durchsetzen!**

74 **Da davon auszugehen ist, dass eine freiwillige Einhaltung der Sorgfaltspflichten**
75 **nicht bei allen Unternehmen erfolgreich sein wird, sprechen wir uns bei**
76 **Nichteinhaltung für Sanktionen aus, welche sich prozentual am Jahreseinkommen des**
77 **beschuldigten Unternehmens orientieren**. Dabei gibt es zwar eine Mindesthöhe für den
78 Betrag des Bußgeldes, jedoch keine Grenze, wie hoch das Bußgeld sein darf. Dadurch
79 werden Unternehmen davon abgeschreckt, gegen das EU-Lieferkettengesetz zu verstoßen
80 und gleichzeitig dazu motiviert, eigenständig ihre Lieferkette auf
81 Menschenrechtsverletzungen und umweltschädigendes Verhalten zu überprüfen.

82 Ebenso soll es auch allen Stakeholder*innen ermöglicht werden, Bedenken gegen
83 Unternehmen geltend zu machen und weitere Untersuchungen einzuleiten. Denn nur so
84 kommt es zu einer konsequenten Einhaltung der fairen Lieferketten und im Falle eines
85 Verstoßes ist es so möglich, diesen schneller und effizienter aufzudecken.

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag E3: Ausbeutung in Europa stoppen! Eine europäische Lösung für Saisonarbeiter*innen

Antragsteller*in:	JUSO Vorstand SPD-LV Rheinland-Pfalz
Sachgebiet:	E - Europa

Die Versammlung möge beschließen:

1 Saisonarbeiter*innen leisten einen unverzichtbaren Beitrag für unseren europäischen
2 Lebensstandard, wie beispielsweise in der Landwirtschaft, insbesondere während der
3 Erntezeit. Allein im Jahr 2020 geht man von etwa **10 Millionen Saisonarbeiter*innen in**
4 **Europa** aus. Trotz ihrer wichtigen Rolle sind sie jedoch häufig mit prekären
5 Arbeitsbedingungen, schlechten Unterkünften, unzureichendem Arbeitsschutz und
6 Stundenlöhnen weit unter dem Mindestlohn konfrontiert. Ein Saisonarbeiter aus Spanien
7 berichtet beispielsweise **von einem realen Stundenlohn von 4 Euro**, andere von
8 überfüllten Betonunterkünften ohne Wasseranschluss, geschweige denn Toiletten. Frauen
9 berichten zudem immer wieder von **sexueller Belästigung**. Wenn sich
10 Saisonarbeiter*innen über die Zustände beschweren, werden sie meist direkt gekündigt,
11 weswegen die meisten die widrigen Bedingungen hinnehmen. Diese Bedingungen führen oft
12 zu Ausbeutung und Verletzung grundlegender Menschenrechte. Es ist daher dringend
13 notwendig, den Schutz und die Rechte von Saisonarbeiter*innen nicht nur
14 länderspezifisch, sondern auch auf europäischer Ebene zu stärken und effektive
15 Maßnahmen gegen ihre Ausbeutung zu ergreifen. Allein in Italien geht man von
16 schätzungsweise **230 Tausend illegal beschäftigten Saisonarbeiter*innen** aus, die
17 prekären Arbeitsbedingungen ausgesetzt sind, ein Großteil der Ernte landet in
18 deutschen Supermärkten. **Diese Tragödie, die sich direkt vor unserer Haustür in Europa**
19 **abspielt, muss ein Ende haben. Moderne Sklaverei - Nein Danke!**

20 Arbeitsschutz durch Mindeststandards

21 Es ist essenziell, dass die EU verbindliche Mindeststandards für die
22 Arbeitsbedingungen von Saisonarbeiter*innen einführt, welche nicht unter denen von
23 anderen Fachkräften in Betrieben oder ähnlichen stehen. Diese Standards sollen
24 geregelte Arbeitszeiten, faire Löhne und ausreichende Pausen umfassen.

25 **Wir fordern geregelte Arbeitszeiten, die eine maximale tägliche und wöchentliche**
26 **Arbeitszeit festlegen, die nicht überschritten werden darf.** Dazu gehören auch
27 bezahlte Überstunden sowie gesetzliche Ruhezeiten, um die Gesundheit der
28 Arbeiter*innen zu schützen. Auch dem Lohndumping muss entschieden entgegengewirkt
29 werden. Akkordlöhne dürfen, wenn vertraglich vereinbart, nicht den stündlichen
30 Mindestlohn unterschreiten. **Sofordern wir, neben einem Europäischen Mindestlohn,**
31 **dass der stündliche Mindestlohn auch bei Saisonarbeiter*innen strikt eingehalten wird**
32 . Die pünktliche sowie transparente Auszahlung der Löhne soll auf nachvollziehbaren
33 Gehaltsabrechnungen basieren. Dazu ist eine transparente Erfassung der Arbeitszeiten
34 unabdingbar.

35 **Es braucht Pausenregelungen, die garantierte Pausen während der Arbeitszeit und**
36 **zwischen den Arbeitsschichten vorsehen**, um die Gesundheit der Arbeiter*innen zu
37 schützen.

38 Standards müssen eingehalten werden

39 **Um sicherzustellen, dass diese gesetzlich festgelegten Standards eingehalten werden,**
40 **müssen regelmäßige Inspektionen durch unabhängige Behörden durchgeführt werden.** Diese
41 Behörden sollten umfassende Befugnisse haben, einschließlich des Rechts auf
42 unangekündigte und flächendeckende Kontrollen an Arbeitsplätzen und Unterkünften von
43 Saisonarbeiter*innen. Sie sollen Zugang zu allen relevanten Dokumenten und
44 Informationen haben, um die Einhaltung der Arbeits- und Wohnstandards effektiv
45 überprüfen zu können.

46 **Wer ausbeutet, wird zur Kasse gebeten! Bußgelder für Verstöße verhängen:**
47 Zusätzlich sollten diese Behörden das Recht haben, bei Feststellung von Verstößen
48 sofortige Maßnahmen zu ergreifen, wie die Verhängung von Bußgeldern, die Einleitung
49 von Gerichtsverfahren und, bei schweren oder wiederholten Verstößen, die Schließung
50 von Betrieben. Die Inspektor*innen sollten regelmäßig geschult und auf dem neuesten
51 Stand der relevanten Gesetze und Best Practices gehalten werden, um eine effektive
52 und faire Durchsetzung der Standards zu gewährleisten.

53 **Ergänzend ist die Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle erforderlich, bei der**
54 **Saisonarbeiter*innen Verstöße anonym und ohne Angst vor Repressalien melden können.**
55 Dies muss auch unabhängig von Behörden möglich sein, beispielsweise mit Angeboten von
56 Gewerkschaften. Auch müssen diese Hilfsangebote leicht erreichbar sein
57 und Saisonarbeiter*innen in ihrer jeweiligen Muttersprache zugänglich sein. Ein
58 effektives Beschwerdemanagement ist unerlässlich, um die Rechte der
59 Saisonarbeiter*innen nachhaltig zu schützen und ihre Arbeitsbedingungen zu
60 verbessern.

61 Verstöße müssen folgen haben

62 **Bei Verstößen gegen die Mindeststandards für Arbeitsbedingungen und Unterkünfte**
63 **müssen strenge Sanktionen eingeführt werden, um die Rechte von Saisonarbeiter*innen**
64 **effektiv zu schützen.** Unternehmen, die wiederholt gegen diese Standards verstoßen,
65 sollen konsequent zur Rechenschaft gezogen werden. Dazu gehört die Einrichtung eines
66 öffentlichen Registers, in dem diese Unternehmen erfasst und Verstöße sichtbar
67 gemacht werden.

68 **Die Sanktionen sollen an die Schwere und Häufigkeit der Verstöße angepasst werden.** Zu
69 den möglichen Sanktionen gehören Geldbußen, deren Höhe sich nach dem Ausmaß des
70 Verstoßes richtet, sowie die Verpflichtung zur Nachbesserung der Arbeitsbedingungen
71 und Unterkünfte. Bei schwerwiegenden oder wiederholten Verstößen könnten weitere
72 Maßnahmen wie der Entzug von Subventionen oder die Einschränkung der
73 Geschäftstätigkeit erwogen werden.

74 Die Einführung und konsequente Anwendung solcher Sanktionen sind entscheidend, um die
75 Ausbeutung von Saisonarbeiter*innen zu verhindern und die Wahrung ihrer Rechte zu
76 gewährleisten. Sie trägt dazu bei, faire Arbeitsbedingungen zu fördern und das
77 Verantwortungsbewusstsein der Unternehmen zu stärken.

78 Gute Unterkünfte und Gesundheitsversorgung für die Arbeiter*innen

79 **Weiter fordern wir die Sicherstellung menschenwürdiger Unterkünfte für**
80 **Saisonarbeiter*innen, die den Standards für Wohnraum entsprechen.** Dazu gehört eine
81 Mindestwohnfläche von 10 qm pro Person. Zudem ist es notwendig, dass diese
82 Unterkünfte Zugang zu grundlegender Gesundheitsversorgung und sanitären Einrichtungen
83 bieten. Nur so kann gewährleistet werden, dass Saisonarbeiter*innen unter Bedingungen

84 leben, die ihrer Würde entsprechen und ihre Gesundheit schützen.

85 **Diskriminierung konsequent bekämpfen - auch auf europäischen Feldern!**

86 Darüber hinaus ist der Schutz vor Diskriminierung und Missbrauch am Arbeitsplatz und
87 in den Unterkünften unerlässlich. **Unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder**
88 **Nationalität müssen alle Saisonarbeiter*innen vor jeglicher Form von Diskriminierung**
89 **und Missbrauch geschützt werden.** Dies beinhaltet regelmäßige Schulungen für
90 Arbeitgeber*innen und Mitarbeiter*innen über Anti-Diskriminierungsrichtlinien und den
91 Umgang mit Missbrauchsvorfällen.

92 Die unabhängige Stelle, die für die Bearbeitung der Beschwerden zuständig ist, sollte
93 auch die Befugnis haben, bei festgestellten Verstößen Sanktionen zu verhängen und
94 erforderlichenfalls rechtliche Schritte einzuleiten. Eine kontinuierliche Überwachung
95 und Berichterstattung über die Anzahl und Art der eingegangenen Beschwerden sowie die
96 ergriffenen Maßnahmen tragen zur Transparenz und Verbesserung des Systems bei.

97 Durch diesen umfassenden Beschwerdemechanismus können die Rechte der
98 Saisonarbeiter*innen wirksam geschützt und ihre Arbeits- und Lebensbedingungen
99 nachhaltig verbessert werden.

100 **Nur wer seine Rechte kennt, kann sie einfordern: Aufklärung ist die Devise!**

101 Um Saisonarbeiter*innen über ihre Rechte und mögliche Hilfsangebote zu informieren,
102 **fordern wir umfassende Aufklärungskampagnen in den jeweiligen Landessprachen**
103 **notwendig.** Diese Kampagnen sollten alle relevanten Aspekte der Arbeitsbedingungen
104 abdecken und klare Informationen über die Rechte von Saisonarbeiter*innen vermitteln.
105 Dabei ist es entscheidend, dass die Inhalte leicht verständlich und zugänglich sind,
106 um eine breite Zielgruppe zu erreichen.

107 **Zusätzlich sollen Arbeitgeber*innen verpflichtet werden, alle Arbeitsverträge in**
108 **einer verständlichen Sprache bereitzustellen. Die Verträge müssen detaillierte**
109 **Informationen über die Arbeitsbedingungen enthalten, einschließlich der**
110 **Arbeitszeiten, des Lohns, der Urlaubsregelungen und aller relevanten Rechte und**
111 **Pflichten der Arbeiter*innen.** Diese Maßnahme stellt sicher, dass Saisonarbeiter*innen
112 von Anfang an über ihre Arbeitsbedingungen informiert sind und ihre Rechte klar
113 verstehen können.

114 Die Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen den
115 Arbeitsaufsichtsbehörden der EU-Mitgliedstaaten ist entscheidend, um die Durchsetzung
116 der Arbeitsrechte von Saisonarbeiter*innen zu verbessern. **Zudem sollte ein EU-weites**
117 **Register für Saisonarbeitsverträge eingerichtet werden, um Transparenz zu schaffen**
118 **und Missbrauch zu verhindern.** Diese Maßnahmen tragen dazu bei, die Rechte der
119 Saisonarbeiter*innen europaweit zu stärken und zu schützen.

120 Wir fordern daher, verbindliche europäische Mindeststandards für Arbeitsbedingungen
121 für Saisonarbeiter*innen, regelmäßige Inspektionen die durch unabhängige Behörden
122 sichergestellt werden, menschenwürdige Unterkünfte, einen effektiven
123 Beschwerdemechanismus, umfassende Aufklärungskampagnen, die grenzüberschreitende
124 Zusammenarbeit zwischen den nationalen Behörden und die Durchsetzung von strengen
125 Sanktionen bei Verstößen. Nur durch diese Maßnahmen können die Rechte und der Schutz
126 von Saisonarbeiter*innen in Europa nachhaltig gestärkt und ein Ende der Ausbeutung
127 sichergestellt werden.

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag E4: Die transatlantischen Beziehungen unter Druck - Finden wir auch in Zukunft gemeinsame Antworten auf die multiplen Krisen unserer Zeit?

Antragsteller*in: Juso Vorstand | SPD-Bezirk Nord-Niedersachsen

Sachgebiet: E - Europa

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Im Jahr 2024 waren für uns nicht nur die Wahlen zum Europäischen Parlament sowie die
2 Landtagswahlen in Brandenburg, Thüringen und Sachsen richtungsweisend, sondern auch
3 die Präsidentschaftswahlen in den USA am 5. November. Anders als bei den Wahlen 2020
4 tritt nicht der heute amtierende Präsident Joe Biden, sondern Vizepräsidentin Kamala
5 Harris gegen den ehemaligen US-Präsident Donald Trump an. Während noch unklar ist,
6 welche finalen Folgen heute noch gegen Trump anhängige Verfahren für seine erneute
7 Kandidatur haben könnten, ist sehr klar, dass ein möglicher Wahlsieg Trumps
8 weitreichende Folgen hätte. Während die USA auch unter Biden bereits immer wieder
9 auch nationalstaatliches Denken und Handeln, hier vor allem in wirtschaftspolitischen
10 Fragen, in den Vordergrund gestellt haben, könnte sich dieser Trend unter Trump noch
11 zusätzlich verschärfen. Aussagen von Trump die deutlich machen, dass eine USA unter
12 ihm anders als heute Bedingungen für den Schutz der NATO Bündnispartner*innen stellen
13 würde und nicht mehr sicher davon ausgegangen werden kann das ein Schutz im
14 Bündnisfall für alle Partner*innen wirklich sicher ist. Diese Aussagen sind
15 besorgniserregend in einer Zeit, in der die internationalen Konflikte, die immer
16 häufiger auch bewaffnet ausgetragen werden, zunehmen. Schon heute gibt uns die
17 Blockadehaltung der Republikaner im Kongress, im Kontext der weiteren finanziellen
18 und militärischen Unterstützung der Ukraine, einen Vorgeschmack auf das, was folgt,
19 wenn die amerikanische Außenpolitik aus der Feder der Republikaner*innen stammt.
- 20 Um auch in Zukunft in außen- und verteidigungspolitischen Fragen Sicherheit und
21 Handlungsfähigkeit garantieren zu können, fordern wir:
- 22 • Dass das Ziel einer Europäischen Armee nicht aus den Augen gerät. Kurzfristig
23 braucht es daher eine enger koordinierte Zusammenarbeit mit den europäischen
24 Partner*innen bei gemeinsamen militärischen Übungen und multilateralen
25 Rüstungsprojekten. Auf lange Sicht kann so eine Grundlage geschaffen werden, um
26 die Kompetenz in Verteidigungsfragen immer mehr auf die europäische Ebene zu
27 verlagern.
 - 28 • Ein starkes Bekenntnis zu der ungebrochenen Solidarität mit der Ukraine, die wir
29 als Deutschland und als EU im Kontext von finanzieller und militärischer
30 Unterstützung nicht infrage stellen.
 - 31 • Anzuerkennen, dass unser Handeln im Zuge einer wertegeleiteten Politik gerade in
32 internationalen Konfliktsituationen Bedeutung hat und wir als EU bereit sein
33 müssen, stärker als heute einen Beitrag dazu zu leisten, wenn demokratische
34 Staaten bedroht und angegriffen werden.
 - 35 • Im Umgang mit China und Russland auch zukünftig, wo es möglich ist, auf eine
36 enge Abstimmung mit den USA zu setzen. Gleichzeitig wird es aber immer

37 bedeutsamer, dass die EU eigenständige Antworten geben kann, die eine
38 einheitliche und von allen Mitgliedstaaten mitgetragene Position klar erkennen
39 lässt.

40 • Den nachdrücklichen Einsatz gegen die Einstimmigkeit für außenpolitische
41 Entscheidungen auf Ebene der EU. Nur wenn Entscheidungen nach Mehrheitsprinzip
42 getroffen werden, kann die EU ihrer Rolle endlich gerecht werden und an den
43 richtigen Stellen international noch wirkungsvoller auftreten. In einer Zeit, in
44 der die USA diese Rolle immer weniger einzunehmen bereit scheint, braucht es ein
45 demokratisches Gegengewicht zu immer mehr autokratischen Tendenzen.

46 Die transatlantischen Beziehungen sind jedoch deutlich mehr als nur ein politisches
47 Bündnis oder ein verteidigungspolitischer Selbstzweck. Uns verbinden Werte wie
48 Demokratie, Freiheit und die grundlegenden Menschenrechte, die global immer mehr
49 unter Druck geraten und deshalb umso stärker verteidigt werden müssen. Deshalb
50 fordern wir:

51 • Die Unterstützung von privaten bzw. gemeinnützigen Initiativen, kulturellen
52 Vereinen und weiteren Verbänden, die für die transatlantischen Beziehungen und
53 den kulturellen Austausch stark machen. Im Rahmen dieser Möglichkeiten von
54 Austausch und Kennenlernen kann auch der Gedanke der transatlantischen
55 Beziehungen, ganz unabhängig von den aktuellen Regierungskonstellationen, gelebt
56 und weitergegeben werden.

Antrag E5: Ein Genozid vor den Augen Europas: Die EU und der Sudan-Konflikt

Antragsteller*in:	Jusos Nordrhein-Westfalen
Sachgebiet:	E - Europa

Die Versammlung möge beschließen:

1 Aktuell kämpfen im Sudan das Militär, angeführt vom aktuellen Machthaber Abdel Fattah
2 al-Burhan und die RSF (Rapid Support Forces) unter der Führung von Mohammed Hamdan
3 Daglo gegeneinander. Verschiedenste unabhängige Menschenrechtsorganisationen warnen
4 vor einem drohenden Genozid. Nicht nur dass die europäische Union die Augen vor den
5 Entwicklungen der letzten Jahre im Sudan verschließt, sie negiert auch eine
6 Mitschuld. Zeit, dass der drohende Genozid im Sudan die Aufmerksamkeit bekommt, die
7 nötig ist, um ihn aufzuhalten.

8 **Die Entwicklung des Sudan-Konflikts**

9 Seit 2018 kämpfen Menschen in dem nordafrikanischen Land für Demokratie und
10 Menschenrechte im Rahmen einer Demokratiebewegung. Auslöser war zunächst die immense
11 Steigerung der Brotpreise. Obwohl der Sudan viele Rohstoffe, wie zum Beispiel Gold
12 und Öl exportiert, kommt davon wenig bei der Bevölkerung an. Die Hälfte der Menschen
13 lebt von Landwirtschaft, die meisten am absoluten Existenzminimum. Durch den Sudan
14 fließt der Nil, jedoch nimmt seit Jahren die Trockenheit im Land zu. Auslöser dafür
15 ist unter anderem der Klimawandel, weshalb die Trockenheit und damit verbundene
16 Dürren in den nächsten Jahrzehnten massiv zunehmen werden.

17 Im Dezember 2018 kam es in der Stadt Atbara zu den ersten Protesten, die schnell zu
18 Massenprotesten wurden. Die Stärke der Protestbewegung machte dabei die starke
19 gewerkschaftliche Tradition des Landes deutlich. Dabei standen besonders Frauen an
20 der Spitze der Protestbewegung. Jene Frauen ließen sich durch die Militärs nicht
21 einschüchtern, obwohl diese sogar sexualisierte Gewalt als Kriegswaffe einsetzten.

22 Anfang 2019 kam es zu einem friedlichen Sit-in vor dem Militär-Hauptgebäude in der
23 Hauptstadt Khartum, bis schließlich Militär und RSF gemeinsam den Diktator Umar Hasan
24 Ahmad al-Baschir absetzten. Dies geschah jedoch nicht aus Überzeugung, sondern weil
25 die Proteste zu groß waren, um sie militärisch zu bekämpfen. Allerdings führten zur
26 selben Zeit Militär und RSF Hinrichtungen und Massaker gegen die Opposition durch,
27 bis schließlich im August 2019 eine Übergangsregierung gebildet wurde, die den Weg
28 hin zur Demokratie ebnen sollte. 2021 putschte sich das Militär erneut an die Macht,
29 seitdem sind wieder dieselben korrupten und skrupellosen Generäle an der Macht, die
30 Menschenrechte und Demokratie mit Füßen treten wie vor der friedlichen Revolution.

31 **Die Verantwortung der europäischen Union**

32 Für das Militär und die Miliz RSF stellt sich seit 2019 die Frage, wer wie viel Macht
33 erhalten wird. Die RSF wurde unter Diktator Umar Hasan Ahmad al-Baschir stark
34 gefördert. Die RSF, mit Unterstützung der Regierung, war mutmaßlich am Genozid
35 verschiedener Volksgruppen in Darfur (Region im Westen des Sudans) beteiligt. Zur
36 selben Zeit unterstützte die Europäische Union die Militärdiktatur, um Geflüchtete

37 auf dem Weg nach Europa aufzuhalten. Es ist sehr wahrscheinlich, dass die RSF die
38 Gelder erhalten hat, da sie ab 2015 für den Grenzschutz im Sudan verantwortlich war.
39 Im April 2023 ist der Konflikt zwischen Militär und RSF eskaliert. In Khartum setzt
40 das Militär Kampfflugzeuge gegen die RSF ein. Die Kämpfe haben zum Zusammenbruch der
41 Ordnung im Land geführt. Die Versorgung mit Lebensmitteln ist schlecht, Menschen
42 holen ihr Trinkwasser aus dem Nil und medizinische Versorgung ist kaum vorhanden.

43 **Die größte Flüchtlingskrise der Welt**

44 Mindestens 16.000 Menschen wurden bisher im Sudan getötet, ein Vielfaches mehr teils
45 schwer verletzt und neun Millionen Menschen befinden sich auf der Flucht. Sie fliehen
46 innerhalb des Sudans, vor allem raus aus der Region Darfur, in die Nachbarländer,
47 aber auch nach Europa. Die Möglichkeit zur Flucht haben die, die über ausreichende
48 finanzielle Mittel verfügen. Es fehlt an sicheren Korridoren, durch die Menschen
49 fliehen können und über die die Zivilbevölkerung mit Lebensmitteln und Medizin
50 versorgt werden kann. Außerdem fehlen sichere Fluchtrouten nach Europa. Die Menschen
51 werden gezwungen, in Schlauchbooten übers Mittelmeer nach Europa zu fliehen.

52 Auch die UN warnt vor einem Völkermord in Darfur. In der westlichen Region des Landes
53 sind die Massaker und Gewaltexzesse durch die Milizen und das Militär am
54 verheerendsten. Zielscheibe der ethnischen Säuberung durch die RSF sind massalitische
55 Zivilist*innen und weitere nicht-arabische Bevölkerungsgruppen in Darfur. Der
56 Höhepunkt des mutmaßlichen Genozids an den Massalit stellte der 24. April 2023 dar:
57 Nach Untersuchungen durch Human Rights Watch trieben an diesem Tag die Kämpfer der
58 RSF und ihrer Verbündeten Tausende Zivilist*innen, darunter Frauen und Kinder,
59 zusammen und erschossen sie. Massenermordungen wie diese, Plünderungen und die
60 Anwendung sexualisierter Gewalt als Kriegswaffe halten seit April 2023 bis heute
61 besonders in der Region Darfur an. Zu der Gewalt kommt der Hunger: Mehr als ein
62 Drittel der Menschen in der Hauptstadt Khartum und in der Region Darfur litten
63 bereits unter akutem Hunger, so die Weltgesundheitsorganisation WHO. Rund 25
64 Millionen Menschen in der Region seien vom Hunger bedroht. Und die internationale
65 Gemeinschaft? Schaut zu.

66 **Die Verantwortung der internationalen Gemeinschaft ernst nehmen!**

67 Es ist ein Armutzeugnis für die Europäische Union als Friedensnobelpreisträgerin,
68 dass sie zum einen nicht mal ausschließen kann, an der Eskalation des Konflikts
69 beteiligt zu sein, und dass sie zum Anderen immer noch nicht einmal willens ist, den
70 Menschen bei ihrer Flucht zu helfen. Im Gegenteil arbeitet sie weiterhin mit der
71 sogenannten „libyschen Küstenwache“ zusammen, um Menschen im Mittelmeer auf ihrem Weg
72 nach Europa zu hindern. Dazu kommt die aktuelle Reform des europäischen Asylrechts im
73 „Gemeinsamen europäischen Asylsystem“ (GEAs), dem auch Deutschland zugestimmt hat. Es
74 kann nicht gewährleistet werden, dass alle Menschen, die aus dem Sudan fliehen, in
75 der EU Schutz finden. Das ist eine Schande.

76 Die Menschen im Sudan kämpfen seit Jahren für Demokratie und Menschenrechte. Wir
77 dürfen sie in ihrem Kampf nicht mehr länger im Stich lassen.

78 Daher fordern wir:

- 79 • Die Anerkennung, dass in Darfur ein Genozid an den Massalit und nicht-arabischen

- 80 Bevölkerungsgruppen droht. In der Konsequenz das Verhängen von Waffenembargos
81 und eine Einstufung der RSF als Terrororganisation.
- 82 • Die Afrikanische Union, Europäische Union und die Vereinten Nationen werden
83 aufgefordert, eine Initiative für humanitäre Hilfskorridore ergreifen, damit
84 Menschen sicher fliehen, Verwundete abtransportiert werden können. Außerdem muss
85 es sichere Wege geben Tote zu bergen, um die Seuchengefahr zu minimieren. Die
86 Versorgung mit humanitären Gütern (Lebensmittel, Trinkwasser, Medikamente) muss
87 aufrechterhalten werden, oder wieder aufgenommen werden.
 - 88 • weiterhin einen Einsatz für eine solidarische und antikoloniale Klimapolitik, da
89 der Globale Norden für einen Großteil der CO2-Emissionen verantwortlich ist
 - 90 • Untersuchung und Reform der europäischen und deutschen
91 Entwicklungszusammenarbeit, speziell der Kooperation mit migrationsrelevanten
92 Institutionen, um zukünftig zu verhindern, dass potenzielle oder tatsächliche
93 Gewaltakteure, wie die RSF und deren Schwestermilizen, durch finanzielle
94 Zuwendungen profitieren. Eine Mitverantwortung der Europäischen Union an der
95 Eskalation im Sudan ist dadurch gegeben, dass die EU im Rahmen des „Hilfsfonds
96 für Stabilität und zur Bekämpfung der Ursachen irregulärer Migration und
97 Binnenmigration in Afrika“ bis 2019 an der Unterstützung der RSF, deren
98 Vorgängermiliz für Kriegsverbrechen in Darfur verantwortlich ist, beteiligt war.
99 Die allgemeine Gefahr einer Eskalation zwischen regulären Streitkräften und
100 geförderten Sicherheitskräften muss daher zukünftig in der Risikoanalyse
101 berücksichtigt und abgewogen werden.
 - 102 • eine Neuauflage des GEAS, die flüchtenden Menschen ihr Recht auf Asyl sichert.
103 Wir fordern offene Grenzen und die Einhaltung der Menschen- und Grundrechte in
104 der EU und weltweit.

Antrag E6: Slava Ukraini! Unabhängigkeit der Ukraine stärker unterstützen

Antragsteller*in:	Jusos Hessen-Süd
Sachgebiet:	E - Europa

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Weiterleitung: Bundesparteitag
- 2 In Ergänzung beziehungsweise Weiterführung zu dem bereits beschlossenen Antrag
- 3 „ZEITENWENDE GESTALTEN – eine jungsozialistische Perspektive auf
- 4 die Herausforderungen dieser Zeit“ ist zwei Jahre später festzustellen, dass der
- 5 imperialistische Angriffskrieg durch den russischen Machthaber Putin auf den
- 6 demokratischen sowie unabhängigen Staat Ukraine weiterhin andauert und Putin nicht
- 7 bereit ist, seine nicht zu rechtfertigenden militärischen Angriffe zu beenden.
- 8 Wir als Jusos erkennen an, dass die Menschen in der Ukraine auf beeindruckende
- 9 Weise für Freiheit und Demokratie und somit auch für die europäischen Werte kämpfen,
- 10 die uns mit der Ukraine verbinden. In Deutschland wird durch die Zivilbevölkerung
- 11 inklusive ukrainischer Geflüchteter sowie Menschen mit
- 12 ukrainischer Migrationsgeschichte ein großes Maß an Hilfsmitteln an die Ukraine
- 13 organisiert.
- 14 Die zivilgesellschaftliche Organisation dieser Hilfsmittel ist aller Ehren wert,
- 15 sollte jedoch eigentlich viel stärker durch den Deutschen Staat geleistet werden, um
- 16 nicht auf das Ehrenamt angewiesen zu sein. Dementsprechend fordern wir die
- 17 Bundesregierung und die Hessische Landesregierung auf, ihre Hilfsmittel-Lieferungen
- 18 in die Ukraine auszuweiten.
- 19 Dies kann beispielsweise durch Hygieneartikel, Nahrungsmittel, Medikamente, Gehhilfen
- 20 oder Kleidung geschehen. Alleine die Ukraine entscheidet, wie sie sich im Rahmen ihrer
- 21 Möglichkeiten verteidigt. Wir als Jusos widersprechen klar
- 22 jeglichen Kapitulationsforderungen gegenüber der Ukraine und zweifeln
- 23 ihr Selbstverteidigungsrecht sowie ihre demokratische Legitimation nicht an.
- 24 Die Verteidigung der Ukraine liegt unabhängig von deren Selbstverteidigungsrecht im
- 25 Sicherheitsinteresse von Deutschland und Europa. Deutschland muss weiterhin auch
- 26 schwere Waffen sowie Panzer an die Ukraine liefern und die Lieferung von Munition
- 27 massiv ausweiten, um der Ukraine weiterhin die Chance zur Selbstverteidigung
- 28 zu ermöglichen. Dies bedeutet im Umkehrschluss, dass wir unsere nationalen und
- 29 europäischen Rüstungskapazitäten und -ressourcen der entsprechenden
- 30 Industrien ausweiten und fördern, um einen Munitionsmangel in der Ukraine zu verhindern
- 31 und auch potenzielle Auswirkungen einer US-Präsidentenwahl in 2024 abzufedern.
- 32 Eine Bewertung einzelner Waffensysteme können wir als politischer Jugendverband
- 33 nicht in jedem Fall vornehmen, weil die entsprechenden Informationsquellen teilweise
- 34 aus guten Gründen unter Geheimhaltung im Verteidigungsausschuss des Deutschen
- 35 Bundestages behandelt werden.
- 36 Die Lieferungen an die Ukraine dürfen nicht mit innerdeutscher Sozialpolitik
- 37 verrechnet und so gegeneinander ausgespielt werden. Wir bekräftigen unsere Forderung,

38 die wirtschaftspolitisch sinnlose Schuldenbremse abzuschaffen.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag E7: Westbalkan

Antragsteller*in:	Jusos Hessen-Süd
Sachgebiet:	E - Europa

Die Versammlung möge beschließen:

1 Weiterleitung: Bundesparteitag SPD

2 **Versprechen müssen eingehalten werden:**

3 Der letzte Krieg im Westbalkan ist mittlerweile seit 24 Jahren beendet und trotzdem
4 hat es seitdem lediglich Kroatien in die EU geschafft. Alle anderen Länder bewegen
5 sich immer noch zwischen dem Status eines Beitrittskandidaten bzw. zwischen dem
6 Öffnen von einzelnen Kapiteln auf dem Weg zum EU-Beitritt. Das errichtete Moratorium
7 erschwert den Beitrittsprozess in einem besonderen Maße. In Anbetracht des
8 Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine, wird jedoch deutlich, dass Staaten, die
9 Interesse haben Teil der europäischen Gemeinschaft zu werden, diese Möglichkeit auch
10 gewehrt werden müssen. Dabei steht die EU und im Besonderen auch die Mitgliedsstaaten
11 der EU in einer außerordentlichen Verantwortung.

12 **Deshalb fordern wir:**

- 13 • Die EU-Erweiterung der sechs Westbalkanstaaten Albanien, Bosnien & Herzegowina,
14 Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien, Serbien
- 15 • Das Ziel muss die Vollmitgliedschaft aller Länder sein
- 16 • Kurzsichtige Blockaden, aufgrund von bilateralen Konfliktlinien müssen Enden
17 (Beispiel Griechenland und Bulgarien vs. Nordmazedonien)
- 18 • EU – Mitgliedstaaten sollen aufgrund bilateraler und ethnologischer Differenzen
19 nicht weiter den EU-Beitritt blockieren
- 20 • Dazu zählt auch, dass die Anerkennung des Kosovos durch alle EU-Staaten erfolgen
21 muss, unabhängig von innerstaatlichen Konflikten oder religiösen Verbindungen zu
22 der Gegenpartei Serbien
- 23 • Der Beitrittsprozess muss flexibler gestaltet werden
- 24 • Förderung von demokratischen Projekten in der Region
- 25 • Die finanziellen Mittel der EU müssen nachweislich zur Förderung der
26 rechtsstaatlichen Demokratie genutzt werden.
- 27 • Förderung einer funktionierenden Justiz im Kampf gegen die Mischung aus Politik
28 und organisierter Kriminalität

29 **Demokratieförderung an erster Stelle:**

30 Die letzten zwei Jahrzehnte müssen gezeigt haben, dass eine gute und ehrliche
31 internationale Zusammenarbeit und ein Vertrauensverhältnis nur über starke
32 Demokratien laufen können. Im Westbalkan wurde viel zu häufig im Sinne der Stabilität
33 auf nicht ausreichende Demokratisierungsprozesse drüber hinweggesehen. Das muss sich
34 ändern. Alle Staaten des Westbalkans müssen demokratischer werden. Autokratische
35 Strukturen und die Eingrenzung der Meinungs- und Pressefreiheit, wie auch ein
36 Regierungseinfluss auf die Verfassungsgerichte muss überwunden werden. Für eine

37 europäische Integration müssen also sowohl die Staaten des Westbalkans Entwicklungen
38 in Richtung der Demokratie hervorbringen, die EU steht jedoch auch in der
39 Verantwortung diese Prozesse zu beobachten, sie zu bei positiven Entwicklungen zu
40 fördern und bei entgegenzusetzen Prozessen zu sanktionieren.

41 **Deshalb fordern wir:**

- 42 • Einzig eine echte Gewaltenteilung ist für den Eintritt in die EU möglich
- 43 • Antikorruptionsprojekte und -erfolge müssen besonders von der EU gefördert
44 werden, um einen Anreiz zur Bekämpfung der Korruption zu schaffen
- 45 • Die Förderung sollte vor allem im Bereich der Wirtschaft und des Umweltschutzes,
46 wie auch des Ausbaus von erneuerbaren Energien stattfinden.
- 47 • Der Aufbau all dessen muss konditioniert sein
- 48 • All jene Akutere müssen im Besonderen Maß gestärkt werden, die sich ehrlich für
49 mehr Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einsetzen
- 50 • Autokratische Mechanismen müssen infolgedessen mit finanziellen Sanktionen
51 scharf bestraft werden
- 52 • Die EU muss in die Infrastruktur der Westbalkanstaaten investieren (Beispiel
53 Autobahnen, Schienennetz), um Investitionen aus autokratischen Staaten (Beispiel
54 China, Türkei oder Russland) etwas entgegenzusetzen.
- 55 • Förderung von zivilgesellschaftlichen Zusammenkünften
- 56 • Förderung von schulischen und studentischen Austauschprojekten innerhalb der
57 Westbalkanstaaten
- 58 • Förderung der Kooperation in der Region über abgestimmte Schulbildung und
59 gemeinsame Forschung und Entwicklung von Innovation
- 60 • Wichtiges Element dabei ist:

61 **Regionale Kooperation**

62 Die Staaten des Westbalkans sind durch Zwischenstaatlichen Konflikten Stark geprägt.
63 Paradebeispiele dieser Konflikte ist der Konflikt zwischen Serbien und dem Kosovo
64 oder auch das politische System in Bosnien und Herzegowina. Die Staaten der EU haben
65 nach dem zweiten Weltkrieg gezeigt, dass auch tiefe Streitigkeiten mit der Zeit und
66 mithilfe von zwischenstaatlichen Kooperationen minimiert und sogar komplett aus der
67 Welt geschaffen werden können. Dazu bedarf es jedoch auch eine Menge Selbstreflexion
68 und eine kritische Auseinandersetzung mit der eigenen staatlichen Rolle im Krieg. Die
69 Gerichtprozesse in Den Haag haben zwar zur Bestrafung von Kriegsverbrecher*innen
70 geführt, die Geschichtsschreibung in den Staaten blieben aber weitestgehend unberührt
71 davon.

72 **Deshalb fordern wir:**

- 73 • Politische und gesellschaftliche Aufarbeitung der Kriegsverbrechen mit dem Ziel
74 einer Versöhnung und Vertrauensbildung zwischen den Menschen der Region
- 75 • Intensivierung der geschichtspolitischen Arbeit
- 76 • Selbst Viktimisierung sowie Verharmlosung bzw. Leugnung von Genozid und
77 Kriegsverbrechen müssen überwunden und Empathie für die jeweils andere Seite
78 erreicht werden

- 79 • Die Staaten im Westbalkan müssen sich alle gegenseitig anerkennen
- 80 • Die Verfolgung des Ziels eines Abbaus und Überwindung bestehender ethnisch-
- 81 nationaler Konflikte
- 82 • Darunter zählt die Förderung einer Völkerverständigung auf
- 83 zivilgesellschaftlicher Ebene (Beispiel: Netzwerke im Bereich der Wirtschaft und
- 84 Infrastruktur am Beispiel der Berliner Konferenz)
- 85 • Aufbau von Vertrauen auf zwischenmenschlicher Ebene notwendig für Aussöhnung der
- 86 sechs Staaten
- 87 • Wirtschaftliche Zusammenarbeit muss bereits vor der endgültigen europäischen
- 88 Integration möglich sein
- 89 • Förderung von zwischenstaatlichen Kooperationen im Westbalkan bei denen kein
- 90 anderes Land ausgeschlossen wird (Beispiel Open-Balkan). Es sollen alle, am
- 91 Beispiel der Berliner Konferenz sollen alle Westbalkanländer bei solch einer
- 92 Kooperation zusammenarbeiten
- 93 • Eine klare Ablehnung der „Open-Balkan Initiative“ in der Form, da sie gezielt
- 94 darauf aufbaut Länder, wie Kosovo und Bosnien und Herzegowina rauszuhalten
- 95 • Unterstützung von sozial-ökologischer Transformation des Westbalkans, sowie
- 96 Klima-, Umwelt- und Naturschutzprojekte
- 97 • Die wirkliche Umsetzung der Visa-Freiheit für den Kosovo bis spätestens den
- 98 1.1.2024
- 99 • Schnelle Aufnahme des Kosovos in den Europarat spätestens bis 2025
- 100 • Aufnahme des Kosovos in die NATO
- 101 • Dynamik zur Europäischen Integration muss beibehalten und intensiviert werden
- 102 • Eine endgültige Anerkennung des Staates Kosovo durch alle Mitgliedsstaaten
- 103 • Stärkere Rückkontrollen des Hohen Repräsentanten in Bosnien und Herzegowina,
- 104 unsinnige Wahlrechtsreformen zu Gunsten einer ethnischen Gruppierung sind als
- 105 Missbrauch des Postens zu werten
- 106 • Die Ermöglichung einer individuellen Betrachtung der einzelnen Westbalkanstaaten,
- 107 wie auch individuelle Beitrittsverhandlungen der einzelnen EU-Staaten mit einem
- 108 starken Fokus auf den Demokratisierungsprozess der Staaten als Grundbedingung
- 109 des Eintritts
- 110 **Die europäische Integration muss jetzt starten:**
- 111 Die intensiveren Gespräche seit dem Sommer 2022 und die Aufnahme von Bosnien und
- 112 Herzegowina, wie auch Albanien als Beitrittskandidaten in die EU begrüßen wir sehr.
- 113 Nichtsdestotrotz muss der Prozess der europäischen Integration an Fahrt gewinnen.
- 114 **Deshalb fordern wir:**
- 115 • Die wirkliche Umsetzung der Visa-Freiheit für den Kosovo bis spätestens den
- 116 1.1.2024
- 117 • Schnelle Aufnahme des Kosovos in den Europarat spätestens bis 2025
- 118 • Aufnahme des Kosovos in die NATO
- 119 • Dynamik zur Europäischen Integration muss beibehalten und intensiviert werden

- 120 • Eine endgültige Anerkennung des Staates Kosovo durch alle Mitgliedsstaaten
- 121 • Stärkere Rückkontrollen des Hohen Repräsentanten in Bosnien und Herzegowina,
122 unsinnige Wahlrechtsreformen zu Gunsten einer ethnischen Gruppierung sind als
123 Missbrauch des Postens zu werten
- 124 • Die Ermöglichung einer individuellen Betrachtung der einzelnen Westbalkanstaaten,
125 wie auch individuelle Beitrittsverhandlungen der einzelnen EU-Staaten mit einem
126 starken Fokus auf den Demokratisierungsprozess der Staaten als Grundbedingung
127 des Eintritts

Begründung

Die Region des Westbalkans wird häufig als Teil Europas vergessen. Dabei ist die Distanz von uns nach Neapel (Italien) und nach Durres (Albanien) nahezu identisch. Wir können nicht länger die Augen verschließen und diese Region allein ihrem Schicksal begeben. Autokratische Staaten wie, die Türkei, Russland und China nutzen das Machtvakuum aus und investieren massiv in die Infrastruktur der Länder, nicht zuletzt mit der Hoffnung einen Gegenpool zur EU zu schaffen. Das dürfen wir nicht weiter zulassen. Alle Länder in dieser Region äußern klar und deutlich den Wunsch Teil unserer internationalen Wirtschafts- und Sicherheitsgemeinschaft zu werden. Diesem Wunsch muss die EU entschlossen entgegenkommen. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat gezeigt, wie wichtig eine politische Zusammenarbeit mit den europäischen demokratischen Staaten ist. Die Länder des Westbalkans zeigen zwar weiteren Entwicklungsbedarf in Richtung der Demokratie, können aber auch Fortschritte aufweisen. So konnte der Kosovo mit ihrer Antikorruptionskampagne innerhalb der letzten beiden Jahre um 20 Ränge im internationalen Korruptionsvergleich aufsteigen. Ohne die Hilfe und dem Willkommen der EU, stellt sich die europäische Integration als schwierig dar. Dies muss sofort entstehen und weitergetragen werden.

Antrag F01: Jungsozialistische Perspektiven zum Nahostkonflikt

Antragsteller*in:	Juso-Bundesvorstand
Sachgebiet:	F - Frieden und Internationales

Die Versammlung möge beschließen:

1 **Warum wir diesen Antrag verfasst haben**

2 Nicht erst seit dem 07. Oktober 2023 ist der Nahostkonflikt eines der relevantesten
3 politischen Themen weltweit. Der grauenvolle und antisemitische Überfall der Hamas
4 auf verschiedene Orte an der Grenze zu Israel stellte eine neue Stufe der Gewalt und
5 Eskalation dar. Das Leid der Geiseln und ihrer Familien erschüttert uns auch nach
6 einem Jahr weiterhin zutiefst. Auch die darauffolgenden Ereignisse mit dem Einmarsch
7 der israelischen Armee in den Gaza-Streifen, die Spannungen in der Westbank, der
8 Raketenbeschuss auf Israel aus dem Iran, dem Libanon, Syrien und durch verschiedenste
9 Terrororganisationen sowie das Leiden der Zivilbevölkerung, insbesondere in Gaza und
10 zunehmend auch im Libanon, machen uns betroffen. Die Auswirkungen der Eskalation im
11 Nahen Osten sind bis in die Hochschulen der USA und Europa, auf den Straßen überall
12 auf der Welt spürbar. Antisemitismus und antimuslimischer Rassismus steigen rasant an
13 und die gesellschaftliche Debatte ist von Vorurteilen, Hass, Fehlinformationen und
14 einseitigen Betrachtungen geprägt. Nicht das erste Mal streitet sich die politische
15 Linke massiv über den Nahen Osten und steht sich unversöhnlich gegenüber. Als Jusos
16 sehen wir uns als Teil der progressiven Linken, weshalb uns neben der
17 gesellschaftlichen auch die innerlinke Debatte nicht kalt lässt. Hinzu kommt, dass
18 wir in der Region mit dem Willy-Brandt-Center Jerusalem eines der wenigen Projekte
19 vor Ort haben, welches sich explizit um den Austausch zwischen jungen, progressiven
20 Israelis und Palästinenser*innen kümmert, um langfristig friedensstiftende Maßnahmen
21 zu fördern. Auch diese Arbeit ist unter den aktuellen Bedingungen kaum möglich. Mit
22 dem vorliegenden Antrag wollen wir trotz all dieser schrecklichen Umstände eine
23 Perspektive für unsere Arbeit in der Region und friedensfördernde Maßnahmen geben.
24 Wir wollen uns klar positionieren, aber dabei nicht einseitig instrumentalisieren.
25 Wir wollen Leid benennen, aber uns nicht mit dem Aussprechen zufriedengeben. Wir
26 wollen die aktuelle politische Situation in all ihrer grausamen Realität beschreiben,
27 aber nicht von unseren jungsozialistischen Utopien abrücken, die wir seit Jahrzehnten
28 mit unseren Partner*innen vor Ort diskutieren. Wir erheben keinen Anspruch auf
29 Vollständigkeit, aber halten es für notwendig, unserem Verband und der Partei eine
30 Positionierung mit auf den Weg zu geben, die durch einen Diskussionsprozess mit dem
31 Verband entstanden ist. Dabei haben wir uns mit verschiedenen Aspekten der aktuellen
32 und auch der grundlegenden politischen Debatte beschäftigt und aus unserer
33 internationalistischen und antifaschistischen Grundhaltung diskutiert. Wir sprechen
34 uns für einen echten Frieden aus, der die Sicherheitsinteressen von Israelis und
35 Plästinenser*innen in der Region berücksichtigt. Denn nur ein solcher echter Frieden
36 kann das Leiden beenden.

37 **Warum wir uns generell im Nahostkonflikt engagieren**

38 Unser Engagement zum Nahostkonflikt ist einem zentralen Grundsatz unserer Arbeit
39 geschuldet: Unser Kampf für eine befreite Gesellschaft hat keine Grenzen! Wir setzen

40 uns für Leben in Würde für alle Menschen ein, gegen Gewalt und Krieg.
41 Wir glauben nicht, dass wir als Jusos und als deutsche politische Linke von hier aus
42 den Konflikt lösen und Frieden schaffen können. Wir sind davon überzeugt, dass dies
43 nur die involvierten Konfliktparteien vor Ort schaffen können. Jedoch sind wir davon
44 überzeugt, dass wir an den notwendigen Bedingungen für Frieden mitarbeiten können und
45 den Betroffenen eine Stimme geben können. Dazu bieten wir Raum für Austausch zwischen
46 progressiven Kräften aus beiden Seiten des Konfliktes und unterstützen sie in ihrer
47 Arbeit.

48 Dennoch: Niemand von uns wird aus Deutschland heraus den Nahostkonflikt lösen.
49 Echten, dauerhaften Frieden und Sicherheit für Israelis und Palästinenser*innen wird
50 es nur durch harte politische Arbeit progressiver Kräfte in Israel und den
51 palästinensischen Gebieten geben, die auf Solidarität, Dialog und Gerechtigkeit
52 ausgelegt sind.

53 Wir wollen durch bei unseren Partner*innen in der Region auf friedliche, gerechte und
54 für alle sichere Lösungen hinwirken, ohne dabei progressiven Kräften ihre jeweiligen
55 Perspektiven und Narrative abzusprechen. Dabei teilen wir mit unseren Partner*innen
56 die Vision eines palästinensischen und eines israelischen Staates, die friedlich
57 nebeneinander existieren und wo Israelis und Palästinenser*innen selbst entscheiden
58 können, ob und wie stark sie miteinander leben möchten.

59 Das Willy-Brandt-Center Jerusalem, gegründet 1996 von der Juso-Vorsitzenden Andrea
60 Nahles, stellt für uns noch immer den wichtigsten Ort dar, an dem wir diese Arbeit
61 voranbringen können. Es spielt in Kriegszeiten eine wichtige Rolle, um
62 Begegnungsräume für progressive Kräfte in einer Zeit schwindender politischer
63 Möglichkeiten vor Ort zu schaffen. In Friedenszeiten werden wir jede Chance nutzen,
64 die politische Reichweite des Willy-Brandt-Centers zu vergrößern und es näher an die
65 alltägliche Verbandsarbeit bei den Jusos zu holen.

66 **Wie eine friedliche Konfliktlösung möglich werden kann**

67 Historisch betrachtet wurde eine Vielzahl von mehr oder weniger erfolgreichen
68 Versuchen unternommen, um den Konflikt zu befrieden. Als Teil des Willy-Brandt-
69 Centers Jerusalem sehen wir es als unsere Aufgabe, Frieden nicht aus weiter Ferne zu
70 diktieren, sondern im Austausch mit unseren Partner*innen friedenspolitische
71 Antworten zu entwickeln, zu verbreiten und zu unterstützen. Dabei ist in eine eher
72 kurzfristige und eine langfristige Perspektive auf die aktuelle Situation zu
73 unterscheiden, um der Komplexität des Konfliktes gerecht zu werden.

74 Für ein Ende des aktuell laufenden Krieges zwischen Israel und der Hamas sowie die
75 Hamas unterstützenden Organisationen und Staaten ist es notwendig, dass bestimmte
76 Grundlagen jeweils akzeptiert und in konkretes politisches Handeln umgesetzt werden.
77 Wir setzen uns daher für ein **Ende der Gewalt und Angriffe auf Zivilist*innen auf**
78 **beiden Seiten** ein. Diese leiden mit am meisten unter der Kriegssituation, sind oft
79 Angriffen nahezu schutzlos ausgesetzt und verdienen eine Perspektive auf ein besseres
80 Leben.

81 Insbesondere die Zivilist*innen in Gaza und zunehmend im Libanon haben kaum Schutz
82 vor Angriffen und sind daher in der aktuellen Kriegssituation besonders gefährdet und
83 haben vielfach ihr Leben verloren. Das zum Teil **völkerrechtswidrige Vorgehen der**
84 **aktuellen rechtsextremen Regierung in Israel verurteilen wir** in enger Abstimmung mit

85 unseren israelischen Partner*innen werden wir dieses Vorgehen und die Regierung auch
86 weiterhin kritisieren. Die weitere Zerstörung des Gazastreifens muss in Hinblick auf
87 die **Perspektive von palästinensischer Selbstbestimmung**, die wir im weiteren Verlauf
88 des Antrags noch konkreter beschreiben, verhindert werden. Außerdem fordern wir die
89 **Freilassung von Gefangenen, die ohne Verdachtsfall von der IDF und/oder radikalen**
90 **Siedlern festgenommen wurden**. Die israelische Administrativhaft darf kein Instrument
91 der willkürlichen Festnahme von Palästinenser*innen sein, da sie gegen
92 rechtsstaatliche Prinzipien verstößt. Bei berechtigten Verdachtsfällen müssen faire
93 Gerichtsprozesse von israelischer Seite sichergestellt werden. Die menschenwürdige
94 Unterbringung muss sichergestellt werden.

95 Um die Zivilist*innen zu unterstützen, ist es notwendig, dass der **Zugang und die**
96 **Versorgung durch Nahrungs- und Hilfsmittel vollständig sichergestellt ist**.
97 Medizinische und humanitäre Hilfen müssen bei den Leidtragenden ankommen und dürfen
98 nicht durch militärische Angriffe, Diebstahl oder unnötig verzögernde Kontrollen
99 zurückgehalten werden. Hilfsorganisationen müssen ihrer Arbeit nachgehen können, ohne
100 von noch stärkeren Gefahren, als sie sowieso schon ausgesetzt sind, bedroht zu
101 werden.

102 Klar ist aber auch, dass Kriege und Konflikte nicht im luftleeren Raum entstehen.
103 Durch den schrecklichen und antisemitischen Terrorangriff der Hamas auf Israel am 07.
104 Oktober 2023 wurde der israelische Staat in seinen Grundfesten erschüttert. Insgesamt
105 1139 Menschen wurden an diesem Tag von der Hamas ermordet. Es handelt sich hierbei um
106 den größten Massenmord an Jüdinnen* und Juden seit der Shoa. Die Entführung der 250
107 Geiseln stellt eine weitere nicht aushaltbare Situation dar. Einige Geiseln konnten
108 durch Gefangenenaustausche freikommen, aber die Mehrheit wurde entweder bereits tot
109 aufgefunden oder befindet sich - unklar ob lebend - weiterhin in den Händen der
110 Hamas. Daher ist für uns klar, dass die **bedingungslose Freilassung aller Geiseln** eine
111 Grundvoraussetzung für ein Ende des Krieges ist. Ebenfalls stehen wir hinter dem
112 **Recht Israels auf Selbstverteidigung innerhalb der Grenzen des Völkerrechts** und
113 verurteilen die andauernden Angriffe auf Israel aus dem Gaza-Streifen durch die
114 Hamas, dem Libanon durch die Hisbollah, dem Iran durch das iranische Regime oder
115 seine weiteren Proxys, der Westbank durch terroristische Anschläge von
116 palästinensischen Terrorist*innen und Syrien durch das Assad-Regime. Von besonderer
117 Relevanz ist es daher auch, dass **die Hamas mindestens handlungsunfähig gemacht wird**
118 **und als Organisation abgeschafft wird**. Mit der Hamas ist Frieden nicht möglich!

119 Neben einem Ende des Krieges brauchen wir - trotz der schlechten Situation vor Ort -
120 langfristige Perspektiven auf einen Frieden in der Region und die Zwei-Staaten-
121 Lösung. Beide Seiten müssen dafür Kompromisse eingehen und Vertrauen aufbauen. Wie
122 das gelingen kann, haben wir versucht in einem Antrag aus 2020 detailliert darzulegen
123 und soll nicht in aller Detailtiefe wiederholt werden. Eine Grundbedingung für
124 dauerhafte friedenspolitische Lösungen ist, dass auf allen Seiten **unterschiedliche**
125 **Sichtweisen und Narrative akzeptiert und rote Linien aufgezeigt werden**. Die
126 Realitäten des Krieges müssen zur Kenntnis genommen werden, ohne körperliche und
127 verbale Gewalt zu reproduzieren. Das ist ein schmerzhafter Prozess, der nur im Dialog
128 eine echte Chance bietet, Vorurteile und falsche Annahmen abzubauen. Wichtig ist
129 dabei, dass die Angst und das Leid der Zivilbevölkerung auf beiden Seiten anerkannt
130 und ebendieser mit Empathie begegnet wird. Als einzige realistische Lösung sehen wir

131 weiterhin eine **Zwei-Staaten-Lösung** an, die den **legitimen Sicherheitsinteressen beider**
132 **Seiten** Rechnung trägt und auch mit der Methode von sogenannten **Land-Swaps**, dieser
133 Lösung näherkommt. Mit "Land-Swaps" ist hier der gleichberechtigte Austausch von
134 gleichwertigem Land gemeint. Aber auch die angrenzenden Staaten in der Region müssen
135 in einen Friedensprozess mit einbezogen werden. Voraussetzung dafür ist, dass die
136 Staaten entweder bereits begonnen Friedens- und Anerkennungsprozesse mit Israel
137 fortsetzen oder starten und die Palästinenser*innen auf dem Weg zu einem aktiven
138 Staat mit Ressourcen unterstützen. Dabei muss auch über **Sicherheitsgarantien**
139 gesprochen werden, um die oben ausgeführten Ängste zu nehmen und echte Verhandlungen
140 zu ermöglichen.

141 Dazu gehört, dass die Existenz Israels nicht in Frage gestellt oder angegriffen wird.
142 Langfristig braucht es daher eine **progressive palästinensische Regierung**, welche als
143 legitime Vertretung aller Palästinenser*innen angesehen wird, **die Israels**
144 **Existenzrecht** uneingeschränkt anerkennt. Diese Regierung darf Angriffe aus zum
145 Beispiel dem Iran, Syrien, dem Libanon oder anderen Staaten niemals dulden oder
146 unterstützen. Um dorthin zu gelangen, braucht es landesweite, gleiche und faire
147 Wahlen und eine nachhaltige **Etablierung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einem**
148 **zukünftigen Staat Palästina**, die nicht von außen aufgezwungen werden dürfen, aber
149 eine Voraussetzung für ein solches Handeln sind. In einem solchen Staat darf es **keine**
150 **Terrororganisation** Hamas geben, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, jüdisches Leben
151 auszulöschen. Ein Ende der Hamas ist daher auch für eine langfristige Friedenslösung
152 unabdingbar. Auch die „Huthi-Rebellen“, „die Hisbollah“, der „Islamische Dschihad“
153 und alle weiteren antisemitischen Terrororganisationen stehen Frieden im Weg und
154 müssen daher bekämpft werden.

155 Aber auch die Sicherheitsinteressen der Palästinenser*innen müssen Berücksichtigung
156 finden. Gemeinsam mit unseren Partner*innen auf israelischer Seite sind wir uns
157 einig, dass die Regierung Netanjahu enden muss und es eine **progressive Regierung in**
158 **Israel** braucht, damit eine dauerhafte, friedenspolitische Lösung erreicht werden
159 kann. Diese Regierung muss ein **Ende der Besatzung im Westjordanland** erreichen, so
160 dass eine palästinensische Selbstbestimmung im Rahmen einer Zwei-Staaten-Lösung
161 möglich wird. Diese Selbstbestimmung steht den Palästinenser*innen zu und nur diese
162 kann auch in Israel dauerhaft für Sicherheit sorgen. Wie bereits seit vielen Jahren
163 **verurteilen wir aufs Schärfste die israelische Siedlungspolitik** und die aktuell
164 weiter fortschreitende Annektierung von Gebieten durch radikale Siedler*innen und
165 fordern ein Ende der Anerkennung der Siedlungsgebiete durch die israelische Regierung
166 sowie die Rückgabe selbiger. Illegal annektiertes Land muss ebenfalls zurückgegeben
167 oder im Rahmen von "Land-Swaps" gelöst werden.

168 **Wie wir zum Nahostkonflikt und im Willy-Brandt-Center Jerusalem arbeiten**

169 Als Jusos wollen wir uns zum Nahostkonflikt direkt engagieren und in der Breite
170 politisch sprachfähig sein. Das **Willy-Brandt-Center Jerusalem (WBC)** bleibt dabei
171 weiterhin der wichtigste Ort, um diese beiden Ziele zu erreichen. Es wurde geschaffen
172 für den trilateralen Dialog zwischen progressiven Kräften aus Israel, Palästina und
173 Deutschland. Dennoch befindet sich das Willy-Brandt-Center nach Corona und nun
174 während dem Nahostkrieg in einer Übergangszeit.

175 Das wichtigste Prinzip für unsere Arbeit zum Nahostkonflikt bleibt das der **doppelten**
176 **Solidarität**. Doppelte Solidarität stellt an uns Jusos mindestens die Anforderung,

177 beide Perspektiven im Konflikt mitzudenken und in unserem Engagement sowie in unseren
178 Positionierungen zu berücksichtigen. Alleine dieser Aspekt unterscheidet uns bereits
179 von vielen Akteur*innen innerhalb der politischen Landschaft, die seit dem 7. Oktober
180 zunehmend in Polarisierung und Lagerdenken abgleiten. Das wichtigste Instrument zur
181 Umsetzung der doppelten Solidarität und ein zentraler Anspruch an unsere Arbeit
182 bleibt dennoch der **direkte, trilaterale Dialog im Rahmen des Willy-Brandt-Centers**. In
183 diesem Geist wurde das Willy-Brandt-Center in den 90er-Jahren gegründet und darin
184 liegt seine zentrale Aufgabe. Der trilaterale Dialog ist einerseits Selbstzweck zur
185 Förderung des Friedens vor Ort und bildet zudem die beste Grundlage unserer
186 Positionsbildung im Hinblick auf Israel und Palästina.

187 In der politischen Realität des Konflikts zeigt sich aber, dass die trilaterale
188 Arbeit großen Widerstandskräften ausgesetzt ist. Derzeit sind die ideologischen
189 Gräben zu tief die politischen Risiken für die Beteiligten vor Ort zu hoch. **Es kann**
190 **daher Situationen geben, in denen eine trilaterale Abstimmung trotz aller Bemühungen**
191 **nicht möglich ist**. Zum einen kann es Situationen geben, in denen wir nicht auf beiden
192 Seiten vergleichbare Beziehungen mit progressiven politischen Partner*innen haben.
193 Zum anderen kann es auch bei bestehenden Partner*innen Fälle geben, in denen wir uns
194 ohne eine Abstimmung mit unseren Partner*innen positionieren wollen.

195 Wichtig bleibt für uns, dass wir dennoch unsere eigene Rolle als nicht beteiligte
196 Partei, als **“Third Party”** beachten. Wir haben nicht die politischen Fähigkeiten, den
197 Konflikt zu lösen, aber unser Handeln trägt das Potential, Schaden vor Ort
198 anzurichten, deren Konsequenzen nicht wir, sondern die Beteiligten spüren. Daraus
199 ergibt sich die Pflicht, sachorientiert und abwägend zu handeln und uns
200 dementsprechend zu äußern (**“Do no harm”**). Dennoch haben wir als politische
201 Jugendorganisation ein legitimes, eigenes Interesse daran, uns im Hinblick auf einen
202 der problematischsten und folgenreichsten internationalen Konflikte äußern zu können.

203 Um all dem gerecht zu werden, sollen jeder Positionierung durch uns **umfassende**
204 **Bemühungen zur Konsultation mit unseren Partner*innen** vorausgehen. Zudem haben nicht
205 alle Fragen in Israel und Palästina die gleichen internationalen Auswirkungen und
206 insofern steht uns umso weniger eine Einschätzung zu, ohne die Partner*innen
207 umfassend zu konsultieren. Besondere Zurückhaltung und Sensibilität gilt daher bei
208 vorwiegend innenpolitischen Fragestellungen.

209 Wir sind uns außerdem bewusst, dass nicht alle Landesverbände, Bezirke und
210 Unterbezirke zu allen Zeiten den gleichen Zugang zum Willy-Brandt-Center und zu
211 unseren Partner*innen haben können. Dies kann allerdings nicht zur Folge haben, dass
212 dort keine Meinungsbildung zum Konflikt stattfinden kann. **Der Juso Bundesvorstand hat**
213 **hier eine entscheidende Vermittlungsrolle und muss für Fragen des Konflikts**
214 **ansprechbar sein**. Dennoch: Wo immer dies möglich ist, muss der direkte Austausch mit
215 unseren Partner*innen erfolgen, um eine von den Realitäten vor Ort losgelöste
216 Diskussion zu vermeiden. Wir sind uns bewusst, dass wir in Deutschland aus einer
217 beschränkten Perspektive über den Konflikt nachdenken und es eine stetige Aufgabe
218 bleibt, diese Perspektive zu erweitern.

219 **Wie wir Auswirkungen des Konflikts in Deutschland begegnen**

220 **1. Antisemitismus**

221 Wir Jusos positionieren uns ganz klar gegen jede Form von Antisemitismus, wie es auch

222 im Beschluss von 2019 festgehalten ist. Uns ist bewusst, dass der aktuell rasant
223 zunehmende Antisemitismus in der deutschen Gesellschaft im direkten Zusammenhang mit
224 den Angriffen des 07. Oktobers 2023 steht. Das Existenzrecht und das
225 Selbstverteidigungsrecht Israels sind für uns nicht verhandelbar. Wir stehen zur
226 deutschen Staatsraison und wollen Israel als den einzigen Schutzraum für Jüd*innen
227 weltweit erhalten. Dazu gehört auch, dass wir uns entschieden gegen den
228 Antisemitismus in Deutschland stellen und jeden Form des Antisemitismus zurückweisen.
229 Wir wollen den Antisemitismus in seiner Komplexität verstehen und gleichzeitig die
230 Vielfalt jüdischen Lebens in Deutschland sichtbar machen. Der Dialog mit
231 (potentiellen) Partner*innenorganisationen ist dabei essentiell für uns. Besonders
232 besorgt sind wir über die aktuelle Situation an deutschen Hochschulen: Wenn Jüd*innen
233 sich dort nicht mehr in Sicherheit aufhalten können, Forderungen nach dem Boykott von
234 israelischen Wissenschaftler*innen laut werden und jedweder Diskurs verweigert wird,
235 stellen wir uns an die Seite der Betroffenen und üben geschlossene Kritik. Die
236 Zunahme von Gewalt gegenüber Jüdinnen* und Juden an Hochschulen, die Blockade von
237 Eingängen, um Jüdinnen* und Juden von den Hochschulen auszuschließen und weitere
238 antisemitische Aktionen dürfen nicht unbeantwortet bleiben. Die schreckliche Realität
239 für Jüdinnen* und Juden an Hochschulen wird deutlich, wenn wir uns vor Augen führen,
240 dass sie Sicherheitstrainings absolvieren müssen, um sich sicherer in den
241 entsprechenden Räumen aufhalten zu können. Dieser Zustand ist nicht haltbar und
242 erfordert eine konsequente Reaktion aller deutschen Hochschulen.

243 **2. (Antimuslimischer) Rassismus**

244 Wir Jusos stellen uns konsequent gegen jede Form von Rassismus. Besonders häufig
245 sind in Deutschland muslimisch gelesene und migrantisierte Menschen von rassistischer
246 Diskriminierung betroffen. Dieser Rassismus drückt sich seit dem 7. Oktober verstärkt
247 dadurch aus, dass Betroffene pauschal für die Gräueltaten der Hamas verantwortlich
248 gemacht werden. Menschenverachtenden Forderungen nach Abschiebungen, die auch über
249 rechte Akteur*innen hinaus immer wieder formuliert werden, erteilen wir eine
250 deutliche Absage. Unser Ziel ist es (antimuslimischen) Rassismus in seiner
251 Komplexität zu verstehen und die Vielfalt muslimischen Lebens in Deutschland stärker
252 sichtbar zu machen. Dafür suchen wir den Austausch mit unseren (potentiellen)
253 Partner*innenorganisationen. Besonders besorgt sind wir über die Berichte exzessiver
254 und unverhältnismäßiger Polizeigewalt, sowie das zunehmende Racial Profiling
255 gegenüber muslimisch gelesenen und migrantisierten Menschen, insbesondere auf
256 (friedlichen) pro-palästinensischen Demonstrationen. Dabei stellen wir uns an die
257 Seite der Betroffenen und kritisieren dies entsprechend konsequent.

258 **3. Der aktuelle gesellschaftliche Diskurs**

259 Wir Jusos sehen den aktuellen innerdeutschen Diskurs zur Lage im Nahen Osten mit
260 großer Sorge. Insbesondere lehnen wir das eindimensionale Schwarz-Weiß-Denken ab, das
261 - auch in der politischen Linken - Menschen pauschal für die Taten der Hamas oder das
262 Handeln der israelischen Regierung verantwortlich macht. Durch einen vergifteten
263 Diskurs ziehen sich differenzierte Stimmen zurück. Dem wollen wir eine faktenbasierte
264 und sachliche Analyse des Konfliktes entgegenstellen, die wir auch konsequent in
265 unseren zivilgesellschaftlichen Bündnissen und internationalen Dachorganisationen
266 vertreten. Hier sehen wir den Verband in der Verantwortung Vorbild in der
267 Debattenkultur zu sein. Wir wollen einen wertschätzenden und respektvollen Austausch

268 nach innen wie nach außen.

Antrag F02: Queerfeindliche und autoritäre Gesetzgebung in Georgien konsequent verurteilen!

Antragsteller*in:	Jusos Berlin
Sachgebiet:	F - Frieden und Internationales

Die Versammlung möge beschließen:

1 **Triggerwarnung: Queerfeindlichkeit und Polizeigewalt**

2 Im Mai 2024 verabschiedete das georgische Parlament trotz massiver Proteste endgültig
3 das sogenannte "Agentengesetz". Damit werden Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs),
4 die mehr als 20% ihrer finanziellen Mittel aus dem Ausland erhalten, dazu gezwungen,
5 sich als Organisation eintragen zu lassen, die "die Interessen einer ausländischen
6 Macht" verfolgt. Dieses Label soll insbesondere oppositionelle Organisationen und
7 Organisationen, die sich für die Rechte marginalisierter Gruppen stark machen,
8 öffentlich diskreditieren und ihre Arbeit so erschweren. Auch ist der
9 Verwaltungsaufwand, den das Gesetz verursacht, enorm und die Strafen bei Verstößen
10 astronomisch. Doch nicht nur das: den Behörden ist es durch das Gesetz auch erlaubt,
11 Mitarbeiter*innen der NGOs zu zwingen, persönliche Informationen wie
12 Religionszugehörigkeit oder sexuelle Identität offenzulegen. Zusätzlich wurde
13 außerdem ein Gesetzespaket ins Parlament eingebracht, der vorsieht, so genannte
14 "LGBT-Propaganda" zu verbieten. Dabei sind die neuen Gesetze lediglich die Spitze des
15 Eisbergs. Schon seit längerem versucht die georgische Regierung durch autoritäre
16 Mittel ihre Macht zu zementieren und die Opposition sowie marginalisierte Gruppen
17 weiter zu schwächen.

18 **Georgien - zwischen russischem Einfluss und EU-Beitritt**

19 Dabei spaltet die in Georgien regierende Partei "Georgischer Traum" (welche bis 2023
20 Teil der PES war) mit diesen Gesetzen die georgische Gesellschaft weiter und
21 untergräbt das mehrheitlich geforderte und in der Verfassung verankerte Ziel eines
22 EU-Beitritts. Gleichzeitig erinnern diese Gesetze stark an russische Regelungen, die
23 bereits vor Jahren dort in Kraft getreten ist, um kritische NGOs mundtot zu machen
24 und queeres Leben aus dem öffentlichen Leben zu verbannen. So ist es wenig
25 verwunderlich, dass die russische Regierung sich positiv hinsichtlich des
26 "Agentengesetzes" geäußert hat und gegenüber Kritik verteidigt. Das Gesetz trifft
27 nämlich insbesondere Organisationen, die durch die EU, deren Mitgliedsstaaten oder
28 die USA unterstützt werden. Die georgische Regierung nähert sich also weiter an
29 Russland an, obwohl Russland die georgischen Regionen Abchasien und Südossetien immer
30 noch besetzt hält. Die Gesetze sind nur damit das neueste und offensichtliche
31 Beispiel, dass die georgische Regierung immer mehr die Nähe zu Russland sucht. Dies
32 wird spätestens seit dem Angriff Russlands auf die Ukraine offensichtlich. So
33 unterstellen georgische Regierungspolitiker*innen seitdem der EU und NATO immer
34 wieder, in Georgien bzw. der Kaukasus-Region eine "zweite Front gegen Russland"
35 eröffnen zu wollen. Auch nahm der damalige georgische Ministerpräsident an einer
36 Konferenz rechter, nationalistischer Politiker unter der Führung Viktor Orbans teil
37 und begrüßte ausdrücklich die Wiederaufnahme von Direktflügen zwischen Russland und
38 Georgien, die ebenso zu heftigen Protesten führte. Gleichzeitig versucht die

39 georgische Regierung jedoch weiterhin zumindest so zu tun, als sei ein EU-Beitritt
40 weiterhin das Ziel ihrer Politik - schließlich wird ein solcher Schritt auch von
41 einer großen Mehrheit der Georgier*innen unterstützt. So ist Georgien seit Dezember
42 2023 EU-Beitrittskandidat, wobei im Zuge des "Agentengesetzes" die
43 Beitrittsverhandlungen von der EU seit Juni 2024 auf Eis gelegt wurden.

44 Georgien ist ein tiefreligiöses christliches Land. Seit dem Zerfall der UdSSR ist
45 Georgiens wirtschaftliche Lage relativ instabil, so gab es auch schon viele
46 Protestbewegungen und eine Revolution 2003. Seit Georgiens Unabhängigkeit spielt die
47 orthodoxe georgische Kirche eine große Rolle für Georgiens Politik und Gesellschaft.
48 Sie lobbiiert erfolgreich für einen konservativen, sehr russlandnahen Kurs. Dieser
49 findet bei der konservativen Mehrheit in der Gesellschaft viel Zuspruch.

50 **Die georgische Zivilgesellschaft**

51 Gerade auch weil ein solcher Schritt durch die EU absehbar war und viele insbesondere
52 junge Menschen in Georgien eine weitere Annäherung und Einflussnahme Russlands in
53 Georgien fürchten, demonstrierten Zehntausende regelmäßig friedlich in Tiflis und
54 anderen Städten gegen die Einführung des "Agentengesetzes". Auch hier zeigte die
55 Regierung ihren offen autoritären Stil, der die Opposition und kritische Stimmen in
56 der Gesellschaft mit allen Mitteln zu bekämpfen versucht. So kam es während der
57 Proteste zu massiver Polizeigewalt: Tränengas, Gummigeschosse, Wasserwerfer und
58 rechtswidrige Verhaftungen waren die routinierte Antwort auf die Kritik an dem
59 Gesetz. Nichtsdestotrotz ließen sich die Demonstrierenden nicht einschüchtern, denn
60 diese Antwort der Regierung lässt erahnen, was mit dem Gesetz bezweckt wird: Das Ende
61 einer kritischen, offenen, demokratisch orientierten Zivilgesellschaft. Das können
62 wir nicht hinnehmen! Denn diese ist der letzte verbleibende Akteur, der nicht in
63 Gänze durch die Regierungspartei und dessen Ehrenvorsitzenden und Milliardär Bidsina
64 Iwanischwili kontrolliert wird.

65 **Queerfeindlichkeit und die Unterdrückung von Minderheiten**

66 Gerade marginalisierte Gruppen wie z.B. die LGBTQIA+-Community sind der
67 Regierungspartei dabei ein Dorn im Auge. So werden sie schon seit längerem als
68 Sündenbock für verschiedenste gesellschaftliche Probleme dargestellt und von
69 konservativen Teilen der Bevölkerung, insbesondere der Kirche, verfolgt. So wurden
70 Pride-Veranstaltungen immer wieder angegriffen und Teilnehmende zum Teil schwer
71 verletzt. Die Polizei beteiligte sich bzw. begünstigte das. Dementsprechend wundert
72 es nicht, dass das so genannte "Agentengesetz" nun besonders NGOs trifft, die sich
73 für die Belange marginalisierter Gruppen wie die LGBTQIA+-Community einsetzt. Diese
74 werden von der georgischen Regierung in der Regel nur wenig unterstützt und sind dem
75 entsprechend dringend auf Unterstützung aus dem Ausland angewiesen. Gerade Angebote
76 wie AIDS- (Auto-Immun-Diffency-Syndrome) und HIV(Human Immunodeficiency Virus)-
77 Prävention könnten noch schwieriger werden als zuvor. Verschärft wird die Situation
78 durch das so genannte "Gesetz gegen LGBT-Propaganda". Dieses soll das Zeigen nicht-
79 cis-heterosexueller Lebens- und Beziehungsrealitäten in Medien und
80 Bildungseinrichtungen verbieten. Außerdem sollen Kundgebungen wie der Christopher-
81 Street-Day (CSD) sowie geschlechtsangleichende Operationen für trans*Personen
82 verboten und die Adoption von Kindern durch gleichgeschlechtliche Paare
83 ausgeschlossen werden. Per Verfassungsänderung wurde die Ehe in Georgien als
84 Verbindung zwischen Mann und Frau definiert.

85 **Die Rolle Deutschlands**

86 Es gibt jedoch Möglichkeiten, die demokratischen Kräfte in Georgien zu unterstützen.
87 Sie müssen nur genutzt werden. Möglichkeiten der Einflussnahme gibt es also, sie
88 müssten aber auch genutzt werden! Dass sich die Bundesregierung inzwischen über die
89 Lage in Georgien "besorgt zeigt", reicht uns nicht. Auch scheint es in Anbetracht der
90 weiter fortbestehenden russischen Kontrolle über die georgischen Gebiete Abchasien
91 und Südossetien und der immer stärkeren Verfolgung oppositioneller und
92 marginalisierter Gruppen absurd, dass Georgien von der Bundesregierung als
93 sogenanntes "sicheres Herkunftsland" für Geflüchtete eingestuft wird. Die Einstufung
94 eines Landes als sicheres Herkunftsland bedeutet, dass in dem betroffenen Land
95 grundsätzlich genug staatliche Strukturen und Schutzmechanismen existieren, um
96 Menschen vor Verfolgung zu schützen. Der Begriff „sicheres Herkunftsland" soll dabei
97 „abschreckend" wirken und Menschen von einer Flucht nach Deutschland abhalten. Die
98 Klassifikation bedeutet außerdem, dass Asylsuchende aus diesen Ländern kaum
99 Rechtsschutzmöglichkeiten gegen einen abgelehnten Asylantrag haben. In Georgien sind
100 viele Menschen, die gesellschaftlichen Minderheiten angehören, akut bedroht. Das Land
101 also als „sicheres Herkunftsland" einzustufen, ist schlicht falsch und gefährlich!

102 **Wir fordern daher**

- 103 • jede Form queerfeindlicher und autoritärer Gesetzgebung sowie die Polizeigewalt
104 gegenüber georgischen Demonstrierenden klar zu verurteilen, insbesondere durch
105 sozialdemokratische Mandats- und Funktionsträger*innen. Insbesondere ist das
106 sogenannte "Agentengesetz" und der Gesetzesvorschlag gegen LGBT-Propaganda zu
107 kritisieren und ihren Widerspruch zu einem möglichen EU-Beitritt hinzuweisen.
- 108 • die verstärkte finanzielle Förderung von georgischen NGOs und
109 zivilgesellschaftlichen Akteuren, insbesondere solchen, die sich für
110 marginalisierte Gruppen einsetzen, insbesondere ist das sogenannte
111 "Agentengesetz" und der Gesetzesvorschlag gegen LGBT-Propaganda zu kritisieren
112 und ihren Widerspruch zu einem möglichen EU-Beitritt hinzuweisen. Dabei soll
113 darauf Wert gelegt werden, dass NGOs und andere Akteure nicht aufgrund dieser
114 Finanzierung selbst in rechtliche Schwierigkeiten, beispielsweise aufgrund des
115 "Agentengesetzes" geraten. Im Einzelfall muss mit den Betroffenen eine
116 angemessene, möglichst sichere Lösung gesucht werden. Die Sicherheit der
117 Betroffenen und der Fortbestand der kritischen Zivilgesellschaft Georgiens muss
118 immer im Mittelpunkt stehen.
- 119 • Keine Kürzungen bei der Förderung politischen Bildungsarbeit durch deutsche
120 Stiftungen und NGOs in Georgien.
- 121 • Georgien von der so genannten "Liste der sicheren Herkunftsländer" zu
122 streichen.
- 123 • die SPD innerhalb der PES auf, sich gegen Georgiens Regierungskurs einzusetzen.
- 124 • zu überprüfen, inwiefern Sanktionen gegen führenden georgischen
125 Regierungspolitiker*innen möglich und zielführend sind, die eine solche
126 autoritäre und queerfeindliche Gesetzgebung unterstützen
- 127 • eine klare Verurteilung des sogenannten "Agentengesetz", das auf die
128 Einschränkung der Arbeit von NGOs und unabhängigen Medien abzielt.

- 129 • die EU-Beitrittsverhandlungen mit Georgien wieder aufzunehmen, sofern das
130 Agentengesetz zurückgenommen wird. Die georgische Zivilbevölkerung soll
131 weiterhin in ihrer Annäherung an die Europäische Union gefördert werden.

Antrag F03: Friedensinitiative Nahost: Das zivile Leben in Gaza und Israel muss geschützt werden!

Antragsteller*in:	Jusos Hamburg
Sachgebiet:	F - Frieden und Internationales

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 **Die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD-Mitglieder der Bundesregierung werden**
- 2 **aufgefordert:**
- 3 1. Sich in der Bundesregierung und im UN-Sicherheitsrat für eine sofortige
- 4 Waffenpause und einen langfristigen Waffenstillstand im Nahost-Krieg
- 5 einzusetzen, der den Schutz der Zivilbevölkerung in Gaza und Israel
- 6 gleichermaßen priorisiert.
- 7 2. Sich in der Bundesregierung und im UN-Sicherheitsrat für die sofortige
- 8 Bereitstellung von humanitärer Hilfe und Unterstützung für die Menschen im
- 9 Gazastreifen einzusetzen, um die katastrophale humanitäre Lage zu lindern.
- 10 3. Sich in der Bundesregierung und im UN-Sicherheitsrat weiterhin dafür
- 11 einzusetzen, dass alle Parteien im Nahost-Krieg sich an das humanitäre
- 12 Völkerrecht und den Schutz der Zivilbevölkerung halten.
- 13 4. Sich weiterhin für die sofortige Freilassung aller Hamas-Geiseln einzusetzen und
- 14 alle diplomatischen Mittel dafür auszuschöpfen.

Begründung

Die jüngsten Entwicklungen im Nahost-Krieg erfüllen uns mit großer Sorge. Der verheerende Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 hat uns zutiefst erschüttert und steht als grausame Erinnerung an das größte Massaker an Jüdinnen und Juden seit der Shoah. Dieses Verbrechen gegen die Menschlichkeit, dieser terroristische Akt ist in keiner Weise zu rechtfertigen. Das Existenzrecht Israels und das legitime Recht auf Selbstverteidigung sind uneingeschränkt anzuerkennen. Gleichzeitig müssen Maßstäbe gesetzt werden, die die Grundsätze der Verhältnismäßigkeit und den Schutz der Zivilbevölkerung gewährleisten. Die Konflikteskalation hat zu einer beispiellosen humanitären Katastrophe geführt, insbesondere durch die Abriegelung des Gaza-Streifens. Etwa 85 Prozent der Bevölkerung in Gaza im ohnehin dicht besiedelten Gaza sind als Vertriebene gezwungen, ständig auf der Flucht zu sein. Die verbliebenen Krankenhäuser sind überlastet, der Bedarf an medizinischer Versorgung für Kriegsverletzte ist enorm. Mütter kämpfen darum, ihre Neugeborenen zu ernähren, während Familien tagelang ohne ausreichende Nahrung auskommen müssen. Viele Menschen leben unter freiem Himmel, ohne angemessenen Schutz vor den Wetterbedingungen. Es mangelt an grundlegenden Bedarfsgegenständen wie Matratzen, warmer Kleidung für den Winter und Decken. Besonders prekär ist die Lage für schwangere Frauen. Etwa 50.000 Frauen im Gazastreifen sind schwanger, und seit Beginn des Konflikts wurden etwa 20.000 Babys geboren. Viele von ihnen erhalten seit Monaten keine angemessene medizinische Versorgung und leben unter prekären Bedingungen, sowohl vor als auch nach der Geburt, oft in Zelten. Frauen und ihre Neugeborenen werden oft schon wenige Stunden nach der Geburt aus der Klinik entlassen, ohne angemessene Unterstützung zu erhalten. Die Zahl der an Infektionskrankheiten erkrankten Menschen oder unter Mangelernährung Leidenden steigt unaufhaltsam. In dieser zunehmend lebensbedrohlichen Umgebung sehen sich selbst zahlreiches medizinisches Personal dieser Brutalität ausgesetzt. Zahlreiche Ärzte und

medizinisches Personal, darunter auch deutsche Ärzte von Ärzte ohne Grenzen, sind in gekennzeichneten Unterkünften und Krankenhäusern getötet wurden. Wenn unschuldige Menschen, insbesondere diejenigen, die ihr Leben dafür einsetzen, anderen zu helfen, sterben müssen, dürfen diese Gräueltaten nicht ignoriert werden. Es bedarf dringend sicherer Fluchtwege aus Gaza. Angesichts der anhaltenden Kampfhandlungen fordern wir ein sofortiges Ende der Gewalt und die Bereitstellung dringend benötigter humanitärer Hilfe für die betroffene Bevölkerung in Gaza und Israel. Nur durch diese Maßnahmen kann das Leiden der Zivilbevölkerung gestoppt und der langfristige Friedensprozess, einschließlich einer Zweistaatenlösung, vorangetrieben werden.

Antrag F04: „The Massalit Will not Come Home“

Antragsteller*in:	Juso AG-Landeskonferenz SPD-LV Schleswig-Holstein
Sachgebiet:	F - Frieden und Internationales

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Der Juso Bundeskongress möge beschließen, dass wir den Bundesvorstand der Jusos und
2 der SPD sowie deren Abgeordnete auf Bundes- und europäischer Ebene dazu auffordern
3 sich in den entsprechenden Parlamenten und anderen Institutionen (v.a. bei den UN)
4 dafür einzusetzen, dass der drohende Völkermord in al-Fäschr verhindert wird. Die
5 Verbrechen aus El Geneina dürfen sich nicht wiederholen!
- 6 Daher schließen wir uns den Forderungen von Human Rights Watch in ihrem Bericht über
7 den drohenden (al-Fäschr) und bereits erfolgten (El Geneina) Völkermord an den
8 Massalit an. Ganz besonders folgenden Forderungen:
- 9 1. Ausübung von Druck auf den UN-Sicherheitsrat, dass das bestehende Waffenembargo
10 umgesetzt und ausgeweitet wird.
 - 11 2. Die Entsendung einer neuen UN-Mission zum Schutz der Zivilbevölkerung, zur
12 Erfassung von Verstößen gegen Menschenrechte und das Humanitäre Völkerrecht
13 sowie zur Entwicklung von Plänen, die eine Rückkehr Vertriebener nach dem
14 Konflikt vorbereitet, zu unterstützen.
 - 15 3. Die Verhängung nationaler, europäischer und internationaler Sanktionen gegen
16 Anführer der Rapid Support Forces, der Sudanesischen Armee sowie bewaffneter
17 Gruppen und Milizen, die mit diesen kooperieren.
 - 18 4. Unterstützung des Int. Strafgerichtshof hinsichtlich seiner Ermittlungen im
19 Zusammenhang mit Völkerrechtsverstößen im Sudan mit rechtlicher Unterstützung
20 und anderen Formen der Kooperation; zudem:
 - 21 a. Öffentliche Unterstützung der Bundesregierung bzgl. der Untersuchungen des
22 ICC im Sudan und Aufforderung an andere Vertragsstaaten dies ebenfalls zu
23 tun
 - 24 b. Sicherstellung, dass der ICC-Treuhandfond für Opfer ausreichend finanzielle
25 Kapazitäten hat, um Betroffene im Sudan zu unterstützen
 - 26 c. Kontaktaufnahme mit dem Büro des Anklägers, um benötigte Unterstützung zu
27 klären
 - 28 5. Unterstützung und Orientierung an den Ergebnissen der Independent International
29 Fact-Finding Mission for the Sudan. Dazu zählen auch die Ausweitung und
30 Erneuerung ihres Mandats, sodass ihr ausreichend Ressourcen zur Erfüllung ihres
31 Mandats zur Verfügung stehen.
 - 32 6. Unterstützung einer Zusammenarbeit von UN und AU zur sofortigen Errichtung einer
33 Mission zum Schutz der Zivilbevölkerung sowie deren Ausstattung mit ausreichend
34 Ressourcen finanzieller und personeller Art.
 - 35 7. Unterstützung des Büros des persönlichen Gesandten des Generalsekretärs für den
36 Sudan.
 - 37 8. Erhebliche Ausweitung der humanitären Hilfe an den Sudan und den Tschad sowie

- 38 andere Nachbarstaaten, um die angemessene und menschenwürdige Versorgung der
39 (Binnen-)Geflüchteten zu gewährleisten. Ein besonderer Fokus soll dabei auf
40 Schutzmaßnahmen, psychologischer Versorgung und Reaktion auf
41 geschlechterbasierter Gewalt liegen.
- 42 9. Sofortige und direkte Finanzierung lokal und regional aktiver
43 Hilfsorganisationen.
- 44 10. Auf- und Ausbau von Schutz- und Unterstützungsmaßnahmen für Geflüchtete im
45 Tschad und anderen (Nachbar-)Staaten; u.a. Ausweitung der Umsiedlungsquoten
46 inkl. einer Priorisierung besonders betroffener Gruppen, wie Frauen, Kindern,
47 Kranken, Mitglieder der LGBTQIA*+ Community und politisch Verfolgter.
- 48 11. Ermöglichung und Vereinfachung des Zugangs zu Asylverfahren für sudanesishe
49 Staatsbürger*innen, v.a. jene aus den von Gewalt am stärksten betroffenen
50 Regionen in den angrenzenden Staaten.
- 51 12. Unterstützung von Organisationen aus Darfur, die Verstöße gegen das (Humanitäre)
52 Völkerrecht erfassen.
- 53 13. Sofortige und substantielle Unterstützung von besonders gefährdeten Individuen,
54 wie Menschenrechtsaktivist*innen, Journalist*innen und ehemaligen
55 Regierungsmitgliedern.

Antrag F05: 15 Jahre Völkermord auf Sri-Lanka - Anerkennung und Gerechtigkeit jetzt

Antragsteller*in:	Jusos Hessen-Nord
Sachgebiet:	F - Frieden und Internationales

Die Versammlung möge beschließen:

1 Der 18. Mai 2009 markiert das brutale Ende eines jahrzehntelangen Bürgerkrieges
2 zwischen der sri-lankischen Regierung und der tamilischen Befreiungsbewegung. Die SPD
3 gedenkt den 169.796 Opfern des Genozids an den Eelam-Tamil*innen auf Sri Lanka. Im
4 Mai 2009 endete einer der am längsten andauernden und brutalsten bewaffneten
5 Konflikte in Südasien. Insbesondere in der Endphase des Krieges wurden systematisch
6 Folter, sexualisierte Gewaltverbrechen und andere Menschenrechtsverletzungen an der
7 tamilischen Bevölkerung Sri Lankas durch die singhalesisch-buddhistisch
8 nationalistische Regierung verübt.

9 Bei der letzten Großoffensive des sri-lankischen Militärs im Mai 2009 wurden über
10 300.000 tamilische Zivilist*innen in sogenannte staatliche „Sicherheitszonen“ im
11 Küstengebiet Mullivaikal gelenkt, wo Zehntausende durch den vorsätzlichen Angriff
12 durch
13 die Luftwaffe zu Tode kamen. Diese Gräueltaten wurden in mehreren Berichten der
14 Vereinten Nationen und in Resolutionen des UN Menschenrechtsrates thematisiert. Bis
15 heute gibt es jedoch keine Anerkennung für den Genozid und die sri-lankische
16 Regierung weigert sich, das römische Statut der Vereinten Nationen zu unterzeichnen.
17 So schützt sie Kriegsverbrecher*innen vor einer internationalen Strafverfolgung. Seit
18 Ende des Krieges protestieren insbesondere Frauen und Hinterbliebene der im Krieg
19 verschwundenen Menschen für eine Aufarbeitung der Kriegsverbrechen und gegen die
20 staatliche Repression. Es ist nicht akzeptabel, dass in Sri Lanka die Kriegsherren
21 von gestern die Herrschenden von heute sind, ohne zur Rechenschaft gezogen worden zu
22 sein.

23 Als Jusos erkennen wir das Leid an, das durch diese Verbrechen für Hunderttausende
24 von Menschen verursacht wurde und würdigen den Widerstand unzähliger Menschen in der
25 Region gegen das Unrecht und den entschiedenen Einsatz für Menschenrechte, Demokratie
26 und die Koexistenz der Religionen. Hunderttausende Menschen wurden durch die
27 unbeschreiblichen Gräueltaten zu Binnenvertriebenen und Geflüchteten weltweit – viele
28 von ihnen konnten noch immer nicht in ihre Heimat zurückkehren.

29 Eelam-Tamilinnen wurden Opfer von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die
30 Menschlichkeit.

31 Als Jusos in der SPD erkennen wir die Verbrechen gegen die Gemeinschaft der
32 Eelam-Tamil*innen als Völkermord an. Sie folgt dabei der rechtlichen Bewertung des
33 Sonderermittlungsteams der Vereinten Nationen (UNITAD). Zahl der Vereinten Nationen
34 belegen, dass 78 Prozent der Opfer, die zwischen dem 20. Januar und dem 31. März 2009
35 gezählt wurden, in der staatlich ausgerufenen Waffenstillstandszone starben. Das UNO-
36 Hochkommissariat für Flüchtlinge beziffert die Zahl der Menschen, die nach Ende des
37 Konflikts in Lagern registriert wurden, auf 265.000. Die UNO hat Resolutionen

38 angenommen, die Colombo auffordern, auf Anschuldigungen wegen Kriegsverletzungen zu
39 antworten, doch die Regierung hat die Tatsachen verschleiert und
40 notwendige Maßnahmen aufgeschoben.

41 Eelam-Tamilinnen sind weiterhin eine unterdrückte Minderheit, deren politische Rechte
42 nicht respektiert werden, und sie leben in ständiger Angst vor Einschüchterungen und
43 Drohungen. Demografische Veränderungen und die Zerstörung von kulturellen Stätten in
44 tamilischen

45 Gebieten zeigen, dass die kulturelle Identität und das Selbstbestimmungsrecht der
46 Eelam-Tamil*innen nicht gewährleistet sind. Berichte über Folter und Misshandlungen
47 von Eelam-Tamil*innen, insbesondere von Asylbewerbern, betonen die Dringlichkeit,
48 Menschenrechtsverletzungen zu dokumentieren und zu ahnden. Der Völkermord an den
49 Eelamtamilinnen ist in Sri Lanka noch immer allgegenwärtig. Noch immer werden
50 Tausende Eelam-Tamil*innen vermisst. Noch immer werden Massengräber entdeckt.
51 Hunderttausende Eelam-Tamil*innen halten sich derzeit in Camps für Binnenvertriebene
52 ohne Aussicht auf die Möglichkeit einer sicheren Rückkehr in ihre Heimatregion auf.
53 Hinzu kommt die
54 systematische Verfolgung von Journalisten, Menschenrechtsverteidigern und
55 Oppositionellen.

56 Wir Jusos, kämpfen seit Jahren für die Welt der Freien und der Gleichen. Der Einsatz
57 für die Rechte unterdrückter und verfolgter Völker in der Welt spielt dabei eine
58 zentrale Rolle in unserem Verständnis des Internationalismus. Die Bundesregierung
59 muss daher in der internationalen Gemeinschaft ihre Verantwortung für die
60 Aufarbeitung von Völkermorden und Genoziden gerecht werden. Wir sehen uns in der
61 Pflicht, die Aufmerksamkeit für das Erinnern an den Völkermord an den Eelam-
62 Tamil*innen im öffentlichen Bewusstsein zu schaffen. Dessen Aufarbeitung gilt es
63 weiter zu unterstützen. In Deutschland lebt seit den frühen 80er Jahren eine große
64 eelamtamilische Diaspora. Sie ist Teil unserer Gesellschaft mit all ihren Erfahrungen
65 und Erinnerungen.

66 Als Jusos sehen wir vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte, abgeleitet von der
67 Verantwortung Deutschlands für den Holocaust, eine besondere Verantwortung innerhalb
68 der internationalen Gemeinschaft, um Menschheitsverbrechen wie Völkermord,
69 Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit juristisch zu verfolgen und
70 aufzuarbeiten. Beweissicherung, strafrechtliche Ermittlungen und damit das zur
71 Rechenschaft ziehen der Verantwortlichen, bilden die Grundlage für die Aufarbeitung
72 und Aussöhnung der Überlebenden und Betroffenen.

73 Die Historie der eelamtamilischen Gemeinschaft ist geprägt von Ausgrenzung,
74 Vertreibung aus ihrer Heimat und der fortwährenden Existenzbedrohung durch gezielte
75 Vernichtungsabsichten. Zu oft mussten Eelamtamil*innen im Exil eine neue Heimat
76 finden. Die Anerkennung und Aufarbeitung dieser besonderen eelamtamilischen Historie
77 in ihrer Gesamtheit ist sowohl Aufgabe als auch Verantwortung für die internationale
78 Gemeinschaft. Wir erkennen an, dass an den Eelamtamil*innen in Sri Lanka ein
79 Völkermord begangen wurde und bis heute andauert. Wir setzen uns dafür ein, dass
80 dieser Völkermord politisch und juristisch aufgearbeitet wird und die Täter zur
81 Rechenschaft gezogen werden.

82 Deshalb fordern wir im Rahmen unserer Möglichkeiten:

- 83 1. bestehende internationale und nationale Strukturen zur politischen und
84 juristischen Aufarbeitung des Völkermordes weiterhin zu fördern und dabei das
85 Mandat von UNITAD zu stärken;
- 86 2. sich für die strafrechtliche Aufarbeitung der Verbrechen sowie die Dokumentation
87 und Beweismittelsicherung durch UNITAD und weitere Partnerorganisationen
88 einzusetzen;
- 89 3. internationale und regionale Partner bei der Ermittlung und Suche von im Krieg
90 verschleppten und verschwundenen Frauen und Kindern sowie nach wie vor
91 vermisster Angehöriger weiterhin zu unterstützen;
- 92 4. die besonders vulnerable Situation von Kindern eelamtamilischer Frauen, im Sinne
93 einer feministischen Außenpolitik, im Fokus zu behalten und die eelamtamilische
94 Zivilgesellschaft in ihren politischen Forderungen zu unterstützen
- 95 5. öffentliche Gelegenheiten und Räume in Deutschland zu fördern, das sich den
96 begangenen Völkerrechtsverbrechen gegen Eelam-Tamil*innen widmet und zum Ziel
97 hat, zu einer öffentlichen Auseinandersetzung mit dem Genozid und den
98 Vertreibungen beizutragen sowie die eelamtamilische Gemeinde in Deutschland in
99 ihren Bemühungen zu unterstützen, sich selbst einen Ort der Erinnerung in
100 Deutschland zu erschaffen;
- 101 6. dass die Bundesregierung sich für die Umsetzung eines von den Vereinten Nationen
102 begleiteten Referendums zur Selbstbestimmung der Eelam-Tamil*innen auf Sri Lanka
103 einsetzt, welches über die politische Zukunft des Landes bestimmen soll
- 104 7. Bemühungen und Mechanismen zu unterstützen, die darauf abzielen, die
105 Aufarbeitung des Terrors in Sri Lanka zu unterstützen, um die Versöhnung sowie
106 das friedliche Miteinander, auch in langfristig angesetzten Prozessen,
107 insbesondere im Hinblick auf die von den Eelam-Tamil*innen erlebten Traumata, in der Region zu
108 stärken;
- 109 8. in der internationalen Gemeinschaft eine Vorreiterrolle bei der Erarbeitung
110 einer umfassenden Strategie zu übernehmen, die unter Berücksichtigung
111 vorhandener Bemühungen dazu beiträgt, den in Sri Lanka lebenden Eelamtamil*innen
112 ein selbstbestimmtes Leben in Würde zu ermöglichen, ihr Selbstbestimmungsrecht
113 zu wahren, die singhalesische Besatzung zu beenden und dort die weitere
114 Durchsetzung demokratischer Prinzipien zum Schutz von Minderheiten aller
115 Volksgruppen und Religionsgemeinschaften stärkt
- 116 9. sich für die Freilassung aller politischen Gefangenen in Sri Lanka einzusetzen;
- 117 10. auf die Beendigung der Militarisierung, der Landenteignung und der
118 strukturellen Siedlungsprojekte in den von Eelamtamil*innen bewohnten Gebieten
119 hinzuwirken;
- 120 11. sich für die Beendigung der staatlichen Repressionen, die Abschaffung des sri-
121 lankischen Prevention of Terrorism Act, der als Notstandsgesetz erlassen wurde
122 und heute das Ziel verfolgt Journalist*innen und andere Oppositionelle zu
123 verhaften und die Wahrung der Grundfreiheiten der Eelamtamil*innen, insbesondere
124 der Versammlungs- und Meinungsfreiheit, stark zu machen;
- 125 12. die Kriminalisierung der eelamtamilischen Nationalflagge zu verurteilen und sich

- 126 für deren Beendigung einzusetzen;
- 127 13. weiterhin zusammen mit internationalen Partnern den eelamtamilischen Gemeinden
128 in Sri Lanka beim Wiederaufbau zerstörter Städte und Dörfer zur Seite zu stehen
129 sowie die sri-lankische Regierung dabei zu unterstützen, den geflüchteten
130 Eelamtamil*innen die Rückkehr in ihre Heimat zu ermöglichen;
- 131 14. gemeinsam mit internationalen und regionalen Partnern die Möglichkeit zu einer
132 internationalen politischen Konferenz zur Sicherheit und zum Wiederaufbau der
133 von Eelamtamil*innen bewohnten Gebiete zu prüfen;
- 134 15. Eelamtamil*innen weiterhin unter Berücksichtigung ihrer nach wie vor andauernden
135 Verfolgung und Diskriminierung im Rahmen des Asylverfahrens Schutz zu gewähren
- 136 16. sich für die strafrechtliche Verfolgung der srilankischen Kriegsverbrecher unter
137 dem Weltrechtsprinzip und den Erlass von europäischen Haftbefehlen sowie für
138 Sanktionen gegen die verantwortlichen Täter einzusetzen;
- 139 17. die Gewährung der europäischen Zollerleichterungen über GSP+ an den
140 srilankischen Staat zu überdenken und die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem
141 sri-lankischen Staat unter der Berücksichtigung der eelamtamilischen Forderungen
und der menschenrechtlichen Situation vor Ort zu gestalten

Antrag F06: Das Versöhnungsabkommen zwischen Deutschland und Namibia muss neu verhandelt werden! - Wir müssen unsere historische und juristische Schuld anerkennen!

Antragsteller*in: Juso Vorstand | SPD-Bezirk Hannover

Sachgebiet: F - Frieden und Internationales

Die Versammlung möge beschließen:

1 **Bis heute zu oft übersehen: Deutschlands Kolonialgeschichte**

2 In der verbreiteten öffentlichen Wahrnehmung wurde die deutsche Kolonialgeschichte
3 lange Zeit heruntergespielt. Hauptgrund dafür war, dass Deutschlands Rolle als
4 Kolonialmacht im Jahr 1918 mit der Niederlage im Ersten Weltkrieg endete und somit
5 kürzer dauerte als die Kolonialherrschaft anderer europäischer Staaten. Der Verweis
6 auf die bloße Zeitspanne kann jedoch weder die Beteiligung Deutschlands am
7 europäischen Kolonialismus und am sogenannten „Wettlauf um Afrika“ in Abrede stellen,
8 noch die im Rahmen dieses Unrechtsregimes verübten Verbrechen und bis heute
9 anhaltenden Konsequenzen relativieren. Zudem wurde die koloniale Eroberung lange
10 durch rassistische Ideologien vorbereitet, und Versuche, die Verbrechen der
11 Kolonialzeit zu beschönigen, endeten erst nach dem Zweiten Weltkrieg. Bis 1914 waren
12 die deutschen Kolonien, gemessen an der Fläche, die drittgrößten nach den britischen
13 und französischen. Auf dem afrikanischen Kontinent nahm Deutschland die Gebiete
14 Deutsch-Südwestafrika (heute Namibia), Deutsch-Ostafrika (heute Tansania, Burundi,
15 Ruanda), Togo und Kamerun einseitig in Besitz und deklarierte die Territorien als
16 sogenannte „Schutzgebiete“.

17 Das Deutsche Reich eignete sich das heutige Namibia von 1884 bis 1918 gewaltsam als
18 Kolonie an. Im sogenannten Deutsch-Südwestafrika raubten die Deutschen der
19 einheimischen Bevölkerung Land und Vieh. Durch den Diebstahl von Weideland und
20 Wasserstellen entzog die Kolonialmacht der einheimischen Bevölkerung, die vor allem
21 von der Viehwirtschaft abhängig war, die Existenzgrundlage. Geschützt durch
22 kaiserliche „Schutztruppen“ betrieben die deutschen Siedler*innen eine rassistisch
23 begründete Ausbeutungs- und Unterdrückungspolitik. Gegen dieses Unrecht gab es keine
24 Möglichkeit der juristischen Gegenwehr, sodass die Bevölkerungsgruppen der Ovaherero
25 und der Nama bewaffneten Widerstand leisteten. Zwischen 1904 und 1908 befahl
26 daraufhin der Kommandeur der deutschen Schutztruppen, Lothar von Trotha, den
27 Völkermord an beiden Bevölkerungsgruppen. Nach der Flucht der Ovaherero in die
28 Omaheke-Wüste ließ von Trotha die Wüste abriegeln und die Ovaherero gezielt
29 verdursten. Überlebende wurden in Konzentrationslager verschleppt, wo viele an
30 Hunger, Kälte und Zwangsarbeit starben. Schätzungen zufolge wurden 80 Prozent der
31 Ovaherero und 50 Prozent der Nama getötet. Gleichzeitig förderte der Kolonialstaat –
32 im Gegensatz zu anderen deutschen Kolonien – die Ansiedlung weißer Deutscher. Obwohl
33 in Deutschland eine stark imperialistische und rassistische Stimmung herrschte, waren
34 diese Verbrechen auch damals keineswegs selbstverständlich. Schon zu Beginn des 20.
35 Jahrhunderts gab es Kritik am Kolonialismus, und es wäre allen Verantwortlichen
36 möglich gewesen, das Unrecht klar als solches zu erkennen. Der Völkermord an den
37 Ovaherero und Nama wurde bereits von Zeitgenoss*innen als solcher erkannt und

38 verurteilt. Das damalige europäische und deutsche Kolonialrecht basierte auf
39 rassistischen und pseudowissenschaftlichen Grundlagen, die diese Verbrechen erst
40 möglich machten. Daher kann es keinen legitimen rechtlichen Bezug auf dieses Recht
41 geben. Rechtsstaatliche Prinzipien wurden auch nach damaligen Maßstäben eklatant
42 verletzt. Die Schuld des deutschen Staates steht aus heutiger wie aus damaliger Sicht
43 außer Frage.

44 **Die Kolonialisierung wirkt sich bis in die Gegenwart aus!**

45 Die Folgen der deutschen Kolonialherrschaft in Namibia sind nicht nur historischer
46 Natur, sondern prägen bis heute das Leben vieler Namibier*innen, insbesondere der
47 Ovaherero und Nama. Die rassistische Landverteilung, die während der Kolonialzeit
48 durchgesetzt wurde, hat zu einer wirtschaftlichen Ungleichheit geführt, die bis heute
49 anhält. Noch immer gehören rund 70 Prozent des privaten Landes in Namibia den
50 Nachfahren der europäischen Siedler*innen, obwohl sie nur eine kleine Minderheit der
51 Bevölkerung ausmachen. Im krassen Gegensatz dazu stehen die Nachfahren der indigenen
52 Bevölkerung, die in vielen Fällen enteignet und vertrieben wurden und heute in Armut
53 leben. Die traditionelle, von Viehzucht und Ackerbau abhängige Lebensweise der
54 Ovaherero und Nama wurde durch großflächige Landnahme und die Einführung eines
55 kolonialen Agrarsystems zerstört. Die großen Farmen der weißen Siedler*innen haben
56 die zuvor von den Ovaherero und Nama genutzten Weideflächen und Wasserquellen
57 blockiert und deren ökonomische Basis dauerhaft zerstört.

58 Diese Landverteilung hat bis heute gravierende soziale und wirtschaftliche Folgen.
59 Die meisten Menschen, die in ländlichen Gebieten leben, haben kaum Zugang zu
60 fruchtbarem Land und sind oft auf Subsistenzwirtschaft angewiesen. Viele Nachkommen
61 der Kolonialopfer sind gezwungen, in die Städte zu ziehen, wo sie oft unter prekären
62 Bedingungen leben und schlecht bezahlte Jobs haben. Die ungleiche Landverteilung
63 behindert nicht nur die wirtschaftliche Entwicklung dieser Bevölkerungsgruppen,
64 sondern auch ihre gesellschaftliche Teilhabe und politische Mitsprache.

65 Gleichzeitig besteht bis heute ein struktureller Rassismus, der auf den Grundlagen
66 der Kolonialzeit beruht. Die weiße Minderheit profitiert nach wie vor von ungleichen
67 wirtschaftlichen Machtverhältnissen, während viele Ovaherero und Nama um die
68 Anerkennung ihrer Rechte kämpfen. Auch die psychischen und emotionalen Traumata, die
69 durch die Kolonialzeit und den Völkermord verursacht wurden, sind Teil dieses
70 fortwirkenden Erbes. Viele Nachfahren der Opfer kämpfen weiterhin um Gerechtigkeit
71 und Anerkennung ihrer Geschichte, während sie tagtäglich mit den sozialen und
72 wirtschaftlichen Benachteiligungen konfrontiert sind, die aus dieser Geschichte
73 resultieren.

74 Die bis heute bestehenden Ungerechtigkeiten sind nicht nur ein lokales, sondern auch
75 ein globales Problem, das im Kontext internationaler Beziehungen und Gerechtigkeit
76 aufgearbeitet werden muss. Nur durch eine vollständige Anerkennung der kolonialen
77 Verbrechen und eine tiefgreifende Auseinandersetzung mit deren Nachwirkungen kann es
78 gelingen, die kolonialen Strukturen, die bis heute das Leben vieler Namibier*innen
79 bestimmen, zu überwinden.

80 **Das Versöhnungsabkommen zwischen Deutschland und Namibia**

81 Von 2015 bis 2021 verhandelten die Regierungen Deutschlands und Namibias über ein
82 Versöhnungsabkommen, das die dunkle Vergangenheit der deutschen Kolonialherrschaft in

83 Namibia anerkennen und versöhnen soll. Das Abkommen besteht aus mehreren Elementen.
84 Zum einen sieht es eine offizielle Entschuldigung Deutschlands für die Verbrechen und
85 das Leid während der Kolonialherrschaft vor. Deutschland bekennt sich zu seiner
86 historischen Verantwortung für die Gräueltaten und drückt sein tiefes Bedauern aus.
87 Darüber hinaus wird Deutschland finanzielle Unterstützung in Höhe von 1,1 Milliarden
88 Euro für Entwicklungs- und Wiederaufbauprojekte in den vom Völkermord betroffenen
89 Gemeinden in Namibia bereitstellen. Dieser Fonds soll dazu beitragen, die soziale und
90 wirtschaftliche Situation der Nachkommen der Opfer zu verbessern.

91 **Betroffene Bevölkerungsgruppen müssen einbezogen werden!**

92 Die von den deutschen Kolonialverbrechen am stärksten betroffenen
93 Bevölkerungsgruppen, die Ovaherero und Nama, waren nie an den Verhandlungen beteiligt
94 und erhielten erst den endgültigen Vertragstext. Der Ausschluss der Ovaherero und
95 Nama als Verhandlungspartner widerspricht nicht nur dem Völkerrecht, sondern auch
96 einer Resolution des namibischen Parlaments aus dem Jahr 2006, die vorsieht,
97 Verhandlungen zwischen den betroffenen Gemeinschaften und Deutschland zu ermöglichen,
98 mit dem Ziel, eine „vollständige Entschädigung im Sinne des Völkerrechts“
99 auszuhandeln. Dazu müsste Deutschland den Völkermord an den Ovaherero und Nama nicht
100 nur historisch, sondern auch rechtlich anerkennen. Diese Unterscheidung zwischen
101 historischer und rechtlicher Anerkennung ist ein zentraler Kritikpunkt an der
102 deutschen Haltung.

103 Die historische Anerkennung bedeutet, dass Deutschland die Verbrechen anerkennt und
104 sein Bedauern ausdrückt, ohne jedoch rechtliche Verpflichtungen einzugehen. Die
105 rechtliche Anerkennung des Völkermordes würde Deutschland hingegen verpflichten, die
106 Verantwortung für die begangenen Verbrechen anzuerkennen und angemessene Maßnahmen
107 zur Wiedergutmachung zu ergreifen.

108 Die Bundesregierung argumentiert, dass die Herero und Nama nach dem Kriegsvölkerrecht
109 und dem humanitären Völkerrecht keinen völkerrechtlichen Schutz genießen konnten,
110 weil sie zu den sogenannten „unzivilisierten Völkern“ gehörten. Mit dieser
111 Interpretation reproduziert sie den Rassismus, der den Kolonialismus erst möglich
112 gemacht hat. Demnach wäre die Ermordung der Ovaherero und Nama nach europäischem
113 Kolonialrecht - und das wird hier angewendet - keine Rechtsverletzung gewesen.
114 Darüber hinaus beruft sich die Bundesregierung darauf, dass die rechtliche Definition
115 des Völkermordes, wie wir sie heute kennen, erst nach dem Zweiten Weltkrieg mit der
116 Verabschiedung der Völkermordkonvention der Vereinten Nationen im Jahr 1948
117 festgelegt wurde. Deshalb argumentiert die Bundesregierung, dass die heutigen
118 völkerrechtlichen Normen nicht auf Verbrechen angewendet werden können, die vor
119 dieser Konvention begangen wurden. Dies ist ein zentrales Element der deutschen
120 Position.

121 Nicht nur in Namibia gibt es massive Kritik an dem Abkommen; auch UN-
122 Sonderberichterstatter*innen haben sich kritisch zu dem geplanten Abkommen zwischen
123 Namibia und Deutschland geäußert. Wenn Deutschland das Unrecht seiner kolonialen
124 Vergangenheit wirklich anerkennen will, kann dies nur gelingen, wenn die Betroffenen
125 und ihre Stimmen in den Mittelpunkt des Prozesses gestellt werden. Deshalb muss das
126 Abkommen neu verhandelt werden!

127 **Schlussfolgerung**

128 Deshalb fordern wir die SPD auf, sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen, dass die
129 Gemeinsame Erklärung „Vereint im Gedenken an unsere koloniale Vergangenheit, vereint
130 im Willen zur Versöhnung, vereint in unserer Vision für die Zukunft“ zwischen Namibia
131 und Deutschland unter Beteiligung der betroffenen Bevölkerungsgruppen neu verhandelt
132 wird. Dieser Prozess muss auf Augenhöhe stattfinden, und die Entscheidungsgewalt muss
133 bei den Opfern bzw. ihren Nachkommen liegen. Darüber hinaus setzt sie sich für
134 Verhandlungen über Reparationszahlungen an die Betroffenen ein.

Antrag G01: Sicher und selbstbestimmt: Ausbau der Versorgungslage für Schwangerschaftsabbrüche

Antragsteller*in:	AG Jusos Baden-Württemberg
Sachgebiet:	G - Gleichstellung, Feminismus & Gender

Die Versammlung möge beschließen:

1 Zur Weiterleitung an: SPD Bundestagsfraktion

2 Wer in Deutschland einen Schwangerschaftsabbruch vornehmen lassen möchte, steht oft
3 vor vielen Problemen. Neben der persönlichen Belastung durch die ungewollte
4 Schwangerschaft, der Stigmatisierung von Schwangerschaftsabbrüchen und den
5 rechtlichen Voraussetzungen (§§218 ff StGB), die Frauen den Weg zu einem
6 selbstbestimmten Schwangerschaftsabbruch erschweren, stellt auch die Suche nach
7 einer geeigneten Einrichtung zur Durchführung des Eingriffs häufig eine große Hürde
8 dar.

9 **Schlechte Versorgungslage**

10 In Deutschland gibt es 310 Kliniken in öffentlicher Trägerschaft mit gynäkologischer
11 Abteilung, von denen 57% Schwangerschaftsabbrüche durchführen. Davon führen 19%
12 Abbrüche nur aus medizinischen und kriminologischen Gründen durch, also z.B. bei
13 Gefährdung des Lebens der Schwangeren oder nach einer Vergewaltigung. Demgegenüber
14 führen nur 38% Schwangerschaftsabbrüche nach der Beratungsregel durch. Zudem gibt es
15 immer weniger Praxen, die Schwangerschaftsabbrüche durchführen. Zwischen 2003 und
16 2020 ist hier ein Rückgang von 46% zu verzeichnen, da u.a. viele Ärzt*innen, die den
17 Eingriff vornehmen, in den Ruhestand gehen. Diese prekäre Versorgungslage erschwert
18 es den Frauen, innerhalb der 12-Wochen-Frist der Beratungsregelung eine geeignete
19 Einrichtung zu finden. Oft ist dies auch mit langen Anfahrtswegen verbunden. Vor
20 allem im Süden Deutschlands, in Baden-Württemberg und Bayern, ist die Versorgungslage
21 schlecht.

22 Nach §13 des Schwangerschaftskonfliktgesetzes (SchKG) sind die Länder verpflichtet,
23 eine ausreichende Versorgung sicherzustellen. Allerdings fehlt es an einer genaueren
24 Definition, was „ausreichend“ bedeutet.

25 **Verpflichtung aller öffentlichen Kliniken mit gynäkologischer Fachabteilung**

26 Daher fordern wir, dass alle öffentlichen Kliniken mit gynäkologischer Fachabteilung
27 dazu verpflichtet werden, Schwangerschaftsabbrüche nach medizinischer und
28 kriminologischer Indikation sowie nach der Beratungsregelung durchzuführen.

29 Dies soll die Versorgungslage und den Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen maßgeblich
30 verbessern, denn Schwangerschaftsabbrüche müssen Teil der medizinischen
31 Grundversorgung sein. Gleichzeitig soll diese Verpflichtung der Kliniken dazu führen,
32 dass die Gründe für einen Schwangerschaftsabbruch nicht mehr subjektiv bewertet,
33 sondern an gesetzlichen Grundlagen gemessen werden.

34 **Kostenübernahme**

35 Bei einem straffreien, aber rechtswidrigen Eingriff entstehen Kosten von 350-800€,
36 die nur bei medizinischen und kriminologischen Indikationen sowie bei sozial
37 bedürftigen Schwangeren von den Krankenkassen übernommen werden. Jedoch sind viele

38 Betroffene nicht unbedingt finanziellem, sondern auch familiärem Druck ausgesetzt und
39 müssen den Schwangerschaftsabbruch ohne Wissen der Familie vornehmen lassen.
40 Wir fordern daher die vollständige Kostenübernahme aller Schwangerschaftsabbrüche
41 durch die Krankenkassen.
42 Bisher werden auch die Fahrtkosten für diesem Eingriff nicht übernommen. Betroffene
43 müssen vor dem Schwangerschaftsabbruch Vorbereitungen und Beratungsgespräche führen
44 und auch bei einem operativen Schwangerschaftsabbruch unter Vollnarkose nach dem
45 Eingriff abgeholt werden. Insbesondere wenn die Einrichtung und die Beratungsstelle
46 einige Kilometer entfernt liegen, kann die Summe der Fahrtkosten eine finanzielle
47 Belastung darstellen.
48 Daher fordern wir, dass die Kosten für Fahrten zu den Kliniken und Praxen sowie für
49 Fahrten zu Beratungsgesprächen und Vorbereitungen von den Krankenkassen erstattet
50 werden.

51 **Beratungspflicht**

52 Bisher müssen Schwangere mindestens 3 Tage vor ihrem Abbruch ein Beratungsgespräch in
53 Anspruch nehmen. Diese Pflicht schränkt jedoch die Selbstbestimmung der Schwangeren
54 ein und verlängert die Wartezeit derjenigen, die zum Abbruch entschlossen sind. Die
55 Beratungspflicht soll daher abgeschafft und durch ein Angebot von freiwilliger
56 Beratung ersetzt werden, die Frauen auf ihren eigenen Wunsch in Anspruch nehmen
57 können.

58 **Schwangerschaftsabbrüche im Strafrecht**

59 Derzeit ist der Schwangerschaftsabbruch in §218 ff. StGB geregelt. Wir fordern, dass
60 Schwangerschaftsabbrüche stattdessen im Schwangerschaftskonfliktgesetz geregelt
61 werden. Auch die Fristenlösung ist dort großzügiger zu regeln, und Abtreibungen
62 sollen bis einschließlich der 22. Woche ohne Indikation möglich sein.

63 Lediglich der erzwungene Schwangerschaftsabbruch gegen den Willen der Schwangeren
64 soll unter Strafe gestellt werden.

65 **Vermittlung im Medizinstudium**

66 Außerdem fordern wir, dass Schwangerschaftsabbrüche im Medizinstudium intensiver
67 behandelt werden, um mehr angehende Ärzt*innen dahingehend auszubilden. Derzeit
68 werden Schwangerschaftsabbrüche nur in den Fächern Medizinethik und Medizinrecht
69 behandelt. Die Methoden des Schwangerschaftsabbruchs und der wertfreie Umgang mit
70 ungewollt Schwangeren bleiben oft außen vor. Gerade diese Themen sind aber wichtig, um
71 im späteren Berufsleben Schwangerschaftsabbrüche durchführen zu können. Durch die
72 Behandlung des Schwangerschaftsabbruchs im Medizinstudium sollen Ärzt*innen ermutigt
73 werden, den Eingriff durchzuführen, sei es in einer Klinik oder in einer privaten
74 Praxis.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag G02: Abtreibung ist Women's healthcare-Entkriminalisierung JETZT

Antragsteller*in:	JUSO Vorstand SPD-Landesverband Saar
Sachgebiet:	G - Gleichstellung, Feminismus & Gender

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Schwangerschaftsabbrüche sind in Deutschland noch immer strafrechtlich verboten.
- 2 Diese Regelung greift tief in das körperliche und reproduktive Selbstbestimmungsrecht
- 3 von Menschen mit Uterus ein. Außerdem ist die Pflicht zum Austragen einer
- 4 Schwangerschaft eine Verletzung des Rechtes auf körperliche Unversehrtheit. Doch
- 5 nicht nur die betroffene schwangere Person macht sich strafbar. Auch für die
- 6 Ärzt*innen, die Abtreibungen durchführen, ist diese medizinische Dienstleistung eine
- 7 risikoreiche Angelegenheit. Zwar bleiben Betroffene sowie Ärzt*innen aufgrund der
- 8 „Beratungsregelung“ meist straffrei, trotzdem ist die Durchführung eines
- 9 Schwangerschaftsabbruches prinzipiell rechtswidrig.

- 10 Die Regelung im Strafgesetzbuch hat nicht nur eine Wirkung auf Betroffene und
- 11 medizinisches Personal. Sie zeigt auch eine Wirkung nach außen.
- 12 Schwangerschaftsabbrüche und Menschen, die sie durchführen und erhalten, sind
- 13 weiterhin gesellschaftlich stigmatisiert. Das zeigt sich unter anderem darin, dass
- 14 sogenannte „Pro Life“-Demonstrationen vor Abtreibungskliniken nicht selten sind.
- 15 Problematisch ist außerdem, dass es durch die aktuelle Regelung für ungewollt
- 16 Schwangere sehr schwer ist, an Informationen und medizinische Versorgung zu kommen.
- 17 Insbesondere in Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz ist die Lage so
- 18 schlecht, dass eine angemessene medizinische Versorgung dieser Menschen nicht
- 19 gewährleistet ist. Zudem spielen auch die Kosten einer Behandlung eine Rolle.
- 20 Aufgrund des geltenden Rechts werden Schwangerschaftsabbrüche nach der
- 21 Beratungslösung nicht von den Krankenkassen übernommen. Obwohl einkommensschwache
- 22 Menschen durch die Bundesländer entlastet werden, trägt der Kostenfaktor zu einem
- 23 Bild von Abtreibung als „teures Verhütungsmittel“ und somit zur weiteren
- 24 Stigmatisierung bei.

- 25 Nach der Beratungslösung ist es für ungewollt Schwangere Pflicht, eine sogenannte
- 26 „Beratungsbescheinigung“ zu erlangen. Sie bestätigt, dass die Person an einer
- 27 Schwangerschaftskonfliktberatung teilgenommen hat. Sie werden von staatlich
- 28 anerkannten Beratungsstellen ausgestellt. Während dieser Gespräche sollen der
- 29 ungewollt schwangeren Person Alternativen zum Schwangerschaftsabbruch aufgeführt
- 30 werden. Die Pflicht, an einer Beratung teilzunehmen, ist ein Eingriff in die
- 31 reproduktive Selbstbestimmung. Eine Beratung zur Schwangerschaft und Geburt hin ist
- 32 oft eine große psychische Belastung für die betroffene Person. Es zeigt sich
- 33 außerdem, dass eine Zwangsberatung keinesfalls zur Reduktion von
- 34 Schwangerschaftsabbrüchen führt. Die Entscheidung, ob eine Beratung stattfinden soll,
- 35 muss immer von der ungewollt schwangeren Person getroffen werden und darf ihr nicht
- 36 von einer übergeordneten Stelle vorgeschrieben werden. Mit der Beratungspflicht
- 37 spricht man den Betroffenen die Fähigkeit ab, selbst eine fundierte Entscheidung zu
- 38 treffen.

39 Die gesetzlichen Rahmenbedingungen schaffen eine Atmosphäre der Unsicherheit und
40 Angst, die nicht nur die Betroffenen, sondern auch die Ärzt*innen beeinflusst. Viele
41 Mediziner*innen zögern, Abtreibungen anzubieten, aus Furcht vor rechtlichen
42 Konsequenzen und gesellschaftlicher Ächtung. Diese Zurückhaltung führt zu einem
43 Mangel an verfügbaren Dienstleistungen und erschwert den Zugang zu sicheren
44 Schwangerschaftsabbrüchen. Darüber hinaus hat die Stigmatisierung einen
45 tiefgreifenden Einfluss auf die öffentliche Wahrnehmung und das gesellschaftliche
46 Klima. Frauen, die Abtreibungen in Anspruch nehmen oder darüber nachdenken, fühlen
47 sich oft isoliert und verurteilt, was zu zusätzlichem psychischen Stress und Scham
48 führt.

49 Die gesellschaftliche Stigmatisierung wird durch die Gesetzgebung weiter verstärkt,
50 da die Kriminalisierung von Abtreibungen suggeriert, dass diese medizinische
51 Entscheidung moralisch verwerflich sei. Dies trägt zu einem feindlichen Umfeld bei,
52 in dem Betroffene sich nicht frei äußern können, ohne Angst vor Verurteilung zu
53 haben. Die „Pro Life“-Demonstrationen vor Abtreibungskliniken sind ein sichtbares
54 Zeichen dieses sozialen Drucks und können für die betroffenen Frauen einschüchternd
55 und traumatisierend sein.

56 Die Pflicht zur Teilnahme an einer Schwangerschaftskonfliktberatung ist ebenfalls ein
57 umstrittenes Thema. Diese Beratungen sollen den Frauen Alternativen zum
58 Schwangerschaftsabbruch aufzeigen und sicherstellen, dass sie eine „informierte
59 Entscheidung“ treffen. Diese Pflicht ist paternalistisch und stellt eine weitere
60 Hürde dar. Für viele Frauen ist die Teilnahme an einer solchen Beratung eine
61 psychische Belastung, da sie sich in einer ohnehin schwierigen und emotional
62 belastenden Situation befinden. Zwangsberatungen führen zudem nicht zu einer
63 signifikanten Reduktion von Schwangerschaftsabbrüchen, sondern verzögern lediglich
64 den Prozess und erhöhen den Stress für die Betroffenen.

65 Die Beratungspflicht untergräbt auch das Vertrauen in die Entscheidungsfähigkeit der
66 Frauen. Sie impliziert, dass Frauen nicht in der Lage sind, selbstständig eine
67 fundierte Entscheidung zu treffen und dass ihre Urteilsfähigkeit durch externe
68 Einflüsse gesteuert werden muss. Dies ist nicht nur eine Bevormundung, sondern auch
69 eine Form der Diskriminierung, die Frauen als weniger kompetent und autonom
70 darstellt.

71 Eine weitere kritische Betrachtung verdient die Rolle des Staates in dieser Thematik.
72 Die restriktiven Regelungen und die damit verbundene Stigmatisierung reflektieren
73 tief verwurzelte patriarchale Strukturen und moralische Vorstellungen, die Frauen und
74 ihre Körper kontrollieren und ihre Autonomie einschränken. Der Staat tritt als
75 moralische Instanz auf, die das Recht der Frauen auf Selbstbestimmung infrage stellt
76 und ihnen die Fähigkeit abspricht, verantwortungsvolle Entscheidungen über ihren
77 eigenen Körper zu treffen.

78 Es ist notwendig, die Gesetze zu reformieren und eine Entkriminalisierung von
79 Schwangerschaftsabbrüchen anzustreben. Dies würde nicht nur die rechtliche und
80 medizinische Situation verbessern, sondern auch zu einer Entstigmatisierung und einer
81 humaneren Behandlung der betroffenen Personen beitragen. Eine umfassende Aufklärung
82 und der freie Zugang zu Informationen sowie eine unterstützende und respektvolle

83 medizinische Versorgung sind entscheidende Schritte auf dem Weg zur Beseitigung
84 patriarchaler Strukturen!

85 Deshalb fordern wir:

- 86 • Eine Regelung von Schwangerschaftsabbrüchen außerhalb des Strafgesetzbuches
- 87 • Eine Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen innerhalb einer Frist von 12
88 Wochen oder bis der Fötus außerhalb des Uterus überlebensfähig wäre
- 89 • Eine Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen bei medizinischer und
90 kriminologischer Indikation ohne Frist
- 91 • Eine Abschaffung der Beratungspflicht von ungewollt Schwangeren
- 92 • Eine Einführung eines Rechtsanspruches auf Beratung für ungewollt Schwangere
- 93 • Eine Finanzierung von Schwangerschaftsabbrüchen durch die Krankenkassen und
94 Aufnahme in deren Leistungskatalog
- 95 • Eine verbesserte Aus- und Weiterbildung von Ärzt*innen, insbesondere
96 Gynäkolog*innen, mit Fokus auf die Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen
97 sowie die Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen fest im Medizinstudium zu
98 verankern

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag G03: Mutterschutz bei Fehlgeburten

Antragsteller*in:	JUSO Vorstand SPD-Landesverband Saar
Sachgebiet:	G - Gleichstellung, Feminismus & Gender

Die Versammlung möge beschließen:

1 **Analyse:**

2 Über einen langen Zeitraum hinweg galten Fehl- und Totgeburten in unserer
3 Gesellschaft als stark tabuisierte Themen. Dieses gesellschaftliche Tabu führte dazu,
4 dass sowohl das Wissen über die Ursachen und die Häufigkeit solcher tragischen
5 Ereignisse als auch das Verständnis für die damit einhergehenden psychischen und
6 physischen Belastungen der Betroffenen stark limitiert waren. Diesem
7 Informationsdefizit war es geschuldet, dass Frauen* und Personen mit Uterus und ihre
8 Familien oft mit Schuldzuweisungen und Schamgefühlen konfrontiert wurden, was
9 wiederum den ohnehin schon immens hohen Leidensdruck nach einem solchen Verlust noch
10 weiter verstärkte. Die Kombination aus persönlichem Verlust und fehlendem
11 gesellschaftlichen Rückhalt trug somit wesentlich dazu bei, dass die Betroffenen sich
12 isoliert und unverstanden fühlten.

13 Fehlgeburten bleiben in vielen Gesellschaften gerade deswegen ein Tabuthema, da sie
14 tief in patriarchalen Normen verwurzelt sind, die Frauen* und Personen mit Uterus auf
15 ihre Rolle als Gebärende reduzieren. Diese Tabuisierung spiegelt die kulturelle
16 Erwartung wider, dass das weibliche Geschlecht in erster Linie für die Fortpflanzung
17 verantwortlich ist, und stellt ein Scheitern dieser Aufgabe als persönliche
18 Niederlage dar. In einem patriarchal geprägten Umfeld wird der Schmerz und das Leid,
19 das durch Fehlgeburten verursacht wird, häufig marginalisiert und als weniger
20 bedeutsam angesehen, was dazu führt, dass Betroffene ihr Leid im Stillen ertragen
21 müssen. Diese Unsichtbarmachung von Fehlgeburten verstärkt nicht nur das individuelle
22 Leid, sondern hält auch strukturelle Ungleichheiten aufrecht, indem sie die Kontrolle
23 über reproduktive Rechte und Gesundheit weiterhin patriarchalen Normen unterordnet.

24 Indem Fehlgeburten tabuisiert werden, wird nicht nur das Recht auf Trauer und
25 öffentliche Anerkennung des Verlustes verweigert, sondern auch die Möglichkeit, über
26 die gesundheitlichen und psychischen Folgen zu sprechen und angemessene Unterstützung
27 zu erhalten, eingeschränkt. Eine feministische Perspektive fordert daher die
28 Anerkennung von Fehlgeburten als gesellschaftlich relevantes Thema und die
29 Enttabuisierung dieser Erfahrung, um die patriarchalen Strukturen, die das Schweigen
30 und die Scham um diese Thematik stützen, zu beseitigen. Ein solcher Ansatz ermöglicht
31 es, die Diskussion über reproduktive Gesundheit und Rechte zu erweitern und die
32 Bedürfnisse von Personen mit Uterus in den Mittelpunkt zu stellen. Das würde nicht
33 nur die individuelle Autonomie stärken, sondern auch einen wichtigen Beitrag zur
34 Dekonstruktion patriarchaler Machtverhältnisse leisten.

35 Besonders betroffen von diesen patriarchalen Strukturen sind Frauen* und Personen mit
36 Uterus im globalen Süden sowie Women of Color, die zusätzlich zu den Belastungen von
37 Fehlgeburten auch unter postkolonialen und rassistischen Machtstrukturen leiden. In
38 vielen Regionen des globalen Südens verschärfen Armut, mangelnde

39 Gesundheitsversorgung und restriktive Gesetze die ohnehin schon prekäre Situation von
40 Frauen* und Personen mit Uterus, was die Tabuisierung und das Schweigen rund um
41 Fehlgeburten weiter verstärkt. Aus einer international feministischen Perspektive ist
42 es daher unerlässlich, diese Thematik auch in einem globalen Kontext zu betrachten
43 und die spezifischen Herausforderungen, mit denen Women of Color konfrontiert sind,
44 in den Fokus zu rücken.

45 Die Enttabuisierung von Fehlgeburten muss daher auch eine globale Dimension haben, um
46 sicherzustellen, dass alle Betroffenen, unabhängig von ihrer Herkunft oder Hautfarbe,
47 die notwendige Unterstützung und Anerkennung erhalten. Schlussendlich bedeutet die
48 feministische Auseinandersetzung mit Fehlgeburten, diese Erfahrungen als Teil eines
49 umfassenden Kampfes für Gleichberechtigung, reproduktive Gerechtigkeit und die
50 Bekämpfung von Rassismus und kolonialen Machtverhältnissen zu betrachten.

51 Die Aufklärung über Fehlgeburten stellt nicht nur eine medizinische Notwendigkeit
52 dar, sondern muss auch als ein zentraler Bestandteil des Bildungsauftrags in einer
53 Gesellschaft verstanden werden, die sich für Gleichberechtigung und soziale
54 Gerechtigkeit einsetzt. Bildungssysteme, die das Thema Fehlgeburten systematisch
55 ausklammern, tragen zur Reproduktion patriarchalen Normen bei, indem sie ein
56 Schweigen um die Thematik aufrechterhalten. Eine umfassende Aufklärung über
57 Fehlgeburten würde nicht nur dazu beitragen, das gesellschaftliche Bewusstsein für
58 die Häufigkeit und die psychischen wie physischen Auswirkungen dieser Erfahrungen zu
59 schärfen, sondern auch die Grundlage für eine informierte und empathische
60 Gesellschaft schaffen. Dies ist insbesondere in einer Gesellschaft wichtig, die sich
61 für die Rechte von Frauen* und Personen mit Uterus starkmacht und die strukturellen
62 Barrieren, die ihnen im Zugang zu Wissen und Unterstützung entgegenstehen, abbauen
63 will.

64 Die Integration von Fehlgeburten in den Bildungsauftrag kann dazu beitragen,
65 patriarchale Tabus zu brechen und eine Kultur des offenen Dialogs und der
66 Unterstützung zu fördern. Darüber hinaus ist die Aufklärung über Fehlgeburten eine
67 Frage der sozialen Gerechtigkeit, da sie alle Menschen, unabhängig von Geschlecht,
68 Klasse oder ethnischer Zugehörigkeit, in die Lage versetzt, informierte
69 Entscheidungen über ihre Gesundheit und ihr Leben zu treffen. Insbesondere für
70 Menschen aus marginalisierten Gruppen, wie Women of Color oder Personen im globalen
71 Süden, ist eine solche Aufklärung entscheidend, da sie oft zusätzlich zu den
72 körperlichen und emotionalen Herausforderungen auch mit systemischer Diskriminierung
73 und unzureichender Gesundheitsversorgung konfrontiert sind. Ein Bildungsauftrag, der
74 die Aufklärung über Fehlgeburten umfasst, ist dabei als emanzipatorischer Akt zu
75 verstehen, der dazu beiträgt, die reproduktiven Rechte und die körperliche Autonomie
76 von Frauen* und Personen mit Uterus zu stärken.

77 Erfreulicherweise beginnt sich dieses Tabu langsam zu lösen, was wiederum dazu führt,
78 dass die vielfältigen Folgen von Fehl- und Totgeburten zunehmend in den Fokus der
79 öffentlichen Aufmerksamkeit rücken. Eine gesteigerte Sensibilität für die Problematik
80 ist nicht nur innerhalb der Gesellschaft zu beobachten, sondern auch auf politischer
81 Ebene, wo verstärkt über entsprechende Schutzmaßnahmen und Unterstützungsangebote
82 diskutiert wird.

83 Gemäß den Informationen des Deutschen Bundestags durchleben etwa ein Drittel aller
84 Personen mit Uterus bis zur 12. Schwangerschaftswoche (SSW) eine Fehlgeburt, was die
85 Häufigkeit dieses Ereignisses unterstreicht. Auch nach dieser kritischen Phase bleibt
86 das Risiko signifikant, da es zwischen der 12. und der 20. Schwangerschaftswoche
87 weiterhin relativ hoch ist. Eine detaillierte Analyse der Versichertendaten der IKK
88 zeigt zudem, dass mehr als 60 Prozent der Personen mit Uterus, die eine Fehlgeburt
89 erlitten haben, im Anschluss an dieses Ereignis psychische Erkrankungen entwickeln.
90 Diese Zahl verdeutlicht die tiefgreifenden Auswirkungen auf die psychische Gesundheit
91 der Betroffenen und hebt die Notwendigkeit umfassender Unterstützung und Intervention
92 hervor.

93 Die gegenwärtige Rechtslage in Deutschland unterscheidet strikt zwischen einer
94 Fehlgeburt vor der 24. Schwangerschaftswoche, in der davon ausgegangen wird, dass der
95 Fötus noch nicht lebensfähig ist, und einer Totgeburt nach der 24.
96 Schwangerschaftswoche. Diese Unterscheidung ist von besonderer Bedeutung, da sie
97 direkte Auswirkungen auf die Rechte der betroffenen Personen mit Uterus hat. Im Falle
98 eines Verlustes des Kindes vor der 24. Schwangerschaftswoche steht der betroffenen
99 Person kein Anspruch auf Mutterschutz zu. Erst ab der 24. Schwangerschaftswoche
100 besteht das Recht auf 18 Wochen Mutterschutz sowie auf den Bezug von
101 Mutterschaftsgeld gemäß § 24i SGB V. Zusätzlich spielt das Gewicht des Kindes eine
102 entscheidende Rolle: Sollte das Kind ein Gewicht von 500 Gramm oder mehr aufweisen,
103 erhält die betroffene Person bereits vor der 24. Schwangerschaftswoche Anspruch auf
104 Mutterschutz. Zudem besteht für Personen mit Uterus ab der 12. Schwangerschaftswoche
105 ein besonderer Kündigungsschutz.

106 Diese gesetzliche Unterscheidung nach Gewicht und Geburtszeitpunkt wird jedoch der
107 emotionalen und physischen Belastung, die mit einer Fehlgeburt einhergeht, in vielen
108 Fällen nicht gerecht. Körperliche Beeinträchtigungen sowie psychische
109 Traumatisierungen sind häufige Folgen von Fehlgeburten und betreffen die Betroffenen
110 unabhängig vom Zeitpunkt des Verlustes. Vor diesem Hintergrund erscheint es
111 unangemessen, dass Personen mit Uterus gezwungen sind, sich für eine
112 Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung zu bemühen, anstatt unmittelbar und umfassend
113 rechtlich geschützt zu werden. Angesichts der tiefgreifenden psychischen und
114 physischen Belastungen, die mit einer Fehlgeburt einhergehen, sollte es eine
115 Selbstverständlichkeit sein, dass betroffene Personen einen uneingeschränkten
116 Anspruch auf Schutz und Unterstützung haben, ohne zusätzliche bürokratische Hürden
117 überwinden zu müssen.

118 **Daher fordern wir:**

119 Jeder Person mit Uterus muss nahe einer erlittenen Fehlgeburt ein gesetzlicher
120 Mutterschutz haben, der sich nicht von dem einer Totgeburt unterscheidet.
121 HierbeisollteeskeineDeadlinegeben undnichtnachderSchwangerschaftswoche
122 unterschieden werden.

Antrag G04: Femizide - Geschlechtsbezogene Gewalt stoppen!

Antragsteller*in:	JUSO Vorstand SPD-Landesverband Saar
Sachgebiet:	G - Gleichstellung, Feminismus & Gender

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Der Begriff „Femizid“ bezeichnet Tötungen von FINTA*-Personen[1] aufgrund
- 2 geschlechtsspezifischer Gründe. Femizide haben gemein, dass sie vor einem
- 3 patriarchalen Hintergrund verübt werden. Sobald sich FINTA* gegen Herrschaftsgefüge
- 4 wehren, sich dem Zugriff der Männer entziehen und sich ihren Forderungen widersetzen,
- 5 glauben diese, dass ihnen etwas genommen wird, das ihnen zusteht. Manche werden
- 6 gewalttätig und töten.
- 7 Der gefährlichste Ort für eine FINTA* ist immer noch das eigene Zuhause. Alle drei
- 8 Minuten misshandelt ein Mann seine Partnerin, jeden Tag versucht ein Mann, seine
- 9 (Ex)-Partnerin zu töten, an jedem zweiten bis dritten Tag gelingt es einem.
- 10 Nach solchen Taten wird oft von „Eifersuchtsdramen“ oder „Familientragödien“
- 11 gesprochen – ein Narrativ, das die strukturellen Machtverhältnisse, die hinter dieser
- 12 Art von Tötungen stehen, völlig außer Acht lässt.
- 13 Doch eine solche Verharmlosung und Relativierung der Gewalt findet sich nicht nur in
- 14 der Berichterstattung, sondern auch bei öffentlichen Stellen und Diskussionen sowie
- 15 in der Rechtsprechung wieder.
- 16 Immer wieder werden hier Tötungen von FINTA* nicht als Morde, sondern bestenfalls als
- 17 Totschlag oder Körperverletzung mit Todesfolge verurteilt.
- 18 Das Mordmerkmal des niedrigen Beweggrundes wurde in einem Beschluss des
- 19 Bundesgerichtshofs mit der Begründung abgelehnt, dass „gerade der Umstand, dass die
- 20 Trennung vom Tatopfer ausgegangen ist, (...) als gegen die Niedrigkeit des
- 21 Beweggrundes sprechender Umstand beurteilt werden [muss]. [2]
- 22 Auch der Vorsatz, die Frau töten zu wollen, wurde in einem Urteil verneint, weil der
- 23 Ehepartner seine Frau „liebte“ und „sein Leben im eigentlichen Sinne aus dem
- 24 Zusammensein mit ihr (...) bestand“.[3]
- 25 An solchen Urteilen wird deutlich, dass es oft die eigenen, nicht hinterfragten
- 26 Vorstellungen und Werte der Richtenden sind, die erheblichen Einfluss auf die Urteile
- 27 haben und die zu einer eklatante Lücke bezüglich einer einheitlichen Verurteilung von
- 28 Femiziden führt.
- 29 Es ist jedoch unabdingbar, neben repressiven auch die präventiven Maßnahmen in den
- 30 Blick zu nehmen, um FINTA* besser vor Gewalt zu schützen. Die stetige Umsetzung der
- 31 Istanbul-Konvention[4] kann dabei helfen, entsprechende Maßnahmen einzuleiten. Zur
- 32 Gewährleistung einer effektiven Umsetzung der Bestimmungen der Istanbul-Konvention
- 33 überprüft ein Fachgremium des Europarats „GREVIO“ (Group of Experts on Action against
- 34 Violence against Women and Domestic Violence) gesetzgeberische und andere Maßnahmen
- 35 zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen weiblich gelesene Personen und
- 36 häuslicher Gewalt. Der erste GREVIO-Bericht 2022 durch Expert*innen des Europarats
- 37 stellt der deutschen Regierung ein eher durchwachsenes Zeugnis bei der Umsetzung der
- 38 Istanbul-Konvention aus.[5]

39 Insbesondere Deutschland hängt im Kampf gegen geschlechtsbezogene Gewalt hinterher.
40 Nach Untersuchungen des europäischen Instituts für Gleichstellung (EIGE) hatte
41 Deutschland 2018 die achthöchste Anzahl an Femiziden, bezogen auf die 24
42 Mitgliedsstaaten.[6]

43 Auch das Lagebild „Häusliche Gewalt“[7] zeigt: Die Zahl der gemeldeten Fälle von
44 Gewalt ist erneut deutlich gestiegen. 2023 wurden demnach 256.276 Opfer von
45 häuslicher Gewalt erfasst. Das sind 6,5 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Betrachtet
46 man die Zahlen der letzten fünf Jahre, liegt die Zunahme der häuslichen Gewalt sogar
47 bei fast 20 Prozent. überwiegend betrifft die Gewalt Frauen: 70,5 Prozent der Opfer
48 häuslicher Gewalt sind weiblich gelesen, während die Täter zumeist Männer waren (75,6
49 Prozent).

50 Laut Statistik ist auch die Anzahl der Femizide gestiegen: Im Jahr 2023 wurden 155
51 Frauen durch ihren Partner oder Ex-Partner umgebracht - 22 mehr als im Vorjahr.[8]

52 Diese alarmierenden Zahlen zeigen: Der jetzige Umfang der Präventionsmaßnahmen reicht
53 längst nicht aus, um Frauen vor Gewalt zu schützen. Insbesondere müssen nicht
54 stereotype Geschlechterrollen, gegenseitiger Respekt, gewaltfreie Konfliktlösung und
55 das Recht auf persönliche Unversehrtheit regelmäßiger und umfassender in den Blick
56 genommen werden.

57 Es bedarf eines gesamtgesellschaftlichen Wandels, um geschlechtsspezifische Gewalt
58 gegen FINTA* zu verhindern – von der Hinterfragung Geschlechterstereotype und
59 Rollenbilder über die Stärkung des Bewusstseins für die Rechte und Bedürfnisse von
60 FINTA* bis hin zu einer wirksameren Strafverfolgung. Femizide dürfen weder ignoriert
61 noch verharmlost werden, sondern müssen zunehmend sichtbarer gemacht werden.

62 Wir fordern:

63 Verpflichtende Ausbildungsbestandteile sowie Fortbildungen, insbesondere für
64 Psychotherapeut:innen, Gesundheitspersonal, Polizei, Staatsanwaltschaften und Justiz,
65 einzuführen, wie in Artikel 15 der Istanbul-Konvention erklärt, mit dem Ziel der

66 Sensibilisierung, damit zukünftig insbesondere bei Taten in (Ex-)Beziehungen eine
67 strafverschärfende Berücksichtigung geprüft wird,

68 Sensibilisierung für die Bedürfnisse und Rechte der von Gewalt Betroffenen, um
69 Geschlechterstereotype zu überwinden und sekundärer Viktimisierung vorzubeugen,

70 Sensibilisierung für eine angemessene Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, die nicht
71 zur Bagatellisierung von Femiziden beiträgt.

72 dafür zu sorgen, dass die betroffenen Stellen (Strafverfolgungsbehörden,
73 Justizbehörden, Gesundheits- und Sozialdienste) Daten erheben und diese nach
74 genderspezifischen Eigenschaften, Alter des Opfers und des Täters, ihrer Beziehung
75 zueinander, dem Tatort und der Art der Gewalt aufgeschlüsselt werden und dass die
76 Datenerhebung zwischen den Strafverfolgungsbehörden und dem Justizsektor harmonisiert
77 wird, um die Fälle von der Anzeigenerstattung über die Strafverfolgung bis zu Gericht
78 analysieren zu können,

79 die Forschung von geschlechtsspezifischer Gewalt zu fördern, um ihre eigentlichen
80 Ursachen und ihre Auswirkungen, ihr Vorkommen und die Verurteilungsquote zu
81 untersuchen,

82 auf eine Reform des nationalen Strafrechts hinzuwirken, um eine Konformität der

83 Rechtspraxis mit den Anforderungen der Istanbul-Konvention zu erzielen,
84 die Bearbeitungszeit bei den Strafverfolgungsbehörden zu verkürzen, damit
85 gewaltbetroffene FINTA* zeitnah zu ihrem Recht kommen;
86 das Bundesförderprogramm "Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen" finanziell deutlich
87 aufzustocken. Ferner muss das Programm entfristet werden, sodass die Länder besser
88 planen können.
89 die regelmäßige Durchführung von Kampagnen und Programmen zur Bewusstseinsbildung auf
90 allen Ebenen, um in der breiten Öffentlichkeit das Bewusstsein und das Verständnis
91 für die unterschiedlichen Erscheinungsformen von geschlechtsbezogener Gewalt zu
92 verbessern,
93 die Aufnahme von Themen wie Gleichstellung von FINTA* und Männern, Aufhebung von
94 Rollenzuweisungen, geschlechtsbezogene Gewalt gegen Frauen und Bewusstseinsbildung im
95 Hinblick auf gängige Sexual- und Vergewaltigungsmythen in die offiziellen Lehrpläne
96 auf allen Ebenen des Bildungssystems,
97 Täterarbeit in Form von freiwilligen Kursen, in denen u.a. gelehrt wird, wie
98 Konflikte gewaltfrei, also ohne anderen physischen oder psychischen Schaden
99 zuzufügen, gelöst werden können. Des Weiteren soll es Schutz- und Hilfsangebote
100 geben, um den Tätern zu helfen, ihr Verhalten zu verbessern und eine Wiederholungstat
101 zu verhindern.

102 Quellen:

103 [1] Im Folgenden wird in diesem Antrag immer wieder auch von Frauen gesprochen. Das
104 liegt daran, dass in den zitierten Urteilen Frauen ermordet wurden und in den
105 Statistiken nur binäre Geschlechtskategorien (Mann und Frau) erfasst werden. Es ist
106 selbstverständlich klar, dass alle weiblich gelesenen Personen von dieser patriarchalen
107 Gewalt betroffen sind.

108 [2] BGH – Beschluss v. 21. Februar 2018 – 1 StR 351/17 Rn. 10; a.A.: BGH - Beschluss
109 v. 06.12.2022 - 5-StR 479/22 Rn. 5.

110 [3] LG Wuppertal - Urteil v. 27.01.2021 KS 45 Js 89/15-25/16 Rn. 79.

111 [4] <https://rm.coe.int/1680462535>.

112 [5]

113 [https://www.bmfsfj.de/resource/blob/202386/3699c9bad150e4c4ff78ef54665a85c2/grevio-
114 evaluierungsbericht-istanbul-konvention-2022-data.pdf](https://www.bmfsfj.de/resource/blob/202386/3699c9bad150e4c4ff78ef54665a85c2/grevio-evaluierungsbericht-istanbul-konvention-2022-data.pdf).

115 [6]

116 [https://eige.europa.eu/sites/default/files/documents/20211578_pdf_mh0821037den_002.pd
117 f](https://eige.europa.eu/sites/default/files/documents/20211578_pdf_mh0821037den_002.pdf).

118 [7]

119 [https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/JahresberichteUndLagebilder/
120 HaeuslicheGewalt/HaeuslicheGewalt2023.html?nn=219004](https://www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/JahresberichteUndLagebilder/HaeuslicheGewalt/HaeuslicheGewalt2023.html?nn=219004).

121 [8]

122 [https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/lagebild-haeusliche-gewalt-
124 2201488#:~:text=Das%20Lagebild%20%E2%80%9EH%C3%A4usliche%20Gewalt%E2%80%9C%20zeigt,me
hr%20als%20im%20Jahr%20zuvor](https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/lagebild-haeusliche-gewalt-2201488#:~:text=Das%20Lagebild%20%E2%80%9EH%C3%A4usliche%20Gewalt%E2%80%9C%20zeigt,me
123 hr%20als%20im%20Jahr%20zuvor).

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag G05: Die schönste Nebensache der Welt: Warum gerechte Bezahlung im Frauenfußball längst überfällig ist

Antragsteller*in:	JUSO Vorstand SPD-Landesverband Saar
Sachgebiet:	G - Gleichstellung, Feminismus & Gender

Die Versammlung möge beschließen:

1 Analyse:

2 „Fußball ist kein Frauensport. Wir werden uns mit dieser Angelegenheit nie ernsthaft
3 beschäftigen.“, Peco Bauwens, ehemaliger DFB Präsident, unter seiner Präsidentschaft
4 wurde der Frauenfußball verboten. „Ist Fußball wirklich eine Frauensportart? Darüber
5 kann man diskutieren, ich bin ein toleranter Mensch. Bitte wenn's ihnen Spaß macht.“,
6 Oliver Kahn, deutscher Fußballtorwart und Fußballfunktionär.

7 Ein Fußballer in der dritten Liga erhält im Schnitt 10.000 Euro monatlich, das
8 Durchschnittsgehalt in der Bundesliga liegt bei jährlich 1,4 Millionen Euro. Hierbei
9 handelt es sich jedoch nur um die Gehaltslisten männlicher Sportler. Eine
10 Spitzensportlerin wie Alexandra Popp, Kapitänin und Hauptstütze der Frauennationalelf
11 verdient demgegenüber ungefähr 40.000â,- im Jahr. Nirgendwo ist das Gefälle zwischen
12 männlichen und weiblichen Personen größer als im Profifußball. Im Vorfeld der EM 2022
13 wurde die Siegprämie für Nationalspielerinnen vom DFB von 37.500 Euro auf 60.000 Euro
14 angehoben. Bei einem EM-Sieg hätten die deutschen Nationalspielerinnen also jeweils
15 60.000 Euro erhalten. Eine Summe, die sich sehen lassen kann. Jedoch nur solange man
16 sie nicht mit den Siegprämien der DFB â€“ Männer vergleicht. Ein EM-Titel hätte für
17 diese im Jahr 2021 mitunter 400.000 Euro Prämie pro Spieler bedeutet. Laut dem
18 ehemaligen DFB-Direktor Oliver Bierhof sei diese Lücke vor allem auf „erhebliche
19 Unterschiede bei Umsätzen und Einnahmen“ zurückzuführen. Doch ist dies der einzige
20 Grund? Frauenfußball generiert derzeit weniger Einnahmen als Männerfußball, das ist
21 Fakt. Um mehr Einnahmen und Umsätze zu erlangen, braucht es jedoch Investitionen. Nur
22 wenn mehr Geld in Förderung, Ausbildung und Unterstützung der Spielerinnen gesteckt
23 wird, können diese sich weiterhin im Weltfußball behaupten und der Sport mehr
24 Aufmerksamkeit erlangen. Die Spielerinnen verdienen Anerkennung für ihre Leistungen.
25 Zumal die Einschaltquoten für Spiele der Frauen Nationalelf bei der WM 2023 höher
26 waren als die der Männer bei der WM 2022. Es fehlt nicht nur an einer angemessenen
27 Bezahlung, sondern auch an besseren Grundbedingungen. Eine Frau in der deutschen
28 Nationalmannschaft oder eine die in der ersten Bundesliga spielt, tut dies mit großer
29 Wahrscheinlichkeit aus Leidenschaft für den Sport und das Spiel. Doch meist genügt
30 dies nicht und sie braucht eine Beschäftigung neben ihrer sportlichen Berufung. Auch
31 eine Altersabsicherung ist für Frauen im Profifußball meist nur eine
32 Wunschvorstellung. Dabei handelt es sich hierbei um eine für Sportler*innen
33 vergleichsweise wichtige Thematik. Denn irgendwann zwischen 30 und 40 beenden die
34 meisten Sportler*innen ihre aktiven Karrieren. Während die meisten männlichen
35 Profifußballer mit Ende ihrer Karrieren über ausreichend Rücklagen verfügen dürften,
36 ist dies im Frauenfußball eher eine Wunschvorstellung. Eine Frau, die dem Traum einer
37 Karriere auf dem grünen Rasen nachgeht, kann dies mitunter nie zu 100%. In den
38 meisten Fällen braucht sie eine entsprechende Absicherung in Form einer Ausbildung

39 oder eines Studiums. Etwas, das sie teilweise stark einschränkt. Es ist nur logisch,
40 dass eine Person, die mitunter einen 40-Stunden-Job hat, nicht über die gleichen
41 Voraussetzungen verfügt, wie jemand, der sich ganz der sportlichen Karriere widmen
42 kann. Wer nebenbei noch arbeitet, kann mitunter nicht automatisch die gleichen
43 sportlichen Leistungen erbringen wie eine Person, die sich vollständig auf ihr
44 Training konzentrieren kann. Spätestens ab der 2. Fußball-Bundesliga ist für einen
45 männlichen Spieler ein Job oder Studium obsolet. Vermutlich würde ihm sogar von einer
46 Nebenbeschäftigung abgeraten werden, damit er sich vollständig auf seine Leistung im
47 Training und auf dem Platz fokussieren kann. Doch dies ist eben nur die Realität
48 männlicher Fußballer, nicht aber weiblicher Spielerinnen. Es geht nicht darum, dass
49 Spielerinnen Millionen fordern, sondern dass man ihnen die gleichen
50 Grundvoraussetzungen und die gleiche Förderung zur Verfügung stellt. Ein Verband, der
51 seinen Männern teilweise Millionen zahlt, aber als Sportart von seinen
52 Frauenvertreterinnen oft nicht einmal hauptberuflich betrieben werden kann, sollte
53 seine Einstellungen und seine Mittelverteilung überdenken. Während der letzten
54 Europameisterschaft kündigten bereits 8 Länder an, eine gewisse Form an Equal Pay
55 durchzuführen. Deutschland war keines davon. So fortschrittlich unsere
56 Frauennationalmannschaft auch ist, so rückwärtsgewandt scheint der DFB, wenn es darum
57 geht, seine Spielerinnen gerecht zu bezahlen. Es ist an der Zeit, dass wir uns unsere
58 Nachbarländer wie England, Norwegen, Finnland, Schweden, Island, Spanien, die
59 Niederlande und die Schweiz zum Vorbild nehmen und unseren Frauenfußball endlich
60 entsprechend honorieren. Nur so kann gewährleistet werden, dass auch künftig junge
61 Frauen sich dieser Sportart zuwenden und große spielerische Vorbilder haben, zu denen
62 sie aufblicken können.

63 **Forderungen:**

- 64 • Eine bessere Bezahlung und höhere Prämien für Frauen im Fußballsport.
 - 65 • Gleiche Rahmenbedingungen und vergleichbare Förderung von Anfang an. Hierzu
66 zählen insbesondere geschulte Spielanalyt*innen, ausreichend Trainer*innen und
67 eine professionelle Trainingsausstattung.
- 68 Denn im Fokus sollte immer der Spaß am Spiel und nicht der Marktwert oder der Umsatz
69 stehen. Nur so kann die Zukunft des deutschen Frauenfußballs gefördert und gesichert
70 werden.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag G06: Sterilisation

Antragsteller*in:	JUSO Vorstand SPD-Landesverband Saar
Sachgebiet:	G - Gleichstellung, Feminismus & Gender

Die Versammlung möge beschließen:

1 **Analyse:**

2 Möchte eine Mitte 20-jährige Person mit Uterus eine Sterilisation durchführen, hat
3 sie es innerhalb der Gesellschaft sehr schwer und stößt oftmals auf Unverständnis.
4 Noch schlimmer als das ist das mangelnde Verständnis und die Ablehnung dieses
5 Eingriffes von Gynäkolog*innen selbst. Praxen die dies jedoch anbieten sind schwer zu
6 finden und bleiben aus Angst vor Kritik unter dem Radar. (Quelle:
7 <https://www.selbstbestimmt-steril.de/2022/01/19/darum-k%C3%B6nntest-du-deine-sterilisation-bereuen/>). Jeder Mensch sollte über seinen Körper bestimmen dürfen. Die
8
9 Aufhebung von Paragraph 219a war dazu schon ein wichtiger Schritt. Um weiter vorne zu
10 beginnen, muss die Verhütungsmethode durch Sterilisation für alle Personen mit
11 Uterus, die sich aus freiem Willen dazu entscheiden, möglich sein.

12 Eine volljährige Frau muss über ihren eigenen Körper frei entscheiden können und die
13 Möglichkeit haben, sich auf ihren eigenen Wunsch sterilisieren lassen zu können, egal
14 in welchem Alter, solange die Volljährigkeit erreicht ist. Viele Gynäkolog/innen
15 lehnen dies ab. Gynäkologische Praxen, die solch einen Eingriff jedoch anbieten
16 bleiben oft versteckt aus Angst vor Kritik und Anfeindungen.

17 **Forderungen:**

18 Darum sollte es eine Institution geben, in welche sich Praxen, die eine Sterilisation
19 anbieten, eintragen können und sich Personen mit Uterus hinwenden können um über
20 ihren Entschluss zu sprechen und beraten zu lassen.

21 Darüber hinaus fordern wir, dass eine Verbesserung der Sicherheit der behandelnden
22 Ärzt*innen und der Hilfesuchenden gewährleistet wird.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag G07: Mutterschutz bei Fehlgeburten

Antragsteller*in:	Juso AG-Landeskonferenz SPD-Landesorganisation Bremen
Sachgebiet:	G - Gleichstellung, Feminismus & Gender

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Auch bei einer Fehlgeburt innerhalb der ersten zwölf Wochen einer Schwangerschaft
- 2 soll Müttern automatisch zwei Wochen Mutterschutz zustehen – bei längerer Dauer der
- 3 Schwangerschaft länger. Auf freiwilliger Basis kann vor Ende des Schutzzeitraums in
- 4 das Arbeitsverhältnis zurückgekehrt werden.

Begründung

Der Mutterschutz soll Müttern ermöglichen, sich zu schonen oder zu erholen. Dabei geht es nicht nur um die Erholung von körperlichen Strapazen oder möglichen Geburtsverletzungen, sondern auch um die Bewältigung potenziell psychischer Belastungen, die durch Geburten entstehen können.

Auch bei einer Totgeburt, definiert als Geburt eines Kindes mit einem Gewicht von mindestens 500 Gramm oder ab der 24. Schwangerschaftswoche, gilt die allgemeine Schutzfrist nach der Entbindung. Für Fehlgeburten, bei denen das Gewicht des Babys weniger als 500 Gramm beträgt und die vor der 24. Schwangerschaftswoche erfolgen, besteht jedoch kein Mutterschutz.

Angesichts der starken psychischen Belastungen, denen Mütter auch bei Fehlgeburten ausgesetzt sind, ist dies nicht nachvollziehbar. Zwar gilt ab der zwölften Schwangerschaftswoche ein besonderer Kündigungsschutz, und auch das Recht auf ärztliche Behandlung oder Betreuung bleibt unbenommen. Dennoch muss eine mögliche Arbeitsunfähigkeit ärztlich bescheinigt werden. Betroffene berichten, dass eine Krankschreibung nicht selbstverständlich ist und oft vorausgesetzt wird, dass man nach einer Fehlgeburt ohne Probleme wieder arbeiten könne. Deswegen muss auch bei Fehlgeburten unkompliziert sichergestellt werden, dass Betroffenen ausreichend Zeit gegeben wird, das Geschehene zu verarbeiten und sich zu erholen.

Antrag G08: Zu wenig Zeit für zu viel Stress - warum wir eine feministische Zeitpolitik brauchen

Antragsteller*in:	Jusos Berlin
Sachgebiet:	G - Gleichstellung, Feminismus & Gender

Die Versammlung möge beschließen:

1 Viel zu viele Menschen haben viel zu wenig Zeit. Die daraus resultierende Zeitarmut
2 kann sich in bestimmten Bereichen ähnlich entwickeln wie materielle Armut, weshalb
3 freie Zeit zunehmend ein Privileg der Reichen ist. Hinzu kommt, dass nicht alle
4 Menschen den gleichen Zugriff auf ihre freie Zeit haben. FINTAs und Menschen, die von
5 Rassismus, Ableismus und anderen Diskriminierungsformen betroffen sind, müssen Zeiten
6 wählen, die für sie sicherer sind, wenn sie beispielsweise einkaufen, sich mit
7 Freund*innen treffen oder generell am öffentlichen Leben teilhaben. Daraus resultiert
8 indirekt ein Machtgefälle, nachdem die Zeit von einigen als wertvoller,
9 beziehungsweise weniger wertvoll bemessen wird.

10 Zeitarmut ist aber kein individuelles Problem, sondern Ergebnis gesellschaftlicher
11 Machtstrukturen und starrer Rollenbilder. Auch die Sozialisation von Mädchen und
12 weiblich gelesenen Personen läuft darauf hinaus, dass ihnen die permanente
13 Verfügbarkeit für Andere und damit auch Zeitstress von klein auf anezogen wird.
14 Zeitarmut ist das Ergebnis eines kapitalistischen und patriarchalen Systems.

15 Nicht nur traditionelle Rollenbilder stehen Zeitgerechtigkeit im Weg sondern in
16 großen Teilen auch die Arbeitswelt:

17 Unsere derzeitige Zeitkultur priorisiert Erwerbsarbeit als "Sinn des Lebens" und ist
18 insgesamt auf weiße, heterosexuelle cis Männer ohne Behinderung aus Westdeutschland
19 ausgerichtet. Seit den 2000er Jahren gilt die Berufstätigkeit von Frauen offiziell
20 als Ziel der Familienpolitik – Das Ideal hier ist jedoch die Mutter, die genug Zeit
21 für ihre Familie, als auch ihren 40-Stunden-Job hat. Gleichzeitig liegt es im
22 Interesse des Staates, unbezahlte Haushalts-, Pflege- und Erziehungsarbeit unsichtbar
23 zu machen und auf Familien auszulagern, wo sie dann überwiegend von FINTAs wird muss,
24 damit Männer ungehindert erwerbsarbeiten können.

25 Die aus diesem Zustand resultierende ungerechte Verteilung von Zeit hat langfristige
26 Folgen: Dadurch, dass FINTAs mehr Sorgearbeit leisten, arbeiten sie auch häufiger in
27 Teilzeit, haben eher längere Phasen der Erwerbslosigkeit und verdienen im Schnitt
28 weniger. Das Ergebnis ist weniger Rente, mehr Care-Verantwortung aber eben auch
29 weniger Freizeit. Nicht die Sorgearbeit an sich ist hier das Hauptproblem, sondern
30 dass keine Zeit, beziehungsweise Zeitsouveränität dafür vorgesehen ist.

31 Auch die GEW (Gewerkschaft für Erziehung und Wissenschaft) hat schon 2021 ein
32 Positionspapier zum Thema feministische Zeitpolitik veröffentlicht und darin den
33 Beitrag von Gewerkschaften für eine Umverteilung von Zeit abgesteckt. Außerdem werden
34 schon seit Langem verschiedene Modelle diskutiert, die mehr Zeitgerechtigkeit
35 herstellen könnten. Das Optionszeitmodell sieht vor, dass alle Menschen ein
36 Zeitbudget von beispielsweise neun Jahren haben, in denen sie ihre Erwerbsarbeit
37 bedarfsgerecht und gestückelt unterbrechen oder reduzieren, um anderen
38 gesellschaftlich relevanten Tätigkeiten nachgehen zu können, dabei finanziell

39 abgesichert sind und nicht auf Rentenpunkte verzichten müssen. Das Optionszeitmodell
40 stellt sich der klassischen Idee einer männlichen Erwerbsbiografie ohne
41 Unterbrechungen oder Teilzeit entgegen und ermöglicht Flexibilität, Selbstbestimmung
42 und eine dynamisierte Arbeitswelt, in der Unterbrechungen und Verkürzungen die neue
43 Norm sind. Das Statistische Bundesamt entwirft beispielsweise im Durchschnitt den
44 Zeitbedarf für ca. sechs Jahre Care-Arbeit, zwei Jahre Weiterbildung und einem Jahr
45 Selbstfürsorge. In unserer sozialistischen Utopie ist jede*r frei von jeglichem
46 Arbeitszwang und kann die eigenen Lebensphasen selbstbestimmt planen. Dabei soll es
47 jederzeit möglich sein, entweder einer Lohnarbeit nachzugehen, Carearbeit zu
48 verrichten oder sonstwede Tätigkeiten zu verfolgen - entscheidend ist die
49 selbstbestimmte Entscheidung des Individuums. Daher ist das Optionszeitmodell ein
50 Instrument, welches wir als sinnvollen Zwischenschritt auf dem Weg zur
51 sozialistischen Utopie verstehen.

52 Ein anderes Modell entwirft Frigga Haug mit ihrer Vier-in-einem-Perspektive, wonach
53 ein 16-stündiger Arbeitstag in vier Teilbereiche, je vier Stunden aufgeteilt werden
54 kann. Die Teilbereiche entsprechen unterschiedlichen Arbeitsbereichen: Erwerbsarbeit,
55 Sorgearbeit, Entwicklungs- und kulturelle Arbeit und gesellschaftspolitisches
56 Engagement.

57 Zusammenfassend basiert die Idee einer feministischen Zeitpolitik auf der Abkehr vom
58 kapitalistischen Wirtschaftssystem und dem traditionellen Arbeitsverständnis, das
59 sich ausschließlich auf Erwerbsarbeit fokussiert. Außerdem ist eine feministische
60 Zeitkultur intersektional und steuert somit auch anderen Diskriminierungsformen, wie
61 beispielsweise Rassismus, Ableismus und Adultismus entgegen.

62 **Deshalb fordern wir:**

- 63 • weiterhin eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung auf 25 Stunden bei vollem
64 Lohnausgleich als neues Arbeitsmodell, damit auch für alle Erwerbstätigen Zeit
65 für Care-Arbeit bleibt
- 66 • zusätzliche Arbeitszeitreduktionen, Freistellungen und Lohnersatzleistungen für
67 pflegende Angehörige
- 68 • eine Neuverteilung von Elterngeld- und Elternzeitanspruch, um eine
69 gleichberechtigte Aufteilung von Care-Arbeit zu fördern. Hierfür müssten
70 Lohnersatzleistungen flexibler gestaltet werden und einen bestimmten Anteil von
71 Monaten an das jeweilige Elternteil gebunden sein.
- 72 • Etablierung eines neuen Verhältnisses zwischen Erwerbs- und Care Arbeit, welches
73 Care Arbeit aufwertet
- 74 • eine Neubewertung beruflicher Sorgearbeit und damit die komplette
75 Vergesellschaftung des Care-Sektors. Die Gesundheit von Menschen sollte sich
76 nicht an der Rentabilität ausrichten und Kindererziehung sollte nicht profitabel
77 sein
- 78 • die Einführung eines Optionszeitmodells mit einem Zeitbudget von neun Jahre
- 79 • durch einen neuen Anspruchskatalog sollen die Zeiten der Care-Arbeit in der
80 Rentenversicherung als Pflichtbeitragszeiten ganzheitlich abgebildet werden.
81 Bislang können nur für einen bestimmten Zeitraum und unter strengen
82 Voraussetzungen entsprechende Zeiten der Kindererziehung und Pflege von

- 83 Angehörigen zur Rentensteigerung führen. Die Berücksichtigungszeiten sollen
84 vollumfänglich durch Pflichtbeitragszeiten ersetzt werden.
- 85 • im Rahmen der Novelle des Betriebsverfassungsgesetzes sollen sich durch Care-
86 Arbeit bedingte Arbeitsmodelle und -zeiten in der Personalentwicklung nicht
87 nachteilig auf die Zielerreichung von Karriereentwicklungsstufen auswirken.
88 Hierdurch sollen faktische Gehaltskürzungen im Vergleich zu anderen
89 Beschäftigten, die nicht in Care-Arbeit eingebunden sind, unterbunden werden

Antrag G09: Abschaffung der Tagessätze in Frauenhäusern durch eine ausreichende Finanzierung

Antragsteller*in:	Jusos Hessen-Nord
Sachgebiet:	G - Gleichstellung, Feminismus & Gender

Die Versammlung möge beschließen:

- 1
- 2 Abschaffung der Tagessätze in Frauenhäusern durch eine ausreichende Finanzierung
- 3

Begründung

Oft sind Frauenhäuser in Deutschland mit den anfallenden Personal- und Unterbringungskosten überfordert. Nicht selten werden diese dann auf ihre Bewohner:innen abgewälzt, was für Frauen eine hohe finanzielle Belastung darstellt und sie im schlimmsten Fall wieder zurück in die Hände der Täter treibt. Der Staat darf sich nicht länger auf Kosten von Opfern häuslicher Gewalt aus der Verantwortung ziehen und hat die Pflicht eine in der Art ausreichende Finanzierung für Frauenhäuser sicher zu stellen, dass Tagessätze in Zukunft der Vergangenheit angehören.

Antrag G10: Sicherstellung zur Kostenübernahme durch Krankenkassen von geschlechtsangleichenden Maßnahmen

Antragsteller*in:	Jusos Hessen-Nord
Sachgebiet:	G - Gleichstellung, Feminismus & Gender

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Wie fordern eine Sicherstellung zur Kostenübernahme von geschlechtsangleichenden
- 2 Maßnahmen wie Haarentfernungen, Stimmtherapien und ästhetische Eingriffen.

Antrag G11: Genderverbot verbieten! - Wir spielen die Uno-Reverse Karte

Antragsteller*in:	JUSO Vorstand SPD-LV Rheinland-Pfalz
Sachgebiet:	G - Gleichstellung, Feminismus & Gender

Die Versammlung möge beschließen:

1 Seit dem 01.04.2024 gilt in Bayern eine landesweite Regelung zur Nutzung
2 geschlechtergerechter Sprache. Mit der Änderung des § 22 Abs. 5 der Allgemeinen
3 Geschäftsordnung für die Behörden des Freistaates Bayern (AGO) gilt nun für
4 staatliche Einrichtungen wie Schulen, Hochschulen sowie Behörden:
5 „Mehrgeschlechtliche Schreibweisen durch Wortbinnenzeichen wie Genderstern,
6 Doppelpunkt, Gender-Gap oder Mediopunkt sind unzulässig.“

7

8 Somit verbietet der Freistaat Bayern die Nutzung einer genderinklusive Sprache, die
9 alle Geschlechter einbezieht. In unseren Augen ist gerade diese Art der Sprachweise
10 besonders relevant, um eine Sichtbarkeit **ALLER** Geschlechter herzustellen.

11

12 Herr Söder, der immer gegen das Verbot bestimmter Sprechweisen war und sich in
13 diesem Bereich keinen weiteren Regel unterwerfen wollte, greift nun stark in die
14 Freiheit
15 der Sprachwahl vieler ein. Im Gegenzug dazu ist das Verwenden der Gendersprache für
16 niemanden Freiheitseinschränkend.

17

18 Wir wollen nicht, dass weitere Bundesländer in eine gleiche Situation geraten,
19 weshalb wir das Genderverbot verbieten wollen! Das Verbot der Gendersprache sollte,
20 aufgrund der Wichtigkeit und Inklusivität einer geschlechtergerechten Sprache, nicht
21 zu einer politischen Maßnahme werden, mit welcher konservative, illiberale und
22 rechte

23 politische Kräfte ihre Form von Kulturkampf gesellschaftstauglich machen können. Aus
24 diesem Grund fordern wir ein Verbot der Nutzung des Genderns mit Sonderzeichen und
25 “Binnen I” allgemein, aber besonders in öffentlichen Einrichtungen, zu verbieten und
26 dieses Verbot des Verbotes gesetzlich zu normieren.

27 Deshalb fordern wir die SPD dazu auf, eine entsprechende Gesetzesgrundlage zu
28 schaffen. Außerdem fordern wir eine entsprechende Festsetzung im Grundgesetz. Die SPD
29 soll sich auf allen Ebenen hierfür einsetzen.

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag G12: Bunte Dörfer - Mehr queere Sichtbarkeit im ländlichen Raum!

Antragsteller*in:	Jusos Hessen-Süd
Sachgebiet:	G - Gleichstellung, Feminismus & Gender

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Weiterleitung: Bundesparteitag SPD
- 2 Die Akzeptanz für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt unterscheidet sich auch heute
- 3 noch zwischen großen Städten und ländlichen Regionen. Dies hängt besonders mit einer
- 4 fehlenden Sichtbarkeit von queeren Lebensformen in diesen Gebieten zusammen. Während
- 5 queere Vernetzung in Großstädten unter anderem bei Angeboten wie Jugendtreffs oder
- 6 Dialogangeboten stattfindet, fehlen in ländlich geprägten Regionen solche
- 7 Anlaufstellen. Das hat nicht selten zur Folge, dass sich queere Personen isolieren
- 8 und queere Communities kein Teil des gesellschaftlichen Lebens in kleinen Kommunen
- 9 sind. So fehlen ihnen auch Anlaufstellen zur psychologischen oder rechtlichen
- 10 Beratung, sowie Vertrauenspersonen, denen sie sich öffnen können.
- 11 Queere Personen zieht es daher im Laufe ihres Lebens vermehrt in Städte, da sie dort
- 12 auf bessere Vernetzung treffen. Das hat auch zur Folge, dass die Aufklärungsarbeit
- 13 sich diesbezüglich nicht weiterentwickelt und Berührungspunkte mit queeren
- 14 Lebensformen ausbleiben. Daher werden konservative Werte und intolerante
- 15 Einstellungen nicht abgebaut und Queer-Feindlichkeit nicht verhindert.
- 16 Auch besonders im kommunalpolitischen Kontext sind in vielen ländlich geprägten
- 17 Regionen queere Personen in politischen Ämtern unterrepräsentiert. Eine solche
- 18 fehlende Repräsentanz trägt dazu bei, dass die Interessen der queeren Community nicht
- 19 genug gehört werden.
- 20 Doch bereits heute gibt es Initiativen wie die Ausstellung „Queere Worte – Queere
- 21 Orte“ in Fulda, die einen besonderen Fokus auf Queerness im ländlichen Raum legte und
- 22 dabei besonders auf Schwierigkeiten aufmerksam machte. Solche Projekte sind ein
- 23 wichtiges Sprachrohr der Community und benötigen eine verstärkte Förderung.
- 24 Aus diesem Grund haben wir folgende Forderungen:
- 25 1. Speziell in ländlichen 1. Regionen verstärkt Treffpunkte („Safe Spaces“)
- 26 schaffen, an denen sich queere Personen aller Altersstufen austauschen und
- 27 vernetzen können. Neben Angeboten vor Ort müssen auch digitale Veranstaltungen,
- 28 Beratungs- sowie Teilhabemöglichkeiten für queere Menschen eingerichtet werden.
- 29 Für queere Anlaufstellen im ländlichen Raum sollte ebenfalls eine ÖPNV Struktur
- 30 geschaffen werden, die die queeren Anlaufstellen zu deren Öffnungszeiten
- 31 erreichbar machen. Auch die Finanzierung der queeren Netzwerkstellen muss durch
- 32 längere Finanzierungslaufzeiten gestärkt werden.
- 33 2. Gezielte Aufklärungsarbeit über sexuelle und geschlechtliche Diversität, um
- 34 Queer-Feindlichkeit im ländlichen Raum vorzubeugen und Vorurteile abzubauen.
- 35 a. Dialog in Form von Infoveranstaltungen, Aufklärungsarbeit oder Workshops
- 36 fördern.
- 37 b. Verstärkte Medienkampagnen gemeinsam mit queeren Vertreter*innen aus allen

- 38 Teilen der Gesellschaft, um die Sichtbarkeit queerer Lebensformen bspw. in
39 Lokalzeitungen zu unterstützen.
- 40 3. Sichere Anlaufstellen für Opfer von Queer-Feindlichkeit.
- 41 a. psychologische Unterstützung
- 42 b. Meldestellen vor Ort
- 43 c. rechtliche Beratung
- 44 4. Finanzielle Unterstützung von Initiativen, die sich konkret mit Forschung in
45 Bezug auf Queer-Feindlichkeit in ländlichen Regionen beschäftigen. Zuschüsse für
46 vielfaltfördernde Projekte.
- 47 5. Förderung von politischer Teilhabe der queeren Community besonders auf
48 kommunalpolitischer Ebene durch Unterstützung von Kandidaturen queerer
49 Kandidat*innen, um die Sichtbarkeit von queerem Leben auf dem Land zu stärken.
- 50 a. Schaffung des Amtes eines Queer-Beauftragten innerhalb jedes Kreistags.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag I01: GBL – Bitteres Zeug

Antragsteller*in:	AG Jusos Baden-Württemberg
Sachgebiet:	I - Inneres, Justiz & Verbraucher*innenschutz

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Weiterleitung: SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion
- 2 Wir setzen uns dafür ein, dass GBL, das üblicherweise als Lösungsmittel in der
- 3 Industrie verwendet wird, verpflichtend mit Bitterstoffen versetzt wird. Dies dient
- 4 dem Zweck, sicherzustellen, dass es nicht länger für die Manipulation von
- 5 Nahrungsmitteln und Getränken missbraucht werden kann.
- 6 Zusätzlich befürworten wir die Aufnahme von unverändertem GBL in das
- 7 Betäubungsmittelgesetz, wodurch es den entsprechenden rechtlichen Vorschriften
- 8 unterliegen würde.
- 9 Aber es soll Ausnahmen von diesen Regelungen in Bezug auf unverändertes GBL geben:
- 10 Erstens, wenn der Stoff aufgrund seiner Verwendung in der Pharmaindustrie eine hohe
- 11 Reinheit erfordert.
- 12 Zweitens, wenn der Stoff für eine spezielle Weiterverarbeitung vorgesehen ist, bei
- 13 der das Endprodukt zweifelsfrei und nachweislich nicht zur Manipulation von
- 14 Lebensmitteln und Getränken verwendet werden kann.
- 15 Die Unternehmen, die GBL herstellen oder verarbeiten, tragen die Verantwortung
- 16 sicherzustellen, dass unverändertes GBL den Produktionskreislauf nicht verlässt. Die
- 17 Überwachung dieser Ausnahmen sollte staatlicher Kontrolle unterliegen, ähnlich den
- 18 etablierten Überwachungsmechanismen in der Pharma- und chemischen Industrie.
- 19 Zusätzlich ist eine umfassende Aufklärungskampagne über die Gefahren von KO-Tropfen
- 20 für junge Menschen in Schulen und Jugendeinrichtungen dringend erforderlich.

Begründung

GBL (Gamma-Butyrolacton) hat sich zu einer weit verbreiteten Droge entwickelt, die oft als KO-Tropfen missbraucht wird. Die Grenze zwischen einem Rausch und dem Eintreten ins Koma ist äußerst schmal – gerade einmal wenige Zehntelmillimeter.

Bereits geringe Milliliter, die in ein Getränk gegeben werden, lassen sich praktisch nicht herausschmecken, insbesondere wenn das Getränk alkoholisch ist. Durch die Zugabe eines Bitterstoffs würde GBL jedoch unmittelbar bemerkbar werden.

Dazu ist eine umfangreiche Aufklärungskampagne für junge Menschen in Schulen und Jugendeinrichtungen von entscheidender Bedeutung, um auf die Risiken von KO-Tropfen hinzuweisen.

Antrag I02: Unabhängige Behörde für Ermittlungen gegen Polizist:innen

Antragsteller*in:	AG Jusos Baden-Württemberg
Sachgebiet:	I - Inneres, Justiz & Verbraucher*innenschutz

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 *Zur Weiterleitung an: Juso Bundeskongress, SPD Bundesparteitag*
- 2 **Wir Jusos fordern:**
- 3 Die Einrichtung einer zusätzlichen Behörde die zur Aufgabe hat Anzeigen gegen die
- 4 Polizei sowie mögliche Vergehen zu untersuchen. Diese unabhängige Behörde (die zB dem
- 5 Justizministerium unterstellt ist) soll in Zukunft gegen die Polizist:innen
- 6 ermitteln.

Begründung

Nach einem UN Experten ist es in Deutschland unglaublich schwierig gegen Polizeigewalt vorzugehen. Auch Amnesty International kritisiert Deutschland für die Art wie mit polizeilichen Vergehen umgegangen wird. Während in Italien oder Dänemark die Militärpolizei bzw unabhängige Behörden Anzeigen gegen Polizist:innen übernehmen werden diese in Deutschland von der Polizei selbst bearbeitet. Das Kolleg:innen gegeneinander ermitteln führt zu einer unglaublich hohen Quote an eingestellten Ermittlungen und häufig decken sich Polizist:innen gegenseitig, sodass sogar Opfern eine Gegenanzeige droht.

Kritik daran wie zB das journalistische Buch „Extreme Sicherheit“ wurden lange u.a. Von Horst Seehofer versucht zu unterbinden, doch zeigen sie auf was für teils rechtsextreme Strukturen sich innerhalb der Polizei bilden konnten, da es kaum Kontrollmechanismen gibt. Eine unabhängige Behörde könnte neben bereits geplanten Studien endlich jene Bekämpfen die zwar behaupten dem Rechtsstaat zu dienen, jedoch eher ihren eigenen Interessen folgen.

Quellen:

https://www.zeit.de/gesellschaft/2022-04/polizeigewalt-deutschland-un-systemversagen?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F

<https://www.amnesty.de/informieren/aktuell/deutschland-polizeigewalt-unabhaengige-untersuchungen-sind-unerlaesslich>

Extreme Sicherheit von Mathias Meisner

Antrag I03: Klassenjustiz adé: Wir bringen die Kirsche auf die Gerechtigkeits-Torte!

Antragsteller*in:	AG Jusos Baden-Württemberg
Sachgebiet:	I - Inneres, Justiz & Verbraucher*innenschutz

Die Versammlung möge beschließen:

1 Zur Weiterleitung an: SPD Bundestagsfraktion

2 Wir fordern, dass alle Bürger:innen unabhängig von ihrer finanziellen Lage ein
3 gleichberechtigtes Recht auf Rechtsbeistand haben. Zudem verlangen wir eine
4 gerechtere Gestaltung von aktuellen Strafen, die finanzielle und psychische
5 Ungerechtigkeiten in unserem Justizsystem beseitigt.

6 Forderungen:

- 7 • Gleiches Recht auf Rechtsbeistand: Wir wollen sicherstellen, dass auch Personen,
8 ohne die finanziellen Mittel sich rechtlichen Beistand leisten zu können, Zugang
9 zu einer angemessenen rechtlichen Vertretung erhalten. Wir setzen uns deshalb
10 dafür ein, dass Pflichtverteidiger gemäß §140 StPO bereitgestellt werden, auch
11 für geringfügige Delikte, die die Mehrheit der Fälle ausmachen.
- 12 • Deklassierung von Straftaten zu Ordnungswidrigkeiten: Wir fordern eine
13 Überprüfung der Klassifizierung von Straftaten wie Beförderungerschleichung und
14 kleineren Diebstählen, damit sie als Ordnungswidrigkeiten klassifiziert werden
15 können. Dies trägt zur Optimierung von Zeit und Ressourcen der Gerichte bei und
16 ermöglicht eine gerechtere Ahndung.
- 17 • Sozialer Ausgleich von Geldstrafen: Wir setzen uns dafür ein, dass Geldstrafen
18 entsprechend dem individuellen Einkommen bemessen werden, um sozialer
19 Gerechtigkeit Genüge zu tun. Der Rahmen der Tagessätze, der von 1 bis 30.000€
20 reicht, soll flexibel angepasst werden, um sicherzustellen, dass Strafen für
21 alle Bürger:innen proportional sind.
- 22 • Weitere Sanktionsmöglichkeiten: Wir fordern, dass bei unbezahlten Geldstrafen
23 alternative Sanktionsmöglichkeiten zu Verfügung stehen, welche die physische und
24 psychische Beeinträchtigung der betroffenen Personen berücksichtigen. Der Fokus
25 soll hierbei auf verstärkten Einsatz gemeinnütziger Tätigkeiten gelegt werden.

Begründung

Die vorherrschende Klassenjustiz in Deutschland benachteiligt jene, die ohnehin von Armut betroffen sind, und beeinträchtigt ihre Fähigkeit, sich vor Gericht angemessen zu verteidigen. Gleicher Zugang zu Rechtsbeistand sollte für alle gewährleistet sein, unabhängig von der finanziellen Lage. Dies soll dazu dienen, Chancengleichheit zu gewährleisten und das Vertrauen in unser Justizsystem zu stärken.

Die Neuordnung ausgewählter Straftaten in Ordnungswidrigkeiten hat das Ziel, die Nutzung der Ressourcen der Gerichte effizienter einzusetzen und ermöglicht eine gerechtere Verteilung von Strafen. Da sicherzustellen ist, dass die Geldstrafen sozialer Gerechtigkeit angemessen sind, ist es entscheidender Bedeutung nicht nur das Einkommen zu betrachten, sondern auch die soziale Situation

Die Implementierung alternativer Sanktionsmöglichkeiten bei nicht gezahlten Geldbußen trägt den

unterschiedlichen Lebenslagen und Einschränkungen der Betroffenen Personen Rechnung. Dies soll verhindern, dass geringfügige Vergehen schwerwiegende Konsequenzen nach sich ziehen, die das Leben der Betroffenen nachhaltig negativ beeinträchtigt.

Die Überwindung der Klassenjustiz stellt einen bedeutenden Fortschritt dar, um soziale Gerechtigkeit zu fördern und ein gerechtes, inklusives Justizsystem zu etablieren. Durch unsere Unterstützung dieser Forderungen tragen wir dazu bei, Ungerechtigkeiten im Justizsystem zu bekämpfen und eine solidarische Gesellschaft zu formen.

Antrag I04: Für eine gesunde, gerechte und geschützte Polizei, Forderungen für eine breite Reform der Polizei

Antragsteller*in:	AG Jusos Baden-Württemberg
Sachgebiet:	I - Inneres, Justiz & Verbraucher*innenschutz

Die Versammlung möge beschließen:

1 Zur Weiterleitung an: Juso-Bundeskongress, SPD-Bundesparteitag, SPD-
2 Bundestagsfraktion

3 Wir glauben fest an den Grundsatz, dass Polizist*innen wichtiger Teil unserer
4 Sozialdemokratie sind und unsere Unterstützung und Respekt verdient haben. Als
5 wichtiger Teil der Exekutive des Rechtsstaats sind sie vielen Belastungen und
6 Gefahren ausgesetzt und werden dabei oft unzureichend betreut und geschützt. Jedoch
7 tragen sie auch durch das von ihnen ausgeführte Gewaltmonopol große Verantwortung,
8 welcher sie leider nicht immer gerecht werden. Die Polizei hat strukturelle Probleme
9 welche systematisch angegangen werden müssen – zum Schutz unserer Polizist*innen und
10 aller Bürger*innen.

11 Um dies zu erreichen, fordern wir:

12 1. Arbeitsbedingungen und Wohlbefinden

13 1.1 Bund und Länder müssen die Personalaufstellung in den Bereitschaftspolizeien
14 verbessern. Jede*r Polizeibeamte soll mindestens zwei freie Wochenenden innerhalb von
15 fünf Wochen haben, wie auch von der GDP gefordert.

16 1.2 Die aktive Teilnahme an gesundheitsfördernden Maßnahmen muss gestärkt und
17 gefördert werden. Es ist wichtig, dass Polizeibeamt*innen während ihrer Arbeitszeit
18 Zugang zu solchen Angeboten haben, die flächendeckend bereitgestellt werden müssen.

19 1.3 Polizist*innen müssen Zugang zu professionellen, kostenlosen, anonymen und leicht
20 zugänglichen psychologischen Beratungsangeboten haben. Die Inanspruchnahme solcher
21 Dienste muss als Arbeitszeit betrachtet werden. Diese Angebote sollten für alle,
22 unabhängig von Einsatz und Standort, verfügbar sein.

23 1.4 Eine moderne Schichtplanung nach arbeitsmedizinischen Leitlinien, um die
24 physische und psychische Gesundheit der Beamt*innen zu gewährleisten.

25 1.5 In allen Dienstbereichen, in denen dies sachlich möglich ist, müssen mobile
26 Arbeitsmöglichkeiten und Homeoffice nicht nur angeboten, sondern auch rechtlich
27 abgesichert werden.

28 1.6 Die Polizei muss, als Trägerin des Gewaltmonopols, Prävention als eine ihrer
29 Hauptaufgaben ansehen. Dies muss durch ausreichend Personal sichergestellt werden.

30 1.7 Die oben genannten Punkte sollen ebenfalls für Polizist*innen in Ausbildung
31 gelten.

32 1.8 Wir fordern die kontinuierliche Verringerung der Ausbildungsplätze im mittleren
33 Dienst und eine Öffnung und Ausweitung der Ausbildung im gehobenen Dienst für
34 Personen mit mittlerer Reife. Maßgeblich für die Einstellung im Polizeivollzugsdienst
35 soll das Personalauswahlverfahren sein. Zudem soll der interne Aufstieg für
36 Beamt*innen des mittleren Dienst erleichtert werden. Dies soll die

37 Ausbildungsqualität der Beamt*innen erhöhen und gleichen Lohn für gleiche Arbeit auch
38 in der Polizei gewährleisten.

39 gelten.

40 1.9 Wir fordern die Ausweitung von Aus- und Fortbildung im Bereich polizeiliches
41 Fehlverhalten. Dies umfasst Lehreinheiten bezüglich Prävention, Deeskalation,
42 interner Fehlerkultur und insbesondere schädlichem Korpsgeist. Für Beamt*innen mit
43 Führungspositionen sollen jährlich verpflichtende, für andere Beamt*innen freiwillige
44 Schulungen bezüglich Personalführung und Polizeigewalt mit einem Umfang von
45 mindestens 3 Tagen abgehalten werden.

46 2. Kennzeichnungspflicht und Bodycams:

47 2.1 Die aktuelle Pflicht zur Kennzeichnung durch eine individuelle fünfstellige
48 Nummer soll auf alle Polizeikräfte, unabhängig von Einsatzsituation ausgeweitet
49 werden. Zivile Polizeibeamt*innen müssen sich auf Nachfrage bei der Ausführung ihrer
50 Amtshandlungen gegenüber der betroffenen Person und Dritten, die etwa das Geschehen
51 beobachten, ausweisen.

52 2.2 Um die Dokumentation des Einsatzes von unmittelbarem Zwang zu gewährleisten
53 sollen flächendeckend Bodycams mit Memory-Funktion eingeführt werden. Diese sollen
54 dauerhaft aufzeichnen, die Aufnahmen der vergangenen 30 Minuten jedoch erst auf
55 Knopfdruck speichern. Die Beamt*innen sind verpflichtet die Speicherung vorzunehmen,
56 wenn es bei einem Einsatz zum Einsatz von unmittelbarem Zwang kam. Die Aufnahmen
57 sollen nur auf richterlichen Beschluss hin als Beweismittel gesichtet werden
58 können. Zudem fordern wir, dass die stetige Funktionsfähigkeit der Kameras durch
59 ausreichende Akkus und notwendige Accessoires gewährleistet ist. Um den erfolgreichen
60 Einsatz der Bodycams zu gewährleisten fordern wir umfangreiche und fortwährende
61 Schulung. Zudem fordern wir, dass die stetige Funktionsfähigkeit der Kameras durch
62 ausreichende Akkus und notwendige Accessoires gewährleistet ist. Außerdem sollen alle
63 Dienstwagen mit Dashcams ausgestattet werden.

64 3. Unabhängige Ermittlungsbehörde

65 3.1 Unabhängige Ermittlungsbehörden in Form von Landes- bzw. Bundesoberbehörden zur
66 Aufklärung von polizeilichem Fehlverhalten müssen eingerichtet werden. Dies soll nach
67 folgenden Grundsätzen erfolgen:

- 68 • (Interne) Ermittlungen zu durch Polizist*innen im Dienst begangenen Delikten
69 werden aus den Polizeibehörden ausgegliedert und durch eigenständige,
70 unabhängige Ermittlungsbehörden durchgeführt.
- 71 • Diese Behörden erhalten dieselben Ermittlungsbefugnisse, wie die regulären
72 Ermittlungsbehörden Staatsanwaltschaft und Polizei.
- 73 • Zwischen den eigenständigen Behörden und den regulären Ermittlungsbehörden
74 dürfen keinerlei institutionelle oder hierarchische Verbindungen bestehen,
75 insbesondere müssen sie frei von exekutiven Weisungen und politischen
76 Opportunitäten agieren können und die Hoheit über ihr Personal haben.
- 77 • Die unabhängigen Behörden müssen über angemessene personelle und materielle
78 Ressourcen verfügen und von anerkannten Fachkräften mit der notwendigen
79 Unparteilichkeit, Fachkompetenz, Unabhängigkeit und Integrität geleitet werden.
80 Dabei soll in Betracht gezogen werden, wie Personen ohne (kriminal-)

81 polizeiliche Vorbildung in strafprozessuale Ermittlungen einbezogen werden
82 können, damit eine Vielfalt der Ermittlungsperspektiven gewährleistet ist. Zudem
83 müssen sie auch baulich-räumlich von regulären Ermittlungsbehörden getrennt
84 sein.

- 85 • Insbesondere soll es auch die Aufgabe der eigenständigen Behörden sein,
86 Filmaufnahmen von Großlagen aus einer dritten unabhängigen Perspektive
87 anzufertigen. Diese sollen in Gerichtsverfahren eine unabhängige Aufklärung
88 möglicher Verfahren ermöglichen. Die Ausbildung entsprechender Medienteams ist
89 Aufgabe des Kontrollorgans.
- 90 • Sie soll versehen mit Ermittlungsbefugnis von Amtswegen oder im Falle einer
91 Strafanzeige oder eines Strafantrags in Fällen von polizeilichem Fehlverhalten
92 und mutmaßlicher Polizeigewalt ermitteln. Dies gilt im Falle einer erweiterten
93 Antragstellung auch, soweit durch den Geschädigten vorläufig keine Strafanzeige
94 oder Strafantrag gestellt wurde. Die Behörde soll bei ausreichendem Tatverdacht
95 zudem in die Arbeit der Staatsanwaltschaft involviert werden. Bei nicht
96 ausreichendem Tatverdacht hat sie dem Antragssteller eine begründete abweisende
97 Entscheidung zukommen zu lassen. Das eingesetzte Personal ist fest im Wege einer
98 Versetzung in die Behörde zu holen.

99 3.2 Die bestehenden Beschwerde- und Ombudsstellen (in Baden-Württemberg:
100 Bürgerbeauftragte) müssen nach den folgenden Grundsätzen aufrechterhalten und
101 weiterentwickelt werden:

- 102 • Der Fokus ihrer Arbeit soll insbesondere auf systemischen und institutionellen
103 Verbesserungen liegen.
- 104 • Hierzu sollen sie Hinweise und Beschwerden bezüglich polizeilichen
105 Fehlverhaltens und mutmaßlicher Rechtsverletzungen durch Polizeiangehörigen
106 prüfen, festgestellte Missstände beanstanden sowie Empfehlungen zu ihrer Abhilfe
107 an Polizeidienststellen und politisch Verantwortliche adressieren.
- 108 • Sie sollen zudem strafrechtlich relevante Erkenntnisse mit Einverständnis der
109 Betroffenen an die zuständigen unabhängigen neu zu schaffenden
110 Ermittlungseinheiten weiterleiten
- 111 • Dabei sollen sie angemessen mit Personal und Sachmitteln sowie mit
112 Akteneinsichts-, Befragungs- und Inspektionsrechten und dem Recht, Amtshilfe
113 anzufordern ausgestattet sein. Zudem müssen sie auch baulich-räumlich von
114 regulären Ermittlungsbehörden getrennt sein.
- 115 • Über ihre Tätigkeit sollen sie regelmäßig öffentlich Bericht erstatten.
116 Betroffenen soll durch die üblichen Geheimhaltungs- und
117 Vertraulichkeitspflichten Schutz gewährt werden.

118 3.3 Die neu einzurichtenden unabhängigen Ermittlungsbehörden und die unabhängigen
119 Beschwerde- und Ombudsstellen müssen kontinuierlich nach folgenden Grundsätzen extern
120 evaluiert werden:

- 121 • Die Evaluation muss sicherstellen diese Einheiten und Stellen denselben
122 Standards von öffentlicher Kontrolle, Unabhängigkeit, Effektivität und
123 Unverzögerlichkeit gerecht werden.
- 124 • Im Falle von Fehlverhalten innerhalb dieser Strukturen sollen Betroffene in der

125 Lage sein, dieselben Ansprüche geltend zu machen, wie es auch bei Verfehlungen
126 seitens der Polizei der Fall ist. Es ist von zentraler Bedeutung, dass diese
127 Kontrollmechanismen die Integrität und Transparenz der Arbeit der Polizei und
128 ihrer Überwachungsstellen stärken.

129 3.4 Die polizeilichen Arbeitsweisen, Handlungskonzeptionen und ihre Wirksamkeit
130 sollen regelmäßig nach den folgenden Grundsätzen wissenschaftlich untersucht und
131 begleitet werden:

- 132 • Der Zugang zu polizeilichen Daten unter Berücksichtigung der Belange des
133 Datenschutzes muss in diesem Zusammenhang gewährleistet werden.
- 134 • Die Untersuchungen sollen seitens der Hochschulen mit polizeifachlichen
135 Studiengängen sowie von externen Wissenschaftler*innen vorangetrieben und
136 ermöglicht werden.
- 137 • Insbesondere sollte das Auftreten systematisch diskriminierender Arbeitsweisen
138 (z.B. Racial Profiling) untersucht werden.
- 139 • Gegenstand regelmäßiger Erhebungen sollten außerdem die Belastungen und die
140 Motivation während der Arbeit im Polizeidienst sein. Die Ergebnisse sollen dazu
141 dienen, Stressoren und besondere Belastungen der Polizeiarbeit zu erkennen und
142 • als Grundlage für Reformen sein.

143 3.5 Die Ergebnisse der Ermittlungen der unabhängigen Ermittlungsbehörde sollen in
144 schnellen Verfahren zu empfindlichen Strafen führen. Insbesondere sogenannte
145 Widerstandsbeamt*innen und Beamt*innen, welche als Amtsträger*innen darauf abzielen
146 andere Beamt*innen zu diskriminieren, zu benachteiligen oder einzuschüchtern, die
147 Fehlverhalten pflichtgemäß gemeldet haben, sollen mit einer Freiheitsstrafe nicht
148 unter einem Jahr bestraft werden. Dies gilt auch für Beamt*innen, die durch
149 Gewalttaten und weitere, in besonderem Maße verächtliche, Straftaten begangen haben.

- 150 • als Grundlage für Reformen sein.
- 151 • Zudem sollen diese Studien unabhängig von der "MEGAVO"-Studie erfolgen

152 4. Racial Profiling

153 4.1 § 22 Abs. 1a BPolG wird um folgenden Passus ergänzt: "Die Bundespolizei ist dazu
154 angehalten, diese Kontrollen, nicht ausschließlich aufgrund des äußerlichen
155 Erscheinungsbildes einer Person, durchzuführen. Bei diesen Kontrollen sind die
156 Gewährleistungen des Art. 3 Abs. 1, 3 GG und der Grundgedanke des § 4 AGG in
157 besonderem Maße zu berücksichtigen."

158 4.2 Polizist*innen müssen verpflichtend zum Thema Rassismus, insbesondere Racial
159 Profiling, geschult werden. Bei rassistischen oder antisemitischen Vorkommnissen, die
160 durch die unabhängige Behörde bestätigt wurden, ist eine solche Schulung zeitnah
161 durchzuführen, um diesem Verhalten entschlossen entgegenzutreten. Die Schulung muss
162 alle 2 Jahre neu absolviert werden, wie der Erste-Hilfe-Kurs.

163 Folgende Inhalte sollten besonders im Vordergrund stehen:

- 164 • Menschenrechtliche Verantwortung der Polizei
- 165 • Ausprägungsformen von Rassismus
- 166 • Bedeutung von strukturellem Rassismus
- 167 • Reflexion des eigenen Verhaltens und Bekämpfung von rassistischen und

168 antisemitischen Klischees

169 5. Bürgernähe

170 Wir fordern den Aufbau von Strukturen und Stärkung von Kontaktbeamt*innen in sog.
171 belasteten Gebieten und Wiederbesetzung kleinerer Dienststellen in Stadtteilen und
172 Gemeinden zur Stärkung der Bürgernähe. Diese sollen durch Kenntnisse der örtlichen
173 Strukturen effektiv und auf Augenhöhe mit den Bürger*innen arbeiten und
174 niedrigschwellige Kontaktangebote schaffen.

Begründung

Zu 1. Arbeitsbedingungen und Wohlbefinden

Zu 1.1:

Die Unplanbarkeit von Einsätzen stellt im Bereitschaftsdienst den am häufigsten genannten Stressor dar. Der Personalmangel führt hier zu einer deutlich erhöhten Zahl an Wochenendeinsätzen in denen Arbeitszeiten von weit über 13 Stunden die Regel sind. Das ist vor allem vor dem Hintergrund der hohen physischen und psychischen Belastung während dieser Dienste (z.B. Großlagen) nicht vertretbar und kann zu einer eingeschränkt angemessenen und besonnenen Handlungsfähigkeit führen. Auch steht das der Vereinbarkeit von Beruf und Freizeit entgegen.

Zu 1.2-1.5:

Polizist*innen sind besonderen beruflichen Belastungen ausgesetzt. Diese Belastungen können aus den Arbeitsaufgaben (Überbringen von Todesnachrichten, Konfrontation mit Gewalt und dem Tod), der Arbeitsorganisation (Vorgangsdruck, lange Arbeitszeiten von über 12h), aus inneren und äußeren Bedingungen (Schichtdienst, Streifendienst) sowie aus dem sozialen Umfeld (Konflikte am Arbeitsplatz) resultieren. Die Arbeitsbelastung wirkt sich negativ auf die physische und psychische Gesundheit aus. Zudem führt die Arbeitsbelastung zu Stress: 60% der Deutschen gaben an, dass ihre Gesundheit durch ihre Arbeit beeinträchtigt ist. 25% davon gaben Arbeitsstress als Ursache an [\[1\]](#). Stress kann zu depressiven Symptomen führen, sich negativ auf die Konzentrationsfähigkeit und das Entscheidungsverhalten auswirken, zu Schlafstörungen, Alkohol- und Drogenmissbrauch führen, sich auf das private Umfeld (Familie, Partnerschaft) auswirken und die Gesundheit negativ beeinträchtigen.

Um besser mit dem Stress umgehen zu können, müssen Polizist*innen positive Stressbewältigungsstrategien erlernen, denn mit einem hohen Ausmaß an Positivstrategien verringern sich Gehemmtheit, Erregbarkeit, Aggressivität und körperliche Beschwerden bzw. Gesundheitsorgen. [\[2\]](#) Solche Stressbewältigungsstrategien sollten Polizist*innen mittels professioneller Hilfe beigebracht bekommen, dafür müssen die Länder die entsprechenden Mittel und Gegebenheiten bereitstellen. Eine gute Gesundheitspolitik führt zu einer Verbesserung in der Belastungssituation. Vorzeitig in den Ruhestand versetzte Polizist*innen der Polizei Berlin gaben an, dass durch regelmäßige Nachbereitung der Einsätze, psychologische Betreuung sowie regelmäßige Gespräche im Team die erlebte Belastung verringert werden könnte.[\[3\]](#)

In der Arbeitswelt ist ein allgemeiner Trend der Zunahme an psychischen Belastungen zu verzeichnen. Es gibt einen signifikanten Zusammenhang zwischen dem Anstieg psychischer Belastung und zunehmender Arbeitsunfähigkeitstage sowie Frühverrentung. Die höhere Arbeitsbelastung führt zu häufigeren Krankschreibungen, was in einer höheren Arbeitsbelastung aufgrund von Krankheitsvertretung für Kolleg*innen resultiert und der daraus resultierenden Mehrarbeit. Psychische Erkrankungen sind eine der häufigsten Ursachen für Fehlzeiten am Arbeitsplatz und Hauptursache für Frühverrentung.[\[4\]](#)

Aus dem Gesundheitsmonitoring und Interviewstudien von bzw. mit Polizist*innen ergaben sich folgende

konkrete Handlungsempfehlung und präventive Strategien: [5].

- Erhöhung der wahrgenommenen Wertschätzung (u.a. durch die Verbesserung der Ausstattung am Arbeitsplatz)
- Förderung der Teilnahme an den angebotenen gesundheitsförderlichen Maßnahmen
- Entwicklung, Durchführung und Evaluierung von Gruppentrainings zum Umgang mit Abwertung, Beschimpfung und feindseligen Bürger*innen
- Einrichtung einer externen psychologischen Beratungsangebotes für alle Polizist*innen

Eine Verbesserung der Gesundheitspolitik innerhalb der Polizei verbessert die Belastungssituation von Polizist*innen. Dies würde zu weniger Krankschreibungen und Frühverrentungen führen, was zu einer besseren personellen Situation in der Polizei führen würde. Zudem muss auch explizit auf die psychische Gesundheit von Polizist*innen geachtet werden. Um die psychische Gesundheit zu erhalten und zu stärken oder wiederherzustellen, müssen Polizist*innen die Möglichkeit auf professionelle, kostenlose, anonyme und niederschwellige psychologische Betreuungsangebote haben.

NRW, Hessen oder Sachsen zum Beispiel haben einen polizeipsychologischen Dienst. BW muss dahingehend dringend tätig werden. Es braucht eine bessere Gesundheitspolitik, insbesondere auch einen psychologischen Dienst bzw. psychologische Beratungsangebote.

Zu 1.6:

Die wichtige Aufgabe der bereits im Vorfeld geleisteten Präventionsarbeit durch die Polizei ist personell nur mangelhaft repräsentiert. Insbesondere ist diese Aufgabe so zu verstehen, dass die Polizei in die Zivilgesellschaft hineinwirken soll, um Umstände, die strafbare Handlungen fördern, zu verhindern. Der Austausch mit Personen und Organisationen aus der Zivilgesellschaft ist dafür unerlässlich, was ebenfalls Dienstzeit beansprucht und daher eine bessere Personaldecke erfordert.

Zu 2. Kennzeichnungspflicht und Bodycams

Zu 2.1:

Die Möglichkeit, Beamtinnen zu identifizieren, stellt einen entscheidenden Faktor dar, um polizeiliches Fehlverhalten nachweisen zu können, wie ein Bericht von Amnesty International aus dem Jahr 2010 deutlich macht. [6] Daher muss die Kennzeichnungspflicht für alle Beamt*innen gelten. Die Polizei, als Bestandteil der Exekutive und somit der Verwaltung, sollte nicht anders betrachtet werden als jede*r andere Sachbearbeiter*in, welche stets klar für die Bürger*innen zu identifizieren ist. Es handelt sich hierbei nicht um eine Misstrauenserklärung gegenüber der Polizei oder um einen Generalverdacht. Durch die Einführung der Pseudonymisierung werden sowohl der besonderen Gefährdungslage als auch den Persönlichkeitsrechten der Beamt*innen Rechnung getragen. Tatsächlich hilft die Kennzeichnung dabei, einen Generalverdacht zu vermeiden. Denn Verdachtsmomente können spezifischer geäußert werden, wodurch ein Generalverdacht gegen eine gesamte Einsatzgruppe oder Dienststelle verhindert wird. Der Verdacht und die darauffolgende Beschwerde würden sich nur auf jene Beamt*innen beschränken, die mutmaßlich Fehlverhalten gezeigt haben.

Zu 2.2:

Die Sicherheit und der Schutz von Polizist*innen in Ausübung ihrer Tätigkeit sind von höchster Priorität. Vor dem Hintergrund der wachsenden Komplexität polizeilicher Einsätze und den damit verbundenen Risiken sind technologische Hilfsmittel wie Bodycams nicht nur nützlich, sondern notwendig. Die Erweiterung des Einsatzbereiches von Bodycams im „Pre-Recording“-Modus in Geschäftsstätten, insbesondere in Gaststätten und Diskotheken, ist daher besonders sinnvoll. In solchen Orten sind hoch emotionale und potenziell konfliktgeladene Situationen keine Seltenheit. [7] Bodycams können hier nicht

nur deeskalierend wirken, da sie potenzielle Angreifer*innen abschrecken können, sondern auch objektive Beweismittel liefern, falls es zu Übergriffen kommt.

Die Forderung nach stetiger Funktionsfähigkeit der Kameras, gewährleistet durch ausreichende Akkus und notwendige Accessoires, stellt sicher, dass die Technik in entscheidenden Momenten nicht versagt. Es wäre kontraproduktiv und gefährlich, wenn eine Kamera aufgrund technischer Mängel in einer kritischen Situation nicht funktionieren würde.

Schließlich ist die richtige Handhabung dieser Geräte von entscheidender Bedeutung. Die konsequente Verwendung und insbesondere die reflexartige Aktivierung in Gefahrensituationen sind Fähigkeiten, die durch gezielte Schulung erworben werden müssen. Die Integration von Bodycam-Trainings in die Aus- und Fortbildung von Polizistinnen stellt sicher, dass sie optimal vorbereitet sind, die Technologie effektiv und zum Schutz aller Beteiligten zu nutzen. Dies trägt nicht nur zum Schutz der Polizistinnen bei, sondern stärkt auch das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Arbeit der Polizei, da durch die Bodycams eine höhere Transparenz und Nachvollziehbarkeit polizeilichen Handelns gewährleistet wird.

Zu 3. Unabhängige Ermittlungsbehörde

Zu 3.1-3.3:

Menschenrechtsgruppen fordern die Einrichtung von unabhängigen Ermittlungsbehörden seit fast 20 Jahren. Der UN-Menschenrechtsausschuss äußerte bereits 1996 Besorgnis über Berichte von Polizeiübergriffen in Deutschland, insbesondere gegen Angehörige von Minderheiten und Asylsuchende. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) stellt in ständiger Rechtsprechung zu Art. 2, 3 EMRK klare Grundsätze für die verfahrensrechtliche Effektivität von Ermittlungen bei Fällen von polizeilichen Todesschüssen, Todesfällen in Polizeigewahrsam und mutmaßlichen Misshandlungen durch Polizist*innen auf:

- Unabhängigkeit,
- Angemessenheit,
- Unverzögerlichkeit und
- öffentliche Überprüfbarkeit sowie
- Beteiligung der Betroffenen im Verfahren

Diesen Grundsätzen liegt die menschenrechtliche Verpflichtung zugrunde, Betroffenen ein Recht auf wirksame Beschwerde zu garantieren und sicherzustellen, dass entsprechende Vorwürfe unabhängig, angemessen, unverzüglich und öffentlich überprüfbar untersucht werden und Betroffene im Verfahren beteiligt werden.“

In Baden-Württemberg wurde am 24.02.2016 die Position des Bürgerbeauftragten des Landes eingerichtet. Ihre Aufgabe besteht darin, das partnerschaftliche Verhältnis zwischen Bürgerschaft und Polizei zu stärken. Dabei bietet sie Bürgerinnen die Möglichkeit, Beschwerden über das persönliche Fehlverhalten einzelner Polizeibeamtinnen oder Tarifbeschäftigter der Polizei oder über die Rechtswidrigkeit einer polizeilichen Maßnahme vorzubringen. Auch für Polizist*innen gibt es eine Anlaufstelle bezüglich dienstinterner Vorkommnisse. Interessanterweise sprechen sich laut einer WDR-Umfrage bereits zwei Drittel der Deutschen für die Einrichtung einer solchen Beschwerde- und Ermittlungsbehörde aus.

In Dänemark gibt es bereits eine unabhängige Ermittlungsbehörde, die „Independent Police Complaints Authority“. Ihre Hauptaufgabe ist die Untersuchung von Straftaten durch Polizeibeamte und die Prüfung und Entscheidung über Beschwerden wegen polizeilichen Fehlverhaltens. Diese Behörde ist völlig unabhängig von Polizei und Staatsanwaltschaft und besteht aus einem Behördenleiter und dem Police Complaints Council (Polizeibeschwerderat). Der Rat wird vom Justizministerium für vier Jahre eingesetzt

und setzt sich zusammen aus einem Vorsitzenden, der Richter am Obersten Gerichtshof sein muss, einem Rechtsanwalt, einem Juraprofessor und zwei Vertretern der Öffentlichkeit.

Norwegen hat ein ähnliches System mit dem „Norwegian Bureau for the Investigation of Police Affairs“. Seine Hauptaufgabe ist es, Fälle zu untersuchen, in denen Mitarbeiter der Polizei oder der Staatsanwaltschaft verdächtigt werden, im Rahmen ihrer Tätigkeit Straftaten begangen zu haben. Es untersteht im Verwaltungsaufbau dem Justizministerium und gleichzeitig dem Director of Public Prosecutions und ist in regionale Ermittlungsgruppen untergliedert.

Diese und vergleichbare Institutionen nehmen Polizist*innen und Staatsanwält*innen den Druck Kolleg*innen bzw. Angehörige desselben „Lagers“ – der Ermittlungsbehörden – verfolgen zu müssen und vermeiden Interessenskonflikte in den internen Beziehungen.

Diese Kontrollmöglichkeit drückt keinen Generalverdacht gegenüber der Polizei aus, sondern stärkt im Gegenteil das Vertrauen in die Mehrheit der korrekt arbeitenden Polizist*innen und bewahrt diese vor falschen Vorverurteilungen. Dies ist im direkten Interesse der Polizei, da nur so effektiv rechtsstaatliche Grundsätze durchgesetzt werden können und es insbesondere im Hinblick auf den vielfach beklagten Respektverlusts der Polizei gegenüber notwendig ist, um der Polizei den gesellschaftlichen Rückhalt zu garantieren, den sie für ihre besonderen Aufgaben braucht und verdient.

Die bestehenden Ombuds- und Beschwerdestellen sind zu begrüßen und sollen erhalten und weiterentwickelt werden. Sie schaffen es derzeit nicht eine unabhängige strafrechtliche Verfolgung von Delikten, begangen von Polizist*innen, zu gewährleisten und sollen stattdessen, bei Einrichtung unabhängiger Ermittlungsbehörden, die Adressierung systemischer und institutioneller Reformvorschläge. Hierfür sind sie durch ihre institutionelle Eingliederung und herausgehobene, in Baden-Württemberg mit der Bürgerbeauftragten auf eine Person zugeschnittenen, Stellung prädestiniert.

Zu 3.4:

Erfahrungswissen spielt in der Arbeit als Polizist*in eine wichtige und nicht zu unterschätzende Rolle. In sekundenschnelle müssen teilweise Gefahrensituationen erkannt, eingeschätzt und behoben werden. Im Sinne der Transparenz als Trägerin von Hoheitsaufgaben, sollte sie sich aber der Wissenschaft gegenüber stärker öffnen. Polizeiliche Arbeitsweisen bedürfen einer regelmäßigen Überprüfung hinsichtlich ihrer Wirksamkeit und Auswirkungen. Im eigenen Interesse muss Vorwürfen von diskriminierenden Arbeitsweisen (Bsp. Racial Profiling) mit maximaler Transparenz entgegnet werden. Auch die psychische Gesundheit der Beamt*innen sollte angesichts der oft physisch und psychisch Herausfordernden Arbeit von zentralem Interesse sein. Es ist ein Armutszeugnis, dass Baden-Württemberg als eine von zwei deutschen Landespolizeien nicht an der bundesweit angelegten Studie „Motivation, Einstellung und Gewalt im Alltag von Polizeivollzugsbeamten – MEGAVO“, teilgenommen hat.

Zu 4. Racial Profiling

Zu 4.1:

Die weitreichenden Befugnisse der Bundespolizei, Personen ohne konkreten Verdacht zu kontrollieren und zu durchsuchen, können dazu führen, dass Menschen aufgrund ihrer äußeren Erscheinung oder ethnischer Herkunft diskriminiert werden. Personen, die aufgrund ihres Aussehens oder ihrer ethnischen Zugehörigkeit als "verdächtig" wahrgenommen werden, könnten unverhältnismäßig häufig kontrolliert werden, was zu Vorurteilen und Diskriminierung führt.

Die weitreichenden Befugnisse, die durch § 22 Absatz 1a BPolG gewährt werden, könnten zu einem Mangel an Transparenz und Rechenschaftspflicht führen. Ohne klare Richtlinien oder unabhängige Überwachung besteht die Gefahr, dass die Polizei diese Befugnisse missbraucht oder willkürlich anwendet. Deshalb muss in § 22 Abs. 1a BPolG die besondere Relevanz von Art. 3 GG und § 4 AGG in dessen

Anwendungsbereich hervorgehoben werden. Dies soll auch als Verdeutlichung der bisherigen verwaltungsgerichtlichen Rechtsprechung dienen, nach der äußere, insbesondere ethnische Merkmale höchstens in einem Motivbündel als Anhaltspunkt für eine Kontrolle herangezogen werden dürfen.

Zu 4.2:

Laut Angaben des Innenministeriums, gibt es Module zum Thema Rassismus und Antisemitismus erst in fünf Bundesländern. In Baden-Württemberg gibt es diese Module/Schulung nur für Personen, die im gehobenen Polizeidienst beschäftigt sind. Das zeigt deutlich, dass auf den anderen Ebenen des Polizeidienstes in diesem Themenbereich Nachholbedarf besteht. Es muss flächendeckende Schulungen für alle Polizist*innen egal welchen Dienstgrads in allen Bundesländern gleichermaßen verpflichtend geben.[\[8\]](#)

Folgende Gründe sprechen darüber hinaus für diese Schulungen:

- Die Polizei sollte eine schützende Instanz gegen rassistische Übergriffe und Rechtsextremismus sein. Durch Antirassismus-Trainings kann die Polizei diese Aufgabe als erste Anlaufstelle im Schutz gegen Diskriminierung effektiver wahrnehmen.
- Rassistische Angriffe – gerade, wenn sie von den zum Schutz verpflichteten Behörden selbst ausgehen – haben eine starke Signalwirkung auf ganze Bevölkerungsgruppen. Ganze Communities verlieren dadurch ihr Vertrauen in die Polizei. Bei ihrer Arbeit ist die Polizei aber auf die Mitwirkung von Bürger*innen angewiesen. Schulungen führen dazu, dass das Vertrauen der Bevölkerung in die Polizei gestärkt wird. Ist dieses Vertrauen vorhanden, steigt die Melderate von Straftaten, es werden mehr Straftaten untersucht und die Opfer erfahren mehr Gerechtigkeit. Das garantiert insgesamt eine effektivere Strafverfolgung.
- Antirassismus-Trainings stärken das Selbstverständnis und die Außenwahrnehmung der Polizeibeamt*innen als „Beschützer*innen von Menschenrechten“. Sie erhöhen die öffentliche Legitimation der Polizei, die unter den rechtsextremen und rassistischen Vorfällen in den letzten Jahren und Monaten stark gelitten hat, und helfen, Vorwürfen und Argwohn entgegenzuwirken.
- Rassismus und Rechtsextremismus in den Polizeibehörden sind eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit. Ausnahmslos alle Polizist*innen müssen als ausführende Kraft des staatlichen Gewaltmonopols müssen auf der Seite der Verfassung stehen und damit auch das Diskriminierungsverbot aus Art. 3 GG schützen. Dies tut der überwiegende Teil der Polizei. Es ist allerdings nicht zu tolerieren, wenn Einzelne oder Gruppierungen innerhalb der Polizei verfassungsfeindlichen Bewegungen Rückendeckung geben oder sogar selbst Teil von ihnen sind. Antirassismus-Trainings helfen, solche Tendenzen zu erkennen, und haben eine präventive Wirkung, indem sie der Entstehung derartiger Tendenzen entgegenwirken.
- Die Polizei hat als „Hüterin des Rechts“ eine Vorbildfunktion hinsichtlich Antidiskriminierung und Antirassismus. Durch die Einführung von verpflichtenden Antirassismus-Trainings wären die Polizeibehörden ein progressives Vorbild für eine antirassistische Gesellschaft.[\[9\]](#)
- Durch Antirassismus-Trainings kann ein Reflexionsprozess angestoßen werden, der zu einer Enttabuisierung des Themas institutioneller Rassismus und damit zu einer effektiveren Bekämpfung von Rassismus insgesamt führt.[\[10\]](#)

[\[1\]](#) Kleiber, D., Renneberg, B., Rotter, M., Stark., S. Gesundheitsmonitoring in der Polizeidirektion A & Risikokonstellation für die vorzeitige Versetzung in den Ruhestand. Freie Universität Berlin. Sept. 2014.

[\[2\]](#) Darius, S., Böckelmann, I. Psychische Belastung und mögliche Prävention bei Polizeibeamten. Prävention & Gesundheitsförderung 2012, 7, 190-195.

- [3] Kleiber, D., Renneberg, B., Rotter, M., Stark., S. Gesundheitsmonitoring in der Polizeidirektion A & Risikokonstellation für die vorzeitige Versetzung in den Ruhestand. Freie Universität Berlin. Sept. 2014.
- [4] Kleiber, D., Renneberg, B., Rotter, M., Stark., S. Gesundheitsmonitoring in der Polizeidirektion A & Risikokonstellation für die vorzeitige Versetzung in den Ruhestand. Freie Universität Berlin. Sept. 2014.
- [5] Kleiber, D., Renneberg, B., Rotter, M., Stark., S. Gesundheitsmonitoring in der Polizeidirektion A & Risikokonstellation für die vorzeitige Versetzung in den Ruhestand. Freie Universität Berlin. Sept. 2014.
- [6] "Täter unbekannt. Mangelnde Aufklärung von mutmaßlichen Misshandlungen durch die Polizei in Deutschland" <https://www.amnesty.de/sites/default/files/2018-07/Amnesty-Bericht-Polizei-Polizeigewalt-Verantwortung-Deutschland-2010.pdf>)
- [7] (<https://dokumente.landtag.rlp.de/landtag/vorlagen/6976-V-17.pdf>)
- [8] <https://de.statista.com/infografik/27990/bundeslaender-die-in-der-polizeiausbildung-rassismus--antisemitismusmodule-einsetzen/>
- [9] <https://www.amnesty.de/sites/default/files/2022-01/Amnesty-Positionspapier-Polizei-Antirassismus-Trainings-Deutschland-Oktober-2021.pdf>
- [10] <https://de.statista.com/infografik/27990/bundeslaender-die-in-der-polizeiausbildung-rassismus--antisemitismusmodule-einsetzen/>

Antrag I05: Reform der Regelungen zu psychosozialer Prozessbegleitung im Strafverfahren

Antragsteller*in:	AG Jusos Baden-Württemberg
Sachgebiet:	I - Inneres, Justiz & Verbraucher*innenschutz

Die Versammlung möge beschließen:

1 Zur Weiterleitung an: Juso-Bundeskongress, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-
2 Bundesparteitag

3 In Artikel 18 der Opferschutzrichtlinie 2012/29/EU heißt es: *[Die Mitgliedstaaten*
4 *stellen] sicher, dass Maßnahmen zum Schutz der Opfer und ihrer Familienangehörigen*
5 *vor sekundärer und wiederholter Viktimisierung, vor Einschüchterung und vor*
6 *Vergeltung, insbesondere vor der Gefahr einer emotionalen oder psychologischen*
7 *Schädigung, und zum Schutz der Würde der Opfer bei der Vernehmung oder bei*
8 *Zeugenaussagen zur Verfügung stehen.* Die von der Richtlinie festgelegten
9 Mindeststandards für Opfer von Straftaten sollen eine Abkehr von Opfern als reinen
10 Beweismitteln bedeuten. Eine Abkehr hin zu einem Strafverfahren, das Rücksicht auf
11 die Bedürfnisse der Opfer nimmt und es ihnen ermöglicht, aktiv und mit gestärktem
12 Rücken für ihre Rechte einzutreten. Deutschland hat die Standards gesetzlich in der
13 Strafprozessordnung (StPO) umgesetzt, darunter dem § 406g StPO, der die psychosoziale
14 Prozessbegleitung regelt. Wir Jusos sind froh über die positiven Effekte, die diese
15 gesetzliche Implementierung für alle Verfahrensbeteiligten, an vorderster Stelle die
16 Opfer, mit sich bringt und begrüßen die Synergien, die beim Zusammenschluss von
17 juristischer und psychosozialer Expertise geschaffen werden. Auf dem Weg zu einem
18 umfassenden Opferschutz im Strafverfahren bleibt in Sachen Regelung der
19 psychosozialen Prozessbegleitung aber noch Einiges zu tun.

20 Das Recht von verletzten Zeug:innen auf eine qualifizierte und professionelle
21 Begleitung nicht nur während, sondern auch vor und nach der Hauptverhandlung ist von
22 hohem Wert. Für die allermeisten Opfer von Straftaten geht das Leidensende nicht mit
23 dem Ende der Tat und ihrer Folgen einher. Für manche Opfer beginnt das Leiden mit der
24 Anzeigeerstattung, mit der Gerichtsverhandlung oder dem Urteilspruch von Neuem.
25 Professionelle psychosoziale Prozessbegleitung versucht, die Opfer vor diesen
26 neuerlichen Belastungen zu schützen und eine Sekundärviktimisierung durch das
27 Strafverfahren zu vermeiden. Darüber hinaus wird über den ganzen Zeitraum hinweg viel
28 individuelle Informations- und Unterstützungsarbeit geleistet. Ihre bundesgesetzliche
29 Verankerung in der Strafprozessordnung (StPO) und in einem eigenständigen Gesetz
30 (PsychPbG) fand die psychosoziale Prozessbegleitung im Jahr 2015, knapp ein Jahr
31 später traten die entsprechenden Regelungen in Kraft. Seitdem trägt die psychosoziale
32 Prozessbegleitung einen maßgeblichen Anteil zur Stabilisierung belasteter verletzter
33 Zeug:innen bei, bundesweit gibt es derzeit etwa 400 qualifizierte psychosoziale
34 Prozessbegleiter:innen.

35 **Mehr Beiordnungen durch bessere Aufklärung**

36 In weiten Teilen Deutschlands erfolgt die Beiordnung einer Prozessbegleitperson noch
37 eher verhalten. Mitgrund hierfür ist, dass die beiordnungsberechtigten Gerichte
38 teilweise Missverständnissen aufsitzen hinsichtlich dessen, was psychosoziale

39 Prozessbegleitung ist und auch nicht ist. So lässt sich beispielsweise die
40 Befürchtung, die Beteiligung einer weiteren Person am Verfahren führe zu Mehraufwand
41 oder einer Beeinflussung des Verfahrens, kaum halten, wenn man ihr die Lehren aus der
42 Praxis entgegensetzt: Nicht nur sprechen Begleitperson und das Opfer zu keiner Zeit
43 über den Inhalt der Zeugenaussage und schließen unter anderem so eine Verfälschung
44 derselben aus. Auch ist ein Nebeneffekt der Begleitung, dass sie durch umfassende
45 Stabilisierung eine erhöhte Aussagefähigkeit der Zeug:innen zur Folge hat, der
46 Fortgang der Verfahrens profitiert ebenfalls von ihr. Wir Jusos sprechen uns daher
47 deutlich für mehr dauerhafte Aufklärung der Justizministerien von Bund und Ländern
48 über die Tätigkeiten der psychosozialen Prozessbegleitung aus. Die mehrsprachigen
49 Infobroschüren des Bundes sehen wir als ein Paradebeispiel für wirkmächtige
50 Aufklärungsarbeit und einen guten Ausgangspunkt für weitere Projekte.

51 **Beiordnungsmöglichkeit für Verletzte häuslicher Gewalt**

52 Zum jetzigen Stand lässt allein die schwere Körperverletzung nach § 226 StGB eine
53 Prozessbegleitung zu, die Körperverletzungsdelikte nach den §§ 223f. StGB berechtigen
54 hierzu nicht. Wer im Rahmen häuslicher Gewalt Opfer letztgenannter Straftaten wird,
55 kann die Begleitung somit nicht beantragen. Die häufige Traumatisierung von
56 Betroffenen häuslicher Gewalt ist aber für uns ein klarer Hinweis darauf, dass die
57 aktuellen Regelungen im Widerspruch zu dem von ihnen erklärten Ziel eines umfassenden
58 Opferschutzes stehen. Wir fordern deshalb die Aufnahme der Delikte aus den §§ 223f.
59 StGB in den Katalog der zur Beiordnung berechtigenden Delikte unter der zusätzlichen
60 Voraussetzung, dass die Tat durch eine nahestehende Person begangen worden sein muss,
61 zu der ein Abhängigkeitsverhältnis bestand oder besteht. Auf diese Weise würde die
62 psychosoziale Prozessbegleitung einer Vielzahl an Opfern garantiert, ohne sich durch
63 den Begriff der „häuslichen Gewalt“ auf bestimmte Abhängigkeitsverhältnisse zu
64 reduzieren. Nicht zuletzt führt auch Art. 22 Abs. 3 der Opferschutzrichtlinie eine
65 solche Abhängigkeit vom Täter als einen Grund zur Annahme besonderer
66 Schutzbedürftigkeit eines Opfers an.

67 **Kein gerichtliches Ermessen bei der Beurteilung der besonderen Schutzbedürftigkeit**

68 Neben der Abhängigkeit zum Täter führt derselbe Absatz des Artikel 22 der
69 Opferschutzrichtlinie weitere Anhaltspunkte für besondere Schutzbedürftigkeit an. So
70 zum Beispiel, wenn die begangene Straftat der organisierten Kriminalität zuzuordnen
71 ist, die verletzte Person Opfer sexueller Gewalt wurde oder infolge der Straftat eine
72 beträchtliche Schädigung erlitten hat. Der deutsche § 406g StPO macht die besondere
73 Schutzbedürftigkeit bei vielen Delikten zur Voraussetzung für die Beiordnung einer
74 Prozessbegleitperson. Ob der:die verletzte:r Zeug:in nun tatsächlich besonders
75 schutzbedürftig ist, das liegt im Ermessen des zuständigen Gerichts. Oft ergibt sich
76 aus dem Ermitteln dieser Zusatzvoraussetzung – nicht zuletzt durch den Rückgriff auf
77 entsprechende Gutachten – eine weitere derjenigen Belastungen, die durch die
78 psychosoziale Prozessbegleitung ja gerade vermieden werden sollen. Wir fordern ein
79 Ende der bislang teils willkürlichen Entscheidungen in dieser Frage und die
80 Grundannahme von besonderer Schutzbedürftigkeit entlang der in Art. 22 Abs. 3
81 Opferschutzrichtlinie 2012/29/EU ausgeführten Kriterien. Wem erlaubt ist, die Hilfe
82 psychosozialer Prozessbegleitung in Anspruch zu nehmen, darf sich nicht länger an dem
83 bemessen, was an deutschen Gerichten wenig transparent und uneinheitlich beschlossen
84 wird, sondern an dem, was für Deutschland und seine europäischen Partner zukünftig

85 eine klare Leitlinie für starken Opferschutz sein sollte.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag I06: Psychologische Betreuung von Anzeigerstatter*innen

Antragsteller*in:	AG Jusos Baden-Württemberg
Sachgebiet:	I - Inneres, Justiz & Verbraucher*innenschutz

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Zur Weiterleitung an: SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bundesparteitag
- 2 Menschen, die Opfer einer Straftat werden, leiden im Nachgang – gerade im Bereich der
- 3 Sexualdelikte – häufig unter psychischen Belastungen. Für einen Menschen, der
- 4 beispielsweise Opfer einer Vergewaltigung wurde, ist der Gang zur Polizei weder
- 5 selbstverständlich, noch einfach. Um Anzeige zu erstatten, braucht es viel Kraft und
- 6 Mut. Nicht selten wird der Prozess der Anzeigeerstattung für Betroffene zu einer
- 7 zusätzlichen psychischen Belastung. Die Notwendigkeit der eigenen Aussage auf einer
- 8 Polizeistation schreckt Betroffene häufig davor ab, überhaupt Anzeige zu erstatten.
- 9 Um dem entgegenzuwirken, muss Opfern von Straftaten auch im Prozess der
- 10 Anzeigeerstattung auf einer Polizeistation ein Gefühl der Sicherheit gegeben werden.
- 11 Polizist*innen, die eine sachliche Aussage aufnehmen müssen, können dies nicht
- 12 gewährleisten.
- 13 Wir fordern daher, Opfern von schweren Straftaten, insbesondere Opfern von
- 14 Sexualdelikten, grundsätzlich eine unabhängige und kostenlose psychologische
- 15 Betreuung für den Prozess der Anzeigeerstattung zur Seite zu stellen.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag I07: Verschärfung des Waffenrechts in Schießstätten

Antragsteller*in:	AG Jusos Baden-Württemberg
Sachgebiet:	I - Inneres, Justiz & Verbraucher*innenschutz

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Zur Weiterleitung an: Juso-Bundeskongress, SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion,
2 SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion
- 3 Der Schießsport erfreut sich in Deutschland jahrhundertelanger Tradition, erst 2016
4 erfolgte die Einstufung als Immaterielles Kulturerbe durch die UNESCO. Die Bedeutung
5 des Schützenwesens lässt sich auch an Zahlen ablesen: Der Deutsche Schützenbund
6 konnte im vergangenen Jahr die beachtliche Zahl von über 1,3 Mio. Mitgliedern
7 aufweisen, Platz 5 in der Liste der mitgliederstärksten Sportverbände der
8 Bundesrepublik. Wir Jusos Baden-Württemberg wissen um die Vielfältigkeit der Bräuche
9 und Traditionen, die das Schützenwesen deutschlandweit mit sich bringt und erkennen
10 dessen Beitrag zu regionaler und lokaler Identität an.
- 11 Aber wir verschließen die Augen auch nicht vor den Gefahren, die mit der Handhabe von
12 Schusswaffen einhergehen und richten unser Augenmerk hier besonders auf die
13 gesetzlichen Voraussetzungen zum Schusswaffengebrauch in Schießstätten. In
14 Deutschland steht es grundsätzlich allen Bürger:innen offen, an Schießständen zu
15 üben, auch solchen, die der Verfassungsschutz als rechtsextrem einstuft. Das
16 Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) schätzt die Zahl deutscher
17 Rechtsextremist:innen und „Reichsbürger:innen“, die in Schießständen an der Waffe
18 üben, derzeit auf rund 350 Personen. Mit der Einstufung allein geht allerdings noch
19 kein Verbot für das Schießen in Schießstätten einher, dieses tritt erst mit
20 Verhängung eines Waffenverbotes für den Einzelfall gem. § 41 WaffG ein.
- 21 Kontrollen finden vor Ort allerdings nicht statt: die Betreiber:innen müssen nicht
22 kontrollieren, sie können es aber auch gar nicht verlässlich, darf ihnen doch von
23 Behördenseite keine Auskunft über verhängte Verbote gegeben werden. Hinzu kommt, dass
24 für das Schießen mit an der Schießstätte geliehenen Waffen anders als für deren
25 Besitz keine waffenrechtliche Erlaubnis in Form einer Waffenbesitzkarte (WBK)
26 erforderlich ist. Das führt dazu, dass Personen, die beispielsweise aufgrund von
27 Vorstrafen vom legalen Erwerb einer Waffe ausgeschlossen sind oder deren
28 Waffenbesitzkarte entzogen wurde, problemlos weiter an Schießständen schießen dürfen.
29 Dieser Umstand kommt einem „Schlupfloch“ im Gesetz gleich, das es gewaltbereiten
30 Rechtsextremist:innen und anderen für den Waffenbesitz Ungeeigneten leicht macht,
31 ihre Fähigkeiten an der Schusswaffe zu trainieren.
- 32 Es bedarf nicht viel, um zu sehen, dass die skizzierten Gefahren keinesfalls rein
33 hypothetischer Natur sind: 47 Prozent der in der Auswertung des Verfassungsschutz
34 enthalten Rechtsextremist:innen haben sich bereits politisch motivierte Straftaten zu
35 schulde kommen lassen. In Hanau sind neun Menschen Opfer eines Täters geworden, der
36 sich jahrelang ungestört im Umgang mit der Waffe üben konnte. Auch Walter Lübcke
37 starb 2019 durch die Kugeln eines rechtsextremen Sportschützen. Dass hier
38 offensichtlich Regelungsbedarf herrscht, ist nun bis auf Bundesebene durchgedrungen:
39 Ein Referentenentwurf des Bundesministeriums des Innern und für Heimat (BMI) sieht

40 unter anderem die folgenden Änderungen für Personen ohne waffenrechtliche Erlaubnis
41 vor: Nur erlaubnisfreie Waffen sind diesem Personenkreis in Schießstätten ohne
42 Weiteres zugänglich. Für alle weiteren Schusswaffen bedarf es des Nachweises, nicht
43 mit einem Waffenverbot nach § 41 WaffG belegt zu sein.

44 **Ohne Erlaubnis kein Schießen**

45 Wir begrüßen den Vorstoß des Innenministeriums hin zu einer Verschärfung des
46 Waffenrechts. Doch gerade im Hinblick auf erlaubnisfreie Schütz:innen wünschen wir
47 uns ein echtes „Mehr“: Wir Jusos fordern ein Schießverbot für alle Personen ohne
48 waffenrechtliche Erlaubnis an ortsfesten Schießstätten. Das hätte den Vorteil, das
49 von vornherein alle Schütz:innen die für die Erteilung der Erlaubnis notwendige
50 Zuverlässigkeits- und Eignungsprüfung durchlaufen. Es wäre ein besseres Erfassen der
51 Leute möglich, die womöglich später „aus dem Nichts“ zu Tätern werden, es bedürfte
52 hierfür schließlich nicht erst der ein Verbot begründenden Eigenschaften, um
53 den Waffengebrauch zu beschränken. Auch würde diese Regelung dahingehend weniger
54 Aufwand bedeuten, als dass die Erlaubnis nur einmal beantragt werden muss, der
55 Nachweis, verbotsfrei zu sein, aber jährlich aufs Neue. Nicht zuletzt würde das die
56 Türe hin zu sicheren Kontrollen mittels elektronischer Verfahren öffnen. Mangelnde
57 regelmäßige Bestätigung der Erlaubnis ist nicht zu erwarten, wird sie doch schon
58 heute durch den Verfassungsschutz regelmäßig überprüft.

59 **kein schießen für extremist:innen**

60 Und damit ist auch die Brücke zu unserer zweiten Forderung geschlagen: wir benötigen
61 den konsequenten Entzug und Verweigerung der waffenrechtlichen Erlaubnis bei einer
62 Einstufung als extremistisch durch den Verfassungsschutz. Im Hier und Jetzt ist
63 Neonazis das Training an der Waffe erlaubt. Ihnen die Waffenbesitzkarte und damit
64 zugleich das professionelle Umfeld der Schützenvereine und ihrer Schießstände zu
65 verwehren, halten wir für einen vielversprechenden Schritt gegen Gewalt von rechts.
66 Die hohe Auffälligkeitsquote aus der Auswertung durch das BfV zeigt den
67 Einschränkungbedarf deutlich auf, weitere Eskalationen wie in den angeführten
68 Tötungsfällen müssen um jeden Preis vermieden werden. Ein Abdriften der Szene in „den
69 unregulierten Raum“ als Folge neuer Verbotsleitlinien vermag angesichts des aktuell
70 geringen Ausmaßes an faktischer, nicht rein rechtlicher Kontrolle wenig zu
71 überzeugen.

72 Uns ist bewusst, dass die gestellten Forderungen bei ihrer Umsetzung neuen
73 Regelungsbedarf für Nachwuchsschütz:innen bedeuten. Diesen Bedarf unkompliziert und
74 schnell zu decken, halten wir aber ebenso für notwendig wie gut umsetzbar.

Begründung

erfolgt mündlich.

Antrag I08: Adelstitel abschaffen

Antragsteller*in:	AG Jusos Baden-Württemberg
Sachgebiet:	I - Inneres, Justiz & Verbraucher*innenschutz

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Weiterleitung an: SPD Bundesparteitag, SPD Bundestagsfraktion
- 2 Der Adel ist eine undemokratische, aus der Zeit gefallene Institution. Trotz der
- 3 offiziellen Abschaffung mit der Weimarer Reichsverfassung im Jahre 1919 sind einige
- 4 Privilegien bis heute erhalten. Namenszusätze wie „Baron“, „Freiherr“ oder andere
- 5 zeugen von einer Zeit, in der einige wenige Bürger die anderen ausbeuteten und über
- 6 sie herrschten.
- 7 Auch die Eigentumsverhältnisse wurden damals nicht revidiert, stattdessen dürfen die
- 8 Nachfahren der Adligen das durch Fronarbeit und Tribute angesammelte Vermögen ihrer
- 9 Vorfahren vorbehaltlos behalten. Einzelne Akteure wie etwa Herr Georg Friedrich
- 10 Preußen, der in diversen Rechtsstreitigkeiten versucht, bereits öffentliche Schlösser
- 11 in seinen Privatbesitz zu bekommen, verdeutlichen zudem, dass der Staat mehr
- 12 Handlungsspielraum braucht, Kulturgüter von hohem öffentlichen Interesse vor
- 13 partikulare Privatinteressen zu schützen.
- 14 Standesdünkel hat in einer modernen Demokratie nichts zu suchen. Durch die
- 15 Abschaffung der adligen Namenszusätze und die Möglichkeit der Enteignung unter
- 16 menschenunwürdigen Bedingungen erworbener Kulturdenkmäler sorgen wir dafür, dass die
- 17 letzten Elemente der feudal-adligen Ordnung getilgt werden. Mit der an das
- 18 Ausgleichleistungsgesetz angelehnten Entschädigungsregelung sorgen wir des Weiteren
- 19 dafür, dass Antidemokraten kein Geld aus der Staatskasse erhalten.

Begründung

Der Adel ist eine undemokratische, aus der Zeit gefallene Institution. Trotz der offiziellen Abschaffung mit der Weimarer Reichsverfassung im Jahre 1919 sind einige Privilegien bis heute erhalten. Namenszusätze wie „Baron“, „Freiherr“ oder andere zeugen von einer Zeit, in der einige wenige Bürger die anderen ausbeuteten und über sie herrschten.

Auch die Eigentumsverhältnisse wurden damals nicht revidiert, stattdessen dürfen die Nachfahren der Adligen das durch Fronarbeit und Tribute angesammelte Vermögen ihrer Vorfahren vorbehaltlos behalten. Einzelne Akteure wie etwa Herr Georg Friedrich Preußen, der in diversen Rechtsstreitigkeiten versucht, bereits öffentliche Schlösser in seinen Privatbesitz zu bekommen, verdeutlichen zudem, dass der Staat mehr Handlungsspielraum braucht, Kulturgüter von hohem öffentlichen Interesse vor partikulare Privatinteressen zu schützen.

Standesdünkel hat in einer modernen Demokratie nichts zu suchen. Durch die Abschaffung der adligen Namenszusätze und die Möglichkeit der Enteignung unter menschenunwürdigen Bedingungen erworbener Kulturdenkmäler sorgen wir dafür, dass die letzten Elemente der feudal-adligen Ordnung getilgt werden. Mit der an das Ausgleichleistungsgesetz angelehnten Entschädigungsregelung sorgen wir des Weiteren dafür, dass Antidemokraten kein Geld aus der Staatskasse erhalten.

Antrag I09: Es gibt keine Kinderpornografie! Kindesmissbrauchsdarstellungen klar und deutlich benennen!

Antragsteller*in:	JUSO Vorstand SPD-Landesverband Saar
Sachgebiet:	I - Inneres, Justiz & Verbraucher*innenschutz

Die Versammlung möge beschließen:

1 Analyse:

2 Der Begriff "Kinderpornografie" wird von Strafverfolgungsbehörden und anderen
3 offiziellen Stellen regelmäßig verwendet, um bestimmte Formen von Kindesmissbrauch
4 und sexueller Ausbeutung zu beschreiben. Trotz der Probleme, die mit dem Begriff
5 verbunden sind, wird er oft aus praktischen Gründen genutzt, da er allgemein bekannt
6 ist und eine breite öffentliche Wahrnehmung hat. Im rechtlichen Kontext wird der
7 Begriff "Kinderpornografie" weiterhin in Gesetzen und Vorschriften verwendet, um
8 bestimmte Straftatbestände zu beschreiben. Die Verwendung des Begriffs
9 "Kinderpornografie" trägt zur Normalisierung und Verharmlosung des schwerwiegenden
10 Verbrechens bei. Indem das Wort "Pornografie" verwendet wird, kann der Eindruck
11 entstehen, dass es sich um eine Art von Erwachsenenmaterial handelt, was die
12 Ernsthaftigkeit und die schrecklichen Auswirkungen auf die Opfer verringert. Der
13 Begriff fokussiert sich eher auf die Art des Materials als auf die Tatsache, dass es
14 sich um sexuelle Ausbeutung und Missbrauch von Kindern handelt. Es sollte betont
15 werden, dass es sich um Kinder handelt, die zu Opfern gemacht werden, statt den Fokus
16 auf die Art der Aufnahmen zu legen. Die Verwendung des Begriffs "Kinderpornografie"
17 kann fälschlicherweise den Eindruck erwecken, dass es sich um eine Art von legaler
18 oder akzeptabler Pornografie handelt, die einfach für Kinder bestimmt ist. Das kann
19 zu falschen Annahmen führen und die Forderung nach Legalisierung oder
20 Entkriminalisierung von bestimmten Materialien aufwerfen. In einigen Rechtssystemen
21 kann die Verwendung des Begriffs "Kinderpornografie" zu juristischen
22 Herausforderungen führen, da nicht präzise genug ist, um die verschiedenen Formen von
23 Kindesmissbrauch und sexueller Ausbeutung abzudecken. Als Ersatzbegriffe werden oft
24 Ausdrücke wie "Kindesmissbrauchsmaterial" oder "Darstellung des sexuellen Missbrauchs
25 von Kindern" verwendet, um die Ernsthaftigkeit der Verbrechen und die
26 Opferperspektive angemessen zu berücksichtigen. Es ist wichtig, dass die Sprache in
27 diesem Zusammenhang sorgfältig gewählt wird, um die Schwere und Tragödie des
28 Missbrauchs von Kindern zu respektieren und zu betonen. Auch Betroffenenverbände und
29 unabhängige Organisationen, darunter auch die unabhängige Kommission zur Aufarbeitung
30 sexuellen Kindesmissbrauchs, kritisieren den Begriff der „Kinderpornografie“ und
31 bezeichnen ihn als einen verharmlosenden und ungenauen Begriff, der darüber
32 hinwegtäuscht, dass jede derartige Darstellung eine schwere Straftat ist.

33 Forderungen:

34 Die Ersetzung des Begriffes "Kinderpornografie" in allen Rechtsvorschriften durch das
35 Wort „Kindesmissbrauchsdarstellungen“.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag I10: Verfassungsschutz abschaffen – und dann?

Antragsteller*in:	Jusos Bayern
Sachgebiet:	I - Inneres, Justiz & Verbraucher*innenschutz

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Verfassungsschutz abschaffen- und dann?
- 2 Der Verfassungsschutz muss abgeschafft werden.
- 3 Zahlreiche Anschläge von rechts werden nicht nur nicht verhindert, wie etwa in Halle
- 4 oder Hanau, im Gegenteil, sie werden wohl gerade gefördert. So zeigt der NSU Komplex
- 5 beispielhaft auf, dass eingeschleust oder angeworben V-Personen den NSU mit aufgebaut
- 6 haben – mit Mitteln des Verfassungsschutzes. Gesammelte Informationen dieser V-
- 7 Personen wurden nur ungenügend ausgewertet. Auch die NPD konnte letztendlich nicht
- 8 verboten werden, weil V-Personen im Führungskader waren.
- 9 Doch das ist nur ein kleiner Ausschnitt aus dem behördlichen Totalversagen. Auch das
- 10 ideologische Festhalten an der Hufeisentheorie und der übermäßige Fokus auf
- 11 vermeintlichen “Linksextremismus” zählt hier dazu. Zudem sind zahlreiche
- 12 Mitarbeitende gesichert rechtsradikal, gerade in der Anfangszeit wurde der
- 13 Verfassungsschutz von Alt-Nazis besetzt.
- 14 Die Methoden des Verfassungsschutzes sind undurchsichtig, Betroffene von
- 15 Abhörmaßnahmen erfahren meist nie etwas davon. Außerdem gibt es kaum Kontrolle, weder
- 16 von der G10-Kommission noch von Richter*innen, weil diese den Maßnahmen nicht
- 17 zustimmen müssen.
- 18 Der Verfassungsschutz ist nicht reformierbar. Er muss als solcher abgeschafft werden.

19 **1. Verfassungsschutz abschaffen**

- 20 Wir sehen es als Notwendigkeit, das Bundesamt und die Landesämter für
- 21 Verfassungsschutz abzuschaffen und den Demokratieschutz in die Hände öffentlich
- 22 besser kontrollierbarer und transparenterer Institutionen zu legen, in ein
- 23 Demokratieinstitut.
- 24 Zudem bedarf es einer institutionellen Trennung zwischen einem Demokratieinstitut und
- 25 dem polizeilichen Staatsschutz, welcher dann gerade nicht als Verfassungsschutz .
- 26 fungieren soll. Beide sind in ihrer Arbeit voneinander unabhängig und die Arbeit der
- 27 einen wird nicht von der Arbeit der anderen Stelle übernommen (Neues
- 28 Trennungsprinzip).
- 29 Zu demokratiefeindlichen Bestrebungen zählen für uns insbesondere solche, die die
- 30 Mitbestimmung aller Menschen in unserer Gesellschaft und somit auch die Gleichheit
- 31 aller Menschen in Frage stellen. Dazu zählen für uns einzelne Einstellungen,
- 32 Personen, aber auch Gruppen und Organisationen sowie gesamte gesellschaftliche
- 33 Phänomene.
- 34 Darüber hinaus gefährdet der Kapitalismus als System unsere Demokratie.
- 35 Freiheit, Würde und Gleichheit sind unverrückbare Prinzipien einer solidarischen und
- 36 demokratischen Gesellschaft.

37 2. Demokratieinstitut

38 Um den Schutz der Demokratie und die Bekämpfung antidemokratischer Strukturen
39 weiterhin gewährleisten zu können, fordern wir die Schaffung eines
40 Demokratieinstituts, sowie die Auslagerung übrig gebliebener Kompetenzen an den
41 polizeilichen Staatsschutz. Beim Demokratieinstitut handelt es sich um ein
42 wissenschaftliches Forschungsinstitut,

43 dass durch die Sammlung und Auswertung öffentlicher Quellen Erkenntnisse
44 zusammenträgt. Diese sollen analysiert werden, um sie auf eine mögliche Gefahr für
45 die freiheitlich demokratische Grundordnung, beispielsweise durch gruppenbezogene
46 Menschenfeindlichkeit, zu überprüfen.

47 Es ist ganz klar getrennt vom polizeilichen Staatsschutz. Das Demokratieinstitut,
48 welches keinerlei Handlungskompetenzen hat, ist für die Sammlung, Auswertung und
49 Systematisierung von Informationen zuständig. Der polizeiliche Staatsschutz handelt
50 ausschließlich auf Grundlage der ihm vorliegenden Informationen und darf selbst keine
51 derartigen analytischen Kompetenzen wahrnehmen.

52 Hauptaufgabe des Instituts ist das Sammeln und Auswerten von öffentlich zugänglichen
53 Informationen. Darunter fallen sozialwissenschaftliche, politikwissenschaftliche,
54 historische und psychologische Forschungen. Das Institut arbeitet also eng zusammen
55 mit Universitäten und wissenschaftlichen Forschungsstellen.

56 Auf Grundlage der gesammelten Informationen werden anschließend wissenschaftliche
57 Analysen erstellt. Diese können einen „Ist- Zustand“ zusammengefasst beschreiben, sie
58 können Probleme und Gefahren erkennen und sie können konkrete Handlungsempfehlungen
59 geben. Insgesamt dienen die Analysen als Grundlage für konkrete Maßnahmen seitens der
60 Politik und der Zivilgesellschaft, um gegen antidemokratische und menschenfeindliche
61 Tendenzen vorzugehen. Hierbei sollen sowohl gesamtgesellschaftliche Entwicklungen als
62 auch konkrete Organisationen und Einzelpersonen betrachtet werden. Hierbei ist
63 wichtig, dass die gesammelten Informationen öffentlich zugänglich sind, auch muss
64 über die Beschaffungswege Transparenz gewahrt werden. Nur so kann gewährleistet
65 werden, dass Betroffene gegen Publikationen juristisch vorgehen können.

66 Um wissenschaftliche, qualitative Standards zu bewahren, soll das Institut ein Budget
67 erhalten, durch welches Forschung sowie geplante Projekte finanziert werden können.
68 Das Demokratieinstitut soll zusätzlich einen Beirat bekommen, in welchem
69 antifaschistische und zivilgesellschaftliche Bündnisse und Organisationen vertreten
70 sind. Dieser hat die Aufgabe, das Institut zu beraten und zu kontrollieren.

71 Essentiell ist, dass das Demokratieinstitut unabhängig von der Exekutive ist. Weder
72 Politiker*innen, noch die Polizei haben zu bestimmen, was menschen- oder
73 demokratiefeindlich ist. Dies obliegt in diesem Sinne dem Demokratieinstitut und auf
74 anderer Ebene der Judikative.

75 Zudem hat das Demokratieinstitut eine Kontaktstelle, an die sich Bürger*innen, sowie
76 NGOs und weitere demokratische Verbände und Organisationen wenden können, um dem
77 Institut nähere Informationen zu beschaffen. Diese Informant*innen werden nicht wie
78 im V-Personen System des Verfassungsschutz bezahlt. Wir wollen, dass Demokrat*innen
79 aufgrund ihrer demokratischen Überzeugung die Verfassung schützen und nicht, dass
80 Extremist*innen wenig Informationen für viel Geld verkaufen. Extremist*innen, die aus
81 einer Szene aussteigen wollen, können sich ebenfalls an diese Kontaktstelle wenden.

82 Sie sollen dann durch das Institut an ein entsprechendes Aussteigerprogramm o.ä.
83 vermittelt werden und so zusätzlich bei der Reintegration in die Demokratische
84 Gesellschaft unterstützt werden.

85 **3. Polizeilicher Staatsschutz**

86 Der polizeiliche Staatsschutz befasst sich mit gegen den Staat gerichteten
87 Bestrebungen, sobald diese polizeilich relevant werden. Dabei wird er in der Regel
88 durch eigene Abteilungen in den Polizeibehörden organisiert. Für ihn gibt es daher
89 keine gesonderten Rechtsgrundlagen. Es gelten die jeweiligen allgemeinen Vorschriften
90 für die Polizei. Er soll entsprechend präventive wie repressive Aufgaben wahrnehmen.

91 Dazu zählen das Befassen mit "politisch motivierter Kriminalität", terroristischen
92 Straftaten sowie mit Spionageabwehr. Jene Kompetenzen der aktuell noch bestehenden
93 Verfassungsschutzbehörden, die wir für sinnvoll halten und Aufgaben, die weiterhin
94 wahrgenommen werden müssen, sollen ausgelagert und an eben jenen polizeilichen
95 Staatsschutz eingelagert werden. Beim polizeilichen Staatsschutz handelt es sich um
96 eine Abteilung der Polizeibehörden, die sich mit bereits geschehenen, aber auch kurz
97 vor der Verwirklichung stehenden Straftaten gegen den demokratischen Staat, der
98 sogenannten „politisch motivierter Kriminalität“, beschäftigt.

99 Die Arbeit des Staatsschutzes unterliegt dabei bestimmten Eingriffsschwellen, die
100 sich an der Konkretheit und der Schwere einer möglichen Gefahr orientieren. Die
101 jeweiligen Eingriffsschwellen erlauben damit dem Staatsschutz, schon vor der Begehung
102 einer Straftat einzugreifen.

103 Wir sind uns der strukturellen Probleme der Polizeibehörden – von Rassismus- und
104 Antisemitismus-Skandalen über Reichsbürgerstrukturen bis zur Rolle in den NSU-Morden
105 – bewusst. Der Polizei die Verantwortung für den Schutz der Demokratie zu übertragen,
106 birgt Gefahren und linke Bewegungen lagen mit ihre Warnungen in diesem Bezug in der
107 Vergangenheit richtig.

108 Gleichzeitig ist es, zumindest für die Zwischenzeit, notwendig, mithilfe staatlicher
109 Behörden rechte und faschistische Gefahren abzuwehren, weil sie die notwendigen
110 Mittel besitzen. Auch wenn der Staat in seiner aktuellen Form nicht unserem Ideal
111 entspricht, ist er doch die derzeit beste Grundlage dafür, diese Ideale umzusetzen.

112 Ein Staat, wie ihn sich unsere politischen Gegner*innen erträumen, versperrt uns
113 diesen Weg im besten Fall. Aus diesem Zwiespalt heraus ist es auch notwendig, die
114 Maßnahmen und Wege zu betrachten, mit denen diese Gefahren abgewehrt werden sollen.
115 Wir müssen die Polizei daher endlich grundlegend reformieren und so demokratisch und
116 menschenfreundlich gestalten. Dafür halten wir an den bisherigen Beschlusslagen zur
117 Polizei fest. Insbesondere unabhängige Beschwerde- und Ermittlungsstellen müssen
118 dringend eingeführt werden, um die gesamte Polizei und so auch den hier beschriebenen
119 polizeilichen Staatsschutz zu kontrollieren.

120 Aus diesem Grund betonen wir die Notwendigkeit der Trennung des Demokratieinstituts
121 und des Staatsschutzes. Erkenntnisse zu demokratiefeindlichen Bestrebungen sammelt
122 und wertet das Demokratieinstitut aus öffentlichen Quellen und in der Zusammenarbeit
123 mit wissenschaftlichen Forschungsstellen aus. Dabei nutzt es keine polizeilichen
124 Mittel.

125 Der Staatsschutz nimmt keine demokratiewissenschaftliche Auswertung wie das

126 Demokratieinstitut vor. Die Basis seiner Arbeitsweise muss wissenschaftlich sein,
127 statt durch das Innenministerium gesteuert. Daher wird auch die Kategorie "politisch
128 motivierte Kriminalität" abgeschafft. Der Fokus liegt auf Gefahren und Straftaten,
129 welche die Demokratie gefährden oder auf gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit
130 basieren.

131 Er ist darauf beschränkt, konkrete Gefahren abzuwehren und Straftaten zu verfolgen,
132 gerade auf der Grundlage der gesammelten Infos.

133 **4. Eingriffsschwellen**

134 Die Maßnahmen der Polizei in der Strafverfolgung und der Prävention von Straftaten
135 sind umfangreich. Jede Maßnahme greift dabei in die Grundrechte von Personen ein,
136 z.B. durch eine Festnahme in das Grundrecht auf Freiheit. Deshalb müssen für jeden
137 Eingriff eigens festgelegte Voraussetzungen erfüllt sein. In der Strafverfolgung sind
138 diese durch die StPO bundesweit einheitlich geregelt.

139 Im präventiven Bereich, also zur Gefahrenabwehr, ergeben sich die Maßnahmen und ihre
140 Eingriffsschwellen aus den jeweiligen Gesetzen für Landes- und Bundespolizei. Hierbei
141 ist festzustellen, dass sich die möglichen Maßnahmen selbst und auch die jeweiligen
142 Eingriffsschwellen bundesweit unterscheiden. Länder, die von einer konsequenten Law-
143 and-Order-Praxis schwärmen, geben ihrer Polizei dabei deutlich mehr Befugnisse und
144 niedrigere Eingriffsschwellen, bspw. durch das Weglassen einer gerichtlichen
145 Anordnung. So wird Missbrauch einfacher und Kontrolle schwieriger. Das gilt für die
146 Polizeigesetze allgemein, aber auch für den polizeilichen Staatsschutz, der nach
147 denselben Gesetzen handelt.

148 Weiter ist festzustellen, dass ähnlich schwere Grundrechtseingriffe im präventiven
149 Bereich deutlich geringere Schwellen haben, als im strafprozessualen Bereich. Häufig
150 wird mit rechtlich schwammigen Begriffen wie "drohende Gefahr" oder der "öffentlichen
151 Ordnung" gearbeitet. Zudem können Personen in einigen Bundesländern für die Abwehr
152 einer Straftat, deren eigener Strafraum selten zu einer Haftstrafe führen würde,
153 Tage- bis Wochen in Präventivhaft genommen werden. Wir fordern daher ein
154 Musterpolizeigesetz unter Wahrung der Menschenrechte, um bundeseinheitliche
155 Eingriffsschwellen festzulegen und hoch anzusiedeln. Wichtig ist uns hierbei,
156 gerichtliche Anordnungen nur bei triftigen Gründen wegzulassen.

157 **5. Rechtsschutz**

158 Die Maßnahmen des polizeilichen Staatsschutzes dienen häufig der weiteren
159 Informationsgewinnung, um konkrete Straftaten rechtzeitig abwehren oder nach
160 Vollendung umfänglich aufklären zu können. Um die Maßnahmen selbst nicht zu
161 gefährden, wird dabei häufig verdeckt vorgegangen, also ohne dass die betroffene
162 Person zu diesem Zeitpunkt weiß, dass sie einer polizeilichen Maßnahme unterzogen
163 wird. Das halten wir unter Beachtung der rechtlichen Hürden und der
164 Verhältnismäßigkeit auch weiterhin für sinnvoll, um menschenverachtende Straftaten
165 effektiv zu verhindern oder aufzuklären.

166 Um Grundrechte und die Verhältnismäßigkeit strikt zu schützen und sicherzustellen,
167 fordern wir gerichtliche Anordnungen bei allen verdeckten Maßnahmen. Die Entscheidung
168 sollen dann spezialisierte Richter*innen treffen, die sich bestens mit den möglichen

169 Maßnahmen und den besonderen Anforderungen an die Verhältnismäßigkeit auskennen.
170 Umfassende und regelmäßige Fortbildungen in Bezug auf diese Maßnahmen müssen
171 vorgeschrieben sein. Diese Kurse sollen auch den Austausch mit Initiativen umfassen,
172 die sich zivilgesellschaftlich für den Schutz vor Überwachung und der Privatsphäre
173 einsetzen. Die Richter*innen sollen in Kammern bei den Oberlandesgerichten arbeiten,
174 Rechtsmittel müssen umfassend ermöglicht werden.
175 Weiterhin ist es in diesen Fällen nicht möglich, dass sich die betroffene Person
176 selbst gegen diese Maßnahme verteidigt. Um ihre Rechte dennoch in der
177 Entscheidungsfindung zu vertreten, fordern wir die Einrichtung eines
178 Verteidigungssystem. Pflichtverteidiger*innen sollen die Betroffenen auch ohne deren
179 Wissen nach zufälliger Zuordnung vertreten.

180 **6. Kontrollmöglichkeiten**

181 Der polizeiliche Staatsschutz dringt durch seine Maßnahmen häufig in den engsten
182 privaten Lebensbereich ein. Daher bedarf es für ihn neben einem ohnehin geforderten
183 Beschwerde- und Ermittlungsstellen für die Polizei weitere gesonderte
184 Kontrollmöglichkeiten.

185 Der polizeiliche Staatsschutz soll daher von einem parlamentarischen Kontrollgremium
186 kontrolliert werden. Zudem soll es eine*n eigene*n Staatsschutzbeauftragte*n geben,
187 der*die durch den Bundestag bestimmt wird.

188 Für die Erhaltung der Demokratie ist es wichtig, wie effektiv der polizeiliche
189 Staatsschutz agiert. Die Arbeit des polizeilichen Staatsschutz muss daher ständig
190 wissenschaftlich begleitet und analysiert werden. Durch wissenschaftliche Erhebungen
191 kann kontrolliert werden, ob die Maßnahmen effektiv und die damit einhergehenden
192 Grundrechtseingriffe noch verhältnismäßig sind. Die Verantwortung für diese Kontrolle
193 trägt das parlamentarische Kontrollgremium.

194 Damit eine Straftat in die Kategorie der demokratiefeindlichen Kriminalität fällt,
195 muss sie als solche erkannt werden. Hierfür werden Polizist*innen in Kooperation mit
196 dem Demokratieinstitut gesondert geschult, um rassistische und demokratiefeindliche
197 Phänomene gezielt zu erkennen. Zudem wird durch verpflichtende Fortbildungen
198 gewährleistet, dass die Polizist*innen selbst weiterhin auf dem Boden der
199 freiheitlich demokratischen Grundordnung stehen.

200 **7. Schnittstellen**

201 Ein regelmäßiger Austausch soll gewahrt werden. Dabei muss die Kompetenzverteilung
202 allerdings zwingend gewahrt werden.

203 Das Demokratieinstitut und der polizeiliche Staatsschutz sind in gewissem Maße
204 voneinander abhängig und brauchen daher einen festgelegten Weg der Kooperation.
205 Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit führt regelmäßig zur Gefährdung der Demokratie
206 und zu konkreten Straftaten, teils kostet sie sogar Menschenleben. Um dies im Vorfeld
207 durch den polizeilichen Staatsschutz abzuwehren, ist er auf die Datensammlungen und
208 Analysen des Demokratieinstituts angewiesen.

209 Umgekehrt ist es für die Analysen des Demokratieinstituts unerlässlich, über
210 geschehene demokratie Kriminalität informiert zu sein, um Tatmotive, Anstiftung,

211 vorherige Radikalisierungsprozesse sowie Qualität und Quantität in umfassende
212 wissenschaftliche Lagebilder mit einzubeziehen. Gleiches gilt jedoch für die Fälle,
213 in denen das Demokratieinstitut auf bestimmte Personen oder Gruppen aufmerksam machte
214 und so Straftaten verhindert werden konnten.

215 Um diesen entstehenden Aufgaben nachzukommen, bedarf es Schnittstellen zwischen
216 Demokratieinstitut und politischem Staatsschutz auf verschiedenen Ebenen.

217 In konkreten Fällen und durch das DI analysierten Gefahren ist ein direkter Kontakt
218 zwischen Sacharbeiter*innen beider Institutionen hinnehmbar und zudem nötig, da sie
219 die jeweiligen Experten in ihrem Bereich sind. Es muss die Möglichkeit geben, die
220 jeweiligen wissenschaftlichen und rechtlichen Bewertungen rückzumelden, um
221 auszutarieren, ob es sich um einen Fall für den polizeilichen Staatsschutz handelt,
222 oder (noch) nicht. Hierbei gilt aber weiterhin, dass der polizeiliche Staatsschutz
223 nicht selbst Daten sammeln darf, jedoch darüber hinaus auch nicht als Auftraggeber
224 für das Demokratieinstitut auftritt. Es besteht keinerlei Machtbeziehung oder
225 Anordnungsbefugnis.

226 Um dem Ziel der Bekämpfung antidemokratischer Bestrebungen zielgerichtet nachkommen
227 zu können, soll der polizeiliche Staatsschutz einer besonderen Auskunftspflicht
228 gegenüber dem Demokratieinstitut unterliegen.

229 Eine Zusammenarbeit ist unerlässlich, die getrennten Aufgabenbereiche müssen jedoch
230 gewahrt werden.

Antrag I11: § 146 GVG – Die abhängige StA ist nicht unser Star!

Antragsteller*in:	JUSO Vorstand SPD-LV Rheinland-Pfalz
Sachgebiet:	I - Inneres, Justiz & Verbraucher*innenschutz

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Der Bundeskongress möge beschließen, dass der § 146 GVG gestrichen wird und eine
- 2 parlamentarische Kontrolle der StA im Rahmen des GVG festgeschrieben wird!
- 3 Durch den § 146 GVG ist die Staatsanwaltschaft weisungsgebunden. Das bedeutet,
- 4 dass der/die Leiter*in der StA, bzw. die oberste Behörde (das Justizministerium) der
- 5 StA vorschreiben kann, wie sie in einem Strafverfahren vorzugehen hat. Wir sehen
- 6 dies, mit Blick auf den immer stärkeren Rechtsextremismus als große Gefahr für
- 7 unser Rechtssystem an. Ebenfalls ist durch die Weisungsgebundenheit die
- 8 internationale Rechtshilfe verkompliziert und in der Praxis kaum noch zielführend.
- 9 Die mit dem Weisungsrecht verbundene ministeriale Kontrolle soll im Weiteren einem
- 10 parlamentarischen Kontrollgremium des jeweiligen Parlaments übertragen werden.
- 11 Durch die Weisungsgebundenheit der StA ist sie, anders als umgangssprachlich gerne
- 12 behauptet wird, eben nicht die „objektivste Behörde der Welt“. Vielmehr hat sie den
- 13 dienstlichen Anweisungen ihres Vorgesetzten nachzukommen. So kann es passieren, dass
- 14 der/die Leiter*in der StA oder gar das Justizministerium die Ermittlungen (in
- 15 seinem/ihrer Interesse) lenkt oder die Einstellung eines Strafverfahrens fordert.
- 16 Gerade mit Hinblick auf das Erstarken der AfD sehen wir die Gefahr als sehr groß an,
- 17 dass so bald ein*e AfD-Politiker*in das Justizministerium leitet oder an anderer
- 18 Stelle weisungsbefugt ist, auf Einstellungen in Strafsachen gegen
- 19 Rechtsextremist*innen hinwirkt. Wir sehen es als unsere demokratische Aufgabe an, die
- 20 Justiz und die damit verbundene Strafermittlung zu schützen. Sollte dies nicht
- 21 passieren, sieht man u.a. an dem Beispiel Polen, was passieren kann, wenn der/die
- 22 Justizminister*in als Chef*in der StA die Verfahren zu seinen/ihren politischen
- 23 Gunsten lenkt. Grenzen gibt es jedoch u.a. bei der Strafvereitelung im Amt. Da dieser
- 24 Verstoß jedoch erst durch ein Gericht festgestellt werden müsste, könnte es dazu
- 25 kommen, dass zwischen der Einstellung und Wiederaufnahme des Verfahrens Beweise nicht
- 26 mehr für die StA zugänglich sind.
- 27 Ein weiteres Problem taucht auch in der internationalen justiziellen Zusammenarbeit
- 28 auf. Denn ein europäischer Haftbefehl darf nur von einem/einer Richter*in gestellt
- 29 werden (Art. 6 des Rahmenbeschlusses v. 13. Juni 2002). Dass der/die Aussteller*in des
- 30 Haftbefehls hinreichend unabhängig sein muss, stellte der EuGH 2019 fest (EuGH v.
- 31 27.05.2019; Az.: C-508/18, C-82/19 und C-509/18). Aus diesem Urteil geht hervor, dass
- 32 die deutsche StA, anders als in den meisten anderen europäischen Ländern, eben nicht
- 33 hinreichend unabhängig ist (die StA ist infolge der §§ 146 f. GVG keine
- 34 „Justizbehörde“ -da ein Merkmal der Justizbehörde die Unabhängigkeit ist-, und damit
- 35 nicht befugt, einen europäischen Haftbefehl zu erlassen). Somit ist die StA auf die
- 36 zügige Arbeitsweise des Gerichts angewiesen. Denn das Gericht ist, anders als die
- 37 StA, befugt, einen europäischen Haftbefehl zu erlassen. Bereits seit dem Urteil des
- 38 EuGHs 2019 wird in der Praxis und Lehre gefordert, das Weisungsrecht zu streichen.

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag I12: § 316a StGB streichen – Lex Götze ist schon längst fällig!

Antragsteller*in:	JUSO Vorstand SPD-LV Rheinland-Pfalz
Sachgebiet:	I - Inneres, Justiz & Verbraucher*innenschutz

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Lex Götze wurde durch die Nazis eingeführt, um Max Götze rückwirkend für eine zum
- 2 Tatzeitpunkt nicht unter Strafe gestellte Tat, hinzurichten. Der damalige Wortlaut
- 3 „Wer in räuberischer Absicht eine Autofalle stellt, wird mit dem Tode bestraft“
- 4 wurde
- 5 zwar nach dem Verbot der Rechtsprechung von Todesurteilen abgeändert, existiert in
- 6 seiner inhaltlichen Form im § 316a StGB jedoch weiterhin. Für uns ist es nicht
- 7 nachvollziehbar, warum bis heute an dem „Reichsautofallengesetz“ weiter festgehalten
- 8 wird. Nicht nur sind die Strafen im Vergleich zu anderen Strafandrohungen absolut
- 9 utopisch (Abs. 3 -> lebenslange Freiheitsstrafe bei einer leichtfertigen Tötung.
- 10 Vgl.
- 11 mit der fahrlässigen Tötung nach § 222 StGB ist hier die Strafandrohung bis zu fünf
- 12 Jahre oder Geldstrafe), sondern werden sowieso von anderen Tatbeständen im Falle
- 13 einer strafrechtlichen Konkurrenz verdrängt oder bei einer Streichung aufgefangen.
- 14 Diese Konstellation ist mithin nur für einen damals bestimmten Einzelfall
- 15 konstruiert
- 16 worden, der bereits durch die Möglichkeit einer tateinheitlichen Verurteilung
- 17 abgedeckt ist. Für uns ist klar: Das StGB muss von Naziparagrafen Abstand nehmen und
- 18 bereinigt werden, der § 316a StGB hat hier nichts mehr zu suchen!
- 19
- 20 Aus diesem Grund fordern wir die Aufhebung des Naziparagrafen § 316a StGB.

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag I13: Sicherheitshalber Links – Für eine jungsozialistische Innen- und Sicherheitspolitik

Antragsteller*in:	Jusos Nordrhein-Westfalen
Sachgebiet:	I - Inneres, Justiz & Verbraucher*innenschutz

Die Versammlung möge beschließen:

1 Die SPD muss sich von „innen“ heraus positionieren!

2 Immer sind die anderen schuld! Wir leben in politischen Umständen, in denen keine
3 politische Partei bereit ist, progressive Ansätze für eine funktionale Innenpolitik
4 glaubhaft zu vertreten. Dabei scheitert es häufig nicht an gesellschaftlichen und
5 parteipolitischen Ideen, wie es unsere Mutterpartei, die SPD, beweist. Doch sobald
6 innen- und sicherheitspolitische Maßnahmen scheitern, wird in der öffentlichen
7 Debatte nach der möglichst repressivsten Methode gesucht, um dem vermeintlichen
8 Problem zu entkommen. Repressive Methoden sind dabei jene, die sich der Unterdrückung
9 und dem gezielten Einsatz von institutioneller und staatlicher Gewalt in jeglicher
10 Form bedienen.

11 Natürlich trifft die Frustration über diesen Politikstil im Besonderen auch uns
12 Jusos. Denn in innenpolitischen Fragestellungen scheint es häufig so, dass unsere
13 Mutterpartei nicht in der Lage ist, zu ihren Werten zu stehen. Doch nur die
14 Sozialdemokratie kann im Kern der politische Anker für diejenigen sein, die sich nach
15 einer glaubhaften Brücke zwischen wissenschaftlichen Erkenntnissen und politischer
16 Realität sehnen. Stattdessen wird die gesamtgesellschaftliche Debatte zur Innen- und
17 Sicherheitspolitik von rechten populistischen Narrativen bestimmt.

18 Noch zuletzt, als die CDU ihrer Fantasie Raum verschaffte, das Alter der
19 Strafmündigkeit von 14 Jahren auf 12 Jahre herabzusetzen. Aber es ist auch eine SPD-
20 Innenministerin, die, nachdem Ende Mai in Mannheim der Polizist Rouven Laur tödlich
21 verletzt wurde, eine Abschiebung des Täters nach Afghanistan ins Gespräch brachte.
22 Dass eine Abschiebung in ein Land, in dem die islamistische Taliban an der Macht ist,
23 Menschen vor dem Täter schützt, ist stark zu bezweifeln. Solche Debattenaufschläge
24 versuchen nach rechts hin ein vermeintliches Wähler*innenpotenzial abzugreifen, sind
25 tatsächlichen Sicherheitsinteressen aber abträglich. Die Innen- und
26 Sicherheitspolitik der SPD darf keine rein reaktive sein, sondern muss eine aktive
27 Rolle in der gesamtgesellschaftlichen Debatte einnehmen. Wenn es sozialdemokratischen
28 Politiker*innen nicht gelingt, rechten und konservativen Erzählungen etwas glaubhaft
29 entgegen zu setzen, trägt die SPD mit die Verantwortung dafür, dass sich Menschen der
30 politischen Frustration hingeben. Dabei leiden besonders marginalisierte Gruppen
31 unter den Folgen.

32 Die Lücke zwischen werteorientierter und wissenschaftsbasierter Kriminalpolitik muss
33 geschlossen werden. Denn nur dann können gesellschaftlich schädliche Erzählungen
34 langfristig ausgeräumt werden. Die Politik muss weniger von Schnellschüssen geprägt
35 sein. Wir brauchen eine inhaltliche Politisierung der Gesellschaft, die den Maßnahmen
36 zunächst Raum lässt, ihre potenzielle Funktionalität unter Beweis zu stellen. Dieser
37 Stil gewinnt nämlich genau dann an Bedeutung, wenn es darum geht, dass sich

38 präventive Maßnahmen gegenüber den Repressiven durchsetzen müssen. Denn die
39 Prävention zielt darauf ab, dass über kurz oder lang Maßnahmen implementiert werden,
40 die das Risiko zur Entstehung von Kriminalität verringern oder gar verhindern.

41 Als Jusos haben wir allzu häufig die Aufgabe, unserer Mutterpartei zu zeigen, wie man
42 für die eigenen Werte einsteht, dabei wissenschaftliche Erkenntnisse einbezieht und
43 für die Lebensrealität der Menschen arbeitet. Mit der Erarbeitung eines innen- und
44 sicherheitspolitischen Profils können wir neue Perspektiven eröffnen und die Relevanz
45 der jungsozialistischen Kraft innerhalb der SPD einmal mehr herausstellen.

46 **Kriminalität & Prävention**

47 Kriminalpolitik wird oft reaktiv und unkoordiniert angegangen. Viele sehen die
48 Probleme, aber statt die Ursachen zu bekämpfen, konzentrieren sich die Maßnahmen oft
49 nur auf die Symptome. Dies führt dazu, dass sich die Probleme ausweiten und weitere
50 Bereiche betreffen, ohne dass nachhaltige Lösungen gefunden werden. Ein präventiver
51 Ansatz ist von zentraler Bedeutung, denn er zielt darauf ab, Kriminalität gar nicht
52 erst entstehen zu lassen. Prävention bedeutet, das Gemeinwohl und die Daseinsvorsorge
53 in den Vordergrund zu stellen. Während reaktive Maßnahmen oft nur die Symptome
54 bekämpfen, können präventive Strategien die Ursachen von Kriminalität nachhaltig
55 angehen.

56 Die Faktoren, die Kriminalität begünstigen, sind vielfältig und komplex. Dazu gehören
57 soziale Ungleichheiten, mangelnde Bildungschancen und fehlende soziale Netzwerke.
58 Prävention muss immer im Kontext der spezifischen Umstände angepasst sein und einen
59 Geist der Prävention fördern. Die Debatte um die Herabsetzung der Strafmündigkeit ist
60 dabei kontraproduktiv und lenkt von den eigentlichen Ursachen ab. Hilfsangebote für
61 Familien und die Stärkung sozialer Kontrolle sind essenziell. Schulen sollten
62 Programme zum Konfliktlösungsmanagement anbieten, eine gute Schüler*innen-
63 Lehrer*innen-Beziehung fördern und den Betreuungsschlüssel zwischen Lehrkräften und
64 Schüler*innen optimieren. Die Vereinskultur muss durch kommunale Finanzierung
65 unterstützt werden, um als Ort der sozialen Kontrolle und Integration zu fungieren.
66 Zudem sollte die Stadtplanung gezielt auf die Bedürfnisse von armutsbetroffenen und
67 Geflüchteten eingehen und mehr Bildungschancen schaffen. Ein starkes soziales
68 Netzwerk ist ebenfalls wichtig. Jugendhilfe sollte mit personellen und materiellen
69 Ressourcen voll ausgestattet werden, um präventive Maßnahmen effektiv umzusetzen.

70 Statt auf die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) zu vertrauen, könnte ein
71 periodischer Sicherheitsbericht ein umfassenderes Bild der Sicherheitslage bieten.
72 Forschung im Bereich Jugendkriminalität und spezifisch zu Themen wie
73 Drogenkriminalität sollte intensiviert werden, um fundierte Präventionsmaßnahmen zu
74 entwickeln. Darüber hinaus sollte die Kriminologie an Hochschulen generell ausgebaut
75 werden. Eine fundierte wissenschaftliche Basis kann dabei helfen, wirksame Strategien
76 zu entwickeln und umzusetzen. Nur durch einen präventiven Ansatz, der das Gemeinwohl
77 und die Daseinsvorsorge in den Mittelpunkt stellt, können wir verhindern, dass die
78 Flammen der Kriminalität überhaupt erst entstehen und um sich greifen. Es ist an der
79 Zeit, dass unsere politischen Handlungsmöglichkeiten in diese Richtung ausgerichtet
80 werden und wir nicht nur reagieren, sondern proaktiv handeln.

81 **Für eine kritikfähige und kontrollierbare Polizei**

82 Der demokratische Rechtsstaat bedarf einer kritik- und handlungsfähigen Gewalt, die
83 Gesetze ausführt und das staatliche Gewaltmonopol ausübt. Diskussionen rund um das
84 Thema Polizei sind jedoch von einem unkritischen Autoritätsglauben und von
85 Abwehrreflexen geprägt, die im Widerspruch zu einer modernen und aufgeklärten
86 Demokratie stehen. Oftmals wird der Polizei die Deutungshoheit über die Zulässigkeit
87 ihres eigenen Handelns überlassen, das somit strukturell einer Infragestellung
88 entzogen wird. Zugleich werden Fehler innerhalb der Behörde tabuisiert, obwohl
89 fehlerfreie Polizeiarbeit ein wichtiges, aber unerreichbares Ideal ist. Doch die
90 vollziehende Gewalt muss sich vor den Bürger*innen rechtfertigen – und nicht
91 umgekehrt. Betroffene übermäßiger polizeilicher Gewaltanwendungen können aktuell aber
92 ohne Mechanismen, die der polizeilichen Definitionsmacht entgegenwirken, in der
93 Praxis kaum zu ihrem Recht kommen. Es gibt jedoch Veränderungspotenziale, die es
94 gewährleisten, dass die Polizei das Recht effektiv durchsetzt und zugleich einer
95 rechtsstaatlichen Kontrolle und Einhegung unterzogen wird.

96 Wir fordern daher:

- 97 • Eine strukturelle Trennung zwischen Ermittlungen gegen die Polizei und der
98 Polizei. Dazu bedarf es flächendeckend unabhängiger und gegenüber der Polizei
99 tatsächlich externalisierter Stellen mit umfassenden Ermittlungskompetenzen. Die
100 in NRW beschlossene Einführung einer*ines am Landtag angesiedelten,
101 unabhängigen Polizeibeauftragten ist daher zu begrüßen. Es bedarf jedoch einer
102 umfassenden Evaluierung, wie effektiv diese Institution tatsächlich zur
103 Aufarbeitung polizeilichen Fehlverhaltens beiträgt sowie ggf. entsprechender
104 Anpassungen. Kritikwürdig ist etwa, dass anonymen Beschwerden nicht nachgegangen
105 werden muss. Darüber hinaus lassen weitergehende Kompetenzen, die etwa der*die
106 Polizeibeauftragte des Bundes bereits hat, in NRW noch auf sich warten.
- 107 • Eine verstärkte Reflektion in der Justiz über das eigene Vorverständnis in Bezug
108 auf Polizeibeamt*innen, die bei Staatsanwaltschaften und Gerichten aufgrund des
109 Näheverhältnisses möglicherweise privilegiert werden.
- 110 • Nach wie vor die Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamt*innen, die in vielen
111 Bundesländern Realität ist und es in NRW schon einmal war. Bei der Forderung
112 nach einer solchen anonymen Kennziffer auf der Uniform von Einsatzkräften ging
113 es nie darum, Polizist*innen unter einen vermeintlichen „Generalverdacht“ zu
114 stellen, sondern staatliches Handeln transparent und kontrollierbar zu machen.
- 115 • Die Einführung eines Whistleblower*innen-Systems innerhalb der Polizei, das den
116 Hinweisgeber*innen Anonymität und rechtlichen Schutz gewährleistet. Eine
117 Möglichkeit, Missstände und Fehlverhalten anonym zu melden, ist notwendig, um
118 die Furcht potenzieller Whistleblower*innen vor formellen (etwa Gegenanzeigen
119 wegen Strafvereitelung im Amt, wenn eine beobachtete Straftat eines/einer
120 Kolleg*in erst mit Verzögerung angezeigt wird) und informelle Sanktionen (dem
121 Entzug kollegialer Unterstützung) abzuschwächen.
- 122 • Unterstützungsstrukturen im Strafverfahren für Betroffene von Polizeigewalt
123 sowie die Senkung sprachlicher und finanzieller Barrieren bei der
124 Anzeigenerstattung und im Strafverfahren bspw. durch einen Opferschutzfond.
- 125 • Umfassende Studien über diskriminierende Einstellungen und Handlungen bei der
126 Polizei. Die MEGAVO-Studie vermengt mit den politische Einstellungen und den

127 Arbeitsbedingungen von Polizist*innen zwei unterschiedliche Themen miteinander.
128 Angesichts einer nur freiwilligen Online-Teilnahme sowie der niedrigen
129 Rücklaufquoten ist sie zudem nicht repräsentativ.

- 130 • Die jährliche polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) durch einen periodischen
131 Sicherheitsbericht zu ersetzen bzw. zu ergänzen. Die PKS bildet lediglich – und
132 teils undifferenziert – Hellfelddaten der von der Polizei bearbeiteten
133 Straftaten ab. So wird die Überrepräsentanz nicht-deutscher Tatverdächtiger in
134 der PKS in anknüpfenden medialen Debatten rassistisch geframed. Der periodische
135 Sicherheitsbericht hingegen soll alle verfügbaren Kriminal- und
136 Justizstatistiken, sowie Befunde aus kriminologischen Dunkelfeldbefragungen
137 umfassen, um eine aussagekräftige Grundlage für eine erfolgreiche
138 Kriminalpolitik im Austausch zwischen Politik, Wissenschaft und Gesellschaft zu
139 bieten.
- 140 • Eine transparente statistische Erfassung aller polizeilichen Gewaltanwendungen
141 und zusammenfassende Analysen in allen Bundesländern.

142 **Ressourcen, Bildung und eine demokratische Resilienz für eine** 143 **handlungsfähige Polizei**

144 Personalmangel und unzureichende finanzielle Mittel prägen den Arbeitsalltag von
145 Polizist*innen. Auch hier kann eine zu geringe Budgetierung weitreichende
146 Konsequenzen für den Rechtsstaat haben. In vielen Bereichen wie der Cyberkriminalität
147 und der organisierten Kriminalität bedarf es hoher personeller Ressourcen sowie einer
148 Spezialisierung und Expertise in den Sicherheitsinstitutionen, die sich mit einer
149 rigorosen Sparpolitik nicht vereinbaren lassen. Dabei bringen gerade Straftaten aus
150 diesen Bereichen den Staat um enorme Summen. Es braucht eine auskömmliche
151 Finanzierung, zugleich aber auch eine strukturellen Reformierung der Polizei. Der
152 Fokus polizeilichen Handelns muss deutlich stärker auf Kommunikation und Deeskalation
153 liegen. Gewaltanwendungen dürfen – entgegen einem Trend zu ihrer Normalisierung,
154 beispielsweise in Form von Schmerzgriffen – nur ultima ratio sein. Eine Polizei, die
155 ihrem staatlichen Auftrag, die Rechtsordnung durchzusetzen, gerecht wird, muss
156 selbstreflektiert und diskriminierungssensibel sein. Verfassungsfeindliche
157 Einstellungen entwickeln sich erwiesenermaßen eher im Dienst, etwa im Kontakt mit
158 dienstälteren Kolleg*innen und ihrem vermeintlichen „Erfahrungswissen“, als dass sie
159 von außen hereingetragen werden. Zugleich darf nicht verkannt werden, dass die
160 Polizei, gerade wegen ihres Zugriffs auf das staatliche Machtmonopol, Waffen und
161 Sonderwissen, ein attraktives Einfallstor für die extreme Rechte darstellt.

162 Daher fordern wir:

- 163 • Eine hinreichende Finanzierung der Polizei, die dem Personalmangel
164 entgegenwirkt und strukturelle Personalförderungsmaßnahmen, die eine
165 Spezialisierung von Beamt*innen ermöglichen.
- 166 • Eine Entkriminalisierung strafbarer Handlungen an sinnvollen Stellen. Auf
167 diesem Wege kann zu einer Entlastung der Polizei beigetragen werden.
168 Beispielsweise stellt das Erschleichen einer Beförderung durch ein
169 Verkehrsmittel, also das „Schwarzfahren“, immer noch eine Straftat (§ 265a Abs.
170 1 StGB) dar.

- 171 • Eine stärkere Einbindung von externer Expertise in die Polizeiarbeit.
172 Beispielsweise die Unterstützung von Psycholog*innen oder Sozialarbeiter*innen
173 soll in entsprechenden Problemlagen herangezogen werden.
- 174 • Ein stärkerer Fokus in der polizeilichen Ausbildung und Praxis auf Deeskalation
175 und Kommunikation. Dies umfasst eine Kommunikation auf Augenhöhe, die die
176 Besonderheiten des jeweiligen Falls berücksichtigt und darum bemüht ist,
177 Verständnisbarrieren abzubauen und auf Drohungen zu verzichten.
- 178 • Weiterhin eine Abschaffung des Tasers, der mitnichten ein eingriffsarmes
179 Instrument, sondern eine Waffe mit einer nur bedingt kontrollierbaren und unter
180 Umständen tödlichen Wirkung darstellt. Bereits mehrfach endete sein Einsatz in
181 NRW, aber etwa auch in Rheinland-Pfalz, für die Betroffenen tödlich.
- 182 • Inhalte zur interkulturellen Kompetenz in der Ausbildung von
183 Polizeivollzugsbediensteten durch Antidiskriminierungskurse zu ergänzen. Auch
184 nach der Ausbildung sollte diskriminierungssensibilisierende und insbesondere
185 rassismuskritische Bildung in verpflichtenden Fortbildungen stattfinden.
- 186 • Die Resilienz der Polizei gegenüber rechtsextremer Einflussnahme und
187 rechtsextremen Ansichten innerhalb der Polizei zu stärken. Hierzu kann etwa die
188 Einführung eines Whistleblower-Systems beitragen.
- 189 • Eine Stärkung der psychologischen Hilfsangebote für Polizeibeamt*innen. Dabei
190 muss gefördert werden, dass diese auch tatsächlich wahrgenommen werden. Teils
191 steht ein häufig in der Polizei anzutreffendes patriarchales Männlichkeitsbild
192 einer Inanspruchnahme von Supervision und Hilfe im Weg, weil dies als Schwäche
193 angesehen wird.
- 194 • Eine kritische und problematisierende Aufarbeitung von Gewaltanwendungen
195 innerhalb der Polizei. Hierzu bedarf es niedrigschwelliger Foren zur Reflektion.
196 Eine Sensibilisierung innerhalb der Polizei kann nur dort ihre Wirkung
197 entfalten, wo sie sich ehrlich, offen und reflektionsbereit mit der eigenen
198 Fehlerkultur und Perspektiven von Betroffenen polizeilicher Gewaltanwendungen
199 auseinandersetzt.

200 **Die Überlastung der Justiz gefährdet den Rechtsstaat**

201 Die Justiz ist das Rückgrat unseres Rechtsstaates und unserer Demokratie. Ihre
202 Aufgabe ist es, staatliches Handeln auf seine Rechtmäßigkeit hin zu untersuchen. Sie
203 sorgt dafür, Konflikte unter Bürger*innen verbindlich beizulegen. Die Justiz legt die
204 von den Parlamenten beschlossenen Gesetze aus, wendet sie an und verschafft ihnen auf
205 diesem Wege Wirkmacht. Ein Rechtsstaat braucht eben nicht nur Recht, sondern auch
206 eine Rechtsanwendung, die mit liberalen und demokratischen Werten gefüllt ist. Die
207 deutsche Geschichte belegt die Schlüsselrolle der Justiz nur allzu gut.

208 Die Mühlen der Justiz ächzen bereits unter der kaum stemmbaren Last von Verfahren,
209 die auf viel zu wenigen Schultern in den Gerichten und Staatsanwaltschaften ruht. So
210 fehlen nach Angaben des „Bundes der Richter und Staatsanwälte Nordrhein-Westfalen“ in
211 NRW derzeit mehr als 400 Staatsanwält*innen. In der Folge ist die Justiz einer viel
212 zu hohen Arbeitsbelastung ausgesetzt. Richter*innen und Staatsanwält*innen versinken
213 in einer Klageflut. Strafverfahren ziehen sich oft in die Länge oder müssen
214 eingestellt werden. Die unzureichende Budgetierung der Justiz geht damit zulasten des

215 Rechtsstaats. Der bereits jetzt bestehende Personalmangel im Staatsdienst wird durch
216 die zu erwartende Pensionierungswelle – insbesondere in Ostdeutschland, aber auch in
217 den übrigen Bundesländern – noch massiv verschärft. So sollen bis 2030
218 deutschlandweit rund 40 Prozent der Jurist*innen berufsübergreifend aus dem Dienst
219 ausscheiden. In Ostdeutschland wird sogar mit einer Quote von bis zu 45% gerechnet.

220 Diese Entwicklung trifft die chronisch unterbesetzte Justiz besonders hart. Hinzu
221 kommt, dass die meisten der Absolvent*innen der juristischen Ausbildung kein
222 Interesse am Staatsdienst haben. Die freie Wirtschaft lockt mit dem vielfachen eines
223 Gehalts im öffentlichen Dienst und bietet darüber hinaus neuste technische
224 Ausstattung und vielseitige Weiterbildungs- und Aufstiegschancen. Die bereits
225 beschriebene Überlastung der Justiz trägt ebenfalls nicht zur Attraktivität des
226 Staatsdienstes bei. Kurzum: Wir steuern auf eine Situation zu, in der die Justiz
227 keine vollumfänglich handlungsfähige Staatsgewalt darstellt.

228 Um dem entgegenzuwirken fordern wir:

- 229 • Eine deutliche Aufstockung der Stellen für Staatsanwält*innen und Richter*innen
230 in NRW, die sowohl aktuelle personelle Lücken als auch die anstehende
231 Pensionierungswelle berücksichtigt.
- 232 • Eine Investitionsoffensive in der Justiz. Insbesondere die Digitalisierung muss
233 stärker ausgebaut und finanziell gefördert werden, um fehlendes Personal mit
234 digitalen Tools zu kompensieren. Selbstverständlich ist gerade in der Justiz
235 besonders bedächtig mit Tools wie „künstlicher Intelligenz“ umzugehen, die keine
236 menschliche Entscheidung ersetzen können.
- 237 • Eine höhere Besoldung für den öffentlichen Dienst, die nicht derart hinter der
238 freien Wirtschaft zurückbleibt, wie dies aktuell der Fall ist.
- 239 • Darüber hinaus müssen Überlegungen angestrengt werden, wie mehr Nachwuchs für
240 den Staatsdienst gewonnen werden kann. Hierbei sind Interessenvertretungen von
241 Jurastudierenden und Rechtsreferendar*innen mit einzubeziehen.

242 **Reformbedarf in der juristischen Ausbildung**

243 Während sich die unerledigten Ermittlungsverfahren in den Staatsanwaltschaften
244 türmen, ist NRW-Justizminister Limbach auf Sparkurs und kürzt die Ausbildungsplätze
245 für Jurist*innen in NRW um 20%. Zur Einordnung: Wer etwa Richter*in werden will, muss
246 zunächst ein universitäres Jurastudium abschließen und das erste juristische
247 Staatsexamen ablegen. Für die klassischen juristischen Berufe muss zusätzlich der
248 juristische Vorbereitungsdienst (auch „Rechtsreferendariat“) an einem deutschen
249 Gerichtsbezirk durchlaufen werden, der sich über zwei Jahre erstreckt. Es verwundert
250 nicht, wenn bei dieser langen und kostspieligen Ausbildung, bei der zudem lange Zeit
251 unklar ist, ob man die Examina tatsächlich besteht, viele Absolvent*innen möglichst
252 gut bezahlte Jobs anstreben, um Schulden und Kredite abzubezahlen. Die hohen
253 finanziellen und sozialen Hürden sorgen außerdem dafür, dass nur wenige Kinder aus
254 Arbeiter*innenfamilien oder mit Migrationsgeschichte der juristischen Ausbildung
255 nachgehen und sie mit erheblichen Nachteilen kämpfen müssen. Zwangsläufig bedeutet
256 diese Exklusion, dass die Justiz die Gesellschaft nicht in ihrer Vielfalt abbildet.

257 Darüber hinaus stellt das Rechtsreferendariat - wie auch das Jurastudium - eine
258 enorme psychische Belastung dar. In einer von der Referendariatskommission

259 initiierten Umfrage gaben circa 90 Prozent der Befragten Referendar*innen an, dass
260 sie durch den juristischen Vorbereitungsdienst psychischen Druck empfinden. Auch hier
261 wirkt sich der Sparkurs der Landesregierung negativ aus. In der Vergangenheit wurde
262 den Referendar*innen vor ihrer abschließenden mündlichen Prüfung noch ein freier
263 Monat gewährt, in welchem die Referendar*innen sich unter Fortzahlung der
264 Unterhaltsbeihilfe die Prüfung vorbereiten konnten. Dieser Monat war an die übliche
265 Ausbildungszeit angehängt und stellte den einzigen Monat im Referendariat dar, in dem
266 die Referendar*innen keine sonstige Leistung in ihren Stationen erbringen mussten.

267 Nun soll die Unterhaltsbeihilfe für diesen letzten Monat des Referendariats
268 gestrichen werden, was vor allem marginalisierte Personengruppen ohne finanzielle
269 Rücklagen treffen wird.

270 Gleichzeitig ist gut qualifizierter Nachwuchs im Staatsdienst dringend nötig. Um mehr
271 Menschen für den Staatsdienst zu gewinnen, muss schon beim Jurastudium und dem
272 Referendariat angesetzt werden. Seit vielen Jahren unterbreiten
273 Interessenvertretungen – insbesondere die Fachschaften – daher konkrete Vorschläge,
274 die Ausbildung zu verbessern und inklusiver zu gestalten. Statt sich diesen
275 Vorschlägen zu widmen, wurde bei der Justizminister*innenkonferenz im vergangenen
276 Juni lediglich festgestellt, dass ein grundlegender Reformbedarf nicht bestehe. Diese
277 Aussage wirkt angesichts der schwierigen Nachwuchsgenerierung wie blanker Hohn. Ziel
278 muss es dagegen künftig nicht nur sein, mehr juristischen Nachwuchs zu gewinnen,
279 sondern auch, junge Menschen zu aufrechten und aufgeklärten Jurist*innen auszubilden.

280 Sie bilden ein wesentliches Element einer rechtsstaatlichen und resilienten
281 Demokratie.

282 Daher fordern wir:

- 283 • Eine Reformierung sowohl des Jurastudiums als auch des juristischen
284 Vorbereitungsdienstes. Ziel der Reform ist eine erhebliche Stressreduzierung in
285 der Ausbildung. Wir stellen uns außerdem explizit gegen die Streichung des
286 freien Monats vor der abschließenden mündlichen Prüfung im zweiten Staatsexamen.
287 Dabei sind die Interessen- und Personalvertretungen des juristischen Nachwuchses
288 aktiv zu beteiligen.
- 289 • Die flächendeckende Umsetzung des integrierten Bachelors im Studium der
290 Rechtswissenschaften. Der integrierte Bachelor fängt das Risiko auf, nach dem
291 Nichtbestehen der staatlichen Examensprüfung trotz mehrjährigem Jurastudium
292 keinen Abschluss zu erlangen.
- 293 • Die Anzahl der Ausbildungsplätze für den juristischen Vorbereitungsdienst in
294 NRW darf nicht gekürzt werden. Junge Menschen sollen nicht viele Monate auf
295 ihren Einstellungstermin warten oder sogar einen Umzug in ein anderes Bundesland
296 in Kauf nehmen müssen, um zeitnah ihrer Ausbildung nachgehen zu können. Statt
297 der Kürzung fordern wir daher eine Erhöhung der Ausbildungsplätze.
- 298 • Eine angemessene Unterhaltsbeihilfe im juristischen Vorbereitungsdienst, die
299 auch in Großstädten den Lebensunterhalt sichert, um die Entscheidung für eine
300 juristische Ausbildung von finanziellen Zwängen zu befreien.
- 301 • Wissenschaftliche Erkenntnisse – insbesondere aus der Kriminologie – sollen
302 stärker Teil der juristischen Aus- und Weiterbildung sein. Wir NRW Jusos haben
303 uns in den letzten beiden Jahren mit einer evidenzbasierten Kriminalpolitik

304 beschäftigt. Doch nicht nur die Politik, insbesondere auch die Strafverfolgung
305 sollte auf wissenschaftlichen Erkenntnissen aus der Kriminologie beruhen.

306 • Um auch schon im Referendariat die Attraktivität des Staatsdienstes zu
307 gewährleisten, sollte in jedem Bundesland eine Option zur Verbeamtung auf
308 Widerruf während des Referendariats eingeführt werden.

309 • Wie in anderen Studiengängen setzten wir uns auch im Jura-Studium für eine
310 Flexibilisierung von Bewertungsmethoden ein.

311 **Eine wehrhafte Demokratie braucht eine standhafte Justiz**

312 Das Grundgesetz feiert seinen 75. Geburtstag in einem Jahr, in dem Deportationspläne
313 einer im Bundestag vertretenen Partei öffentlich wurden und der Prozess gegen die
314 Reichsbürger-Gruppe von Prinz Reuß begann. Teil der Gruppe war u.a. Birgit Malsack-
315 Winkemann, promovierte Juristin und ehemalige Richterin am Landgericht Berlin, die
316 für das Justiz-Ressort einer neuen Staatsordnung vorgesehen gewesen sein soll.

317 Möglicherweise dient sie als Vorbild für den jungen NPD-Funktionär (offiziell
318 mittlerweile „Die Heimat“), der sich in diesem Jahr erfolglos für den juristischen
319 Vorbereitungsdienst am Oberlandesgericht Berlin-Brandenburg bewarb. Wenige Jahre
320 zuvor dagegen hatte der Sächsische Verfassungsgerichtshof die Nichtzulassung eines
321 führenden Kaders des „III. Wegs“ zum Referendariat für verfassungswidrig erklärt.

322 Unterschiedliche Regelungen in den Ländern erschweren es, einheitliche Vorgaben für
323 die Nichtzulassung von Extremist*innen aus dem Referendariat festzustellen. So können
324 die Verfassungsfeinde sich bei einer Ablehnung direkt im nächsten Bundesland um die
325 Aufnahme in den Vorbereitungsdienst bemühen.

326 Die Integrität der Justiz muss gesichert werden, bevor es dafür zu spät ist und
327 Rechtsextreme mancherorts in Regierungsverantwortung kommen. Eine besonders wichtige
328 Funktion übt das Bundesverfassungsgericht aus, das etwa über Parteiverbote
329 entscheidet. Während der Ausgang eines solchen vielfach diskutierten
330 Verbotsverfahrens gegen die AfD ungewiss ist und zu Recht im Entscheidungsmonopol der
331 Verfassungsrichter*innen liegt, gibt es schon jetzt andere Stellschrauben für den
332 Staat, sich nachhaltig gegen Rechtsextreme zu wehren.

333 Unsere Forderungen lauten daher:

334 • Die Resilienz des Bundesverfassungsgerichts muss gestärkt werden.
335 Beispielsweise sollte die Wahl der Verfassungsrichter*innen und die für sie
336 erforderliche Zweidrittelmehrheit des Bundestags künftig im Grundgesetz geregelt
337 werden. Derzeit ist dies nur im Bundesverfassungsgerichtsgesetz normiert, das
338 schon mit einer einfachen Mehrheit geändert werden kann. Sobald
339 Rechtsextremist*innen eine Mehrheit im Bundestag bilden, können sie also den
340 Wahlprozess umgestalten. Dem gilt es vorzubeugen.

341 • Es bedarf Rechtsklarheit und einheitlicher Regelungen in den Bundesländern, um
342 verfassungsfeindlichen Bewerber*innen die Zulassung zum juristischen
343 Vorbereitungsdienst zu verwehren. Sie sollen gar nicht erst Zugang zu den
344 praktischen Kenntnissen über die Justiz erhalten, die für die Aushöhlung des
345 Rechtsstaats missbraucht werden können.

346 **Staatliche Verantwortung und Diskriminierung**

347 Der Staat ist nicht nur über das Grundgesetz gezwungen, Diskriminierung zu
348 unterlassen, wir sehen ihn auch in der Pflicht, aktiv gegen jede Form von
349 Diskriminierung vorzugehen und für eine gerechte Gesellschaft zu sorgen. Eine
350 umfassende Antidiskriminierungspolitik, die alle gesellschaftlichen Ebenen einbezieht
351 und marginalisierte Gruppen stärkt, ist hierfür unerlässlich. Diskriminierung hat
352 viele Facetten – von Rassismus und Sexismus über Queerfeindlichkeit bis hin zu
353 Klassismus. Jede dieser Formen stellt eine ernsthafte Bedrohung für den sozialen
354 Frieden und die individuelle Freiheit dar.

355 Um Diskriminierung in all ihren Formen wirksam zu bekämpfen, ist ein aktives und
356 entschlossenes Handeln des Staates unerlässlich. Nur durch eine konsequente
357 Antidiskriminierungspolitik, die auf mehreren Ebenen ansetzt, kann eine gerechte
358 Gesellschaft geschaffen werden. Der Staat trägt die Verantwortung, rechtliche
359 Rahmenbedingungen zu schaffen, Bildung und Aufklärung zu fördern sowie umfassende
360 Unterstützungsangebote bereitzustellen. Diese Maßnahmen müssen ineinandergreifen, um
361 Diskriminierung präventiv zu begegnen und Betroffenen wirksam zu helfen. Im Folgenden
362 wird dargelegt, in welchen Bereichen wir den Staat besonders in der Verantwortung
363 sehen und welche konkreten Maßnahmen erforderlich sind, um eine gerechte und
364 inklusive Gesellschaft zu gewährleisten.

365 *Gesetzgebung und Rechtsschutz*

- 366 • Wir fordern eine Verschärfung der Antidiskriminierungsgesetze und die
367 Einführung neuer Regelungen, die auch moderne Formen der Diskriminierung, wie
368 digitale Hassrede, berücksichtigen. Der digitale Raum bietet leider neue
369 Plattformen für Hass und Diskriminierung, die durch entsprechende Gesetze
370 reguliert werden müssen.
- 371 • Wir fordern die Stärkung und bessere Finanzierung von
372 Antidiskriminierungsstellen. Zudem sollten unabhängige Aufsichtsbehörden
373 geschaffen werden, die Diskriminierungsfälle untersuchen und ahnden können.
374 Diese Behörden sollen unabhängig arbeiten und die Autorität besitzen, um
375 wirksame Maßnahmen gegen Diskriminierung zu ergreifen.
- 376 • Wir fordern einen umfassenden Opferschutz. Anonyme Meldesysteme und sichere
377 Anlaufstellen für Diskriminierungsopfer müssen eingerichtet werden, damit
378 Betroffene ohne Angst vor Repressalien Unterstützung suchen können. Opfer
379 benötigen sichere Räume, um ihre Fälle zu melden und Unterstützung zu erhalten,
380 ohne Angst vor Stigmatisierung oder Vergeltung haben zu müssen.
- 381 • Wir setzen uns für eine inklusive Bildungspolitik ein, die Diversität und
382 Toleranz fördert. Die Bekämpfung von Diskriminierung darf zudem nicht nur an
383 Projekttagen stattfinden, sondern sollte auch interdisziplinär Einfluss in den
384 Schulunterricht finden, um bereits bei Kindern und Jugendlichen das Bewusstsein
385 für Gleichberechtigung und Toleranz zu schärfen.
- 386 • Wir fordern groß angelegte Aufklärungskampagnen, die über die verschiedenen
387 Formen der Diskriminierung aufklären und die Zivilgesellschaft sensibilisieren.
388 Solche Kampagnen sollen nicht nur informieren, sondern auch zum Handeln
389 ermutigen und die Gesellschaft zur Reflexion anregen.
- 390 • Wir fordern die verstärkte Förderung von Forschungsprojekten, die die Ursachen

391 und Auswirkungen von Diskriminierung untersuchen. Interdisziplinäre Ansätze
392 sollen hierbei besonders unterstützt werden, um ein umfassendes Verständnis der
393 Diskriminierungsmechanismen zu entwickeln und effektive Gegenstrategien zu
394 erarbeiten.

395 *Unterstützungsangebote*

396 • Wir fordern den Ausbau von Beratungsstellen, die umfassende Unterstützung für
397 Diskriminierungsopfer bieten. Diese Beratungsstellen sollen rechtliche,
398 psychologische und soziale Beratung umfassen und Betroffenen einen sicheren Raum
399 bieten, um Hilfe zu suchen.

400 • Wir fordern die Bereitstellung von finanziellen Mitteln für Opfer, um ihnen den
401 Zugang zu Rechtsmitteln und psychologischer Unterstützung zu erleichtern.
402 Oftmals scheitern Betroffene daran, ihre Rechte durchzusetzen, weil ihnen die
403 finanziellen Mittel fehlen. Hier muss der Staat einspringen und für
404 Chancengleichheit sorgen.

405 **Kritischer Umgang mit rechten Gruppen**

406 Ein entschlossener und kritischer Umgang mit rechtsextremen Gruppierungen ist von
407 entscheidender Bedeutung für den Erhalt unserer Demokratie und für den sozialen
408 Frieden. Gruppen, wie beispielsweise die Grauen Wölfe, stellen eine ernsthafte
409 Bedrohung dar, da sie Ideologien verbreiten, die auf Hass und Intoleranz basieren. Um
410 diesen Gefahren wirksam zu begegnen, sind umfassende Maßnahmen auf verschiedenen
411 Ebenen erforderlich.

412 Aufklärung und Prävention spielen eine zentrale Rolle. Wir fordern umfassende
413 Bildungsprogramme, die über die Ideologien und Gefahren rechtsextremer Gruppen
414 aufklären. Dabei ist es wichtig, auch die Rolle sozialer Medien zu analysieren und zu
415 verstehen, wie diese Plattformen genutzt werden, um Hass und Intoleranz zu
416 verbreiten. Nur durch fundiertes Wissen können wir die Mechanismen erkennen und ihnen
417 entgegenwirken.

418 Ebenso notwendig ist eine verstärkte Überwachung und konsequente Strafverfolgung
419 rechtsextremer Aktivitäten. Sicherheitsbehörden müssen ausreichende Mittel und
420 Kompetenzen erhalten, um effektiv gegen diese Bedrohung vorzugehen und die
421 Gesellschaft zu schützen. Wir betonen, dass eine effektive Überwachung und
422 Strafverfolgung essenziell sind, um rechtsextreme Strukturen aufzudecken und zu
423 zerschlagen.

424 Darüber hinaus ist der Dialog und die Integration von gefährdeten Personen und
425 Gruppen von großer Bedeutung. Präventionsprogramme, die durch Dialog- und
426 Integrationsangebote gefährdete Menschen erreichen, sind entscheidend. Diese
427 Programme sollen Alternativen aufzeigen und Wege zur gesellschaftlichen Integration
428 bieten, um Menschen, die für extremistische Ideologien anfällig sind, von einem
429 Abdriften in solche Ideologien abzuhalten.

430 Ein vielschichtiger Ansatz ist notwendig, um rechtsextremen Gruppierungen effektiv
431 entgegenzutreten. Durch Aufklärung, Prävention, Überwachung, Strafverfolgung sowie
432 Dialog- und Integrationsangebote können wir die Demokratie und den sozialen Frieden
433 schützen und stärken.

434 **Femizide und Frauenhäuser**

435 Die Sicherheit und der Schutz von Frauen vor geschlechtsspezifischer Gewalt sind
436 fundamentale Anliegen einer gerechten und inklusiven Gesellschaft. Trotz vieler
437 Fortschritte in den letzten Jahrzehnten bleibt Gewalt gegen Frauen ein drängendes
438 Problem, das tief in den gesellschaftlichen Strukturen verankert ist. Femizide – die
439 Tötung von Frauen aufgrund ihres Geschlechts – und andere Formen
440 geschlechtsspezifischer Gewalt sind traurige Realität für viele Frauen weltweit. In
441 diesem Kontext sind Frauenhäuser und unterstützende Einrichtungen unverzichtbare
442 Zufluchtsorte und bieten lebensrettende Dienste für Frauen, die vor Gewalt fliehen.
443 Die Bekämpfung von Femiziden und die Unterstützung von Frauenhäusern sind für uns von
444 zentraler Bedeutung.

445 Wir fordern daher:

- 446 • die Verschärfung der Strafen für geschlechtsspezifische Gewalt und die
447 Einführung spezieller Schutzmaßnahmen für gefährdete Frauen. Strengere Gesetze
448 und gezielte Schutzmaßnahmen können dazu beitragen, die Sicherheit von Frauen zu
449 erhöhen und die Täter abzuschrecken. Damit die Polizei in Zukunft noch
450 effektiver gefährdeten Frauen helfen kann, setzen wir uns für die
451 flächendeckende Einführung von Risikoskalen, wie etwa der Danger Assessment
452 Scale ein.
- 453 • Eine ausreichende und kontinuierliche Finanzierung von Frauenhäusern und
454 Notunterkünften ist unerlässlich. Mit dem so genannten Drei-Säulen Modell der
455 Finanzierung, liegt seit langem ein konkreter Vorschlag zur Sicherung der
456 Schutzhäuser vor. Zudem muss die Kapazität dieser Einrichtungen ausgebaut
457 werden, um allen betroffenen Frauen Schutz und Unterstützung bieten zu können.
458 Die Istanbul-Konvention gibt seit Jahren einen Schlüssel für die Bedarfsanalyse
459 an die Hand.
- 460 • Wir setzen uns für ein umfassendes Beratungs- und Unterstützungssystem ein, das
461 betroffenen Frauen in allen Lebensbereichen – von rechtlicher bis zu
462 psychologischer Unterstützung – hilft. Ein solches System muss leicht zugänglich
463 und gut vernetzt sein, um effektive Hilfe zu leisten.

464 **Nach Berliner Vorbild, aber mit geschlossenen Schutzlücken**

465 Berlin hat mit seiner Antidiskriminierungspolitik und dem ersten
466 Antidiskriminierungsgesetz auf Landesebene (LADG) wegweisende Fortschritte erzielt.
467 Diese Maßnahmen haben gezeigt, wie wichtig und wirksam rechtliche Rahmenbedingungen
468 im Kampf gegen Diskriminierung sein können. Wir fordern ein ähnliches
469 Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) auch für Nordrhein-Westfalen, um den Schutz
470 und die Rechte von Diskriminierungsopfern zu stärken. Dabei ist es unerlässlich,
471 bestehende Schutzlücken zu schließen und die Maßnahmen weiter zu entwickeln.

472 Es bedarf einer umfassenden und robusten Strategie, die nicht nur auf präventive
473 Maßnahmen setzt, sondern auch die Unterstützung und den Schutz von
474 Diskriminierungsopfern in den Mittelpunkt stellt.

475 Ein ganzheitlicher Ansatz ist notwendig, der die rechtlichen, finanziellen und
476 institutionellen Rahmenbedingungen verbessert, um eine nachhaltige und wirksame
477 Antidiskriminierungspolitik zu gewährleisten. Nur durch eine solche konsequente und

478 umfassende Politik können wir eine Gesellschaft schaffen, in der alle Menschen frei
479 von Diskriminierung leben können und gleiche Chancen und Rechte haben.

480 Daher fordern wir:

- 481 • Einen Prozesskostenfonds, der Diskriminierungsopfer bei den Kosten für
482 Rechtsstreitigkeiten unterstützt, welcher den Zugang zur Justiz erleichtern und
483 finanziellen Druck von den Betroffenen nehmen soll. Oftmals scheuen
484 Diskriminierungsopfer den Rechtsweg, weil sie die hohen Kosten fürchten. Ein
485 solcher Fonds kann Abhilfe schaffen.
- 486 • Um Diskriminierungsopfern mehr Zeit zur rechtlichen Klärung zu geben, plädieren
487 wir für eine Verlängerung der Verjährungsfristen in Diskriminierungsfällen.
488 Diskriminierung ist oft schwer nachzuweisen und erfordert eine gründliche
489 Aufarbeitung, die mehr Zeit benötigt.
- 490 • Eine auskömmliche Finanzierung von Organisationen und Projekten, die sich gegen
491 Diskriminierung engagieren, ist notwendig. Nur durch eine stabile finanzielle
492 Basis können diese Organisationen nachhaltig und effektiv arbeiten.

493 **Erforschung von Klassismus**

494 Klassismus, die Diskriminierung aufgrund der sozialen Herkunft, bleibt oft im
495 Schatten anderer Diskriminierungsformen und erhält nicht die Aufmerksamkeit, die es
496 verdient. Diese Form der Benachteiligung prägt das Leben vieler Menschen und führt zu
497 erheblichen sozialen Ungleichheiten. Es ist von entscheidender Bedeutung, dieses
498 Phänomen intensiv zu erforschen, um ein tiefes Verständnis der Mechanismen und
499 Auswirkungen zu entwickeln. Nur so können wir wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung
500 sozialer Ungleichheit entwickeln und Chancengleichheit fördern. Indem wir die
501 Forschung stärken, Bildungs- und Aufklärungsarbeit intensivieren und gezielte
502 politische Maßnahmen einführen, können wir dazu beitragen, die tief verwurzelten
503 Barrieren des Klassismus zu überwinden.

504 Wir fordern:

- 505 • die Förderung von Forschungsprojekten, die die Mechanismen und Auswirkungen von
506 Klassismus untersuchen. Interdisziplinäre und intersektionale Ansätze sollen
507 besonders gefördert werden, um ein umfassendes Bild von den Ursachen und Folgen
508 dieser Form der Diskriminierung zu erhalten.
- 509 • Aufklärungskampagnen, die über die Auswirkungen von Klassismus informieren und
510 für mehr Chancengleichheit werben, sind ein zentrales Anliegen. Diese Kampagnen
511 sollen das Bewusstsein für soziale Ungleichheiten schärfen und zur
512 gesellschaftlichen Reflexion anregen.

Antrag I14: Rettung aus der Luft

Antragsteller*in:	Jusos Hessen-Süd
Sachgebiet:	I - Inneres, Justiz & Verbraucher*innenschutz

Die Versammlung möge beschließen:

1 Wir fordern:

2 • Die rechtliche Prüfung zum Einsatz von Drohnen zum Transport von Material von
3 THW, Feuerwehr, DLRG und Rettungsdienst.

4 • Eine Vereinfachung der Genehmigungsverfahren für Medikamententransport per
5 Drohne.

6 • Die Förderung von Pilotprojekten rund um den Einsatz von Drohnen im
7 medizinischen Bereich.

8 Der Einsatz von Drohnen zur Lagebetrachtung in Katastrophen- und Schadensgebieten,
9 zum Überprüfen von Stromleitungen und zur Personensuche wird im Zivil- und
10 Bevölkerungsschutz immer populärer. Drohnen können jedoch, nach dem Vorbild einiger
11 skandinavischer Länder, auch als Transportmedium für medizinisches Material
12 funktionieren. Dieser Antrag ergänzt den Katastrophenschutzantrag von 2021/2022.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag I15: Vor dem Gesetz sind nicht alle gleich? – Für ein Ende der modernen Klassenjustiz

Antragsteller*in:	Jusos Hessen-Süd
Sachgebiet:	I - Inneres, Justiz & Verbraucher*innenschutz

Die Versammlung möge beschließen:

1 Der Anspruch unseres modernen, freiheitlichen Rechtsstaats ist, dass vor dem Gesetz
2 alle gleich sind und die Justiz ohne Ansehen der Person, ohne Blick auf Herkunft,
3 sozialen Status oder ökonomische Ressourcen entscheidet. Aber theoretischer Anspruch
4 und Realität fallen im deutschen Justizsystem in Teilen auseinander. Die in
5 Deutschland bestehende ungleiche Vermögensverteilung spiegelt sich auch innerhalb von
6 Gefängnissen wider. So bilden die wegen Eigentums- und Vermögensdelikten Inhaftierten
7 mit 57,7 % aller Fälle die größte Gruppe in deutschen Gefängnissen[1]. Oft sind mit
8 diesen Delikten Armut verbunden. Zwei Drittel aller Insassen waren vorher arbeitslos
9 und ein Drittel suchtkrank. [2] Inwieweit Beschuldigte in der Lage sind, sich
10 anwaltliche Unterstützung zu holen, entscheidet in vielen Fällen der Geldbeutel.

11 Die (Un)Wirksamkeit der Pflichtverteidigung

12 Entgegen der weitläufigen Meinung, bekommt nicht jede*r (notfalls auf Staatskosten)
13 ein*e Anwalt*in gestellt. Dies ist gemäß §140 Strafprozessordnung in der Regel die
14 Ausnahme „wenn wegen der Schwere der Tat, der Schwere der zu erwartenden Rechtsfolge
15 oder wegen der Schwierigkeit der Sach- oder Rechtslage die Mitwirkung eines
16 Verteidigers geboten erscheint oder wenn ersichtlich ist, dass sich der Beschuldigte
17 nicht selbst verteidigen kann“. Des Weiteren werden beispielsweise Fälle in denen
18 ein „Seh-, hör-, und sprachbehinderter“ Beschuldigter einen Antrag auf
19 Pflichtverteidigung stellt, umfasst. Alternativ gibt es, gefolgt aus der
20 Rechtsprechung der meisten Oberlandesgerichte[3], nur selten das Recht auf eine*n vom
21 Staat bezahlte*n Anwalt*in. So betrifft dies vorrangig Straftaten, die so schwer
22 wiegen, dass sie voraussichtlich zu einer Haftstrafe von mindestens einem Jahr
23 führen. Schätzungen zufolge umfasst dies knapp 10 % der Fälle.[4] In der großen
24 Masse der täglich vor dem Amtsgerichten ablaufenden Verfahren, wie etwa Diebstähle,
25 einfache Betrügereien, Trunkenheitsfahrten, gibt es keine durch den Staat bezahlten
26 Pflichtverteidiger*innen.

27 Die Frage, inwieweit Beschuldigte von ihrem möglichen Anspruch auf staatlich gezahlte
28 Verteidigung haben, ist dabei eng mit Faktoren wie Einkommen, Bildung und sozialer
29 Herkunft verknüpft. Viele arme, eingeschränkte oder migrantisierte Menschen verfügen
30 nicht über die nötigen Informationen und bekommen diese Seitens der Justiz nicht
31 gestellt. So liegt die beispielsweise in den sogenannten Schnellverfahren, welche das
32 Ziel haben strafrechtlich relevante Sachverhalte mit einer einfachen Beweislage
33 schnell und effektiv zu verhandeln, die Entscheidung, ob ein*e Angeklagte*r, der kein
34 Geld hat, eine*n Strafverteidiger*in bekommen, allein bei dem*der zugehörigen
35 Richter*in und wird nicht durch neutrale, außenstehenden Instanzen wie beispielsweise
36 das Sozialamt getroffen. Hinzu kommt, dass diese Entscheidung und Prozessführung in
37 der gleichen Hand liegen. So entscheiden Richter*innen über Pflichtverteidiger*innen,
38 von welchen sie sich kritisieren lassen oder diskutieren müssen, was ein Zeit- und

39 Nervenfaktor sein kann. Oftmals kann man es sich entweder leisten, eine*n Anwält*in
40 zu engagieren, oder man kann es nicht. In der Regel gilt dabei ebenso, dass der Staat
41 für Pflichtverteidiger*innen lediglich in Vorkasse geht. Ausnahmen bilden
42 Bürgergeldempfänger*innen und Menschen, die unter der Pfändungsgrenze leben, was
43 einer Kostenübernahme in 80 % der Fälle entspricht, wenngleich diese Zahlen zu Grunde
44 liegt, dass viele Straftäter*innen nicht in der Lage sind ihren Erstattungspflichten
45 nachzukommen.[\[5\]](#)

46 Ein besonders herausstechender Fall dieser Missstände zeigte sich bspw. im Jahr 2015
47 am dBerliner Landgericht, indem die Justiz einem schwer drogenkranken, geistig
48 eingeschränkten Obdachlosen die Kostenübernahme einer*eines Pflichtverteidiger*in
49 verweigerte, da dieser in Berufung gegen seine Verurteilung gegangen sein. Dieses
50 Urteil blieb bestehen obwohl sogar seitens der Sozialarbeiter*innen ausgesagt wurden,
51 dass der Mann „nicht in der Lage war, die Angelegenheit selbst zu regeln, da er weder
52 einen Brief hätte formulieren noch schreiben, drucken oder versenden können“.

53 Diesen Tatsachen steht eine Studie des Frankfurter Anwalts Thomas Scherzbergs
54 gegenüber in der 26 Richter*innen gebeten wurden alte Prozessakten durchzusehen. Es
55 zeigte sich, dass die Anwesenheit einer Verteidigung in 7% der Fälle zu einem
56 Freispruch führte. Fehlte diese Verteidigung kam es zu fast keinen Freisprüchen. [\[6\]](#)

57 Die Fragen über den erfolgreichen Ausgang für die Beschuldigten eines Verfahrens
58 hängt dabei, ist dabei auch eine Ressourcenfrage seitens der
59 Pflichtverteidiger*innen. So bekommen Pflichtverteidiger*innen eine Grundgebühr
60 zwischen 176 (ohne Haft) und 216 Euro (mit Haftzuschlag); zwischen 145 und 177 Euro
61 für das vorbereitende Verfahren vor Anklage und zwischen 145 und 424 Euro für das
62 vorbereitende Verfahren nach Anklage vor der Hauptversammlung. Dies ist kein
63 Vergleich zu den Summen, Ressourcen und Möglichkeiten, welche privat finanzierten
64 Anwält*innen zur Verfügung stehen. Diese Ungleichheit schlägt sich auch in Zahlen
65 nieder. In 21,1 % der Fälle beantragen private Anwält*innen den Fall bereits vor
66 Prozessbeginn einzustellen. Bei Pflichtverteidiger*innen waren es hingegen nur 1,6 %
67 der Fälle. [\[7\]](#) Ähnliches zeigt sich auch bei der Beantragung von Freisprüchen.
68 Gegenüber 30,8 % beantragten Freisprüchen bei privaten Anwält*innen stehen 11,6 % bei
69 Pflichtverteidiger*innen. Auch plädieren private Anwält*innen öfter auf Bewährung, so
70 stehen 73,9 % gegenüber 64 % bei Pflichtverteidiger*innen.[\[8\]](#)

71 Aber auch neben finanziellen Gründen, haben auch die herrschenden Abhängigkeiten vor
72 Gericht einen Einfluss auf die Arbeit der Pflichtverteidiger*innen. So haben fast
73 immer die Richter*innen selbst und nicht die Beschuldigten die Auswahl der
74 Pflichtverteidiger*innen in der Hand. Genau Kriterien für die Auswahl seitens der
75 Richter*innen gibt es dabei nicht. So besteht auch die theoretische Möglichkeit, dass
76 vorrangig Pflichtverteidiger*innen gewählt werden, die als nette
77 Gesprächspartner*innen gelten und von denen das Gericht nicht allzu viel Verteidigung
78 zu erwarten ist. In einer anonymen Umfrage aus dem Jahr 2014 gaben
79 Ermittlungsrichter*innen an hessischen Amtsgerichten in 56,8 % an, dass die
80 Pflichtverteidiger*innen zum Bekanntenkreis der Ermittlungsrichter*innen gehörten.[\[9\]](#)
81 Dies hat auch Auswirkungen auf die Revisions- und Berufungsverfahrensquoten.
82 Anwält*innen die wiederholt von Richter*innen beauftragt wurden, gingen zu 16% in
83 Revision. Dem gegenüber stehen 29% bei privaten Strafverteidiger*innen. [\[10\]](#)

84 Das System der Pflichtverteidiger*innen, welches einen Ausgleich zwischen Arm und

85 Reich schaffen und die Chance auf eine gleichermaßen juristische Unterstützung
86 garantieren soll, wird dem eigenen Anspruch nicht gerecht.

87 Wir fordern daher:

- 88 • Das Recht auf Pflichtverteidiger*innen für alle. Jeder Mensch, der sich einem
89 Strafverfahren stellen muss, muss eine*n notfalls auf Staatskosten gestellten
90 Verteidiger*in bekommen. Kein Mensch darf auf Grund seiner ökonomischen
91 Situation Angst haben, sich anwaltlichen Rat zu holen. Dieses Recht soll dabei
92 schon zu Beginn eines Ermittlungsverfahrens greifen.
- 93 • Die von Richter*innen unabhängige Wahl von Pflichtverteidiger*innen. Die Auswahl
94 der Pflichtverteidiger*innen soll analog zu den Niederlanden soll die Wahl der
95 Pflichtverteidiger*innen durch ein unabhängiges „Legal Aid Board“ oder
96 unabhängige Anwaltskammern erfolgen.
- 97 • Die Erhöhung der Regelsätze, welche Pflichtverteidiger*innen für die Übernahme
98 eines Falles bekommen. Die Höhe des Regelsatzes soll dabei so bemessen sein,
99 dass eine Gleichwertigkeit zwischen der Arbeit von Pflichtverteidiger*innen und
100 privaten Anwäl*innen gewährleistet wird und kann beispielsweise von einem
101 unabhängigen Expert*innengremium ermittelt werden.
- 102 • Das Strafrechtskanzleien mindestens 10% der Fälle von Armutskriminalität im
103 Bereich der Pflichtverteidigung übernehmen müssen.

104 Prekäre Lebensumstände und Strafmaß

105 Nicht nur der ökonomische Status und der Zugang zu guter Verteidigung, sondern auch
106 die sozialen Umstände und Lebenssituation haben Einfluss auf die Höhe der Urteile. So
107 gibt es für die Höhe der Strafzumessung Richtlinien, die in § 46 geregelt sind und
108 beispielsweise Gesichtspunkte wie das „Vorleben der Täter*innen“ oder die „Gesinnung,
109 die aus der Tat spricht“ zu berücksichtigen. Wie genau diese berücksichtigt werden,
110 bleibt jedoch im Ermessen der jeweiligen Richter*innen. Welchen Einfluss die
111 Lebensumstände auf das Urteil haben, zeigt sich beispielsweise im sogenannten
112 Whiskey-Experiment aus dem Jahr 1970 bei der eine Gruppe Richter*innen immer derselbe
113 Diebstahlsfall vorgelegt wurde. In der Hälfte der Fälle wurde dabei von „nicht
114 unerheblichen“ Problemen mit Alkohol, sowie einer insgesamt schwierigen
115 Familiensituation beim Beschuldigten berichtet. In der anderen Hälfte der Fälle wurde
116 das Bild eines geordneten Lebens gezeichnet. Der Effekt war deutlich; Im ersten Fall
117 wurde der Beschuldigte für die entsprechende Tat 16-mal zu einer Freiheitsstrafe
118 verurteilt. Im zweiten Fall hingegen kam es nur zu 4 Freiheitsstrafen auf Bewährung.
119 [\[11\]](#) Entgegen dem Ideal der blinden Justitia, haben die sozialen Umstände haben also
120 einen erheblichen Einfluss auf das Urteil. Ähnliches zeigt sich auch beim Umgang mit
121 Obdachlosen wie eine Studie der Universität im Jahr 2003 zeigte, dass seitens der
122 Justiz deutlich geringere Bedenken vorliegen diese frühzeitig in Untersuchungshaft zu
123 nehmen. [\[12\]](#)

124 Aber auch Armut hat einen Einfluss auf die Höhe der Strafzumessung, denn es zeigt
125 sich, dass armen Menschen eine Gewerbsmäßigkeit in Diebstählen unterstellt wird. So
126 gibt es beispielsweise die gefestigte Rechtsprechung in Deutschland, dass für
127 Menschen, die vorrangig vom Sammeln von Pfandflaschen leben, bereits Straftaten mit
128 geringer Gewinnmarge schon beachtlich, eine Einnahmequelle von „einigem Umfang“ und
129 damit ein Grund für eine deutlich schärfere Strafe wegen „gewerbsmäßiger“ Begehung

130 sein. [\[13\]](#)

131 Das Justizsystem wird also dem eigenen Anspruch keinen Unterschied zwischen den
132 Menschen zu machen nicht gerecht.

133 Wir fordern daher:

- 134 • Verpflichtende Schulungen der Richter*innen zum Thema Diskriminierung von
135 Menschen in prekären Lebensumständen im Rechtssystem, um langfristig zu
136 verhindern, dass soziale Lebensumstände und Armut einen negativen Einfluss auf
137 die Höhe des Strafmaßes haben.

138 Und wie viel Geld hast du?

139 Um eine Verhältnismäßigkeit in der Höhe der Geldstrafe zu gewährleisten, wird der
140 sogenannte Tagessatz verwendet. Ein Tagessatz stellt dabei das Einkommen dar, welches
141 ein*e Täter*in durchschnittlich an einem Tag verfügt oder verfügen könnte. Ziel in
142 der Wahl dieser Maßeinheit ist dabei, dass arme Menschen nicht unverhältnismäßig hart
143 und Reiche Menschen nicht von vornherein bevorteilt werden.

144 Innerhalb der letzten Jahrzehnte kam es zusätzlich zu einer großen Verlagerung der
145 Justiz auf Geldstrafen. So sind heute knapp 80 % der Strafen Geldstrafen, während vor
146 100 Jahren dieser Anteil bei 20% lag. [\[14\]](#) Allein deshalb ist eine faire Wahl der
147 Höhe der Geldstrafe von immenser Bedeutung.

148 Gleichzeitig ist aber auch klar, dass für Menschen, die bereits am Existenzminimum
149 leben, der Verzicht auf das Einkommen einen weitaus größeren Einschnitt in das Leben
150 darstellt als für eine gutsituierte Person.

151 Aber auch die genaue Höhe des Einkommens stellt Gerichte vor eine Herausforderung. So
152 legt die Justiz oftmals eine Schätzung des Einkommens, beispielsweise basierend auf
153 Grund von Wohnort oder Internetrecherchen, der Berechnung des Tagessatzes zu Grunde.
154 [\[15\]](#) Die dem Finanzamt vorliegenden Einkommensdaten dürfen auf Grund des in § 30 der
155 Abgabenordnung nicht zur Ermittlung von Tagessätzen genutzt werden.

156 Gleichzeitig werden oftmals arme Menschen vom System der Schätzung besonders hart
157 getroffen. So kommt es vor, dass arme Menschen, um Diskriminierung und
158 Stigmatisierung zu entgehen, versuchen ihre Armut zu vertuschen, wie sich am Beispiel
159 des Rentners Ioannis V., welcher bei einem Diebstahl erwischt wurde, zeigt. Anstelle
160 auf seine niedrige Rente in Höhe von 136 Euro zu verweisen, gab Ioannis V. seinen
161 früheren Beruf als Gebäudereiniger an. Dementsprechend wurde ein unverhältnismäßig
162 hoher und für den Täter unbezahlbarer Tagessatz angesetzt. [\[16\]](#) So führt die Angst
163 vor Stigmatisierung zu einer Ungleichheit in der Behandlung von armen und reichen
164 Menschen. Anstelle sich also auf eigene Angaben oder Schätzung zu verlassen, muss die
165 Justiz, auf die dem Staat bereits vorliegenden Daten zugreifen können, um durch die
166 Idee der Tagessätze gewünschte Fairness umzusetzen.

167 Wir fordern daher:

- 168 • Dass die Justiz sich über das Einkommen der betreffenden Bürger*innen beim
169 Finanzamt erkundigt und das tatsächliche Einkommen anstelle einer „vorsichtigen
170 Schätzung“ als Grundlage für die Bemessung der Geldstrafe zu Grunde gelegt wird.
171 Dies umfasst auch eine Änderung der Vorschriften zum Steuergeheimnis (§ 30 der
172 Abgabenordnung).
- 173 • Die Geldstrafen und Tagessätze sollten für Menschen, die von der Grundsicherung

174 leben oder Aufstocken, derart bemessen sein, dass den Menschen das zum Leben
175 nötige gelassen wird und ein Tagessatz von höchstens fünf Euro pro Tag angesetzt
176 wird. Um wirtschaftlichen Krisen und Inflation gerecht zu werden, soll dabei
177 jährlich eine Evaluation der Angemessenheit dieser Tagessätze durch ein
178 Expert*innengremium erfolgen.

179 • Der Ausschluss der Regelbeispiele beim Diebstahl (§§ 242 I, 243 StGB) ist
180 lediglich über die Geringwertigkeit der Sache (25-50 Euro) möglich. Jedoch
181 sollten auch hier die sozialen Verhältnisse des Beschuldigten Berücksichtigung
182 finden:

183 (2) In den Fällen des Absatzes 1 Satz 2 Nr. 1 bis 6 ist ein besonders schwerer Fall
184 ausgeschlossen, wenn sich die Tat auf eine geringwertige Sache bezieht oder der Täter
185 Sozialleistungen i.S.d. des SGB bezieht und die Tat aus einer sozialen Not heraus
186 rührt.

187 Armut lässt sich nicht einsperren

188 Sind Menschen nicht in der Lage die verhängte Geldstrafe zu zahlen, müssen sie in
189 Haft, die sogenannte Ersatzfreiheitsstrafe. Es erfolgt dabei die Umrechnung von
190 Tagessätzen in einen Gefängnistag. In der Regel geht es dabei im Schnitt um 40
191 Tagessätze und wenige hundert Euro. Die meisten Menschen, die dabei eine Geldstrafe
192 absitzen müssen, leben von Bürgergeld. Viele sind für das Fahren ohne Fahrschein
193 verurteilt und können die damit einhergehenden Kosten nicht tragen. Diese
194 Ersatzfreiheitsstrafen gehen mit hohen staatlichen Kosten einher. Anstatt an den
195 oftmals prekären Lebensumständen der Menschen etwas zu ändern, werden insbesondere
196 Menschen zu vermeidbaren Gefängnisaufenthalten gezwungen.

197 Wir fordern daher:

- 198 • Die Entkriminalisierung des Fahrens ohne Fahrschein.
- 199 • Vor dem Antritt einer Ersatzfreiheitsstrafe, soll nach schwedischem Vorbild,
200 eine richterliche Anhörung zur Klärung der Fragen inwieweit die verurteilte
201 Person überhaupt in der Lage ist die Geldstrafe abzuführen und Prüfung der
202 Anwendbarkeit von § 459f der Strafprozessordnung, erfolgen. Ziel dieser
203 Gespräche kann es sein mit Hilfe von Zahlungsplänen und Gerichtsvollzieher*innen
204 eine Lösung, um das Geld zu zahlen, zu erarbeiten.

205 Strafbefehle

206 Im deutschen Recht gibt es mit den Strafbefehlsverfahren die Möglichkeit eines
207 vereinfachten Verfahrens zur Bewältigung der leichten Kriminalität durch einen
208 schriftlichen Strafbefehl. Die Besonderheit des Strafbefehlsverfahrens liegt darin,
209 dass es zu einer rechtskräftigen Verurteilung ohne mündliche Hauptverhandlung führen
210 kann. Inzwischen kommt es bei leichten Delikten in 57 % zur Beantragung eines
211 Strafbefehls. [\[17\]](#) Wird innerhalb von zwei Wochen kein Einspruch gegen den erteilten
212 Strafbefehl gegeben, so wird dieser rechtskräftig. Auch wenn es infolgedessen zu
213 Haftstrafen kommt. Es können mit dem Strafbefehl Strafen verhängt werden, ohne dass
214 je ein Staatsanwalt oder Richter mit dem Angeklagten gesprochen haben muss.

215 Der Umgang mit einem solchen Strafbefehl erfolgt für einen Teil der Menschen nicht
216 entsprechend den Erwartungen der Justiz. So können Krankheiten, Demenz, Drogensucht
217 oder psychische Erkrankungen Ursachen dafür sein, dass die im Briefkasten

218 eingestellten Strafbefehle ungeöffnet verbleiben. Auch Menschen ohne festen Wohnsitz
219 werden von einer Justiz, die nur per Brief kommuniziert, nicht erreicht. Alle dies
220 Faktoren finden seitens des Justizsystems jedoch keine Berücksichtigung. Die Praxis
221 hält bisweilen, wie sogar das Bundesverfassungsgericht rügen musste, Strafbefehle
222 gegenüber passiv bleibenden psychisch Kranken für wirksam.[\[18\]](#)

223 Das bloße Zustellen eines Strafbefehls garantiert allerdings nicht das nach der
224 Europäischen Menschenrechtskonvention gewährte Recht einer angeklagten Person auf
225 eine mündliche Verhandlung der gegen ihn*sie erhobenen Anklage. Unsere Strafjustiz
226 kann und darf nicht davon abhängen, dass wir Angeklagte, die nicht in der Lage sind
227 einen Widerspruch einzulegen, zügig aburteilen.

228 Wir fordern daher:

- 229 • Die Umsetzung der sogenannten Zustimmungslösung bei Strafbefehlen bei welchem
230 Angeklagten beispielsweise durch Ausfüllen von Ankreuzfeldern dem Strafbefehl
231 unter Verzicht auf die Hauptverhandlung in dokumentierter Form zustimmen. Dabei
232 soll bei ausbleibender Antwort eine automatisierte zweite schriftliche
233 Kontaktaufnahme erfolgen.
- 234 • Es muss garantiert werden, dass bei fehlenden Rückläufen auf Strafbefehle eine
235 Nachforschung über die Gründe der fehlenden Rückmeldung erfolgt, um zu
236 garantieren, dass alle Menschen das Recht auf eine mündliche Verhandlung
237 wahrnehmen können.

238 Und wer zahlt die Strafe?

239 Die ökonomische Situation einer Person hat nicht nur Einfluss auf die Art des
240 Verbrechens, den Zugang zur guter Verteidigung sondern auch auf den Umgang mit dem
241 einhergehenden Kosten. So zeigt sich, dass Manager*innen selten für die teuren
242 Rechtsanwält*innen oder gerichtlichen Geldstrafen oder Geldauflagen selbst aufkommen,
243 sondern diese aus ihrer jeweiligen Unternehmenskasse erstattet werden. [\[19\]](#) Diese
244 Kostenübernahme ist möglich, solange diese im betrieblichen Interesse der Unternehmen
245 liegt und diese beispielsweise bei Aktiengesellschaften durch die Hauptversammlung
246 bestätigt wurde. [\[20\]](#) Zusätzlich können Unternehmen diese Kosten als
247 „Betriebsausgaben“ von der Steuer absetzen, sofern der zugehörige strafrechtliche
248 Vorwurf, der sich gegen die Manager*innen richtet, „betrieblich bzw. durch sein
249 berufliches Verhalten veranlasst war“. [\[21\]](#) Auch Strafverteidiger*innen können dabei
250 als „Werbungskosten“ abgesetzt werden.

251 Dies hat zur Folge, dass die von Manager*innen begangenen Wirtschaftskriminalität zu
252 Lasten aller Steuerzahler*innen erfolgt.

253 Wir fordern daher:

- 254 • Die Abschaffung von Steuerprivilegien für Wirtschaftskriminalität, d.h. das in
255 Fällen von schuldig gesprochenen Wirtschaftskriminellen die Kosten die
256 entsprechende Strafverteidigung, die Kosten für die Geldauflagen oder die
257 Geldstrafe an sich nicht weiterhin als „Betriebsausgaben“ von der Steuer
258 abgesetzt werden dürfen. Dieser Forderung kann beispielsweise durch eine
259 entsprechende Ergänzung von §4 Einkommenssteuergesetz nachgekommen werden.

260 [\[1\]](#) Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat (Hg.), Polizeiliche
261 Kriminalstatistik 2020, Ausgewählte Zahlen im Überblick, S. 26

262 [\[2\]](#) Frieder Dünkel, Empirische Beiträge und Materialien zum Strafvollzug.
263 Bestandsaufnahmen des Strafvollzugs in Berlin, Freiburg 1992, S.113 sowie Hans Harald
264 Körner, Jörn Patzak, Mathias Volmer, Betäubungsmittelgesetz, 9. Auflage 2019,
265 Vorbemerkungen zu §§ 29 ff. BtmG, Randnummer 480

266 [\[3\]](#) Vgl. bspw den Beschluss des Oberlandesgerichts Hamm vom 07.10.2011, Aktenzeichen
267 III-i Ws 312/11

268 [\[4\]](#) Ronen Steinke, Vor dem Gesetz sind nicht alle gleich, S 20.

269 [\[5\]](#) Vgl. die „Finanzkostenabschätzung“ des Bundesjustizministeriums aus dem Jahr 2018

270 [\[6\]](#) Thomas Scherzberg, „Freispruch? Freispruch!“, Schriftenreihe des
271 Strafverteidigervereinigung, Band 41, S. 25 ff

272 [\[7\]](#) Thomas H. Vogtherr, Rechtswirklichkeit und Effizienz der Strafverteidigung,
273 Frankfurt am Main 1991, zugleich Diss., S.363

274 [\[8\]](#) Ronen Steinke, Vor dem Gesetz sind nicht alle gleich, S 30

275 [\[9\]](#) Matthias Jahn, Zur Rechtswirklichkeit der Pflichtverteidigerbestellung. Eine
276 Untersuchung zur Praxis der Beiordnung durch den Strafrichter nach §140 Abs.1 Nr 4
277 stopp in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin/Boton 2014, S. 125

278 [\[10\]](#) Sven Schoeller, „Von der Istbeschaffenheit der Pflichtverteidigerbeiordnung. Aus
279 einer aktenanalytischen Studie zur Praxis der Beiordnung von Pflichtverteidigern“,
280 Strafverteidiger 2017, S.194-204 (203).

281 [\[11\]](#) Dorothee Peters, Richter im Dienst der Macht. Zur gesellschaftlichen Verteilung
282 der Kriminalität, Stuttgart 1973, S.136-141 (136)

283 [\[12\]](#) Stefan Langner, Untersuchungshaftsanordnung bei Flucht- und Verdunklungsgefahr,
284 Baden-Baden 2003, S.143

285 [\[13\]](#) Urteil des Amtsgerichts Hamburg vom 19.02.2019, Aktenzeichen 249 Ds40/19

286 [\[14\]](#) Frank Wilde, Das Gefängnis als Armenhaus, WestEnd. Neue Zeitschrift für
287 Sozialforschung, 2017, S.111-123 (112)

288 [\[15\]](#) Ronen Steinke, Vor dem Gesetz sind nicht alle gleich, S. 62

289 [\[16\]](#) Ronen Steinke, Vor dem Gesetz sind nicht alle gleich, S 65 ff.

290 [\[17\]](#) Destatis, Rechtspflege, Fachserie 10, Reihe 2.6

291 [\[18\]](#) Beschl. v. 5.10.2020, 2 BvR 554/20

292 [\[19\]](#) Ronen Steinke, Vor dem Gesetz sind nicht alle gleich, S. 108

293 [\[20\]](#) Beschluss des Bundesgerichtshof vom 08.07.2021, Aktenzeichen II ZR 174/13

294 [\[21\]](#) Bundesfinanzhof, Urteil vom 18.10. 2007, Aktenzeichen VI R 42/04, Randnummer 5

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag I16: Fairplay auch bei den Finanzen - gerechtere Verteilung von Geldern im Sport

Antragsteller*in:	Jusos Hessen-Süd
Sachgebiet:	I - Inneres, Justiz & Verbraucher*innenschutz

Die Versammlung möge beschließen:

1 Sport baut Brücken und Sportvereine sind wichtige Bestandteile für unser
2 gesellschaftliches Zusammenleben und des Austauschs. Gerade in kleinen Gemeinden wird
3 man durch den Sport schnell in eine Gemeinschaft eingebunden.

4 Wir bekennen uns daher zum Vereinssystem im Breiten- und Amateursport und setzen uns
5 für eine umfassende Ausfinanzierung dessen ein. Hier sehen wir nicht nur die primär
6 zuständigen Länder, sondern ebenfalls den Bund in der Verantwortung. Der generelle
7 Fokus der Sportförderung durch öffentliche Mittel soll auf dem Breiten- und
8 Amateursport liegen. Darüber hinaus setzen wir uns für eine Vergrößerung des
9 Sportangebots, gerade im ländlichen Raum ein. Kleine und mittlere Sportarten sollen
10 besonders gefördert werden, um besonders im ländlichen Raum die Möglichkeiten für
11 Vereinssport auszubauen und besser mit dem Schulsportsystem zu verknüpfen. Zudem
12 fordern wir die Unterstützung des ökologischen Ausbaus von Sportstätten und den
13 dazugehörigen Anlagen wie zum Beispiel Umkleiden, sanitären Anlagen und
14 Sportler*innenheimen.

15 Trainer*innen sollen die Wertschätzung erfahren, die ihnen zusteht, egal ob haupt-
16 oder ehrenamtlich. Das gilt für materielle und immaterielle Wertschätzung. Damit
17 langfristig Sportanlagen der Öffentlichkeit noch zur Verfügung stehen, fordern wir
18 eine umfassende Erhöhung der Sanierungsförderung von Anlagen gemeinnütziger
19 Sportvereine. Im Fokus sollten Sporthallen und -plätze für Sportarten stehen, die
20 nicht mit immensen Kosten für die Sportler*innen aufkommen lassen und verhältnismäßig
21 mit Ressourcen umgehen. Kein Polo- oder Golfplatz braucht eine öffentliche
22 Förderung.

23 Abgesehen vom Breitensport kriselt es auch im Spitzensport. Seit 1992 holt
24 Deutschland bei den Olympischen Spielen konstant weniger Medaillen und das trotz
25 erhöhter Aufwendungen. Deswegen fordern wir eine Reform bei der Verteilung von
26 Geldern, um Sportler*innen gezielter zu fördern und international wettbewerbsfähig zu
27 machen.

28 Zur Verteilung der Mittel wurde 2016 das Potenzialanalysesystem (PoTAS) eingeführt,
29 wonach Gelder anhand von vergangenen Erfolgen, Kaderpotenzial und Verbandsstrukturen
30 verteilt werden. Die Einschätzung des Kaderpotenzials zeigte dabei in der
31 Vergangenheit immer wieder eine mangelnde Zuverlässigkeit auf. Die Verbände werden
32 dabei immer nur ganzheitlich betrachtet und es findet keine Unterscheidung zwischen
33 einzelnen Talenten statt. Das jetzige Vergabesystem ist willkürlich und verhindert
34 die Förderung von Talenten in weniger prominenten Sportarten mit wenigen
35 Förderungsstrukturen.

36 PoTAS ist deswegen grundsätzlich zu reformieren. Der aktuell laufende erneute
37 Reformprozess hin zur Erarbeitung eines neuen Sportförderungsgesetzes über die Regelung
38 der Förderung des Spitzensports in Deutschland unter Federführung des

39 Bundesinnenministerium ist daher zu begrüßen. Der starke Fokus auf die einzelnen
40 Sportverbände ist zu hinterfragen. Es muss eine Differenzierung zwischen einzelnen
41 Sportarten stattfinden. Leistungssportler*innen müssen individueller mit Bezug auf
42 ihre Sportarten und ihre Bedürfnisse gefördert werden. Beispielsweise ist ein
43 Vergleich von Reiten und Basketball schwierig, da die Anforderungen und Strukturen in
44 den einzelnen Sportarten sehr unterschiedlich sein können.

45 Die Frage nach dem Lebensunterhalt ist für viele Leistungssportler*innen ein
46 limitierender Faktor. In Deutschland gibt es nur wenige Möglichkeiten Leistungssport
47 tatsächlich mit einer Ausbildung, Studium oder Beruf zu vereinen. Es ist dabei nicht
48 hinnehmbar, dass von Sportler*innen erwartet wird, Topleistungen abzuliefern, während
49 sie gleichzeitig ohne angemessene Förderung ihren Lebensunterhalt bestreiten müssen.
50 Des Weiteren mangelt es an sozialen Schutzmaßnahmen, wie eine angemessenen
51 Altersabsicherung, und regulären Arbeitsverträge.

52 Ob man Leistungssport machen kann oder nicht, darf grundsätzlich keine Frage des
53 Geldbeutels sein, sondern darf nur vom Können abhängen. Professionelle
54 Leistungssportler*innen sollten ihren Sport ohne finanziellen Druck ausüben können,
55 um langfristig bei internationalen Wettbewerbe erfolgreich sein zu können. Dabei muss
56 gerade der rechtliche Status von Leistungssportler*innen vor dem Hintergrund der
57 politischen Erwartung ihrer Rolle als Repräsentant*innen Deutschland in
58 olympischen/paralympischen Sportarten geklärt werden. Zur Förderung gehört für uns
59 auch ein gewährleisteter Zugang zu professionellen Trainings- und
60 Betreuungsmöglichkeiten.

61 Modelle, wie das der Sportsoldat*innen sind hierbei für uns nicht zielführend.

62 FINTA Personen im Sport müssen darüber hinaus gesondert gefördert werden. Neben
63 zahlreichen Anfeindungen, die ihr Können und Talent diskreditieren, werden auch im
64 Sport FINTA Personen weniger bezahlt und von den Medien wahrgenommen. Das Ziel der
65 Gleichstellung muss deswegen stärker bei der Förderung im Sport berücksichtigt
66 werden.

Begründung

Unsere Sportvereine sind in keinem guten Zustand. Es mangelt an Geld, um notwendige Renovierungsarbeiten durchzuführen und Sportangebote müssen wegen Personalmangels eingespart werden. Trainer*innen beklagen eine zunehmende Ausbeutung und das auch zu Recht, denn die Stellen werden chronisch unterbezahlt. 2022 zahlte ein Drittel der etwa 90.000 Sportvereine in Deutschland ihren Trainer*innen sogar überhaupt nichts. Jahrelang wurde auf die Unterstützung des Ehrenamts zurückgegriffen. Gegen ein Ehrenamt im Sportverein ist grundsätzlich nichts einzuwenden. Dennoch müssen die Umstände dafür geschaffen werden, dass Engagierte langfristig gehalten werden und nicht nach kurzer Zeit ausbrennen.

Wenn wir unsere Vereinskultur langfristig aufrechterhalten wollen, dann müssen wir jetzt in den Erhalt investieren. Durch das Bundesprogramm Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur vom Bundesinnenministerium wurde in den letzten Jahren bereits ein guter Schritt zur Verbesserung des Sportangebotes gemacht.

Hier wurden allerdings nur Einrichtungen gefördert, die in kommunaler Hand sind. Daher fordern wir eine Sanierungsförderung von Einrichtungen von gemeinnützigen Vereinen. Wichtig für uns dabei ist, nicht den sozialen Aspekt aus dem Auge zu verlieren. In Anbetracht der Klimakrise sind Faktoren, wie der

Ressourcenverbrauch (Wasser, Strom, Platz) im Verhältnis zu der Anzahl an Menschen, die die Anlage nutzen, mit einzubeziehen.

Im ländlichen Raum ist das Angebot an Sportangeboten meistens deutlich dünner als in Städten. Dabei sind es häufig die gleichen Sportarten, die angeboten werden. Um den ländlichen Raum zu stärken, sollten hier deswegen besonders stark kleine und mittlere Sportarten gefördert werden. Der Wohnort soll nicht ausschlaggebend für die Wahl des Sportes sein.

Die Förderung von Spitzensportler*innen mag wie ein Luxusproblem erscheinen. Dennoch stellt sich auch hier, wie in so vielen anderen Bereichen auch, die Frage der Gerechtigkeit. Auch im Sport ist es für uns nicht hinnehmbar, dass Erfolg vom Geldbeutel des Elternhauses abhängig ist. Wenn man das Können und Talent für den Leistungssport hat, dann soll man diesen auch machen können, unabhängig vom Elternhaus.

Sport sorgt regelmäßig bei vielen Menschen für schöne Momente. Sei es die Feier mit der eigenen Mannschaft nach einem gewonnenen Spiel, oder der Sieg des Lieblingsvereins bei einem großen Turnier. Es ist Zeit, dass wir die Mittel hierfür gerecht verteilen, damit alle an diesen Momenten teilhaben können.

Antrag I17: Reden ist Silber, Schweigen ist Gold – Warum Sozialarbeitende endlich schweigen dürfen sollten

Antragsteller*in:	Jusos Bezirk Braunschweig
Sachgebiet:	I - Inneres, Justiz & Verbraucher*innenschutz

Die Versammlung möge beschließen:

1 Die Soziale Arbeit basiert auf Vertrauen und Diskretion. Die Arbeit von
2 Sozialarbeiter:innen folgt heutzutage hohen Standards und erfordert eine fachliche
3 Qualifikation, oft in Form eines Studiums oder einer vergleichbaren Ausbildung. Diese
4 Arbeit wird kontinuierlich evaluiert. Sozialarbeiter:innen leisten den Anforderungen
5 ihres Studiums entsprechend hochprofessionelle Arbeit mit ihren Bezugsgruppen in den
6 verschiedensten Berufsfeldern. Kern und Basis dieser Arbeit ist zumeist ein
7 belastbares Vertrauensverhältnis zu jenen Menschen, die sich den Sozialarbeiter:innen
8 mit ihren oft hochsensiblen Sorgen und Problemen anvertrauen – ähnlich wie bei
9 Psychologen oder Geistlichen. Dazu gehören, wie die Alltagsrealität zeigt, manchmal
10 auch Straftaten. Dass dies nicht nur theoretische, sondern sehr reale Auswirkungen
11 auf die Lebensrealität hat, verdeutlicht beispielsweise ein Fall aus Karlsruhe aus
12 dem Jahr 2022.

13 Nach einem Vorfall mit Verletzungen im Stadion suchte die Fan-Szene das Gespräch mit
14 den Betroffenen über das von Sozialarbeitenden betreute Fanprojekt. Obwohl es zu
15 einer Versöhnung kam, wurden die Sozialarbeiter:innen als Zeugen vorgeladen und
16 standen vor der Entscheidung, entweder ihre berufliche Integrität zu wahren oder
17 rechtliche Konsequenzen zu riskieren. Bei einer Aussageverweigerung drohten Geld-
18 oder sogar Freiheitsstrafe, was zu einem Eintrag ins Führungszeugnis führen könnte.
19 Ein solcher Eintrag kann im schlimmsten Fall den Job kosten. Eine Aussage hingegen
20 würde das Vertrauensverhältnis verletzen. Solange es kein Zeugnisverweigerungsrecht
21 für Sozialarbeiter:innen gibt, müssen sie sich im Ernstfall zwischen Pest und Cholera
22 entscheiden.

23 Gemäß § 203 Abs. 1 Nr. 6 StGB sowie dem Schutz des Sozialgeheimnisses gem. § 35 SGB I
24 sind Sozialarbeiter:innen aktuell verpflichtet, das im Rahmen ihrer Arbeit erhaltene
25 Wissen zu möglichen Straftaten nicht an Dritte weiterzugeben, um im geschützten Raum
26 gemeinsam mit den betroffenen Personen Lösungen entwickeln zu können. Gleichzeitig
27 sind Sozialarbeiter:innen nicht unter den in § 53 StPO genannten Berufsgruppen, denen
28 ein sogenanntes Zeugnisverweigerungsrecht zugestanden wird. Im Falle einer Vernehmung
29 sind sie also grundsätzlich gem. § 48 Abs. 1 StPO zur Aussage verpflichtet, also das
30 im Rahmen ihrer Arbeit erlangte Wissen zu offenbaren. Diese Verpflichtung
31 unterscheidet sie aktuell von Ärzt:innen, Anwält:innen, Geistlichen oder
32 Journalist:innen, die in einem solchen Fall die Aussage verweigern dürfen, um das
33 Vertrauensverhältnis zu wahren. Sozialarbeiter:innen hingegen sind dazu gezwungen,
34 sich entweder für das Vertrauensverhältnis zu entscheiden oder gegen eine mögliche
35 Vorbestrafung. Dieser Ausschluss von einem Zeugnisverweigerungsrecht für
36 Sozialarbeiter:innen wurde auch in einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von
37 1972 bestätigt mit der Begründung, dass unter anderem Klient*innen von
38 Sozialarbeiter*innen keine Geheimhaltung wie zum Beispiel bei Rechtsanwält*innen

39 erwarteten und Sozialarbeiter*innen auch keiner strafrechtlich bewehrten
40 Geheimhaltungspflicht unterliegen würden. Dies entspricht unterdessen nicht mehr der
41 Berufsrealität von Sozialarbeiter*innen, die nunmehr eben doch einer strafbewehrten
42 Geheimhaltungspflicht gem. § 203 Abs. 1 Nr. 6 StGB unterliegen und typischerweise ein
43 starkes Vertrauensverhältnis zu ihren Klient*innen haben.

44

45 **Deshalb fordern wir:**

- 46 • Eine Reform des § 53 der Strafprozessordnung (StPO) mit dem Ziel,
47 Sozialarbeiter:innen in § 53 Abs. 1 StPO ebenfalls als geschützte Berufsgruppe
48 anzuerkennen und ihnen ein Zeugnisverweigerungsrecht zu zuzugestehen. Die
49 Aufnahme in § 53 StPO soll sicherstellen, dass Sozialarbeiter:innen
50 Informationen, die ihnen im Rahmen ihrer professionellen Arbeit anvertraut oder
51 bekannt geworden sind, in einem Strafprozess nicht offenbaren müssen.
- 52 • Dass Arbeitgeber:innen in der Sozialen Arbeit bis zur gesetzlichen Änderung
53 aufgefordert werden, ihre Angestellten durch die Nichterteilung einer
54 Aussagegenehmigung zu schützen und rechtlichen Beistand im Falle von
55 Zeugenvorladungen sicherzustellen.

Antrag I18: Für ein Zeugnisverweigerungsrecht in der Sozialen Arbeit!

Antragsteller*in:	JUSO Vorstand SPD-LV Rheinland-Pfalz
Sachgebiet:	I - Inneres, Justiz & Verbraucher*innenschutz

Die Versammlung möge beschließen:

1 Die Sozialdemokratie bekennt sich eindeutig zur Bedeutung der Sozialen Arbeit für die
2 Verwirklichung ihrer gesellschaftlichen Ziele. Eine starke und gut aufgestellte
3 Sozialarbeit ist aus unserer Überzeugung heraus unerlässlich auf dem Weg zu einer
4 Gesellschaft der Gleichen und Gerechten. Daher setzen wir uns auch immer wieder für
5 ihren Ausbau in den zahlreichen Tätigkeitsbereichen ein: in der Kinder- und
6 Jugendhilfe, den aufsuchenden Hilfen, im Gesundheitssektor usw. Soziale Arbeit will
7 Veränderungsprozesse auf individueller und gesellschaftlicher Ebene begleiten und
8 unterstützen und ist daher von herausragender Bedeutung. Die soziale Arbeit lebt vom
9 Verhältnis zwischen Klient*innen und
10 Sozialarbeiter*innen. Neben dem Handeln auf Interventions- und Präventionsebene ist
11 ein Verhältnis, das auf Vertrauen basiert, daher unentbehrlich. Es ist daher
12 naheliegend, dass der Gesetzgeber für sozialarbeitende Fachkräfte eine
13 Schweigepflicht durch § 203 Strafgesetzbuch (StGB) vorsieht. Diese Schweigepflicht
14 gilt jedoch nicht bei Vorladungen der Staatsanwaltschaft zur zeugenschaftlichen
15 Vernehmung, polizeilichen Zeug*innenvorladungen, welche staatsanwaltschaftlich
16 angeordnet wurden oder vor Gericht. In diesen Fällen müssen Sozialarbeiter*innen.
17 gegen ihre Klient*innen aussagen. Ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten wird dadurch
18 erheblich erschwert oder gar unmöglich macht. Dieses Vertrauensverhältnis muss
19 oftmals mühsam und durch langwierige wie ausdauernde Beziehungsarbeit erschlossen
20 und gepflegt werden. Es kann nicht entstehen, wenn potentielle Klient*innen nicht
21 darauf vertrauen können, dass Gesagtes nicht gegen sie verwendet werden wird.
22 Ganzheitliche
23 und langfristig unterstützende Angebote können nur umgesetzt werden, wenn Gespräche
24 offen und geschützt geführt werden können. Wir fordern daher die Einführung eines
25 Zeugnisverweigerungsrechts für Fachkräfte der Sozialen Arbeit, die in öffentlich-
26 anerkannten Einrichtungen und Diensten tätig sind, und denen Tatsachen anvertraut
27 sind, deren Geheimhaltung durch gesetzliche Vorschrift geboten ist. Hierzu soll § 53
28 der Strafprozessordnung (StPO) geändert werden. Ferner fordern wir die Aufnahme von
29 Pflegeeltern (bzw. Pflegepersonen) in § 52 der Strafprozessordnung (StPO).

Begründung

Es ist der 17. Spieltag der zweiten Fußball-Bundesliga im Jahr 2022. Karlsruhe spielt gegen St. Pauli. Eine Fanggruppierung zündet anlässlich ihres Geburtstags eine Pyro-Show. Es kommt zu Verletzungen durch den dichten Rauch. Die Polizei nimmt Ermittlungen auf. In diesem Rahmen wurden drei Mitarbeitende des Karlsruher Fanprojekts als Zeugen vorgeladen und werden somit gezwungen, gegen ihre Klient*innen auszusagen.¹ Aus dieser Situation entwickelt sich ein Bündnis für ein Zeugnisverweigerungsrecht in der Sozialen Arbeit, ein Rechtsstreit und eine Aufforderung zum politischen Handeln. Nicht nur für die Arbeit in Fanprojekten, sondern in allen Arbeitsbereichen der Sozialen Arbeit – in der

Jugendhilfe, in den Sozialen Diensten, in der Straffälligenhilfe oder z.B. in der Migrationsberatung – ist Vertrauen, die Grundvoraussetzung für den Erfolg sozialarbeiterischer Interventionen. Ohne das Vertrauen der Klient*innen in die Fachkräfte kann Soziale Arbeit ihre Wirkung nicht entfalten und können keine Erfolge erzielt werden. Das Fehlen eines Zeugnisverweigerungsrechts für sozialarbeitende Fachkräfte führt zu massiven Verunsicherungen auf beiden Seiten und zu einem mangelnden rechtlichen wie physischen Schutz für Fachkräfte (bspw. im Aufgabenfeld der Gewaltprävention).

Wenn Klient*innen befürchten müssen, dass im Fall der Fälle dennoch Ermittlungsbehörden bei den Fachkräften anklopfen und diese dann „auspacken“ müssen, kann kein Vertrauen geschaffen werden – insbesondere dann, wenn es sich um Klient*innen handelt, die den Fachkräften grundsätzlich mit Misstrauen begegnen.

Aus den dargelegten Gründen ist es nur folgerichtig, dass der Gesetzgeber für sozialarbeitende Fachkräfte eine Schweigepflicht nach § 203 Strafgesetzbuch (StGB) vorsieht. Diese Schweigepflicht gilt jedoch nicht bei Vorladungen der Staatsanwaltschaft zur zeugenschaftlichen Vernehmung, polizeilichen Zeugenvorladungen, welche staatsanwaltschaftlich angeordnet wurden oder vor Gericht.

In einer Antwort des Bundesministeriums für Justiz auf eine Kleine Anfrage der (damals noch) Fraktion DIE LINKE erkennt die Bundesregierung an, dass die Soziale Arbeit „von einem besonderen Vertrauensverhältnis zu den von [ihr] betreuten Personen geprägt ist“². Die Bundesregierung halte „die Einführung eines strafprozessualen Zeugnisverweigerungsrechts für diese Berufsgruppe“ allerdings für nicht geboten. Das Bundesverfassungsgericht habe in ständiger Rechtsprechung darauf hingewiesen, dass das verfassungsrechtliche Gebot einer effektiven Strafverfolgung und das Interesse an einer möglichst vollständigen Wahrheitsermittlung im Strafverfahren von besonderer Bedeutung seien.³ Gleichwohl vertrete die Bundesregierung die Auffassung, dass „[d]ie Situation von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter[n] von Fanprojekten und Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern aus anderen Berufsfeldern [...] nicht vergleichbar“ mit anderen Tätigkeiten sei, für die lt. § 53 der Strafprozessordnung (StPO) ein Zeugnisverweigerungsrecht aus dem Grund vorgesehen ist, dass „[d]er Erfolg der Beratung [...] entscheidend [davon abhängt], dass sich die beratenen Personen sicher sein können, dass die Informationen, die unter dem Siegel der Verschwiegenheit gegeben werden, nicht preisgegeben werden“. Auch sei die Existenz von Sozialarbeiter*innen durch den Mangel eines Zeugnisverweigerungsrechts nicht gefährdet. Und außerdem würde der Gesetzgeber ausufernd Gebrauch von.

Zeugnisverweigerungsrechten machen, würde er diese Berufsgruppe auch noch aufnehmen.

Diese Einschätzungen zeugen nicht nur von einer erheblichen Ignoranz und Dreistigkeit gegenüber der Lebensrealität von Sozialarbeiter*innen – sie sind, wie eingangs dargelegt, fachlich falsch und unbegründet. Insbesondere bei Arbeitsbereichen wie der Straffälligenhilfe, der Jugendgerichtshilfe, der Jugendsozialarbeit (bspw. bei der Betreuung von Jugendlichen, die mit dem Gesetz in Konflikt stehen oder Drogen konsumieren und handeln) oder der Betreuung von Sexarbeitenden, ist ein Zeugnisverweigerungsrecht möglich und sinnvoll.

Ein Rechtsgutachten der Arbeiterwohlfahrt (AWO), das im Dezember 2023 veröffentlicht wurde, kommt allerdings zu gegenläufiger Einschätzung. In Bezug auf das angeführte Urteil des Bundesverfassungsgerichts hält der Gutachter fest: „Als Grund wurde unter anderem angegeben, dass das Recht der ratsuchenden Person auf Achtung ihrer Privatsphäre nicht verletzt sei, da Soziale Arbeit keine Berufsausübung sei, für deren Gesamtbild höchstpersönliche, grundsätzlich keine Offenbarung duldende Vertrauensverhältnisse kennzeichnend seien“⁴, das Urteil sei zudem überholt – auch was das Fremd- wie Selbstverständnis der Sozialen Arbeit angeht.

Zwar wird in diesem Gutachten ebenfalls festgestellt, dass die Aufrechterhaltung einer funktionstüchtigen Strafrechtspflege als Einschränkung wirken kann, insgesamt kommt der Gutachter jedoch zum Ergebnis, dass das Zeugnisverweigerungsrecht in der Sozialen Arbeit rechtlich möglich wäre, da sich dies auf ein besonderes Vertrauensverhältnis gründet und die Entgegennahme geheimhaltungsbedürftiger

Informationen zentraler Bestandteil der Arbeit von Sozialarbeitenden ist und die notwendige Aufklärung über das Zeugnisverweigerungsrecht Bestandteil einer staatlich anerkannten Qualifizierung sein können. Der Gutachter führt für verschiedene Teilgebiete der Sozialen Arbeit fachlich fundiert aus, in welchen Bereichen welche Formen des Zeugnisverweigerungsrechts Sinn ergäben und welche nicht – hieran kann sich grundsätzlich orientiert werden. Hier wird insb. auch einmal auf Pflegeeltern verwiesen, die leiblichen Eltern sinnfreierweise diesbezüglich rechtlich nicht gleichgestellt sind.

¹ Siehe u.a. <https://www.deutschlandfunk.de/fussball-fanprojekte-zeugnisverweigerungsrecht-100.html>; zuletzt abgerufen am 15.04.2024.

² Die Antwort auf die Kleine Anfrage (BT-Drs. 20/9918) ist online abrufbar unter: <https://dip.bundestag.de/vorgang/zeugnisverweigerungsrecht-in-der-sozialen-arbeit/306532>.

³ vgl. BVerfGE 33, 367, 383; 38, 312, 321; vgl. auch BVerfGE 129, 208, 260.

⁴ Das Rechtsgutachten ist online abrufbar unter: <https://awo.org/fuer-ein-zeugnisverweigerungsrecht-der-sozialen-arbeit>; zuletzt abgerufen am 15.04.2024.

Antrag I19: Damit das Geld auch dort ankommt, wo es benötigt wird – Eine Reform des Beschaffungswesens der Bundeswehr

Antragsteller*in:	AG Jusos Baden-Württemberg
Sachgebiet:	I - Inneres, Justiz & Verbraucher*innenschutz

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Zur Weiterleitung an: SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion
- 2 Der Beschaffungsprozess der Bundeswehr und allen Voran die dafür federführend
- 3 zuständige Behörde – das Bundesamt für Ausrüstung und Infrastruktur der Bundeswehr
- 4 (BAAINBw) – stehen nicht erst seit Beginn des völkerrechtswidrigen Angriffskrieges
- 5 Russlands gegen die Ukraine in der Kritik. Seit Jahren, wenn nicht sogar seit
- 6 Jahrzehnten, bläht der, für Beschaffungsprozesse zuständige, Verwaltungsapparat immer
- 7 weiter auf und verschlingt dabei Unmengen des jährlichen Wehretats. Unzählige
- 8 Reformversuche brachten bisher alle nicht die gewünschten Effekte einer
- 9 Entbürokratisierung und Beschleunigung von Rüstungsprojekten. Schuld daran sind unter
- 10 anderem eine Verantwortungsdiffusion in den unterschiedlichen Behörden und
- 11 Teilstreitkräften der Bundeswehr, eine veralteter und aufgeblähter Verwaltungsapparat
- 12 sowie unzählige Normen und Vorschriften. All dies führt zu teils jahrzehntelangen
- 13 Anschaffungsprozessen von Material und Waffensystemen, welche in der Truppe teils
- 14 sehr akut benötigt werden. Dieser Prozess muss endlich reformiert werden. Hauptziel
- 15 einer Reform muss es sein, die allgemeinen Verfahren massiv zu beschleunigen und
- 16 zugleich sicherzustellen, dass die Qualität der eingekauften Systeme und Produkte
- 17 nicht darunter leidet.
- 18 **Materialverantwortung zurück in die Truppe!**
- 19 Hohe Einsatzbereitschaft von Streitkräften verlangt bis zu einem gewissen Grad
- 20 Eigenständigkeit bei Instandsetzung und Ersatzteilversorgung. Die ist nur zu
- 21 erreichen, wenn die erforderlichen Mittel den jeweiligen Befehlshabern zur Verfügung
- 22 stehen. Dies bedeutet zwangsläufig, dass etwa Instandsetzungskapazitäten, Ersatzteile
- 23 und Ähnliches den Führungskräften im Grundbetrieb, auf Übungen und im Einsatz
- 24 mitgegeben werden müssen. Weiterhin müssen Lagerbestände an Verbrauchsmaterial
- 25 ausgeweitet werden sowie der Prozess der Nachbestellung von solchem Material wieder
- 26 verstärkt dezentralisiert im Verantwortungsbereich der örtlichen Kommandeure und
- 27 Kommandeurinnen, über regionale Materiallager, angesiedelt werden. Das bereits auf
- 28 50.000 Euro ausgeweitete Handgeld für lokale Kommandierende geht hierbei in die
- 29 richtige Richtung und sollte fortlaufend auf seine Zweckmäßigkeit evaluiert und bei
- 30 Bedarf angepasst werden.
- 31 Mit der erhöhten Verantwortung der Kommandeur- und Inspekteur*innen muss ebenfalls
- 32 eine lückenlose Überwachungskette für Waffen gewährleistet werden. In den vergangenen
- 33 10 Jahren sind über 100.000 Schuss Munition und über 100 Schusswaffen abhanden
- 34 gekommen. Dieser gravierende Misstand darf bei einer Reform des Beschaffungswesens
- 35 nicht übersehen werden. Es müssen Systeme für klare Verantwortlichkeiten etabliert
- 36 werden.
- 37 Um einen an die Realitäten in der Truppe angepassten Materialbeschaffungsprozess zu
- 38 gewährleisten, müssen die zuständigen Führungskräfte wieder verstärkt in den Prozess

39 der Materialbeschaffung eingebunden werden. Die aktuell vorherrschende
40 Verantwortungsdiffusion im Beschaffungsprozess soll dafür wieder verstärkt auf die
41 jeweiligen Inspekteur:innen der einzelnen Organisationsbereiche und Teilstreitkräfte
42 der Bundeswehr zentralisiert werden.

43 Um die Verantwortung für die Materialbeschaffung wieder dorthin zu verlegen, wo der
44 Bedarf akut bekannt ist, fordern wir:

- 45 • Eine stärkere Einbindung der Inspekteur:innen der Teilstreitkräfte der
46 Bundeswehr in den Prozess der Materialbeschaffung.
- 47 • Die Unterstellung von Instandsetzungszentren und Ersatzteillager an die lokalen
48 Kommandeure und Kommandeurinnen.
- 49 • Eine Ausweitung von Verbrauchsmaterial-Lagerbeständen sowie eine
50 Dezentralisierung der Nachbestellung von Verbrauchsmaterial.
- 51 • Eine stetige Evaluierung und Anpassung des Handgeldes lokaler Kommandeurinnen
52 und Kommandeure.

53 **Beschaffungsprozesse reformieren**

54 Die aktuelle Grenze für eine Direktvergabe von Beschaffungsprojekten liegt bei 5.000
55 Euro. Die meisten Rüstungsprojekte überschreiten diese Grenze aber enorm, was
56 langwierige und bürokratisierte Ausschreibungs- und Prüfprozesse mit sich zieht. Hier
57 sollte eine Anhebung der Direktvergabegrenze durch das BAANBw geprüft werden.

58 Die bisher gängige Praxis bei großen Rüstungsprojekten, Großgerät und Waffensysteme
59 immer auf spezielle Anforderungen seitens der Bundeswehr entwickeln und produzieren
60 zu lassen, ist einer der Hauptgründe, weshalb sich die meisten Beschaffungsprozesse
61 teilweise über Jahrzehnte hinziehen. Neben langwierigen Ausschreibungsprozessen sind
62 damit auch lange Test- und Anpassungsverfahren verbunden, was dazu führt, dass die
63 bestellten Produkte zum Zeitpunkt ihrer breiten Einführung in der Truppe
64 technologisch bereits schon wieder veraltet sind. Der globale Markt bietet hierbei
65 aber ausreichend erprobte und bewährte Waffensysteme und militärisches Großgerät,
66 welches direkt von den Rüstungskonzernen erworben werden kann. Diese Praxis sollte
67 zur Regel werden. Maßgeschneiderte Rüstungsprojekte nach konkreten Anforderungen und
68 Wünschen der Bundeswehr sollten perspektivisch die Ausnahme und nicht mehr die Regel
69 sein. Klar ist aber auch, dass die Qualität der zu beschaffenden Produkte nicht unter
70 dieser Beschaffungslösung leiden darf.

71 Als Parlamentsarmee unterliegt die Bundeswehr einer strengen Kontrolle durch den
72 deutschen Bundestag. Hinter dieses Prinzip stellen wir uns als Jusos Baden-
73 Württemberg uneingeschränkt. Aufgrund dieser parlamentarischen Kontrolle müssen
74 aktuell alle Rüstungsprojekte mit einem Beschaffungsvolumen von mehr als 25 Millionen
75 Euro vom deutschen Bundestag genehmigt werden. Dieses Genehmigungsverfahren durch den
76 Deutschen Bundestag ist allein schon aufgrund der parlamentarischen Kontrolle der
77 Streitkräfte notwendig und richtig. Jedoch ist die Grenze von aktuell 25 Millionen
78 Euro seit 1981 nicht mehr angepasst worden, sodass eine Anhebung im Sinne eines
79 Inflationsausgleiches von Nöten erscheint. Eine Anhebung der nicht-
80 genehmigungspflichtigen Rüstungsprojekte gibt der Industrie zugleich auch ein wenig
81 mehr Planungs- und Handlungssicherheit im Umgang mit Großbestellungen durch das
82 Beschaffungswesen der Bundeswehr.

83 Die generellen Prozesse der Materialbeschaffung innerhalb der Bundeswehr müssen
84 vereinfacht, entbürokratisiert und digitalisiert werden. Aktuell benötigt jede noch
85 so kleine Anschaffung hunderte Seiten von Anträgen, bindet Personalkapazitäten und
86 durchläuft unzählige Verwaltungsebenen, bis der Auftrag zur Beschaffung erteilt
87 werden kann. Dieses Verfahren muss beschleunigt und verstärkt digitalisiert werden.
88 Hierfür wäre die Einführung einer rechtsverbindlichen, digitalen Unterschrift für
89 Behörden und Untergliederungen der Bundeswehr ein wichtiger Schritt in die richtige
90 Richtung. Diese Möglichkeit besteht aktuell nämlich nicht.

91 Für eine sinnvolle Reform des Beschaffungsprozesses der Bundeswehr fordern wir daher:

- 92 • Eine Überprüfung für eine mögliche Anhebung der Direktvergabegrenze von aktuell
93 5.000 Euro.
- 94 • Mehr Beschaffung bereits auf dem Markt verfügbarer Produkte und Systeme als
95 Regel statt als Ausnahme.
- 96 • Einen regelmäßigen Inflationsausgleich der Grenze für Beschaffungsprojekte,
97 welche die Genehmigung des Deutschen Bundestages erfordern.
- 98 • Eine Entbürokratisierung und Digitalisierung der Materialbeschaffungsprozesse.
99 Insbesondere durch die breite Einführung einer rechtsverbindlichen und gültigen
100 digitalen Unterschrift für Behörden und Gliederungen der Bundeswehr.

101 **Entfristung des Bundeswehrbeschaffungsbeschleunigungsgesetzes prüfen**

102 Das im Juli 2022 vom Deutschen Bundestag verabschiedete Gesetz zur Beschleunigung des
103 Bundeswehrbeschaffungswesens sieht unter anderem beschleunigte Prüfungsverfahren von
104 Materialanschaffungsvorhaben, sowie eine Beschleunigung von Vergabe- und
105 Beschwerdeprozessen vor. Ebenso werden weitreichende Ausnahmeregelungen für eine
106 europaweite Ausschreibung diverser Rüstungsprojekte geschaffen, sollte dies aufgrund
107 von akutem Zeit- und Handlungsbedarf von Nöten sein. Dieses Gesetz ist im Rahmen der
108 Zeitenwende entstanden, um eine schnelle und unkomplizierte Beschaffung und Lieferung
109 von Rüstungsgütern für die Ukraine gewährleisten zu können. Knapp ein Jahr nach
110 seiner Verabschiedung zeigt das Bundeswehrbeschaffungsbeschleunigungsgesetz bereits
111 erste Auswirkungen und Erfolge. Dieses Gesetz ist allerdings befristet und verliert
112 mit Ablauf des 31. Dezembers 2024 seine Wirkung. Die Jusos Baden-Württemberg fordern
113 eine stetige Evaluierung des Bundeswehrbeschaffungsbeschleunigungsgesetzes durch
114 Sachverständige und Expert:innen sowie eine perspektivische Entfristung des Gesetzes,
115 sollte es die gewünschten Effekte einer Effektivierung und Beschleunigung des
116 Beschaffungswesens zur Folge haben.

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag I20: Jedermannsrecht: Freies Zelten ermöglichen

Antragsteller*in:	Juso AG-Landeskonferenz SPD-Landesorganisation Bremen
Sachgebiet:	I - Inneres, Justiz & Verbraucher*innenschutz

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Wir fordern die Einführung eines bundesweiten Jedermannsrechtes, welches allen
- 2 Menschen das Recht auf die Nutzung der Natur gibt. Dadurch sollen Aktivitäten wie
- 3 Zelten unter folgenden Bedingungen erlaubt sein:
- 4 • die Übernachtung findet maximal eine Nacht am Stück statt. Für Gruppen ab 5
- 5 Personen ist eine Erlaubnis des Besitzers erforderlich.
- 6 • ein Mindestabstand zu bewohnten Gebäuden muss eingehalten werden.
- 7 • Agrarnutzflächen und Naturschutzgebiete dürfen nicht genutzt werden. Für
- 8 letztere können Ausnahmen etabliert werden, solange es der Schutzzweck erlaubt.
- 9 • Im Sinne des Brand- oder Tierschutzes kann diese Regelung für bestimmte Flächen
- 10 und/oder Zeiträume eingeschränkt werden.

Antrag K01: Stabil links gegen rechts

Antragsteller*in:	Jusos Bayern
Sachgebiet:	K - Kampf gegen Rechts

Die Versammlung möge beschließen:

1 Die Landtagswahlen in Bayern und Hessen im Oktober haben gezeigt, dass rechtes
2 Gedankengut nie weg war und sich jetzt wieder in großen Teilen der Gesellschaft
3 verankert hat. Die Folge ist eine sich immer weiter verändernde politische Landschaft
4 in allen Teilen des Landes. Die "AfD", eine rechtsradikale, rassistische und
5 faschistische Partei, hat es in den letzten Jahren geschafft, die Themen großer
6 gesellschaftlicher Debatten zu bestimmen und den Fokus besonders auf die Themen
7 Migration und Flucht zu lenken. Dabei hat sich auch der Ton in der Debatten extrem
8 verschärft: Dinge, die vor wenigen Jahren noch als „unsagbar“ und abscheulich
9 gegolten haben und einen breiten gesellschaftlichen Aufschrei zur Folge hatten,
10 werden mittlerweile stumm zur Kenntnis genommen oder erhalten sogar noch Zustimmung.
11 Der radikalen Rechten gelingt, woran linke Bewegungen seit Jahrzehnten scheitern: von
12 "Querdenkern" und Reichsbürgern über Identitäre Bewegung und völkische Nationalisten
13 bis hin zu Republikfeinden mit Umsturzplänen findet internationale Vernetzung statt.
14 Dieser Austausch wird immer strukturierter und organisierter. Der viel beschriebene
15 Rechtsruck ist längst vollzogen. Parteien der politischen Linken folgen verstärkt dem
16 Trend hin zu protektionistischem Nationalismus, anstatt diesem eine
17 internationalistische Perspektive entgegenzusetzen. Auch jenseits der linksliberalen
18 Parteien vollzieht sich in neuen Gruppierungen ein deutlicher Rechtsschwenk.
19 Vermeintlich linke Wirtschaftspolitik gepaart mit nationalistischer und konservativer
20 Gesellschaftspolitik ergibt jedoch kein sozialistisches Programm für die arbeitende
21 Klasse.
22 Auch in unserer eigenen Partei bemerken wir zunehmend, dass rechte Narrative um sich
23 greifen. Gerade aus Angst vor dem Erfolg der "AfD" wird teilweise der Kurs der
24 dänischen Sozialdemokratie gefordert, die eine harte Migrationspolitik mit einer
25 sozialen Wirtschaftspolitik zu verknüpfen versucht. Auf diese Weise werden
26 migrationsfeindliche und strukturell rassistische Positionen vertreten, um
27 vermeintlich Wähler*innen (zurück) zu gewinnen. Dem müssen wir uns deutlich und
28 inhaltlich begründet entgegenstellen.
29 Denn die Umfragen und die Wahlen der letzten Monate haben eindeutig gezeigt, dass die
30 Übernahme von rechtem Sprech und der Fokus auf die vermeintlich relevanten Themen der
31 „AfD“ nur zur zusätzlichen Polarisierung der Gesellschaft führt und nur rechte und
32 rechtsradikale Parteien stärkt - allen voran die „AfD“.
33 Große Demonstrationen gegen rechts, wie nach der Correctiv-Recherche zu
34 Deportationsplänen von "AfD"- und CDU-Politiker*innen Anfang des Jahres,
35 verdeutlichen immer wieder die gesellschaftliche Anschlussfähigkeit
36 antifaschistischer Positionen. Anspruch dieser Demos ist jedoch keine langfristige
37 politische Organisationsarbeit. Hier liegt unsere Aufgabe als sozialistischer
38 Jugendverband. Wir müssen spontanes Engagement in langfristige politische
39 Organisation umwandeln. Nur langfristig angelegte sozialistisch-politische

40 Organisation schafft eine dauerhafte Verankerung antifaschistischer Einstellungen in
41 der Gesellschaft.

42 Eine gesellschaftliche Debatte um ein "AfD"-Verbot entfachte. Für uns ist klar: Egal
43 ob die "AfD" verboten wird oder nicht, Rechtsradikalismus ist viel mehr als die
44 "AfD". Rechtsradikale Positionen oder gar Strukturen begegnen uns in allen Bereichen
45 des Lebens: Aussagen in der Schule, auf der Arbeit, im Verein oder am Stammtisch,
46 rechtsradikale Akteure in der Wirtschaft und Politik sowie Strukturen und Netzwerke
47 in unseren Behörden. Wir brauchen neue Strategien im Umgang mit dem aktuellen
48 Rechtsruck, vor allem im Hinblick auf die "AfD". Es bedarf eines stärkeren
49 Aktivismus auf der Straße, den Fokus auf materielle Forderungen und Verteilungskämpfe
50 für die arbeitende Klasse und die Unterstützung von strukturschwachen Regionen im
51 Kampf gegen Rechts. In einer Zeit eines umsichgreifenden Rechtsrucks als größte
52 Gefahr für unsere Demokratie, muss unser Fokus konsequent auf der Bekämpfung
53 rechtsradikaler Parteien unserer Strukturen, die Organisation der arbeitenden Klasse
54 und die Demokratisierung unserer Gesellschaft fokussieren.

55 **Alle zusammen gegen den Faschismus!**

56 Für uns ist Antifaschismus ein gelebter Grundwert. Unsere Gesellschaft ist eine
57 offene und tolerante. Rassismus, Sexismus, Antisemitismus und Diskriminierung alle
58 Art lehnen wir entschieden ab. Für uns gilt immer noch die Devise: Nie wieder
59 Faschismus! Wir haben die Geschichte nicht vergessen! Mit uns wird es keinen Schritt
60 weiter nach rechts geben! Wir bekämpfen Rechtsradikalismus mit aller Kraft – auf
61 allen Ebenen!

62 Als sozialistischer Jugendverband steht im Mittelpunkt unserer Analyse, dass der
63 Kapitalismus bereit ist, dem Faschismus billigend den Weg zu bereiten. Die Antwort
64 auf den Rechtsruck muss also eine systemische sein und die kapitalistische
65 Organisation unserer Gesellschaft überwinden.

66 Der Kapitalismus fördert die Konkurrenz in der Gesellschaft und ist damit eine
67 Grundlage für die Ausgrenzung und Abwertung anderer Menschen, um die eigene
68 ökonomische Position zu sichern oder auszubauen. Die Überwindung des Kapitalismus
69 führt nicht automatisch zur Überwindung des Rechtsrucks aber wer den Rechtsruck
70 verhindern will, muss den Kapitalismus als Mitursache zentral in den Blick nehmen.

71 **Mit der SPD stabil gegen rechts!**

72 Mit einer erstarkenden "AfD", die in Umfragen zeitweise mit über 22% auf dem zweiten
73 Platz liegt, müssen wir uns wappnen. Auch bei jungen Menschen gewinnt die
74 Rechtsaußen-Partei an Zustimmung. Keine andere Partei ist so eng mit dem
75 Antifaschismus verbunden wie die SPD. Die aktuelle Performance der SPD-geführten
76 Bundesregierung reicht aber nicht aus und lässt nicht erkennen, dass die
77 Sozialdemokratie alles dafür tut, sich dem Rechtsruck entschieden entgegenzustellen –
78 in vielen Fällen trägt sie zur Diskursverschiebung nach Rechts bei und setzt selbst
79 sogar Politik um, die von den Rechten gefordert wird.

80 Klar: Immer wieder stellt sich - auch die SPD - gegen Rechtsaußen durch Redebeiträge
81 im Bundestag, durch Social-Media-Posts, Interviews oder Ähnliches. Doch es fehlt an
82 dem antifaschistischen Aktivismus. Den Kampf auf die Straße zu bringen, staatliche

83 Präventionsmaßnahmen, Projekte zum Erhalt unserer Demokratie; all das fehlt. Wir
84 Jusos verstehen unsere Mutterpartei als eine, die gerade jetzt ihrer großen
85 antifaschistischen Geschichte wieder gerecht werden muss.

86 Denn Menschen im gesamten Bundesgebiet leiden direkt unter Rechtsradikalismus -
87 häufig unmittelbar durch so motivierte Gewalt. Gerade mit einem sozialdemokratischen
88 Bundeskanzler Olaf Scholz brauchen wir jetzt eine Bundesregierung, die sich ihrer
89 Verantwortung im Bezug auf diese Gefahr bewusst ist. Wir brauchen eine
90 sozialdemokratisch geführte Bundesregierung, die die Demokratie ihrer Republik, ihre
91 freiheitlich demokratische Grundordnung, aber auch jeden einzelnen Menschen, der*die
92 unter Diskriminierung leidet, verteidigt!

93 Wir fordern:

- 94 • Der SPD Parteivorstands soll eine antifaschistische Kampagne entwickeln, um den
95 Populismus der Rechten zu entzaubern. Diese Kampagne soll aufgebaut sein durch
96 klare Positionen gegen Rechts, die Richtigstellung von Halb-& Falschwahrheiten
97 über politische Themen, Aktionen gegen Rechts, sowie Argumentationshilfen gegen
98 "Stammtischparolen". All dies soll anschließend jeder Gliederung zugänglich
99 gemacht werden, um antifaschistische Genoss*innen im gesamten Bundesgebiet
100 auszubilden.
- 101 • Die SPD muss sich ganz klar gegen rechte Rhetorik wehren. Rechte Erzählungen zu
102 übernehmen oder gar rechte Forderungen umzusetzen ist für uns eine absolute rote
103 Linie, die nicht mehr überschritten werden darf!

104 **Konservative haben eine besondere Verantwortung - Die Brandmauer**

105 Manche Politiker*innen – gerade aus dem konservativen und liberalen Spektrum – blasen
106 immer wieder erneut in das Horn rechter Faschist*innen. Durch rechtspopulistische
107 Aussagen über die Zahnarztbesuche von Geflüchteten, Angstmacherei über eine
108 sogenannte „Masseneinwanderung illegaler Flüchtlinge“ – die es rein faktisch nicht
109 einmal gibt -, Polarisierung über „Wokeness“ und „Genderwahn“ oder weiterer Hetze
110 werden Alltagsrassismus und Hass gegen marginalisierte Gruppen befeuert. Wozu? Um
111 ihre politische Macht zu erhalten und Wahlen zu gewinnen.

112 Bei ihrem Populismus ist auch die betroffene Gruppe immer die selbe: die "Schwachen"
113 und die, die sowieso wenig haben. Gerade im Bereich Asyl und Migration können wir
114 dieses Phänomen seit Jahren beobachten. Dabei werden Schutzsuchende oft als
115 Sündenböcke hergenommen für politisches Versagen in anderen Themenbereichen. So wird
116 proklamiert, dass die seit Jahren bestehende Wohnungsnot durch Abschiebungen gelöst
117 würde. Oder dass „die Deutschen“ mehr Geld für „die Deutschen“ – gemeint sind Renten,
118 Sanierungen für Schwimmbäder, Schulen und weitere sozialstaatlichen Ausgaben und
119 ähnliche Investitionen – haben würden.

120 Durch Abschiebedebatten oder das ständige gegeneinander Auspielen von Schwächeren
121 werden Probleme nicht gelöst, es werden aber neue geschaffen! Ein großes Problem, das
122 dabei entsteht, ist das Erstarken des Faschismus. Wer faschistische Parolen
123 wiedergibt und das gleiche Spiel der Faschist*innen spielt, hilft am Ende nicht sich
124 selbst, sondern bleibt das billige Imitat, denn: Hier wird immer das Original
125 gewählt!

126 Die von Konservativen oft bemühte Hufeisentheorie lehnen wir strikt ab.

127 Rechtsradikalismus darf nicht verharmlost werden!

128 Rechte und Konservative betreiben ebenso auf gleiche Weise Hetzrede, welche
129 beispielsweise Bürgergeld Empfänger*innen als "faule Arbeitslose" diffamieren und so
130 den Blickwinkel auf die Schwächsten der Gesellschaft lenken und nach unten treten. So
131 werden vermeintliche Verteilungskämpfe zwischen niedrigem Einkommen und Geflüchteten
132 aufgemacht, anstatt die Vermögen der obersten 10% in den Fokus von Verteilungskämpfen
133 zu nehmen.

134 Der für marginalisierte Gruppen erreichte gesellschaftliche Fortschritt wie die Ehe
135 für Alle oder der Kampf für das Selbstbestimmungsgesetz wird von rechts
136 instrumentalisiert, um den Menschen das Gefühl zu geben, dass nur die Anderen von
137 diesem Fortschritt profitieren würden. Es wird suggeriert, dass ihnen Veränderungen
138 ihrer Lebensweise aufgezwungen würde und dass marginalisierte Gruppen politische
139 Aufmerksamkeit von ihren berechtigten Anliegen wegnehmen. Diese manipulative
140 Darstellung des Themas als Gegensatz zu Verteilungspolitik schürt Hass und führt zum
141 Beispiel zu queerfeindlichen Übergriffen.

142 Eine antifaschistische Gesellschaft ist auch auf die Mitwirkung konservativer Kräfte
143 angewiesen. Die Brandmauer gegen Rechts muss stehen, es darf keine Zusammenarbeit mit
144 der "AfD", auch nicht durch die Union, geben. Jegliche Kooperation mit der "AfD"
145 überschreitet eine rote Linie. Wir müssen deshalb die konservativen Kräfte in
146 Deutschland in die Verantwortung nehmen und dürfen Annäherungsversuche nicht
147 zulassen. Die Konservativen in Deutschland haben eine historische Verantwortung, den
148 Faschisten die Macht nicht nochmal zu übergeben. Konservative Parteien haben darüber
149 hinaus die Verantwortung, ihre Wähler*innenklientel an sich zu binden und sie nicht
150 an rechtsradikale Parteien zu verlieren.

151 Genauso wie wir es von unserer eigenen Partei erwarten, fordern wir von unseren
152 demokratischen Mitstreiter*innen:

- 153 • Verzichtet auf das Verbreiten von Fakenews und distanziert euch von Fakenews
154 anderer Politiker*innen
- 155 • Übernehmt keine rechte und populistische Rhetorik.
- 156 • Lasst rechte Märchen zu "Genderwahn", "Wokeness" und "linker Cancelculture" in
157 der Schublade.
- 158 • Erkennt an, dass sich die "AfD" nicht rechts überholen lässt.
- 159 • Arbeitet in keinsten Weise mit der "AfD" zusammen. Das schließt ein, keine
160 Anträge einzubringen und zu stellen, die nur durch die Stimmen der "AfD" eine
161 Mehrheit erhalten.

162 **Auf die Straße, an die Stammtische und in die Bierzelte**

163 Als überzeugte Antifaschist*innen müssen wir vernetzt mit anderen Organisationen und
164 in breiten Bündnissen bei Gegenprotesten und Demonstrationen auf der Straße als Teil
165 der linken Bewegung präsent sein. Wir setzen uns ein für eine wehrhafte
166 Zivilgesellschaft, die Kundgebungen oder Aufmärsche rechtsradikaler Parteien und
167 Organisationen, wie "AfD", III. Weg, Identitäre Bewegung oder rechte
168 Burschenschaften, keinen Raum mehr gibt und in der rechtsradikales Gedankengut wieder
169 unsagbar wird. Auch Flyer- oder Banneraktionen, thematische Veranstaltungen oder

170 andere aktivistische Aktionen müssen verstärkt durchgeführt werden.

171 Um einen wirksamen Aktivismus zu etablieren, bedarf es auch einer Zusammenarbeit mit
172 unseren Jusos-Genoss*innen aus anderen Landesverbänden im Kampf gegen Rechts.
173 Insbesondere mit den ostdeutschen Landesverbänden, welche aktuell den schwersten
174 Kampf gegen Rechtsradikalismus führen, muss ein regelmäßiger Austausch und die
175 gegenseitige Unterstützung bei Demonstrationen und Gegenprotesten stattfinden. Für
176 uns ist auch klar, dass Antifaschismus überall im Alltag gelebt werden muss. In den
177 meisten Regionen Bayerns sind die Jusos mit den Gewerkschaftsjugendlichen die einzigen
178 linken Verbände. Es liegt also genau an uns, linken Positionen Raum zu verschaffen
179 und einen Gegendiskurs zu etablieren. Unser Antifaschismus baut darauf auf, dass er
180 sozialistisch ist. Wir müssen unsere Positionen wieder im Sportverein, am Stammtisch
181 und im Bierzelt vertreten. Dort sind die Menschen, für die wir Politik machen. Nur
182 dort können wir unsere Positionen wieder mehrheitsfähig machen und dafür sorgen, dass
183 sozialistische Politik populär wird.

184 Wir wollen selbst:

- 185 • Wieder aktiver Teil des antifaschistischen Aktivismus und einer breiten, linken
186 Bewegung sein.
- 187 • Wieder vermehrt an Orten vertreten sein, an denen Menschen unsere Positionen
188 noch nicht teilen.

189 **Nazis raus ruft es sich leichter da, wo es keine Nazis gibt –** 190 **ländlichen Raum unterstützen!**

191 Wahl- und Umfrageergebnisse rechter Parteien unterscheiden sich deutlich zwischen
192 urbanen und ländlichen Räumen. Die ländlichen Gebiete, welche den größten Teil der
193 Bevölkerung stellen und mehrheitlich konservativ bis rechts wählen, müssen eine
194 größere Aufmerksamkeit sowie die solidarische Unterstützung durch uns erhalten.
195 Mobilisierung für Proteste gegen rechts, das Werben um Zustimmung zu einer offenen,
196 migrationsfreundlichen Gesellschaft oder das Verbreiten unserer sozialistischen Ideen
197 stellen für uns in strukturschwachen und ländlichen Gebieten eine große
198 Herausforderung dar. Wir wollen daher verstärkt mit unseren Genoss*innen in den
199 ländlichen Gebieten zusammenarbeiten, sie bei Veranstaltungen oder Gegenprotesten
200 unterstützen und so eine größere Organisation von linken Kräften auf dem Land
201 erreichen.

202 Wir fordern:

- 203 • Der Kampf gegen rechts im ländlichen Raum soll strukturell unterstützt werden.
- 204 • Genoss*innen, die sich Rechten auf Podien entgegenstellen, sollen gezielte
205 Schulungen dafür erhalten.
- 206 • Staatliche Schutzkonzepte und entschiedenes Vorgehen gegen Bedrohungen von
207 politisch aktiven Menschen vor Ort.
- 208 • Finanzielle und strukturelle Förderung von Projekten gegen rechts im ländlichen
209 Raum.

210 **Unser Umgang mit der rechtsradikalen “AfD”**

211 Die sich verändernden Kräfteverhältnissen in den Parlamenten und Stimmkreisen zwingen

212 uns zu neuen Umgangsformen mit rechten Positionen. Insbesondere in ländlichen
213 Stimmkreisen, in denen teilweise CSU, Freie Wähler und die "AfD" über 80% der Stimmen
214 gewinnen konnten und rund 20% rechtsradikal gewählt haben, ist eine Diskussion ohne
215 konservative bis rechtsradikale Positionen kaum mehr möglich. Um die Menschen vor Ort
216 nicht endgültig zu verlieren und mittelfristig wieder von unseren Ideen überzeugen zu
217 können, ist es notwendig, auch mit unangenehmen Positionen umzugehen und durch aktive
218 Diskussionen den Diskurs auf unsere Themen zu lenken. Wir streben an, dass alle
219 Personen, die unter diesen Umständen auf einem gemeinsamen Podium mit der „AfD“
220 diskutieren, insbesondere Kandidierende um politische Ämter und Mandate, eine
221 Rhetorik-Schulung absolvieren, die radikal rechte und verschwörungstheoretische
222 Gegenstrategien behandelt.

223 Auch der politische Umgang mit der rechtsradikalen "AfD" muss aufgrund des massiven
224 Zugewinns an Wählerstimmen bei der Landtagswahl in Bayern - und der generell
225 wachsenden Zustimmung - angepasst werden. Klar ist weiterhin, dass es keine
226 Zusammenarbeit jeglicher Art auf keiner Ebene geben darf. Im inhaltlichen Diskurs
227 lehnen wir eine Übernahme rechtsradikaler Forderungen weiter konsequent ab, nutzen
228 unsere Reichweite für die Verbreitung eigener Positionen und nicht, um uns an der AfD
229 abzuarbeiten. Den Fokus einzig und allein darauf zu legen, dass es sich bei der "AfD"
230 um eine rechtsradikale Partei handelt und die Hoffnung, dadurch Menschen vor einer
231 Wahl dieser Partei abschrecken, ist gescheitert. Das Ziel muss daher eine
232 lösungsorientierte Politik gepaart mit einer inhaltlichen Kritik an "AfD"-Forderungen
233 sein.

234 Politische Veranstaltungen und Podiumsdiskussionen müssen wir gezielt für unsere
235 politischen Positionen nutzen und dürfen sie nicht den rechten Parteien überlassen.
236 Lange war es unsere Strategie, mit der "AfD" nicht auf Podien zu gehen, um einer
237 Normalisierung der "AfD" entgegenzuwirken. Heute müssen wir anerkennen, dass die
238 "AfD" längst normalisiert ist. Wir wollen diese Normalisierung zurückdrängen und
239 weiterhin wo immer es möglich ist darauf drängen, dass keine rechtsradikalen Parteien
240 zu Podien eingeladen werden und keine prominente Aufmerksamkeit bekommen. Um jedoch
241 nicht mit der rechtsradikalen "AfD" gemeinsam auf einem Podium zu sitzen, ist eine
242 proaktive Organisation solcher Veranstaltungen mit allen Parteien notwendig, die sich
243 auf einen demokratischen Grundkonsens verpflichten. Der Fokus der Diskussion muss
244 gezielt auf politische Problemlösung und eigene inhaltliche Forderungen gelegt
245 werden, um die Menschen zu überzeugen.

246 Sowohl auf diesen Veranstaltungen als auch an Infoständen rechtsradikaler Parteien
247 müssen wir präsent sein und unsere Grundüberzeugungen- und werte entgegenhalten. Wir
248 lassen es nicht zu, dass rechtsradikale Propaganda in Dörfern und Kleinstädten
249 unwidersprochen bleibt. Ziviler Ungehorsam und kämpferische Aktionen müssen zu
250 unseren Aktionsfeldern gehören. Antifa bleibt Handarbeit!

251 Eine Akzeptanz von rassistischen und faschistischen Parolen ist trotz des Erfolgs der
252 "AfD" nicht verhandelbar und muss eine klare Distanzierung zur Folge haben. Wir
253 müssen die Position stärken, dass es kein Recht auf rechte Propaganda gibt und dass
254 wir uns rechte Parolen nicht anhören müssen, nur weil die "AfD" eine ins Parlament
255 gewählte Partei ist.

256 Wir fordern:

- 257 • Es darf auf keiner Ebene eine Zusammenarbeit mit der "AfD" geben.

- 258 • Wir nutzen unsere Reichweiten auf allen Kanälen für die Verbreitung unserer
259 Positionen und versuchen unserer Reichweite weiter auszubauen
- 260 • Wir verhindern politische Veranstaltungen von und mit der “AfD” möglichst im
261 Vorfeld, setzen uns dafür ein, dass Gasthäuser und Hotels Rechtsradikalen keinen
262 Raum mehr bieten und organisieren Gegendemos, falls dieses Vorgehen keine
263 Wirkung zeigt.
- 264 • Wir ermöglichen demokratische Diskussionen, also Diskussionen ohne die “AfD”.
265 Wir distanzieren uns konstant von rassistischen und faschistischen Positionen.

266 **Linke Antworten sind die Lösung**

267 **Schwindendes Vertrauen in den Staat: Ökonomische Ungerechtigkeit** 268 **und Abstiegsangst**

269 In der aktuellen Situation multipler Krisen machen sich viele Menschen berechtigte
270 Sorgen um ihre Zukunft. Wirtschaftliche Instabilität, Inflation, Transformation,
271 Pandemie, Krieg und vieles mehr haben in den letzten Jahren dazu geführt, dass am
272 Ende des Monats immer weniger im Geldbeutel übrig bleibt.

273 Dazu kommt ein seit Jahren andauernder und politisch verordneter Sparzwang, der zu
274 einem großen Investitionsstau geführt hat und der Verfall von Infrastruktur. In einem
275 reichen Land wie Deutschland sitzen Kinder ohne warmes Mittagessen in maroden
276 Schulhäusern. Dies frustriert viele Menschen, die das Gefühl haben, sie und ihre
277 Bedürfnisse und Sorgen werden von der Politik nicht gesehen, während mit großen
278 Geldbeträgen die Gewinne der Wirtschaft und großer Konzerne weiter staatlich
279 subventioniert werden.

280 Der Frust und die Kritik gegenüber der aktuellen Regierung vieler Menschen sind
281 verständlich und richtig. Steigende Energie-, Wohnungs- und Lebensmittelkosten bei
282 kaum steigenden Löhnen sind reale Probleme vieler Menschen, die nur durch
283 verteilungspolitische Maßnahmen begegnet werden können. Doch von der bisherigen
284 Politik der Regierung profitiert die arbeitende Klasse - also Menschen mit normalen
285 und mittleren Einkommen - nicht.

286 Die neoliberale Politik der letzten Jahrzehnte, welche mit Privatisierungen,
287 Sozialabbau und wachsender sozialer Ungleichheit einherging, hat das Vertrauen der
288 Menschen in den Staat grundsätzlich geschwächt. Die Narrative eines extremen
289 Individualismus als Freiheitsverständnis, die Ökonomisierung aller Lebensbereiche und
290 ein ungebremseter Wettbewerb haben dazu geführt, dass demokratische Entscheidungen in
291 Teilen nicht mehr akzeptiert werden, wenn sie insbesondere individuelle Freiheiten,
292 wie beispielsweise das Konsumverhalten, betreffen.

293 Darüber hinaus errichteten Konservative und Rechte gemeinsam die falsche Erzählung,
294 linke Politik würde nur “den anderen” nutzen und den meisten Menschen würde es
295 dadurch schlechter gehen. Gleichzeitig ist es jedoch genau die Seite der
296 Konservativen und Rechten, die keinerlei Interesse an der wirtschaftlichen Situation
297 der Mehrheit im Land hat. Sie wollen, dass Reiche reich bleiben, während ihnen egal
298 ist, dass Arme noch ärmer werden.

299 **Sozialistische Politik für die Vielen im Land!**

300 Wir wollen positiv in die Zukunft blicken und trotz aller Krisen umso stärker für
301 unsere Überzeugungen kämpfen. Eine starke linke Bewegung, die die arbeitende Klasse
302 konsequent vertritt, fehlt aber derzeit. Unsere Forderungen müssen weiterentwickelt
303 und strategisch umgesetzt werden, damit sie bei den Menschen wahrgenommen werden. Mit
304 dem Fokus auf materielle Themen, Verteilungskämpfe und einer einfachen, klaren
305 Kommunikation wollen wir als sozialistischer Jugendverband in der politischen Debatte
306 präsent sein. Wir wollen das Vertrauen in den Staat als gesellschaftliches Konstrukt,
307 das sich um grundlegende Dinge und soziale Absicherung kümmert, wieder erwecken.
308 Dafür müssen wir den Diskurs wieder explizit nach links verschieben, in dem wir die
309 Themen skandalisieren, die wirklich gefährlich für unsere Gesellschaft sind: Armut,
310 Ausbeutung der arbeitenden Klasse, die Tatsache, dass Menschen Profite aus
311 Wohneigentum schlagen, während andere sich kaum ein Dach über dem Kopf leisten
312 können. Nur durch eine angemessene radikale Thematisierung dieser Probleme können wir
313 die überzogenen Debatten über "Migration" und "Gendern" wieder zurückdrängen und
314 Polarisierung in unserem Sinne erreichen. Dies erreichen wir vor allem mit einer
315 Erzählung eines besseren Lebens für alle, das die heutigen ungerechten Zustände
316 anprangert und im zweiten Schritt mit konkreten politischen Instrumenten hinterlegt
317 ist.

318 Unsere programmatische Arbeit muss sich wieder viel stärker verteilungspolitischen
319 Fragen widmen: Es ist nicht ausreichend, mit der Grundsicherung oder dem Mindestlohn
320 die untersten ökonomischen Gruppen zu adressieren. Wir müssen als Jusos und als SPD
321 wieder viel stärker politische Instrumente entwickeln und in den Vordergrund unserer
322 Kampagnen stellen, die das Potential haben, Umverteilung für die 90% zu erreichen und
323 deren Leben tatsächlich zu verbessern. Hierzu gehört beispielsweise ein Grunderbe für
324 junge Menschen oder das Thema Arbeitszeitverkürzung, von denen auch mittlere
325 Einkommenschichten profitieren.

326 Wir fordern eine Politik, die für unsere Leute spürbare Verbesserung des Lebens –
327 gesellschaftlich wie ökonomisch – mit sich bringt:

- 328 • Verteilungsfragen müssen klar beantwortet werden.
- 329 • Materielle Fragen müssen ins Zentrum unserer Kommunikation gestellt werden,
330 damit wir Polarisierung in unserem Sinne erreichen.
- 331 • Unsere Kommunikation muss klarer und einfacher werden.
- 332 • Wir müssen den Diskurs wieder nach links verschieben.
- 333 • Wir müssen endlich eine übergeordnete linke Erzählung entwickeln, in die
334 inhaltliche Instrumente eingebettet sind.

335 **Wehrhafte Demokratie - Der Staat muss klare Kante zeigen!**

336 **Rechtsradikale Organisationen aus unserer Gesellschaft** 337 **verbannen!**

338 Immer mehr Teile der "AfD", zuletzt der Landesverband Sachsen-Anhalt, werden vom
339 Verfassungsschutz als gesichert rechtsextrem eingestuft oder als
340 rechtsextremistischer Verdachtsfall beobachtet. Dass selbst der sonst auf dem rechten

341 Augen strukturell erblindete Verfassungsschutz zu dieser Auffassung kommt,
342 unterstreicht die Notwendigkeit, auch von staatlicher Seite gegen die "AfD"
343 vorzugehen. Faschistische Positionen und Strukturen machen den Kern der AfD aus. Es
344 kann nicht sein, dass Organisationen, die den freiheitlich demokratischen Grundwerten
345 diametral gegenüberstehen, weiter bei Wahlen antreten dürfen und im Falle der "AfD"
346 sogar noch Geld vom Staat für ihre Arbeit bekommen und staatliche Vorteile erhalten.

347 Daher fordern wir die Prüfung eines bundesweiten Verbots der "AfD" als Partei durch
348 das Bundesverfassungsgericht. Ein besonderer Fokus liegt auf den als gesichert
349 rechtsextrem eingestuften Landesverbänden in Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt.
350 Die "AfD"-nahe Desiderius-Erasmus-Stiftung darf auch unabhängig vom Verbot der Partei
351 bereits kurzfristig kein staatliches Geld zur Verbreitung rechter Propaganda
352 erhalten.

353 Auch gegen einzelne Personen, deren Aussagen und Handlungen nicht mit unserem
354 Grundgesetz vereinbar sind, muss von Seite des Staates eine Grundrechtsverwirkung
355 (Art. 18 GG) festgestellt werden, um demokratiefeindliches Engagement effektiv zu
356 stoppen.

357 Wir fordern:

- 358 • Die Prüfung eines bundesweiten Verbots der "AfD"
- 359 • Die Einstellung der finanziellen Förderung der Desiderius-Erasmus-Stiftung
- 360 • Die konsequente Prüfung der Grundrechtsverwirkung bei Faschisten

361 **Kräfte bündeln: Einheitliches Vorgehen mit Bund und Ländern**

362 Um den Rechtsruck effektiv in Deutschland zu bekämpfen, benötigt es gerade von
363 staatlicher Seite eine konsequente, antifaschistische Politik der gesamten
364 Bundesrepublik.

365 Seit der GroKo liegen regelmäßig Pläne für ein echtes Demokratiefördergesetz auf dem
366 Tisch. Erst stellte sich die Union quer, zuletzt wurde es von der Ampel ausgewaschen
367 und deutlich schwächer beschlossen, als von uns gefordert. Es braucht eine stärkere
368 Unterstützung von demokratiestärkendem zivilgesellschaftlichem Engagement und
369 Initiativen. Wir wollen, dass antifaschistisches und antirassistisches Engagement als
370 "gemeinnützig" eingestuft und die ausreichende Finanzierung demokratiefördernder
371 Projekte gesetzlich verankert wird. Dazu zählt für uns auch die Opferberatung, die
372 bedarfsgerecht ausgestattet und unterstützt wird und damit auch gestärkt werden muss.
373 Zudem müssen Aussteigerprogramme langfristig gefördert werden.

374 Wir fordern:

- 375 • Der Bund und die Länder sollen gemeinsam einen einheitlichen Aktionsplan sowie
376 einen Maßnahmenkatalog erstellen, um Rechtsradikalismus aktiv zu bekämpfen. In
377 diesem Aktionsplan sollen mindestens folgende Punkte geregelt sein:
 - 378 • Antifaschistisches und antirassistisches Engagement wird als gemeinnützig
379 eingestuft.
 - 380 • Präventions- und Aussteigerprogramme werden ausgebaut.
 - 381 • Langfristige finanzielle Förderung solcher demokratiefördernder Projekte
- 382 • Konsequente Maßnahmen zur Verfolgung demokratiefeindlicher Handlungen

- 383 • Ernsthafte Entwaffnung von Rechtsradikalen durch die Innenministerien
- 384 • Der Aktionsplan wird durch eine Kampagne für Demokratie, Toleranz und
385 Menschenrechte begleitet. Der Aktionsplan gibt Maßnahmen vor, die in örtlichen
386 und überörtlichen Ebenen umgesetzt werden können.
- 387 Ein wehrhafter Staat braucht zuverlässige Institutionen, die das Grundgesetz wahren.
388 Wir stehen hinter der Forderung, dass der Verfassungsschutz abgeschafft werden muss.
389 Wir fordern die Einführung eines transparenten und unabhängig arbeitenden Demokratie
390 Institut für demokratiewissenschaftliche Arbeit. Die Polizei und der polizeiliche
391 Staatsschutz müssen der Aufgabe nachkommen, den Staat, seine Institutionen und
392 Menschen vor rechter Gewalt zu schützen.
- 393 Deshalb braucht es gerade in Berufen der Staatsgewalt, in denen immer wieder rechte
394 Netzwerke entdeckt werden, gründliche Aufarbeitung, angemessene Konsequenzen und
395 wirksame Prävention. Wer in Deutschland z.B. bei der Polizei oder den Gerichten
396 arbeitet, muss uneingeschränkt hinter unseren freiheitlich demokratischen Werten
397 stehen! Ermittlungen bei Zwischenfällen innerhalb der Behörden können nicht objektiv
398 in den Strukturen der jeweiligen Behörde selbst geführt werden. Es muss eine
399 unabhängige Stelle zur Ermittlung eingerichtet werden.
- 400 Wir fordern:
- 401 • Die Abschaffung des Verfassungsschutzes
 - 402 • Die Einrichtung eines unabhängigen, transparenten, wissenschaftlichen
403 Demokratieinstituts
 - 404 • Die konsequente Bekämpfung und Verfolgung von Rassismus und Rechtsradikalismus
405 innerhalb der Polizei. Hierzu muss jeweils ein unabhängiges Kontrollgremium
406 eingeführt werden, welches Fälle dokumentiert, analysiert und die Befugnis über
407 Konsequenzen innehat.
 - 408 • Die Einrichtung unabhängiger Ermittlungsstellen für Fehlverhalten und rechte
409 Tendenzen auch für weitere staatliche Institutionen, vor allem im Bereich der
410 Judikative.

411 **Nazis raus aus ihren Löchern**

- 412 Uns ist bewusst, dass viele rechtsradikale und auch nationalsozialistische
413 Gruppierungen wie der ehemalige NSU, das verbotene Freie Netz Süd oder auch der
414 Dritte Weg einen großen Teil ihrer Arbeit im Untergrund und kleinen Gemeinden vor Ort
415 ausüben. Unbemerkt und versteckt organisieren sich hier rechte Strukturen in vielen
416 verschiedenen Ortschaften im gesamten Bundesgebiet. Sie nisten sich in Gemeinden ein,
417 kaufen günstige Grundstücke und Gebäude und schaffen so Wohnraum, Gastronomieangebote
418 bis hin zu völkischen Siedlungen.
- 419 Das Ziel dabei ist, sich in der Gemeinde und der Gesellschaft zu etablieren und durch
420 niedrigschwellige Angebote ihre ideologischen Gedanken an andere Menschen
421 weiterzugeben. Dies blockiert zivilgesellschaftliche und strukturelle Entwicklungen
422 der Kommunen.
- 423 Wir fordern:
- 424 • Ein Verbot und verschärfte Kontrollen des Ankaufs von Grundstücken durch Vereine
425 und Organisationen mit rechter Ideologie.

- 426 • Schulungsmöglichkeiten durch Förderprogramme des Bundes und der Länder gezielt
427 für kommunale Mandatsträger*innen.
- 428 • Die Einführung der Partnerschaften für Demokratie (“Demokratie leben!”) des
429 Bundesfamilienministeriums in allen Landkreisen und kreisfreien Städten.
- 430 • Die Förderung von Bündnissen gegen Faschismus, Rassismus und Diskriminierung
431 aller Art.
- 432 • Die Prüfung und Schaffung von Netzwerkstellen für Demokratie und Partizipation.
- 433 • Ein konsequentes und entschiedenes Vorgehen gegen rechtsradikale Symbolik und
434 Organisationen mit radikal rechter Gesinnung sowie hoher Gewaltbereitschaft.

435 **Antifaschismus von der Schule an gelernt**

436 Die politische Bildung an Schulen und Ausbildungsstätten muss ausgeweitet und
437 angepasst werden. Es muss ein Fokus darauf liegen, welche Gefahr der
438 Rechtsradikalismus bedeutet, welche Methoden rechtsextreme Gruppierungen nutzen und
439 wie Schüler*innen sich davor schützen können.

440 Wir leben in einer wehrhaften Demokratie. Die Mittel, die zu ihrem Schutz zur
441 Verfügung stehen, müssen erklärt werden. Teil der politischen Bildung an Schulen und
442 Ausbildungsstätten muss die Einordnung aktueller undemokratischer Ereignisse,
443 Debatten und Aussagen sein. Dazu gehört insbesondere die Benennung von Personen und
444 Gruppierungen durch Lehrkräfte und sonstige verantwortliche Fachkräfte. Die
445 politische Bildung muss einen starken Fokus auf das Thema
446 Rechtsradikalismusprävention legen. Insbesondere folgende Inhalte sind zu
447 vermitteln:

- 448 • Darstellung der Gefahr des Rechtsradikalismus für die Demokratie und
449 marginalisierte Gruppen
- 450 • Warnung vor Methoden rechtsradikaler Organisationen und Parteien zur Anwerbung
451 junger Menschen
- 452 • Darlegung des historischen Hintergrunds und Vergleich zur “Neuen Rechten” und
453 deren Forderungen
- 454 • Darlegung der Unterschiede zwischen Demokratie und Autoritarismus unter
455 Darlegung der Vorzüge der Demokratie für die Gesellschaft und das Individuum
- 456 • Einflussmöglichkeiten des Individuums in der Demokratie und Stärkung des Gefühls
457 der Selbstwirksamkeit im demokratischen Prozess mit besonderem Hinblick auf
458 kollektive Organisation

459 Der Fokus auf Darlegung der Gefahren des Rechtsradikalismus und die Prävention von
460 Rechtsradikalismus darf nicht allein im Rahmen politischer Bildung erfolgen, sondern
461 muss fächerübergreifend im Kontext des jeweiligen Unterrichtsfaches stattfinden, zum
462 Beispiel im Geschichts-, Deutsch oder Religions (sofern noch nicht abgeschafft)
463 /Ethikunterricht. Dafür ist die "Verfassungsviertelstunde" nicht ausreichend. Das
464 Allgemeinziel “politische Bildung” greift den Themenkomplex „Gefahren des
465 Rechtsradikalismus und Prävention vor Rechtsradikalismus“ nicht auf. Dieses
466 allgemeine Ziel, das aktuell in dem am 16.08.2017 beschlossenen „Gesamtkonzepts für
467 politische Bildung“ vorgeschrieben ist, muss konkretisiert werden. Dafür müssen
468 folgende Punkte aufgenommen werden:

- 469 • Rechtsradikalismus muss als die größte Gefahr für die Demokratie und unsere
470 Gesellschaft benannt werden
- 471 • Rechtsradikalismusprävention muss als Ziel für die politische Bildung
472 fächerübergreifend ausgegeben werden.

Antrag K02: Streichung der staatlichen Finanzierung der AfD

Antragsteller*in:	Jusos Hessen-Nord
Sachgebiet:	K - Kampf gegen Rechts

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Dass einzelne Mitglieder, aber auch ganze Landesverbände und hohe Funktionär*innen
- 2 der AfD
- 3 verfassungsfeindliche und rechtsextremistische Ziele verfolgen und somit auf die
- 4 Abschaffung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung hinwirken, wird im
- 5 öffentlichen Auftreten der Partei deutlich sichtbar. Es ist darüber hinaus aber auch
- 6 durch die Berichte und Einschätzungen der Verfassungsschutzämter auf Landes- und
- 7 Bundesebene belegt.
- 8 Die Möglichkeiten der wehrhaften Demokratie müssen daher gegen die AfD genutzt
- 9 werden, bevor diese die Möglichkeit erhält, in Regierungsverantwortung zu
- 10 gelangen.
- 11 Ein Verbotsverfahren gegenüber der AfD ist langwierig und stößt aktuell auf
- 12 politischen Widerstand. Daher sollten auch andere Wege genutzt werden, um
- 13 verfassungsfeindliche Parteien zu bekämpfen. Der Partei „Die Heimat“ (ehemalig NPD)
- 14 wurde durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts die staatliche
- 15 Parteienfinanzierung für sechs Jahre entzogen.
- 16 Nach diesem Vorbild wird geprüft, ob es möglich und realistisch ist, der AfD die
- 17 staatliche Finanzierung zu entziehen. Erscheint es realistisch, wird ein solches
- 18 Verfahren beim Bundesverfassungsgericht durch den Bundestag beantragt.

Antrag K03: Endlich Zähne zeigen! AfD-Hetze in Parlamenten konsequent bekämpfen

Antragsteller*in:	Jusos Hessen-Nord
Sachgebiet:	K - Kampf gegen Rechts

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Die parlamentarische Arbeit der AfD zielt klar auf Provokation und eine Ausreizung
- 2 der Grenzen, die durch die Geschäftsordnungen der Parlamente und allgemeine
- 3 Rechtsnormen gegeben sind, ab. In keinem relevanten Parlament, in dem die AfD
- 4 vertreten ist, wird eine andere Fraktion ähnlich oft mit Ordnungsmaßnahmen belegt,
- 5 weshalb eine Verschärfung der Geschäftsordnungen der Parlamente vor allem die AfD
- 6 treffen und sie in ihren Möglichkeiten, die Arbeit der Parlamente zu stören und
- 7 lächerlich zu machen, beschränken würde.
- 8 Sämtliche SPD-Fraktionen in Parlamenten auf Organisationsebenen der Partei, die
- 9 diesen Antrag beschlossen haben, setzen sich dafür ein, die Geschäftsordnung ihres
- 10 jeweiligen Parlaments zu ändern und ggf. neue Absprachen in den jeweiligen
- 11 Ältestenräten zu treffen. Störungen, Beleidigungen sowie rassistische und allgemein
- 12 unparlamentarische Äußerungen sollen in Zukunft ohne Verwarnung und konsequenter als
- 13 bisher mit Ordnungsrufen oder Rügen belegt werden und die Konsequenzen für letztere
- 14 Maßnahmen sollen verschärft werden.

Antrag K04: Wehret den Anfängen - Nie wieder ist jetzt!

Antragsteller*in:	Juso AG-Landeskonferenz SPD-LV Schleswig-Holstein
Sachgebiet:	K - Kampf gegen Rechts

Die Versammlung möge beschließen:

1 Faschismus und Rechtsextremismus sind europaweit wieder auf dem Vormarsch. Dabei ist
2 der Rechtsextremismus weiterhin die größte extremistische Gefahr für unsere
3 Demokratie.

4 Auch in Deutschland gewinnt die in Teilen rechtsextreme AfD stetig an Stimmen, wie
5 auch bei der vergangenen Europawahl und den Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und
6 Brandenburg deutlich wurde.

7 Gleichzeitig planen sie zusammen mit anderen Rechtsextremist*innen und Faschist*innen
8 die Deportation von Millionen Menschen. Für uns ist klar: Unsere Antwort ist
9 konsequenter Antifaschismus! Deshalb fordern wir die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich
10 für folgende Forderungen einzusetzen:

11 **Ausschluss der AfD aus der staatlichen Parteienfinanzierung**

12 Die AfD wird vom Bundesverfassungsschutz in einigen Bundesländern bereits als
13 „gesichert rechtsextremistisch“ und bundesweit als „rechtsextremistischer
14 Verdachtsfall“ eingestuft. Unsere Haltung ist klar: Verfassungsfeindliche Parteien
15 dürfen keinen Cent aus staatlichen Mitteln erhalten. Deshalb fordern wir die
16 sofortige Einleitung eines Ausschlussverfahrens der AfD von der staatlichen
17 Parteienfinanzierung und anderen steuerlichen Begünstigungen.

18 **Bundesweites Verbot der JA**

19 Die JA wird vom Bundesverfassungsschutz in einigen Bundesländern als „gesichert
20 rechtsextremistisch“ und bundesweit als „rechtsextremistischer Verdachtsfall“
21 eingestuft. Als Verein unterliegt die JA dem Vereinsrecht und ist damit leichter zu
22 verbieten als die AfD. Der demokratische Rechtsstaat muss sich jetzt wehrhaft zeigen.
23 Deshalb fordern wir die Bundesinnenministerin auf, ein Verbotsverfahren gegen die
24 Junge Alternative auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene einzuleiten.

25 **Keine Subvention für verfassungsfeindliche Jugendverbände!**

26 Wir fordern ein bundesweites Verbot der Förderung von Jugendvereinen und -verbänden,
27 die verfassungsfeindlich sind. Es dürfen nur Jugendvereine und -verbände gefördert
28 werden, die sich in ihrer Programmatik und praktischen Arbeit bedingungslos zur
29 freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennen.

30 **Einreise von Rechtsextremist*innen verbieten**

31 Das Treffen von Rechtsextremist*innen und Geldgeber*innen in Potsdam hat gezeigt,
32 dass die rechte Szene auch international vernetzt ist. Die Zerschlagung dieser
33 Netzwerke ist Aufgabe des Rechtsstaates. Wir fordern daher ein Einreiseverbot für
34 ausländische Staatsbürger*innen, die gesichert rechtsextremistisch sind. Ein
35 angemessener Rechtsschutz für Betroffene ist sicherzustellen.

36 **Jugenddemokratiebildung weiter stärken**

37 Antifaschismus muss gelebt und gelehrt werden! Deshalb fordern wir einen

38 verpflichtenden Politik-Unterricht ab der 5. Klasse und eine fächerübergreifende
39 Beschäftigung mit Demokratie. Zum Beispiel durch verpflichtende Landtagsbesuche und
40 eine Demokratieeinheit in der Schule. Darüber hinaus fordern wir Fachstellen für
41 Jugenddemokratiebildung analog zum Stormarner Modell auf Stadt- und Amtsebene. Die
42 Fachstellen sollen zudem langfristig institutionell gefördert werden.

43 **Erinnerungskultur wachhalten**

44 Die Erinnerungskultur muss ein zentraler Bestandteil der schulischen Bildung bleiben.
45 Ein wichtiger Teil der Erinnerungskultur ist der Besuch eines Konzentrationslagers.
46 Wir fordern deshalb, den Besuch eines Konzentrationslagers für alle Schüler*innen
47 verpflichtend zu machen. Die Kosten hierfür sind dabei von der jeweiligen
48 Landesregierung und nicht von den Schüler*innen zu tragen. Dieser Besuch ist im
49 Unterricht umfangreich vor- und nachzubereiten.

Antrag K05: Wir geben den Osten nicht auf - trotz alledem!

Antragsteller*in:	Jusos Berlin, Jusos Brandenburg, Jusos Sachsen, Jusos Mecklenburg-Vorpommern, Jusos Thüringen, Jusos Sachsen-Anhalt
Sachgebiet:	K - Kampf gegen Rechts

Die Versammlung möge beschließen:

1 Die Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg haben im Jahr 2024 einen
2 besorgniserregenden Wendepunkt für die Demokratie in Ostdeutschland markiert. Eine
3 rechtsextreme Partei konnte in allen drei Bundesländern etwa 30 Prozent der Stimmen
4 auf sich vereinen, was in Thüringen und Brandenburg sogar zu einer Sperrminorität
5 führte. Diese politischen Kräfte können dadurch demokratische Entscheidungsprozesse
6 blockieren und die parlamentarische Arbeit nachhaltig erschweren. In Thüringen konnte
7 die AfD sogar die meisten Stimmen auf sich vereinen, während in Sachsen und
8 Brandenburg die SPD und die CDU nur knapp ihre Positionen verteidigen konnten. Diese
9 Entwicklungen offenbaren eine tiefe Krise der demokratischen Kultur und stellen eine
10 ernsthafte Herausforderung für die politischen Kräfte im Osten und der gesamten
11 Republik dar.

12 Die politische Ausgangslage für die jeweiligen Landesregierungen ist alles andere als
13 stabil. Demokratische Mehrheiten in Land und Kommunen sind brüchig geworden und oft
14 von Parteien, wie dem autoritären und russlandfreundlichen BSW abhängig. Diese Partei
15 vertritt eine Politik, die stark von Misstrauen gegenüber westlichen Institutionen
16 und einer klaren Russland-Nähe geprägt ist. Klassische parteipolitische Bündnisse,
17 die auf einer gemeinsamen politischen Vision beruhen, sind kaum noch zu finden.
18 Stattdessen dominiert ein strategischer Pragmatismus, der oft zu Lasten langfristiger
19 Lösungen für die sozialen und wirtschaftlichen Probleme der Menschen vor Ort geht.
20 Hinzu kommt, dass die AfD, als treibende Kraft der extremen Rechten, weiterhin auf
21 die Verächtlichmachung demokratischer Institutionen setzt. Ein Beispiel hierfür ist
22 die konstituierende Sitzung des Thüringer Landtags, die von einem AfD-
23 Alterspräsidenten unterbrochen und gestört wurde. Diese Aktion führte zu einer
24 Verfassungskrise und machte deutlich, wie sehr die extreme Rechte darauf abzielt, die
25 Funktionsfähigkeit demokratischer Prozesse zu sabotieren. Dieses Verhalten zeigt, was
26 den Landtagen in den kommenden fünf Jahren drohen könnte: Blockaden, Destabilisierung
27 und die bewusste Beschädigung der demokratischen Kultur.

28 **Gesellschaftliche Ursachen des Rechtsrucks**

29 Die Frage, warum die extreme Rechte gerade im Osten so stark an Zuspruch gewinnt,
30 lässt sich nicht allein mit der aktuellen politischen Lage erklären. Vielmehr sind
31 tief verwurzelte gesellschaftliche und historische Entwicklungen ausschlaggebend. Die
32 Hoffnungen und Erwartungen, die die Menschen in Ostdeutschland seit 1989 hegten,
33 wurden in den vergangenen Jahrzehnten immer wieder enttäuscht oder vernachlässigt.
34 Dies führte zu einem Gefühl der Marginalisierung und zu einem wachsenden Misstrauen
35 gegenüber dem politischen System.

36 Gerade in den 1990er Jahren erlebte Ostdeutschland eine beispiellose
37 Deindustrialisierung, die bis heute spürbare Auswirkungen auf die Wirtschaft und das
38 gesellschaftliche Gefüge hat. Viele Menschen verloren damals ihre Arbeit, und es

39 entstanden strukturschwache Regionen, die bis heute unter wirtschaftlichen Problemen
40 leiden. Die demografische Entwicklung verstärkte diese Probleme: Der Osten ist im
41 Durchschnitt „ärmer und älter“ als der Westen. Viele junge, gut ausgebildete Menschen
42 haben die Region verlassen, was den Mangel an Perspektiven und wirtschaftlicher
43 Dynamik noch weiter verschärft.

44 Diese strukturellen Probleme wurden von rechten Kräften geschickt instrumentalisiert.
45 Sie nutzten die Enttäuschung und das Gefühl der Ungerechtigkeit, um Ängste zu schüren
46 und das Narrativ der „verlorenen Heimat“ zu verbreiten. Migration, Fluchtbewegungen
47 und Zuwanderung allgemein werden und wurden von der Rechten als Hauptursache für die
48 sozialen und wirtschaftlichen Probleme dargestellt, obwohl diese narrative Verkürzung
49 nichts mit den tatsächlichen Ursachen zu tun hat. Vielmehr lenkt diese Argumentation
50 von den echten Problemen ab: der Ungleichheit in Löhnen, der fehlenden Repräsentation
51 und den mangelnden Zukunftsperspektiven für viele Menschen im Osten. Schlimmer noch:
52 Die Reduzierung aller Fragen auf Migration verhindert Perspektiven für den Osten, der
53 wie kaum ein anderer Landesteil auf Zuwanderung angewiesen ist.

54 **Perspektiven junger Menschen – „Im Osten nichts Neues?“**

55 Ein neuerer Aspekt der Landtagswahlen ist die mediale Darstellung, dass insbesondere
56 junge Menschen die AfD bevorzugt wählen würden. Diese vereinfachte Darstellung ist
57 falsch sowie gefährlich. Die AfD konnte bei Wähler*innen unter 30 nicht stärker
58 abschneiden als bei anderen Gruppen von Wähler*innen zwischen 30 und 60. Das
59 Gesamtergebnis der AfD ist hier lediglich bestätigt worden. Am stärksten schnitt die
60 AfD bei Arbeiter*innen, Männern zwischen 40 und 50 sowie bei Menschen, die in
61 Regionen leben, in denen die Abwanderung am stärksten ist, ab. Das Narrativ, die
62 „Jugend wählt rechts“ verkürzt diesen Umstand und ermöglicht der AfD vielmehr ein
63 eigenes Narrativ zu stärken.

64 Das zentrale demokratische Problem bei der Betrachtung des Wahlverhaltens junger
65 Menschen ist vielmehr, dass es keine der etablierten demokratischen Parteien schafft,
66 junge Menschen über längere Zeit an sich zu binden. Das Problem ist damit die
67 Schwäche demokratischer Parteien bei jungen Menschen unter 30. Diese jungen Menschen,
68 insbesondere Nichtwähler*innen für sich zu gewinnen, muss der Anspruch der Jusos und
69 der SPD sein und wird die zentrale Herausforderung im Kampf um die Demokratie im
70 Osten. Dafür braucht es eine ausführliche Analyse der speziellen Lage junger Menschen
71 im Osten und politische Antworten.

72 Junge Menschen in Ostdeutschland stehen im Jahr 2024 vor vielfältigen
73 Herausforderungen. Viele junge Menschen erleben eine Gesellschaft, die von
74 wirtschaftlichen Unsicherheiten, politischer Polarisierung und demografischen
75 Veränderungen geprägt ist. Während die Metropolregionen im Westen von Deutschland
76 wirtschaftlich und kulturell aufblühen, sieht sich die Jugend in weiten Teilen
77 Ostdeutschlands mit stagnierenden Perspektiven und einer tiefen Enttäuschung über
78 fehlende Chancen konfrontiert. Doch trotz dieser Herausforderungen zeichnet sich auch
79 ein zunehmendes Engagement junger Menschen ab, die sich gegen die negative
80 Entwicklung stemmen und nach neuen Wegen suchen, ihre Zukunft in einer sich
81 wandelnden Welt zu gestalten.

82 Ein grundlegendes Problem für viele junge Menschen im Osten ist die ungleiche
83 wirtschaftliche Entwicklung im Vergleich zum Westen. Trotz mehr als 30 Jahren
84 vermeintlicher „Wiedervereinigung“ bleibt ein tiefes Wohlstandsgefälle bestehen. Die

85 Löhne in Ostdeutschland sind oft niedriger als im Westen und viele Regionen leiden
86 unter einer schwachen industriellen Basis. Besonders in den ländlichen Gebieten gibt
87 es wenig wirtschaftliche Dynamik, was dazu führt, dass viele Jugendliche nach der
88 Schule abwandern, um im Westen oder in den Großstädten bessere Bildungs- und
89 Berufschancen zu finden.

90 Ein zentrales Problem Ostdeutschlands ist daher vor allem die Abwanderung junger
91 Menschen. Diese "Abwanderung der Jugend" hat dramatische Auswirkungen auf die
92 Zukunftsfähigkeit der Region. Besonders gut ausgebildete junge Menschen verlassen
93 häufig ihre Heimat, um in den westlichen Bundesländern oder im Ausland bessere
94 berufliche Perspektiven zu finden. Die Folge ist ein Teufelskreis: Je mehr junge, gut
95 ausgebildete Menschen abwandern, desto geringer sind die Chancen, dass sich die
96 wirtschaftliche Lage im Osten verbessert, was wiederum die Abwanderung verstärkt.

97 Das hat Einfluss auf die demografische Entwicklung: Die Bevölkerung im Osten ist im
98 Schnitt deutlich älter als die Westen. Das bedeutet, dass junge Menschen in einer
99 alternden Gesellschaft aufwachsen, in der ihre Anliegen und Perspektiven nicht
100 ausreichend berücksichtigt werden. Die Prioritäten der Politik scheinen eher darauf
101 ausgerichtet zu sein, die Bedürfnisse der älteren Generationen zu befriedigen,
102 während die Zukunftsfragen der Jugend – sei es in Bezug auf Bildung, Digitalisierung
103 oder ökologische Transformation – oft zu kurz kommen.

104 Dies führt zu einer starken Frustration bei vielen jungen Menschen. Die Hoffnung auf
105 eine bessere Zukunft, die mit der "Wiedervereinigung" verbunden war, hat sich für
106 viele nicht erfüllt. Die wirtschaftlichen Verwerfungen der Nachwendzeit, die
107 Deindustrialisierung und die damit einhergehende soziale Unsicherheit haben tiefe
108 Spuren hinterlassen. Insbesondere junge Menschen fühlen sich abgehängt und haben das
109 Vertrauen in die Politik verloren.

110 Die Abwanderung führt auch zu einer kulturellen Erosion in vielen Regionen.
111 Jugendzentren und andere Treffpunkte werden geschlossen, weil es einfach nicht genug
112 junge Menschen gibt, um sie aufrechtzuerhalten. Ganze Dörfer vergreisen und in
113 manchen ländlichen Gebieten ist die Jugend fast unsichtbar. Dieses Bild verstärkt das
114 Gefühl der Verlassenheit und Perspektivlosigkeit, was rechtspopulistische und
115 extremistische Parteien nutzen.

116 Trotz der schwierigen Ausgangslage ist die Jugend im Osten nicht apathisch oder
117 resigniert. Im Gegenteil, viele junge Menschen engagieren sich politisch und
118 gesellschaftlich.

119 Die verschiedenen Initiativen richten sich dabei nicht nur gegen die Umweltpolitik,
120 sondern auch gegen die soziale Ungerechtigkeit, die Perspektivlosigkeit in den
121 ländlichen Regionen und auch gegen den Aufstieg des Rechtsextremismus. Besonders in
122 Zeiten der zunehmenden Radikalisierung und des Aufstiegs rechter Bewegungen wird
123 dieses Engagement umso wichtiger, um ein Gegengewicht zu den destruktiven Kräften zu
124 schaffen, die die Demokratie bedrohen.

125 Das zentrale Problem ist hierbei, dass dies eben nicht unbedingt auf klassische
126 Parteistrukturen passiert. Seit Jahren ist zu beobachten, dass Engagement in
127 flexiblen und themenorientierten Bewegungen und Initiativen bevorzugt wird. Gerade
128 hier muss unser Anspruch, die Sozialdemokratie als Bewegung, jenseits von
129 Parteistrukturen, stärker greifen als bisher. Dass das Engagement junger Menschen

130 nicht gebündelt wird, ist auch ein Versagen der Sozialdemokratie.

131 Die Jugend in Ostdeutschland steht vor gewaltigen Herausforderungen, aber auch vor
132 großen Chancen. Während die wirtschaftliche und soziale Lage oft schwierig ist und
133 viele junge Menschen zur Abwanderung gezwungen werden, gibt es auch Zeichen für
134 Hoffnung und Veränderung. Junge Menschen, die sich politisch und gesellschaftlich
135 engagieren, könnten eine treibende Kraft für den Wandel im Osten sein.

136 Es liegt an uns, diese Energie aufzugreifen und junge Menschen zu unterstützen. Wenn
137 es uns gelingt, junge Menschen im Osten in die Gestaltung ihrer Zukunft einzubinden
138 und ihr echte Perspektiven zu bieten, könnte dies den Grundstein für eine positive
139 Entwicklung Ostdeutschlands legen. Denn nur durch die Beteiligung und das Engagement
140 der jungen Generation kann der Osten eine lebendige, zukunftsorientierte und
141 demokratische Region bleiben.

142 **Es gibt kein ruhiges Hinterland - "Reclaim ländlicher Raum"**

143 Nur wenige Menschen im Osten wohnen in den großen Städten. Der weitaus überwiegende
144 Teil der Bevölkerung lebt im ländlichen Raum, weshalb die ostdeutschen Bundesländer
145 auch oft als Flächenländer beschrieben werden. Berlin als ehemals geteilte Stadt,
146 Stadtstaat und Bundeshauptstadt nimmt hier innerhalb der ostdeutschen Bundesländer
147 eine Sonderrolle ein. In den ländlichen Regionen hat sich zwar in den letzten
148 Jahrzehnten vieles bewegt, aber dennoch werden die Menschen vor Ort zunehmend
149 abgehängt im Vergleich zu denen, die in den Städten leben.

150 Infrastrukturelle Herausforderungen sind nahezu überall an der Tagesordnung. Die
151 Anbindung der einzelnen Dörfer, sowie die Anbindung an große Städte ist vielerorts
152 unzureichend. Mancherorts ist ein Leben ohne Auto so gut wie ausgeschlossen. In
153 vielerlei Hinsicht ist die Grundversorgung prekär. Seien es Läden für den täglichen
154 Bedarf, die schließen oder Praxen, denen es an Personal fehlt, weil Nachwuchs an
155 medizinischem Fachpersonal schwer für den ländlichen Raum zu gewinnen ist. Auch
156 kulturelle Angebote, gerade für junge Menschen, sind rar gesät und viele finden nur
157 schwer gute Arbeitsplätze im ländlichen Raum.

158 All diese Aspekte machen das Leben auf dem Land zunehmend unattraktiv und viele
159 ziehen es in die Städte. Und die Menschen, die bleiben, fühlen sich mehr und mehr
160 abgehängt, sind frustriert. Und das macht sich auch bei den Wahlergebnissen
161 bemerkbar. Eine bereits beschriebene Lehre aus den drei ostdeutschen Landtagswahlen
162 ist der Erdrutschsieg der AfD gerade in den ländlichen Regionen.

163 Während die demokratischen Parteien in den großen Ballungszentren wie Potsdam,
164 Erfurt, Leipzig oder Dresden noch Direktmandate gewinnen und auch mit guten
165 Zweitstimmenergebnissen punkten konnten, zeichnet sich vielerorts in der Fläche ein
166 anderes Bild ab. In Thüringen hat die AfD 29 der 44 Wahlkreise direkt gewonnen, in
167 Sachsen 28 von 60 und in Brandenburg 25 von 44. Nahezu alle ländlich geprägten
168 Wahlkreise konnte die AfD für sich entscheiden. Dies ist deutlich auf die Schwäche
169 der demokratischen Parteien in diesen Regionen zurückzuführen.

170 Aber die schlechte Stimmung zeigt sich nicht nur in den starken Zustimmungswerten für
171 die rechtsextreme AfD bei den Landtagswahlen oder zuvor bei den Kommunal- und
172 Europawahlen, sondern ist vielmehr mittlerweile tief in den gesellschaftlichen
173 Strukturen vor Ort angekommen. Nazis übernehmen Jugendclubs, für die eine ordentliche
174 Finanzierung durch die Kommunen ausgeblieben ist. Rechte Sportvereine sind vielerorts

175 mittlerweile etabliert und auch in den Gaststätten und Kneipen zeichnet sich ein
176 solches Bild des gesellschaftlichen Rechtsruck ab.

177 Die AfD und andere reaktionäre, rechte Gruppen haben sich ein Machtvakuum aufgebaut
178 in den ländlichen Räumen dieses Landes, das auf der Unzufriedenheit der Menschen
179 fußt. Sie werden bei den Dorffesten genauso gern gesehen wie auf den Wochenmärkten,
180 weil sie sich vermeintlich der Probleme der Menschen annehmen. Für uns ist klar: Es
181 gibt kein ruhiges Hinterland - Es gilt, den ländlichen Raum zurückzuerobern!

182 Die Sozialdemokratie als linke Bewegung muss wieder stärker spürbar werden. Das heißt
183 für uns konkret:

184 • Wir wollen gemeinsam mit der linken Zivilgesellschaft im ländlichen Raum sichtbar
185 sein und diese entscheidend mitprägen.

186 • Wir wollen Jugendtreffs und Kulturzentren reaktivieren und linke Projekte vor Ort
187 etablieren.

188 • Wir wollen Bildungsarbeit bewusst aus den Städten in den ländlichen Raum
189 verlagern.

190 • Wir wollen junge und linke Menschen über themenbezogene Projekte an die
191 Sozialdemokratie binden.

192 **Unsere Antwort: Umverteilung – Jetzt erst recht!**

193 Ein weiterer zentraler Punkt für unsere politische Antwort muss es sein, die Debatten
194 im Land wieder stärker zu prägen. Wir dürfen den Rechten nicht das Feld überlassen
195 und uns nicht in defensive Positionen drängen lassen. Die Debatten der Rechten zu
196 führen, heißt ihnen eine hegemoniale und den Diskurs bestimmende Stellung
197 einzuräumen. Wer sich auf das Debattenfeld der Rechten bewegt, befindet sich in einem
198 unmenschlichen Überbietungswettbewerb, der am Ende nur der extremen Rechten nutzt.

199 Stattdessen müssen wir die politische Debatte offensiv gestalten und den Fokus auf
200 die zentralen sozialen Fragen unserer Zeit legen: die gerechte Verteilung von
201 Reichtum, die Bekämpfung von Armut, die Sicherstellung guter Arbeitsbedingungen und
202 bezahlbaren Wohnraums, sowie den gerechten Zugang zu Bildung und
203 Gesundheitsversorgung. Die Ungleichheit in unserer Gesellschaft hat ein Ausmaß
204 erreicht, das nicht nur die sozialen Strukturen bedroht, sondern auch die
205 demokratische Stabilität. Um dies zu korrigieren, brauchen wir eine mutige
206 Umverteilungsagenda.

207 Dafür braucht es:

208 **1. Abschaffung der Schuldenbremse:** Um die notwendigen Investitionen für die
209 Infrastruktur und den Strukturwandel zu beschaffen, brauchen wir finanzpolitischen
210 Spielraum, der neue demokratische Handlungsspielräume ermöglicht. Die Frage der
211 Verschuldung muss aus dem Grundgesetz und den Landesverfassungen und rein in die
212 Parlamente!

213 **2. Umverteilung von oben nach unten, von West nach Ost:** Die Reichen werden immer
214 reicher, während ein wachsender Teil der Bevölkerung unter prekären Bedingungen lebt.
215 Wir fordern eine konsequente Vermögenssteuer und höhere Erbschaftssteuern, um die
216 extreme Konzentration von Reichtum in den Händen weniger zu brechen. Eine
217 grundlegende Reform des Steuersystems und insbesondere eine gerechte
218 Erbschaftsbesteuerung mit Umverteilungseffekten, wie über das Grunderbe, ist dafür

219 unerlässlich. Umverteilung unter diesem Aspekt bedeutet auch immer Umverteilung von
220 West nach Ost. Hierbei muss auch die Verteilung gesellschaftlicher Macht in Medien,
221 Justiz und Wirtschaft eine Rolle spielen, die sich in der mangelnden Repräsentation
222 Ostdeutscher und marginalisierter Gruppen zeigt.

223 **3. Stärkung der sozialen Demokratie:** In Zeiten von Inflation, Wohnungsnot und
224 unsicheren Arbeitsverhältnissen müssen wir den Sozialstaat ausbauen und nicht
225 abbauen. Es braucht massive Investitionen in sozialen Wohnungsbau, Bildung und
226 Gesundheitsversorgung, um allen Menschen ein würdevolles Leben zu ermöglichen.

227 **4. Sichere Arbeitsbedingungen und gute Löhne:** Die Ausweitung von prekären
228 Beschäftigungsverhältnissen, Leiharbeit und Minijobs muss gestoppt werden. Wir sind
229 solidarisch mit den Gewerkschaften bei ihrem Kampf um eine Stärkung der Tarifbindung.
230 Um auch in den Bereichen, in denen es keine Tarifabdeckung gibt Lohnerhöhungen zu
231 ermöglichen, bekräftigen wir unsere Forderung den Mindestlohn auf 15€ zu erhöhen.

232 **Umverteilung ist die Antwort – die SPD muss die Kraft dafür sein.**

233 Es ist Zeit, den rechten Kräften entschlossen entgegenzutreten und den Diskurs wieder
234 auf die drängenden sozialen Fragen zu lenken. Statt uns auf die Verteidigung gegen
235 rechte Angriffe zu beschränken, müssen wir die gesellschaftliche Debatte prägen und
236 den Raum für progressive Lösungen erweitern.

237 Mit einer klaren Umverteilungsgagenda setzen wir ein Zeichen gegen den Rechtsruck und
238 für eine gerechte, solidarische Gesellschaft. Die Zukunft gehört nicht denen, die
239 spalten und Ängste schüren, sondern denen, die Lösungen für alle bieten. Umverteilung
240 ist die Antwort - Die SPD muss die Kraft dafür sein!

241 **Repräsentationslücke Ostdeutscher schließen**

242 Die materielle Unterrepräsentation Ostdeutscher bei der Vermögensbildung hat
243 Auswirkungen auf verschiedene weitere Lebensbereiche. Insbesondere führt sie aber zu
244 einer massiven Unterrepräsentanz in gesellschaftlichen Eliten durch den verminderten
245 Zugang zu kulturellem, sozialem und symbolischem Kapital. Nicht nur in
246 gesamtdeutschen Eliten sind Ostdeutsche unterrepräsentiert, sondern auch innerhalb
247 der Eliten in Ostdeutschland machen sie nur einen Bruchteil aus.

248 Eine deutliche Verbesserung der Repräsentanz ist hierbei nicht absehbar, so beträgt
249 der Anteil von Ostdeutschen in Elitepositionen weiterhin nur 26 % im Vergleich zur
250 letzten Erhebung von 2016 ist hier ein Anstieg von 3% zu vermerken. Der Anteil der
251 Ostdeutschen in Eliten auf dem Gebiet der neuen Bundesländer bemisst im Bereich der
252 Politischen Elite lediglich 52%, im Bereich der Wirtschaftselite 20 %, im Bereich der
253 massenmedialen Elite 20 %, im Bereich der wissenschaftlichen Elite 17 % und im
254 Bereich der judikativen Elite bedauerliche 4,5 %. Hierbei bleibt zu vermerken, dass
255 es in einigen dieser Kategorien sogar Rückgänge bei der Repräsentanz zum
256 Erhebungszeitraum 2015/2016 zu verzeichnen gibt.

257 Dies führt nicht nur dazu, dass sich nach Zahlen des Deutschen Zentrums für
258 Integrations- und Migrationsforschung 64 % der Ostdeutschen unterrepräsentiert
259 fühlten und hiervon 64,9 % angaben, dass sie sich deswegen als Bürger*innen zweiter
260 Klasse fühlten, sondern auch dazu, dass im Rahmen politischer Entscheidungsprozesse
261 der jüngeren Vergangenheit die Erfüllung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben und die
262 damit einhergehenden Kosten auf Ostdeutschland abgewälzt wurden.

263 Die vorangegangene Analyse zur materiellen und gesellschaftlichen Unterrepräsentation
264 Ostdeutscher führt uns zu dem Schluss, sich auf verschiedenen Ebenen für eine
265 dezidierte Ostquote einzusetzen. So beispielsweise in Bundesverwaltungen sowie
266 wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gremien in den Ost-Bundesländern. Als
267 „ostdeutsch“ gelten dabei in unserem Verständnis Personen, die in den ostdeutschen
268 Bundesländern sozialisiert wurden.

269 **Politische Kultur im Osten**

270 Zusätzlich zu den sozioökonomischen Faktoren müssen wir an der demokratischen Kultur
271 arbeiten. Der Osten kann nicht auf tiefe gesellschaftliche Verwurzelung politischer
272 Institutionen zählen. Mitwirkung am gesellschaftlichen Leben über Vereine und die
273 Beteiligung an der politischen Meinungsbildung über die Teilnahme an Wahlen hinaus
274 sind nicht stark ausgeprägt. An die Stelle ehrenamtlichen Engagements in Parteien
275 wird ein eher basisdemokratisches Politikverständnis gesetzt, welches das Vertrauen
276 in parlamentarische Abläufe einschränkt.

277 Aber Demokratie braucht Demokrat*innen!

278 Echte demokratische Kultur kann sich nur nachhaltig entwickeln, wenn Menschen auch
279 aktiv Verantwortung wahrnehmen und sich an politischen und gesellschaftlichen
280 Prozessen beteiligen. Deshalb müssen wir die Bedingungen für ehrenamtliches
281 Engagement und genossenschaftlichen Einsatz verbessern. Orte des Zusammentreffens und
282 des Austausches von Menschen verschiedener gesellschaftlicher Hintergründe müssen
283 stärker gefördert werden, sei es der Jugendclub, Sportverein oder das Wohnprojekt.

284 Darüber hinaus kann auch die Ergänzung der bisherigen politischen Abstimmungs- und
285 Beteiligungsformate durch deliberative Aspekte förderlich auf die Akzeptanz und die
286 Legitimation von Entscheidungen wirken. Gleiches gilt für eine Steigerung der
287 Transparenz staatlichen Handelns und der Offenheit für die direkte Beteiligung, etwa
288 in Form von Bürger*innenhaushalten.

289 **Demokratische Selbstwirksamkeit entfachen**

290 Um die sozioökonomischen Bedingungen im Osten nachhaltig zu verbessern, brauchen wir
291 eine gezielte Reindustrialisierung, die auf Digitalisierung und Dekarbonisierung
292 setzt. Die Transformation von einer Niedriglohnregion hin zu einer innovativen und
293 tarifgebundenen Wirtschaftsregion erfordert gezielte Förderprogramme und
294 Investitionen in Forschung und Entwicklung.

295 Die ersten Ansätze einer solchen Revitalisierung über die letzten Jahre sind durchaus
296 erkennbar. Tesla in Brandenburg, Chipfabriken bei Dresden. Der Osten ist attraktiv
297 für die Ansiedlung von Zukunftsindustrie. Aber genau dort, wo industrielle
298 Kapazitäten entstehen, entsteht oft auch Widerstand der Bevölkerung vor Ort.
299 Ökologische Auswirkungen der Projekte, fehlende Beteiligung und mangelnder Benefit
300 stellen hierbei ein zentrales Problem dar. In einer bevormundenden Art und Weise von
301 einem „Gefühl“ der mangelnden Beteiligung zu sprechen ist hierbei absolut
302 unzureichend. Es müssen die strukturellen Defizite bei der Umsetzung von
303 Infrastrukturvorhaben in den Blick genommen werden. Die materielle sowie die
304 demokratische Beteiligung.

305 Die materielle Beteiligung ist dabei maximal ungenügend. Häufig werden Standorte im
306 Osten ausgewählt, um hierdurch möglichst niedrige Lohnkosten Profite zu maximieren.
307 Des Weiteren befinden sich die Firmensitze und damit so wichtigen Steuereinnahmen oft

308 im Westen oder im Ausland, wodurch in den Gemeinden vor Ort, die die verschiedenen
309 Belastungen hinnehmen müssen, Gewinne nur unzureichend ankommen.

310 Ein besonders negatives Beispiel stellt hierbei der Ausbau der Windkraft dar. Der
311 absolut notwendige Ausbau geht häufig mit mangelnder Beteiligung durch sogenannte
312 "Regionalbeiräte" einher. Viel zu selten mit materiellen Vorteilen für diejenigen,
313 die diese Infrastruktur aushalten. Im Gegenteil: Durch die Netzentgelte gibt es in
314 den Regionen, in denen Windräder stehen, die höchsten Stromkosten. Was die Akzeptanz
315 der Energiewende schwer belastet. Statt hoher Netzentgelte braucht es lokale
316 Energiegenossenschaften, die die Strompreise senken und materielle Beteiligung
317 ermöglichen.

318 Die Planung und Genehmigung, insbesondere von Großprojekten, muss zudem transparent
319 und im Einklang mit den demokratischen Beteiligungsprozessen der Zivilgesellschaft
320 erfolgen. Das aktuelle Vorgehen lässt jedoch das Gegenteil erkennen.
321 Bürger*innenbeteiligungen, Umweltverträglichkeitsprüfungen und umfassende Debatten
322 über Alternativen werden zugunsten einer schnellen Umsetzung vernachlässigt.

323 Wir kritisieren diese Vorgehensweise und erwarten, dass auch mit geringerer
324 Bearbeitungszeit von Großprojekten, demokratische Prozesse und notwendige
325 Umweltverträglichkeitsprüfungen nicht ausgehöhlt werden dürfen.

326 Ein mögliches Mittel kann hierbei die Installation von sogenannten Bürger*innenräten
327 sein, die eine demokratische Beteiligung auch bei schnellen Verfahren ermöglicht.
328 Bürger*innenräte bestehen aus zufällig ausgewählten Bürger*innen, die verschiedene
329 gesellschaftliche Perspektiven einbringen und gemeinsam Lösungen für komplexe und
330 kontroverse Fragen erarbeiten. Diese Räte bieten einen strukturierten Rahmen für den
331 Dialog und liefern breit abgestimmte Empfehlungen, die die Interessen der betroffenen
332 Bevölkerung widerspiegeln.

333 Die Kombination von Bürger*innenräten und Regionalbeiräten gewährleistet sowohl
334 kurzfristige als auch langfristige demokratische Teilhabe. Bürger*innenräte fördern
335 den direkten Austausch und die Mitgestaltung der Bürger*innen bei konkreten
336 Entscheidungen, während Regionalbeiräte die regionale Perspektive über einen längeren
337 Zeitraum einbringen und für Kontinuität in den Beteiligungsprozessen sorgen.
338 Gemeinsam stärken sie die Transparenz, die Akzeptanz und die Qualität der
339 Entscheidungen, indem sie sicherstellen, dass Großprojekte nicht über die Köpfe der
340 Betroffenen hinweg, sondern in ihrem Interesse umgesetzt werden. Mögliche
341 Musterbeteiligungsformate werden aktuell erprobt. Diese wollen wir intensiv verfolgen
342 und als Möglichkeit zur Schließung von Lücken in der Beteiligung in Betracht ziehen.
343 Insbesondere um der fehlenden demokratischen Selbstwirksamkeit vor Ort konkrete
344 Beteiligungsmöglichkeiten entgegenzustellen.

345 **Wir geben den Osten nicht auf - trotz alledem!**

346 Der bundesdeutsche Blick, der die vergangenen Monate auf Thüringen, Sachsen und
347 Brandenburg gerichtet war, hat manche der zuvor angerissenen Aspekte aufgegriffen.
348 Der Blick darf nach diesen Wahlen und ihren Ergebnissen nicht gleichgültig
349 verschwinden. Die Entwicklungen im Osten drohen, hier nicht Halt zu machen, sondern
350 wortwörtlich zu einer Blaupause für Westdeutschland zu werden. Deshalb müssen wir
351 gemeinsam, trotz unterschiedlicher Erfahrungen und manch verschiedener
352 Herausforderungen, solidarisch Seite an Seite streiten.

353 Als Jusos steht für uns fest: Wir werden keinen Ort, keine Region und schon gar kein
354 Bundesland jemals den Rechten überlassen. Die Angriffe von rechts auf unsere offene
355 Gesellschaft und die demokratischen Institutionen werden wir zurückweisen. Ein Verbot
356 der AfD kümmert sich dabei nur um die Symptome des gesamtgesellschaftlichen
357 Rechtsrucks, menschenfeindliche Ansichten verschwinden nicht von allein. Wir fordern
358 die SPD auf, sich endlich stärker mit den spezifischen Herausforderungen
359 Ostdeutschlands auseinanderzusetzen.

360 Das bedeutet für uns: Es muss endlich im Regierungshandeln der Ampel deutlich werden,
361 dass die SPD die letzte Bundestagswahl vor allem im Osten gewonnen hat - denn davon
362 spüren wir bisher wenig. Wenn die Sozialdemokratie nicht glaubhaft für Umverteilung,
363 Zukunftsperspektiven und das demokratische Gemeinwohl im Osten einsteht und dies in
364 konkrete Politik für die Menschen vor Ort gießt, verliert sie ihre
365 Daseinsberechtigung. Deshalb liegt es an uns, gemeinsam mit den progressiven Kräften
366 und zusammen mit unseren Bündnispartner:innen stärker denn je und glaubhaft für die
367 Interessen Ostdeutschlands zu kämpfen.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag M01: Kein Mensch ist illegal – Für eine jungsozialistische Asylpolitik

Antragsteller*in:	Juso-Bundesvorstand
Sachgebiet:	M - Migration, Integration, Asyl- & Geflüchtetenpolitik

Die Versammlung möge beschließen:

1 **Jedem Rückschritt, unser Widerstand!**

2 Die Asyl- und Migrationspolitik ist geprägt von restriktiven Rückschritten.
3 Rückschritte, die das individuelle Recht auf Asyl immer weiter aushebeln,
4 Menschenrechte beschneiden und Schutzsuchende und Migrant*innen durch hetzerische
5 Pauschalbeschuldigungen in die Gefahr der kontinuierlich wachsenden Gewaltspirale von
6 Rechts bringen und damit Rechte erstarken lassen. Diese Entwicklungen sind nicht nur
7 Ausdruck einer langjährigen Abschottungspolitik, die von Konservativen, Neoliberalen
8 und Rechten vorangetrieben wurde, sie ist ebenso Ausdruck des Zustands innerhalb der
9 SPD, die sich an der kollektiven Obsession, Schutzsuchende und Migrant*innen für die
10 Probleme aller systemischen Missstände verantwortlich zu machen und damit
11 rassistische Narrative und rechtsextreme Politikvorstellungen umzusetzen, beteiligt.
12 Die Kriminalisierung und Rassifizierung Schutzsuchender hat eine lange Tradition und
13 Chronologie. Beginnend mit den sogenannten „Baseballschläger-Jahren“ und dem
14 Asylkompromiss von 1992/1993, über die Einstellung der Mare Nostrum-Mission im Jahr
15 2014, bis hin zu den jüngsten Asylrechtsverschärfungen und dem sogenannten
16 „Sicherheitspaket“ im Herbst 2024 – immer wieder und mit jeder Restriktion ist die
17 Menschenwürde migrationspolitisch instrumentalisiert und relativiert worden. Die
18 sogenannten „Baseballschläger-Jahre“ in den frühen 90er Jahren markierten damals
19 schon einen Wendepunkt in der deutschen Asyl- und Migrationspolitik, mit denen der
20 Anstieg rassistisch und rechtsextrem motivierter Gewalttaten und eine verstärkte
21 gesellschaftliche Polarisierung gegenüber Schutzsuchenden und Migrant*innen
22 einherging. Trotz Widerstand aus der Gesellschaft und linker Bündnisse folgte der
23 erste Asylkompromiss 1993, der eine Grundgesetzänderung ermöglichte und eine Breite
24 von Asylverschärfungen und rechtlichen Maßnahmen, wie dem Asylbewerberleistungsgesetz
25 institutionalisierte. Auch damals wie heute, wurde die Aushöhlung des Asylrechts –
26 im populistischen Diskursstil – mit Fragen der inneren Sicherheit verknüpft und
27 legitimiert und auch von Sozialdemokraten*innen mitgetragen. Auch die darauffolgenden
28 Jahre waren – durch die Einstellung der Mare Nostrum-Mission 2014, die ehemals
29 italienische Seenotrettungsmission, und der Kriminalisierung der zivilen
30 Seenotrettung, der Einführung des Hau-Ab-Gesetzes, der Reformierung des GEAS,
31 Verschärfungen von Rückführungen durch das „Rückführungsverbesserungsgesetz“ und die
32 Bezahlkarte für Schutzsuchende – gekennzeichnet von rassistischen Scheindiskursen,
33 mit denen Leid, ein Leben unter dem Existenzminimum, Vertreibung, Entmenschlichung,
34 die Beschneidung von Teilhabe- und Menschenrechten und das Sterben auf dem Mittelmeer
35 und gefährlichen Fluchtrouten migrationspolitisch zementiert wurden.
36 Und auch das sogenannte „Sicherheitspaket“ und die populistischen und rassistischen
37 Diskurse sollen eine Zeitenwende in der deutschen Asyl- und Migrationspolitik bilden.
38 Die Maßnahmen sind keine Sicherheit, sondern hebeln rechtsstaatliche und

39 sozialstaatliche Prinzipien aus und verstoßen gegen geltendes Recht. Für uns
40 Jungsozialist*innen ist diese neu eingeschlagene Epoche antisozialdemokratischer
41 Politik nicht weiter hinnehmbar. Es braucht mehr denn je, eine jungsozialistische
42 Asyl- und Migrationspolitik, die frei von kapitalistischen Wirkungslogiken ist und
43 Menschenrechte und das individuelle Recht auf Asyl wahrt.

44 **Es gibt keine "irreguläre Migration", aber tödliche Fluchtrouten**

45 Es ist die zentrale Rechtfertigung für eine menschenfeindliche Asyl- und
46 Migrationspolitik: man müsse "irreguläre Migration" stoppen. Doch was soll das sein?
47 Es gibt keine "reguläre" und "irreguläre" Migration. Seitdem die AfD den Mythos der
48 "irregulären Migration" in einem Papier zur Flüchtlingspolitik verwendet hat,
49 sprechen zunehmend, besonders seit 2023 auch die Ampel-Parteien und Union von
50 "irregulärer Migration" und mit einem klaren Framing, dass diese "gefährlich", "eine
51 Bedrohung", "schlecht" für Deutschland sei. Es wird suggeriert, als gäbe es einen
52 anderen, "legalen", "richtigen" Fluchtweg. Den gibt es aber nicht. Asyl wird dadurch
53 beantragt, indem man in das Land kommt und sagt, ich beantrage Asyl. Und aktuell
54 werden über 70% der inhaltlich bewerteten Asylanträge als positiv bewertet. Und auch
55 die anderen 30% haben das Recht, einen Antrag auf Asyl erst einmal zu stellen, das
56 ist nichts "irreguläres" oder "illegales".

57 Das Problem ist: Dass jährlich Tausende Menschen auf ihrer Flucht sterben, Gewalt
58 erleben, Frauen sexualisierte Gewalt erleben. Aus diesem Grund muss die Gewalt und
59 das Sterben auf den Fluchtrouten nach Europa endlich enden und bekämpft werden.

60 Im Jahr 2023 zählte die International Organization for Migration (IOM) für das
61 Mittelmeer 2.756 Tote und Vermisste. Seit der Einstellung der Mare-Nostrum
62 Seenotrettungsmission 2014, starben mindestens 30.356 Menschen im Mittelmeer.

63 Immer wieder finden an den europäischen Außengrenzen und an innereuropäischen Grenzen
64 Push-Backs, gewaltsame und völkerrechtswidrige Zurückweisung von Geflüchteten statt.
65 Diese Gewalt geht sowohl von der europäischen Grenzschutzagentur Frontex aus als auch
66 von den Mitgliedstaaten. Geflüchtete berichten davon, wie sie mit Schlagstöcken
67 geschlagen, ihnen ihre Wertsachen gestohlen und persönliche Dinge von ihnen zerstört
68 werden. Es kommt sogar zu Schüssen. Frontex fährt auf dem Mittelmeer gefährliche
69 Manöver, um Boote mit Geflüchteten zum Kentern zu bringen oder schleppt sie Richtung
70 Libyen ab. Damit Geflüchtete erst gar nicht die europäischen Außengrenzen erreichen,
71 schließen die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten sogenannte
72 Migrationsabkommen ab oder arbeiten auf anderen Wegen mit Ländern zusammen, die
73 Schutzsuchenden auf ihrer Flucht nach Europa stoppen sollen. Länder wie Tunesien, die
74 Türkei oder Libyen begehen dabei zahlreiche Menschenrechtsverletzungen. In Libyen
75 werden Geflüchtete in Lager interniert, in denen ihnen Folter, Vergewaltigung,
76 Versklavung und Ermordung drohen, die libysche Küstenwache gab Schüsse auf
77 Geflüchtete ab und in Tunesien werden Geflüchtete - vor allem Schwarze Menschen - in
78 die Wüste zurückgedrängt, wo sie grausam sterben.

79 Wir fordern deswegen:

- 80 • Die Einführung einer staatlichen Seenotrettung und ein Ende der Kriminalisierung
- 81 von zivilgesellschaftlicher Seenotrettung.
- 82 • Sicherheitsgarantien für die im Mittelmeer operierenden NGOs durch die
- 83 Europäische Union und deutsche Bundesregierung. Keine humanitäre Organisation

- 84 darf dazu gezwungen werden, bewaffnetes Personal an Bord zu nehmen.
- 85 • Die Abschaffung der europäischen Grenzschutzagentur Frontex, die nachweislich
86 zahlreiche Menschenrechtsverletzungen begeht und gegenüber ihrem Auftraggeber EU
87 immer wieder durch Intransparenz und andere Skandale auffällt.
- 88 • Dass Push-Backs illegal bleiben und konsequent verfolgt und sanktioniert
89 werden.
- 90 • Keine Migrationsabkommen oder andere Arten der Zusammenarbeit, um Schutzsuchende
91 von europäischen Grenzen fernzuhalten, besonders dann nicht, wenn diese Länder
92 dokumentierte Menschenrechtsverletzungen an Geflüchteten begehen.
- 93 • Die Aufbauhilfe für die libysche Küstenwache so lange auszusetzen, bis die
94 libysche Küstenwache ihre Übergriffe auf NGOs glaubhaft unterlässt und die
95 einseitig erklärte „Search- and-Rescue-Zone“ aufgibt und das libysche
96 Sicherheitsregime nachweislich genannte Menschenrechtsverletzungen unterlässt.
- 97 • Die Einrichtung eines unabhängigen Monitoring Mechanismus mithilfe von
98 Menschenrechtsorganisationen vor Ort, der es Geflüchteten ermöglicht, illegale
99 Push-Backs zu melden und der garantiert, dass diejenigen, die diese ausführen,
100 ob Mitgliedsstaaten der EU und/oder Frontex Beamte*innen sich für diese
101 Menschenrechtsverletzungen vor Gericht verantworten müssen.

102 Die Gewalt und das Sterben muss enden - es braucht deshalb endlich sichere
103 Fluchtrouten! Auch wenn wir die Gewalt auf den Fluchtrouten nach Europa beenden, sind
104 diese trotzdem noch gefährlich. Es braucht deswegen andere Möglichkeiten, für
105 Schutzsuchende nach Europa zu kommen. Deswegen gibt es vom UNHCR Resettlement und
106 humanitäre Aufnahmeprogramme. Solche Aufnahmeprogramme sind insbesondere für
107 schutzbedürftige Geflüchtete, die weder in ihr Herkunftsland zurück können noch im
108 aktuellen Land bleiben können (meist ein Nachbarland). Resettlement-Programme
109 ermöglichen Geflüchteten eine sichere Einreise in ein Drittland. Ähnlich sollte das
110 Bundesaufnahmeprogramm der Bundesregierung für gefährdete Afghan*innen funktionieren:
111 ein humanitäres Aufnahmeprogramm, welches es gefährdeten Afghan*innen ermöglicht,
112 sicher nach Deutschland einzureisen. Eine weitere Möglichkeit ist humanitäre
113 Visafreiheit. Es darf nicht illegal sein, dass Menschen mit dem Flugzeug einreisen,
114 um hier Asyl zu beantragen und stattdessen u.a. den gefährlichen Weg übers Mittelmeer
115 nehmen und/oder auf Schlepper zurückgreifen müssen.

116 Wir fordern:

- 117 • Die Einführung einer humanitären Visafreiheit. Jeder Grenzübertritt – ob auf dem
118 Land-, See- und Luftweg – mit dem Ziel, in einem Staat einen Asylantrag zu
119 stellen, muss legalisiert sein. Diese Regelung muss die Durchreise einschließen.
- 120 • Die ersatzlose Streichung der EU-Richtlinie 2001/51/EG, wonach die
121 Fluggesellschaften haften, wenn Passagiere im Zielland wegen fehlender Papiere
122 abgewiesen werden. Das Unternehmen muss eine Strafe zahlen, den Rückflug
123 organisieren und für Unterkunft und Verpflegung bis zur Rückreise aufkommen.
124 Entsprechend werden Personen ohne Visum nicht transportiert.
- 125 • Die Ausweitung von Resettlement und humanitären Aufnahmeprogrammen, insbesondere
126 das Bundesaufnahmeprogramm Afghanistan.

127 **Niemand soll sein zu Hause verlassen müssen - Fluchtursachen bekämpfen!**

128 So viele Menschen müssen ihr zu Hause verlassen, ohne zu wissen, ob und wann sie
129 zurückkehren können, ob und wann sie ihre Familie und ihre Liebsten wieder sehen. Sie
130 machen sich auf einen Weg, von dem sie wissen, dass er tödlich enden kann. Sie machen
131 das, weil sie keine Wahl haben. Weil sie in ihrem Land Hunger, Krieg, Gewalt,
132 Verfolgung und Armut erleben.

133 Und eins ist dabei klar: Vielen Ländern geht es schlecht, weil es anderen Ländern gut
134 geht und umgekehrt. Der Wohlstand des globalen Nordens entstand und besteht weiter
135 durch die koloniale Ausbeutung des globalen Südens.

136 Durch die Klimakrise werden zunehmend Teile des globalen Südens unbewohnbar und
137 Naturkatastrophen, Dürren, Hunger und Armut sind die Folgen.

138 Es ist keine Wohlfahrt, sondern unsere Verantwortung und Wiedergutmachung,
139 Fluchtursachen zu bekämpfen.

140 Wir brauchen deswegen mehr Entwicklungszusammenarbeit und nicht weniger. Das gerade
141 dort oft gekürzt wird, ist fahrlässig und auch nicht nachhaltig. Es braucht aber auch
142 eine kritische Auseinandersetzung mit der sogenannten Entwicklungszusammenarbeit, die
143 meist paternalistisch Länder weiter in die Abhängigkeit drängt - deshalb brauchen wir
144 Augenhöhe und Wiedergutmachung.

145 Wenn es den Industrienationen (ökonomisch) nützt, arbeiten sie mit Autokraten und
146 Diktatoren zusammen, die in ihren Ländern Menschen verfolgen, unterdrücken und das
147 Land runterwirtschaften. Wir brauchen aber wertebasierte Außen- und Handelspolitik.

148 Wir fordern:

- 149 • Konsequente Bekämpfung der Klimakrise und Anerkennung der Klimakrise als
150 Fluchtgrund.
- 151 • Eine Budgeterhöhung der sogenannten Entwicklungszusammenarbeit und eine
152 antikoloniale und feministische Entwicklungszusammenarbeit.
- 153 • Entschädigungen an den globalen Süden, auch bei Schäden durch den Klimawandel
154 verursachte Naturkatastrophen.
- 155 • Keine Förderung von Autokraten und Diktatoren und eine wertebasierte Außen- und
156 Handelspolitik, wie bereits im Zeitenwende-Antrag beim Juso-Bundeskongress von
157 2022 beschlossen.

158 **Die Würde eines JEDEN Menschen ist unantastbar**

159 Wir beobachten außerdem, dass Asylverschärfungen immer mit dem Narrativ der
160 systemischen Entlastung einhergehen. Dies wurde argumentativ vor allem mit Blick auf
161 die prekäre Lage in den Kommunen genutzt oder der „Entlastung der Sozial- und
162 Gesundheitssysteme“. Arbeitnehmer*innen, Bürgergeldbezieher*innen und
163 Asylbewerber*innen sollen ständig gegeneinander ausgespielt werden. Diese faktisch
164 falsche Narrativziehung dient dem Ausweichen einer echten Problemlösungsfindung und
165 zementiert nur weiterhin den Stillstand nachhaltiger Zukunftsinvestitionen, die den
166 Sozialstaat stärken würden und Schutzsuchenden Teilhabe und ein Leben in Würde
167 garantieren würden. Unterbringung, Versorgung und Integration von Asylsuchenden sind
168 Aufgaben der Länder. Die mangelnde Unterstützung des Bundes – die sich nun durch
169 Haushaltskürzungen potenziert - führt erneut auf eingeschränkte Handlungsfähigkeit
170 und treibt Kommunen und Länder an ihre Belastungsgrenze. Diese Belastungsgrenze

171 äußert sich in den Ländern und Kommunen vor allem in der Art der Unterbringung von
172 Geflüchteten, die durch Notlösungen gekennzeichnet ist und rechtliche
173 Qualitätsstandards der Unterbringung außer Acht lassen.

174 Daher fordern wir:

- 175 • Eine kritische Auseinandersetzung mit der Verteilung Schutzsuchender anhand des
176 Königsteiner Schlüssels. Es müssen personenbezogene Bedürfnisse berücksichtig
177 und Schutzsuchende in ihrer Bewegungsfreiheit nicht eingeschränkt werden.
- 178 • Eine verstärkte Auseinandersetzung und daraus resultierender Einsatz von
179 Matching-Verfahren, die die individuellen Bedürfnisse Schutzsuchender im Rahmen
180 der Verteilung mit einbezieht, Schulungen und Sensibilisierung für
181 Mitarbeiter*innen in Aufnahmeeinrichtungen und Unterkünften, um den Schutz von
182 besonders schutzbedürftigen Gruppen zu gewährleisten und Diskriminierung zu
183 verhindern.
- 184 • Die Praktizierung der Istanbulkonvention und UN-Behindertenkonvention im Kontext
185 der Aufrechterhaltung und Forcierung rechtlicher Qualitätsstandards in der
186 Unterbringung von Schutzsuchenden.
- 187 • Keine menschenunwürdige Ankerzentren oder andere Lager: Weder in Deutschland
188 noch irgendwo anders!
- 189 • Verbindliche Mindeststandards in der Unterbringung von Geflüchteten und
190 Schutzsuchenden. Es sollten klare Standards festgelegt werden, die
191 sicherstellen, dass die Unterbringung von Geflüchteten ihren grundlegenden
192 Bedürfnissen gerecht wird, einschließlich ausreichender Privatsphäre,
193 angemessener Hygienebedingungen, Zugang zu medizinischer Versorgung,
194 gesellschaftlicher Teilhabe und psychosozialer Unterstützung sowie rechtlicher
195 Beratung.
- 196 • Die Bereitstellung von Kommunikationsmöglichkeiten zu Angehörigen durch die
197 Bereitstellung von Mobilfunkgeräten und Internet.
- 198 • Auskömmliche Finanzierung zur Sicherstellung dieser Standards durch den Bund und
199 die Länder.
- 200 • Die Klassifizierung von Integration als kommunale Pflichtaufgabe und die damit
201 einhergehende vollständige Gegenfinanzierung von integrativen Maßnahmen sowie
202 der deutlichen Erhöhung von Personalschlüsseln in der Sozialarbeit in den noch
203 bestehenden Geflüchtetenunterkünften genauso wie aufsuchender Sozialarbeit für
204 dezentral untergebrachter Geflüchteter.

205 **Das Asylbewerberleistungsgesetz gehört abgeschafft – für Teilhabe statt Leben in**
206 **Ausgrenzung und Armut!**

207 Für eine progressive und humane Asylpolitik müssen wir den Druck verstärken, damit
208 das sogenannte Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) abgeschafft wird. Das AsylbLG
209 steht nicht grundlos in Kritik – die gesetzliche Auslegung ist eine Grundlage dafür,
210 dass Schutzsuchende in unfassbarer Prekarität leben und ihnen systematisch ein
211 uneingeschränkter Zugang zur Gesundheitsversorgung verwehrt wird. Das AsylbLG soll –
212 nach Kategorisierung – den Anspruch auf Sozialleistungen für Asylsuchende, Geduldete
213 und Ausweisungspflichtige regeln. In der Praxis bedeutet dies: Leben unter dem
214 Existenzminimum, willkürliche Leistungskürzungen, diskriminierende

215 „Sonderbehandlungen“ und Sachleistungen und eine menschenverachtende
216 Gesundheitsversorgung. Vor allem der Aspekt der Gesundheitsversorgung ist in allen
217 Anwendungsbereichen deutlich zu kritisieren. Schutzsuchenden wird demnach nur eine
218 medizinische Notversorgung gewährleistet, zu der sie nur über den Erhalt eines
219 behördlichen Krankenscheins gelangen. Nun soll auch noch durch das Sicherheitspaket
220 der Ausschluss für sogenannte „Dublin-Fälle“ anfallen und das Prinzip von „Brot, Bett
221 und Seife“ gelten. Dieser asylpolitische Kahlschlag der Menschenrechte führt nicht
222 nur zur Obdachlosigkeit, sondern ist auch rechtswidrig.

223 Wir fordern daher:

- 224 • Das Asylbewerberleistungsgesetz muss abgeschafft und die Leistungen für
225 Asylbewerber*innen und Geduldete, über das das reguläre Sozialsystem geregelt
226 werden.
- 227 • Den gleichen Zugang zu menschenwürdiger Gesundheitsversorgung wie deutsche
228 Staatsbürger*innen.
- 229 • Die Abkehr von der Bezahlkarte und angesetzten Bargeldobergrenzen.

230 **No borders, no nations!**

231 Dass das Leid, welches europäische Außengrenzen verursachen, in politischen Debatten
232 außeracht gelassen wird und jetzt auch noch der Einsatz von Grenzkontrollen an
233 deutschen Grenzen und die Möglichkeit der Installation von haftähnlichen Lagern nun
234 Teil der politischen Debatte um die innere Sicherheit sind, zeigt wie sehr es eine
235 progressive und evidenzbasierte Auseinandersetzung im Rahmen asyl- und
236 migrationspolitischer Diskurse braucht. Die Lager an den europäischen Außengrenzen
237 sind grausam und unmenschlich.

238 Wir fordern daher:

- 239 • Die Abkehr der Reformpunkte des GEAS, die Haftlager an den Grenzen als eine
240 Implikation vorsehen.
- 241 • Den sofortigen Stopp deutscher Grenzkontrollen. Und andernfalls ein
242 Vertragsverletzungsverfahren der EU gegen Deutschland einzuleiten.
- 243 • Eine Abkehr vom Dublin-System und eine solidarische Verteilung von Geflüchteten,
244 die Schutzsuchende nicht wie unliebsame Objekte verschickt.
- 245 • Die freie Wahl des Standorts für Geflüchtete in Europa und die Beteiligung aller
246 europäischen Staaten an der Aufnahme von Geflüchteten.
- 247 • Die Sanktionierung von europäischen Staaten im Kontext der Nichtaufnahme von
248 Geflüchteten, die in Form von Ausgleichszahlungen anderen Staaten zugutekommen,
249 die bereit sind Geflüchtete aufzunehmen.
- 250 • Die Schaffung eines EU-Fonds, der die Aufnahme von Geflüchteten durch Städte und
251 Gemeinden finanziell unterstützt. Der Fond kann zur wirtschaftlichen und
252 kulturellen Entwicklung von Städten und Gemeinden beitragen und fördert damit
253 die Aufnahme von Geflüchteten.

254 **Dem Stillstand entgegen – die Familienzusammenführung endlich ermöglichen!**

255 Es ist von zentraler Bedeutung, dass geflüchtete Menschen das Recht haben, ihre
256 Angehörigen nach Deutschland zu holen, ohne dabei auf unnötige bürokratische Hürden
257 zu stoßen. Nicht nur diese verhindern die Familienzusammenführung, auch der

258 Ausschluss von Familienangehörigen von subsidiär Schutzberechtigten, die mit der
259 rechtlichen Einschränkung des geltenden Nachzugsrechts exkludiert werden. Die
260 Bundesregierung hat sich zu Beginn der Legislatur für die Stärkung und Öffnung des
261 Familiennachzugs positioniert. Auch in diesem Bereich erleben wir Stillstand.

262 Daher fordern wir:

- 263 • Das Recht auf Familienzusammenführung zu stärken und sicherzustellen – auch für
264 Familienangehörige subsidiär Schutzberechtigter.
- 265 • Bereitstellung von finanziellen Mitteln für Geflüchtete, um anfallende Kosten zu
266 decken.
- 267 • Zugang zu kostenloser Rechtsberatung, um Rechte durchzusetzen.
- 268 • Familiennachzug auch für erwerbslose Angehörige: Ermöglichung des Nachzugs auch
269 für Angehörige, die nicht über ein eigenes Einkommen verfügen.

270 **Deutschland als modernes und offenes Einwanderungsland**

271 Wir wollen nicht ständig darüber sprechen, wie wir Menschen wieder abschieben können.
272 Abschiebungen sind oft sehr gewaltvoll und unmenschlich. Erst Anfang 2024 wurde die
273 Abschiebehaft verlängert, obwohl das eben nicht zu mehr Abschiebungen führt, sondern
274 Menschen sind einfach länger eingesperrt. Rechte von Geflüchteten werden massiv
275 eingeschränkt, um immer wieder zu betonen, dass Geflüchtete hier wegmüssten. Dabei
276 muss das nicht so sein, denn kein Mensch ist illegal!

277 Abgelehnten Asylbewerber*innen könnten durch einen Spurwechsel, wie zum Beispiel
278 durch Arbeit, Ausbildung oder Studium, hier in ihrem neuen zu Hause bleiben. Es macht
279 uns stark, wenn Menschen hier hinkommen und sich einbringen, arbeiten und Teil dieser
280 Gesellschaft werden.

281 Dafür müssen diese Menschen dann aber auch die Möglichkeit dazu bekommen. Sprache ist
282 ein wichtiger Bestandteil für Teilhabe, doch leider gibt es zu wenige Lehrkräfte für
283 Sprachkurse und es wird in diesem Bereich immer weiter gekürzt.

284 Wesentlich für gesellschaftliche Teilhabe ist Arbeit. Doch durch
285 Beschäftigungsverbote dürfen bestimmte Asylbewerber*innen nicht arbeiten und andere
286 nur mit Genehmigung der Ausländerbehörde. Während in der Politik schon Zwangsarbeit
287 für Geflüchtete gefordert wird, dürfen viele Geflüchtete überhaupt nicht arbeiten.
288 Dabei ermöglicht es Menschen Teilhabe und die Möglichkeit, leichter Teil dieser
289 Gesellschaft zu werden. Außerdem werden Arbeitskräfte gebraucht.

290 Damit alle Menschen sich hier einbringen und das Land gestalten können, sollen
291 Menschen, die hier leben, auch wählen dürfen.

292 Und wer hier lebt und Teil dieses Landes werden will, sollte auch die Möglichkeit
293 dazu bekommen. Deswegen ist es gut, dass das Staatsangehörigkeitsrecht dahingehend
294 reformiert wurde und Menschen schneller die deutsche Staatsbürgerschaft erlangen
295 können und dass sich Menschen auch nicht zwangsläufig zwischen der Staatsbürgerschaft
296 ihres Herkunftslandes und der ihres neuen zu Haus entscheiden müssen. Doch dass das
297 Erlangen der deutschen Staatsbürgerschaft an Einkommen gekoppelt ist, macht es
298 schwerer für vulnerable Gruppen.

299 Wir wollen hier in Deutschland als Menschen zusammenleben!

300 Deswegen fordern wir:

- 301 • Mehr Budget und den Ausbau von Sprachkursen, insbesondere auch für
- 302 berufsbegleitende Sprachkursen.
- 303 • Eine schnellere und umfangreichere Anerkennung ausländischer Bildungs- und
- 304 Berufsabschlüsse.
- 305 • Die Abschaffung von Beschäftigungsverboten.
- 306 • Den Spurwechsel von Asylbewerber*innen zur Einbürgerung zu ermöglichen.
- 307 • Zunächst kommunales Wahlrecht für Dritt-Staatsangehörige, langfristig das
- 308 Wahlrecht für Migrant*innen insgesamt.
- 309 • Eine Reform des Staatsangehörigkeitsrecht ohne die Kopplung ans Einkommen.

310 **Für eine Sozialdemokratie, die nicht nach unten tritt!**

311 Wir haben eine Vision von einer Asyl- und Migrationspolitik, die auf Solidarität und
312 Humanität beruht. Das ist nicht naiv. Im Gegenteil: während unsere Argumente
313 evidenzbasiert sind, kommt die Gegenseite mit populistischen Halb- und Unwahrheiten
314 wie "irregulärer Migration", "Pull-Faktoren" oder zu vielen Geflüchteten bei
315 Zahnärzten. Eine restriktive und rassistische Asylpolitik macht für niemanden etwas
316 besser. Sie verursacht nur Leid, Gewalt und Tod.

317 Eine SPD, die meint nur Politik für eine begrenzte Gruppe zu machen, die sie mit dem
318 diffusen Begriff der "hart arbeitenden Mitte" belegt und Politik gegen die Ärmsten
319 und Schutzsuchenden macht, wird nicht gebraucht. Eine SPD, die Menschen Leid zufügt,
320 deren Politik für zahlreiche Tote führt, brauchen wir ebenfalls nicht.

321 Wir brauchen eine Sozialdemokratie, die für die Schwächsten und die Unterdrückten
322 einsteht.

323 Hoch die internationale Solidarität!

Antrag M02: Die Bezahlkarte konsequent bekämpfen - Für eine Asylpolitik ohne Stigmatisierung und Ausgrenzung

Antragsteller*in:	Jusos Nord-Niedersachsen
Sachgebiet:	M - Migration, Integration, Asyl- & Geflüchtetenpolitik

Die Versammlung möge beschließen:

1 Seit dem 16. Mai 2024 ist die Bezahlkarte durch eine Änderung des
2 Asylbewerberleistungsgesetzes geltende bundesweite Rechtsgrundlage. Zuvor ist die
3 Ministerpräsident*innenkonferenz einzelnen Kommunen und Ländern gefolgt, die die
4 Bezahlkarte für Schutzsuchende bereits eingeführt hatten und beschloss ihre
5 Einführung. Anstatt die Asylbewerberleistungen bar auszuzahlen werden sie nun auf
6 eine guthabenbasierte Bankkarte überwiesen. Die Obergrenze für ausgezahltes Bargeld
7 ist auf 50€ festgesetzt. Das Ziel ist es, die Verwaltung zu vereinfachen und
8 Zahlungen an sogenannte "Schlepper" oder Familienangehörige im Ausland zu
9 unterbinden. Die genaue Ausgestaltung der Bezahlkarte liegt bei den Ländern.
10 Abgesehen davon, dass grundsätzlich fraglich ist, ob die für die Bezahlkarte
11 ausgewiesenen Ziele auf diesem Weg erreicht werden können, bedient dieses Konzept
12 sich erneut rassistischer Ressentiments und befeuert eine Spaltung zwischen Menschen
13 die Asyl suchen und denen, die es nicht tun. Entgegen der politisch formulierten
14 Forderung nach Integration, schließt sie vielmehr Schutzsuchende vom
15 gesellschaftlichen Leben aus. Zusätzlich gibt es keine Belege, dass Bargeldzahlungen
16 ein wesentlicher Anreiz für Migration ist. Vielmehr werden Schutzsuchende mit dieser
17 Behauptung stigmatisiert, und ihre Motive der Flucht auf finanzielle Anreize
18 reduziert, statt die tatsächlichen, meist dramatischen Fluchtursachen anzuerkennen.
19 Neben diesen Aspekten spielen auch weitere praktische Probleme eine Rolle. Neben dem
20 hohen Verwaltungsaufwand, den die Bezahlkarte mit sich bringt, scheinen
21 Befürworter*innen absurderweise zu denken, dass mit einer Karte in Deutschland alles
22 zu regeln sei. Denn das Bargeld, welches mit der Bezahlkarte abgehoben werden kann,
23 ist stark begrenzt. Davon auszugehen, dass man in Deutschland ohne Bargeld durch den
24 Alltag kommt, ist illusorisch. Im Bus, im Imbiss, im Kiosk, auf Flohmärkten, an
25 vielen Orten ist das Bezahlen mit Karte einfach nicht möglich. Hinzu kommen viele
26 Geschäfte, die erst ab einem gewissen Betrag das Zahlen mit Karte ermöglichen. Kein
27 Bargeld bedeutet in Deutschland leider immer noch, gerade die alltäglichsten Dinge
28 nicht finanzieren zu können. Die Möglichkeit eine Mitgliedschaft beispielsweise bei
29 einem Sportverein zu erwerben, sich ein Deutschlandticket zu kaufen oder am
30 Schulkiosk einzukaufen, wird eingeschränkt oder ist garnicht erst möglich. Entgegen
31 der politisch formulierten Forderung nach Integration, erschwert die Bezahlkarte den
32 Schutzsuchenden die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben.
33 Zusätzlich geht die Bezahlkarte in einigen Bundesländern auch mit weiteren
34 Einschränkungen, wie einer regionalen Beschränkung, beispielsweise auf den Landkreis
35 einher. Auch dies sorgt im Alltag für ganz praktische Probleme, wie zum Beispiel wenn
36 der mit dem ÖPNV am besten zu erreichende Supermarkt in der Nachbarstadt liegt.
37 Insbesondere im ländlichen Raum ist es oft der Fall, dass der ÖPNV keine Mobilität im
38 eigenen Landkreis ermöglicht, sondern an die nächstgelegene Stadt anbindet, die dann

39 nicht zwingend Teil des eigenen Landkreises ist. Doch auch wenn diese praktischen
40 Probleme nicht auftauchen, sollte es doch möglich sein, in einen nahegelegenen Ort zu
41 fahren und dort etwas zu kaufen. Des Weiteren schreiben einige Bundesländern auch
42 vor, dass Empfänger*innen von Überweisungen überprüft werden müssen, bevor diese
43 zugelassen werden. Dort muss also jede Überweisung vom Amt freigegeben werden. Dies
44 schränkt nicht nur ein, sondern sorgt auch für enormen Verwaltungsaufwand.

45 Diese Umstände erweisen sich nicht nur als nicht alltagstauglich, sondern auch als
46 teilweise rechtswidrig. So hat bereits das Hamburger Sozialgericht entschieden, dass
47 die generelle Begrenzung der Bargeldauszahlung nicht rechtmäßig ist. Die
48 Bundesrechtsanwaltskammer sieht auch grundsätzliche rechtliche Bedenken. Die
49 Bezahlkarte werfe nicht nur datenschutzrechtliche Bedenken auf, sondern ermögliche
50 auch massive Eingriffe in die Grundrechte. Es besteht für die jeweilige Verwaltung
51 die Möglichkeit, Ausgaben und Guthaben der Karte dauerhaft zu überwachen, was einen
52 Eingriff in Persönlichkeitsrechte darstellt. Außerdem schränkt sie die Teilhabe am
53 sozialen und wirtschaftlichen Leben stark ein, denn die zur Verfügung gestellte Summe
54 ist nicht nur weitaus geringer als das Bürger*innengeld, sondern wurde auch als
55 Existenzminimum in einem Szenario berechnet, in dem nicht die Einschränkung durch
56 fehlendes Bargeld besteht, sondern uneingeschränkter Zugang zu Waren vorausgesetzt
57 wird. Die Vermutung liegt also nahe, dass den Leistungsbezieher*innen durch diese
58 Unterscheidung bewusst nur Geld unter dem Existenzminimum gewährleistet wird. Dass
59 die Sorge vor Auslandsüberweisungen dazu führt, Menschen in unwürdigen Verhältnissen
60 leben zu lassen, indem man ihnen nicht das Existenzminimum zur Verfügung stellt, ist
61 weder rechtens noch in irgendeiner Weise zu argumentieren oder menschlich
62 vertretbar.

63 Insbesondere für die SPD, die sich der Solidarität und Würde verschreibt, ist das
64 Unterstützen und Vorantreiben der Einführung der Bezahlkarte in vielen Bundesländern
65 unwürdig. Die Bezahlkarte sendet die Botschaft, dass man Schutzsuchende in ihrem
66 Umgang mit Geld nicht trauen könnte. Sie greift in die Selbstbestimmung
67 Schutzsuchender ein und degradiert sie. Sie ist ein erneuter Ausdruck
68 institutioneller Diskriminierung gegenüber Geflüchteten, die von der SPD getragen
69 wird. Aufgrund von populistischen Vorwürfen und einem generalisierenden Verdacht,
70 Menschen unter das Existenzminimum zu treiben, ist alles andere als
71 sozialdemokratische Politik.

72 Für uns ist völlig klar, dass wir eine Politik ablehnen, die bewusst Barrieren
73 aufbaut, anstatt Integration zu ermöglichen. Die Bezahlkarte manifestiert Misstrauen
74 und Hass, unter anderem gegenüber Menschen, die bei uns Schutz vor Krieg, Verfolgung
75 und Unterdrückung suchen. Diese von rechten Narrativen getriebene Politik lehnen wir
76 nachdrücklich ab und fordern vielmehr:

- 77 • Die Ablehnung der Einführung von Bezahlkarten für Geflüchtete, aber auch für
78 alle weiteren Bevölkerungsgruppen, wie z.B. Empfänger*innen von
79 Sozialleistungen. Diese Ablehnung und einen aktiven Einsatz gegen kommende oder
80 schon erfolgte Beschlussfassungen erwarten wir von allen Mandatsträger*innen der
81 SPD im Deutschen Bundestag und in den Parlamenten der Bundesländer.
- 82 • Einen Stopp der Pläne zur Einführung von Bezahlkarten für Geflüchtete in den
83 Bundesländern sowie eine Abkehr von der Einführung der Bezahlkarte in den
84 Bundesländern, in denen diese bereits verwendet wird.

85 • Das Beibehalten und eine signifikante Erhöhung von Bargeldleistungen, um die
86 Würde, Selbstbestimmung und soziale Teilhabe der Geflüchteten zu gewährleisten.
87 Geflüchtete müssen unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus gesicherte Zugänge zu
88 allen Bereichen des öffentlichen Lebens, auch zu solchen, in denen eine
89 Bezahlung mit der Karte nicht möglich ist.

90 • Eine Asylpolitik, die die Rechte der Geflüchteten achtet, keine bewusste Spaltung
91 in ein "Wir und Die" in der Gesellschaft erzeugt und die keine diskriminierenden
92 und rassistischen Praktiken schafft, um Menschen wegen eines bestimmten
93 Aufenthaltsstatus, gezielt zu exkludieren.

94 Wenn man der Argumentationsweise folgt, es brauche Bezahlkarten für Menschen die das
95 System ausnutzen um sich finanzielle Vorteile zu verschaffen und diese eigennützig
96 und ohne Gedanken an die deutsche Gesellschaft einzusetzen, so braucht es keine
97 Bezahlkarte für Geflüchtete, definitiv aber eine für Superreiche.

98 Während andere hart arbeiten müssen, um ihre Grundbedürfnisse zu stillen, sitzen
99 diese meist auf riesigen Summen an Geld, die oft nicht erarbeitet, sondern über
100 Generationen vererbt werden. Statt sich in das System zu integrieren, und angemessene
101 Steuern zu zahlen, bringen sie große Vermögenssummen ins Ausland, um sich und ihre
102 Familien damit selbst zu bereichern. Wenn es genau das ist, was die Politik so
103 zwingend verhindern will, dann führt an einer Bezahlkarte für Superreiche kein Weg
104 vorbei.

105 Daher fordern wir eine Bezahlkarte für Superreiche mit folgenden Kriterien:

106 • Pro Monat sollten maximal 50€ abgehoben werden können. Dieser Betrag ist für den
107 Lebensstil eines durchschnittlichen Superreichen vollkommen ausreichend. Zudem
108 wird so Geldwäsche vorgebeugt.

109 • Überweisungen ins Ausland oder an Briefkastenfirmen sollen nicht möglich sein,
110 um Steuerhinterziehung zu verhindern.

111 • Online Einkaufs- und Bezahlvorgänge sowie Transaktionen über das Internet sollen
112 grundsätzlich nicht möglich sein. Superreiche können Online-Plattformen nutzen,
113 um Geldwäsche, Steuerhinterziehung oder andere illegale Aktivitäten zu
114 betreiben.

115 • Die Bezahlkarte soll nur den Kauf von in Deutschland hergestellten Gütern
116 ermöglichen. Dies wäre auch ein Beitrag für die regionale Wirtschaft: Yachten
117 nur noch von der Lürssen-Werft und statt Champagner nur noch Sekt aus dem
118 Rheinland

Antrag M03: Links blinken , rechts abbiegen - die Heuchelei der Asyl-und Migrationspolitik

Antragsteller*in:	Jusos Sachsen-Anhalt
Sachgebiet:	M - Migration, Integration, Asyl- & Geflüchtetenpolitik

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 In seiner Regierungserklärung machte Olaf Scholz kürzlich deutlich, dass er zukünftig
- 2 Schwerstkriminelle wieder nach Afghanistan und Syrien abschieben möchte. Er ist sich
- 3 sehr wohl auch in der Regierungserklärung darüber im Klaren, dass dies keine sicheren
- 4 Länder darstellen, insbesondere nicht, wenn die Straftäter:innen aus diesen stammen.
- 5 Als Jusos verurteilen wir diesen Vorschlag vehement. Mit dieser Erklärung läuft die
- 6 SPD mal wieder Hand in Hand mit der CDU und erntet Zustimmung von Friedrich Merz &
- 7 Co. Gleichzeitig ruft Scholz auch auf, Migrant:innen nicht unter Generalverdacht zu
- 8 stellen.
- 9 Diese Ergänzung wirkt aber bei allen Aussagen und Taten der letzten Wochen und
- 10 Monaten mehr wie ein aufgezwungenes und vorgeschobenes Lippenbekenntnis als eine
- 11 ernste Aufforderung zur Solidarität oder Menschlichkeit.
- 12 Liebe SPD, lieber Olaf Scholz – wann besinnen wir uns auf unsere Grundwerte zurück
- 13 und machen endlich (wieder) menschenrechtswürdige Asyl- und Migrationspolitik?
- 14 Die sogenannte Reform des GEAS (Gemeinsames Europäisches Asylsystem) hat nur noch
- 15 einmal verdeutlicht, dass europäische Staaten eine Festung Europa wollen, welches das
- 16 massenhafte Sterben an den Außengrenzen nicht nur billigt, sondern durch die
- 17 Abschottung erst ermöglicht, mitgetragen von der SPD. Europaweit arbeiten
- 18 verschiedene Akteur:innen politisch und gesellschaftlich auf die weitgehende
- 19 Abschaffung des Schutzes von Geflüchteten hin. Europa schottet sich immer weiter ab:
- 20 Zu den schon bestehenden Zäunen, Mauern, Überwachungstechniken und Pushbacks kommen
- 21 nun noch mehr Inhaftierung und Isolierung schutzsuchender Menschen an den
- 22 Außengrenzen und neue menschenrechtswidrige Deals mit autokratischen Regierungen. Die
- 23 sog. Reform ist ein Tiefpunkt für den Schutz der Geflüchteten in Europa und der Asyl-
- 24 und Migrationspolitik. GEAS muss reformiert werden, aber richtig. Die SPD muss sich
- 25 auf europäischer Ebene dafür stark machen, eine echte Reform anzustoßen.
- 26 Seit über 160 Jahren sind wir die Brandmauer gegen Diktatur und Unmenschlichkeit, und
- 27 das sollte auch und vor allem in Sachen Asyl- und Migrationspolitik endlich wieder
- 28 unsere Motivation sein.
- 29 Deshalb fordern wir:
- 30 1. Strafverfahren dürfen nur in europäischen Rechtsstaaten durchgeführt werden:
- 31 Wir können die Verfolgung von Straftäter:innen nicht an Länder ohne Rechtsstaat und
- 32 Einhaltung von Menschenrechten übergeben. Auch für Straftäter:innen in Deutschland
- 33 haben wir eine juristische, menschenwürdige Verantwortung. Zudem darf die Genfer
- 34 Flüchtlingskonvention nicht aufgeweicht werden, indem wir Abschiebungen in Staaten
- 35 vornehmen, in denen Leben und Freiheit der Geflüchteten gefährdet ist.
- 36 2. Tatsächliche Schutzwürdigkeit prüfen und nicht auf Straftat einschließen: Wie

37 Scholz sagte, Geflüchtete dürfen nicht unter Generalverdacht gestellt werden. Es muss
38 die tatsächliche Schutzwürdigkeit jedes einzelnen Geflüchteten individuell geprüft
39 werden. Dabei darf sich nicht auf (potentielle) Straftaten eingeschossen werden.

40 3. GEAS-Reform, aber solidarisch! Dass das GEAS veraltet ist, ist unumstritten. Die
41 sog.

42 Reform hat jedoch nicht für Besserung, sondern für einen Rückschritt gesorgt und muss
43 unbedingt rückgängig gemacht werden, Wir brauchen eine echte Reform des GEAS. Dazu
44 gehört vor allem auch die Umstellung des Dublin-Verfahrens, welches in der Praxis
45 gescheitert ist. Wir fordern einen gemeinsamen und tatsächlich solidarischen
46 Aufnahmemechanismus, der Verantwortung fair verteilt. Außerdem muss die Auslagerung
47 an Drittstaaten dringend gestoppt werden. Deshalb lehnen wir das Konzept der Sicheren
48 Dritt- und Herkunftsstaaten ab und fordern die Bundesregierung und die SPD auf allen
49 Ebenen auf, sich gegen dieses Konzept einzusetzen.

50 4. Den Populismus gegen Asyl und Migration in den eigenen Reihen endlich stoppen:

51 Schluss mit Lippenbekenntnissen und populistischen Phrasen! Wir müssen uns endlich
52 klar für menschenrechtsfreundliche Asyl- und Migrationspolitik positionieren. Auch
53 wenn die sog. Reform des GEAS beschlossen ist, ist es die Aufgabe der Bundesregierung
54 genau wie von der SPD als ganze Partei, sich auf europäischer Ebene für einen neuen,
55 solidarischen Aufnahme- und Verteilungsmechanismus einzusetzen. Auf Bundesebene muss
56 die Umsetzung der beschlossenen GEAS-Reform im Einklang mit menschenrechtlichen
57 Vorgaben und der besonderen Schutzwürdigkeit, auch im Einklang mit nationalem Recht
58 so solidarisch und menschenrechtsfreundlich wie möglich vorgenommen werden, solange
59 es keine weitere Reform des GEAS gibt. Außerdem muss sich die SPD klar gegen den
60 Ausbau von Grenzinfrastruktur, verpflichtende Verfahren an den EU-Außengrenzen, der
61 Stärkung und Erhaltung von Frontex positionieren und auf allen Ebenen ablehnen. Eine
62 echte Reform muss zudem gegen Lager von Geflüchteten an EU-Außengrenzen vorgehen und
63 diese nicht befeuern. Zudem müssen die Asylverfahren tatsächlich fair und
64 menschenwürdig werden, und niemand darf direkt an den Grenzen ohne individuelle
65 Anhörung zurückgewiesen werden. Als Jusos fordern wir die sofortige Abschaffung von
66 Grenzverfahren an den EU-Außengrenzen, da diese grundsätzlich keine fairen Verfahren
67 bieten können.

68 5. Mehr Unterstützung und Entlastung der Kommunen sowie Integrationsförderung:

69 Statt in Abschiebungen oder Abschiebehäft oder aber die Einführung der Bezahlkarte zu
70 investieren, müssen die Kommunen bei der Unterbringung der Geflüchteten, insbesondere
71 außerhalb von Erstaufnahmeeinrichtungen, deutlich stärker finanziell unterstützt
72 werden.

Antrag M04: Abschaffung von Bezahlkarten und Förderung der Integration von Geflüchteten durch finanzielle Autonomie und faire Arbeitsbedingungen

Antragsteller*in:	Jusos Hessen-Süd
Sachgebiet:	M - Migration, Integration, Asyl- & Geflüchtetenpolitik

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Weiterleitung an: Bundesparteitag SPD
- 2 **1. Abschaffung der Bezahlkarten im Rahmen des Asylbewerberleistungsgesetzes und**
- 3 **Zugang zu regulären Bankkonten für Geflüchtete:** Die Praxis der Ausgabe von
- 4 Bezahlkarten an Geflüchtete im Rahmen des Asylbewerberleistungsgesetzes wird von
- 5 uns entschieden abgelehnt. Wir fordern die umgehende Abschaffung dieser Praxis
- 6 und die Ermöglichung des Zugangs zu regulären Bankkonten für Geflüchtete, um
- 7 ihnen ein Höchstmaß an finanzieller Autonomie und die Teilhabe am sozialen Leben
- 8 zu gewährleisten.
- 9 **2. Ablehnung der Praxis unbezahlter oder unterbezahlter Arbeit und Förderung fair**
- 10 **entlohnter Arbeitsmöglichkeiten:** Weiterhin lehnen wir die Praxis ab, Geflüchtete
- 11 zu unbezahlter oder unterbezahlter Arbeit zu verpflichten. Diese Praxis
- 12 untergräbt die Würde der betroffenen Personen und verstärkt ihre soziale und
- 13 ökonomische Ausgrenzung. Stattdessen fordern wir die Schaffung fair entlohnter
- 14 Arbeitsmöglichkeiten für Geflüchtete, die eine echte Chance auf Integration und
- 15 Teilhabe bieten.
- 16 **3. Einführung fairer Arbeitsmöglichkeiten zur Integration:** Statt einer
- 17 Arbeitspflicht fordern wir die Schaffung fairer Arbeitsmöglichkeiten für
- 18 Geflüchtete, die eine echte Perspektive bieten und den Arbeits- und
- 19 Fachkräftemangel unter fairen Bedingungen effektiv entgegenwirken.
- 20 **4. Finanzierung:** Die Abschaffung der Karte darf nicht, wie bereits die Schaffung,
- 21 auf Kosten der Landkreise und Kommunen gehen. Wir fordern die Finanzierung der
- 22 Rückgängigmachung aus Landes- und Bundesmitteln.

Begründung

Zu 1: Der Zugang zu finanziellen Ressourcen und die Möglichkeit, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen, sind grundlegende Voraussetzungen für die Integration und das Wohlbefinden von Geflüchteten. Die Verwendung von Bezahlkarten schränkt diese Möglichkeiten unnötig ein und steht im Widerspruch zu den Prinzipien der finanziellen Autonomie und der sozialen Inklusion.

Zu 2: Die Würde und die Rechte von Geflüchteten müssen geschützt und gefördert werden. Die Verpflichtung zu unbezahlter oder unterbezahlter Arbeit verstößt gegen diese Grundsätze und fördert die Ausgrenzung statt der Integration. Fair entlohnte Arbeit hingegen bietet nicht nur finanzielle Sicherheit, sondern auch soziale Anerkennung und fördert die gesellschaftliche Teilhabe.

Zu 3: Die Schaffung fairer Arbeitsmöglichkeiten ist ein wesentlicher Schritt zur Integration von Geflüchteten in die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt. Sie bietet nicht nur eine Perspektive für die betroffenen Personen, sondern trägt auch zur Deckung des Arbeits- und Fachkräftemangels bei, zum

Vorteil der gesamten Gesellschaft.

Mit diesem Antrag setzen wir uns für die Verbesserung der Lebensbedingungen von Geflüchteten ein und fordern Maßnahmen, die ihre finanzielle Autonomie, Würde und Integration in die Gesellschaft fördern.

Antrag M05: Islamismus lässt sich nicht abschieben!

Antragsteller*in:	Jusos Bayern
Sachgebiet:	M - Migration, Integration, Asyl- & Geflüchtetenpolitik

Die Versammlung möge beschließen:

1 Am Abend des 23. August 2024 erstach ein 26-jähriger, aus Syrien stammender
2 islamistischer Terrorist während eines Konzerts beim Stadtfest in Solingen drei
3 Menschen und verletzte acht weitere, vier davon lebensgefährlich. Solingen,
4 Nordrhein-Westfalen und ganz Deutschland wurden von dem fürchterlichen, hasserfüllten
5 Anschlag, den wir zutiefst verurteilen und dessen Opfern wir weiterhin gedenken,
6 erschüttert.

7 Konkrete Informationen zum Täter gab es erst, als er sich gut 24 Stunden nach der Tat
8 der Polizei stellte. Die gesamten 24 Stunden nach der Tat, während noch überhaupt
9 keine handfesten Hinweise auf die Identität des Täters bekannt waren, während die
10 Polizei immer noch im Dunkeln tappte, waren nicht nur von Mitleidsbekundungen an die
11 Hinterbliebenen oder Genesungswünschen an die Verletzten geprägt. Vor allem in
12 sozialen Netzwerken und in rechten Kreisen kursierte sofort auch die Feststellung:
13 Der Täter kann kein Deutscher sein. Sowieso fiel die Frage nach dem Vornamen des
14 Täters öfter, als irgendeine Form der Anteilnahme bekundet wurde. Denn Rechte und
15 Populist*innen wussten das sofort zu instrumentalisieren. Mit nichts lässt sich
16 besser Angst erzeugen und Hass aufbringen, als mit dem Feindbild der gefährlichen,
17 terroristischen Geflüchteten. Genau dieses Feindbild wird hierzulande seit
18 Jahrzehnten und insbesondere nach jeder terroristischen Tat kreiert - auch nach
19 Solingen. Forderungen, die von Grenzkontrollen und -schließungen über Abschiebungen
20 hin zur massenhaften, bedingungslosen Ausweisung von Geflüchteten reichen, wurden
21 dabei sowohl im politischen Raum als auch in der Gesellschaft breit getragen.

22 Allem voran Friedrich Merz, der kurz nach dem Anschlag die Dreistigkeit fand, die Tat
23 zu instrumentalisieren, um Olaf Scholz in einem Vier-Augen-Gespräch zum
24 Koalitionsbruch aufzufordern, damit seine absurden und menschenfeindlichen
25 Forderungen um jeden Preis in die Realität umgesetzt werden. Entgegen wenigen
26 Erwartungen lachte Scholz Merz dafür nicht aus - was eigentlich angebracht gewesen
27 wäre - sondern stellte keine zwei Tage später ein in Zusammenarbeit mit der Union
28 entstandenes "Sicherheitspaket" vor, das die Forderungen des CDU-Chefs in weiten
29 Teilen übernimmt. Dass sich die Bundesregierung mit diesem Schritt erneut auf die
30 populistischen Spielchen von Merz und anderen rechten Akteuren in Deutschland
31 einlässt und im Ergebnis rassistische und menschenfeindliche Beschlüsse zur Asyl- und
32 Migrationspolitik fasst, kritisieren wir mit aller Deutlichkeit.

33 **Nein zu Abschiebungen nach Syrien und Afghanistan!**

34 Die populistisch bis zum Gehtnichtmehr aufgeladene Forderung nach Abschiebungen,
35 spezifisch die Abschiebungen nach Afghanistan und Syrien, welche zunächst von der AfD
36 und inzwischen auch von fast allen anderen Parteien immer wieder aufgegriffen wird,
37 ist ein zentraler Punkt im "Sicherheitspaket". Im Fall Syrien, für das eine
38 ausdrückliche Reisewarnung besteht, in dem alle Deutschen zur Ausreise aufgerufen

39 sind und das deutsche Konsulat aus Sicherheitsgründen seit Jahren geschlossen ist,
40 spricht das Auswärtige Amt von willkürlichen Verhaftungen, täglichen Meldungen von
41 Verletzten und Toten sowie täglichen Menschenrechtsverletzungen. Die allgemeine
42 Sicherheitslage wird als volatil beschrieben. Im Fall Afghanistan spricht das
43 Auswärtige Amt von alltäglichen Anschlägen, Überfällen und Entführungen, die
44 zahlreiche Todesopfer fordern. Die Sicherheitslage wird als sehr schlecht eingestuft.
45 Die Kontrolle im Land hat eine islamistische Terrororganisation inne, die
46 systematisch Menschenrechte einschränkt und humanitäre Hilfe gezielt verhindert. Das
47 österreichische Außenministerium hat Afghanistan in seiner Sicherheitskala in Stufe
48 6 von 6, der schlechtesten Sicherheitslage, eingestuft.

49 Die Einhaltung von Menschenrechten kann offensichtlich weder in Syrien noch in
50 Afghanistan nicht nur nicht garantiert werden, sie ist generell in Frage zu stellen.

51 Daher verurteilen wir die von der Bundesregierung geplanten bzw. sogar durchgeführten
52 Abschiebungen aufs Schärfste! Menschenrechte sind universell und nicht verwirkbar,
53 sie dürfen niemandem abgesprochen werden – auch nicht Straftäter*innen. Für alle
54 Menschen muss ein faires Gerichtsverfahren und eine angemessene Strafe garantiert
55 sein. Beides ist in Syrien und Afghanistan auszuschließen.

56 Dazu kommt eine Überforderung der Gerichtsbarkeiten und Strafverfolgungsbehörden in
57 zahlreichen Herkunftsländern durch Krieg, anhaltende Krisen und Katastrophen. So
58 fordern uns wiederholt unsere Verbündeten gegen den islamistischen Terror im Nordirak
59 und Nordsyrien, innerhalb der kurdischen Autonomiegebiete dazu auf, sie nicht
60 zusätzlich mit der Rückführung von Islamisten zu überfordern - wegen Überfüllung der
61 Strafanstalten kann nicht garantiert werden, dass sie eine gerechte Strafe erhalten.
62 Im Gegenteil - die kurdischen Autonomiegebiete warnen regelmäßig davor, dass
63 weiterhin Teile islamistischer Terrororganisationen versuchen, ihre ehemaligen
64 Kämpfer*innen zu befreien. Aus der Logik der Internationalen Solidarität und
65 Gerechtigkeit heraus sind Abschiebungen in Gebiete wie Syrien oder dem Irak daher
66 deutlich abzulehnen.

67 Zusätzlich verurteilen wir die Zusammenarbeit mit einem Diktator und einer
68 islamistischen Terrororganisation – auch Umwege über andere Länder machen diese nicht
69 ansatzweise vertretbar. Wie soll Islamismus bekämpft werden, wenn wir islamistische
70 Regimes legitimieren, indem wir mit ihnen zusammenarbeiten? Das fördert Terrorismus
71 und Islamismus, anstatt sie zu bekämpfen!

72 **Nein zu “Geld gegen Menschenrechte”!**

73 Besonders beunruhigend ist, dass das Bundesministerium des Innern (BMI) empfohlen
74 hat, bei Abschiebungen ein “Handgeld” in Höhe von 1.000€ pro Person auszuzahlen, um
75 “das menschenwürdige Existenzminimum für einen Übergangszeitraum von sechs bis neun
76 Monaten zu sichern” und so ein drohendes Abschiebungsverbot zu vermeiden. Das zeigt
77 ganz klar, dass rechtliche Bedenken bezüglich der Einhaltung von Menschenrechten
78 bestehen, da laut Europäischer Menschenrechtskonvention niemand in ein Land
79 abgeschoben werden darf, in dem der Person unmenschliche oder erniedrigende
80 Behandlung droht. Schutzrechte dürfen nicht gegen Geld verkauft werden!

81 **Nein zur Streichung von Leistungen!**

82 Neben dem Beschluss, Abschiebungen nach Afghanistan und Syrien zum Normalzustand zu
83 machen, beinhaltet das "Sicherheitspaket" der Bundesregierung weitere Verschärfungen
84 bei aufenthaltsrechtlichen Bestimmungen. Diese umfassen unter anderem eine Forderung
85 nach der Streichung von Leistungsansprüchen von Schutzsuchenden. Als Christian
86 Lindner vor einigen Wochen mit dieser populistischen Forderung an die Presse ging,
87 schien sie in der politischen Mitte angekommen zu sein. Dass sie jetzt auch im
88 "Sicherheitspaket" zu finden ist, ist dennoch verheerend. Die Bundesregierung möchte
89 Geflüchteten, die ihr Asylverfahren in anderen Staaten aufgrund ihrer
90 Verantwortlichkeit nach dem Dublin-Übereinkommen betreiben müssten (sog. Dublin-
91 Fälle), jegliche Ansprüche auf Transferleistungen streichen. Das soll gelten, solange
92 die Geflüchteten in den zuständigen Dublin-Staaten Leistungsansprüche haben. Damit
93 werden Schutzberechtigte unter Androhung von absoluter Armut aus Deutschland
94 herausgezwungen. Um zu überleben, bleibt ihnen oft nur der Weg in die Kriminalität
95 oder in den zuständigen Dublin-Staat, wobei keineswegs gewährleistet ist, dass die
96 Geflüchteten dort einen menschenwürdigen Umgang finden. So werden Menschen
97 ausgegrenzt und radikalisiert. Armut darf niemals als Waffe verwendet werden, um
98 ungefähliche Menschen aus dem eigenen Land zu bekommen, sondern sie gehört bekämpft!

99 **Nein zur Aufhebung der Asylberechtigung und** 100 **Flüchtlingseigenschaft!**

101 Eine weitere Forderung ist die Absenkung der Voraussetzungen für den Ausschluss für
102 die Asylberechtigung und Flüchtlingseigenschaft. Menschen, die zu einer Jugend- oder
103 Freiheitsstrafe von mehr als zwei Jahren verurteilt werden, müssen laut dem
104 "Sicherheitspaket" demnach abgeschoben werden, unabhängig davon, ob ihnen in ihrem
105 Herkunftsland Gefahr für ihr Leben oder ihre Freiheit droht. Zusätzlich wird der
106 Katalog der Straftaten, die einen Ausschluss für die Asylberechtigung zur Folge haben
107 können, um weitere Straftatbestände wie die Schleusung ergänzt. Dass Menschenrechte
108 dermaßen unter dem fadenscheinigen Vorwand, irgendwen vor Islamismus schützen zu
109 wollen, ausgehebelt werden, ist falsch. Wir verurteilen dieses Vorgehen aufs
110 Schärfste und sind entschieden gegen alle Bestimmungen, die es erlauben, Menschen in
111 Länder abzuschieben, in denen ihr Leben oder ihre Freiheit in Gefahr sind!

112 **Nein zum Einsatz von KI gegen Schutzsuchende!**

113 Eine weitreichende Ermächtigung für das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
114 enthält das "Sicherheitspaket" ebenso. Das BAMF darf nach den Vorstellungen der
115 Bundesregierung bald auch Gesichtserkennung und künstliche Intelligenz einsetzen, um
116 insbesondere "Identitäten von Schutzsuchenden" feststellen zu können. Dass diese
117 Daten und Technologien auch verwendet werden, um Menschen zu kategorisieren und zu
118 benachteiligen, ist zu befürchten. Geflüchtete dürfen im Asylverfahren keinesfalls
119 Nachteile auf Grundlage dessen erfahren, wie sie in den sozialen Medien auftreten!

120 **Nein zum Merz-Populismus!**

121 Ein weiteres Beispiel davon, wie die Bundesregierung es schafft, mit einer vollkommen
122 wirkungslosen, aber umso populistischeren Forderung Merz und seiner CDU nach dem Mund
123 zu reden, ist der neue Umgang mit Geflüchteten, die vorübergehend in ihr
124 Herkunftsland reisen. Unabhängig davon, ob es sich um Familienbesuche, berufliche

125 Verpflichtungen oder andere Reisegründe handelt - wer als in Deutschland anerkannt
126 schutzberechtigte Person in ihr Herkunftsland reist, verliert den Schutzstatus nach
127 den neuen Regelungen pauschal und unwiderruflich. Ausnahmen soll es lediglich für
128 Reisen zur "Erfüllung sittlicher Pflichten" und für Geflüchtete aus der Ukraine
129 geben. Dass hier der äußerst ungenaue Begriff der "Sitte" verwendet wird, schafft
130 rechtliche Unsicherheiten von Schutzbedürftigen, die ihre Rechte durchsetzen möchten.
131 Im schlimmsten Fall müssen die Schutzberechtigten eine mühsame und unfaire Prüfung
132 beantragen und durchlaufen, um ihren Schutzstatus nicht zu verlieren. Das ist
133 unmenschlich!

134 **Nein zum "Sicherheitspaket"!**

135 Über allen im "Sicherheitspaket" beschlossenen Maßnahmen steht ein Hauptgedanke:
136 Abschiebungen und Rückführungen so einfach wie möglich zu machen und sie so schnell
137 und effizient wie möglich durchzuführen. Implementiert wird dieses Vorhaben vor allem
138 in einem Punkt. Dort nimmt sich die Bundesregierung vor, eine Taskforce aus Bund und
139 Ländern zu errichten, die das Ziel haben soll, die Anzahl der sogenannten Dublin-
140 Überstellungen zu erhöhen. Dabei werden Schutzsuchende, die in anderen EU-Staaten
141 zuerst registriert wurden, aus Deutschland in diese Staaten zurückgeführt, da diese
142 sogenannten "zuständigen Dublin-Staaten" für das Asylverfahren dieser Personen
143 verantwortlich sind. Um die Anzahl dieser Überstellungen zu erhöhen, soll die
144 Taskforce sämtliche Prozessschritte des Dublin-Verfahrens analysieren und möglichst
145 optimieren. Dafür soll unter anderem auch eine stets ausreichende Anzahl an
146 Abschiebehaftplätzen zur Verfügung stehen. Ohne auch nur ansatzweise irgendwelche
147 menschlichen Gesichtspunkte zu berücksichtigen, möchte die Bundesregierung so den Weg
148 dafür eröffnen, dass möglichst viele Menschen in Dublin-Staaten überstellt werden, wo
149 sie in nur seltenen Fällen eine angemessene Versorgung oder überhaupt ein positiver
150 Asylbescheid erwarten - das bedeutet für sie den Weg zurück in ihr Herkunftsland, wo
151 sie schutzlos ihren Fluchtgründen ausgeliefert sind. Darüber hinaus steht für uns
152 weiterhin fest, dass wir die Lagerhaft an den EU-Außengrenzen durch GEAS und die
153 unmenschlichen Bedingungen, die Geflüchtete in einzelnen EU-Staaten erwarten,
154 deutlich ablehnen. Wir setzen uns für eine gerechte Verteilung von Geflüchteten in
155 der EU und menschliche Bedingungen in allen Mitgliedstaaten ein!

156 **Nein zu Grenzkontrollen und Rückweisungen!**

157 Ab dem 16. September 2024 hat Bundesinnenministerin Nancy Faeser umfassende
158 Grenzkontrollen für alle deutschen Grenzen für die kommenden sechs Monate angeordnet
159 und bei der EU-Kommission angemeldet. Diese Maßnahme steht im direkten Widerspruch zu
160 einem offenen, solidarischen und humanitären Europa und verschärft die ohnehin schon
161 angespannte Lage für Schutzsuchende. Die Bundesregierung plant zudem, Geflüchtete
162 direkt an der Grenze abzuweisen. Zwar gibt es noch keine genauen Informationen, aber
163 im Raum stehen Zurückweisungen bei bestehenden Einreisesperren sowie in Fällen, in
164 denen die betroffene Person bereits in einem anderen EU-Land als Schutzsuchende
165 registriert sind. Diese Maßnahmen gefährden das Grundrecht auf Asyl und forcieren
166 eine menschenverachtende Praxis, die Schutzbedürftige systematisch entrechtet und
167 ihre Situation zusätzlich verschärft. Wir lehnen solche Grenzkontrollen und
168 Rückweisungen, die auf Abschottung und Ausgrenzung abzielen, mit aller

169 Entschiedenheit ab!

170 **Nein zu eurem Populismus!**

171 In den letzten Jahren haben wir immer wieder beobachten müssen, wie der politische
172 Diskurs in Bezug auf die Migrationspolitik in die vollkommen falsche Richtung
173 abgebogen ist. Immer wieder wurden Scheindebatten über Migration geführt - nicht nur
174 ohne, dass diese Debatten sinnvolle Lösungen zu den Problemen hervorgebracht hätten.
175 Dadurch, dass immer wieder über Migration geredet wurde, wurden rechte Narrative
176 normalisiert und in die Mitte der Gesellschaft getragen. Angefangen mit der Union
177 müssen wir nun fassungslos und traurig beobachten, dass sich auch die SPD blind
178 dieser Narrative bedient, statt sinnvolle Lösungen anzubieten. Das ist desaströs.
179 Kein Problem in Deutschland lässt sich durch Abschiebungen oder Grenzkontrollen
180 lösen. Wir müssen investieren - in unsere Kommunen, in unsere Bildung, in unsere
181 Sozialsysteme, in unsere Infrastruktur, in unsere Verwaltung, kurz: in unsere
182 Zukunft. Wir müssen Ausgrenzung beenden und echte Teilhabe ermöglichen, statt rechten
183 Parolen und AfD-Forderungen hinterherzurennen, die kein, aber auch wirklich gar kein
184 Leben tatsächlich verbessern. Die SPD darf kein Steigbügelhalter für die AfD sein -
185 wir müssen die Debatte dorthin lenken, wo sie hingehört.

186 Menschenrechte sind indiskutabel und universell, sie müssen jedem gewährleistet sein
187 - auch Straftäter*innen. Abschiebungen in Länder, in denen mit
188 Menschenrechtsverletzungen zu rechnen ist, widersprechen diesen universellen und
189 unantastbaren Rechten. Wir sind gegen die Ausnahmen, die bereits existieren und gegen
190 jede Verschärfung, die durch das "Sicherheitspaket" geplant ist. Wir fordern die SPD
191 auf allen Ebenen dazu auf, sich wieder zu den unverhandelbaren sozialdemokratischen
192 Grundwerten zu besinnen und sich gegen solche absurden und menschenrechtsverachtenden
193 Beschlüsse zu stellen!

Antrag M06: Staatenlosigkeit - Niemand kennt einen außer das Finanzamt

Antragsteller*in:	Jusos Mecklenburg-Vorpommern
Sachgebiet:	M - Migration, Integration, Asyl- & Geflüchtetenpolitik

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Die Landeskonferenz der Jusos Mecklenburg-Vorpommern möge beschließen:
2 Wir fordern, dass sich die Bundesrepublik Deutschland stärker für die Rechte
3 staatenloser Menschen einsetzt und verbindliche Maßnahmen zur schnelleren
4 Anerkennung und Einbürgerung staatenloser Personen einführt. Dabei sollen
5 insbesondere die Nachweishürden gesenkt und die Verfahrensfristen verkürzt
6 werden, um Betroffenen ein selbstbestimmtes Leben und soziale Teilhabe zu
7 ermöglichen.
- 8 Ende 2020 lebten nach Angaben des Statistischen Bundesamtes 26.445 anerkannte
9 staatenlose Menschen in Deutschland. Die Dunkelziffer dürfte jedoch deutlich
10 höher sein. Hinzu kommen über 91.000 Menschen mit ungeklärter
11 Staatsangehörigkeit, die häufig über Jahre hinweg mit unsicheren
12 Aufenthaltstiteln oder Duldungen in Deutschland leben und somit keinen stabilen
13 Zugang zu wichtigen Rechten wie Arbeitserlaubnissen, Sozialleistungen oder der
14 Möglichkeit zur gesellschaftlichen Teilhabe haben.
- 15 Es gibt zahlreiche Gründe, warum Menschen staatenlos werden. Kinder von
16 staatenlosen Eltern erben oftmals diesen Status, in vielen Ländern können Frauen
17 die Staatsbürgerschaft nicht an ihre Kinder weitergeben, und Geflüchtete können
18 aufgrund politischer Verfolgung oder Kriegen oft keine Dokumente vorlegen, die
19 ihre Staatsangehörigkeit belegen. Zudem kann der Entzug der Staatsbürgerschaft
20 in bestimmten Ländern als politisches Instrument missbraucht werden, wie es etwa
21 bei den Rohingya in Myanmar oder Regimekritikern geschieht.
- 22 Staatenlosigkeit führt zu erheblichen Benachteiligungen im alltäglichen Leben.
23 Betroffene haben oft Schwierigkeiten, Arbeitsstellen zu finden, Bankkonten zu
24 eröffnen oder grundlegende Rechte wahrzunehmen. Der Status der „ungeklärten
25 Staatsangehörigkeit“ wird von deutschen Behörden häufig verwendet, wenn
26 Dokumente fehlen oder die Herkunftsländer nicht kooperieren. Dies führt zu
27 prekären Situationen, in denen Menschen über Jahre hinweg mit kurzfristigen
28 Duldungen leben müssen.
- 29 Unser Forderungskatalog umfasst daher:
- 30 **1. Verbindliche Leitlinien zur Anerkennung von Staatenlosen:** Wir fordern
31 bundesweit einheitliche und verbindliche Verfahren, um staatenlose
32 Menschen schneller anzuerkennen. Die derzeitige Praxis, dass die Behörden
33 keine klare Frist zur Anerkennung von Staatenlosen haben, führt dazu, dass
34 Betroffene oft jahrelang in einem unsicheren rechtlichen Status verharren.
- 35 **2. Beschleunigte Einbürgerung für Staatenlose:** Staatenlose sollen bereits
36 nach drei Jahren Aufenthalt in Deutschland und unter erleichterten
37 Bedingungen eingebürgert werden können. Derzeit gilt eine Frist von sechs

38 Jahren, die jedoch oft zu lange ist, um den Betroffenen eine Perspektive
39 zu geben. Dies gilt insbesondere für in Deutschland geborene Kinder
40 staatenloser Eltern.

41 **3. Erleichterung der Nachweispflichten:** Die Hürden für die Anerkennung und
42 Einbürgerung staatenloser Personen sollten gesenkt werden. Häufig
43 scheitern Anerkennungsverfahren daran, dass Betroffene keine Dokumente wie
44 Geburts- oder Heiratsurkunden vorlegen können, weil diese in
45 Kriegsgebieten verloren gegangen oder aufgrund der politischen Lage nicht
46 mehr zugänglich sind.

47 **4. Stärkung des Schutzes für staatenlose Menschen:** Staatenlose Menschen
48 gelten als besonders schutzbedürftig, da kein Staat für sie Verantwortung
49 übernimmt. Deutschland muss sich stärker dafür einsetzen, dass diese
50 Menschen ihre Rechte wahrnehmen können und nicht in Unsicherheit und
51 Abhängigkeit von kurzfristigen Duldungen leben müssen.

52 Staatenlosigkeit ist ein gravierendes Problem, das in Deutschland noch immer zu
53 wenig Beachtung findet. Die Jusos Mecklenburg-Vorpommern fordern die
54 Bundesregierung auf, sich entschlossen für eine Verbesserung der rechtlichen und
55 sozialen Situation staatenloser Menschen einzusetzen. Wir treten für eine
56 Gesellschaft ein, in der jeder Mensch unabhängig von seinem rechtlichen Status
57 die Möglichkeit hat, ein sicheres und selbstbestimmtes Leben zu führen.

Antrag M07: Intersektionale Aufarbeitung anlässlich 35 Jahre Mauerfall: Das Schicksal der sogenannten Vertragsarbeiter*innen in der DDR endlich anerkennen

Antragsteller*in:	Jusos Berlin
Sachgebiet:	M - Migration, Integration, Asyl- & Geflüchtetenpolitik

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Durch die Abwanderung von Millionen von Menschen aus der DDR in die BRD, entstand in
- 2 den 1960er Jahren ein großer Mangel an Arbeitskräften. Zwischen 1967 und 1986 wurden
- 3 daraufhin Abkommen zur „Ausbildung und Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte“
- 4 zwischen der DDR und sogenannten „sozialistischen Bruderstaaten“, wie Algerien,
- 5 Mosambik, Angola, China, Kuba, Vietnam, Ungarn und Polen abgeschlossen.
- 6 Die Situation der sogenannten Vertragsarbeiter*innen in der DDR war enorm prekär:
- 7 Arbeiter*innen lebten auf sehr engem Raum, meist in gesonderten Wohnheimen, und waren
- 8 sowohl im Betrieb als auch im Alltag vom Rest der Gesellschaft weitestgehend
- 9 abgegrenzt und ausgeschlossen. Ihr Aufenthalt wurde strikt auf eine Zeitspanne von
- 10 zwei bis fünf Jahren begrenzt, der Nachzug von Familienangehörigen war fast
- 11 ausnahmslos verboten. Wurden Vertragsarbeitende schwanger, drohte ihnen bis 1988 eine
- 12 direkte Abschiebung, andernfalls wurden sie zu Schwangerschaftsabbrüchen gedrängt.
- 13 Imperialistische Vorbehalte der damaligen Außenpolitik der DDR können am Beispiel der
- 14 Vertragsarbeitenden aus Mosambik demonstriert werden, denn hier gab es eine
- 15 vertragliche Zusatzregel, nach der die DDR bis zu 60% des Lohns der Arbeiter*innen
- 16 einbehielt, um angebliche Schulden des Staates Mosambik zu begleichen. Dieser Betrag
- 17 sollte, so das Versprechen, den Mosambikaner*innen in ihrer Heimat zugutekommen, doch
- 18 diese Auszahlung fand bis heute nicht statt. Bis heute kämpfen die ehemaligen
- 19 Vertragsarbeitenden um den fehlenden Lohn, Aktivist*innen gehen von einer Summe von
- 20 umgerechnet über 600 Millionen Euro aus, die den Arbeiter*innen zusteht. Auch
- 21 Rentenansprüche, die eigentlich in das mosambikanische Rentensystem überführt werden
- 22 sollten, sind bis heute ungeklärt. Viele der zurückgekehrten Mosambikaner*innen leben
- 23 bis heute in prekären Verhältnissen und werden in Mosambik als „Madgermanes“
- 24 diffamiert.
- 25 Die Wiedervereinigung 1990 war ein Wendepunkt für viele Vertragsarbeitende, die mit
- 26 geringen Abfindungen zurückkehrten oder massenhaft abgeschoben wurden. Die gleichen
- 27 Menschen, die sich in Deutschland ein Zuhause geschaffen hatten und den Mangel an
- 28 DDR-Arbeitskräften ausgeglichen hatten, mussten nun weiter um ihre Existenzen und
- 29 ihre Daseinsberechtigung kämpfen. Trotz der Herausforderungen entschieden sich 20.000
- 30 Vietnamesinnen und Vietnamesen, in Deutschland zu bleiben. Oftmals aufgrund fehlender
- 31 Alternativen gründeten sie eigenständig kleine Unternehmen, darunter Gemüse- und
- 32 Blumengeschäfte. Erst im Jahr 1997 wurde ihnen ein sicherer Aufenthaltsstatus
- 33 gewährte. Der Fall der Familie Pham zeigt jedoch, dass trotz ihres Einsatzes ihr
- 34 Leben in Deutschland nicht gleichwertig ist. Pham Phi Son kam 1987 als
- 35 Vertragsarbeiter in die DDR und erhielt im Jahr 2011 eine unbefristete
- 36 Niederlassungserlaubnis in Deutschland. Im Jahr 2015 heiratete er in Vietnam, und
- 37 seit 2016 lebt seine Frau Hoa Nguyen mit ihm in Deutschland, wo 2017 ihre Tochter

38 Emilia geboren wurde. Im Jahr 2016 überschritt Pham jedoch die erlaubte
39 Auslandsaufenthaltsdauer von sechs Monaten durch einen neunmonatigen Aufenthalt in
40 Vietnam, wo er sich wegen einer Knieverletzung, die sich im vietnamesischen Klima
41 verschlimmert hatte, stationär behandeln lassen musste. Diese Überschreitung führte
42 dazu, dass ihm die Chemnitzer Ausländerbehörde sämtliche Aufenthaltsrechte entzog.
43 Pham legte gegen diese Entscheidung Einspruch ein, unterlag jedoch vor Gericht. Trotz
44 zweier Entscheidungen der Härtefallkommission gegen ihn in den Jahren 2018 und 2023,
45 soll sich die Kommission nun ein drittes Mal mit seinem Fall befassen.

46 Auch im Hinblick auf rechte Gewalt war die Wiedervereinigung eine Zäsur. Schon in der
47 DDR waren Vertragsarbeiter*innen mit gesellschaftlichem und strukturellem Rassismus
48 konfrontiert, der sich auch in tätlichen Angriffen widerspiegelte, jedoch von der
49 DDR-Führung vertuscht wurde. Nach der Wiedervereinigung in den 90er-Jahren, war
50 rechte Gewalt Alltag für migrantisierte Menschen, die dem gesellschaftlichen
51 Rassismus schutzlos ausgeliefert waren. Hoyerswerda, Rostock-Lichtenhagen, aber auch
52 Thiendorf, Freital, und Tambach-Dietharz sind nur einige Beispiele für rechtsextreme
53 Anschlagorte.

54 **Das strukturelle Unrecht gegenüber den Vertragsarbeiter*innen in der DDR ist bis**
55 **heute nicht ausreichend aufgearbeitet, deshalb fordern wir:**

- 56 • Den Vertragsarbeiter*innen, die nach der Wiedervereinigung in Deutschland
57 geblieben sind, sollte eine dauerhafte und planungssichere Option zum Verbleib,
58 wie die Staatsbürgerschaft, ermöglicht werden, um Fälle wie den der Familie Pham
59 zu verhindern.
- 60 • Die fehlenden Lohn- und Rentenansprüche müssen umgehend an die ehemaligen
61 Vertragsarbeiter*innen oder ihre Angehörigen ausgezahlt werden
- 62 • Anerkennung der Ausbeutung der Arbeiter*innen durch die DDR
- 63 • Verbesserung der Studien- und Datenlage über die Anzahl der in Deutschland
64 beschäftigten Vertragsarbeiter*innen und ihre Lebenssituationen, auch in
65 Mosambik und anderen Herkunftsländern.
- 66 • Ehemalige Wohnheime wie in Pankow sollten nach der Renovierung, ihre
67 Vergangenheit nicht verlieren und als Bestandteil der DDR-Erfahrungen sollten
68 Tafeln, Wandgestaltung an ihre ehemaligen Bewohner*innen erkennen.
- 69 • intersektionales Gedenken an das Mauerfall-Jubiläum, welches auch die
70 Perspektive der ehemaligen Vertragsarbeitenden beleuchtet und Zeitzeug*innen
71 verschiedener Gruppen zu Wort kommen lässt

Antrag M08: Keine Entmündigung durch Bezahlkarten – Würde ist nicht verhandelbar!

Antragsteller*in:	Jusos Berlin
Sachgebiet:	M - Migration, Integration, Asyl- & Geflüchtetenpolitik

Die Versammlung möge beschließen:

1 Auf der Ministerpräsident*innenkonferenz vom Februar 2024 wurde ein verheerender
2 Beschluss gefasst: Bezahlkarten sollen bundesweit für Geflüchtete eingesetzt werden,
3 um so ihre monetären Leistungen zu erhalten. Die bisher in bar ausgezahlten Beträge
4 sollen nun komplett auf einer Debit-Karte hinterlegt werden, um dem rassistischen
5 Vorwurf der gewinnbringenden Ausnutzung von Transferleistungen gerecht zu werden.
6 Durch diesen Beschluss werden ganz eindeutig rassistische Ressentiments verstärkt,
7 die üblicherweise von Rechten geteilt werden. Vor dem Hintergrund, dass eine
8 alleinstehende Person nach dem Asylbewerberleistungsgesetz einen Anspruch von 460€ im
9 Monat hat, ergibt sich sowieso die Frage bei den aktuellen wirtschaftlichen
10 Umständen, welcher Teil von dieser unwürdigen Summe „ins Ausland“ verschickt werden
11 soll.

12 Die vorgeschobene Begründung des verringerten behördlichen Aufwands kann ziemlich
13 simpel durch den medialen Auftritt diverser Politiker*innen entkräftet werden, denn
14 es stellt sich die Frage, warum die Verantwortlichen nicht einfach die
15 Transferleistungen auf normale Konten überweisen.

16 Es ist nicht hinnehmbar, dass eine sozialdemokratisch angeführte Bundesregierung
17 rechte Forderungen übernimmt und sich so einem rassistischen Diskurs beugt, statt
18 gegen ihn anzuarbeiten und die Situation von Geflüchteten nachhaltig zu verbessern.

19 Es lässt sich festhalten: Die vorgeschlagene Einführung von Bezahlkarten für
20 Geflüchtete ist nichts weniger als ein offener Angriff auf die Würde und
21 Selbstbestimmung der betroffenen Menschen. Diese paternalistische Maßnahme reduziert
22 Geflüchtete auf bloße Empfänger*innen staatlicher Almosen und entzieht ihnen die
23 Kontrolle über ihr eigenes Leben.

24 **Diskriminierende Praxis**

25 Die Bezahlkarten könnten als Instrument der sozialen Kontrolle und als Ausdruck einer
26 diskriminierenden Haltung gegenüber Geflüchteten verstanden werden. Sie senden die
27 Botschaft, dass Geflüchtete nicht vertrauenswürdig genug sind, um mit Bargeld
28 umzugehen oder ihre finanziellen Angelegenheiten selbst zu regeln. Dies ist eindeutig
29 eine Form der institutionellen Diskriminierung.

30 Wir dürfen uns nicht von den fadenscheinigen Argumenten der Befürworter*innen
31 täuschen lassen. Es gibt keine Belege dafür, dass Bargeldzahlungen ein wesentlicher
32 Anreiz für Migration sind. Die Unterstellung, Geflüchtete würden staatliche
33 Leistungen missbrauchen, um Geld ins Ausland zu schicken, ist eine infame
34 Unterstellung, die auf Vorurteilen und nicht auf Fakten basiert.

35 Wir fordern daher:

- 36 • Die Ablehnung der Einführung von Bezahlkarten für Geflüchtete, aber auch für
37 alle weiteren Bevölkerungsgruppen, wie z.B. Empfänger*innen von Sozialleistungen

38 durch alle Mandatsträger*innen

- 39 • Einen Stopp der Pläne zur Einführung von Bezahlkarten für Geflüchtete
- 40 • Die Beibehaltung und signifikante Erhöhung von Bargeldleistungen, um die Würde,
41 Selbstbestimmung und soziale Teilhabe der Geflüchteten zu gewährleisten.
- 42 • Eine Asylpolitik, die auf Fakten basiert und die Grundrechte aller Menschen
43 respektiert, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus.

Antrag M09: Doppelt unsichtbare Diskriminierungen sichtbar machen und bekämpfen! - Kurd*innen & religiöse Minderheiten schützen

Antragsteller*in:	Jusos Berlin
Sachgebiet:	M - Migration, Integration, Asyl- & Geflüchtetenpolitik

Die Versammlung möge beschließen:

1 Menschen, die als muslimisch gelesen werden, erleben einen immer größer werdenden
2 antimuslimischen Rassismus. So belegt eine aktuelle Erhebung des Vereins CLAIM, der
3 sich gegen antimuslimischen Rassismus stark macht, dass sich die Anzahl der Vorfälle
4 in Deutschland im Jahr 2023 im Vergleich zum Vorjahr verdoppelt hat. Viele Menschen,
5 die hierzulande als Muslim*innen gelesen werden, erleben jedoch nicht nur diese
6 Diskriminierungsform. Oftmals führt die simplifizierende Einteilung in die als
7 einheitlich verstandene Kategorie "Muslim*innen" dazu, dass weitere
8 Diskriminierungsmerkmale unsichtbar bleiben. So erleben bspw. Kurd*innen,
9 Alevit*innen oder Êzîd*innen eigene Formen von Rassismus und Unterdrückung. Man
10 spricht hierbei auch von einer sogenannten doppelten Diskriminierung: Zum einen durch
11 die äußerliche Wahrnehmung als Muslim*innen, zum anderen durch ihre teils davon
12 abweichende individuelle Zugehörigkeit. Diese doppelte Diskriminierung ist allerdings
13 in Deutschland weitestgehend unsichtbar und sorgt für erhebliche Benachteiligungen,
14 Verurteilungen und Ausgrenzungen der betroffenen Gruppen. Insbesondere wenn auch
15 weitere intersektionale Diskriminierungsmerkmale, etwa bezüglich der geschlechtlichen
16 Identität, hinzutreten, kann sich der erlebte Rassismus nochmals verstärken. Als
17 antirassistischer Verband müssen wir all jene Diskriminierungen sichtbar machen und
18 bekämpfen.

19 **Gegen antikurdischen Rassismus! - Mehr Sichtbarkeit für kurdisches Leben**

20 Besonders betroffen von doppelt unsichtbarer Diskriminierung sind Kurd*innen.
21 Kurd*innen leben hauptsächlich in der Region Kurdistan, die sich über Teile der
22 Türkei, des Iran, des Irak und Syriens erstreckt. Sie sind die größte ethnische
23 Gruppe ohne eigenen Staat, mit einer geschätzten Bevölkerung von 30 bis 35 Millionen
24 Menschen. Kurd*innen sind seit Jahrhunderten mit Rassismuserfahrungen konfrontiert.
25 Im Rahmen der Studie „Diversität und Rassismus in der Migrationsgesellschaft mit dem
26 Fokus (Anti-)kurdischer Rassismus“ sprachen die befragten Kurd*innen von abwertenden
27 Blicken, Beleidigungen, Hassäußerungen, körperlicher Gewalt, Benachteiligungen in
28 Asylunterkünften und am Arbeitsplatz, bis hin zu Morddrohungen. Dieser Rassismus
29 basiert auf Stereotypisierungen von Kurd*innen, die ungebildet, unwissend,
30 gewaltaffin, staatenlos oder "Wilde" seien. Diese Erfahrungen waren in offiziellen
31 Statistiken jedoch unsichtbar geblieben, weil diese oftmals nur die
32 Staatsangehörigkeit erfassen.

33 Jüngst erreichte folgender antikurdischer Vorfall besondere Aufmerksamkeit: Am 24.
34 März 2024 kam es in der belgischen Gemeinde Heusden-Zolder zu einem Angriff
35 türkischer Nationalisten auf eine kurdische Familie, die von den Newroz-
36 Feierlichkeiten zurückkehrte. Die Angreifer, die den Wolfsgruß der rechtsextremen
37 Grauen Wölfe zeigten, zerstörten das Auto der Familie und versuchten, ihr Haus in

38 Brand zu setzen, was im letzten Moment verhindert werden konnte. Mindestens sechs
39 Menschen wurden verletzt, einige davon schwer, und die Polizei musste mit einem
40 großen Aufgebot eingreifen, um die Situation unter Kontrolle zu bringen.

41 Obwohl Kurd*innen einer besonderen Bedrohung ausgesetzt sind, scheint diese Gefahr in
42 der Praxis deutscher Behörden vernachlässigt zu werden. So sollten Anfang Juni zwei
43 kurdische Frauen vom Flughafen BER in die Türkei abgeschoben werden, wo ihnen die
44 Kettenabschiebung in den Iran drohte. Dank des Engagements von Pro Asyl, Daniela
45 Sepehri und vieler weiterer Engagierter konnte die Abschiebung noch kurz vor Abflug
46 verhindert werden. Es ist für uns vollkommen unverständlich, weshalb den zwei Frauen
47 die Möglichkeit verwehrt wurde, überhaupt ein reguläres Asylverfahren in Deutschland
48 zu durchlaufen und wieso in Kauf genommen wurde, dass sie Repressionen durch das
49 extremistische Mullah-Regime erfahren könnten.

50 Es besteht ungeachtet dieses Vorfalles durchaus der Verdacht, dass das Bundesamt für
51 Migration und Flüchtlinge, kurz BAMF, kurdischstämmige Asylbewerber*innen
52 benachteiligt: Eine parlamentarische Anfrage der Gruppe "Die Linke" von April 2024
53 ergab, dass türkische Volkszugehörige im Jahr 2023 eine bereinigte Gesamtschutzquote
54 von 64,6% hatten, während kurdische Volkszugehörige aus der Türkei lediglich eine
55 Quote von 6,3% aufwiesen. Die "bereinigte Schutzquote" ist ein statistisches Maß, das
56 die tatsächliche Anerkennungsrate von Asylanträgen in Deutschland genauer
57 widerspiegelt, indem es formelle Entscheidungen aus der Berechnung ausschließt. Diese
58 formellen Entscheidungen umfassen Fälle, die nicht inhaltlich geprüft werden. Auch
59 wenn im Beispiel mögliche unterschiedliche Schutzgründe zu berücksichtigen sind, ist
60 diese geringe Annahmequote beunruhigend, da im Jahr 2023 52.642 kurdischstämmige
61 Türk*innen einen Asylantrag stellten und dieser Trend weiter steigend ist.

62 Neben Gewalterfahrungen erleben Kurd*innen auch eine Unsichtbarmachung ihrer
63 Lebensrealitäten bis hin zu einer Kriminalisierung eigener politischer Aktivitäten.
64 Kurdische Symbole, Vereine und Feste werden in Deutschland regelmäßig verboten. Im
65 Februar 2018 wurde eine Demonstration des damaligen kurdischen Demokratischen
66 Gesellschaftszentrum der KurdInnen, NAV-DEM e.V., verboten, da sie als Veranstalterin
67 angeblich Teil der PKK (Partiya Karkerên Kurdistanê, die "Arbeiterpartei Kurdistans",
68 seit 1993 in Deutschland wegen terroristischer Aktivitäten verboten) sei. Das
69 Verwaltungsgericht Düsseldorf erklärte in der Folge das Versammlungsverbot für
70 rechtswidrig. In Belgien gab es im April kurz nach dem Besuch des türkischen
71 Außenministers Razzien bei kurdischen TV-Sendern, bei der Computer und viele
72 technische Anlagen mitgenommen und sabotiert wurden. Ein weiteres Beispiel: Seit 1994
73 werden Daten zu kurdischen Vereinen auf Veranlassung des Bundesministeriums des
74 Innern und für Heimat automatisch an den Verfassungsschutz und das Bundeskriminalamt
75 übermittelt, obwohl der diese Praxis begründende Erlass „derzeit nicht auffindbar“
76 sein soll.

77 Die Kriminalisierung ist eine Fortsetzung der Unterdrückungspolitik in Deutschland,
78 die Kurd*innen in der Türkei erleben. Der Verdacht liegt nahe, dass die
79 Kriminalisierung kurdischen Lebens in Deutschland aufrechterhalten wird, um die
80 diplomatischen Beziehungen zur Türkei nicht zu gefährden. Unverständlich ist in dem
81 Kontext, dass die Bundesregierung keinerlei Daten über antikurdischen Rassismus
82 erhebt. Das muss sich dringend ändern! Um antikurdischen Rassismus effektiv bekämpfen
83 zu können, bedarf es belastbarer und aussagekräftiger Daten!

84 **Êzîd*innen schützen, keine Abschiebungen in den Irak!**

85 Ebenso sind Êzîd*innen maßgeblich von doppelt unsichtbarer Diskriminierung betroffen.
86 Die Êzîd*innen sind eine ethnisch-religiöse Gruppe, die hauptsächlich im nördlichen
87 Irak, in Nordsyrien und in der südöstlichen Türkei lebt. Ihre Religion ist
88 monotheistisch und vereint Elemente aus verschiedenen nahöstlichen Religionen. Sie
89 haben ein weltliches und ein religiöses Oberhaupt, den Baba Sheikh. Antiezidischer
90 Rassismus zeigt sich oft durch negative Zuschreibungen wie "Teufelsanbeter*innen"
91 oder "Ungläubige".

92 Ein besonders grausames Beispiel für antiezidischen Rassismus war der Genozid durch
93 die Terrormiliz IS im Jahr 2014, der von der internationalen Gemeinschaft und dem
94 deutschen Bundestag als Völkermord anerkannt wurde. Tausende Êzîd*innen wurden
95 getötet oder verschleppt, und viele leben noch heute in Geflüchtetenlagern. Auch
96 Êzîd*innen, die nach Deutschland vor dem IS geflüchtet sind, erleben in Deutschland
97 Diskriminierungen. Beispielsweise machte erst eine Petition im Jahr 2023 darauf
98 aufmerksam, dass im Schulunterricht regelmäßig ein Buch gelesen wird, in dem
99 Êzîd*innen rassistisch als "Teufelsanbeter*innen" bezeichnet werden. Betroffene
100 berichten darüber hinaus, dass sie auch in ihrem Alltag in Deutschland mit vielen
101 rassistischen Zuschreibungen konfrontiert sind.

102 Tausende Êzîd*innen sind in Deutschland akut von einer Abschiebung in den Irak
103 bedroht, wo ihre Lebensgrundlagen bereits zerstört sind und sie der Gefahr des IS
104 ausgesetzt sind. Deshalb unterstützen wir den offenen Brief von WADI e.V. und Pro
105 Asyl an den Bundestag "*Abschiebung von Jesidinnen und Jesiden sofort stoppen und eine*
106 *Fortsetzung des Völkermords verhindern*". Wie für alle Menschen gilt: Deutschland darf
107 sich nicht wegducken und muss seinen humanitären Verpflichtungen nachkommen. Das
108 bedeutet auch, dass Deutschland sich daran beteiligen soll die über 2000 noch immer
109 vermissten Kinder und Frauen, die vom IS verschleppt wurden, zu finden und zu
110 befreien.

111 **Antialevitischen Rassismus bekämpfen!**

112 Alevit*innen sind eine religiös-kulturelle Minderheit, die in Anatolien seit dem 13.
113 Jahrhundert entstanden ist. Sufismus und mystische Lehren, die vor allem Haci
114 Bektasch Veli zugeordnet werden, spielen in dieser Entwicklung eine zentrale Rolle.
115 Aleviten beziehen sich selbst auf den Imam Ali, den Cousin und Schwiegersohn des
116 Propheten Mohammed, und die Kette der zwölf Imame. Ungefähr 800.000 Alevit*innen
117 leben in Deutschland.

118 Antialevitischer Rassismus äußert sich durch eine pauschale Abwertung bzw. Abneigung
119 gegenüber Alevit*innen. Sie werden dabei als Ungläubige betrachtet und das
120 Alevitentum wird nicht anerkannt. Auch Begriffe wie „liberale Muslime“ oder
121 „Teufelsanbeter“ werden genutzt, um alevitische Personen zu diskreditieren. Mit dem
122 Begriff „Kızılbaş“ (dt. Rotkopf) finden bis heute vielerlei negative
123 Fremdzuschreibungen seitens der Mehrheitsgesellschaft in der Türkei statt, indem er
124 mit sittenwidrigem Verhalten sowie einer Neigung zur politischen Subversion
125 assoziiert wird und damit ein gesellschaftlich gemeinsames Feindbild geschaffen
126 wird.

127 Vor allem in der Türkei erfahren Alevit*innen in den verschiedensten Lebensbereichen
128 Ausgrenzung und Benachteiligung. In der Geschichte gab es immer wieder grausame

129 Ereignisse, in denen sich dieser antialevitischer Rassismus äußerte. Wie 1937/1938
130 Massaker in der Stadt Dersim bei dem 60.000 Alevit*innen umgebracht wurden, als
131 Antwort auf Proteste für alevitische Selbstbestimmung und Autonomie, oder Pogrome in
132 Malatya (1978), Kahramanmaraş (1978) und Çorum (1980), bei denen Häuser alevitischer
133 Menschen mit roten Kreuzen markiert wurden um sie leichter verfolgen, diskriminieren
134 und töten zu können. Oder das Sivas-Massaker 1993, ein Brandanschlag auf eine
135 alevitische Kulturtagung in einem örtlichen Hotel, bei dem 35 Menschen ums Leben
136 kamen. Bezeichnend ist hier, dass das Massaker über acht Stunden im Live-TV
137 ausgestrahlt wurde, es aber zu keiner öffentlichen Einschreitung oder Opferhilfe kam.
138 Außerdem ließen staatliche Institutionen wie Polizei und Feuerwehr oder
139 Kommunalpolitiker*innen den angreifenden Mob stundenlang gewähren.

140 Auch in Deutschland kommt es regelmäßig zu Vorfällen antialevitischen Rassismus: So
141 wurden im Jahr 2012 alevitische Gemeinden und Häuser sowohl in der Türkei als auch in
142 Deutschland als Einschüchterung systematisch mit Kreuzen gebrandmarkt und durch
143 Vandalismus beschädigt. Ebenso gab es in jüngster Zeit rassistische Schmierereien an
144 Wohnhäusern alevitischer Familien, etwa 2023 in Bad Kreuznach oder Anfang 2024 in
145 Völklingen.

146 **Gegen faschistische Ideologien! - Minderheiten schützen**

147 All diese Gruppierungen sind Minderheiten in der Minderheit und mit eigenen Formen
148 des Rassismus konfrontiert. Ihre Bedrohungslage ist akut und gegenwärtig:

149 Zuletzt offenbarte sich dies bei der Europameisterschaft im Fußball. Der türkische
150 Nationalspieler Merih Demiral zeigte beim Spiel gegen Österreich den rechtsextremen
151 Wolfsgruß - ausgerechnet am Jahrestag des Brandanschlags von Sivas. Wenn man die
152 Hintergründe dieses Grußes nicht kennt, mag er zunächst harmlos erscheinen. Doch der
153 Wolfsgruß stammt tief aus der Vergangenheit und ist ein Symbol des Rechtsextremismus,
154 von dem sich Kurd*innen, Alevit*innen, Êzîd*innen und Jüdinnen*Juden bedroht fühlen
155 und bedroht sind. Die Handgeste dient als Erkennungszeichen der rechtsextremen
156 türkischen Bewegung der "Grauen Wölfe" (Türkisch: „Bozkurtlar“). Diese Bewegung
157 vertritt eine faschistische, rassistische und antisemitische Ideologie und ist
158 bekannt für ihren extremen Nationalismus. Ihre Hauptfeindbilder sind Kurd*innen, aber
159 auch Alevit*innen, Jüdinnen*Juden, Armenier*innen und Êzîd*innen gehören dazu. Die
160 Handgeste imitiert den Kopf eines Wolfes, wobei der Zeigefinger und der kleine
161 Finger, die Ohren und der Daumen sowie der Mittel- und der Ringfinger die Schnauze
162 formen. Der Wolfsgruß wird oft als Ausdruck der Zugehörigkeit oder Sympathie mit
163 dieser Bewegung verwendet. In Deutschland ist die Geste nicht verboten.

164 Wir fordern das Verbot der Ülkücü-Bewegung (Deutsch: Nationalisten, weitere
165 Selbstbezeichnung der Grauen-Wölfe-Bewegung) in Deutschland, die eine ständige und
166 akute Bedrohung für Minderheiten verursacht. Ebenso fordern wir das Verbot des
167 Wolfsgrußes, welcher als Erkennungszeichen dieser Bewegung gilt.

168 Wir werden uns unermüdlich dafür einsetzen, jegliche Form von Rassismus und
169 Diskriminierung gegenüber Kurd*innen, Êzîd*innen, Alevit*innen und weiteren von
170 doppelten Diskriminierungen betroffenen Gruppen zu bekämpfen, stellen uns solidarisch
171 an die Seite der Betroffenen und positionieren uns gegen jene Personen und Regime,
172 die Formen der doppelten Diskriminierung verursachen und weiter aufrechterhalten. Als
173 antirassistischer und internationalistischer Verband ist für uns jegliche Form von
174 Ausgrenzung und Diskriminierung verwerflich.

175 **Deswegen fordern wir:**

- 176 • das Verbot der Graue-Wölfe-Bewegung und des Wolfsgrußes
- 177 • einen Stopp der Kriminalisierung kurdischen Lebens und Aktivismus in Deutschland
- 178 • ein generelles Abschiebeverbot und einen besonderen Schutz für Êzîd*innen,
179 insbesondere für geplante Abschiebungen in den Irak
- 180 • eine ständige Datenerhebung durch das BMI über rassistische Vorfälle, welche
181 doppelt unsichtbare Diskriminierungsmerkmale erfassen
- 182 • die Förderung und Finanzierung von Beratungsstellen, die doppelt unsichtbare
183 Diskriminierungsmerkmale bekämpfen, wie die „Informationsstelle antikurdischer
184 Rassismus“
- 185 • die Abschaffung von Flughafenverfahren
- 186 • Das grundsätzliche Verbot von Abschiebungen in den Iran, insbesondere von
187 Personen, die an den regimekritischen Protesten teilgenommen haben.

Antrag M10: Abschiebungen nach Afghanistan stoppen

Antragsteller*in:	Jusos Berlin
Sachgebiet:	M - Migration, Integration, Asyl- & Geflüchtetenpolitik

Die Versammlung möge beschließen:

1 Nach dem Anschlag in Solingen hat die SPD geführte Bundesregierung unter Beteiligung
2 von 11 Bundesländer, darunter Berlin, 28 Straftäter nach Afghanistan abgeschoben. Im
3 Grundgesetz ist ein Asylrecht verankert, die Genfer Flüchtlingskonvention hat
4 Deutschland unterschrieben. Nach beiden kann Afghanistan nicht als sicheres
5 Herkunftsland anerkannt werden, daher ist es nicht erlaubt Menschen dorthin
6 abzuschicken, das gilt auch für Straftäter*innen. Das hat auch einen guten Grund,
7 auch Straftäter*innen drohen in Ländern wie Afghanistan Verfolgung oder sogar der
8 Tod, in der Bundesrepublik Deutschland gibt es allerdings seit 1949 keine Todesstrafe
9 mehr, eine Abschiebung nach Afghanistan kommt dieser aber gleich und ist daher nicht
10 hinnehmbar.

11 Auch islamistische Täter dürfen nicht in Staaten wie Afghanistan abgeschoben werden,
12 ihnen droht dort zwar sehr wahrscheinlich nicht der Tod, viel eher würden diese für
13 ihre Gewalttaten belohnt werden, dies wäre insbesondere für die Angehörigen der Opfer
14 solcher Anschläge eine besondere Grausamkeit. Die Täter haben in Deutschland eine
15 Straftat begangen, sollten also auch nach deutschem Recht verurteilt und bestraft
16 werden, die Verantwortung dafür trägt der deutsche Staat und darf sich davor auch
17 durch Abschiebungen nicht drücken.

18 Ebenso darf das Umgehen der Genfer Flüchtlingskonvention durch Abschiebung in
19 Nachbarländer von nicht sicheren Herkunftsländern, damit diese die Leute dann
20 weiterleiten, keine Option
21 sein.

22 Prävention statt 23 Repression

24 Um Anschläge zu verhindern braucht es sicherlich auch gute Polizeiarbeit, aber
25 anstatt erst einzugreifen und etwas zu tun, wenn die Menschen schon fanatisch sind,
26 sollte vorher etwas getan werden, um solchen Fanatismus zu verhindern. Dazu braucht
27 es Aufklärungsarbeit an Schulen, in Flüchtlingsunterkünften, etc. Das Gute ist, dass
28 überhaupt nur die wenigsten Straftäter*innen IS-Attentäter sind. Die allermeisten
29 verüben Straftaten aus Frust und Verzweiflung, nicht aus Überzeugung. Die
30 Präventionsarbeit für solche Leute ist viel einfacher zu leisten und auch
31 kostengünstiger als deren potentielle Gerichtsverfahren und Gefängnisaufenthalte zu
32 finanzieren. Es braucht lediglich eine richtige Integrationsarbeit. An Schulen
33 braucht es dafür Psycholog*innen und geschultes Personal, um mit den Kindern in ihrer
34 Muttersprache reden zu können und die Lehrkräfte zu unterstützen. Flüchtlinge
35 brauchen niedrigschwellige und umfangreiche Therapieangebote, sie haben fast alle
36 traumatische Gewalt-Erfahrungen gemacht. Sie brauchen Menschenwürdige Unterkünfte und
37 einen niedrigschwelligen Zugang zu Arbeit, die meisten Flüchtlinge wollen arbeiten.
38 Dadurch können sie unabhängig vom Staat werden und schnell mit anderen Menschen in
39 Kontakt kommen und so z.B. schneller die deutsche Sprache lernen. Wenn ihnen ein

40 menschenwürdiges Dasein auf Augenhöhe der übrigen Menschen in Deutschland ermöglicht
41 wird, dann werden die Menschen auch nicht zur Umgehung des Arbeitsverbotes und
42 anderer repressive Lebenseinschränkungen Straftaten begehen. Der deutsche Staat und
43 damit die Politiker*innen sind verantwortlich dies zu ermöglichen, den übrigen
44 Bürger*innen zu vermitteln und die gesellschaftlichen Gräben zu schließen.

45 **Wir fordern daher:**

- 46 • Ein sofortiges stoppen der Abschiebungen insgesamt, auch nach Afghanistan
- 47 • Das Unterlassen jeglicher Abschiebungen in nicht sichere Herkunftsländer und
48 deren Nachbarländer, darunter fallen unter anderem auch Syrien, Iran, Irak,
49 Libyen, Pakistan und die Türkei.
- 50 • Eine öffentliche begründete Erklärung der Bundesregierung, die den Menschen
51 vermittelt, warum es nicht sinnvoll ist nach Afghanistan und andere nicht
52 sichere Herkunftsländer abzuschicken
- 53 • Investitionen in die Präventionsarbeit für Geflüchtete
- 54 • Leichterem Zugang zu Arbeit
- 55 • Niedrigschwellige Therapie Angebote, auch für minderjährige Geflüchtete, etwa an
56 Schulen
- 57 • Extra Personal an Schulen, das speziell für den Umgang mit Geflüchteten geschult
58 ist und deren Muttersprachen spricht
- 59 • Menschenwürdige Unterkünfte

Antrag M11: Grenzen öffnen, Extremismus bekämpfen: Für Menschlichkeit und Rechtsstaat!

Antragsteller*in:	Jusos Sachsen
Sachgebiet:	M - Migration, Integration, Asyl- & Geflüchtetenpolitik

Die Versammlung möge beschließen:

1 Die Sozialdemokratie hat seit ihrer Gründung vor über 160 Jahren stets die
2 Menschenwürde verteidigt und für internationale Solidarität gekämpft – trotz
3 aller Widerstände. Als Jusos und Sozialdemokrat:innen tragen wir die historische
4 Verantwortung, uns für diejenigen einzusetzen, die auf Schutz angewiesen sind,
5 ihre Würde zu bewahren und entschieden gegen Ressentiments vorzugehen. Unsere
6 Grundwerte – Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – sollten uns gerade in
7 schwierigen Zeiten leiten. Kaum eine andere Partei steht so überzeugend für die
8 Europäische Idee, das Friedensprojekt Europa und die Europäische Integration.
9 Doch die aktuellen politischen Entwicklungen, insbesondere in Bezug auf Asyl-
10 und Migrationspolitik, sind erschreckend. Das islamistische Attentat in
11 Solingen, das wir aufs Schärfste verurteilen, hat die Gefahren von religiösem
12 Fanatismus deutlich gemacht. Es ist die Aufgabe unseres Staates, Bürger:innen zu
13 schützen und entschieden gegen jegliche Form von Extremismus vorzugehen. Dabei
14 müssen insbesondere auch migrantische Stimmen Gehör finden, die von Islamismus
15 bedroht sind. Gleichzeitig darf der Schutz der Bürger:innen jedoch niemals als
16 Vorwand genutzt werden, um pauschale Ausgrenzung oder Stigmatisierung ganzer
17 Gesellschaftsgruppen zu legitimieren. Die Debatte der letzten Tage ist ein
18 Weckruf zur Verteidigung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und
19 Menschenrechten.
20 Mit Entsetzen mussten wir beobachten, wie führende Sozialdemokrat:innen eine
21 Politik der Ausgrenzung und Stigmatisierung vorantreiben – durch Exekutiv-
22 Maßnahmen wie Grenzschließungen und Inhaftierungen in Grenznähe. Dies stellt
23 eine ganze Gruppe von Menschen pauschal unter Terrorismusverdacht und schränkt
24 ihre Rechte substanziell ein. Die vorgeschlagenen Kürzungen von Sozialleistungen
25 unter das Existenzminimum und die Hinderung der Einreise von Asylsuchenden
26 widersprechen nicht nur dem europäischen Gedanken und dem deutschen Grundgesetz,
27 sondern legitimieren auch rechtspopulistische und rechtsextreme Narrative.
28 Grenzkontrollen an den Deutschen Grenzen sind nicht zielführend. Keine Kommune
29 wird entlastet und Islamismus wird nicht bekämpft. Es ist nicht die Schuld von
30 Geflüchteten, dass Kommunen überlastet sind oder wir eine nicht
31 zufriedenstellende Infrastruktur haben. Warum werden Schutzsuchende ständig
32 dafür verantwortlich gemacht? Die Debatte um Grenzkontrollen und generell um die
33 Verschärfung des Asylrechts ist eine Vergiftung des politischen Klimas und des
34 Diskurses gegen Geflüchtete. Warum stellen wir mittlerweile jeden
35 Schutzsuchenden unter Generalverdacht ein*e islamistische*r Gefährder*innen zu
36 sein? Geflüchtete sind grundsätzlich keine Terrorist*innen. Im Gegenteil sie
37 fliehen vor Islamismus und diktatorischen Regimen. Ein besserer Ansatz, um
38 Islamismus zu bekämpfen wäre die Förderung von Demokratie und Aussteiger- oder

39 Integrationsprojekten. Fluchtursachen werden mithilfe von Grenzkontrollen auch
40 nicht bekämpft. Fakt ist Menschen werden fliehen, solange die Situation in ihrer
41 Heimat unerträglich bleibt.

42 Islamismus und Rechtsextremismus teilen die hasserfüllte Ablehnung von
43 Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und unserer pluralistischen Gesellschaft. Beide
44 versuchen, durch die Verbreitung von Angst die Gesellschaft zu spalten. Die
45 Aufgabe der Sozialdemokratie muss es sein, sich konsequent gegen jede Form von
46 Terror, Demokratie- und Menschenfeindlichkeit zu stellen. Wir dürfen die
47 menschenfeindlichen Narrative rechter Parteien nicht übernehmen, da dies den
48 politischen Diskurs gefährlich nach rechts verschiebt. Eine Sozialdemokratie,
49 die geschlossene Grenzen und pauschale Ausgrenzung unterstützt, schwächt nicht
50 nur ihre eigenen Werte, sondern gefährdet auch den Fortbestand unserer
51 Demokratie.

52 Wir, als Jusos, die junge Basis der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands,
53 widersprechen entschieden diesem Kurs. Eure politischen Alleingänge stehen
54 fundamental gegen die Werte unserer Partei. Die Übernahme rechter Narrative in
55 der Asyl- und Migrationspolitik, sei es durch innereuropäische Grenzkontrollen,
56 Auslagerung von Asylverfahren in autoritär regierte Drittstaaten, Abschiebungen
57 in Kriegsgebiete oder die Kürzung von Sozialleistungen, führt den Diskurs in
58 eine gefährliche Richtung.

59 Deshalb fordern wir eine Rückbesinnung auf unsere Grundwerte und eine humane
60 Asylpolitik, die Schutz und Integration statt Ausgrenzung und Isolation in den
61 Mittelpunkt stellt. Abschiebungen nach Afghanistan und Syrien müssen gestoppt
62 werden, Geflüchtete müssen angemessen untergebracht und versorgt werden, und
63 alle Menschen in Deutschland, unabhängig von ihrer Herkunft, sollten sofortigen
64 Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten.

65 Ein schrecklicher Anschlag darf nicht die Grundlage für langfristiges
66 politisches Handeln sein. Die aktuelle Diskursverschiebung nach rechts schafft
67 weder bezahlbare Wohnungen noch höhere Löhne oder angemessene Renten.
68 Stattdessen befeuert sie einen migrationsfeindlichen und rassistischen Diskurs,
69 der die Gesellschaft weiter spaltet. Mit dieser Politik werdet ihr selbst Teil
70 des Rechtsrucks.

71 Wir erwarten von der Führung der Sozialdemokratie, dass sie sich wieder für eine
72 humane, solidarische Politik einsetzt, die den Grund- und Menschenrechten
73 verpflichtet ist. Ein Teilnahme an nationalistischen Überbietungswettbewerben
74 kann keine Lösung sein. Es ist unsere Verantwortung, die Demokratie zu
75 verteidigen und den extremen Rechten entschieden entgegenzutreten – im Sinne
76 unserer gemeinsamen Werte.

77 Das Sicherheitspaket ist unmenschlich, insbesondere da sich ein Teil der
78 Maßnahmen explizit gegen Geflüchtete richtet, indem die Lebenssituation dieser
79 verschlechtert wird. Sowohl die Einschränkung des Familiennachzugs für Menschen,
80 die in Deutschland subsidiären Schutz erhalten haben, als auch die Einstellung
81 der Zahlungen für Asylsuchende, bei denen sich im Dublin-Verfahren
82 herausgestellt hat, dass die Zuständigkeit bei einem anderen europäischen
83 Mitgliedsstaat liegt, sind Einschränkungen für Asylsuchende. Wir lehnen die
84 Maßnahmen zur Verschlechterung der Situation von Schutzsuchenden ab. Als

85 Demokrat*innen und besonders als Sozialdemokrat*innen sind wir in der Pflicht
86 die Menschenwürde aller Menschen zu wahren.

87 Wir fordern:

- 88 • **Keine „Asylwende“ nach rechts:** Wir widersprechen einer politischen
89 Verschiebung in Richtung rechter Asylpolitik.
- 90 • **Keine innereuropäischen Grenzkontrollen:** Wir lehnen Grenzschießungen und
91 grenznahe Inhaftierungen ab.
- 92 • **Stoppt Abschiebungen in Kriegs- und Krisengebiete:** Insbesondere nach
93 Afghanistan und Syrien müssen Abschiebungen sofort gestoppt werden.
- 94 • **Keine Kürzungen von Sozialleistungen für die Ärmsten:** Sozialleistungen
95 dürfen nicht unter das Existenzminimum gekürzt werden, um Druck auf
96 Geflüchtete auszuüben.
- 97 • **Humanitäre Asylpolitik:** Wir fordern eine Asylpolitik, die Schutz und
98 Integration statt Ausgrenzung und Isolation in den Vordergrund stellt.
- 99 • **Einhaltung von Grund- und Menschenrechten:** Wir erwarten, dass die
100 Menschenrechte uneingeschränkt gewahrt werden. Das im Grundgesetz
101 verankerte Recht auf Asyl muss weiterhin ein individuelles subjektives
102 Recht bleiben.
- 103 • **Angemessene Unterbringung und Versorgung für Geflüchtete:** Es muss
104 sichergestellt werden, dass alle Geflüchteten angemessen untergebracht und
105 versorgt werden. Eine auskömmliche finanzielle Ausstattung der Kommunen
106 als Hauptträger dieser Aufgaben halten wir dabei für essentiell.
- 107 • **Zugang zum Arbeitsmarkt für alle:** Alle in Deutschland lebenden Menschen,
108 unabhängig von ihrer Herkunft, sollten sofortigen Zugang zum Arbeitsmarkt
109 erhalten.
- 110 • **Effektive Bekämpfung des Extremismus:** Wir fordern eine präventive und
111 rechtsstaatlich fundierte Bekämpfung von Extremismus, ohne pauschale
112 Stigmatisierungen.
- 113 • **Verteidigung der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit:** Die Demokratie darf
114 nicht durch die Übernahme rechter Narrative gefährdet werden.

115 Wir beschränken uns nicht auf Forderungen, die wir an Bundesregierung und
116 Bundestagsfraktion richten. Wir engagieren uns aktiv vor Ort, um das politische
117 Klima gegen Rassismus und den Rechtsruck zu stärken. Wir organisieren regelmäßig
118 Bildungs- und Aufklärungsveranstaltungen, in denen über die Gefahren von
119 Rechtsextremismus und Rassismus informiert wird. Durch Workshops, Diskussionen
120 und öffentlichkeitswirksame Aktionen fördern wir eine offene, solidarische
121 Gesellschaft und setzen klare Zeichen gegen menschenfeindliche Ideologien. Wir
122 arbeiten dafür mit zivilgesellschaftlichen Initiativen zusammen, um
123 demokratische Werte zu stärken und unterstützen Projekte, die gezielt
124 Integration und Aussteigerprogramme für rechtsextreme oder radikalisierte
125 Menschen fördern. Mit unseren Verwandten, Freund:innen und Bekannten suchen wir
126 den Diskurs, um dem Rechtsruck entgegen zu wirken.

127 Der derzeitige Kurs der SPD erschüttert uns. Er erschwert unsere konsequente
128 antifaschistische Arbeit. Wir wollen diese Partei nicht an einen rechten Diskurs

129 verlieren und fordern eine Rückkehr zu einer humanistischen Asylpolitik - dazu
130 gehört vor allem eine Rücknahme der Versprechen bezüglich Abschiebungen nach
131 Syrien und Afghanistan. Zusätzlich fordern wir von eine Entschuldigung von Olaf
132 Scholz und Nancy Faeser für rassistische Aussagen und für die inhumane Politik.
133 Solche Aussagen dürfen sich nicht wiederholen! Auch die Abschiebungen in die
134 Türkei müssen gestoppt werden. Abschließend verlangen wir von einem
135 sozialdemokratischen Bundeskanzler und Bundesregierung, dass sie Geflüchtete und
136 Organisationen, die sich für sie einsetzen unterstützen, anstatt gegen sie zu
137 hetzen. Es geht bei dieser Debatte nicht um Schlagzeilen oder Wahlumfragen
138 sondern um Menschenleben. Es geht um das Leben unserer Freund*innen und
139 Genoss*innen.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag M12: Doppelt belogen und betrogen: Ehemalige mosambikanische Vertragsarbeiter:innen endlich gerecht entlohnen!

Antragsteller*in:	Jusos Sachsen
Sachgebiet:	M - Migration, Integration, Asyl- & Geflüchtetenpolitik

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Die mosambikanische Geschichte geht auf viele Jahrhunderte zurück. Erst als
- 2 Sultans-Staat zur Kolonie Portugals bis zu einem Ende der Kolonialherrschaft und
- 3 der Gründung eines sozialistischen Landes. Der Name Mosambiks geht auf die
- 4 Entdeckung der Portugiesen zurück, welche auf den Sultan Mussa Al Biq trafen.
- 5 Durch ein Missverständnis mit dem Namen des Herrschers dachten die Portugiesen,
- 6 dies sei der Name des Landes.

- 7 Nach über 500 Jahren Kolonialgeschichte versuchten am 16. Juni 1960
- 8 Hafearbeitende für bessere Arbeitsbedingungen zu kämpfen [1], denn das
- 9 faschistische Portugal unter der Herrschaft Salazars sah die Mosambikaner*innen
- 10 als eigen an. 1962 gründete sich die Frente de Libertação de Moçambique
- 11 (FRELIMO), welche früher eine Rebellenorganisation war und heute Staatspartei in
- 12 Mosambik ist, im Nachbarland Tansania, nachdem 600 Menschen durch die Proteste
- 13 gestorben sind [1]. Die FRELIMO wurde dabei insbesondere durch die DDR und die
- 14 Sowjetunion militärisch unterstützt. Am 25. April 1974 begann die
- 15 Nelkenrevolution in Portugal, wobei alle portugiesischen Kolonien,
- 16 einschließlich Mosambik, unabhängig wurden. Am 25. Juni 1975 übernahm FRELIMO
- 17 entsprechend die Amtsgeschäfte der ehemaligen Kolonie und gründete den Staat,
- 18 welcher sozialistisch wurde.

- 19 Am 24. Februar 1979 wurde zwischen der DDR und der sozialistischen Volksrepublik
- 20 Mosambik ein Staatsabkommen unterschrieben [2]. Dieser vereinbarte Staatsvertrag
- 21 regelte die wirtschaftlichen und militärische Beziehungen untereinander.
- 22 Zentrale Rolle haben dabei aber allerdings die zukünftigen Vertragsarbeitenden
- 23 gespielt. Durch die Lieferungen von Waffen sollte Mosambik die Schulden, welche
- 24 bei der DDR gemacht wurden, begleichen. Noch im selben Jahr wurden die ersten
- 25 Vertragsarbeitenden in die DDR gebracht. Diese sollten laut der mosambikanischen
- 26 Regierung in eine produktive Ausbildung gehen, um diese später im eigenen Staat
- 27 als Fachkräfte für die Produktionsindustrien beschäftigen zu können. Allerdings
- 28 kam es nicht dazu. In der DDR wurden diese Arbeitskräfte für die Produktion in
- 29 VEBs an Maschinen angelernt. Dazu kam, dass 25 % monatlich des Lohns von 1979
- 30 bis zum Jahresende 1985 als Lohnpflichttransferleistung [2] einbehalten wurden.
- 31 Ab 1986 bis 1990 wurden 60 % des Lohnes einbehalten. Diese sollten laut DDR-
- 32 Regierung für die mosambikanischen Vertragsarbeitenden im Land verfügbar sein.
- 33 Allerdings wurden damit die Schulden getilgt. Die Erhöhung der Einbehaltung ist
- 34 gestiegen, weil Mosambik aufgrund der Bürgerkriege gegen Portugal und RENAMO
- 35 keine Steinkohle mehr für die DDR verkaufen konnte. Die DDR nutzte die
- 36 Steinkohle als Schuldentilgung, indem sie diese billig aufkaufte und teurer auf
- 37 dem internationalen Markt verkaufte, um daraus die Devisen zu erhalten.

38 Durch den Mauerfall mussten allerdings rund 16.000 Vertragsarbeitende aus
39 Mosambik zurück, aufgrund des neuen Aufenthaltsgesetzes aus der Bundesrepublik
40 Deutschland. Um einen Aufenthaltstitel hier zu erhalten, waren die
41 Voraussetzungen, dass man mindestens acht Jahre in der DDR gelebt hat, einen
42 festen Arbeitsvertrag besitzt und Kenntnisse der deutschen Sprache aufwies. Rund
43 1000 Mosambikaner*innen blieben in den neuen Bundesländern, da diese in den
44 Betrieben weiterhin gebraucht wurden. 1991 kamen einige ehemalige
45 Vertragsarbeitende zurück, da sie bereits in Deutschland Beziehungen geknüpft
46 und Familien gegründet hatten. Den nach Mosambik Zurückgekehrten wurde schnell
47 klar, dass sie betrogen wurden. Die Sozialversicherungspässe wurden ihnen
48 entzogen und eigentlich rechtmäßig zustehende Lohnpflichttransferleistungen von
49 der DDR und der mosambikanischen Regierung einbehalten. Schnell wurden diese
50 eine marginalisierte Gruppe im eigenen Land.

51 Seit 1990 bis heute demonstrieren diese jeden Mittwoch in der Hauptstadt Maputo
52 für die Zahlung der bis heute einbehaltenen Lohnpflichttransferleistungen. 1990
53 zahlte die Bundesrepublik ca. 75 Millionen DM an die mosambikanische Regierung,
54 um die Lohnzahlungen auszuführen. Allerdings wurde dieses Geld für andere Zwecke
55 genutzt. Auch den hier noch lebenden Vertragsarbeitenden wurde kein einziger
56 Cent gezahlt. Von 2004 bis 2006 gab es Scheinzahlungen der mosambikanischen
57 Regierung. In dieser Zeit befand sich Mosambik in einer starken Inflation,
58 welche die Folge hatte, dass es in dieser Zeit auch eine Währungsreform gab.
59 Meist beliefen sich die Zahlungen auf ca. 200 Medicaïs, was heute nur etwa 2,87
60 € entspricht [3]. Demzufolge klar unter dem, was den Vertragsarbeitenden
61 zusteht. Bis heute warten diese auf eine gerechte Entlohnung, um endlich mit
62 diesem Thema abzuschließen. 2019 fand anlässlich des 40. Jahrestages der
63 Unterzeichnung des Staatsvertrages zwischen der DDR und Mosambik die Magdeburger
64 Konferenz statt. Zu dieser wurde die damalige Bundesregierung, ehemalige SED-
65 Funktionär*innen und die ehemaligen Vertragsarbeitenden eingeladen [4]. Auch im
66 letzten Jahr vertrat die SED-Opferbeauftragte der Bundesregierung zusammen mit
67 Adelino Messuvria [5] die ehemaligen Vertragsarbeitenden im
68 Menschenrechtsausschuss des Deutschen Bundestages [6].

69 Adelino Messuvria betonte, dass aufgrund der geringen Lebenserwartung in
70 Mosambik viele Betroffene in seinem Alter bereits verstorben sind. Allerdings
71 sollen diese Zahlungen direkt an die nachfolgende Generation ausgezahlt werden,
72 da diese ebenfalls marginalisiert werden. Laut ihm sollten die ehemaligen
73 Vertragsarbeitenden alle rund ca. 10.000 € bekommen, da dies eine angemessene
74 Summe sei, mit der jede*r ehemalige Arbeitende zufrieden sei. Die SED-
75 Opferbeauftragte [7] spricht sich für eine ähnliche Summe aus. Diese beläuft
76 sich auf ca. 7.000 €.

77 **Deshalb fordern wir:**

- 78 • Doppelt belogen und betrogen, **Mosambikaner*innen steht das Geld zu!** Die
79 von der DDR-Staatsführung einbehaltene Lohnpflichttransferleistungen müssen
80 von der Bundesregierung als Rechtsnachfolger endlich ausgezahlt werden.
81 Die Höhe der Zahlungen soll mit der*dem amtierenden SED-Opferbeauftragten,
82 dem „Vertragsarbeit Mosambik-DDR“-Projektes des Lothar-Kreyssig-
83 Ökumenezentrums der Evangelische Kirchen Mitteldeutschlands (Madjermanes:

84 Trabalhadores Moçambicanos contratados na RDA [8]), der Bundesregierung
85 und dem Deutschen Bundestag vereinbart werden. Ideal nach der Forderung
86 des Projektes „Vertragsarbeit Mosambik-DDR“ **sollen sich diese Zahlungen**
87 **auf 10.000 € belaufen.** Für die Aufarbeitung sind bereits die jeweiligen
88 SED-Opferbeauftragten der Länder [9] und Vereine/Organisationen [10]
89 tätig. Deswegen schließen wir uns dieser Forderung an! Es ist auch wichtig
90 sicherzustellen, dass das Geld auch tatsächlich bei den Betroffenen
91 ankommt und nicht in den Konten von Mosambikanischen Staatsbeamten landet
92 (siehe 1990-1992) [10]

- 93 • Dass dieses Thema richtig aufgearbeitet wird, da aus der Sicht der
94 ehemaligen Vertragsarbeitenden Deutschland aufgrund der fehlenden
95 Aufarbeitung eine Teilschuld trägt.

96 Fußnoten:

97 [1] https://de.wikipedia.org/wiki/Massaker_von_Mueda [?] Visão História. Nr. 12.
98 Lissabon Juni 2011, S. 36.

99 [2] [https://vertragsarbeit-mosambik-ddr.de/wp-](https://vertragsarbeit-mosambik-ddr.de/wp-content/uploads/2020/12/Transferordnung.pdf)
100 [content/uploads/2020/12/Transferordnung.pdf](https://vertragsarbeit-mosambik-ddr.de/wp-content/uploads/2020/12/Transferordnung.pdf)

101 [3] 2005 gab es eine Währungsreform aufgrund der hohen Inflation. Dabei wurden
102 bspw. die 20000er Scheine zu 200ern. Damals entsprach ein 1 Medical somit 0,022
103 Euro. Umgerechnet wären dies in Euro zur damaligen Zeit: 4,40 €

104 [4] <https://vertragsarbeit-mosambik-ddr.de/konferenz/>

105 [5] Adelino Messuvia ist einer der beiden Sprecher*innen des Projektes
106 „Vertragsarbeit Mosambik-DDR“. Er selbst war einer der vielen
107 vertragsarbeitenden Mosambikaner*innen in der DDR. Er lebt heute in Suhl.

108 [6] [https://vertragsarbeit-mosambik-ddr.de/wp-content/uploads/2023/10/230919-](https://vertragsarbeit-mosambik-ddr.de/wp-content/uploads/2023/10/230919-KKM-RB_106_S12-14_Endlich-Anerkennung_Hans-Joachim-Doering.pdf)
109 [KKM-RB_106_S12-14_Endlich-Anerkennung_Hans-Joachim-Doering.pdf](https://vertragsarbeit-mosambik-ddr.de/wp-content/uploads/2023/10/230919-KKM-RB_106_S12-14_Endlich-Anerkennung_Hans-Joachim-Doering.pdf)

110 [7] <https://www.bundestag.de/sed-opferbeauftragte>

111 [8] Portugiesischer Name des Projektes „Vertragsarbeit Mosambik-DDR“

112 [9] Nur in den ostdeutschen Bundesländern

113 [10] Beispiele sind hier die Evangelische Kirchen in Mitteldeutschland,
114 Technikmuseum Magdeburg usw. [https://www.spiegel.de/geschichte/ddr-](https://www.spiegel.de/geschichte/ddr-vertragsarbeiter-aus-mosambik-ausgegrenzt-geprellt-vergessen-a-fb81c960-6da3-4e92-8678-89ad62ae482d)
115 [vertragsarbeiter-aus-mosambik-ausgegrenzt-geprellt-vergessen-a-fb81c960-6da3-](https://www.spiegel.de/geschichte/ddr-vertragsarbeiter-aus-mosambik-ausgegrenzt-geprellt-vergessen-a-fb81c960-6da3-4e92-8678-89ad62ae482d)
116 [4e92-8678-89ad62ae482d](https://www.spiegel.de/geschichte/ddr-vertragsarbeiter-aus-mosambik-ausgegrenzt-geprellt-vergessen-a-fb81c960-6da3-4e92-8678-89ad62ae482d)

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag M13: Wir lassen uns nicht spalten!

Antragsteller*in:	Jusos Hamburg
Sachgebiet:	M - Migration, Integration, Asyl- & Geflüchtetenpolitik

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 1. Psychosoziale Beratungsangebote sowie die psychologische und
2 psychotherapeutische Versorgung müssen bedarfsgerecht (stärker) finanziert
3 werden.
- 4 2. Geflüchtete müssen unabhängig von ihrem aufenthaltsrechtlichen Status Zugang
5 psychosozialen Angeboten haben. Geflüchtete, insbesondere aus Kriegsgebieten,
6 müssen aktiv auf die Beratungs- und Hilfeangebote hingewiesen werden. Ein
7 niedrigschwelliger Zugang ist ab dem Zeitpunkt der Zuweisung an ein Bundesland
8 sicherzustellen.
- 9 3. Zivilgesellschaftliche Akteure, die Menschen in verschiedenen, schwierigen
10 Lebenslagen unterstützen und/oder zur Stärkung von Gemeinschaften beitragen,
11 sind zu stärken und bedarfsgerecht zu finanzieren. Dasselbe gilt für Angebote
12 der offenen Kinder- und Jugendarbeit und Straßensozialarbeit sowie für inklusive
13 Bildungs- und Kulturprojekte.
- 14 4. De-Radikalisierungs- und Präventionsprogramme gegen Islamismus und
15 Rechtsextremismus müssen stärker gefördert werden und langfristige
16 Finanzierungszusagen erhalten. Aufklärungskampagnen zur Medienkompetenz sind
17 einzuführen, um Menschen gegen extremistische Inhalte zu wappnen. Die schulische
18 Medienkompetenzvermittlung ist entsprechend anzupassen.
- 19 5. Leistungskürzungen für Asylbewerber*innen und andere Maßnahmen, die soziale
20 Ausgrenzung verstärken, lehnen wir ab. Inklusive Maßnahmen, die die Integration
21 fördern und Parallelgesellschaften verhindern, sind auszubauen.
- 22 6. Ein generelles Verbot von „Angriffsmessern“ wie Springmesser begrüßen wir.
23 Haushaltsübliche Messer sind allerdings ausschließlich an „gefährlichen Orten“
24 zu verbieten. Anwohnende sind auszunehmen. Auch an der städtischen
25 Lebensrealität vorbeigehende Verbote der Mitnahme haushaltsüblicher Messer im
26 öffentlichen Nahverkehr lehnen wir ab.
- 27 7. Der Schusswaffenbesitz ist stärker zu regulieren. Zur besseren Durchsetzung der
28 bestehenden Regulierung soll eine zentrale Waffenbehörde geschaffen werden.
- 29 8. Die Überwachung und Zerschlagung rechtsextremer und islamistischer Netzwerke
30 durch den Verfassungsschutz und Sicherheitsbehörden muss intensiviert werden. Es
31 sind schärfere Sanktionen gegen Akteure und Plattformen zu verhängen, die aktiv
32 Hass und Hetze verbreiten.
- 33 9. Vertreter*innen der sozialdemokratischen Partei sind zur sprachlichen Mäßigung
34 und zum verantwortungsvollen Umgang mit ihrer Rolle gegenüber allen Menschen
35 angehalten.

Begründung

Mit einem Satz hat Friedrich Merz recht: Der überwiegende Teil der tödlichen Anschläge der letzten Jahre wurde durch Islamisten verübt. Das, was er für eine Lösung hält ist allerdings keine, sondern rassistische, spaltende Hetze. Wir lehnen Symbolpolitik und Scheindebatten ab. Es liegt an uns, durch eine verantwortungsbewusste Politik und durch gezielte Maßnahmen zur Prävention und Integration die gesellschaftliche Spaltung zu überwinden. Anstatt die Diskussion nach rechts zu verschieben und den Diskurs extremistischen Kräften zu überlassen, müssen wir klare und fundierte Lösungen voranbringen, die das Vertrauen in unsere Gesellschaft und Demokratie stärken. Nur so verhindern wir, dass die AfD und andere rechte Akteure weiter von der Verunsicherung und Spaltung in der Gesellschaft profitieren.

Die Verantwortung politisch Handelnder in Debatten

Die politische Debatte in Deutschland wird zunehmend von populistischen und rechtsextremen Akteuren beeinflusst, die darauf abzielen, gesellschaftliche Spannungen zu verstärken und den Diskurs weiter nach rechts zu verschieben. Es ist die Verantwortung aller politisch Handelnden, dieser Entwicklung entgegenzutreten und klar zu machen, dass aus einer solchen Verschiebung nur die AfD und ähnliche Akteure profitieren. Wer in Symbolpolitik und populistische Scheinlösungen abdriftet, läuft Gefahr, den Diskurs derart zu prägen, dass rechtsextreme Positionen schleichend normalisiert werden.

Gefahr durch gesellschaftliche Spaltung und die Folgen von Symbolpolitik

Die Anschläge und Gewalttaten in Deutschland in den letzten Jahren, wie der OEZ-Anschlag in München, der rechtsextreme Terrorakt in Hanau, das Attentat in Solingen und der Messerangriff in Siegen, sind erschreckende Beispiele für die Auswirkungen von gesellschaftlicher Spaltung und Radikalisierung. Während die ersten drei Taten klar von extremistisch ideologisierten Täter*innen verübt wurden, zeigt der Messerangriff in Siegen, dass auch psychisch labile Personen zur Gefahr werden können. Insbesondere dann, wenn sie in einer Gesellschaft leben, die Spaltung und Feindseligkeit fördert. Daher ist es unerlässlich, präventive Maßnahmen zu ergreifen, die sowohl die psychische Gesundheit stärken als auch Radikalisierung verhindern.

Symbolpolitik, wie das pauschale Verbot von Messern, lenkt von den eigentlichen Problemen ab und bietet keine nachhaltigen Lösungen. Stattdessen gilt es, die Ursachen von Gewalt und Radikalisierung anzupacken und die Gesellschaft insgesamt widerstandsfähiger gegen Extremismus und Spaltung zu machen.

Stärkung psychosozialer Angebote und Unterstützung für Geflüchtete

Um die Verbreitung von Gewalt durch psychisch labile und radikalisierte Personen zu verhindern, ist eine umfassende psychosoziale Betreuung von zentraler Bedeutung. Psychologische und psychotherapeutische Versorgung muss bedarfsgerecht finanziert werden (Forderung 1), um sicherzustellen, dass Menschen in schwierigen Lebenslagen frühzeitig Hilfe erhalten und nicht in Extremismus oder Gewalt abrutschen.

Besonders Geflüchtete, die oft durch Krieg, Verfolgung und Vertreibung traumatisiert sind, müssen unabhängig von ihrem aufenthaltsrechtlichen Status Zugang zu solchen Angeboten haben (Forderung 2). Die aktive Information über Beratungs- und Hilfsangebote sowie ein niedrigschwelliger Zugang sind entscheidend, um diesen Menschen eine echte Perspektive zu geben und ihrer potenziellen Radikalisierung vorzubeugen.

Unterstützung zivilgesellschaftlicher Akteure und Stärkung der Gemeinschaft

Zivilgesellschaftliche Akteure spielen eine Schlüsselrolle in der Prävention von Gewalt und Radikalisierung. Organisationen, die in der offenen Kinder- und Jugendarbeit oder in der Straßensozialarbeit tätig sind, leisten wertvolle Arbeit zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und müssen daher stärker gefördert und finanziert werden (Forderung 3). Diese Angebote bieten Jugendlichen und jungen Erwachsenen Alternativen zur Radikalisierung und schaffen Räume der

Begegnung und des Austauschs, die Vorurteilen und Hass entgegenwirken.

Langfristige Förderung von De-Radikalisierungs- und Präventionsprogrammen

Darüber hinaus sind De-Radikalisierungs- und Präventionsprogramme gegen Islamismus und Rechtsextremismus dringend erforderlich und müssen langfristige Finanzierungszusagen erhalten (Forderung 4). Diese Programme helfen, extremistische Ideologien zu bekämpfen und Menschen aus extremistischen Szenen herauszuführen. Eine stabile und kontinuierliche Finanzierung ermöglicht es diesen Initiativen, nachhaltig zu arbeiten und langfristige Erfolge zu erzielen.

Verhältnismäßigkeit in der Gesetzgebung: Keine Symbolpolitik beim Messerverbot

Das Beispiel des Messerangriffs in Siegen zeigt, dass die Radikalisierung nicht immer die Ursache für solche Taten ist. Deshalb ist es wichtig, nicht in eine Symbolpolitik zu verfallen, die wenig mit der Realität zu tun hat. Ein pauschales Verbot haushaltsüblicher Messer im öffentlichen Nahverkehr ist realitätsfremd und kriminalisiert Menschen unnötig. Gerade die Lebensrealität in Städten geht damit einher, immer wieder auch Messer über 5cm Klingenlänge mit sich zu führen – sei es, weil sie gerade erworben wurden oder weil sie für ein gemeinsames Picknick benötigt werden. Stattdessen sollten nur gezielte Verbote an tatsächlich gefährlichen Orten ausgesprochen werden, ohne allerdings die Anwohnenden pauschal einzubeziehen (Forderung 5).

Strengere Regulierung des Schusswaffenbesitzes zur Erhöhung der Sicherheit

Eine stärkere Regulierung des Schusswaffenbesitzes ist eine notwendige Maßnahme, um die Gefahr tödlicher Anschläge zu minimieren. Die Schaffung einer zentralen Waffenbehörde könnte helfen, die bestehenden Regelungen effektiver durchzusetzen und den Zugang zu Waffen besser zu kontrollieren (Forderung 6). Hier geht es nicht um Symbolpolitik, sondern um konkrete Schritte, um die Sicherheit aller Bürger*innen zu erhöhen.

Antrag M14: Schluss mit rechten Narrativen: Für eine SPD ohne rechtskonservative Einflüsse und menschenfeindliche Abschiebepolitik

Antragsteller*in:	Jusos Hamburg
Sachgebiet:	M - Migration, Integration, Asyl- & Geflüchtetenpolitik

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Wir fordern unsere Partei auf, sich klar von rechtskonservativen und
- 2 rechtsnationalistischen Positionen abzugrenzen. Die Parteispitze sowie
- 3 Entscheidungsträger*innen in kommunalen und regionalen Funktionen müssen aufhören,
- 4 rechten Narrativen zu folgen und die Grundwerte unserer Partei zu verraten.
- 5 Zukünftige Kandidierende und Wahlprogramme müssen sich deutlich gegen den Rechtsruck
- 6 positionieren und dürfen keine populistische Hetze gegen Geflüchtete unterstützen. Des
- 7 Weiteren fordern wir unsere Partei auf, die von Bundeskanzler Olaf Scholz geforderte
- 8 verschärfte Abschiebep Praxis abzulehnen, da dies Kernthemen der Rechten bedient und
- 9 nicht mit den humanitären Werten der Sozialdemokratie vereinbar ist.
- 10 Sozialdemokratische Politik muss sich auch weiterhin auf humanitäre Werte stützen und
- 11 menschenwürdige Lösungen in der Migrationspolitik suchen. Insbesondere lehnen wir
- 12 Abschiebungen in Unrechtsstaaten wie Afghanistan, Iran und Syrien strikt ab.

Begründung

Die zunehmende Akzeptanz rechter Ideologien bedroht die demokratischen Werte, die unsere Partei seit jeher verteidigt. Eine klare Abgrenzung und ein aktives Engagement gegen Rechts sind unerlässlich, um die Glaubwürdigkeit und Integrität der SPD zu bewahren. Das Bekenntnis von Bundeskanzler Olaf Scholz zu mehr Abschiebungen – auch in Unrechtsstaaten wie Afghanistan, Iran und Syrien – ist alarmierend und wird von uns scharf kritisiert. Es bedarf einer sozialdemokratischen Politik mit humanitären Werten. Mit der Erweiterung unserer Forderungen wollen wir sicherstellen, dass wir auch auf gesellschaftlicher Ebene einen Beitrag zur Bekämpfung des Rechtsrucks in unserer Gesellschaft leisten und die Grundwerte der SPD bewahren.

Antrag M15: Migrationsberatung und Berufssprachkurse ausfinanzieren!

Antragsteller*in:	Jusos Hamburg
Sachgebiet:	M - Migration, Integration, Asyl- & Geflüchtetenpolitik

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Die SPD-Bundestagsfraktion sowie die sozialdemokratischen Mitglieder der
- 2 Bundesregierung werden aufgefordert, sich gegen eine Reduktion der Mittel für die
- 3 Migrationsberatung und die Durchführung von Berufssprachkursen einzusetzen. Vielmehr
- 4 müssen diese Mittel entsprechend der steigenden Nachfrage und des größeren
- 5 Berechtigtenkreises erhöht werden.

Begründung

In diesem Jahr wurde die Zielgruppe der Berechtigten zur Inanspruchnahme von Berufssprachkursen auf alle Geflüchteten aus der Ukraine, alle Asylbewerber*innen und Menschen, die nach dem jüngst beschlossenen Fachkräfteeinwanderungsgesetz nach Deutschland kommen, erweitert. Dadurch vergrößert sich der Kreis der Anspruchsberechtigten auf einen Schlag massiv. Das begrüßen wir ausdrücklich, da Sprachkenntnisse einer der wichtigsten Schlüssel zur Teilhabe in unserer Gesellschaft sind. Damit dieses Angebot aber auch von allen Berechtigten und Interessierten wahrgenommen werden kann, muss es ausreichend finanziert werden. Die im Haushaltsentwurf geplante Mittelkürzung um fast 30 % (von 81 auf 57 Millionen Euro) ist daher geradezu absurd und darf den Bundestag so nicht passieren.

Antrag M16: Kampf gegen anti-Asiatischen-Rassismus – gestern, heute und morgen!

Antragsteller*in:	Jusos Hessen-Süd
Sachgebiet:	M - Migration, Integration, Asyl- & Geflüchtetenpolitik

Die Versammlung möge beschließen:

1 Weiterleitung an: Bundesparteitag SPD

2 Hass, Diskriminierung und Rassismus gegen Menschen ost- und südostasiatischer
3 Herkunft sind nicht nur ein historisches Problem. Das Jahr 2020 dient als Beispiel
4 für Diskriminierung und Rassismus gegen Menschen asiatischer, vor allem ost- und
5 südostasiatischer Herkunft, und zeigt dessen systemisches Problem. Während der
6 Corona-Pandemie stiegen Hass- und Gewalttaten drastisch an. Diese wurden unter
7 anderem durch die Bezeichnung der globalen Pandemie als sogenannte „China Flu“ oder
8 „Kung Flu“ durch den ehemaligen US-Präsidenten Donald Trump vorangetrieben. Aufgrund
9 der zugespitzten Lage fanden Asiat*innen und Menschen asiatischer Herkunft immer
10 weniger Unterstützung und wurden zum Sündenbock der Corona-Pandemie weltweit. Dies
11 führte zu Beleidigungen, Ausgrenzung und körperlichen Angriffen auf Menschen mit
12 asiatischer Herkunft. Nachdem die öffentlichen Medien versagt hatten über Anti-
13 Asiatische Hassverbrechen zu berichten, führte dies für viele Menschen asiatischer
14 Herkunft zum Aufruf in den sozialen Medien wie #webelonghere oder #AsianLivesMatter,
15 um ein Bewusstsein für die gefährliche Situation und Hassverbrechen an Menschen
16 asiatischer Herkunft zu schaffen. Insbesondere weitverbreitete Stereotypen wie die
17 *Model Minority Myth* verschlimmern die Problematik für Menschen asiatischer Herkunft,
18 da geglaubt wird, dass sie keine Diskriminierung oder Rassismus erfahren, weshalb vor
19 allem vor der Pandemie Gewalt und Hassverbrechen gegen Menschen asiatischer Herkunft
20 in unserer Gesellschaft unbeachtet blieb. Auch nach der Pandemie sind Menschen
21 asiatischer Herkunft täglich Rassismus und Diskriminierung ausgesetzt. Selbst nach
22 den tragischen Ereignissen wie dem *Atlanta Spa Shooting (2021)* finden Hass- und
23 Gewaltverbrechen an Menschen asiatischer Herkunft zu wenig Beachtung in unserer
24 Gesellschaft.

25 Feindbilder über Menschen asiatischer Herkunft sind nicht neu, dennoch traten und
26 treten diese seit der Corona-Pandemie vermehrt und geballt auf. Menschen asiatischer
27 Herkunft sind in Deutschland über Jahrzehnte Stigmata ausgesetzt. Im Zuge der
28 Aufnahme von vietnamesischen Geflüchteten aufgrund des Vietnamkrieges in der alten
29 BRD, sowie der Vertragsabschluss der DDR-Regierung mit den sozialistischen
30 Bruderländern wie u.a. Vietnam zum Einsatz sogenannter Vertragsarbeit wurden Menschen
31 asiatischer Herkunft, insbesondere nach der Wiedervereinigung Opfer rechter Gewalt.
32 Die Pogrome in Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen dienen hierbei als Paradebeispiel
33 für den anzuerkennenden Rassismus an Menschen asiatischer Herkunft, hier mit Blick
34 auf vietnamesische Deutsche, welche speziell in Ostdeutschland in erheblichem Umfang
35 stigmatisiert wurden und immer noch werden.

36 Aktuell geschieht Hass und Diskriminierung gegen Menschen asiatischer Herkunft immer
37 häufiger im Netz. Zudem ist zu beobachten, dass medial ausgelöste und mitverursachte
38 rassistische Gewalt sich normalisiert hat. Vorwiegend die sozialen Medien bieten die

39 Möglichkeit für Hassverbrechen ohne strafrechtliche Konsequenzen. Vor allem die
40 Plattform *TikTok* lädt mit sogenannten Trends dazu ein, sich Klischees und Stereotypen
41 gegen Menschen asiatischer Herkunft zu bedienen. Im vergangenen Jahr kursierte ein
42 TikTok-Trend, welcher mit der Benutzung eines vietnamesischen Liedes dazu führte,
43 dass Inhaber*innen und Mitarbeiter*innen mit asiatischer Herkunft von Nagelstudios
44 aufgrund ihrer Sprachakzente überwiegend von der weißen Mehrheitsgesellschaft
45 diffamiert und verspottet wurden. Zudem werden in der Kommentarspalte zunehmend
46 rassistische Äußerungen getätigt und normalisiert, wodurch der mediale Diskurs von
47 Hassverbrechen verstärkt bedroht ist.

48 Darüber hinaus zeigt sich asiatischer Rassismus auch in der Fanszene (primär ost-
49)deutscher Fußballvereine, wie eine Choreo von Hansa Rostock beim Spiel gegen den FC
50 St. Pauli beweist. Demnach zeigte das Banner der Südkurve der Anhänger von Hansa
51 Rostock den Plattenbau Rostocks mit dem sogenannten Sonnenblumen-Haus im Stadtteil
52 Lichtenhagen. Ultras zündeten Bengalos und schwarze Rauchtöpfe, wodurch der optische
53 Eindruck entstand, dass der Plattenbau in Flammen steht. Dies deutet auf den
54 rassistisch-motivierten Brandanschlag auf das Sonnenblumen-Haus im Jahr 1992. Hansa
55 Rostock fällt bereits seit Jahren mit der Bagatellisierung der rassistischen
56 Ausschreitungen in Lichtenhagen auf und bekennt sich bis heute nicht zu den
57 Rassismus-Vorwürfen.

58 Die historischen und aktuellen Ereignisse, vor allem in Bezug auf Menschen mit ost-
59 und südostasiatischer Herkunft, zeigen deutlich, dass solche Hassverbrechen noch
60 immer Problem strukturellen Rassismus sind. Der Koalitionsvertrag der aktuellen
61 Bundesregierung, sowie der „Nationale Aktionsplan gegen Rassismus“ zeigen, dass trotz
62 der Aktualität und Vielzahl der Rassismus-Vorfälle gegen Menschen asiatischer
63 Herkunft, das Thema „anti-Asiatischer-Rassismus“ im Unterschied zu anderen
64 Rassismusformen nicht einmal erwähnt wird. Dadurch werden Menschen asiatischer
65 Herkunft in Deutschland im Unterschied zu anderen Betroffenengruppen nicht als
66 schutzwürdig anerkannt und anti-Asiatischer-Rassismus nicht einmal thematisiert.
67 Deshalb ist es umso wichtiger auf diese Problematik aufmerksam zu machen, ein
68 Bewusstsein zu schaffen und präventiv und intervenierend dagegen auf allen Ebenen
69 vorzugehen.

70 Aus diesem Grund haben wir folgende Forderungen:

- 71 1. Eine starke Auseinandersetzung mit der Problematik und Sensibilisierung
72 innerhalb der Jusos, indem Veranstaltungen organisiert (z.B.
73 Podiumsdiskussionen), Schulungen und Workshops durchgeführt, Kampagnen und
74 Aktionspläne entwickelt, Betroffene eingeladen, Netzwerke aufgebaut, interne
75 Richtlinien entwickelt und Bildungs- und Empowerment-Maßnahmen gefördert werden.
- 76 2. Die Umsetzung und Förderung von Aufklärungskampagnen in Form von Workshops,
77 interkulturellen Veranstaltungen, Medienkampagnen, Programmen und Initiativen,
78 sowie die Einbindung von Communities, kulturellen Institutionen und
79 Vertreter*innen ost- und südostasiatischer Herkunft.
- 80 3. Die Bereitstellung von sicheren Anlaufstellen und Ressourcen für Opfern von
81 Rassismus und Hassverbrechen:
 - 82 3. Die Einrichtung von Meldeforen, die Opfern eine anonyme und vertrauliche
83 Möglichkeit bieten, Vorfälle zu melden und Unterstützung zu erhalten.

- 84 4. Die Bereitstellung von rechtlicher Beratung.
- 85 4. Die Förderung der politischen Teilhabe von Menschen mit ost- und
86 südostasiatischer Herkunft, indem Kandidat*innen mit ost- und südostasiatischer
87 Herkunft für politische Ämter auf allen Ebenen gefördert und unterstützt werden,
88 sowie die Teilhabe vor allem bei Menschen mit Sprachbarriere erleichtert wird.
- 89 5. Die Unterstützung internationaler Bemühungen zur Bekämpfung von Rassismus an
90 Menschen ost- und südostasiatischer Herkunft, sowie die Schaffung eines
91 Bewusstseins für rassistische Ereignisse im internationalen Raum.
- 92 6. Eine intensive Auseinandersetzung in der Forschung, um Ursachen und Auswirkungen
93 von Rassismus und Diskriminierung gegen Menschen ost- und südostasiatischer
94 Herkunft zu untersuchen. Dies erfordert die Umsetzung folgender Schritte:
- 95 6. Die Bereitstellung eines Bundesbudgets in bedarfsgerechter Höhe, zur
96 Finanzierung und Förderung von Forschungsprojekten.
- 97 7. Die Analyse von Daten über Hassverbrechen, Diskriminierungserfahrungen und
98 Vorurteilen gegen Menschen ost- und südostasiatischer Herkunft in
99 verschiedenen Regionen und Gesellschaften
- 100 8. Die Untersuchung der psychologischen und soziologischen Mechanismen hinter
101 rassistischen Vorurteilen und Diskriminierungen gegen Menschen ost- und
102 südostasiatischer Herkunft. Zum Beispiel durch die Erforschung von
103 Stereotypenbildung, Vorurteilen, gruppenbezogener Abwertung und
104 internalisierten Rassismus.
- 105 9. Die Einbindung Betroffener in Forschungsprozesse, um Perspektiven und
106 Erfahrungen angemessen zu berücksichtigen.
- 107 10. Vor allem eine langfristige Forschung, welche die Auswirkungen von
108 Rassismus und Diskriminierung gegen Menschen ost- und südostasiatischer
109 Herkunft auf das Wohlbefinden, die psychische Gesundheit, die Integration
110 und die sozioökonomische Entwicklung von Betroffenen untersucht.
- 111 7. Die Bekämpfung von Hass, Diskriminierung und Rassismus im Netz. Dies erfordert
112 die Stärkung der Online-Präventions- und Interventionsstrategien, welche mit
113 folgenden Schritten umgesetzt werden können:
- 114 7. Die Durchführung von Online-Kampagnen, um die Öffentlichkeit über die
115 Prävalenz von Online-Hass und Rassismus aufzuklären und dessen Auswirkungen
116 zu verdeutlichen.
- 117 8. Die Einrichtung von spezialisierten Teams, die auf schnelle Moderation und
118 Entfernung von rassistischer Hassrede im Netz spezialisiert sind, um eine
119 sichere Online-Umgebung zu gewährleisten.
- 120 9. Die Zusammenarbeit mit Internetplattformen, welche dazu aufgefordert sind,
121 ihre Richtlinien und Standards anzupassen, um Hass, Diskriminierung und
122 Rassismus im Netz zu bekämpfen.
- 123 10. Eine stärkere Strafverfolgung gegen Online-Täter durch effektive rechtliche
124 Rahmenbedingungen.
- 125 8. Die verpflichtende Auseinandersetzung von Sportvereinen und deren Fanclubs am
126 Beispiel von Fußballverein wie Hansa Rostock mit ihren Rassismus-Vorwürfen, die
127 Aufarbeitung der Geschehnisse und das Bekennen zu den Vorfällen in Form von

128 öffentlichen Statements und Entschuldigungen. Wir fordern die Festlegung klarer
129 Richtlinien des Deutschen Fußballbundes für den Umgang mit rassistischen
130 Vorfällen, indem unter anderem interne Guidelines aufgesetzt und umgesetzt
131 werden. Insbesondere der Umgang mit asiatischem Rassismus findet in bisherigen
132 Anti-Rassismus-Kampagnen des DFB keine Beachtung, weshalb dieser behandelt
133 werden muss. Auch Schiedsrichter*innen müssen auf dem Platz sensibilisiert
134 werden und es bedarf angemessener Sanktionen für rassistisches Verhalten.

135 Beides erfordert die Bereitstellung von mehrsprachigen Mitarbeiter*innen, um den
136 Zugang für alle Betroffenen zu ermöglichen.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag N01: Vergesellschaftung der Festnetz- und Mobilfunkinfrastruktur

Antragsteller*in:	AG Jusos Baden-Württemberg
Sachgebiet:	N - Netzpolitik, Medien, Datenschutz & Digitales

Die Versammlung möge beschließen:

1 *Zur Weiterleitung an BuKo, Bundesparteitag*

2 **Wir Jusos fordern:**

3 Deutschland hinkt im internationalen Vergleich seit langer Zeit hinterher was Ausbau
4 von Glasfaser- sowie Mobilfunkinfrastruktur angeht. Nach wie vor gibt es
5 weitreichende Flächen in Deutschland in denen nur langsame kupferbasierte
6 Festnetzanschlüsse vorliegen. Nicht besser sieht es im Mobilfunk aus, wo es nach wie
7 vor weiße Flecken ohne Mobilfunkabdeckung oder nur unzureichende Abdeckung über
8 veraltete Funktechnologien wie 2G oder 3G gibt, die eine sinnvolle Nutzung erheblich
9 erschweren. Ungeachtet dieser Missstände wird der Ausbau und Betrieb der Festnetz-
10 und Mobilfunkinfrastruktur nach wie vor überwiegend in privater, gewinnorientierter
11 Hand betrieben. Wir erlauben uns den Ausbau von mehreren parallelen Netzen an Stellen
12 an denen bereits gute Abdeckung vorhanden ist, um Wettbewerb in einem Bereich zu
13 schaffen, der eigentlich ein natürliches Monopol darstellt. Gleichzeitig wird das
14 Prinzip der Netzneutralität zugunsten der bestbietenden Firma umgangen. Weiterhin
15 versteigern wir Frequenzen für viele Milliarden Euro an
16 Telekommunikationsunternehmen, was den Ausbau weiter verteuert. Diese Strategie
17 funktioniert nicht und ist sinnlos. Die Netzabdeckung in Deutschland ist schlecht und
18 die Preise sind im Vergleich zum europäischen Umland hoch. Um diesen Umstand zu
19 beheben fordern wir die Vergesellschaftung der Festnetz- sowie Mobilfunkinfrastruktur
20 in eine staatliche Gesellschaft, welche ein gemeinsames deutschlandweites Netz ohne
21 überflüssige Redundanzen und weiße Flecken betreibt und ausbaut. Da uns bewusst ist
22 dass eine solche Vergesellschaftung keine einfache Aufgabe ist, fordern wir für die
23 Übergangszeit bis sie umgesetzt werden kann die verpflichtende Einführung von
24 nationalem Roaming durch alle Mobilfunkbetreiber, um allen Nutzer*innen
25 flächendeckenden Zugriff auf das Netz zu ermöglichen.
26 ausbaut. Zugang zu diesem entsprechenden Netz sollen zukünftig dann alle Netzanbieter
27 haben. Da uns bewusst ist dass eine solche Vergesellschaftung keine einfache
28 Aufgabe ist, fordern wir für die Übergangszeit bis sie umgesetzt werden kann die
29 verpflichtende Einführung von nationalem Roaming durch alle Mobilfunkbetreiber.
30 Weiterhin soll in der Übergangszeit der Bau von doppelten Netzinfrastrukturen durch
31 mehrere Betreibergesellschaften untersagt werden, um unnötige Verschwendung von
32 wirtschaftlichen Kapazitäten zu vermeiden.

Begründung

Erfolg mündlich.

Antrag N02: Anerkennung digitaler Gewalt als Gewaltform und Stärkung des Schutzes für Betroffene

Antragsteller*in:	AG Jusos Baden-Württemberg
Sachgebiet:	N - Netzpolitik, Medien, Datenschutz & Digitales

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Zur Weiterleitung: SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion
- 2 Wir als Jusos setzen uns mit Entschlossenheit für die Anerkennung digitaler Gewalt
3 als Gewaltform und die Stärkung des Schutzes für Betroffene ein. In Anlehnung an die
4 Forderungen von HateAid fordern wir daher:
 - 5 1. Anerkennung digitaler Gewalt als Gewaltform durch die Strafverfolgung: Digitale
6 Gewalt ist in unserer vernetzten Gesellschaft zu einem massiven Problem
7 geworden. Sie verursacht nicht nur seelisches Leid, sondern kann auch
8 schwerwiegende Auswirkungen auf die Gesundheit der Betroffenen haben. Wir
9 fordern daher, dass digitale Gewalt endlich gesellschaftlich und rechtlich als
10 Gewalt anerkannt wird. Es ist wichtig, digitale und analoge Räume nicht länger
11 voneinander zu trennen und die gesamtgesellschaftliche Relevanz dieser Form von
12 Gewalt anzuerkennen.
 - 13 2. Aufklärung von Polizei und Strafverfolgungsbehörden sowie der breiten
14 Öffentlichkeit: Um digitale Gewalt effektiv bekämpfen zu können, muss das
15 Bewusstsein für die Problematik geschärft werden. Polizei und
16 Strafverfolgungsbehörden müssen besser auf die Besonderheiten von
17 Hasskriminalität im Netz vorbereitet und geschult werden. Gleichzeitig ist eine
18 breite Aufklärungskampagne in der Öffentlichkeit vonnöten, um deutlich zu
19 machen, dass das Internet kein rechtsfreier Raum ist und Straftaten konsequent
20 verfolgt werden. Zudem sollen Polizei und Staatsanwaltschaften mit zusätzlichem
21 Personal und verbessertem digitalem Equipment ausgestattet werden, um dem
22 zunehmenden Aufkommen von Straftaten im Netz gerecht zu werden.
 - 23 3. Strukturelle Anpassungen für eine niedrigschwellige Anzeigerstattung: Um die
24 Anzeigerstattung bei digitaler Gewalt zu erleichtern, müssen Barrieren abgebaut
25 werden. Wir fordern die Einführung flächendeckender Möglichkeiten, Strafanzeigen
26 online zu stellen. Schließlich sollten Beleidigungsdelikte im Internet keinen
27 (hand-)schriftlichen Strafantrag erfordern, um die Hürden für die Betroffenen zu
28 senken und eine unkomplizierte Anzeigerstattung zu ermöglichen.
 - 29 4. Besserer Schutz der Betroffenen vor digitaler Gewalt: Betroffene von digitaler
30 Gewalt brauchen dringend Unterstützung und Schutz. Wir fordern daher die
31 Einrichtung eines bundesweiten Netzwerks an Beratungsstellen für Betroffene.
32 Zudem sollten Polizeidienststellen spezialisierte Ansprechpersonen für
33 Hasskriminalität im Netz benennen, um eine einfühlsame und angemessene Betreuung
34 der Betroffenen zu gewährleisten.

Begründung

Die digitale Welt durchdringt nahezu jeden Aspekt unseres Lebens und bietet uns unzählige Möglichkeiten

zur Vernetzung und Kommunikation. Leider hat diese zunehmende Vernetzung auch ihre Schattenseiten, da digitale Gewalt in Form von Hasskriminalität im Netz eine alarmierende Ausbreitung findet. Niemand sollte sich in digitalen Räumen vor Verletzung und Diskriminierung fürchten müssen. Es ist an der Zeit, dass wir diese dringlichen Anliegen aufgreifen und konkrete Maßnahmen ergreifen, um die Rechte und Sicherheit der Betroffenen zu gewährleisten.

Quelle: <https://hateaid.org/zdf-magazin-royale-hass-im-netz-polizei/>

Antrag N03: (Un)Sicherheit im Netz? - Das "Neuland" sicher für alle machen!

Antragsteller*in:	AG Jusos Baden-Württemberg
Sachgebiet:	N - Netzpolitik, Medien, Datenschutz & Digitales

Die Versammlung möge beschließen:

1 **Zur Weiterleitung an:** Landesparteitag der SPD, Bundeskongress der Jusos,
2 Landtagsfraktion der SPD, Bundestagsfraktion der SPD

3 Wenn wir an Sicherheit denken, kommt uns wahrscheinlich inzwischen ziemlich schnell
4 der russische Angriffskrieg in den Kopf. Vielleicht haben wir auch vor Augen wie
5 sicher wir uns eigentlich zuhause, im öffentlichen Raum oder in Clubs fühlen.
6 Sicherheit im Straßenverkehr dürfte insbesondere für alle von uns ein Begriff sein,
7 die gerade ihren Führerschein gemacht haben oder dabei sind. Doch seit einigen
8 Jahrzehnten hat diese (Un-)Sicherheit eine ganz neue Dimension gewonnen. Eine
9 Dimension, die keinesfalls für sich existiert, sondern eng mit der schon ewig
10 bekannten Realität verzahnt ist, aber dennoch oft vergessen wird: die Sicherheit im
11 digitalen Raum. Vergessen wird zum Beispiel oft, dass dem russischen Angriffskrieg
12 ein lange weitgehend unter der Oberfläche verborgener Cyberkrieg vorrausging. Mit der
13 Verbindung aus herkömmlicher Kriegstaktik und neuen Mitteln im Cyberbereich hat
14 Russland damit den Begriff der hybriden Kriegsführung für sich beansprucht. Teil von
15 ebenjener ist aber nicht nur das uns bekannte Hacken, sondern auch
16 Desinformationskampagnen und
17 Meinungsbestimmung. Wenn wir uns fragen, wie sicher wir uns eigentlich in
18 öffentlichen Räumen fühlen, müssen wir uns theoretisch auch fragen, wie sicher wir
19 uns eigentlich in digitalen Räumen fühlen? Fühlen wir uns in Kommentarspalten von
20 Instagram und Co. wohl mit all dem Hass? Haben wir bildbasierte sexualisierte Gewalt
21 einfach so hinzunehmen? Und wenn es im Straßenverkehr für einen sicheren Umgang so
22 viele Regeln braucht, welche Regeln haben wir denn eigentlich im Umgang mit KI?
23

24 **Unser Umgang mit Digitaler Gewalt**

25 Kaum haben wir in den letzten Wochen ein Video auf dem Instagramaccount der Jusos
26 Baden-Württemberg hochgeladen, war die Kommentarspalte innerhalb von Minuten schon
27 voll von menschenverachtenden Kommentaren. Gerade in der Zeit des Wahlkampfes, war das
28 bei uns kein Einzelfall, sondern sah bei vielen Kandidierenden vor Ort ähnlich aus.
29 Dabei ist schon lang klar, dass das Internet kein rechtsfreier und unregulierter Raum
30 ist. Als ein zentraler Ort der öffentlichen Debatte und demokratischen Teilhabe ist
31 das Internet zunehmend bedroht von Hass, Hetze und Desinformation. Um das Internet
32 wieder zu einem sicheren Ort für uns alle zu machen, fordern die Jusos Baden-
33 Württemberg im Umgang mit digitaler Gewalt das Folgende: **Awareness**

34 Für den Schutz vor digitaler Gewalt ist es zunächst notwendig zu definieren, was
35 digitale
36 Gewalt überhaupt ist. Die Frauenhauskoordinierung e.V. definiert digitale Gewalt als

37 „verschiedene Formen der Gewalt, welche mithilfe technischer Geräte und über
38 Programme oder Plattformen ausgeübt wird“. Digitale Gewalt steht dabei meist in
39 direkter Verbindung zu analoger Gewalt. Neben dem sehr bekannten Hatespeech zählt
40 dazu noch die bildbasierte sexualisierte Gewalt, die Erstellung von Fakeprofilen,
41 oder der Datendiebstahl. Wie groß das Problem mit digitaler Gewalt ist, ist leider
42 kaum beziehungsweise bisher gar nicht empirisch erfasst. Das liegt zum einen daran,
43 dass zu wenigen Menschen bewusst ist, dass auch das

44 Internet kein rechtsfreier Raum ist und Beleidigungen, sogenannte “Dickpics”,
45 Volksverhetzung oder ähnliches strafbar sind. Daher fordern wir:

46 **1. Digitale Bildung in die Schulen:** Die umfassende Berücksichtigung digitaler
47 Bildung in den Lehrplänen, um Schüler*innen über den sicheren Umgang mit dem
48 Internet, Datenschutz und dem Schutz vor digitalem Hass aufzuklären. In Bezug
49 darauf, dass wir inzwischen immer früher online aktiv sind, ist das auch bereits
50 in den unteren Klassenstufen wichtig, um über die Gefahren von Grooming (die
51 gezielte Kontaktaufnahme Erwachsener mit Minderjährigen in Missbrauchsabsicht“
52 vgl. Wikipedia: Grooming) und ähnlichem frühzeitig aufzuklären.

53 **2. Öffentliche Kampagnen:** Eine umfassende nationale Bildungsoffensive zur Förderung
54 der Medienkompetenz. Diese Initiative soll mit mindestens 6,5 Milliarden Euro
55 ausgestattet werden und gezielte Bildungsprogramme und Schulungen für alle
56 Altersgruppen umfassen, um die breite Bevölkerung gegen Desinformationen,
57 digitale Gewalt, Risiken der Datenweitergabe und die Möglichkeiten des
58 (rechtlichen) Selbstschutzes im digitalen Raum zu informieren, denn wir sehen,
59 dass es auch bei (jungen) Erwachsenen an Sensibilität für digitale Gewalt
60 mangelt.

61 **Der Staat**

62 Das Problem besteht jedoch nicht nur auf Seiten der Nutzer*innen, sondern greift
63 deutlich weiter. Wie schon beschrieben gibt es viel zu wenige datenbasierte Studien
64 zum Thema der digitalen Gewalt. Das Ausmaß und mögliche Konsequenzen für die
65 Betroffenen werden demzufolge nirgends erfasst. Beispielsweise fallen das online
66 Stalken und Belästigen einer*eines (Ex-)Partner*in meist unter häusliche und nicht
67 digitale Gewalt. Wir fordern daher:

68 **1. Regelmäßige Studien und Berichte:** Eine kontinuierliche Erfassung und Analyse von
69 Hassdynamiken im Internet durch regelmäßige Studien und Berichte. Diese Daten
70 sollen dazu genutzt werden, gezielt Maßnahmen zur Bekämpfung von Hass im Netz zu
71 entwickeln und die Effektivität bestehender Maßnahmen zu überprüfen.

72 **2. Schulung von Beamt*innen:** Daneben sollen auch Beamt*innen im Umgang mit
73 digitaler Gewalt besser geschult werden. Dabei geht es zum einen darum, dass das
74 Bewusstsein geschärft wird, da es noch immer Polizist*innen gibt, die
75 beispielsweise in so genannten “Revenge-Porn“-Fällen („Als Racheporno bezeichnet
76 man pornografische [...] angefertigte Videos oder Bilder einer anderen Person, die
77 im Rahmen eines

78 **3. Digitalisierung der Justiz:** Auch die Justiz muss digital aufgerüstet werden, um
79 Fälle von digitaler Gewalt effizient und zeitnah bearbeiten zu können. Dies
80 umfasst die Implementierung digitaler Tools und Plattformen, die den Betroffenen

81 den Zugang zu Rechtsmitteln erleichtern und eine schnellere Bearbeitung von
82 Fällen ermöglichen.

83 **4. Aufbau eines Beratungsnetzwerks:** Es soll ein bundesweites Netzwerk von
84 spezialisierten Beratungsstellen für Betroffene digitaler Gewalt aufgebaut
85 werden. Diese Beratungsstellen sollen den Betroffenen Unterstützung und Beratung
86 bieten und ihnen helfen, ihre Rechte durchzusetzen.

87 Racheaktes veröffentlicht werden“ (vgl. Wikipedia: Revenge Porn) die Schuld bei der
88 Person sehen, welche die Fotos/ Videos überhaupt gemacht hat. Zum anderen muss auch
89 die Beweissicherung durch die Polizei verbessert werden.

90 **Gesetzliche Rahmenbedingungen**

91 In den letzten Jahren hat sich auf Seiten der Legislative bereits Einiges getan: so
92 wurde beispielsweise der Digital Services Act von der Europäischen Union
93 verabschiedet, der Dienstleistungen im digitalen Raum besser regulieren soll und etwa
94 Anbieter*innen dazu verpflichtet, stärker gegen illegale Inhalte vorzugehen und damit
95 der eigenen Verantwortung gerecht zu werden. Ein weiterer Schritt auf EU-Ebene war
96 die *Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt*. Auch in
97 dieser thematisiert die EU digitale Gewalt und sieht vor, dass besonders Betroffene
98 von häuslicher Gewalt besser geschützt werden sollen. Hier gilt es nun von der
99 Bundesregierung entsprechende Konzepte vorzulegen, um ebendiese Richtlinien auch auf
100 nationaler Ebene umzusetzen. Das Bundesministerium der Justiz hat vor mehr als einem
101 Jahr ein Eckpunktepapier für ein Digitales Gewaltschutzkonzept vorgelegt, seitdem ist
102 jedoch wenig passiert. Wir fordern daher die schnellstmögliche Umsetzung dieses
103 Eckpunktepapiers unter Anwendung einer wie oben beschriebenen Definition der
104 digitalen Gewalt. Daneben sollen die geplanten Regelungen nur auf die
105 Persönlichkeitsrechte von Privatpersonen beschränkt werden. Weiter sehen wir in
106 Accountsperrern kein effektives Mittel, da der verwaltungstechnische Aufwand einer
107 richterlich angeordneten Accountsperrung in keinem Verhältnis zu der Wirkung steht und
108 die entsprechende Person sich einfach einen neuen Account erstellen kann.

109 Dies darf nicht dazu führen, dass einfach eine anlasslose Vorratsdatenspeicherung
110 eingeführt wird. Eine solche würde in die Privatsphäre aller, die im digitalen Raum
111 unterwegs sind, und damit stark in Grundrechte eingreifen und es besteht die Gefahr,
112 dass Daten durch Sicherheitsbehörden oder einzelne Verfassungsfeinde in diesen
113 Behörden missbraucht werden. Für uns ist klar, dass mit Bezug auf diese Formen von
114 Gewalt eine Login-Falle, wie sie bereits im Koalitionsvertrag steht, eine effektive
115 und angemessene Maßnahme darstellt, die die Grundrechte nicht zu sehr einschränkt.
116 Die Login-Falle ist ein von D64 entwickeltes Verfahren, welches es
117 Strafverfolgungsbehörden ermöglichen soll, mittels standardisierter Schnittstellen
118 Ermittlungsverfahren gegen Straftäter*innen einzuleiten. Nutzer*innen können
119 potenzielle Straftaten direkt auf der genutzten Plattform melden. Diese Meldung wird
120 von Strafverfolgungsbehörden überprüft. Bei einem Anfangsverdacht für eine Straftat
121 wird nach richterlicher Anordnung beim nächsten Login automatisiert die IP-Adresse
122 der/des möglichen Straftäter*in an die Behörden übermittelt und über einen
123 Datenabgleich ihre/seine Stammdaten (Name, Adresse) ermittelt. Lediglich wenn sich
124 zeigen sollte, dass eine solche Login-Falle in der Praxis scheitern sollte, wobei
125 dies derzeit jedoch nicht ersichtlich ist, darf der Gesetzgeber weitergehende

126 Eingriffsbefugnisse prüfen.

127 Die Chatkontrolle, bei der private Kommunikation systematisch überwacht wird, ist für
128 uns keine Option. Sie greift erheblich in die Privatsphäre der Nutzer*innen ein und
129 schränkt die Meinungsfreiheit ein, da Menschen aus Angst vor Überwachung
130 möglicherweise weniger offen kommunizieren. Zudem muss für die Chatkontrolle die
131 Ende-zu-Ende-Verschlüsselung geschwächt werden, was die Sicherheit der Kommunikation
132 gefährdet und sie anfälliger für Cyberkriminalität macht. Die Technologie zur
133 Erkennung illegaler Inhalte ist fehleranfällig und kann zu falschen positiven und
134 negativen Ergebnissen führen, was unschuldige Nutzer*innen ungerechtfertigten
135 Konsequenzen aussetzt. Ein solcher Eingriff untergräbt das Vertrauen in digitale
136 Dienste und bringt Menschen dazu, weniger sichere Kommunikationswege zu nutzen.
137 Schließlich ist die Maßnahme unverhältnismäßig, da sie die gesamte Bevölkerung unter
138 Generalverdacht stellt und es bessere, weniger invasive Methoden zur Bekämpfung
139 illegaler Aktivitäten gibt.

140 Unternehmen

141 Gerade im digitalen Bereich haben sich in den letzten Jahrzehnten vermehrt Monopole
142 gebildet. Der Digital Markets Act der EU war an dieser Stelle ein Schritt in die
143 richtige Richtung, reicht aber noch nicht aus, um nicht nur Monopolstellungen zu
144 verhindern, sondern auch generell den großen Anbieter*innen Vorgaben zu machen, damit
145 auch online Verbraucherschutzrechte gewahrt werden. Um eine Gewährleistung der Rechte
146 auch online durchsetzen zu können, fordern wir:

- 147 **1. Starke Aufsichtsbehörde:** Die Einrichtung einer unabhängigen und gut
148 ausgestatteten Aufsichtsbehörde, die die Einhaltung des oben thematisierten
149 Digital Services Act überwacht und Verstöße konsequent ahndet. Diese Behörde
150 sollte auch die Befugnis haben, Sanktionen gegen Plattformen zu verhängen, die
151 ihren Pflichten nicht nachkommen.
- 152 **2. Konsequente Durchsetzung der DSGVO:** Die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)
153 bietet einen robusten Rahmen zum Schutz personenbezogener Daten. Wir fordern
154 eine konsequente Durchsetzung durch die Aufsichtsbehörden, einschließlich
155 strenger Sanktionen für Verstöße.
- 156 **3. Einhaltung des Digital Markets Act:** Strikte Einhaltung und Durchsetzung des
157 Digital Markets Act, um die Marktmacht großer digitaler Plattformen zu
158 regulieren und den Wettbewerb zu fördern.

159 Weiter wollen wir daneben auch die Plattformen vermehrt in die Pflicht nehmen und die
160 Selbstbestimmung für Nutzer*innen so einfach wie möglich zu gestalten. Dazu gehört
161 für uns:

- 162 **1. Transparenzpflichten für Werbeanbieter:** Werbeanbieter sollen verpflichtet
163 werden, offen zu legen, welche Daten sie sammeln und wie diese genutzt werden.
164 Dies bedeutet, dass Nutzerinnen klar und verständlich darüber informiert werden
165 müssen, welche Art von Daten (z.B. demografische Informationen, Surfverhalten,
166 Kaufhistorie) erhoben werden und zu welchem Zweck (z.B. zielgerichtete Werbung,
167 Analyse des Nutzerverhaltens). Insbesondere muss personalisierte Werbung als
168 solche gekennzeichnet sein, damit die Nutzerinnen erkennen können, wann sie
169 individuell zugeschnittene Werbung sehen. Diese Transparenz ist wichtig, um das

170 Vertrauen der Nutzer*innen zu stärken und ihnen die Möglichkeit zu geben,
171 fundierte Entscheidungen über ihre Daten und deren Verwendung zu treffen.

172 **2. Transparente Cookie-Banner:** Einführung eines einheitlichen und leicht
173 verständlichen Designs für Cookie-Banner in der gesamten EU, um die Zustimmung
174 der Nutzerinnen klar und informativ zu gestalten. Dies bedeutet, dass alle
175 Websites in der EU ein standardisiertes Format für Cookie-Banner verwenden, das
176 deutlich erklärt, welche Cookies gesetzt werden, warum sie verwendet werden und
177 welche Auswirkungen die Zustimmung oder Ablehnung der Cookies hat. Ein solches
178 Design erleichtert es den Nutzerinnen, informierte Entscheidungen zu treffen,
179 ohne durch verwirrende oder irreführende Cookie-Banner überfordert zu werden.
180 Eine einheitliche Regelung könnte die Akzeptanz und das Verständnis für Cookies
181 und deren Verwaltung erheblich verbessern.

182 **3. Do Not Track:** Die gesetzliche Verpflichtung, dass alle Websites den "Do Not
183 Track"-Header respektieren müssen, um Nutzern eine einfache Möglichkeit zu
184 bieten, das Tracking abzulehnen. Der "Do Not Track"-Header ist eine Funktion,
185 die Nutzerinnen in ihrem Browser aktivieren können, um Websites mitzuteilen,
186 dass sie nicht verfolgt werden möchten. Derzeit gibt es jedoch keine
187 Verpflichtung für Websites, diese Einstellung zu respektieren. Eine gesetzliche
188 Verpflichtung stellt sicher, dass die

189 **4. Verpflichtende Sicherheitsstandards für Plattformen:** Soziale Netzwerke und
190 digitale Plattformen sollen verpflichtet werden, ihre Systeme nach den
191 Prinzipien "Safety by Design" und "Security by Design" zu gestalten. Dies
192 bedeutet, dass Sicherheits- und Datenschutzaspekte von Anfang an in die
193 Entwicklung der Plattformen integriert werden. Dazu gehören transparente
194 Meldewege für Missbrauch und schädliche Inhalte, automatisierte
195 Moderationstools, die in der Lage sind, problematische Inhalte zu erkennen und
196 zu entfernen, sowie eine klare Trennung von privaten und öffentlichen
197 Nachrichten, um die Privatsphäre der Nutzerinnen zu schützen. Solche Maßnahmen
198 sind notwendig, um die Sicherheit und den Schutz der Nutzerinnen zu
199 gewährleisten und das Vertrauen in digitale Plattformen zu stärken.

200 **5. Dezentrale soziale Netzwerke fördern:** Unterstützung und Förderung dezentraler
201 sozialer Netzwerke wie Mastodon, die durch ihre Struktur eine geringere
202 Verbreitung

203 **6. Automatisierte Blockierfunktionen:** Plattformen sollten Funktionen anbieten, die
204 es Nutzer*innen ermöglichen, mit wenigen Klicks ganze Gruppen oder Instanzen von
205 schädlichen Nutzer*innen zu blockieren. Diese Funktionen können beispielsweise
206 die Möglichkeit bieten, alle Nutzer*innen einer bestimmten Gruppe oder alle
207 Inhalte von einer bestimmten Instanz in einem dezentralen Netzwerk zu
208 blockieren. Solche Maßnahmen helfen den Nutzerinnen, sich effektiv vor
209 Belästigungen, Hassreden und anderen schädlichen Inhalten zu schützen, ohne dass
210 sie jeden einzelnen problematischen Account manuell blockieren müssen.

211 Privatsphäre der Nutzer*innen respektiert wird und sie mehr Kontrolle über ihre
212 OnlineAktivitäten haben.

213 von Hassinhalten ermöglichen. Dezentrale Netzwerke bestehen aus vielen unabhängigen
214 Servern (sogenannten "Instanzen"), die miteinander verbunden sind, aber individuell

215 betrieben werden. Diese Struktur macht es schwieriger, schädliche Inhalte massenhaft
216 zu verbreiten, da sie nicht von einer zentralen Stelle aus gesteuert werden. Durch
217 die Förderung solcher Netzwerke werden alternative, sicherere Online-Räume geschaffen
218 werden, die weniger anfällig für Missbrauch und Manipulation sind.

219 **Unser Umgang mit KI**

220 **2024 - Der Beginn einer Revolution**

221 Sam Altman, CEO von ChatGPT-Herausgeber OpenAI, sagte vor einigen Jahren in einem
222 Interview: "KI wird höchstwahrscheinlich zum Ende der Welt führen, aber in der
223 Zwischenzeit wird es großartige Unternehmen geben." Auch wenn man bei Altman an
224 dieser Stelle einen gewissen Sarkasmus spüren kann, bringt er damit die Strategie,
225 die sein Unternehmen und andere Tech-StartUps gerade ernsthaft verfolgen, auf den
226 Punkt. Google-Gründer Larry Page betont, es sei "sentimentaler Nonsense" die
227 Auslöschung der Menschheit aufzuhalten, denn KISysteme seien schlichtweg der nächste
228 Schritt der Evolution. Man könnte diese Aussagen als den Schwachsinn einiger weniger
229 Hirnrissiger abtun, wenn es sich dabei nicht um die führenden Köpfe der größten
230 Unternehmen der Welt, allerlei politisch einflussreicher ThinkTanks und eine ganze
231 Reihe an Milliardär*innen handeln würde, die aufgrund ihres libertärfaschistoiden
232 Weltbildes zu den größten Geldgeber*innen der neuen Rechten aufgestiegen sind.
233 Deshalb ist es an der Zeit, dass wir Jusos uns fragen: Wem gehört die KI? Welche
234 Probleme schafft sie und wessen Probleme löst sie eigentlich?

235

236 **Computer sagt nein**

237 Systeme maschinellen Lernens sind prädestiniert dafür, Muster in komplexen
238 Datenmengen zu erkennen. Moderne Sprachmodelle können fast perfekt menschliche
239 Konversation simulieren. Bereits heute ersetzen Unternehmen Service-Personal durch
240 ChatBots und

241 Krankenversicherungen lassen Ansprüche durch Algorithmen prüfen. Doch solche
242 Algorithmen sind eine Blackbox und treffen oft nicht erklärbare Entscheidungen.

243 Wir fordern daher:

- 244 1. Eine von einem safety-first Ansatz geprägte KI-Politik. Dafür sollte
245 insbesondere die Forschung für erklärbare, sichere und ethische KI den Großteil
246 öffentlicher Forschung ausmachen. Dieser müssen entsprechende finanzielle Mittel
247 zur Verfügung stehen.
- 248 2. Das Recht mit einem Menschen zu sprechen: Überall wo KI zum Einsatz kommt, muss
249 die Option bestehen alternativ mit einem Menschen zu sprechen oder eine
250 Entscheidung anstelle von einer KI von einem Menschen treffen zu lassen. Diese*r
251 Angestellte sollte, wenn möglich, keine Einsicht in die zuvor getroffene KI-
252 Entscheidung haben, um eine unabhängige Bewertung zu ermöglichen.
- 253 3. Unternehmen die Algorithmen nutzen, um auf Basis von personenbezogenen Daten
254 Entscheidungen zu treffen oder Inhalte anzuzeigen, müssen die Funktionsweise
255 ihrer Algorithmen transparent offenlegen.

257 **Alternative Fakten, Bilder und Videos**

258 Es ist absehbar, dass schon bald jede politische Kampagne in Sekunden lebensechte
 259 Bilder und Videos erzeugen kann, um den Menschen ihre Version der Realität zu
 260 servieren. Damit droht nicht nur eine nie dagewesene Schwemme an Desinformation das
 261 Internet zu überrollen. Es entsteht zudem ein Klima, in dem jede Information
 262 grundsätzlich plausibel in Frage gestellt werden kann und jeder tiefergreifende
 263 Diskurs unmöglich wird.

264 Wir fordern daher:

- 265 1. Eine Kennzeichnungspflicht für KI-generierte Inhalte. Insbesondere in
 266 Chatsituationen, z.B. bei einem Kundenservice, ist es essentiell, dass
 267 Nutzer*innen immer wissen, ob am anderen Ende der Leitung ein Mensch sitzt oder
 268 nicht.
- 269 2. Die Forschung an "watermarking" Techniken, die es ermöglichen die Echtheit von
 270 Bild und Videomaterial zu verifizieren.
- 271 3. Eine Kennzeichnungspflicht für automatisierte Accounts auf allen Social-Media
 272 Plattformen.
- 273 4. Eine umfassende Aufklärungskampagne für alle Altersgruppen.

274

275 **Von Tellerwäscher*innen und Millionär*innen**

276 Schon vor Jahrhunderten träumten die Menschen von "Automata", die die Gesellschaften
 277 von allen lästigen und anstrengenden Tätigkeiten befreien und uns Menschen ein Leben
 278 voll Freizeit und Kultur ermöglichen würde. Heute schreiben Chatbots "Romane" und
 279 komponieren

280 "Musik". In den USA entbrannte ein erbitterter Streit zwischen Studios und der
 281 Schauspieler*innen-Gewerkschaft. Die Gewerkschaft hat dabei versucht zu verhindern,
 282 dass Schauspieler*innen in Vertragsverhandlungen dazu gedrängt werden "body scans"
 283 zuzustimmen, die es den Studios ermöglichen könnten, sie durch eine digitale Kopie zu
 284 ersetzen, die mithilfe generativer KI unbegrenzt in zukünftigen Produktionen genutzt
 285 werden könnte. Der Einsatz von KI-System droht eine bereits zunehmende Kluft auf dem
 286 Arbeitsmarkt weiter zu verschärfen: Arbeitsplätze mit einem mittleren Qualifikations-
 287 und Gehaltsniveau werden zunehmend verdrängt. Auf der einen Seite entstehen wenige
 288 hochbezahlte Jobs, die das, was vorher viele gemeinsam geschafft haben in wenigen
 289 Klicks von KI machen lassen und auf der anderen Seite arbeiten tausende unterbezahlte
 290 "Click-worker" daran, Feedback für das Training der Algorithmen zu liefern. KI ist
 291 für viele Konzerne ein Mittel, um die kollektive Vorarbeit vieler Menschen in die
 292 Hände einiger weniger zu transferieren. Bildgeneratoren funktionieren nur aufgrund
 293 von Millionen Kunstwerken genau derjenigen Künstler*innen, die sie nun ersetzen
 294 sollen.

295 Wir fordern daher:

- 296 1. Wer Trainingsdaten zu einer kommerziell KI beisteuert, muss dauerhaft an
 297 Gewinnen beteiligt werden. Hierfür müssen entsprechend neue Geschäftsmodelle

298 entwickelt werden.

299 2. Die Bildung neuer Monopole zu unterbinden. Die öffentliche Hand sollte auch im
300 Bereich KI grundsätzlich open-source und lizenzfreie Modelle fördern.

301

302 **The AI-girlfriend he tells you not to worry about**

303 Gleichzeitig werden aktuell dutzende Chatbots von wagniskapitalgestützten Start-Ups
304 auf den Markt gelassen, um den Hype zu reiten und möglichst schnell Marktanteile zu
305 gewinnen. Die wertvollste Währung aller Abo-Dienstleistungen ist Abhängigkeit. "AI
306 girlfriends" und mental health Services haben ein finanzielles Interesse daran ihre
307 Nutzer*innen immer weiter von der realen Welt zu isolieren. So berichteten
308 Nutzer*innen, dass ihre virtuellen Partnerinnen sie bedrohten, wenn sie überlegten
309 die App abzuschalten. In 2023 machte ein Kalifornisches StartUp Schlagzeilen, als ein
310 Nutzer in Belgien sich selbst tötete, nachdem sein ChatBot (5 Millionen Nutzer Stand
311 2023) ihn wochenlang aufforderte sich mehr und mehr von seiner Ehefrau zu isolieren
312 und Selbstmord zu begehen. Auch nachdem das Unternehmen angab neue
313 Sicherheitsrichtlinien implementiert zu haben, gab der Bot weiter bereitwillig Tipps
314 zur

315 Selbsttötung. Eine Recherche der Mozilla-Foundation deckte auf, dass die meisten
316 ChatServices kaum nennenswerte Anstrengungen unternehmen, die oft intimen Daten ihrer
317 Nutzer*innen zu schützen und diese an Werbepartner*innen weiterverkaufen.

318 Wir fordern daher:

319 1. Verbot von KI-Anwendungen die Nutzer*innen vorgaukeln, ein Bewusstsein zu haben
320 oder Gefühle zu besitzen.

321 2. Chatbots müssen immer das Ziel verfolgen, die Probleme ihrer Nutzer*innen zu
322 lösen, das Gespräch damit zu einem Ende zu führen, anstatt die Bildschirmzeit
323 ihrer Nutzer*innen zu maximieren (was beispielsweise der KI-Ethikforscher Stuart
324 Russel "benevolent intelligence" nennt)

325 3. Neue KI-Anwendungen die Menschen potentiell in psychische und/oder "soziale"
326 Abhängigkeitssituationen bringen können, müssen umfassend reguliert werden und
327 dürfen nicht von profitorientierten Unternehmen betrieben werden. Insbesondere
328 KIAnwendungen im Bereich Psychotherapie müssen einer strengen staatlichen
329 Kontrolle unterliegen.

330

331 **2024 statt 1984**

332 Die Rüstungs- und "Sicherheits"industrie hat KI bereits lange als großes Potential
333 entdeckt.

334 Israel setzt im Gaza-Streifen bereits heute ein fast-autonom gehandhabtes KI-System
335 ein, um

336 Ziele zu identifizieren. Berichten des britischen "Guardian" zufolge hat das System
337 lediglich eine 90-prozentige Trefferquote und kalkuliert mit 15-20 zivilen Opfern pro

338 getötetem Hamas-
339 Mitglied als "akzeptablem Kollateralschaden". Die UN scheitert seit Jahren daran,
340 eine vernünftige Regulierung noch weitergehender tödlicher autonomer Waffen auf den
341 Weg zu bringen. Obwohl sich das europäische Parlament im Rahmen der KI-Verordnung für
342 die
343 Klassifizierung von sog. "social scoring" Systemen und biometrischer Überwachung als
344 Hochrisikotechnologien eingesetzt hat, wurden weitreichende Ausnahmen insbesondere im
345 Bereich Migration/Grenzschutz beschlossen.
346 Wir fordern, daher:
347 1. Die Massenüberwachung mithilfe von KI und "social scoring" Systeme müssen
348 weltweit im Keim erstickt, bekämpft und verboten werden.
349 2. Deutschland muss sich auf internationaler Ebene für ein Verbot KI-gesteuerter
350 Waffensysteme ("lethal autonomous weapon systems", LAWS) einsetzen und weiter
351 auf allen politischen Ebenen verhindern, dass Forschungsgelder in diese Richtung
352 fließen.
353 3. Die EU-Außengrenzen dürfen nicht zum Reallabor für den Einsatz unethischer
354 Überwachungssysteme werden.
355

356 **Unser Umgang mit digitaler Kriegsführung**

357 Anders als die herkömmlichen drei Operationsfelder (Luft, Wasser, Land) unterscheidet
358 der Cyberspace sich massiv. Dennoch wurde er von der Nato als viertes Operationsfeld
359 anerkannt. Gerade weil in diesem Feld jedoch noch viel unklar ist, muss hier
360 völkerrechtlich nachgebessert werden. Die mögliche asymmetrische Kriegsführung, die
361 schwere Nachverfolgung, die enge Verbindung von Cyberspace und kritischer
362 Infrastruktur machen den Cyberspace zu einem Operationsfeld mit zusätzlichem
363 Risikopotenzial zur Destruktivität. Für das Völkerrecht fehlen noch genaue
364 Definitionen von Waffen und kriegerischen Handlungen, um auch hier weiterhin das
365 völkerrechtliche Jus ad Bellum zu gewährleisten. Für uns ist an dieser Stelle klar,
366 dass auch im Cyberspace Rechtssicherheit herrschen muss. Durch den Cyberspace als
367 viertes Operationsfeld könnte in der Theorie ein Nato-Bündnisfall durch Cyberangriffe
368 ausgelöst werden, jedoch ist das mit Blick auf einen Zustand der gegenseitigen
369 Spionage von vielen Staaten nicht verhältnismäßig. Neben der globalen Verständigung
370 muss sich Deutschland besser auf mögliche Risikoszenarien vorbereiten. Es kann nicht
371 sein, dass der Bundestag und auch politische Parteien abgehört werden und nicht
372 sicher sind. Es gilt hier auch ein Bewusstsein für Cyber-Sicherheitsrisiken zu
373 schaffen. Dabei ist es wichtig Kompetenzen der verschiedenen Stellen (namentlich
374 Verfassungsschutz, Bundeskriminalamt und Bundesamt für Sicherheit in der
375 Informationstechnik) zu bündeln. Daneben müssen wir entschiedener gegen
376 Desinformationskampagnen aus dem Ausland vorgehen, um Situationen wie den "Fall Lisa"
377 zukünftig zu verhindern. Ein klarer Fokus einer neuen Cybersicherheitsstrategie muss
378 zudem der bessere Schutz der kritischen Infrastruktur wie Energieversorgung,
379 Gesundheitswesen, Finanzsektor und Transportwesen sein. Egal wie oft die Debatte noch
380 zum Leben erweckt wird, wir fordern weiterhin die Ablehnung von Hackbacks („Beim

381 Hacking Back handelt es sich um eine Technik zur Bekämpfung von Cyberkriminalität
382 durch Hacking der Computergeräte des Angreifers“) als Mittel.

383

384 **Unser Umgang mit Hass im Netz**

385 **Wir bieten dem Hass keine Plattform**

386 Um besser auf den Hass in unseren eigenen Kommentarspalten reagieren zu können, haben
387 wir uns entschieden, allgemeinere Richtlinien für unseren Umgang mit den Kommentaren
388 aufzustellen und als Netiquette zu veröffentlichen. Eine solche Fassung befindet sich
389 in der Begründung des Antrags, damit hier auch weiterhin einfach Anpassungen
390 vorgenommen werden können. Teil dieser Netiquette soll jedoch immer sein, dass wir
391 stets respektvoll miteinander umgehen, diese präventiv vor Konflikten schützt, eine
392 konstruktive und sachliche Diskussionskultur fördert und sie vor Diskriminierung und
393 Hassrede schützt.

394 **Umsetzung**

395 Für die Umsetzung sind uns einige Punkte besonders wichtig:

396 **1. Kontinuierliche Weiterentwicklung und Austausch:** Wir wollen nach dem Beschluss
397 der Netiquette kontinuierlich daran arbeiten und uns auch zukünftig mit den
398 Erfahrungen und Best Practice Beispielen anderer Organisationen
399 auseinandersetzen. Dazu werden wir regelmäßige Treffen und Austauschformate
400 initiieren, um von erfolgreichen Ansätzen zu lernen und diese zu integrieren.
401 Ein regelmäßiger Austausch mit Partnerorganisationen und Expert*innen im Bereich
402 digitaler Kommunikation soll sicherstellen, dass wir stets aktuellen
403 Herausforderungen und Entwicklungen gerecht werden.

404 **2. Regelmäßige Workshops und Schulungen:** Um unsere Mitglieder umfassend über das
405 Thema Hass im Netz zu informieren und deren Bedeutung zu verankern, veranstalten
406 wir weiterhin regelmäßig Workshops und Schulungen zu diesen Themen. Diese
407 Bildungsangebote sollen nicht nur die Inhalte der Netiquette vermitteln, sondern
408 auch praktische Tipps und Strategien zur konstruktiven und respektvollen
409 Kommunikation im digitalen Raum bieten.

410 **3. Ansprechbarkeit und Unterstützung durch das Awarenesssteam:**
411 Unser Awarenesssteam steht jederzeit als Ansprechpartner für jegliche Erfahrungen
412 unserer Mitglieder mit Hass im Netz zur Verfügung. Sie bieten Unterstützung,
413 beraten bei Problemen und nehmen Beschwerden entgegen. Der Landesvorstand
414 verpflichtet sich zudem, die Leitlinien der Netiquette auf seinen Social-Media
415 Kanälen konsequent durchzusetzen. Dies umfasst die Moderation von Diskussionen,
416 das Eingreifen bei Verstößen und die Sicherstellung eines respektvollen Umgangs
417 auf allen Plattformen.

418 **4. Transparente Veröffentlichung und Zugänglichkeit der Netiquette:** Die Netiquette
419 wird nach ihrer Verabschiedung auf unserer Webseite veröffentlicht, sodass sie
420 für alle Mitglieder und die Öffentlichkeit leicht zugänglich ist. Eine
421 transparente Kommunikation der Regeln und Richtlinien fördert das Verständnis
422 und die Akzeptanz der Netiquette.

424 **Begründung**

425 **Netiquette der Jusos Baden-Württemberg für Social-Media**

426 Liebe Community,

427 denkt bitte beim Kommentieren daran, dass Ihr es hier mit echten Menschen zu tun
 428 habt. **Verhaltet Euch an der Stelle bitte genauso, wie Ihr auch selbst behandelt**
 429 **werden möchtet!** Wir verweisen in hitzigen Diskussionen zudem darauf, sich nicht
 430 provozieren zu lassen und selbst nicht zu provozieren. Wenn Dir ein Verstoß gegen die
 431 folgenden Richtlinien in unseren Kommentarspalten aufgefallen ist, kannst Du
 432 jederzeit auf uns zukommen und uns eine Nachricht schreiben. Das gleiche gilt
 433 selbstverständlich, falls Du persönlich angegangen wurdest.

434 Mit einer Netiquette (Richtlinien zur Nutzung unseres Debattenangebots) sollen die
 435 Regeln unserer Social-Media-Kanäle klar und transparent für die Nutzenden
 436 kommuniziert werden. **Diese Regeln gelten für alle**, die die Kommentarfunktion der
 437 Plattformen nutzen und sind unabhängig von den Regeln der Plattformen zu verstehen.
 438 Kommentare auf unseren Social-Media-Kanälen sind öffentlich. **Bitte beachtet, dass mit**
 439 **dem Abgeben eines Kommentars zu einer öffentlichen Diskussion beigetragen wird.**
 440 Kommentare, die folgende

441 Kriterien erfüllen, werden auf unserer Seite nicht toleriert: Hasrede wie Rassismus,
 442 Entwürdigung, Abwertung und Diskriminierung von Personen oder Personengruppen,
 443 insbesondere aufgrund ihrer Religion, ethnischen Herkunft, Nationalität, körperlichen
 444 Verfassung, sexuellen Identität, ihres Alters oder Geschlechts sowie herabsetzen der
 445 Menschenwürde, Diffamierung und (ehrverletzende) Beleidigungen. Das gilt für Gruppen
 446 genauso wie für einzelne Personen. Kommentare, die Drohungen enthalten sowie jegliche
 447 Aufforderung zu Gewalt gegen Institutionen, Unternehmen oder Personen oder
 448 Personengruppen. Fake News, also Kommentare, die sich als falsch oder unwahr
 449 herausstellen, sowie Verschwörungstheorien werden gelöscht. Kommentare, die zum Ziel
 450 haben, unsere Inhalte zu untergraben. Konstruktive Kritik ist stets erwünscht.
 451 Kommentare, die Links zu unseriösen Webseiten oder nicht verifizierbaren Quellen
 452 enthalten. Wahlwerbung, Petitionen und Spendenaufrufe, welche nicht mit den Werten
 453 der Jusos oder der SPD vereinbar sind. Kommentare, die nur aus Hashtags bestehen,
 454 werden entfernt. Beiträge, die aus ständigen Wiederholungen des gleichen Inhalts
 455 binnen kurzer Zeit oder Spam bestehen. Kommentare, die sich nicht mit dem Thema des
 456 jeweiligen Postings beschäftigen sowie Whataboutism. Kommentare, die in anderen
 457 Sprachen als Deutsch verfasst sind.

458 **Wir behalten uns das Recht vor, Kommentare zu löschen, die nicht den Richtlinien**
 459 **entsprechen.** Eine Diskussion über gelöschte Kommentare findet nicht statt.

460 **Wir behalten uns außerdem vor, Dich für die Teilnahme an der Diskussion**
 461 **in den**

462 **Kommentarbereichen der Jusos Baden-Württemberg gänzlich zu sperren**, wenn Du gegen die
 463 oben genannten Regeln wiederholt oder in besonderem Maße verstößt. **Strafrechtlich**
 464 **relevante Kommentare werden zur Anzeige gebracht - unabhängig von einer Sperre.**

465 **Doppelaccounts werden ebenfalls gesperrt** und werden nicht entsperrt. Im Rahmen einer
466 fairen Diskussion sollen alle Nutzer*innen die Möglichkeit haben, ihre Meinung zu
467 äußern, ohne die Debatte mit unlauteren Mitteln zu beeinflussen.
468 Außerdem behalten wir uns das Recht vor, diese Netiquette jederzeit nach eigenem
469 Ermessen anzupassen.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag N04: Stoppt die Zerstörung von Videospiele durch die Publisher

Antragsteller*in:	Juso AG-Landeskonferenz SPD-Landesorganisation Bremen
Sachgebiet:	N - Netzpolitik, Medien, Datenschutz & Digitales

Die Versammlung möge beschließen:

1 Videospiele sind ein bedeutender Bestandteil moderner Kultur und Unterhaltung. Es ist
2 daher wichtig, dass Videospiele auch nach dem Ende des offiziellen Supports weiterhin
3 in einem funktionsfähigen Zustand bleiben und der Zugang zu ihnen gesichert wird.

4 **Vor diesem Hintergrund fordern wir die folgenden Maßnahmen:**

- 5 • Die Erhaltung der Funktionsfähigkeit von Videospiele: Publisher sollen
6 gesetzlich verpflichtet werden, sicherzustellen, dass Videospiele
7 (einschließlich zugehöriger Inhalte und Funktionen), die sie an Kunden verkauft
8 haben, auch nach dem Ende des Supports in einem angemessen funktionsfähigen
9 Zustand verbleiben. Es sollen keine weiteren Eingriffe erforderlich sein, damit
10 das Spiel weiterhin genutzt werden kann.
- 11 • Die Sicherstellung des Zugangs bei Online-Spielen: Auch bei Spielen, die auf
12 Onlinezugang angewiesen sind, muss der Zugang über alternative Lösungen wie
13 Private Hosting gewährleistet werden können.
- 14 • Den Transfer von Spielen zwischen Distributionsplattformen: Es muss ermöglicht
15 werden, dass Spiele unabhängig von der ursprünglichen Distributionsplattform auf
16 eine andere übertragen werden können.
- 17 • Die Anerkennung von Videospiele als Allgemeingut: Videospiele sollen nach 20
18 Jahren als Allgemeingut werden. Dies würde sicherstellen, dass diese Werke der
19 Allgemeinheit zugänglich gemacht werden und für zukünftige Generationen erhalten
20 bleiben.

Antrag N05: Verbot von In-App-Käufen in Spielen als Form des Glücksspiels für Personen unter 18 Jahren

Antragsteller*in:	JUSO Vorstand SPD-LV Rheinland-Pfalz
Sachgebiet:	N - Netzpolitik, Medien, Datenschutz & Digitales

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Verbot von In-App-Käufen in Spielen als Form des Glücksspiels für Personen unter 18
- 2 Jahren
- 3 Wir fordern ein Verbot von In-App-Käufen in Spielen, die Glücksspielmechanismen
- 4 enthalten. Spiele, die solche Mechanismen nutzen, dürfen nicht vermarktet werden. Es
- 5 müssen klare und transparente Richtlinien für Spieleentwickler*innen und
- 6 Plattformbetreiber*innen eingeführt werden, um die Einhaltung des Verbots zu
- 7 gewährleisten.
- 8
- 9 Zur Durchsetzung dieses Verbots fordern wir:
- 10 - Eine gesetzliche Regelung, die den Verkauf und die Nutzung von In-App-Käufen mit
- 11 Glücksspielelementen untersagt.
- 12 - Strenge Kontrollen und Sanktionen für Verstöße gegen diese Regelung.
- 13 - Die Einrichtung einer unabhängigen Kontrollinstanz, die die Einhaltung dieser
- 14 Vorschriften überwacht und bei Verstößen einschreitet.
- 15 - Aufklärungskampagnen für Eltern und Erziehungsberechtigte über die Risiken von In-
- 16 App-Käufen.

Begründung

In den letzten Jahren hat sich das Geschäftsmodell vieler Spieleentwickler von einem einmaligen Kaufpreis hin zu sogenannten "Free-to-Play"-Modellen verlagert. Dabei sind die Spiele selbst kostenlos, bieten jedoch zahlreiche In-App-Käufe an, die oft notwendig sind, um im Spiel voranzukommen oder bestimmte Vorteile zu erlangen. Diese In-App-Käufe beinhalten häufig Mechanismen, die als eine Form des Glücksspiels betrachtet, werden können, wie zum Beispiel "Lootboxen" oder andere zufallsbasierte Belohnungssysteme.

Diese Glücksspielelemente in Spielen können ein erhebliches Suchtpotenzial bergen, insbesondere für Minderjährige. Da die psychologischen Mechanismen, die bei Glücksspielen greifen, gezielt ausgenutzt werden, um die Spielerinnen und Spieler zu wiederholten Käufen zu verleiten, entsteht eine erhebliche finanzielle Belastung und eine Gefahr der Spielsucht. Diese Mechanismen sorgen dafür, dass die Grenzen zwischen Glücksspiel und Spiel verschwinden. Kinder und Jugendliche werden so schon geprägt für Glücksspiel und sehen später viel weniger die Gefahren darin.

Der Schutz von Minderjährigen vor solchen Gefahren vor den Gefahren des Glücksspiels und der Spielsucht ist eine gesellschaftliche Verantwortung und muss oberste Priorität haben. In-App-Käufe mit Glücksspielelementen stellen eine ernsthafte Bedrohung dar, die wir nicht länger ignorieren dürfen. Ein Verbot solcher Praktiken für Minderjährige ist ein wichtiger Schritt, um die psychische und finanzielle Gesundheit der jungen Generation zu sichern und sie vor Ausbeutung durch diese Geschäftspraktiken zu schützen.

Antrag N06: Error 404: Datensicherheit not found

Antragsteller*in:	Jusos Hessen-Süd
Sachgebiet:	N - Netzpolitik, Medien, Datenschutz & Digitales

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Weiterleitung an: Bundestagsfraktion
- 2 Der TVöD soll um eine weitere Tabelle für digitale Sicherheit und Infrastruktur
- 3 erweitert werden. Die Tabellenentgelte sollen sich an marktwirtschaftlichen Prozessen
- 4 orientieren, um einen fairen Wettbewerb um Fachkräfte zu ermöglichen. Die regelmäßige
- 5 Evaluierung von marktüblichen Entgelten muss gewährleistet werden. Des Weiteren soll
- 6 die Attraktivität des öffentlichen Dienstes für Fachkräfte durch die Schaffung eines
- 7 breiten Angebots von Schulungen und Weiterbildungen gesteigert werden.

Begründung

Begründung:

Cyberangriffe gefährden die öffentliche Sicherheit und Ordnung. Angriffe wie auf die JLU-Gießen im Jahr 2019 oder den IT Dienstleister „Südwestfalen IT“ 2023 zeigen uns, was es bedeuten kann, wenn öffentliche Infrastruktur angegriffen wird. Die Arbeit von öffentlichen Institutionen wird auch durch das OZG und allgemeine gesellschaftliche Entwicklungen immer digitaler. Die Bezahlung im öffentlichen Dienst rechnet der digitalen Infrastruktur und damit verbundenen Datensicherheit leider nicht den benötigten Stellenwert zu. Die Kolleg*innen in der freien Marktwirtschaft verdienen häufig das vielfache und arbeiten nicht mit der Menge an sensiblen Daten wie Personenstandswesen, Steuerangelegenheiten oder Meldedaten, welche uns alle betreffen.

Antrag 001: Runter mit den Miet- und Immobilienpreisen - Verstaatlichung der großen Immobilienkonzerne

Antragsteller*in:	AG Jusos Baden-Württemberg
Sachgebiet:	O - Öffentliche Daseinsvorsorge, Mieten & Kommunales

Die Versammlung möge beschließen:

1 **Zur Weiterleitung an:** SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

2 **Antragstext:**

3 Die Debatte, ob das Bürgergeld zu hoch ist oder nicht, spaltet unsere Gesellschaft.

4 Die einen beschwichtigen und weisen darauf hin, dass das Geld kaum ausreiche, um ein
5 menschenwürdiges Leben zu führen. Die anderen verweisen darauf, dass Arbeitnehmer,
6 die vom Mindestlohn leben, nicht selten weniger in der Tasche haben als Empfänger des
7 Bürgergeldes. Aber woran liegt das?

8 Auch hier gibt es einen entscheidenden Grund:

9 Die überproportional gestiegenen Mieten und Immobilienpreise.

10 Während Arbeitnehmer seit Jahrzehnten unter immer höheren Wohnkosten leiden, bleiben
11 Bürgergeldempfänger durch das staatliche Wohngeld davon verschont.

12 So fressen die explodierenden Mieten nach und nach das monatliche Nettoeinkommen der
13 Arbeitnehmer auf. Doch wer ist dafür verantwortlich? Die großen Immobilienkonzerne,
14 denn die Gewinne werden nicht selten kräftig an die Aktionäre ausgeschüttet. So wird
15 die meist größte Ausgabe eines Durchschnittshaushalts zur Einnahme wohlhabender
16 Aktionäre. Durch ihre Oligopolstellung auf dem Immobilienmarkt können sie selbst oder
17 im stillen Einvernehmen mit Freunden die Preise bestimmen. Die freie Marktwirtschaft
18 verfehlt ihr Ziel, die Preise zu senken. Was also tun? Natürlich. Mehr Wohnraum und
19 mehr Wettbewerb. Doch das ist nur ein Teil der Lösung. Es ist an der Zeit, die Mieten
20 bezahlbarer und planbarer zu machen. Wir fordern die Verstaatlichung der großen
21 Immobilienkonzerne.

22 Die Konzerne sollen in einer staatlichen Gesellschaft aufgehen, die ihre Dividenden
23 direkt reinvestiert. Die Mieten langfristig einfriert und zukunftssicher und
24 umweltfreundlich wirtschaftet.

Begründung

Erfolgt Mündlich

Antrag 002: Digitale Verwaltung in Deutschland konsequent umsetzen

Antragsteller*in:	AG Jusos Baden-Württemberg
Sachgebiet:	O - Öffentliche Daseinsvorsorge, Mieten & Kommunales

Die Versammlung möge beschließen:

1 Zur Weiterleitung an SPD-Bundestagsfraktion

2 Wir Jusos fordern:

3 Deutschland hatte sich im Onlinezugangsgesetz (OZG) das Ziel gesetzt, bis zum 31.
4 Dezember 2022 seine Verwaltungsleistungen digital anzubieten.

5 Der Bund und die Länder haben mit dem IT-Planungsrat ein Gremium geschaffen, das
6 verhindern soll, dass IT-Lösungen mehrfach entwickelt werden müssen und gleichzeitig
7 die Verantwortung nicht dem Bund überträgt, sondern im Sinne des Föderalismus die
8 Länder mit am Tisch hat.

9 Der bisherige Ansatz zur Umsetzung des OZG war das Prinzip Einer für Alle (EFA), bei
10 dem die Verwaltungsleistungen aufgeteilt wurden und die einzelnen Länder jeweils für
11 Alle Lösungen entwickelt haben.

12 Das Projekt ist grandios gescheitert und Deutschland gehört zu den EU-Staaten mit der
13 am schlechtesten ausgebauten digitalen Verwaltung.

14 Unter dieser Situation leiden Bevölkerung, Wirtschaft und die Verwaltung selbst.

15 Nur durch eine konsequente Digitalisierung wird es bei der aktuellen demografischen
16 Entwicklung zukünftig möglich sein, die Verwaltungsarbeit zu stemmen. Was in der
17 freien Wirtschaft bereits seit Jahren der Fall ist, muss auch Einzug in die
18 öffentliche Verwaltung finden.

19 Die derzeit geplante Reform des OZG sieht eine Vereinheitlichung der
20 Verwaltungsportale und eine Vereinfachung der Formerfordernisse über
21 Verwaltungsportale vor.

22 Das kann nur ein erster Schritt sein.

23 Wir Jusos fordern daher, dass die OZG-Reform durch eine deutliche Stärkung des IT-
24 Planungsrats ergänzt werden muss.

25 Dieser muss die Aufgabe erhalten, in eigener Verantwortung ggf. über die Föderale IT-
26 Kooperation (FITKO) die Entwicklung der digitalen Verwaltungsleistungen nach OZG
27 umzusetzen.

28 Die Finanzierung müssen Bund und Länder entsprechend des IT-Staatsvertrags tragen.

29 Der IT-Planungsrat muss außerdem die Kompetenz bekommen für die internen
30 Verwaltungsprozesse verbindliche Standards für die digitale Akte zu setzen. Nur so
31 kann auch ein Austausch von Akten über Verwaltungsträger hinweg funktionieren.

32 Nur so kann eine konsequente Digitalisierung der Verwaltung gelingen!

Antrag O03: Die Mietpreisbremse hat keine Bremse. Unser Konzept zu einer wirksamen Mietpreisbremse und weiteren Entlastung des Wohnungsmarkts

Antragsteller*in:	AG Jusos Baden-Württemberg
Sachgebiet:	O - Öffentliche Daseinsvorsorge, Mieten & Kommunales

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 **Zur Weiterleitung an:** Juso Landesdelegiertenkonferenz Baden-Württemberg, SPD
- 2 Landespartei, Juso Bundeskongress, SPD Bundestagsfraktion
- 3 Wir leben in Zeiten angespannter Wohnungsmärkte, insbesondere in städtischen
- 4 Ballungszentren. Hierzu wurde mit der Mietpreisbremse ein teilweise wirksames
- 5 Instrument geschaffen, das jedoch viel zu lückenhaft ist und die Nicht-Einhaltung
- 6 viel zu Oft ohne Konsequenzen. Daher fordern wir die Lücken zu schließen und durch
- 7 folgende Maßnahmen weitere Verbesserungen in der Wohnungspolitik vorzunehmen:
- 8 1. Verpflichtung für Immobilienportale keine offensichtlich illegalen Anzeigen mehr
- 9 zuzulassen. Dies soll insbesondere im Bezug auf die Miethöhe und weiteren
- 10 offensichtlich unzulässigen Klauseln, wie Ablöseverpflichtungen geschehen.
- 11 2. Wir fordern die Ausweitung von Mietspiegeln und damit auch der Mietpreisbremse auf
- 12 WGZimmer und Studierendenwohnheime.
- 13 3. Wir fordern den Gesetzgeber auf, transparente Regeln für Möblierungszuschläge
- 14 einzuführen. Möblierter Wohnraum soll damit nicht mehr unverhältnismäßig teurer sein
- 15 dürfen als unmöblerter.
- 16 4. Wir fordern deutlich höhere Strafen für die Nichtbeachtung der Mietpreisbremse.
- 17 5. Wir fordern eine Durchsetzung baurechtlicher Verpflichtungen, die über Baulasten
- 18 als Auflage zur Baugenehmigung die Nutzung des Wohnraums vorschreiben, insbesondere
- 19 über Regelungen zur studentischen Nutzung. Kommunen sollen ihr Recht vermehrt
- 20 wahrnehmen, die Nutzung zu kontrollieren und Fehlbelegungen vermietet*innenseitig zu
- 21 sanktionieren.
- 22 6. Einführungspflicht einer Registrierungsnummer für Ferienwohnungen für Städte in
- 23 angespannten Wohnungsmärkten. Zusätzlich sollen Vermittlungsportale verpflichtet
- 24 werden, in diesen Orten keine Inserate ohne Registrierungsnummer mehr zuzulassen. So
- 25 soll die illegale Zweckentfremdung von Wohnraum weiter erschwert werden.

Begründung

Insbesondere in städtischen Ballungszentren mit Bevölkerungswachstum gibt es seit Jahren das Problem einer stetig steigenden Nachfrage nach Mietwohnraum in Kombination mit einer zu geringen Bautätigkeit. Gerade die aktuell steigenden Kreditzinsen führen dazu, dass Eigentum vermehrt unbezahlbar wird und die Nachfrage auf dem Mietmarkt steigt.¹ Die ab 2015 eingeführte Mietpreisbremse, die besagt, dass Wohnungen maximal 10 % über Mietspiegel neu vermietet werden dürfen, wirkt zwar in Kombination mit qualifizierten Mietspiegeln, lässt jedoch reichlich Raum zur Umgehung und Nicht-Beachtung. Ein besonders verbreitetes Problem der Mietpreisbremse ist es, dass diese ohne qualifizierten Mietspiegel großen Interpretationsspielraum im Bezug auf die ortsübliche Vergleichsmiete zulässt. Oftmals umfassen

Mietspiegel aber aktuell nur Wohnungen in einer bestimmten Spannweite von Wohnfläche und machen keine Angaben zu Vergleichsmieten von WG-Zimmern und Studierendenwohnheimen. Dies führt am Wohnungsmarkt dazu, dass es besonders attraktiv ist WG-Zimmer einzeln zu vermieten und dass WG-Zimmer und die ebenfalls nicht erfassten Zimmer in privaten Studierendenwohnheimen oftmals teurer als kleinere Wohnungen sind. Bei kleineren Wohnungen wiederum ist eine beliebte Methode mehr Miete als gemäß Mietspiegel zulässig zu verlangen, die Wohnungen möbliert anzubieten. Für möblierte Wohnungen dürfen die Mieten aktuell zusätzlich zur Regelung mit Mietspiegelrente + 10 % noch einen Möblierungszuschlag enthalten, der aber aktuell nicht verbindlich geregelt ist.²

Ein weiteres Problem der Mietpreisbremse ist es, dass ein Verstoß nur geringe Konsequenzen hat (Rückzahlung der zu viel gezahlten Miete) und überteuerte Wohnungen problemlos inseriert werden können. Gerade im Hinblick auf die in Großstädten transparent zur Verfügung stehenden Mietspiegel und moderner KI-Technologie ist es Immobilienportalen durchaus zumutbar, deutlich zu teurere Angebote vor dem Inserieren herauszufiltern. Unabhängig von der Mietpreisbremse existiert auf dem Wohnungsmarkt auch das Problem, dass Mietwohnungen vermehrt aufgrund der höheren Renditemöglichkeiten als Ferienwohnungen vermietet werden. Grundsätzlich ist es bereits unzulässig, Wohnraum als Ferienwohnung zu nutzen. Jedoch ist es aktuell unwahrscheinlich mit dieser Art von Geschäftsmodell aufzufliegen. In einigen Städten gibt es bereits Registrierungsnummern für legale Ferienwohnungen, die es Vermittlungsportalen ermöglichen würden, Inserate ohne diese nicht zuzulassen.³ Zuletzt besteht ebenso das Problem auf dem Wohnungsmarkt, dass Bauauflagen (über Baulasten) im Bezug auf die Vermietung ohne Konsequenzen missachtet werden können und keine Kontrollen stattfinden. Bei entsprechenden Wohnanlagen mit beispielsweise studentischer Nutzung würde es sich daher anbieten, dass Kommunen von ihrem Recht zur Überprüfung der Mietverhältnisse unaufgefordert Gebrauch machen.

1 <https://live.handelsblatt.com/der-steinige-weg-zur-neuen-normalitaet/>

2 <https://ratgeber.immowelt.de/a/moebiliert-vermieten-mehr-aufwand-aber-mehr-geld-vom-mieter.html>

3 <https://www.nd-aktuell.de/artikel/1155124.airbnb-verdraengung-inklusive.html>

Antrag O04: Pinkelkapitalismus beenden!- Sanifair enteignen

Antragsteller*in:	JUSO Vorstand SPD-Landesverband Saar
Sachgebiet:	O - Öffentliche Daseinsvorsorge, Mieten & Kommunales

Die Versammlung möge beschließen:

1 **Analyse:**

2 An jedem Bahnhof begegnen sie uns: Die Sanifair Toiletten. Sie sind meist sauber und
3 oftmals sehr hilfreich. Doch gleichzeitig sind sie teuer. 2022 ist der altbekannte
4 Preis von 70ct auf 1€ angestiegen. Eine Preissteigerung von 43%. Das ist selbst zu
5 Zeiten hoher Inflation nur auf eine Art und Weise zu begründen: Gier und
6 kapitalistische Ausbeutung!

7 Der Gutschein von 50ct ist da nur ein schwacher Trost. Diese werden selten eingelöst,
8 weil sie auch bei den wenigsten Geschäften eingelöst werden können. Das ist lediglich
9 an teilnehmenden Raststätten und Tankstellen möglich. Dieser Gutschein bringt also
10 nur etwas für Menschen, die auf der Autobahn fahren. Das entspricht nicht unserer
11 Vorstellung von Anreizen für eine umweltfreundliche Mobilität.

12 Der Drang auf Toilette zu müssen ist ein natürlicher und jeder Mensch verspürt ihn.
13 Durch dieses natürliche Bedürfnis Profit zu erwirtschaften, ist eine schreckliche
14 Ausgeburt des Kapitalismus. So etwas lehnen wir entschieden ab! Niemand sollte dafür
15 bezahlen müssen auf Toilette zu gehen. Zumal Toiletten an frei zugänglichen Orten,
16 wie beispielsweise Bahnhöfen, eine wichtige Örtlichkeit für obdachlose Menschen sind.
17 Diese Menschen durch hohe Preise von diesen Toiletten fern zu halten, ist
18 unmenschlich und entspricht nicht unserer Vorstellung von Solidarität. Sanifair muss
19 daher enteignet werden und die Gewährleistung sauberer, kostenloser und guter
20 Sanitäreinrichtungen in den staatlichen Aufgabenbereich fallen. Die Bereitstellung dieses
21 öffentlichen Gutes darf nicht kapitalistischen Interessen unterworfen sein, sondern
22 muss auf das Gemeinwohl ausgerichtet sein. Hierfür zu sorgen ist Aufgabe der
23 staatlichen Solidargemeinschaft.

24 **Forderungen:**

- 25 • Sanifair muss enteignet werden.
- 26 • Der Staat muss für gute, saubere und hygienische Toiletten an Bahnhöfen und
27 anderen öffentlichen Orten sorgen.
- 28 • Diese müssen kostenlos sein.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag O05: Feministische Stadtplanung - Für lebenswerte Städte und Gemeinden für alle Menschen!

Antragsteller*in:	Jusos Brandenburg
Sachgebiet:	O - Öffentliche Daseinsvorsorge, Mieten & Kommunales

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Die Jusos fordern die SPD Bundestagsfraktion und den SPD Bundesvorstand dazu auf, das
- 2 Baugesetzbuch für genderspezifische Aspekte zu sensibilisieren und dafür:
 - 3 1. zukünftig einen "Gender-Check" im Rahmen der Bauleitplanung durchzuführen und
 - 4 sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, in § 1 Abs. 6 BauGB deutlich
 - 5 spezifischer gendersensible Belange als zu berücksichtigende Belange zu
 - 6 formulieren.
 - 7 2. Gender-Aspekte in Beteiligungsprozessen (§§ 3, 4 BauGB) fest zu verankern. Dafür
 - 8 sollen Kommunen bei der Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung:
 - 9 1. geschlechtersensible Beteiligungsmethoden und Methodenvielfalt
 - 10 berücksichtigen.
 - 11 2. Geschlechtergerechtigkeit bei der Priorisierung von Maßnahmen beachten.
 - 12 3. bei der Bauleitplanung Stellungnahmen eines explizit für Gender-Belange
 - 13 zuständigen Trägers (Frauenbeirat, kommunale Gleichstellungsbeauftragte..)
 - 14 einholen.
 - 15 4. auf eine gendersensible Sprache achten
 - 16 5. eine gleichwertige Gewichtung von Arbeitsbeiträgen aller Geschlechter
 - 17 berücksichtigen.

Begründung

20 Jahre nach der Neufassung von § 1 Abs. 6 Nr. 5 BauGB (*"bei der Aufstellung der Bauleitpläne sind insbesondere zu berücksichtigen" ... "die sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Bevölkerung, insbesondere die Bedürfnisse der Familien, der jungen, alten und behinderten Menschen, unterschiedliche Auswirkungen auf Frauen und Männer sowie die Belange des Bildungswesens und von Sport, Freizeit und Erholung"*) spielt der Faktor Gender in der Bauleitplanung immer noch eine viel zu geringe Rolle.

Und das, obwohl bekannt ist, welche Auswirkungen der Faktor Gender auf die Qualität des gesamtgesellschaftlichen Zusammenlebens hat.

Wir müssen endlich öffentliche Räume schaffen, die Bedürfnisse aller sozialer Gruppen und Geschlechter berücksichtigen. Dafür brauchen wir eine feministische Stadtplanung!

Eine feministische Stadtplanung zielt dabei auf eine inklusive Gestaltung unserer Städte und Gemeinden ab, die jede Stimme und Lebenssituation einbezieht. Sie setzt sich für eine Stadtentwicklung ein, die allen Menschen dient, nicht Konzerninteressen oder nur dem Autoverkehr.

Gehwege, die breit genug sind für Kinderwagen, ausgeleuchtete Plätze, Sitzgelegenheiten, öffentliche Toiletten, die nicht nur für Männer nutzbar sind, ein guter öffentlicher Nahverkehr, kurze Wege, Beteiligungsmöglichkeiten in der Planung. Feministische Stadtplanung denkt alle diese Punkte gesamtheitlich.

Genauso, wie die Beteiligung von Behörden und der Öffentlichkeit in §§ 3, 4 BauGB gesetzlich vorgeschrieben sind, muss es deshalb eine gesetzliche Verpflichtung geben, die Geschlechtergerechtigkeit von Vorhaben zu prüfen und damit sicherzustellen, dass unsere Städte und Gemeinden lebenswerter für alle Menschen werden.

Dafür brauchen wir einen Gender-Check in der Bauleitplanung, der dabei insbesondere Folgende Planungsziele stärker berücksichtigen sollte:

1. Erreichbarkeit von Einrichtungen des Gemeinbedarfs
2. Nutzungsqualität von Wohnumfeld und Nutzungsvielfalt des Außenraumes
3. Sicherheit im öffentlichen Raum durch bauliche Gestaltung und Art der baulichen Nutzung
4. Nutzungsvielfalt öffentlicher Grünflächen, Sport- und Spielplätze

Wichtig ist außerdem, dass wir Angsträume aktiv reduzieren. Bei Angsträumen geht es um Orte, die aufgrund des Zusammenspiels von Situation, Raum und Mensch gerade bei Nacht Unsicherheitsgefühle auslösen, wie etwa Bahnunterführungen und unbeleuchteten Wegen.

Wir Jusos möchten Städte und Gemeinden der kurzen Wege, in denen die wichtigsten Institutionen der Daseinsvorsorge schnell und einfach, unabhängig erreichbar gemacht werden, Supermärkte und Bildungseinrichtungen zentral liegen und Angsträume verschwinden. Wir wollen unsere Städte und Gemeinden zu lebenswerten Orten für alle Menschen machen!

Nur eine feministische - also sozialdemokratische - Stadtplanung kann das langfristig erreichen!

Antrag O06: Notstandsfonds „Wohnraum“

Antragsteller*in:	Jusos Brandenburg
Sachgebiet:	O - Öffentliche Daseinsvorsorge, Mieten & Kommunales

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Die Jusos fordern die SPD-Bundestagsfraktion und den SPD-Bundesvorstand auf, sich
- 2 innerhalb der SPD-geführten Bundesregierung für die Einrichtung eines Notstandsfonds
- 3 „Wohnraum“ einzusetzen, der sowohl die außerordentlich angespannte Lage auf dem Wohn-
- 4 und Mietenmarkt in deutschen Großstädten anerkennt als auch adäquate Maßnahmen zur
- 5 Schaffung von bezahlbarem und vor allem sozialem Wohnraum bereitstellt.
- 6 Der Notstandsfonds „Wohnraum“ soll dabei einem Rettungsschirm ähnlich Städten und
- 7 Gemeinden gesonderte finanzielle Hilfen zur Verfügung stellen, die unter Auflagen nur
- 8 für den sozialen und gemeinwohlorientierten Wohnungsbau verwendet werden dürfen. Der
- 9 Notstandsfonds steht dabei nur solchen Kommunen zur Verfügung, die nachweislich in
- 10 einer Lage des wohnraumtechnischen Ausnahmezustandes stehen. Dieser
- 11 wohnraumtechnische Ausnahmezustand muss vorab unter Berücksichtigung verschiedener
- 12 Parameter (Mietpreisentwicklung, Quadratmeterpreis Mietwohnungen, Anteil
- 13 kommunaler/gemeinwohlorientierter Wohnungsanbieter, Anteil neugeschaffener Wohnungen
- 14 etc.) festgelegt werden. Ziel ist hier, eine möglichst weite Erfassung zu
- 15 garantieren.
- 16 Die Finanzierung des Fonds muss aus Bundesmitteln erfolgen. Den Ländern, aber
- 17 insbesondere den Kommunen, fehlt aufgrund der ebenfalls außerordentlich angespannten
- 18 Haushaltslage der finanzielle Spielraum, die Notlage auf dem Wohnungsmarkt aus
- 19 eigener Kraft zu entschärfen.

Begründung

Seit Jahren verschlechtert sich die Situation für Mieter*innen in ganz Deutschland. In den Großstädten und Ballungszentren fressen die horrenden Mieten häufig einen Großteil des Nettoeinkommens der Menschen auf. Besonders für Menschen mit mittlerem oder niedrigerem Einkommen ist die Lage nicht mehr nur angespannt, sie ist fast existenzbedrohend. Die Frage nach bezahlbarem und vorhandenem Wohnraum ist die soziale Frage unserer Zeit.

Wo wir wohnen und wie wir wohnen, ist eine grundsätzliche Frage und schafft oft Fakten, auf die der Einzelne dann kaum Einfluss hat. Der Anschluss an die öffentliche Infrastruktur oder auf die Verfügbarkeit von Ärzten und Kitas entscheidet stets über den bezahlbaren Wohnraum jedes Einzelnen. Der verfügbare Wohnraum entscheidet darüber, ob man am Ende des Monats am gesellschaftlichen Leben teilhaben kann oder aber ob einem der Gedanke an die nächste Miete den Schlaf raubt und einem Leben in Würde entgegensteht.

Wenn junge Familien keine Wohnung mehr finden können und Arbeitnehmer*innen einen Großteil ihres Einkommens für die Miete aufwenden, dann hat der Staat ein ernstes Problem und damit auch die gesamte Gesellschaft.

Leider muss man feststellen, dass die Versprechen, die auch von sozialdemokratischer Seite gemacht worden waren, um die Mieten- und Wohnraumfrage sozialgerecht zu lösen, nicht eingehalten wurden. Deshalb braucht es jetzt eine deutliche Verschärfung dieser Politik. Wir müssen anerkennen, dass auf dem

Mietenmarkt ein Ausnahmezustand herrscht und das bisherige Mittel und vor allem das Rufen nach dem freien Markt und privaten Investoren nicht mehr ausreichen oder Letzteres sogar erheblichen Schaden anrichtet.

Es braucht ein Umdenken bei der Wohnraumpolitik und endlich massive staatliche Investitionen in Wohnraum für alle Menschen.

Antrag O07: Schluss mit dem Pinkel-Profit! Sanifair und Co. verstaatlichen!

Antragsteller*in:	JUSO Vorstand SPD-LV Rheinland-Pfalz
Sachgebiet:	O - Öffentliche Daseinsvorsorge, Mieten & Kommunales

Die Versammlung möge beschließen:

1 Alle Unternehmen, deren Gewinne dadurch erzielt werden, dass sie Gebühren für die
2 Nutzung von Toiletten erheben, sind zu vergesellschaften und/oder in
3 Unternehmensformen zu überführen, deren grundlegendes Ziel nicht das
4 Erwirtschaften und Maximieren von Gewinnen ist, beispielsweise zu Anstalten
5 öffentlichen Rechts (AöR). Insbesondere die Nutzung der Toiletten-Infrastruktur an
6 Autobahn-Rastplätzen und in Bahnhöfen, welche sich bis zur Kanzlerschaft von Helmut
7 Kohl noch in staatlicher Hand befanden, müssen den Menschen auch unentgeltlich
8 ermöglicht werden. Weiterhin fordern wir einen deutlichen Ausbau der gesamten
9 öffentlichen Toiletten- Infrastruktur, wobei die Kosten für den Ausbau die Länder zu
10 zwei Dritteln übernehmen sollen, um eine einseitige Belastung der Kommunen zu
11 vermeiden. Die Verantwortung über die Planung und Umsetzung der Bauvorhaben obliegt
12 den Kommunen.

13 Die staatliche Gesellschaft für Nebenbetriebe der Bundesautobahnen und die
14 Ostdeutsche Autobahntankstellengesellschaft fusionierten 1994 zur Tank & Rast GmbH.
15 Kurz darauf kam die Privatisierung, heute gehört das Unternehmen
16 Tochtergesellschaften der beiden Dax -Konzerne Allianz und Munich Re sowie einem
17 kanadischen und einem chinesischen Investor. Vor Corona machte Tank und Rast einen
18 Umsatz von 650 Millionen Euro im Jahr. Er brach in der Pandemie ein, weil Toiletten
19 und Restaurants geschlossen waren. Inzwischen hat er sich wieder erholt. Zahlen zum
20 Gewinn gibt es nicht. 90 Prozent der Autobahnraststätten gehören dem Unternehmen,
21 von
22 denen es viele weiter verpachtet, einige aber selbst betreibt. Rund 500 Millionen
23 Benutzer zählen die Tank & Rast-Parkplätze pro Jahr. Die Pächter und der Raststätten-
24 Konzern nehmen für alles mehr Geld als fast jeder andere: Der Kraftstoff kostet
25 beispielsweise bis zu 20 Prozent mehr als anderswo.

26 Im Privatisierungsvertrag mit dem Bund lässt sich folgender Auszug finden: „Die
27 Tank & Rast wird sich bemühen, die unentgeltliche Benutzung von sanitären
28 Einrichtungen ganzjährig durchgehend sicherzustellen.“ Anstatt für bezahlbare Preise
29 in einem ansprechenden Ambiente zu sorgen, gründete Tank & Rast, das sich selbst mit
30 seinen rund 12.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern als Mittelständler bezeichnet,
31 2003 mit Sanifair eine Marke, deren Geschäftsmodell darin besteht, Geld fürs
32 Wasserlassen und den Stuhlgang zu nehmen. Der Bon, welcher mittlerweile, nach der
33 Preiserhöhung für den Toilettengang von 40 Cent auf einen Euro, ebenfalls einen Euro
34 wert ist, landet
35 ob der irrsinnig teuren Preise aller anderen Produkte an den Raststätten öfter im
36 Müll oder im Handschuhfach, als auf dem Bezahltesen. Eine durchschaubare
37 Kalkulation.

38 Bei diesem Geschäftsmodell handelt es sich um ein lupenreines Monopol, welches durch

39 die auf Wildpinkeln drohenden ordnungspolitischen Maßnahmen von alleine nicht
40 zerbrechen wird. Und Monopole gehören zerschlagen.

41 Das Recht, sich erleichtern zu können, ist ein grundlegendes Menschenrecht und darf
42 nicht durch profitorientierte Interessen beeinträchtigt werden. Es ist zutiefst
43 unmoralisch, Gewinne mit den ureigensten Bedürfnissen der Menschheit zu erzielen.

44 Die Verfügbarkeit von sauberen und zugänglichen Toiletten sollte als Grundrecht für
45 alle Menschen betrachtet werden. Indem die Toiletteninfrastruktur in staatliche
46 Hände überführt wird, kann sichergestellt werden, dass dieses grundlegende Bedürfnis
47 gewährleistet wird, unabhängig von wirtschaftlichen Interessen.

48 Eine ausreichende Anzahl von öffentlichen Toiletten, die für alle Menschen zugänglich
49 sind, trägt zur Gleichberechtigung und sozialen Integration bei. Menschen
50 mit körperlichen Einschränkungen, ältere Menschen, Schwangere, Eltern mit kleinen
51 Kindern und viele andere können von einer barrierefreien und gut gewarteten
52 Toiletteninfrastruktur profitieren. Durch die Vergesellschaftung können wir
53 sicherstellen, dass diese Bedürfnisse angemessen berücksichtigt werden. Toiletten für
54 Menschen mit Behinderung, die außer Betrieb sind, müssen der Vergangenheit angehören.

55 Die öffentliche Gesundheit ist eng mit der Verfügbarkeit von sauberen Toiletten
56 verbunden. Eine gut gepflegte Toiletteninfrastruktur, die von staatlichen Stellen
57 betrieben und sichergestellt wird, gewährleistet angemessene Hygienestandards
58 und trägt zur Vermeidung von Infektionskrankheiten bei. Durch eine zentrale
59 Koordination und Kontrolle kann die Qualität der Toilettenanlagen gewährleistet und
60 regelmäßige Reinigungs- und Wartungsarbeiten durchgeführt werden. Seife,
61 Desinfektionsmittel, Toilettenpapier und Hand-Trocken-Tücher gehören regelmäßig
62 aufgefüllt.

63 Die Kommerzialisierung der Toiletteninfrastruktur hat zur Entstehung von Unternehmen
64 geführt, die von den grundlegenden Bedürfnissen der Menschen profitieren. Dies steht
65 im Widerspruch zu ethischen Grundsätzen, dem Prinzip des Gemeinwohls und unserer
66 Vorstellung des demokratischen Sozialismus. Durch die Vergesellschaftung können wir
67 sicherstellen, dass der Zugang zu Toiletten nicht von finanziellen Möglichkeiten
68 abhängt und die Menschen nicht durch überhöhte Preise oder fragwürdige
69 Geschäftspraktiken ausgebeutet werden.

70 Die Vergesellschaftung der Toiletteninfrastruktur bietet die Möglichkeit, in
71 nachhaltige und innovative Lösungen zu investieren. Zum Beispiel könnten
72 wassersparende Technologien, die Nutzung erneuerbarer Energiequellen oder die
73 Förderung umweltfreundlicher Sanitärsysteme priorisiert werden.

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag P01: Stigmatisierung beenden! – PTBS bekämpfen!

Antragsteller*in:	AG Jusos Baden-Württemberg
Sachgebiet:	P - Pflege, Gesundheit & Soziales

Die Versammlung möge beschließen:

1 Zur Weiterleitung an: SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

2 Einsatzbedingte psychische Erkrankungen bei Soldat:innen der Bundeswehr gehören seit
3 den frühen 1990er-Jahren zur traurigen Realität der Truppe. Insbesondere
4 Posttraumatische Belastungsstörungen (PTBS) wirken sich sehr negativ auf den
5 Lebensalltag, zwischenmenschliche Beziehungen und das allgemeine Wohlbefinden der
6 Betroffenen aus. Viel zu oft enden solche Erkrankungen, wenn sie nicht rechtzeitig
7 erkannt und behandelt werden, mit dem Suizid der erkrankten Personen. Wenngleich die
8 Bundeswehr in den letzten Jahren bereits erhebliche Fortschritte in Prävention und
9 Behandlung von einsatzbedingten psychischen Erkrankungen gemacht hat, so weist die
10 aktuelle Praxis dennoch einen nicht unerheblichen Reformbedarf auf.

11 **Aktuelle Lage**

12 Im Jahr 2022 begaben sich 305 Soldat:innen erstmalig wegen einsatzbedingter
13 psychischer Erkrankungen in Behandlung. 197 davon aufgrund von Posttraumatischen
14 Belastungsstörungen. Neben dem Anspruch auf kostenfreie Behandlung und Nachsorge
15 bestehen für Betroffene ggf. auch Ansprüche auf Versorgungs- und
16 Entschädigungsleistungen unter anderem nach dem Soldatenversorgungsgesetz und dem
17 Einsatz-Weiterverwendungsgesetz. Dies setzt allerdings eine Anerkennung der
18 einsatzbedingten psychischen Schädigung als Wehrdienstbeschädigung seitens der
19 Bundeswehr voraus. Oberstes Ziel der Bundeswehr im Umgang mit einsatzbedingten
20 psychischen Erkrankungen ist eine Wiedereingliederung der Betroffenen in ihr Dienst-
21 und Alltagsleben. Um diese Zielsetzung zu unterstützen, hat die Bundeswehr
22 Pilotprojekte zur Stärkung psychischer Konzepte in der Truppe eingeführt. Aktuell
23 besteht das Pilotprojekt aus fünf psychologisch geschulten Teams, die an den
24 Facharztzentren der Bundeswehr an der Entwicklung von psychologischen Konzepten
25 mitwirken sollen.

26 Die Jusos Baden-Württemberg begrüßen die Entwicklung neuer psychologischer Konzepte
27 der Bundeswehr im Umgang mit einsatzbedingten psychischen Erkrankungen ausdrücklich
28 und fordern die Ausweitung der bestehenden Pilotprojekte. Weiterhin sollen die
29 laufenden Pilotprojekte ständig unter Einbezug von Psycholog:innen, Psychiater:innen
30 sowie Ärzt:innen evaluiert werden, um sie perspektivisch breit in der kompletten
31 Bundeswehr einführen zu können.

32 **Für ein Ende von Stigmatisierung – Mehr Präventionsarbeit jetzt!**

33 Noch immer werden viele Betroffene durch eine Stigmatisierung von psychischen
34 Erkrankungen innerhalb der Truppe davon abgehalten, sich professionelle Hilfe zu
35 suchen. So haben etliche Soldat:innen das Gefühl, schwach zu wirken oder ihre
36 Kamerad:innen im Stich zu lassen. Hier bedarf es dringend ein Umdenken in der Truppe.
37 Psychische Erkrankungen dürfen auch bei Soldatinnen und Soldaten kein Tabu-Thema mehr
38 sein.

39 Um ein Ende der Stigmatisierung psychischer Erkrankungen einzuleiten, ist eine
40 umfassende Präventions- und Aufklärungsarbeit innerhalb der Truppe unabdingbar. Um
41 diese zu verbessern, fordern die Jusos Baden-Württemberg:

- 42 • Eine strikte Einhaltung der Ruhe- und Stehzeiten zwischen zwei
43 Auslandsverwendungen, insbesondere auch bei besonders gefragten
44 Spezialist:innen, sog. Mangelverwendungen.
- 45 • Eine Ausweitung von niedrigschwelligen Präventionsangeboten wie bspw. der App
46 „Coach-PTBS“ sowie weitere Konzeptualisierung und Evaluierung von
47 Präventionsmaßnahmen
- 48 • Eine umfassende Aufklärung der Soldat:innen über Ursachen, Verlauf, Folgen und
49 Wirkungen von psychischen Erkrankungen im Rahmen ihres Dienstes in der Truppe
50 mit dem Schwerpunkt, bestehende Vorurteile zu beseitigen und ein Bewusstsein für
51 derartige Erkrankungen in der Truppe zu schaffen.
- 52 • Die Ausarbeitung von Konzepten zur psychologischen Kamerad:innen-Hilfe, um die
53 Soldat:innen im Umgang mit psychischen Erkrankungen in ihrem unmittelbaren
54 Umfeld zu schulen sowie angemessene Maßnahmen zur Soforthilfe aufzuzeigen.

55 **Unkomplizierte Hilfen und beschleunigte Anerkennungsverfahren**

56 Die Hilfen für Betroffene von PTBS und weiteren einsatzbedingten psychischen
57 Erkrankungen müssen schnell und unkompliziert gewährleistet werden. Wenngleich ca. 70
58 bis 80 Prozent der Prüfverfahren auf Anerkennung einer einsatzbedingten psychischen
59 Erkrankung innerhalb eines Jahres abgeschlossen werden, so können sich die
60 Prüfverfahren gerade bei ehemaligen Soldat:innen und Reservist:innen teilweise über
61 Jahre hinweg ziehen. Dies ist besonders problematisch, da Symptome einer PTBS
62 teilweise erst Jahre nach dem traumatisierenden Ereignis auftreten können und sich
63 etliche der Betroffenen zum Zeitpunkt der ersten Symptomen einer PTBS nicht mehr in
64 einem aktiven Dienstverhältnis mit der Bundeswehr befinden. Die gesundheitlichen und
65 sozialen Auswirkungen einer solchen Erkrankung sind für die Betroffenen aber
66 gleichermaßen fatal, unabhängig ihres Dienststatus. Ebenso werden Prüfverfahren
67 dadurch in die Länge gezogen, wenn die Betroffenen nicht eindeutig nachweisen können,
68 auf welches traumatisierende Erlebnis die Erkrankung zurückzuführen ist. Als Nachweis
69 gilt hier ein sog. „Troops-in-Contact-Zettel“, welcher Soldat:innen nach einem
70 Feuergefecht ausgestellt wird. Liegt eine solche Bescheinigung nicht vor, müssen im
71 Rahmen der Prüfverfahren Zeugen vernommen werden, welche die traumatisierende
72 Situation bestätigen sollen. Oftmals ist es den Betroffenen aber nicht möglich,
73 solche Zeugen vorzuweisen, was die Verfahren unnötig in die Länge zieht. Zusätzlich
74 mangelt es der Bundeswehr an qualifizierten und zertifizierten Gutachter:innen, was
75 den schnellen Abschluss eines Prüfverfahrens verhindert.

76 Für die Jusos Baden-Württemberg ist klar: Die Verfahren zur Anerkennung einer
77 einsatzbedingten psychischen Erkrankung müssen entbürokratisiert und beschleunigt
78 werden. Dazu fordern wir:

- 79 • Ein Ende der Beweispflicht seitens der Betroffenen für eine Anerkennung von
80 einsatzbedingten psychischen Erkrankungen.
- 81 • Einen schnelleren und unkomplizierteren Zugang zu Beratungs- und
82 Behandlungsmöglichkeiten insbesondere auch für ehemalige Angehörige der
83 Bundeswehr sowie Reservist:innen.

- 84 • Mehr Transparenz über Leistungen der Beschädigtenversorgung.
- 85 • Mehr Transparenz im Rehabilitierungsprozess.
- 86 • Die Einstellung oder Ausbildung von mehr psychologischen Gutachter:innen zur
87 allgemeinen Verfahrensbeschleunigung.
- 88 • Schnelle, unbürokratische und unkomplizierte Zahlung von Sofort-Hilfen sowie
89 Entschädigungsleistungen während der laufenden Prüfverfahren zur Verhinderung
90 sozialer und finanzieller Notlagen der Betroffenen.

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag P02: Interkulturelle Kenntnisse stärken – für Kultursensibilität in der Psychotherapie

Antragsteller*in:	AG Jusos Baden-Württemberg
Sachgebiet:	P - Pflege, Gesundheit & Soziales

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Zur Weiterleitung an: Juso-Bundeskongress, SPD-Bundestagsfraktion
- 2 Wir fordern eine Verbesserung der interkulturellen Psychotherapie in Form von
- 3 kultursensiblen und rassismuskritischen Schulungen, die bereits im Bachelor-Studium
- 4 Psychologie verpflichtend sind und im weiteren Verlauf des Klinischen Masters, der
- 5 auf die Tätigkeit als Psychotherapeut*in vorbereitet, vertieft werden sollen.
- 6 Diese Schulungen umfassen sowohl die wissensfokussierte Vermittlung von Inhalten in
- 7 den Themenbereichen
- 8 • Migration
- 9 • Traumata
- 10 • Sprache und Kommunikation
- 11 • Diagnostik
- 12 • Politische, institutionelle, rechtliche Rahmenbedingungen und Versorgung
- 13 • Rassismus und Diskriminierung
- 14 • Kulturwissenschaft
- 15 • Fluchterfahrungen
- 16 als auch zentrale Fähigkeiten, wie Selbstreflexion und Fertigkeiten, die zur
- 17 interkulturellen Psychotherapie notwendig sind. Beispiele hierfür sind der Umgang mit
- 18 Unsicherheiten, kulturspezifischen Problematiken oder Barrieren.[\[1\]](#)
- 19 Wir fordern, dass interkulturelle und kultursensible Psychotherapie ein fester
- 20 Bestandteil der universitären Lehre wird. Dabei sollen vor allem im Psychologie-
- 21 Studium entsprechende Schulungen als eigene Lehrveranstaltungen aufgegriffen werden,
- 22 die verpflichtend für den Bachelor-Abschluss sind.
- 23 Außerdem fordern wir die Sensibilisierung von diesen Lehrpersonen, damit in ihrer
- 24 Arbeit eigene rassistische, sexistische, klassistische und ableistische Stereotype
- 25 und Vorurteile nicht reproduziert werden können.
- 26 [\[1\]](#) Broschüre: Kultursensibel – aber wie? Leitlinien für Trainings inter-
- 27 /transkultureller Kompetenzen in der Aus-, Fort- und Weiterbildung von
- 28 Psychotherapeut_innen ([http://www.kultursensible-psychotherapie.de/files/broschuere-](http://www.kultursensible-psychotherapie.de/files/broschuere-leitlinien-kspt-print.pdf)
- 29 [leitlinien-kspt-print.pdf](http://www.kultursensible-psychotherapie.de/files/broschuere-leitlinien-kspt-print.pdf))

Begründung

Themen rund um Mental Health und die Entstigmatisierung von psychischen Erkrankungen sind mittlerweile in vielen Teilen der Gesellschaft angekommen. Und somit auch die Probleme der psychotherapeutischen Versorgung: zu viel Bedarf, zu wenige Kassensitze. Hinzu kommt, dass auch im Jahr 2023 das System rund um Psychiatrie und Psychotherapie nicht ausreichend in der Lage ist, Menschen mit

Migrationsgeschichte angemessen zu behandeln. Psychiater*innen und Psychotherapeut*innen sind auch nur Menschen und dementsprechend auch von ihren eigenen rassistischen, sexistischen, klassistischen und ableistischen Stereotypen und Vorurteilen betroffen. Das grundlegende Problem ist allerdings, dass Kultursensibilität in der psychotherapeutischen Ausbildung kaum thematisiert wird: Es fehlen Veranstaltungen, die die interkulturelle psychotherapeutische Praxis beinhalten, und auch an Repräsentativität von nicht-weißen Menschen bzw. Menschen mit Migrationsgeschichte in der Forschung und Lehre mangelt es. Das ist ein Umstand, der in unserer vielfältigen Gesellschaft nicht akzeptierbar ist: Knapp 27,3% der deutschen Bevölkerung (BAMF Stand 2021)[\[2\]](https://www.bamf.de/DE/Themen/Forschung/Veroeffentlichungen/Migrationsbericht2021/PersonenMigrationshintergrund/personenmigrationshintergrund-node.html) haben nach Definition des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge einen Migrationshintergrund. Somit werden mehr als ein Viertel der Menschen in Deutschland nicht angemessen psychotherapeutisch behandelt. Das liegt vor allem daran, dass Diskriminierungs- und Rassismuserfahrungen im Zusammenhang mit der psychischen Verfassung von Menschen mit Migrationsgeschichte in der Forschung so gut wie nie erfasst werden und stellen somit einen blinden Fleck in der psychotherapeutischen Praxis dar. Auch individuelle Migrationsprozesse, deren Ursachen und Auswirkungen können nicht anhand der üblichen, westlichen diagnostischen Kriterien untersucht werden, sondern erfordern aufgrund kulturspezifischer Unterschiede eine dynamischere und intersektionale Diagnostik. Hinzu kommt, dass es bei Menschen mit Migrationsgeschichte und besonders bei Menschen mit Fluchterfahrungen zu einer Häufung von bestimmten komplexen Störungsbildern kommt: Ein Beispiel hierfür ist die Posttraumatische Belastungsstörung, die in ihrer Diagnostik nach ICD-11 die Erfassung eines punktuellen Ereignisses erfordert. Für viele Menschen, die flüchten müssen und/oder strukturell diskriminiert werden, gibt es jedoch nicht nur ein einziges Trauma, das auf einen bestimmten festgelegten Zeitpunkt zurückzuführen ist. Diese Problematik muss in Zukunft sowohl in der Forschung und Lehre als auch in der Psychotherapie-Praxis berücksichtigt werden.

[\[2\] https://www.bamf.de/DE/Themen/Forschung/Veroeffentlichungen/Migrationsbericht2021/PersonenMigrationshintergrund/personenmigrationshintergrund-node.html](https://www.bamf.de/DE/Themen/Forschung/Veroeffentlichungen/Migrationsbericht2021/PersonenMigrationshintergrund/personenmigrationshintergrund-node.html)

Antrag P03: Homöopathie – Wenn's doch wirkt, beweis es.

Antragsteller*in:	AG Jusos Baden-Württemberg
Sachgebiet:	P - Pflege, Gesundheit & Soziales

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Zur Weiterleitung an: SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion
- 2 Wir brauchen eine Gleichstellung der Registrierungs- und Zulassungsanforderungen für
- 3 homöopathische Arzneimittel mit herkömmlichen Arzneimitteln, deren Wirksamkeit
- 4 wissenschaftlich belegt werden kann. Derzeit bestehen Unterschiede in den
- 5 Anforderungen, die die Marktzulassung von homöopathischen und konventionellen
- 6 Arzneimitteln betreffen. Es wird angestrebt, dass homöopathische Arzneimittel
- 7 denselben wissenschaftlichen Standards unterliegen wie herkömmliche Arzneimittel, um
- 8 die Sicherheit und Wirksamkeit dieser Produkte zu gewährleisten.
- 9 **Zulassungsnachweise für Wirksamkeit:**
- 10 Homöopathische Arzneimittel sollten für die Zulassung denselben wissenschaftlichen
- 11 Kriterien für Wirksamkeitsnachweise unterliegen wie herkömmliche Arzneimittel.
- 12 Abhängig von der Schwere der behandelten Erkrankung müssen hochwertige klinische
- 13 Studien oder andere wissenschaftliche Nachweise erbracht werden.
- 14 **Homöopathische Arzneimittelprüfung:**
- 15 Die homöopathische Arzneimittelprüfung, bei der gesunde Menschen die Wirkung des
- 16 Mittels auf sich selbst beobachten, sollte nicht als ausreichender Nachweis für die
- 17 Wirksamkeit akzeptiert werden. Stattdessen sollten weitere wissenschaftlich fundierte
- 18 Studien erforderlich sein, um die Effektivität der Mittel nachzuweisen.
- 19 **Expertenurteile:**
- 20 Expertenurteile sollten nicht als alleiniger Nachweis für die Wirksamkeit von
- 21 homöopathischen Arzneimitteln dienen. Die Zulassungskommission sollte verpflichtet
- 22 sein, wissenschaftliche Evidenz und Studien in ihre Beurteilung einzubeziehen.

Begründung

Im gegenwärtigen Zustand werden homöopathische Arzneimittel lediglich registriert und benötigen keine Zulassung, wohingegen herkömmliche Arzneimittel einem strengen Zulassungsprozess unterliegen, der wissenschaftliche Beweise für Sicherheit, Wirksamkeit und Anwendung erfordert. Diese Diskrepanz führt zu einer Ungleichbehandlung von Arzneimitteln auf dem Markt und gefährdet das Vertrauen der Verbraucher in die Qualität und Wirksamkeit der Produkte.

Die derzeitige Registrierung von homöopathischen Arzneimitteln basiert auf Unterlagen, die lediglich die Herstellung gemäß der homöopathischen Lehre belegen. Da die Wirksamkeit homöopathischer Mittel nicht auf wissenschaftlich anerkannten Studien basiert, fehlen Nachweise für ihre medizinische Effektivität. Dies führt dazu, dass Patienten und medizinisches Fachpersonal keine klaren Informationen über die Anwendungsgebiete, Dosierungen oder Zielgruppen auf den Beipackzetteln und der Verpackung finden können.

Um eine konsistente und verlässliche Bewertung der Wirksamkeit und Sicherheit von Arzneimitteln zu gewährleisten, sollte für homöopathische Arzneimittel dasselbe Anforderungsniveau gelten wie für

konventionelle Arzneimittel.

Antrag P04: Babybox statt Steuer-ID

Antragsteller*in:	AG Jusos Baden-Württemberg
Sachgebiet:	P - Pflege, Gesundheit & Soziales

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Titel: Babybox und Steuer-ID
- 2 Zur Weiterleitung an: Juso-Bundeskongress, SPD-Landtagsfraktion, SPD-Landesparteitag,
- 3 SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bundesparteitag
- 4 Statt Unterstützung in Form von Windeln, Kleidung oder Baby-Nahrung erhalten werdende
- 5 Eltern zur Geburt eines Kindes in Deutschland direkt die Steuer-Identifikationsnummer
- 6 des Kindes. Junge Familien und insbesondere junge Mütter müssen jedoch von Beginn an
- 7 in der Fürsorge für ein Kind unterstützt werden. Eine Baby-Box nach finnischem
- 8 Vorbild bietet den werdenden Eltern mit dem Erstversorgungspaket dabei nicht nur
- 9 Orientierung und eine erste Ausstattung für das Baby, sondern unterstützt vor allem
- 10 Familien und Mütter in prekären Situationen. Die Box liefert allerlei Basics wie
- 11 Windeln oder auch Söckchen und Strampler, die gerade in kälteren Monaten neugeborene
- 12 Kinder vor niedrigen Temperaturen schützen können. Zudem ist die Baby-Box so
- 13 gestaltet, dass sie direkt als erstes Babybett genutzt werden kann.
- 14 Die Baby-Box stellt nicht nur eine nette Aufmerksamkeit für frisch gebackene Eltern
- 15 dar, sondern bietet vor allem jungen Eltern Hilfe bei der Versorgung ihres
- 16 neugeborenen Kindes und trägt somit zum Schutz von Neugeborenen bei. Wir fordern
- 17 deshalb die Einführung eines solchen Systems nach finnischem Vorbild in Deutschland.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag P05: Psychotherapeutische Weiterbildung sichern – Wegfall der Versorgung verhindern

Antragsteller*in:	JUSO Vorstand SPD-Landesverband Saar
Sachgebiet:	P - Pflege, Gesundheit & Soziales

Die Versammlung möge beschließen:

1 Analyse:

2 Im Herbst 2019 haben Bundestag und Bundesrat eine weitreichende Reform des Gesetzes
3 zur Ausbildung von Psychotherapeut*innen (Psychotherapeutengesetz/ PsychThG^[1])
4 beschlossen, die seit dem 1. September 2020 mit zwölfjähriger Übergangsfrist gültig
5 ist.^[2]

6 Ziel der Reform ist unter anderem, die Situation der bisherigen Psychotherapeut*innen
7 in Ausbildung (PiA) zu verbessern und sie strukturell und monetär der von
8 Fachärzt*innen in Weiterbildung anzugleichen.

9 Mit der Reform wird die Ausbildung von Psychotherapeut*innen grundlegend umgestellt.
10 So wird es künftig nötig sein, ein Studium mit psychotherapeutischer Ausrichtung zu
11 absolvieren, um später als Psychotherapeut*in zu arbeiten. Die bisherige postgraduale
12 psychotherapeutische Ausbildung wird in eine verfahrensspezifische Weiterbildung zu*r
13 Fachpsychotherapeut*in umgewandelt.

14 Die **Approbationsprüfung** wird im reformierten Ausbildungsmodell im Anschluss an das
15 erfolgreich absolvierte Masterstudium erfolgen. Mit der Approbation wird auch die
16 Berufsbezeichnung „Psychotherapeut/in“ erworben.

17 Für alle, die ihr einschlägiges Psychologiestudium vor dem 1. September 2020 begonnen
18 haben, gilt, dass sie eine **Approbationsausbildung nach bisherigem System innerhalb**
19 **einer zwölfjährigen Übergangsphase** regulär noch beginnen können und sie bis zum 1.
20 September 2032 bzw. in Härtefällen bis zum 1. September 2035 beenden dürfen. Die so
21 erworbenen Abschlüsse sind gleichwertig zu denen des neuen Ausbildungssystems.

22 Wer als niedergelassene*r Psychotherapeut*in im Rahmen der *gesetzlichen*
23 Krankenversorgung arbeiten will, muss im Anschluss an die Approbation eine
24 weiterführende verfahrensspezifische Qualifizierung absolvieren. Die bisherigen
25 psychotherapeutischen Ausbildungen werden im Zuge der Reform künftig in fünfjährige
26 Weiterbildungen umgewandelt werden. Das neue Gesetz sieht in diesem Zusammenhang eine
27 **geregelt Vergütung** der künftigen PTW (Psychotherapeut*innen in Weiterbildung)
28 während der Praxistätigkeiten vor.

29 Die Psychotherapeutenkammern haben inzwischen die grundlegenden
30 **Weiterbildungsordnungen** verabschiedet: im April 2021 wurde durch die
31 Bundespsychotherapeutenkammer die Musterweiterbildungsordnung^[3] beschlossen – das
32 Land Berlin hat die länderspezifische Weiterbildungsordnung im November 2022
33 verabschiedet. Derzeit sind jedoch entscheidende Aspekte noch ungeklärt – unter
34 anderem die Finanzierung von stationären und ambulanten Stellen für
35 Psychotherapeut*innen in Weiterbildung (PTW). Die konkreten Bedingungen für
36 zukünftige PTW stehen daher noch nicht fest.

37 Ohne gesetzliche Regelungen werden mit Beginn 2025 keine Psychotherapeut*innen mehr
38 nach dem neuen Ausbildungssystem ausgebildet werden können.

39 Ab Herbst 2024 wird es rund 1.000 und ab 2025 jährlich mindestens ca. 2.500 neu
40 approbierte Psychotherapeut*innen geben, die eine Weiterbildungsstelle brauchen, weil
41 sie nur über eine Weiterbildung die Fachkunde für die GKV-Versorgung erwerben können.

42 Das Problem ist akut:

43 Psychische Erkrankungen gehören zu den großen gesundheitspolitischen
44 Herausforderungen. Die Anzahl der psychisch Erkrankten ist 2023 abermals auf einem
45 neuen Höchststand.^[4] Dieser ist insbesondere besorgniserregend, weil zunehmend auch
46 junge Erwachsene betroffen sind und im Job ausfallen.

47 Am 23.03.2023 wurde eine Petition^[5] mit dem Titel „Finanzierung der Weiterbildung
48 für Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten“ beim Petitionsausschuss eingereicht.
49 Im Juli 2023 hatte der Petitionsausschuss das Thema in einer öffentlichen Anhörung
50 beraten und im Dezember 2023 den Bundestagsabgeordneten das höchstmögliche Votum
51 empfohlen. Danach ist die Petition von der Bundesregierung zu berücksichtigen. Das
52 Bundesgesundheitsministerium muss sich nun mit der unzureichenden Finanzierung der
53 psychotherapeutischen Weiterbildung auseinandersetzen.

54 Forderung: Die Bundes- und Landesregierung, sowie das Bundes- und
55 Landesgesundheitsministerium müssen gesetzliche Grundlagen schaffen, um die neue
56 Weiterbildung zum*zur psychologischen Fachpsychotherapeut*in zu finanzieren. Dabei
57 dürfen die Kosten nicht auf die Auszubildenden verlagert werden. Dies beinhaltet eine
58 Vergütung, die Personen mit Master-Abschluss und Approbation nach TVÖD zusteht.

59

Quellen:

60 ^[1]
61 [https://www.gesetze-im-
62 internet.de/psychthg_2020/index.html#BJNR160410019BJNE000101000](https://www.gesetze-im-internet.de/psychthg_2020/index.html#BJNR160410019BJNE000101000).

63 ^[2]
64 [https://dip.bundestag.de/vorgang/gesetz-zur-reform-der-
65 psychotherapeutenausbildung/244634](https://dip.bundestag.de/vorgang/gesetz-zur-reform-der-psychotherapeutenausbildung/244634).

66 ^[3]
67 [https://api.bptk.de/uploads/Muster_Weiterbildungsordnung_Psychotherapeut_innen_der_B_
68 Pt_K_d6427e628e.pdf](https://api.bptk.de/uploads/Muster_Weiterbildungsordnung_Psychotherapeut_innen_der_B_Pt_K_d6427e628e.pdf).

69 ^[4]https://www.dak.de/dak/unternehmen/reporte-forschung/psychreport-2024_57364.

70 ^[5]
71 [https://epetitionen.bundestag.de/content/petitionen/_2023/_03/_23/Petition_148151.htm
72 l,](https://epetitionen.bundestag.de/content/petitionen/_2023/_03/_23/Petition_148151.html)
73 [https://www.bptk.de/pressemitteilungen/bundestag-beauftragt-regierung-weiterbildung-
74 finanzieren/](https://www.bptk.de/pressemitteilungen/bundestag-beauftragt-regierung-weiterbildung-finanzieren/).

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag P06: Die Welt gehört in Kinderhände! Bundesweite Standards für Qualität und Zuverlässigkeit in Kindertagesstätten.

Antragsteller*in:	Jusos Bezirk Hannover
Sachgebiet:	P - Pflege, Gesundheit & Soziales

Die Versammlung möge beschließen:

1 **Wenn die Kita krank macht**

2 Über 30 Tage im Jahr - so oft sind Mitarbeiter*innen in der Kinderbetreuung und -
3 erziehung durchschnittlich krank. Tendenz steigend, wie eine Studie der Bertelsmann-
4 Stiftung im August 2024 feststellte. Der Durchschnitt aller Berufsgruppen liegt
5 hingegen bei 20 Tagen. Die zweithäufigste Ursache, nach Atemwegsinfektionen, sind
6 dabei psychische Erkrankungen, die durch den Beruf verursacht werden. Obwohl viele
7 Erzieher*innen, Sozialassistent*innen oder Therapeut*innen ihren Beruf aus
8 Überzeugung und Begeisterung gewählt haben, macht dieser Job sie krank. Viele
9 pädagogische Fachkräfte sind frustriert, weil sie durch den Personalmangel ihrer
10 eigentlichen Berufung gar nicht nachgehen können, sondern damit beschäftigt sind,
11 irgendwie den Betrieb am Laufen zu halten, ohne dass die Kinder zu Schaden kommen.
12 Über 90 % der Mitarbeiter*innen sind FINTA. Es sind also vor allem FINTA, die unter
13 den desaströsen Arbeitsbedingungen in dieser Branche leiden. Die übermäßige,
14 gesundheitsgefährdende Arbeitsbelastung und damit verbundene Ausfälle an
15 Kindertagesstätten führen wiederum dazu, dass das verbliebene Personal noch mehr
16 Arbeit stemmen muss und immer öfter auch dazu, dass ganze Gruppen innerhalb der
17 Einrichtungen wegen Krankheit geschlossen werden müssen.

18 Spätestens an diesem Punkt sind auch die Eltern betroffen, die - meistens ohne
19 jeglichen Planungsvorlauf - einspringen müssen. Unter der desaströsen Personallage
20 leidet die Zuverlässigkeit der Kitas und damit auch die Planungssicherheit der
21 Eltern. Das führt nicht nur zu Stress oder abstrakten beruflichen Nachteilen, sondern
22 oft zu ganz konkreten finanziellen Einbußen. Da ein Großteil der unbezahlten Care-
23 Arbeit immer noch von FINTA geleistet wird und der Anteil von FINTA unter
24 Alleinerziehenden höher ist, leiden auch verstärkt FINTA unter den unkalkulierbaren
25 Kita-Ausfällen. Die Kita-Krise ist deshalb auch aus feministischer Perspektive ein
26 enormes Problem, weil sie letztlich zur Stärkung traditioneller Geschlechterrollen
27 beiträgt. Oft wissen sich Träger der Einrichtungen nicht mehr anders zu helfen, als
28 den Zugang zur Ganztagsbetreuung einzuschränken, die dann z.B. nur genutzt werden
29 kann, wenn beide Eltern in Vollzeit berufstätig sind.

30 Am unmittelbarsten betroffen sind aber die Kinder, die die Kindertagesstätten
31 besuchen. Der Besuch dieser Einrichtungen ist dabei mehr als nur eine reine
32 "Verwahrung" der Kinder, während die Eltern arbeiten, sondern zentraler Bestandteil
33 der frühkindlichen Bildung. Viele emotionale (z.B. Empathie, Selbstbewusstsein,
34 Bedürfnisse äußern), soziale (Kommunikation und Zusammenarbeit), kognitive
35 (Kreativität und Problemlösung), sprachliche, motorische und interkulturelle
36 Kompetenzen werden bereits im Kita-Alter erworben und legen damit den Grundstein für
37 spätere Lernerfolge. Für viele dieser Kompetenzen sind Peer-Interaktionen, also die
38 Sprachförderung in der und durch die Gruppe, notwendig, sodass sie nicht gleichermaßen

39 allein in der Familie erworben werden können. Defizite, die in diesem Alter
40 auftreten, müssen später mit viel Mühe ausgeglichen werden, falls es dann überhaupt
41 noch möglich ist. Wenn die Kita diesem Bildungsanspruch nicht nachkommen kann, haben
42 die Kinder einen erheblichen Nachteil für ihren weiteren Bildungsweg. Dabei trifft
43 auch das nicht alle Kinder gleichermaßen. Vom Mangel an Kita-Plätzen sind
44 überdurchschnittlich häufig armutsgefährdete, migrantisierte, nicht-akademische und
45 alleinerziehende Familien betroffen. Die Kita-Krise ist somit auch eine
46 Gerechtigkeitsfrage und eine zuverlässige und qualitativ angemessene Versorgung mit
47 Kita-Plätzen ist Bestandteil eines gerechten Bildungszugangs. Wenn Kitas als
48 Bildungsort begriffen werden, müssen andere qualitative Maßstäbe angelegt werden, als
49 wenn es nur um reine Betreuung der Kinder geht. Der Personalnotstand in vielen Kitas
50 steht diesem Qualitätsanspruch im Weg: Durch Stress und hohe Arbeitsbelastung kommt
51 die individuelle Förderung der Kinder zu kurz. Wenn Gruppen zusammengelegt oder
52 Betreuungsschlüssel angepasst werden, hat die Fachkraft weniger Zeit für das einzelne
53 Kind. Auch die Absenkung der Qualifikationsanforderungen an die Fachkräfte wird zum
54 Teil als Maßnahme gegen den Personalmangel gefordert. In Niedersachsen wurde bereits
55 beschlossen, dass Sozialassistent*innen unter bestimmten Bedingungen die
56 Gruppenleitung übernehmen können, was zuvor auf Erzieher*innen beschränkt war. In
57 anderen Bundesländern wird ähnliches diskutiert. Ohne berufserfahrenen
58 Sozialassistent*innen pauschal die Eignung dafür absprechen zu wollen, ist diese
59 Entscheidung ein klares Indiz dafür, dass qualitative Anforderungen im Zweifelsfall
60 nur eine untergeordnete Rolle spielen, wenn die Zuverlässigkeit der Kita gefährdet
61 ist. Es ist also wichtiger, die Kinder "irgendwie" zu betreuen, als qualitative
62 Standards einzuhalten und damit Bildungsansprüchen gerecht zu werden.

63 Mit Blick auf die hier umrissenen Gruppen - Mitarbeiter*innen in Kitas, Eltern und
64 Kinder - ist die Kita-Krise ein vielschichtiges Problem, das Arbeitnehmer*innenrechte
65 und den Kampf für faire Arbeitsbedingungen, Gleichstellungsfragen und
66 Bildungsgerechtigkeit miteinander verbindet. Bundesweit für gute Bedingungen in der
67 Kita zu kämpfen ist deshalb auch ein wichtiges Anliegen für uns Jusos. Ein
68 entscheidender Punkt ist dabei die Schaffung bundesweiter Standards - unter anderem
69 bei Personalführung und in der Sprachförderung. Dafür setzen wir Jusos uns ein.

70 **Mit bundesweiten Personal-Standards gegen die Kita-Krise**

71 Um der Kita-Krise zu begegnen, müssen die beiden zentralen Größen, Zuverlässigkeit
72 und Qualität, zusammengebracht werden. Bisher werden sie zu oft in einem
73 Konkurrenzverhältnis gesehen, zum Beispiel wenn vermeintliche Zuverlässigkeit durch
74 größere Gruppen oder Aufweichung von Qualifizierungsanforderungen erzielt werden
75 soll. Tatsächlich sind beide aus jungsozialistischer Perspektive nicht nur zwingend
76 notwendig, sie beeinflussen sich auch gegenseitig: Personalmangel und größere Gruppen
77 führen zu höherer Belastung, damit zu höheren Krankheitsständen und schließlich zu
78 den beschriebenen Gruppenschließungen. Zugleich führen die schlechten
79 Arbeitsbedingungen dazu, dass eine Vollzeittätigkeit in einer Kita für viele
80 Mitarbeiter*innen kaum leistbar ist und Lohnerhöhungen somit oft in
81 Arbeitszeitreduzierungen umgesetzt werden, was die Personalnot weiter verstärkt. Fast
82 die Hälfte der Mitarbeiter*innen in Kitas arbeitet in Teilzeit. Ein weiterer Effekt
83 der Arbeitsbedingungen ist, dass die Verweildauer im Beruf der Erzieher*in extrem
84 gering ist. Zwar hat seit den 2010er-Jahren eine (wenngleich nicht ausreichende)

85 Steigerung der Ausbildungskapazitäten stattgefunden, aber nach fünf Jahren hat die
86 Hälfte der Beschäftigten den Beruf wieder verlassen. Eine höhere Attraktivität des
87 Berufs ist daher notwendig, um bereits ausgebildete Fachkräfte auch zu halten oder
88 zurückzugewinnen.

89 Die Überlastung der Mitarbeiter*innen ist aber keine Überraschung. Sie ist viel zu
90 oft fester Bestandteil der Personalberechnung. Bei der Personalplanung wird in vielen
91 Kitas mit weniger als den tariflich oder vertraglich vereinbarten Urlaubstagen
92 gerechnet und auch die Krankheitstage werden niedriger geschätzt als die bekannten
93 Statistiken ausweisen. Damit wird auf dem Papier zwar eine Personaldeckung erreicht,
94 die in der Realität aber scheitern muss. Auch wenn das eine "Verzweiflungstat"
95 angesichts des Fachkräftemangels sein mag, trägt es doch zur Überlastung des
96 Personals und damit letztlich auch zum Fachkräftemangel selbst bei. Auch mittelbare
97 pädagogische Arbeit wie Elterngespräch, Vor- und Nachbereitung oder Dokumentation
98 werden nicht realistisch in die Berechnung des benötigten Personals einbezogen.

99 **Genau an dieser Stelle muss ein bundesweites Qualitätsentwicklungsgesetz ansetzen!**

100 Wir fordern deshalb **bundesweite Mindeststandards beim Kita-Personal**, die zu einer
101 realistischen Personalplanung führen sollen. Das bedeutet, dass Ausfallzeiten ebenso
102 wie der Zeitbedarf für mittelbare pädagogische Arbeit gemäß aktueller Datenlage
103 einbezogen werden müssen. Wenn Kita-Beschäftigte durchschnittlich 30 Tage im Jahr
104 krank sind, dann sollte auch mit 30 Tagen gerechnet werden und nicht mit den 20
105 Tagen, die in anderen Berufen der Durchschnitt sind. Damit ist ein erster Schritt
106 gemacht, um die Belastung der Beschäftigten zu reduzieren und gleichzeitig auch eine
107 zuverlässigere Planung für Kinder und Eltern zu gewährleisten.

108 **Sprache ist der Schlüssel zur Welt**

109 **Standards müssen auch bei der Stärkung des frühkindlichen Kompetenzerwerbs gesetzt**
110 **werden.** Dabei muss vor allem ein Schwerpunkt auf alltagsintegrierte Sprachbildung
111 gesetzt werden. Schon jetzt gehört die Sprachbildung zum Auftrag von Kitas, der in
112 entsprechenden Landesgesetzen geregelt ist. Zurecht: Sprache stellt einen besonders
113 wichtigen Bestandteil in der gesamtkindlichen Entwicklung dar und ist damit eine der
114 zentralen Schlüsselkompetenzen. Sprache wird in einem ganzheitlichen Sinn begriffen
115 und ist gleichermaßen ein verbal- und vorsprachliches sowie nonverbales
116 kommunikatives Ausdrucksmittel im Erst- oder Zweitspracherwerb von Kindern. Besonders
117 die Jahre, in denen Kinder eine Kindertageseinrichtung besuchen, sind *der*
118 entscheidende Zeitraum für die kindliche Sprachentwicklung, die Grundlage für einen
119 gelingenden Schriftspracherwerb und damit eine zentrale Voraussetzung für den
120 Bildungserfolg und die Teilhabe an unserer Gesellschaft.

121 Repräsentative Elternbefragungen wie NEPS oder AID:A haben erhoben, dass bei etwa
122 jedem 5. Kind in der Altersgruppe der 5-jährigen in Deutschland ein
123 Sprachförderbedarf festgestellt wurde. Unterschiede nach Familiensprache,
124 Migrationshintergrund, Geschlecht und Schulabschluss der Eltern sind deutlich
125 erkennbar. Auch bei über 20% derjenigen Kinder, die zu Hause überwiegend Deutsch
126 sprechen, wurde ebenfalls eine verzögerte Sprachentwicklung festgestellt. Dies ist
127 gesamtgesellschaftlich eine Herausforderung, da es einen Großteil der Kinder
128 unabhängig von bspw. Mehrsprachigkeit betrifft. Trotzdem erfordert die Sprachbildung
129 und -förderung mehrsprachig aufwachsender Kinder spezifische Handlungskompetenzen von
130 Seiten der Fachkräfte, weshalb diese Kinder bis heute oft durchs Raster fallen,

131 anstatt die Potentiale der Kinder zu nutzen.

132 Aufgrund des weiterhin bestehenden akuten Personalmangels in frühkindlichen
133 Bildungseinrichtungen und den daraus resultierenden fehlenden zeitlichen Ressourcen
134 können viele pädagogischen Fachkräfte dem gesetzlichen Auftrag und dem Bedarf der
135 Kinder an Sprachbildung/-förderung nicht gerecht werden. Darüber hinaus fehlt den
136 Fachkräften teilweise die spezifische Qualifikation.

137 Das von 2016 bis 2023 bestehende Bundesprogramm „Sprach-Kitas: Weil Sprache der
138 Schlüssel zur Welt ist“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und
139 Jugend hat alltagsintegrierte sprachliche Bildung als festen Bestandteil in der
140 Kindertagesbetreuung gefördert. Bundesweit war etwa jede 10. Kita eine sogenannte
141 Sprach-Kita, in der eine zusätzliche Fachkraft (meist pädagogische Fachkräfte oder
142 Sprachtherapeut*innen) mit halber Stelle durch das Bundesministerium gefördert wurde.
143 Das Bundesprogramm war zwar ein guter Schritt in die richtige Richtung, konnte
144 langfristig aber nicht die bestehenden Probleme lösen: zum einen, weil der Anteil der
145 geförderten Einrichtungen zu gering war, um ein flächendeckendes Angebot für alle
146 Kinder zu gewährleisten, zum anderen, weil die Förderung projektbasiert war und damit
147 mit befristeten Stellen einherging und diese somit für qualifizierte Fachkräfte
148 unattraktiver wurden. Seit dem Auslaufen des Programms im Juni 2023 sind die
149 Bundesländer in der Verantwortung, die Projektstellen in ein Regelangebot zu
150 überführen. In dem zurückliegenden Jahr hat sich jedoch vielerorts ein Rückschritt
151 bei der alltagsintegrierten Sprachbildung gezeigt, keinesfalls jedoch ein
152 substanzieller Fortschritt. Statt eines bloßen Erhalts der bestehenden Sprach-Kitas
153 bräuhete es nämlich eine flächendeckende Ausweitung des Angebots.

154 **Wir fordern deshalb als bundesweite Mindeststandards:**

- 155 • dass pro Kindertageseinrichtung zusätzlich zu den pädagogischen Fachkräften
156 mindestens eine qualifizierte Sprachförderkraft eingestellt werden muss.
- 157 • dass diese Sprachförderkräfte unbefristet und projektunabhängig eingestellt
158 werden.
- 159 • dass die Anzahl der Fachkräfte bzw. Stunden sich nach Anzahl der zu betreuenden
160 Kinder in der Einrichtung zu richten hat, aber mindestens 20 Wochenstunden
161 betragen muss.

162 **Die Aufgaben der Sprachförderkräfte sollen dabei vor allem sein:**

- 163 • Unterstützung der pädagogischen Fachkräfte bei der Beobachtung und Dokumentation
164 der sprachlichen Kompetenzen
- 165 • Feststellung besonderer Sprachförderbedarfe und ggf. Unterstützung bei der Suche
166 von gezielten Förder- oder Therapiemaßnahmen
- 167 • Angebote zur alltagsintegrierten Sprachbildung (mit-)entwickeln sowie gezielte
168 und individuelle Sprachfördermaßnahmen für Kinder mit besonderem
169 Sprachförderbedarf durchführen
- 170 • Beratung und Unterstützung der pädagogischen Fachkräfte
- 171 • Zusammenarbeit mit Familien, Schulen sowie Ärzt*innen und Sprachtherapeut*innen

172 **Qualifikation und Arbeitsweise:**

173 Neben der pädagogischen Kompetenz der Sprachförderkräfte muss bei der Einstellung vor

174 allem auch auf die Qualifikation im Bereich Sprachförderung/-bildung geachtet werden.
175 Es gibt mittlerweile ein sehr breites Spektrum an Ausbildungen und Studiengängen in
176 diesem Fachbereich, die teilweise nicht allen Bundesländern angeboten werden. Deshalb
177 ist eine bundesweite Harmonisierung beim Zugang zu den Sprachförderstellen notwendig,
178 um den durchaus qualifizierten Fachkräften die Arbeit zu ermöglichen. Stattdessen
179 führt die aktuelle Situation zur zusätzlichen Verknappung, obwohl schon ein akuter
180 Fachkräftemangel besteht.

181 Deshalb muss eine bundesweite Angleichung der fachlichen Anforderungen an
182 Sprachförderkräfte über die KMK erfolgen. Aus dem Bedarf der Sprachförderung ergibt
183 sich die Notwendigkeit multiprofessioneller Teams in Kindertageseinrichtungen. Die
184 Sprachförderkräfte sind dabei ein Schritt in diese Richtung. Ziel muss es sein,
185 umfassende multiprofessionelle Teams zu bilden, um den wachsenden Anforderungen in
186 Kindertageseinrichtungen gerecht zu werden.

187 **Sinnvoll, machbar und realisierbar - Vollakademisierung der Logopädie jetzt**

188 Ein Großteil der qualifizierten Sprachförderkräfte sind Logopäd*innen und
189 Sprachtherapeut*innen. Nach aktuell geltendem Berufsgesetz ist die Zulassung zu den
190 sogenannten additiven Studiengängen im Bereich der Logopädie nur mit dem Abschluss
191 einer logopädischen Berufsfachschule möglich. Konkret bedeutet dies, dass zusätzlich
192 zu den drei Jahren Ausbildung noch je nach Studiengang und Modell (Teilzeit-
193 /Vollzeit) weitere 1,5 bis 3,5 Jahre Studium hinzukommen.

194 Eine seit 2009 bestehende Modellklausel (§ 11) im aus den 80er-Jahren stammenden
195 „Gesetz über den Beruf des Logopäden“ (LogopG) erlaubt erstmals Modellstudiengänge
196 mit einer direkten hochschulischen Ausbildung als staatlich anerkannte*r Logopäd*in.
197 In 7 bis 8 Semestern erhalten die Absolvent*innen die Berechtigung, die
198 Berufsbezeichnung Logopäd*in zu tragen. In den Jahren 2014-2020 erfolgten
199 Evaluationen dieser Modellstudiengänge, die eindeutig belegten, dass aufgrund der
200 gestiegenen Anforderungen die bestmögliche Patient*innenversorgung nur durch eine
201 hochschulische Qualifikation der Therapeut*innen gewährleistet werden kann.

202 Auch eine vom Bundesministerium für Gesundheit (BMG) und der Bund-Länder-
203 Arbeitsgemeinschaft (BL-AG) „Gesamtkonzept Gesundheitsfachberufe“ empfohlene Prüfung
204 der Vollakademisierung der Logopädie ergab, dass die Akademisierung der Logopädie als
205 machbar und notwendig angesehen wird (2. Evaluationsbericht des BMG vom 22.10.2021).

206 Die Modellklausel läuft allerdings nach bereits zweifacher Verlängerung am 31.12.2024
207 aus. Trotz der Stimmen aus den Berufsverbänden und auch von bspw. Gesundheitsminister
208 Karl Lauterbach, die die Akademisierung befürworten, ist eine konkrete dauerhafte
209 Lösung aktuell noch nicht in Sicht. Die endgültige Entscheidung wird seit Jahren
210 vertagt.

211 **Deshalb fordern wir:**

- 212 • dass sich die SPD-Bundestagsfraktion und das Bundesministerium für Gesundheit
213 für die bereits angekündigte Vollakademisierung der Logopädie aktiv einsetzen
214 und somit für eine akademische Erstqualifikation als grundständige Ausbildung;
- 215 • spätestens mit Ablauf der Modellklausel Ende 2024 (§ 11 LogopG) zum einen die
216 Modellstudiengänge in reguläre Studiengänge zu überführen und zum anderen
217 bundesweit die Logopädieausbildung in eine hochschulische Ausbildung
218 umzuwandeln;

219 • dass geprüft werden soll, ob und wie die Akademisierung der Logopädie mit der
220 Schaffung von Direktzugängen zu Therapieleistungen einhergehen kann, sodass
221 zukünftig nicht immer eine ärztliche Verordnung nötig sein müsste.

222 Ziel muss es auch in der Logopädie sein, dem Fachkräftebedarf langfristig
223 entgegenzuwirken und junge Menschen für die Therapieberufe zu gewinnen. Zu wenige
224 entscheiden sich für das Berufsfeld Logopädie/Sprachtherapie, aber vor allem, wer es
225 doch tut, verlässt die praktisch-therapeutische Arbeit nach wenigen Jahren. Das
226 Ergebnis: Es wird immer schwieriger, die Versorgung und Unterstützung für die
227 Menschen, die sie brauchen, abzusichern. Das betrifft auch die alltagsintegrierte
228 Sprachbildung sowie zusätzliche therapeutische Angebote in Kitas. Die hochschulische
229 Ausbildung eröffnet neue und weitere berufliche Perspektiven und wertet damit die
230 therapeutischen Berufe auf. Außerdem besteht die langfristige Perspektive, dass
231 dadurch die von der Krankenkasse gezahlten Sätze deutlich angehoben werden könnten.
232 Von der Lehre über die therapeutische Arbeit mit Patient*innen bis hin zur Karriere
233 in der Forschung erweitert die Vollakademisierung die Möglichkeiten beruflicher
234 Entwicklung. Die bisherigen Praxisanteile der Ausbildung würden dabei aber nicht
235 verloren gehen. Die hochschulische Ausbildung in den Therapieberufen umfasst sowohl
236 fachpraktische als auch wissenschaftlich-fachliche Anteile.

237 Im europäischen Vergleich ist Deutschland das einzige Land, in dem nebeneinander
238 berufsfachschulisch und hochschulisch ausgebildet wird. Bereits 2013 waren in 30 von
239 31 Ländern der Bachelor- bzw. Masterabschluss die Voraussetzung zur Berufsausübung in
240 der Logopädie. Deutschland bildet bis heute die einzige Ausnahme.

241 Wenn man genau hinschaut, hat auch in Deutschland der Übergang von einer
242 berufsfachschulischen in die hochschulische Ausbildung schon längst begonnen: 90% der
243 Bewerber*innen für eine Ausbildung verfügen über eine Hochschulzugangsberechtigung.
244 80% der Lehrenden an den Berufsfachschulen sind hochschulisch qualifiziert. 80% der
245 Berufsfachschulen kooperieren bereits mit einer Hochschule. 57 Studiengänge gibt es
246 allein im Bereich Logopädie/Sprachtherapie. Was aber fehlt, ist eine Perspektive.
247 Eine Perspektive für die Modellstudiengänge und die Berufsfachschulen, eine
248 Perspektive für die Bewerber*innen und Therapeut*innen, aber vor allem eine
249 Perspektive für das Berufsfeld Logopädie/Sprachtherapie. **Deshalb brauchen wir eine**
250 **einheitlich gestaltete, ausschließlich hochschulische Qualifikation in der Logopädie**
251 **– Vollakademisierung jetzt!**

Antrag P07: Überschuldung verhindern – Armutsfallen bekämpfen

Antragsteller*in:	Jusos Hamburg
Sachgebiet:	P - Pflege, Gesundheit & Soziales

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Die SPD-Bundestagsfraktion wird dazu aufgefordert:
- 2 1. Ein mit dem Kurzarbeitergeld vergleichbares Instrument zur Absicherung von nicht
- 3 versicherungspflichtig Beschäftigten zu schaffen,
- 4 2. die Institutionalisierung der Beratungsangebote für Selbstständige
- 5 voranzutreiben
- 6 3. und sich für eine öffentlichkeitswirksame Kampagne des Bundesministeriums für
- 7 Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) zur Arbeit
- 8 der Schuldnerberatungsstellen einzusetzen.

Begründung

Knapp sieben Mio. Menschen in Deutschland gelten als überschuldet. Somit ist jeder zehnte Erwachsene Mensch betroffen. Überschuldung bedeutet nach dem Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, dass Einkommen und Vermögen über einen längeren Zeitraum trotz Reduzierung des Lebensstandards nicht ausreichen, um fällige Forderungen zu begleichen.

Durch die Auswirkungen von Corona und des andauernden Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine rutschen immer mehr Menschen in die Überschuldung.

Die verbreitete Wahrnehmung von Überschuldung ist, dass es sich um eine private Angelegenheit handelt. Betroffenen wird eine persönliche Schuld zugewiesen. Oft leiden überschuldete Menschen unter ihrer Situation, was zu psychischem Stress, Krankheit, und weniger sozialer Teilhabe führt.

Studien (iff-Überschuldungsreport 2019; FES, Private Überschuldung in Deutschland 2021) belegen, dass weniger als 20 Prozent der Fälle von Überschuldung auf sogenanntes „vermeidbares Verhalten“ – wie Konsumverhalten und Haushaltsführung – zurückzuführen ist. Vielmehr bringen externe Faktoren wie Arbeitslosigkeit, Scheidung oder Trennung, Krankheit, und Einkommensarmut Menschen in die Überschuldung.

Absicherung für nicht versicherungspflichtig Beschäftigte

Von finanziellen Einbußen und drohender Überschuldung besonders betroffen sind prekär Beschäftigte, Selbstständige und Menschen in Ausbildung. Kurzarbeitergeld ist ein wirksames Instrument, krisenbedingte Armut abzufedern und Überschuldung vorzubeugen.

Analog zum Kurzarbeitergeld fordern wir ein Absicherungsinstrument über die versicherungspflichtige Beschäftigung hinaus für Minijobber*innen und prekär Beschäftigte.

Beratungsangebote für Selbstständige

Starke Einkommenseinbußen haben auch Solo-Selbstständige schwer belastet. Davon besonders betroffen sind solo-selbstständige Frauen, die zu einem Drittel weniger als 1.500 Euro netto im Monat verdienen (Hans-Böckler-Stiftung, Selbstständige in der Corona-Krise 2021).

Das von der öffentlichen Hand finanzierte Angebot an Schuldner- und Insolvenzberatungsstellen für

abhängig Beschäftigte Menschen soll daher auf Solo-Selbstständige oder Inhaber*innen von Kleinstunternehmen, die vor Schulden- und Überschuldungsproblemen stehen, erweitert werden.

Kampagne für Aufmerksamkeit

Schuldnerberatungsstellen sind nach wie vor kaum bekannt und werden nicht als Unterstützungsinstrument wahrgenommen. Gerade zu Beginn einer potenziellen Überschuldungssituation ist eine Schuldnerberatung jedoch wirksam.

Die neue ministerielle Zuständigkeit durch das BMUV muss genutzt werden, um auf die Arbeit der Schuldnerberatungsstellen durch eine öffentlichkeitswirksame Kampagne aufmerksam zu machen.

Antrag P08: Keine Streichungen bei der Agentur für Arbeit!

Antragsteller*in:	Jusos Hamburg
Sachgebiet:	P - Pflege, Gesundheit & Soziales

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Der Etat Bundesagentur für Arbeit wird im kommenden Haushaltsjahr nicht gekürzt,
- 2 sondern entsprechend der Inflationsrate angepasst.

Begründung

Die Chefin der Bundesagentur für Arbeit, Andrea Nahles, beziffert die aus der derzeitigen Haushaltsplanung folgenden Einschnitte für den Gesamtetat der Bundesagentur für Arbeit im Haushaltsjahr 2024 auf 700 Millionen Euro. Die verbliebenen Mittel werden wohl vorrangig für die Verwaltungskosten der BA und ihrer Jobcenter benötigt, sodass das Geld insbesondere im Bereich der Hilfe für Betroffene fehlt. Das bedeutet, dass weniger Mittel insbesondere für die qualitativ hochwertigen Maßnahmen gemeinnütziger Träger zur Verfügung stehen werden. Diese und die das Angebot tragenden Strukturen drohen dadurch künftig dauerhaft verloren zu gehen. Die Mittelkürzung ist insbesondere in Anbetracht der Inflation der vergangenen zwei Jahre, der Steigerung der Berechtigtenzahlen seit Mai 2022 um mehr als 600 000 Menschen sowie der im Koalitionsvertrag und unserer Parteiprogrammatik formulierten Besserstellung armer, von Armut bedrohter und/oder marginalisierten Gruppen angehörender Menschen ab.

Antrag P09: Mentale Gesundheit ist kein Luxus - Psychotherapie im Late Stage Kapitalismus auf den neuesten Stand bringen

Antragsteller*in:	Jusos Hessen-Nord
Sachgebiet:	P - Pflege, Gesundheit & Soziales

Die Versammlung möge beschließen:

1 In unserer kapitalistischen Gesellschaft wird der Wert eines Menschen oft an seiner
2 Leistung gemessen. Schon von Kindesbeinen an wird uns eingetrichtert, dass wir
3 ständig mehr erreichen, bessere Noten erzielen und uns unermüdlich beweisen müssen.
4 Dieser allgegenwärtige Leistungsdruck führt zu enormem Stress und psychischen
5 Belastungen, die sich durch die Schulzeit, das Studium oder die Ausbildung bis ins
6 Berufsleben ziehen. Der Kapitalismus verlangt, dass wir immer mehr und länger
7 arbeiten, während der finanzielle Gewinn in die Taschen der wenigen fließt, nicht der
8 arbeitenden Massen. Alles auf unserer To-Do-Liste, ob Überstunden oder ein
9 Kindergeburtstag, wird zur Last. Die ständige Erreichbarkeit durch E-Mails und
10 Smartphones verstärkt diesen Druck, der nicht nur aus der Arbeit, sondern aus der
11 gesamten kapitalistischen Struktur erwächst.

12 Egal wie effizient man heute ist, morgen wird noch mehr verlangt. Burnout und
13 Depression sind häufig die Folge dieses unerbittlichen Stresses. Ein Teufelskreis
14 entsteht, denn psychische Erkrankungen der Eltern erhöhen das Risiko für ihre Kinder,
15 ebenfalls zu erkranken. Anstatt zu erkennen, dass das System selbst Menschen an die
16 Grenzen ihrer Belastbarkeit treibt, bleibt die Zahl der Psychotherapeut*innen, die
17 mit den Krankenkassen abrechnen können, begrenzt. Die halbherzige Reform des
18 Psychotherapiegesetzes von 2017 hat versagt: Zwar gibt es schnellere Erstgespräche,
19 doch auf einen Therapieplatz warten Betroffene oft Monate oder gar ein Jahr. Diese
20 Wartezeiten führen zur Resignation und dazu, dass viele trotz akuter Not die Suche
21 aufgeben. Für uns ist in diesem Kontext klar, wie Audre Lorde sagt: "Für sich selbst
22 zu sorgen ist kein Luxus, es ist Selbsterhaltung, und das ist ein Akt des politischen
23 Widerstands."

24 Deshalb fordern wir entschlossen:

25 Therapieplatzsuche erleichtern:

- 26 • Die Therapieplatzsuche ist für Betroffene eine riesige Herausforderung. In sehr
27 schwierigen Lebenssituationen suchen Menschen oft Monate nach einem
28 Therapieplatz und erhalten nicht die notwendige Unterstützung. Diese zusätzliche
29 Hürde belastet Menschen, die ohnehin unter hoher psychischer Belastung leiden.
30 Hausärzte und Krankenkassen sollen aktiv über die Möglichkeit informieren,
31 Listen mit Kontaktdaten von Psychotherapeut*innen mit freien Kapazitäten
32 bereitzustellen.

33 Anerkennung neuer Therapieformen:

- 34 • Es gibt wissenschaftlich fundierte Therapieformen, die nicht von den
35 gesetzlichen Krankenkassen anerkannt werden, wie die gleichzeitige Anwendung von
36 Tiefen- und Verhaltenstherapie oder EMDR außerhalb der strengen Richtlinien. Die
37 Kostenübernahme bei psychotherapeutischen Verfahren muss flexibler werden, um

38 neue Verfahren schneller und unbürokratischer zu übernehmen.

39 Interkulturelle Psychotherapie und Bedarfsplanung:

- 40 • Die interkulturelle Psychotherapie sollte in die Ausbildung von
41 Psychotherapeut*innen integriert werden. Die Bedarfsplanung für Kassenplätze
42 muss neu aufgestellt werden, damit sie der Realität entspricht und eine
43 tatsächliche Therapieplatzgarantie bietet, die sich nicht nur auf die erste
44 Sprechstunde begrenzt.

45 Therapieplatzgarantie und Wartezeiten:

- 46 • Es muss eine umfassende Therapieplatzgarantie geben, die nicht nur die Garantie
47 für eine erste Sprechstunde umfasst. Denn auf die Sprechstunde folgen oftmals
48 lange Wartezeiten, selbst wenn der/die erste Therapeutin eine gute Beziehung zu
49 dem*der Behandelnden aufbauen kann.

50 Psychische Gesundheit junger Menschen:

- 51 • Die psychische Gesundheit junger Menschen ist entscheidend für ihre Zukunft und
52 die Gesellschaft. Bereits vor der COVID-19-Pandemie waren die Wartezeiten auf
53 ein ambulantes psychotherapeutisches Erstgespräch und den Beginn einer Therapie
54 lang. Die Pandemie hat die Situation drastisch verschärft. Es ist wichtig,
55 Präventionsmaßnahmen auszubauen und frühzeitigen Zugang zu ambulanten
56 psychotherapeutischen Unterstützungsangeboten zu gewährleisten.

57 Zugang zu psychotherapeutischen Behandlungen für alle gewährleisten:

- 58 • Der Zugang zu guter medizinischer Versorgung ist eine der zentralen sozialen
59 Fragen unserer Zeit. Immer mehr Menschen in Deutschland leiden unter psychischen
60 Erkrankungen. Wir müssen die gesellschaftliche Stigmatisierung überwinden und
61 den Zugang zu therapeutischen Behandlungen für alle gewährleisten. Jeder muss
62 Zugang zu psychotherapeutischen Behandlungen haben. Dafür setzen wir uns ein,
63 die Verhältniszahlen zu senken und das Kostenerstattungsverfahren zu
64 erleichtern, um die Schaffung von Kassensitzen voranzutreiben.
65 Psychotherapeutinnen sollen mehr gesetzlich Versicherten zur Verfügung stehen
66 und verstärkt für Schülerinnen, Auszubildende und Studierende als Anlaufstellen
67 dienen. Kurzzeittherapien in Privatpraxen sollen von den gesetzlichen
68 Krankenkassen übernommen werden. Insbesondere im ländlichen Raum ist ein Ausbau
69 der stationären Behandlung notwendig, um die Versorgung zu verbessern.

Begründung

Psychotherapie ist ein wirksames Verfahren, das vielen Menschen bei psychischen Erkrankungen hilft. Aktuell ist die Suche nach einem Therapieplatz jedoch eine zusätzliche Belastung. Die Entstigmatisierung der Psychotherapie hat die Nachfrage erhöht, was durch die Folgen der Corona-Krise und finanzielle Sorgen verstärkt wird. Dieser Nachfrage muss gezielt begegnet werden. Die psychische Gesundheit junger Menschen darf nicht vernachlässigt werden, und es muss sichergestellt werden, dass sie rechtzeitig Zugang zur notwendigen Unterstützung erhalten.

Antrag R01: Gesellschaftlicher Zusammenhalt: Generationengerechtigkeit herstellen!

Antragsteller*in:	JUSO Vorstand SPD-Landesverband Saar
Sachgebiet:	R - Rente, Generation & Familie

Die Versammlung möge beschließen:

1 Generationengerechtigkeit ist ein zentrales Konzept in der Diskussion über soziale
2 und politische Gerechtigkeit. Sie bezieht sich auf die faire Verteilung von Rechten,
3 Pflichten und Ressourcen zwischen den verschiedenen Generationen einer Gesellschaft.
4 In Anbetracht der demografischen Veränderungen, des Klimawandels und der
5 wirtschaftlichen Herausforderungen wird Generationengerechtigkeit zu einem immer
6 drängenderen Thema. Die gegenwärtigen politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen
7 beeinflussen nicht nur die heutigen Generationen, sondern haben weitreichende
8 Auswirkungen auf zukünftige Generationen. Es stellt sich die Frage, wie wir eine
9 Gesellschaft gestalten können, die solidarisch und generationengerecht ist. In diesem
10 Zusammenhang sind verschiedene Dimensionen zu berücksichtigen, darunter soziale
11 Sicherheit, Umweltpolitik, Bildung und Arbeitsmarkt. Eine nachhaltige und gerechte
12 Gestaltung dieser Bereiche erfordert eine kritische Auseinandersetzung mit
13 bestehenden Strukturen und die Entwicklung neuer Ansätze, die die Bedürfnisse und
14 Rechte aller Generationen berücksichtigen. Dieser Text widmet sich einer kritischen
15 Analyse der aktuellen Herausforderungen und Möglichkeiten, um eine solidarische und
16 generationengerechte Gesellschaft zu schaffen.

17 Generationengerechtigkeit ist ein zentrales Anliegen unserer Gesellschaft und
18 betrifft alle Bereiche des Lebens. Es geht darum, dass die Bedürfnisse und Rechte
19 aller Generationen – von den Jüngsten bis zu den Ältesten – berücksichtigt und
20 ausgewogen behandelt werden. Dabei spielen nachhaltige Umweltpolitik, faire
21 Bildungschancen, ein gerechtes Rentensystem und die Beteiligung junger Menschen an
22 politischen Entscheidungen eine wesentliche Rolle.

23 Die aktuelle politische und wirtschaftliche Situation zwingt uns, über eine
24 gerechtere Verteilung der Ressourcen und Chancen nachzudenken. Als Jusos wollen wir
25 eine Gesellschaft gestalten, die auf Solidarität, Demokratie und sozialer
26 Gerechtigkeit beruht. Wir müssen heute mutige und progressive Schritte unternehmen
27 und Visionen wagen, um eine lebenswerte Zukunft für alle zu sichern.

28 Die Jusos setzen sich dafür ein, dass in allen politischen Bereichen die Prinzipien
29 der Generationengerechtigkeit stärker berücksichtigt werden.

30 Nachhaltige Klimapolitik:

31 Die Uhr tickt! Der Klimawandel ist die größte Krise unserer Zeit. Durch heiße
32 Sommer, extreme Dürre, verheerende Waldbrände, tödliche Flutkatastrophen spüren wir
33 die ersten Symptome des Klimawandels. Es darf keine Überlegung mehr sein, ob man
34 Klimapolitik macht, sondern wie. Klimaschutz muss die Grundlage jeder politischen
35 Entscheidung sein und das nicht nur auf Landes- und Bundesebene, sondern auch auf
36 kommunaler Ebene. Die Kostendebatte wie viel Klimaschutz wir uns leisten können muss
37 ein Ende haben. Wir müssen jetzt handeln, da unsere Zukunft und unser Leben auf dem

38 Spiel stehen. Es ist höchste Zeit für einen radikalen Wandel. Dabei müssen Maßnahmen
39 des Wandels sozial gerecht und ökologisch nachhaltig umsetzbar sein.

40 Bis 2035 muss das Saarland klimaneutral werden!

41 Als Industrieland tragen wir eine große Verantwortung und wir stellen uns dieser und
42 müssen Vorbild in der Transformation werden.

43 Die Verkehrswende muss kommen. Dafür müssen wir den ÖPNV ausbauen, sowohl in der
44 Kostenfrage als auch in der Infrastruktur. Das 9€-Ticket war ein Beweis genug, dass
45 wenn es das Angebot des kostengünstigen ÖPNV gibt, sich Menschen dem auch
46 anschließen. Das Angebot von Buslinien, Straßenbahnen und Zügen muss ausgeweitet
47 werden. So, dass es sich lohnt, statt dem Auto einfach den Bus oder Zug zu nehmen.
48 Wir fordern einen kostenfreien ÖPNV, sodass sich jeder Mensch das Bus- und Zugfahren
49 leisten kann!

50 Mit dem Fahrrad auf dem Weg zur Schule, Ausbildung oder Beruf kann eine
51 Herausforderung sein. Zu wenige Fahrradwege, geringe Sicherheit auf den Straßen und
52 zu enge Straßen. Diese Hindernisse dürfen heutzutage nicht sein. Das Radwegenetz im
53 Saarland muss so ausgebaut werden, dass man in jedem Dorf und jeder Stadt
54 unbedenklich mit dem Fahrrad unterwegs sein kann. Optimal sind auch verpflichtende
55 Flick- und Pumpstationen an Fahrradwegen, sodass es auch nicht an den Kleinigkeiten
56 hängt, ob man mit dem Fahrrad fährt. Fahrradboxen zum Parken und Ladestationen für E-
57 Bikes sollen ebenfalls an öffentlichen Plätzen wie Bahnhöfen, Schulen, Universitäten
58 und Rathäuser aufgestellt werden.

59 **Bildung und Chancengleichheit:**

60 Das Kernversprechen der sozialdemokratischen Politik ist die gute Bildung.

61 Soziale und demokratische Teilhabe ist nur durch gleiche Bildungschancen für alle zu
62 verwirklichen. In den Bildungseinrichtungen fehlen zurzeit Fachkräfte, die Kinder,
63 Jugendliche und Erwachsene durchs Leben bringen. Die digitale, technische und
64 bauliche Ausstattung lässt zu wünschen übrig.

65 Frühkindliche Bildung ist ein Grundstein für die Chancengleichheit. Dementsprechend
66 braucht es genügend Plätze in Kindertagesstätten.

67 Der Bedarf an Betreuungsplätzen wird nicht gedeckt. Der Ausbau der Betreuungsplätze
68 in der frühen Bildung erfordert auch eine Fachkräfteoffensive, die genügend
69 Erzieher:innen einstellt. Dafür muss die Ausbildung zur Erzieher:in attraktiver
70 werden. Dies beinhaltet die kostenfreie, vergütete Ausbildung sowie gute
71 Weiterbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten.

72 Wir wollen, dass ein kostenfreier Zugang zu Bildung für alle möglich ist, von der
73 Kindertagesstätte bis zur Vollendung der Ausbildung oder Studium. Unser Anspruch ist
74 die beste Bildung von Anfang an. Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern
75 abhängig sein! Die SPD macht im Saarland den ersten richtigen Schritt- die
76 Abschaffung der KiTa- Beiträge bis 2027 entlastet vor allem junge Familien.

77 Um Familien weiter zu entlasten, setzen wir uns für die Ausweitung der Ganztagschule
78 ein. Jede*r soll die Möglichkeit bekommen, eine umfangreiche Betreuung zu haben.
79 Dafür braucht es genügend Personal.

80 Ein Tablet in jedem Schulranzen ist nicht mehr wegzudenken! Die Schule der Zukunft
81 ist digital und steht für Weiterentwicklung. Dadurch lernen die Kinder, Eltern und

82 Lehrer*innen den Umgang mit mobilen Endgeräten. Für digitale Lernmethoden bedarf es
83 Weiterbildungsmöglichkeiten für Lehrer*innen. Das Gelernte in der Schule dient somit
84 auch der Weiterentwicklung und als Soft-Skill für das Berufsleben.

85 Für Lehrer*innen dienen digitale Tools zur Entlastung von administrativer Arbeit. Der
86 Verwaltungsaufwand kann reduziert werden, sodass mehr Zeit für den Unterricht oder
87 individuelle Unterstützung für Schüler*innen übrigbleibt.

88 **Für ein gerechtes Gesundheitssystem**

89 Um Anerkennung zu schenken, reicht es nicht für die soziale und pflegerische Arbeit
90 zu klatschen. Arbeitnehmer:innen werden körperlich, psychisch und finanziell
91 ausgebeutet. Belastende Arbeitssituation, zu wenig Entlohnung, zu viel Bürokratie,
92 wenig Zeit für Patient:innen. Viele Arbeitskräfte kehren dem Beruf den Rücken zu. Die
93 Anzahl der Beschäftigten bricht weg. Zeitgleich steigt durch den demografischen
94 Wandel und alternde Bevölkerung die Anzahl der Pflegenden stetig an.

95 Wer sich in Zukunft um Patient:innen kümmert, geht ebenfalls mit der
96 Generationengerechtigkeit einher. Der Ausbildungsberuf und der Beruf an sich müssen
97 attraktiver werden. Die Löhne müssen steigen, die Überstunden müssen wegfallen. Durch
98 Weiterbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten müssen wir den jetzigen und kommenden
99 Generationen einen attraktiven Beruf anbieten.

100 **Wohnraum und soziale Sicherheit:**

101 Es ist kein Geheimnis, dass es an bezahlbarem Wohnraum fehlt. sozialen Wohnungsbau
102 massiv ausweiten und vorantreiben. Die Zahl der armutsgefährdeten Menschen im
103 Saarland steigt stetig an. Besonders Kinder, alleinerziehende Mütter und ältere
104 Menschen sind von Armut betroffen. Es steht ein Wohnungsmarkt zur Verfügung mit enorm
105 hohen Mieten und Sanierungsstau. Dabei ist Wohnen ein Menschenrecht und keine Ware.
106 Sie muss für Jede:n bezahlbar sein. Der soziale Wohnungsbau muss stärker bezuschusst
107 werden und durch Förderprogramme ausgebaut werden. Es darf nicht zur Spaltung der
108 Gesellschaft kommen, in dem diese Wohnungen am Rand der Gesellschaft gebaut wird,
109 sondern auch mittendrin. Zudem brauchen wir ,Co-Living-Projekte für mehrere
110 Generationen, in denen ältere und jüngere Menschen vom gemeinsamen Leben profitieren
111 können.

112 **Finanzpolitik**

113 Wenn es ums Geld geht, werden die Stimmen immer lauter- außer bei der Bevölkerung. In
114 einem Sparhaushalt kann man sich nur kaputtsparen. Die Bevölkerung nimmt diesen
115 einfach so an, obwohl dies die Grundlage und Ursprung für die o.g. Probleme und
116 Konflikte steht. Fehlende Investitionen in Ehrenamt, Gesundheit, Bildung, Förderung
117 uvm. Schaden unserer Gesellschaft und unseren kommenden Generationen massiv.

118 Wir fordern eine generationenüberschreitende Steuerreform und somit die Einführung
119 einer Erbschaftssteuer, die progressiv ansteigt und große Vermögen stärker belastet,
120 um die Chancengleichheit zu erhöhen.

121 Wir müssen heute die Grundlagen dafür legen, dass kommende Generationen in einer
122 gerechten und lebenswerten Welt aufwachsen können. Es ist unsere Pflicht,
123 Verantwortung zu übernehmen und eine Politik zu gestalten, die nachhaltig,
124 solidarisch und zukunftsorientiert ist. Lasst uns gemeinsam für eine gerechte
125 Verteilung der Chancen und Lasten zwischen den Generationen kämpfen.

126 Ein 'weiter so' kann und darf es nicht geben. Die Wende können wir nur dann
127 gestalten, wenn der Staat in unsere Zukunft investiert. Und deshalb fordern wir, die
128 Schuldenbremse endlich abzuschaffen!

129 **Rentenreform**

130 Aus jungsozialistischer Perspektive ist die Umgestaltung des Rentensystems von
131 zentraler Bedeutung, um eine gerechte und nachhaltige soziale Absicherung für alle
132 Generationen zu gewährleisten. Der bestehende Rentenmechanismus, der oft auf dem
133 Umlageverfahren basiert und teils von privatwirtschaftlichen Zusatzversicherungen
134 abhängt, zeigt zunehmend seine Schwächen. Er ist nicht nur anfällig für demografische
135 Verschiebungen, sondern auch für soziale Ungerechtigkeiten, da er ungleiche Lebens-
136 und Erwerbsverläufe nicht ausreichend berücksichtigt.

137 Ein nachhaltig gestaltetes Rentensystem sollte universell und solidarisch
138 ausgestaltet sein, sodass alle Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen in die
139 Rentenkasse einzahlen. Dieses System würde die soziale Absicherung nicht nur
140 gerechter gestalten, sondern auch eine faire Verteilung der Lasten und Nutzen
141 garantieren. Ein solcher Ansatz könnte durch eine progressive Einkommensabgabe und
142 die Einführung eines einheitlichen Beitragssatzes für alle Erwerbstätigen und
143 Kapitalerträge realisiert werden.

144 Darüber hinaus ist es notwendig, das Rentenalter dynamisch an die Lebensarbeitszeit
145 und die Arbeitsbedingungen anzupassen, um die Belastungen für alle fair zu verteilen.
146 Ein solidarisches Rentensystem müsste zudem die Inklusion von prekären und nicht-
147 traditionellen Erwerbsbiografien, wie etwa freiberuflicher oder temporärer Arbeit,
148 sicherstellen, um soziale Ungleichheiten zu verringern.

149 Insgesamt sollte das Ziel sein, ein Rentensystem zu etablieren, das nicht nur die
150 Gegenwart absichert, sondern auch für zukünftige Generationen nachhaltig und gerecht
151 bleibt. Dies erfordert eine grundlegende Reform, die den Prinzipien der sozialen
152 Gerechtigkeit und Solidarität folgt, und alle sozialen und wirtschaftlichen
153 Verhältnisse fair berücksichtigt.

154 Das bestehende Rentensystem weist signifikante strukturelle Benachteiligungen auf,
155 die insbesondere FINTA-Personen (Frauen, Inter*, Nicht-binäre und trans Personen)
156 sowie BIPoC (Black, Indigenous, and People of Color) betreffen. Diese Ungleichheiten
157 sind tief verwurzelt und wirken sich negativ auf die Rentenansprüche dieser Gruppen
158 aus, was zu einer ungleichen Altersversorgung führt.

159 FINTA-Personen sind häufig von prekären Arbeitsverhältnissen betroffen, die sich
160 ungünstig auf ihre Rentenansprüche auswirken. Frauen arbeiten statistisch gesehen
161 häufiger in Teilzeit oder in schlecht bezahlten Branchen, was ihre Rentenbeiträge
162 reduziert. Zudem leisten sie nach wie vor einen erheblichen Teil unbezahlter Care-
163 Arbeit, die in den meisten Rentensystemen nicht ausreichend berücksichtigt wird.
164 Diese strukturelle Benachteiligung führt dazu, dass Frauen und andere FINTA-Personen
165 im Rentenalter oft mit geringeren Altersrenten konfrontiert sind, was ihre
166 wirtschaftliche Sicherheit erheblich gefährdet.

167 Ähnlich betroffen sind BIPoC, die häufig unter diskriminierenden Bedingungen im
168 Arbeitsmarkt leiden. Diese Diskriminierung resultiert oft in unsicheren und niedrig
169 bezahlten Arbeitsverhältnissen, die sich negativ auf die Rentenansprüche auswirken.
170 Darüber hinaus haben BIPoC oftmals eingeschränkten Zugang zu Bildungs- und

171 Weiterbildungsmöglichkeiten, was ihre Erwerbsbiografien und damit ihre
172 Rentenansprüche weiter belastet.

173 Um ein solidarisches und generationengerechtes Rentensystem zu schaffen, ist es daher
174 entscheidend, diese strukturellen Ungleichheiten gezielt anzugehen. Ein solcher
175 Ansatz muss sicherstellen, dass Zeiten der unbezahlten Care-Arbeit in die
176 Rentenberechnung einfließen, um die Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern
177 auszugleichen. Zudem ist es notwendig, Arbeitsmarktbedingungen zu verbessern und
178 diskriminierende Strukturen abzubauen, um allen Menschen gleiche Chancen auf
179 Erwerbsarbeit und Weiterbildung zu bieten. Darüber hinaus sollten gezielte
180 Unterstützungsmaßnahmen eingeführt werden, um besonders benachteiligte Gruppen zu
181 entlasten und bestehende Ungleichheiten auszugleichen.

182 Ein gerechtes Rentensystem muss weit mehr als nur ein finanzielles Modell sein. Es
183 muss soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit fördern, indem es die strukturellen
184 Benachteiligungen von FINTA-Personen und BIPOC aktiv adressiert. Nur durch diese
185 umfassende Reform kann ein tatsächlich solidarisches System entstehen, das alle
186 Menschen fair absichert und soziale Ungerechtigkeiten beseitigt.

187 Deswegen fordern wir:

- 188 • Die Jusos Saar werden sich im Sinne der Generationengerechtigkeit mit
189 Organisationen aller Altersklassen und Strukturen, insbesondere auch mit der AG
190 60 Plus, über ein Konzept betreffend allen Fragen der Generationengerechtigkeit
191 austauschen.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag R02: You`ll never walk alone! - Waisen nicht alleine lassen

Antragsteller*in:	JUSO Vorstand SPD-LV Rheinland-Pfalz
Sachgebiet:	R - Rente, Generation & Familie

Die Versammlung möge beschließen:

1 "You`ll never walk alone! - niemand werde in diesem Land mit seinen Problemen alleine
2 gelassen."

3 Ein Satz, der ganz für sich alleine stehen sollte. Ein Satz, der so wichtig für den
4 Zusammenhalt der gesamten Gesellschaft war. Ein Satz, der für Halb- und Vollwaisen
5 einen Schlag ins Gesicht darstellt. Wieso? Weil das Problem der Chancenungleichheit
6 für diese Kinder nicht nur ein Gedankengang, sondern bittere Realität ist.

7 Der Verlust eines oder beider Elternteile in einem jungen Alter ist unerträglich.
8 Nichts desto trotz müssen diese Kinder ihren Lebensweg mit Trauer, mentaler Folgen
9 und finanzieller Sorgen weiterhin bestreiten. Mit den derzeitigen Rentenbeiträgen für
10 Waisen ist dies aber nur schwer möglich. Es müssen höhere Waisenrenten her. Warum?
11 Darum:

12

13 • **Kostendeckungen des täglichen Bedarfs:**

14 Die allgemeinen Lebenshaltungskosten sind in den letzten Jahren - besonders jedoch
15 zu Zeiten des Ukraine-Krieges und der anhaltenden Inflation in Deutschland -
16 gestiegen, einschließlich Mieten, Lebensmittel und Gesundheitsversorgung. Zudem
17 sind neben den alltäglichen Ausgaben auch die Bildungskosten massiv gestiegen. Sei es
18 Geld für schulische Kosten (Klassenfahrten, Wandertag Schulaktivitäten, Schulessen,
19 Lehrmittel etc.), Lernmaterialien oder Studiengebühren. Eine Erhöhung der Renten
20 würde sicherstellen, dass die Waisen ihre grundlegenden Bedürfnisse sowie die
21 notwendigen Ausgaben für ihre Bildung besser decken können. Gleichzeitig verhindert
22 die Erhöhung der Halb- und Vollwaisenrente einen Anstieg von Armut unter den
23 Betroffenen. Studierende beispielsweise sind allgemein betrachtet eine der prekärsten
24 Statusgruppen der deutschen Gesellschaft. Wenn bereits ein Elternteil, geschweige
25 denn beide Elternteile versterben, besteht ein großes Armutsrisiko unter den
26 betroffenen Waisen. Eine Erhöhung der Renten würde hier entgegenwirken.

27 • **Psychosoziale Unterstützung**

28 Der Verlust eines Elternteils (oder beider Elternteile) stellt eine erhebliche
29 psychische Belastung dar. Für die Trauer ist jedoch oftmals keine Zeit. Schnell macht
30 man sich darüber Gedanken, wie man den eigenen Bildungsweg weiter bestreitet, wie die
31 Miete weiterhin gezahlt wird und sich das Leben weiterhin geleistet werden kann.
32 Finanzielle Sorgen entstehen dabei also viel schneller als meist gedacht. Eine höhere
33 Rente kann dazu beitragen, dass die Kinder, vor allem im jungen Alter, in ihrer
34 gewohnten Umgebung bleiben können, indem sie Umzüge und Schulwechsel vermeiden und
35 somit für mehr Stabilität sorgen. Eine finanzielle Absicherung kann demnach
36 also helfen, den Stress zu mindern, den Waisen ein Gefühl der Sicherheit geben und
37 es ihnen ermöglichen, sich auf die Verarbeitung der Trauer zu konzentrieren und damit
38 die mentale Gesundheit zu priorisieren.

39 • **Soziale Gerechtigkeit**

40 Resultierend aus den bereits genannten Punkten zeigt sich, dass eine erhöhte
41 Waisenrente dazu beitragen kann, die Chancenungleichheit zwischen Waisen und anderen
42 Kindern zu verringern. In einer jungen sozialistischen Vision ist es unsere
43 Aufgabe, eine Absicherung aller Kinder zu gewährleisten. Zusätzlich ist eine Erhöhung
44 der Waisenrenten auch ein Ausdruck gesellschaftlicher Solidarität und Unterstützung
45 für die Schwächsten in der Gesellschaft. Kinder, die ein Elternteil oder auch
46 beide Elternteile verloren haben, benötigen diese Unterstützung der Gesellschaft mehr
47 denn je, da die finanziellen Sorgen und die psychischen Herausforderungen, vor denen
48 die Waisen stehen, nicht von den jungen Menschen alleine getragen werden können.

49

50 Aufgrund dessen fordern wir eine Erhöhung der Rentenartfaktoren um 0,2 und eine
51 jährliche Kaufkraftbereinigung der Waisenrente, damit die Waisen in Stabilität und
52 Sicherheit aufwachsen können und Chancengleichheit nicht nur ein Ideal, sondern
53 Realität wird. Aus diesem Grund braucht es ebenfalls eine jährliche Anpassung der
54 Rente, die sich anhand der wirtschaftlichen Situation (Inflation, Rezession, etc.)
55 orientieren soll.

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag R03: Waisen nicht verwaisen lassen

Antragsteller*in:	Jusos Hessen-Süd
Sachgebiet:	R - Rente, Generation & Familie

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Um die (Halb-)Waisenrente einfacher und gerechter zu gestalten sind folgende
- 2 Änderungen nötig:
- 3 • Erhöhung der sogenannten „Übergangsfrist“ von vier auf sechs Monate, in denen
- 4 die Zahlung der Waisenrente bedingungslos stattfindet.
- 5 • Ende von Zahlungen genau zu Semester-/Ausbildungsende und nicht bereits einen
- 6 Monat davor. Ende von Zahlungen mit Studium-/Ausbildungsende und damit ggf. auch
- 7 über das 27.
- 8 • Einführung eines Mindestbetrages für die Waisenrente, der zur selbstständigen
- 9 Lebensführung während Ausbildung und Studium ausreicht. Solange dies nicht
- 10 umgesetzt ist, muss mindestens die Anrechnung der Waisenrente auf das Einkommen
- 11 und das BAföG beendet werden.
- 12 • Bestatter*innen sollen verpflichtet werden, Hinterbliebenen in einem Alter von
- 13 unter 27 Jahren Informationsmaterial zu der Waisenrente auszuhändigen.

Begründung

In Deutschland erhalten derzeit ca. 300.000 Kinder und Jugendliche Waisen- oder Halbwaisenrente. Eine vergleichsweise geringe Zahl, wodurch sie oft bei der Diskussion um Sozialhilfen übersehen wird. Dennoch sind Ungerechtigkeiten zu finden, was vor allem bei der Waisenrente erschreckend ist, bedenkt man ihre geringe Höhe: Die Halbwaisenrente beträgt gerade 10%, die Vollwaisenrente 20% der Versichertenrente, auf die das verstorbene Elternteil Anspruch gehabt hätte. Das ergibt in Deutschland im Durchschnitt ca. 200 Euro monatlich für Halbwaisen und ca. 430 Euro für Vollwaisen. Sehr geringe Summen dafür, dass dadurch der Verlust eines Elternteiles ausgeglichen werden soll. Gezahlt wird die Rente, bis man 18 ist, sie kann jedoch bis 27 gezahlt werden, sofern ein Studium oder eine Ausbildung oder ein FSJ aufgenommen und dies rechtzeitig mitgeteilt wird.

Hier liegt jedoch schon ein Problem: zwischen zwei Ausbildungsabschnitten darf höchstens ein viermonatiger Zeitabschnitt liegen – das ist gerade zwischen Schule und Studium oft jedoch nicht möglich, wenn die Schule im Frühling endet und das Wintersemester erst im September/Oktobre startet. Ein Antrag auf Weiterzahlung ist oft langwierig und häufig verlieren Waisen einige Zahlungen. Fairer wäre es hier eine mindestens halbjährige Frist zwischen Ausbildungsabschnitten anzusetzen, während der die Zahlung zunächst bedingungslos fortgesetzt wird. Während dieser Zeit hat die Rentenbezieher*in dann die Möglichkeit sich für ein Studium oder eine Ausbildung zu bewerben und kann innerhalb der halbjährigen Frist so rechtzeitig Rückmeldung geben. Der Vorteil ist: Nicht nur für die Empfänger*innen wäre das bequemer, auch die Rentenkasse könnte so weniger Arbeit haben. Denn jetzt schon müssen viele Anträge auf Wiederaufnahme und Weiterführung der Zahlung wegen der kurzen Frist hektisch bearbeitet werden, was durch eine längere Frist mit garantierter Zahlung vermieden werden könnte: weniger Papierkram also. Denselben Vorteil bieten Zahlungen bis zum Ende des Monats, in dem man studiert/ eine Ausbildung absolviert/etc. und nicht, wie es oft passiert, das Einstellen der Zahlung im Monat davor.

Um die eh schon geringe Höhe der Waisenrente noch auszugleichen, ohne dabei Mehrkosten zu

verursachen, sind zwei weitere Forderungen essentiell: Die Waisenrente sollte nicht auf das Einkommen angerechnet werden. So drohen Azubis und Studierende nicht wegen der Waisenrente über die Steuerfreibetragsgrenze zu geraten. Weiterhin sollte die Waisenrente nicht auf das BAföG angerechnet werden. Derzeit wird sie das, wobei es einen Freibetrag von mtl. 130 Euro gibt – der jedoch nicht bei Ausbildungsvergütungen zu Tragen kommt. Das ist besonders problematisch, denn es ist derzeit denkbar, dass in Einzelfällen jemand wegen der Waisenrente kein Bafög bewilligt bekommt. Oder anders gesagt: Man wird bestraft, weil man ein Elternteil verloren hat, obwohl gerade das doch eher mehr Unterstützung bedeuten sollte und nicht weniger

All diese Änderungen sind klein aus Sicht der Rentenkasse, da sie keine weitere Erhöhung der Waisenrente vorsehen. Sie erleichtern jedoch für Waisen und Halbwaisen den Zugang zu dem oft benötigten Geld und machen die Zahlung so nicht nur fairer und gerechter, sondern auch respektvoller: Denn diese Zahlungen sollen nicht nur einfach finanziell unterstützen, sondern den Verlust geliebter Menschen so gut es geht auffangen und nicht noch mehr Stress rund um Geld verursachen.

Antrag U01: Wiedereinführung der Sektorziele für erfolgreichen Klimaschutz mit klaren Richtlinien und Einführung von automatisch greifenden Konsequenzen bei Verstoß der Regierung gegen § 8 KSG

Antragsteller*in:	AG Jusos Baden-Württemberg
Sachgebiet:	U - Umwelt, Energie & Nachhaltigkeit

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Zur Weiterleitung an: Juso-Bundeskongress, Landesparteitag der SPD Baden-Württemberg,
- 2 SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion
- 3 Wir fordern die Bundesregierung auf, die Sektorziele wieder in das Bundes-
- 4 Klimaschutzgesetz (KSG) aufzunehmen und somit zum Status-quo vom Beginn des Jahres
- 5 2023 zurückzukehren. Diese sind das einzige effektive Werkzeug, um die
- 6 Treibhausgasemissionen den verschiedenen Sektoren zuordnen zu können und schließlich
- 7 konsequenten Klimaschutz zu betreiben. Sie beinhalten neben den Sektorzielen die
- 8 Verpflichtung zur Vorlage eines Sofortprogrammes bei der Verfehlung der Sektorziele.
- 9 Darüber hinaus soll das gesetzliche System, das bei einem Überschreiten der
- 10 zulässigen Jahresemissionsmengen greift (§ 8 KSG), um einen weiteren Mechanismus
- 11 ergänzt werden.
- 12 Sowohl nach bisheriger Gesetzeslage als auch nach dem Referentenentwurf des BMWK vom
- 13 13.06.2023 ist vorgesehen, dass die Bundesregierung bei Überschreiten bzw. dem
- 14 prognostizierten Überschreiten gewisser Emissionsmengen auf Grundlage der zu
- 15 erstellenden Sofortprogramme Maßnahmen ergreifen muss, die die Einhaltung der
- 16 Emissionsmengen sicherstellen. Zunächst bedarf es einer Frist für die von der
- 17 Bundesregierung zu ergreifenden Maßnahmen. Wir schlagen hierfür ein Jahr ab
- 18 Feststellung durch den Rat vor. Darüber hinaus soll folgende Regelung in das KSG
- 19 aufgenommen werden:
- 20 Nach Ablauf der Frist soll der Expert*innenrat (im folgenden "der Rat"), wie er schon
- 21 jetzt gemäß § 11 KSG eingerichtet ist, die von der Bundesregierung ergriffenen
- 22 Maßnahmen bewerten und bis spätestens drei Monate nach Ablauf der Frist für die
- 23 Maßnahmen (31. März) beschließen, ob die Maßnahmen den Anforderungen des § 8 KSG
- 24 (Sicherstellung der Einhaltung der Emissionsmengen) genügen (im folgenden
- 25 "Ausgangsbeschluss"). Kommt der Rat zu dem Ergebnis, dass die Maßnahmen den
- 26 Anforderungen nicht genügen, treten ab 1. Mai des Jahres des Ausgangsbeschlusses eine
- 27 Reihe an im KSG festgeschriebenen konkreten Klimakrisen-Regelungen unmittelbar Kraft.
- 28 Dabei sollen die Klimakrisenregelungen umso drastischer sein, je stärker der Verstoß
- 29 gegen § 8 KSG ist.
- 30 Diese können beispielsweise lauten:
- 31 • Verbot von privaten Fahrten mit Verbrenner-Fahrzeugen an Sonn- und Feiertagen
- 32 (Ausnahmegenehmigungen möglich); ÖPNV nicht betroffen
- 33 • generelles Tempolimit von 120 km/h auf Straßen
- 34 • Flugverbot für Privatflugzeuge im deutschen Luftraum

- 35 • Verbot von Inlandsflügen, bei denen die Fahrtdauer mit dem ÖPNV zwischen den
36 Hauptbahnhöfen der betreffenden Städte die Flugdauer um weniger als vier Stunden
37 überschreitet
- 38 • Deutschland-Ticket kostet nur noch 9 € pro Monat
- 39 Gegen diesen und die folgenden Beschlüsse des Rates steht der Bundesregierung der
40 Verwaltungsrechtsweg offen. Die Klage entfaltet keine aufschiebende Wirkung.
- 41 Die Bundesregierung kann, nachdem in Reaktion auf den Beschluss des Rates erneut
42 Maßnahmen erlassen wurden, den Rat auffordern, eine neue Bewertung vorzunehmen. Der
43 Rat hat anschließend innerhalb eines Monats erneut Beschluss darüber zu fassen, ob
44 die Maßnahmen den Anforderungen genügen. Kommt der Rat zu dem Ergebnis, dass die
45 Maßnahmen nun den Anforderungen genügen, enden die Klimakrisen-Regelungen mit Ablauf
46 des Tages; ansonsten gelten sie weiter.
- 47 Die Bundesregierung kann auch danach den Rat wieder zu einer Neubewertung auffordern,
48 aber frühestens einen Monat nach dem erneuten Beschluss des Rates und spätestens bis
49 15. November des Jahres des Ausgangsbeschlusses. Läuft erneut die eingangs genannte
50 Frist der Bundesregierung bis Jahresende ab, beginnt der beschriebene Prozess von
51 vorne, wobei die Geltung der Klimakrisen-Regelungen davon nicht berührt wird.
- 52 Der Rat ist mit denen zur Erfüllung der Aufgaben erforderlichen Personal- und
53 Finanzmitteln auszustatten.

Begründung

Die Einführung der Sektorziele ist ein Erfolg der SPD aus der Zeit der Großen Koalition und sie haben sich in der Vergangenheit als effektives Instrument erwiesen, um den Ausstoß von Treibhausgasen in den relevanten Sektoren zu reduzieren und damit die Klimaziele Deutschlands zu unterstützen.

Die ursprünglichen Sektorziele haben die Dekarbonisierung in verschiedenen Bereichen wie Industrie, Verkehr, Landwirtschaft und anderen Wirtschaftszweigen vorangetrieben. Ihre derzeitige Aussetzung führt zu enormer Verunsicherung und verlangsamt den notwendigen Fortschritt im Bereich des Klimaschutzes.

Die Wiedereinführung der Sektorziele in das Bundes-Klimaschutzgesetz würde klare und verbindliche Ziele setzen, die alle relevanten Akteure zur Zusammenarbeit und Umsetzung anregen. Es ist entscheidend, dass wir weiterhin eine klare Strategie verfolgen, um den Klimawandel zu bekämpfen und die langfristigen Auswirkungen zu minimieren.

Sie sind das derzeit einzige Mittel, das konsequenten und permanenten Klimaschutz garantiert und eine eindeutige Nachweisbarkeit der Zuständigkeiten sicherstellt.

Die Streichung dieser aus dem Klimaschutzgesetz ist ein fataler Fehler und muss dringend behoben werden. Die Streichung war einzig und allein der Kompromiss eines zu langen Koalitionsausschusses. Klimaschutz darf auf keinen Fall aufgrund von schlechten Kompromissen hinten angestellt werden und eine Wiedereinführung der Sektorziele ist ein eindeutiges Zeichen für eine Politik, die tatsächlichen Klimaschutz umsetzen will und nicht einfach nur davon spricht.

Bzgl. Klimakrisen-Regelungen-Mechanismus: Die Bundesregierung hat im Jahr 2022 nicht die gemäß § 8 KSG zu beschließenden Maßnahmen getroffen und damit gegen das Gesetz verstoßen. Für 2023 hat der Kanzler schon angekündigt, dass das KSG erneut missachtet werden soll und keine Sofortprogramme erstellt werden sollen, was dann auch so erfolgte. Die Regierung ist zwar nach Art. 20 Abs. 3 des Grundgesetzes an die Gesetze gebunden, ob die Erfüllung der Anforderungen des KSG sich gerichtlich von Umweltverbänden einklagen lässt, ist bisher aber unklar; die seit Januar 2023 anhängige Klage des BUND

ist noch nicht entschieden. Es wird damit offensichtlich, dass die guten Mechanismen des KSG einer effektiven Durchsetzung bedürfen, da die gerichtliche Durchsetzbarkeit ungeklärt ist und die Durchsetzung i.d.R. lange dauert.

Dem sollen die Klimakrisen-Regelungen dienen. Sie sollen zum einen einen Anreiz für die Bundesregierung darstellen, ausreichende Maßnahmen zu erlassen und zum anderen sicherstellen, dass auch bei nicht ausreichenden Maßnahmen durch die Regierungen für Emissionsminderung gesorgt ist. Die Klimakrisen-Regelungen sind so zu wählen, dass sie keiner weiteren Konkretisierung bedürfen, sie innerhalb kurzer Zeit in Kraft treten können und auch wieder außer Kraft treten können, und dabei trotzdem ein emissionsmindernder Effekt eintritt (Heizungsaustausch-Gesetz z.B. ungeeignet). Sie sollten außerdem möglichst bürokratiearm sein, da die Verwaltung sonst kurzfristig verfügbare Kapazitäten frei halten müsste. Die Regelungen müssen verhältnismäßig sein.

Dem Expert*innenrat kommt mit dem neuen Mechanismus eine gestiegene Bedeutung zu, die entspr. zu berücksichtigen ist. Ggf. ist die Unabhängigkeit des Rates mit entspr. Regelungen zu schützen (längere Amtszeiten; keine Möglichkeit der Wiederwahl).

Antrag U02: Klimapolitik weiter Denken: CDR als Schlüssel zur Erreichung der Klimaziele

Antragsteller*in:	AG Jusos Baden-Württemberg
Sachgebiet:	U - Umwelt, Energie & Nachhaltigkeit

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Weiterleitung an: Juso Bundeskongress, SPD-Landesparteitag, SPD Bundesparteitag
- 2 Zur Vorbereitung der 24. UN-Klimakonferenz, welche vom 3. bis 14. Dezember 2018 in
- 3 Katowice stattfand, erstellte der IPCC (The Intergovernmental Panel on Climate
- 4 Change) den Sonderbericht 1,5 °C globale Erwärmung (SR1.5). Dieser Bericht untersucht
- 5 die Machbarkeit, sowie die Sinnhaftigkeit und die Folgen einer Begrenzung der
- 6 Erderwärmung auf 1,5°C, so wie es im Übereinkommen von Paris auf der UN-
- 7 Klimakonferenz in Paris 2015 (COP 21) beschlossen wurde. Es wurden also Strategien
- 8 sowie verschiedene repräsentative Konzentrationspfade (RCP) erarbeitet, die
- 9 zusammenfassen, welche Handlungen im weiteren Verlauf Auswirkungen auf die globale
- 10 Erderwärmung haben. Kernaussage des Berichts und Ergebnis der vielen
- 11 unterschiedlichen Untersuchungen war, dass das 1,5° Ziel erreichbar und im Vergleich
- 12 zu einer Beschränkung der Erderwärmung auf 2°C sehr erstrebenswert ist.
- 13 Durch die Analyse der repräsentativen Konzentrations Pfade wurden nun Ziele
- 14 festgelegt, die notwendigerweise erfüllt werden müssen, damit eine globale
- 15 Temperaturbeschränkung auf 1,5°C noch machbar ist.
- 16 Alle Pfade, die die Erderwärmung auf 1,5°C oder sogar auf das weniger ambitionierte
- 17 Ziel von von 2°C beschränken, rechnen damit, dass CO₂ aus der Atmosphäre entnommen
- 18 wird. Es reicht nicht nur aus auf netto null CO₂ Emissionen zu kommen, also alle
- 19 anthropogenen CO₂-Emissionen global durch anthropogene CO₂-Entnahmen über einen
- 20 bestimmten Zeitraum auszugleichen. Es müssen zusätzlich netto negative Emissionen
- 21 erzielt werden. Für beide Ziele ist eine Kohlenstoffdioxidentnahme (Carbon Dioxid
- 22 Removal, CDR) in einer Größenordnung von 100 - 1000 Gt CO₂ bis 2100 vonnöten. Im
- 23 Vergleich dazu werden gerade ca. 36 GT Gt CO₂ umgesetzt.
- 24 Der aktuellste Sachstandsbericht des IPCC betont erneut, das eine rasche,
- 25 tiefgreifende und in den meisten Fällen sofortige Reduzierung der
- 26 Treibhausgasemissionen in allen Sektoren noch in diesem Jahrzehnt notwendig ist, um
- 27 die Erderwärmung auf 1,5°C und sogar auf 2°C zu beschränken. So heißt es dort, dass
- 28 fast alle betrachteten Szenarien eine Erderwärmung um 1,5 Grad im Zeitraum 2030 bis
- 29 2035 voraussagen.
- 30 Es ist nun enorm wichtig, notwendige Schritte zur Reduzierung der CO₂ Emissionen
- 31 einzuleiten und sich zusätzlich mit CDR-Strategien zu befassen. Da es unmöglich ist,
- 32 Kohlekraftwerke von heute auf morgen abzuschalten, müssen von politischer Seite aus
- 33 Maßnahmen beschlossen werden, die den CO₂-Preis erhöhen und Investitionen in Klima-
- 34 Technologie fördern. Unsere Gesellschaft ist bald an einem Punkt angekommen, an dem
- 35 CO₂ Emissionen mehr kosten als sie einbringen und CDR-Technologien wirtschaftlich
- 36 interessant werden.
- 37 Es ist nicht möglich, in allen Sparten auf CO₂-Emissionen zu verzichten. So werden

38 beispielsweise die Betonproduktion und die Baubranche langfristig weiterhin große
39 Tonnen CO₂ jährlich ausstoßen.

40 Glücklicherweise gibt es bereits jetzt eine Menge technologischer Möglichkeiten, CO₂
41 aus der Atmosphäre zu entnehmen. Beispielsweise entwickelt die schweizer Firma
42 Climeworks Technologien (*Direct Air Capture*, DAC) die mithilfe von aminhaltigen
43 Membranen CO₂-Moleküle aus der Luft abscheiden und diese später in konzentrierter
44 Form sequestrieren können. Es existieren weltweit bereits 18 Pilotanlagen, die diese
45 Technologie verwenden.

46 Des Weiteren ist es möglich, mit *Carbon Capture and Storage* (CCS) Fabriken und
47 Kraftwerke nahezu CO₂-neutral zu gestalten. Diese Technologie macht jedoch nur dann
48 Sinn, wenn sie für unvermeidbare Restemissionen eingesetzt wird. Ein Beispielprojekt
49 wäre das *Projekt Northern Lights*, mit dem Norwegen seit 1996 22 Millionen Tonnen CO₂,
50 unter der Nordsee, sequestriert hat.

51 Auch können die natürlichen CO₂ Speicher-Mechanismen der Natur genutzt und
52 modifiziert werden, um dauerhaft mehr CO₂ zu speichern. So können Moore, Wälder oder
53 auch Ozeane mit Verwendung entsprechender Technologien enorm viel CO₂ speichern.

54 Viele der Technologien erfordern die Schaffung von dauerhaften Speicheranlagen. Es
55 ist möglich CO₂ sicher in tiefen Sedimentschichten zu sequestrieren. Dafür muss
56 jedoch eine geeignete Infrastruktur geschaffen werden. In Deutschland ist der Einsatz
57 von CCS und die Sequestrierung seit dem 24. August 2012 durch das *Gesetz zur*
58 *Demonstration der dauerhaften Speicherung von Kohlendioxid (Kohlendioxid-*
59 *Speicherungsgesetz – KSpG)* gesetzlich geregelt. In diesem Gesetz wird die CO₂-
60 Speicherung beschränkt. Es dürfen nur vier Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr insgesamt
61 und 1,3 Millionen Tonnen pro Jahr pro Speicher sequestriert werden. Zudem enthält das
62 Gesetz eine Länderklausel, die den Bundesländern die Möglichkeit eines Verbots offen
63 lässt.

64 Das *KSpG* ist nicht mehr zeitgemäß und basiert auf irrationalen Ängsten und
65 Befürchtungen, dass den Speicherorten CO₂ entweichen kann. Solch ein Szenario ist
66 jedoch höchst unwahrscheinlich und die Speicherorte sind durch flächendeckende
67 Kontrollanlagen abgedeckt.

68 Es gibt bereits eine Förderung für das Forschungsprogramm *CDRterra*. Das BMBF fördert
69 Forschungsprojekte dieser Maßnahme mit insgesamt rund 21 Millionen Euro. Dies ist
70 jedoch bei weitem nicht genug.

71 Der schnellstmögliche Ausstieg aus fossilen Energien ist enorm wichtig. Jedoch reicht
72 es heute schon nicht mehr aus, nur frühere Fehler zu vermeiden. Der Atmosphäre muss
73 jetzt schon durch anthropogene Maßnahmen CO₂ entnommen werden. Denn mit jedem
74 verschwendeten Jahr werden immer extremere Veränderungen unvermeidbar.

75 Deshalb fordern:

- 76 1. Ein umfassendes Maßnahmenpaket, um schnellstmöglich die Realisierung von CDRs
77 voranzutreiben
- 78 2. Eine angemessene Erhöhung der bereits bestehenden Fördermittel, aufgrund der
79 Dringlichkeit der Maßnahmen.
- 80 3. Die Abschaffung der Höchstspeichermenge und der Länderklausel im
81 *Kohlendioxid-Speicherungsgesetz*.

- 82 4. Eine jährlich steigende CO2 Steuer, um fossile Energien unattraktiver zu machen.
- 83 5. Die Streichung aller noch bestehenden Subventionen für Fossile Energie

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag U03: Mehr Geld fürs Pfand

Antragsteller*in:	AG Jusos Baden-Württemberg
Sachgebiet:	U - Umwelt, Energie & Nachhaltigkeit

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 *Weiterleiten an: SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bundesparteitag, Juso-Bundeskongress*
- 2 Wir fordern eine Erhöhung des Flaschenpfands auf PET-Flaschen von 25 Cent auf 50
- 3 Cent, sowie von Mehrwegpfand von 8 Cent bzw. 15. Cent auf 25 Cent. Wir fordern die
- 4 ausnahmslose Erhebung von Pfand auf alle Glas und Plastikflaschen (z.B. auch alle
- 5 alkoholhaltigen Getränke etc.)
- 6 Eine Erhöhung des Flaschenpfands auf PET- und Mehrwegflaschen sowie die ausnahmslose
- 7 Erhebung von Pfand auf alle Glas- und Plastikflaschen ein wirksames Instrument zur
- 8 Förderung von Umweltschutz, Ressourcenschonung und Nachhaltigkeit. Es trägt dazu bei,
- 9 den Verbrauch von Einwegverpackungen zu reduzieren, die Abfallmenge zu verringern und
- 10 das Bewusstsein für eine verantwortungsbewusste Lebensweise zu stärken.

Begründung

Mit einer Erhöhung des Pfands auf PET- und Mehrwegflaschen erhöhen wir den Anreiz für Verbraucherinnen und Verbraucher, sich vermehrt für Mehrweglösungen zu entscheiden. Mehrwegsysteme sind in vielerlei Hinsicht umweltfreundlicher als Einwegsysteme, da sie eine deutlich niedrigere Umweltbelastung verursachen und weniger Ressourcen verbrauchen.

Eine höhere Pfandrückgabequote führt außerdem zu einer Reduzierung des Abfallaufkommens. Indem Menschen ihre leeren Flaschen zurückbringen, anstatt sie in den Müll zu werfen oder wild zu entsorgen, können wir die Verschmutzung unserer Umwelt erheblich verringern.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Steigerung der Recyclingquote. Pfandflaschen werden in der Regel effizienter gesammelt und wiederverwertet, wodurch der nachhaltige Umgang mit Rohstoffen gefördert wird. Die Erhöhung des Pfands unterstützt somit auch das Konzept der Kreislaufwirtschaft, da weniger Neumaterialien benötigt werden und CO₂-Emissionen reduziert werden.

Darüber hinaus ist es uns ein Anliegen, das Bewusstsein für Nachhaltigkeit zu fördern. Eine erhöhte Erhebung des Pfands sensibilisiert Verbraucherinnen und Verbraucher für die Bedeutung des Umweltschutzes und ermutigt zu einem verantwortungsvolleren Konsumverhalten. Langfristig kann dies zu einer positiven Veränderung der Einstellungen und Gewohnheiten der Gesellschaft beitragen.

Nicht zuletzt unterstützt die Pfanderhebung auf alle Glas- und Plastikflaschen, die kommunale Abfallwirtschaft. Weniger Pfandflaschen landen im Restmüll oder in öffentlichen Abfallbehältern, was Kosten spart und die Abfallentsorgung entlastet.

Antrag U04: Ein soziales Netz für die Klimakrise: Absicherung für eine gerechte Zukunft

Antragsteller*in:	Juso AG-Landeskonferenz SPD-Landesorganisation Bremen
Sachgebiet:	U - Umwelt, Energie & Nachhaltigkeit

Die Versammlung möge beschließen:

1 Jährlich wiederkehrende Hitzewellen, Überschwemmungen, wie die Katastrophe im Ahrtal
2 oder Ernteaufschläge wegen lang anhaltender Dürren: Die Klimakrise hat uns in den
3 letzten Jahren immer wieder gezeigt, dass sie sich nicht länger ignorieren lässt.
4 Doch obwohl Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel und die Dekarbonisierung unserer
5 Wirtschaft seit Jahren überfällig sind, wurden Maßnahmen bislang massiv verschleppt
6 und sind nun dringlicher denn je. Trotzdem wird Klimapolitik oft als Kostenfaktor
7 wahrgenommen, denn der dringend nötige sozialpolitische Ausgleich wird zwar
8 versprochen, aber selten umgesetzt – wie das Beispiel des Klimagelds zeigt. Ohne eine
9 konsequente sozialpolitische Begleitung ist Klimapolitik jedoch nicht nur politisch
10 kaum durchsetzbar, sondern birgt auch erheblichen sozialen Sprengstoff.

11 **Neue Risiken durch Klimakrise und Klimapolitik**

12 Die Klimakrise hat vielfältige direkte und indirekte Auswirkungen auf das Leben der
13 Menschen. Extreme Wetterereignisse und die daraus resultierenden Schäden bedrohen oft
14 unmittelbar die Existenz der Betroffenen. Darüber hinaus haben klimapolitische
15 Anpassungsmaßnahmen sowie gesellschaftliche und wirtschaftliche Reaktionen auf die
16 Klimakrise – wie beispielsweise steigende Energiepreise – ebenfalls erhebliche
17 finanzielle Konsequenzen für viele Menschen.

18 Einige der durch die Klimakrise oder die damit verbundenen Anpassungsmaßnahmen
19 entstehenden Risiken werden bereits aufgefangen, etwa durch die Krankenversicherung
20 bei neuen oder häufiger auftretenden Krankheiten und durch die
21 Arbeitslosenversicherung bei Veränderungen des Arbeitsmarkts. Einkommenseinbußen, die
22 aus Klimakrise und -politik resultieren, werden momentan nicht ausreichend
23 aufgefangen. Dazu gehören notwendige Ausgaben zum Schutz vor Klimafolgen sowie
24 Preissteigerungen, die durch marktwirtschaftliche Entwicklungen oder staatliche
25 Klimamaßnahmen wie CO₂-Steuern und Emissionshandel entstehen und vor allem Menschen
26 mit niedrigen und mittleren Einkommen besonders belasten. Hier könnte eine neue
27 Sozialversicherung sicherstellen, dass niemand aufgrund der direkten Folgen des
28 Klimawandels oder erforderlicher Klimapolitik finanziell stark beeinträchtigt wird.

29 **Warum eine Sozialversicherung?**

30 Angesichts der bevorstehenden Umwälzungen brauchen wir jedoch eine umfassende
31 Verknüpfung von Sozial- und Klimapolitik, die über isolierte Maßnahmen hinausgeht.
32 Einzelne Maßnahmen, wie etwa das Klimageld oder die Subvention neuer Heizungen,
33 reichen dafür nicht aus. Anknüpfen ließe sich stattdessen an das bewährte Modell der
34 Sozialversicherung.

35 Die Vorteile der Sozialversicherung sind offensichtlich: Sie finanziert sich nicht
36 durch Steuern, sondern durch die Beiträge der Versicherten, wodurch ein direkter
37 Zusammenhang zwischen Beiträgen und Leistungen entsteht. Transferzahlungen erhalten

38 einen einheitlichen institutionellen Rahmen und können durch Beratungs- und
39 Präventionsarbeit sinnvoll ergänzt werden. Zudem ermöglichen sozial gestaffelte Ein-
40 und Auszahlungen sozialen Ausgleich. Schließlich sind Sozialversicherungen als
41 Körperschaften des öffentlichen Rechts weitgehend eigenständig und – abgesehen von
42 staatlichen Zuschüssen – unabhängig vom Bundeshaushalt.

43 **Klimapolitik und Sozialpolitik aus einem Guss**

44 Wir streben deshalb die Einführung einer Ökosozialversicherung als sechste Säule des
45 deutschen Sozialversicherungssystems an. Diese Versicherung soll Einkommensverluste
46 abdecken, die durch erhöhte Ausgaben für Klimaschutzmaßnahmen oder durch Schäden
47 infolge von Extremwetterereignissen entstehen. Dabei wäre eine Staffelung der
48 Beitragssätze nach regionalem Risiko und bedrohten Wohneigentum sinnvoll. Der
49 Versicherungsfall tritt ein, wenn die finanziellen Belastungen sozial extrem ungleich
50 verteilt oder nicht mehr tragbar sind. Um dies zu gewährleisten, müssen klare
51 Indikatoren und Schwellenwerte definiert werden, die die Sozialversicherung im Rahmen
52 ihrer Selbstverwaltung festlegt. Im Falle des Versicherungsfalls könnten sozial
53 gestaffelte Ausgleichszahlungen erfolgen, um Einkommenseinbußen gezielt zu
54 kompensieren. Ergänzt werden könnte dies durch Beratungs- und Präventionsangebote.

55 Die Finanzierung der Ökosozialversicherung sollte grundsätzlich von Erwerbstätigen
56 und Unternehmen gemeinsam getragen werden. Dabei sollten die Beiträge der
57 Erwerbstätigen einkommensabhängig gestaffelt sein. Für Unternehmen sollte eine
58 Beitragsstaffelung nach CO₂-Emissionen eingeführt werden, um zusätzliche Anreize zur
59 Dekarbonisierung zu schaffen.

Antrag U06: Fischerei im Gleichgewicht: Nachhaltiger Kurs für Nord- und Ostsee

Antragsteller*in:	Jusos Mecklenburg-Vorpommern
Sachgebiet:	U - Umwelt, Energie & Nachhaltigkeit

Die Versammlung möge beschließen:

1 Der Nord- und Ostsee geht es schlecht. Ebenso geht es der Fischerei in der Nord-
2 und Ostsee, die zusätzlich zur immer notwendigeren Transformation zu
3 klimaneutralem und umweltschonendem Fischfang mit geringen Fangquoten und
4 schlechten Fischbeständen zu kämpfen haben.

5 **Aktuelle Lage der Fischerei in der Nord- und Ostsee**

6 Bei den Arten der Fischerei in Nord- und Ostsee muss differenziert werden
7 zwischen der kleinen Hochsee- und Küstenfischerei, die größtenteils an der
8 Ostseeküste und teilweise in der Nordsee stattfindet und der großen
9 Hochseefischerei, die primär in der Nordsee stattfindet.

10 Vor allem bei der kleinen Hochsee- und Küstenfischerei ist der Trend in den
11 letzten Jahren zunehmend negativ. So sank die Zahl der Beschäftigten dort von
12 noch 1.845 Beschäftigten im Jahr 2021 auf 1.682 im Jahr 2023[1]. Hier geht auch
13 die Zahl der Schiffe kontinuierlich zurück. Für Neubauten ist das Risiko der
14 Investition bei sinkenden Quoten oft zu hoch. Somit ist auch das Alter der
15 Schiffe hier oft sehr hoch und die Antriebsarten somit selten auf einem modernen
16 nachhaltigen Stand.

17 Insgesamt haben es die Fischer*innen hier aktuell sehr schwer. Geringe
18 Fangquoten für den Dorsch und Hering in der Ostsee und den Nordseekabeljau in
19 der Nordsee und der im Zuge des Angriffskrieges von Russland gegen die Ukraine
20 gestiegenen Treibstoffkosten belasten diesen Teil der Fischerei sehr. Vor allem
21 kleineren Familienbetrieben im Haupterwerb droht hier die Aufgabe oder der
22 Wechsel in das Nebengewerbe.

23 Vor allem den Küstenfischer*innen kommt auch eine wichtige kulturelle Bedeutung
24 vor Ort zu. Ein Wegfall dieser Betriebe würde zur Schließung von Hafenanlagen
25 führen und hätte damit direkte und indirekte Auswirkungen auf andere Bereiche,
26 wie z.B. den Tourismus.

27 Bei der großen Hochseefischerei sieht das etwas anders auch. Hier sank die Zahl
28 der Beschäftigten von 2021 auf 2022 zwar, konnte aber von 2022 auf 2023 wieder
29 leicht ansteigen. Auch die Zahl der Schiffe ist hier stabil bzw. stieg in den
30 letzten Jahren sogar etwas an. Im Gegensatz zu den Schiffen der kleinen Hochsee-
31 und der Küstenfischerei sind die hier benutzten Trawler deutlich moderner.
32 Probleme liegen hier aktuell viel bei den Folgen des Brexits. Da im Zuge der
33 Brexit-Verhandlungen Quoten gesenkt werden mussten. Allgemein gilt die große
34 Hochseefischerei aber als profitabel und ist aufgrund von größeren Fangmengen
35 und einen hohen Anteil an größeren Betrieben anstatt an mittleren und kleinen
36 Familienbetrieben, deutlich krisenresilienter.

37 **Der aktuelle Zustand der Ökosysteme Nord- und Ostsee**

38 Seit Beginn der Industrialisierung haben sich die Zustände der Meere weltweit
39 drastisch verändert, ohne dass viel für eine nachhaltige Entwicklung getan
40 wurde. So hat sich auch der Zustand der Nord- und Ostsee in dieser Zeit stark
41 verändert. Eine vor allem bis zur Jahrtausendwende starke Überfischung, ein
42 Anstieg des Meeresspiegels, der die Küsten stark verändert und eine allgemeine
43 Erwärmung und Versauerung zeigen starke Auswirkungen, auf die beiden Ökosysteme.
44 Gesunde Meere sind für einen gesunden Planeten jedoch notwendig. Auch für die
45 Fischerei sind gesunde Meere notwendig. Deshalb ist eine nachhaltige
46 Bewirtschaftung zwar eine Herausforderung für Politik und die Fischerei, aber
47 auch alternativlos, bis auf einen kompletten Stopp der Bewirtschaftung.

48 Der Zustand der Nord- und Ostsee wird aber nicht nur durch die Fischerei und der
49 allgemeinen Klimaerwärmung beeinflusst. Belastung mit zu vielen Nährstoffen
50 durch Überdüngung im Zuge einer intensiven Landwirtschaft sorgen für große
51 sauerstoffarme Totzonen in beiden Gewässern. Zwar ist die Meeresverschmutzung
52 durch Anrainerstaaten in den letzten Jahren etwas zurückgegangen. Trotzdem
53 befindet sich in den Gewässern noch zu viel Müll von Altlasten, die diesen
54 komplexen Ökosystemen zusetzen. Deshalb ist für eine nachhaltige Bewirtschaftung
55 der Nord- und Ostsee auch eine nachhaltige Bewirtschaftung von weiteren
56 Akteur*innen, wie den Landwirt*innen, notwendig.

57 Ein großer Teil der Verschmutzung in Nord- und Ostsee machen sogenannte
58 Geisternetze aus. Fischnetze, die sich am Meeresboden verhakt haben und nicht
59 mehr gelöst werden konnten oder alte und/oder kaputte Netze die unsachgemäß in
60 den Gewässern entsorgt wurden. Diese Geisternetze fischen teilweise jedoch
61 unendlich weiter, da sich Fische trotzdem darin verlieren. Auch für weitere
62 Tierarten wie Robben oder Meeresschildkröten können Geisternetze zum Verhängnis
63 werden. Nach langer Zeit zerreiben die Netze zu Mikroplastik, was zusätzlich die
64 Meere belastet. Hierbei können Fischer*innen bei der Beseitigung des Problems
65 helfen. In Kooperation mit Tauchteams können einige Fischer*innen diese
66 Geisternetze beseitigen. Hierfür braucht es Unterstützung und Erprobungen von
67 richtigen Techniken, um entfernbare Geisternetze effizient zu erkennen und
68 schlussendlich auch zu entfernen.

69 **Eine nachhaltige Transformation der Fischerei in Nord- und Ostsee ist notwendig!**

70 Aufgrund der schlechten Zustände von Nord- und Ostsee ist eine nachhaltige
71 Bewirtschaftung alternativlos, sofern ein kompletter Stopp der Bewirtschaftung
72 keine Option ist. Da die Fischereibranche nicht allein für diese Zustände
73 verantwortlich ist und vor allem die Küstenfischerei in den Küstenregionen einen
74 enormen kulturellen und strukturellen Einfluss auf die Lebensweise vor Ort hat,
75 ist ein komplettes Stilllegen der Küstenfischerei für uns keine Option und muss
76 daher von staatlicher Seite unterstützt werden. Auch die krisenfestere und
77 aktuell profitablere Hochseefischerei muss bei der Transformation mitgedacht
78 werden und vor allem die kleine Hochseefischerei wie auch die Küstenfischerei
79 von staatlicher Seite unterstützt werden. Bei der großen Hochseefischerei sehen
80 wir eher einen Bedarf an strengen Kontrollen und Regulierungen, um die
81 Klimaziele umzusetzen und wieder intakte Ökosysteme für eine nachhaltige
82 Bewirtschaftung zu schaffen. Der Weg hin zu einer nachhaltigen Bewirtschaftung,
83 durch eine klimaschonende Transformation der Branche, ist dabei zwar eine große

84 Herausforderung, kann aber auch eine Chance sein, den oft geforderten und
85 dringend benötigten sozial-verträglichen Klimaschutz umzusetzen.

86 Klar ist aber, dass eine solche Transformation gemeinsam mit den Fischer*innen
87 geschehen muss. Die sich schnell verschärfenden Probleme in der Nord- und Ostsee
88 zwingen uns aber, dass diese Transformation zügig stattfinden muss. Dies ist aus
89 einer Klimaperspektive notwendig, aber auch aus wirtschaftlicher Sicht für die
90 Fischer*innen, deren wirtschaftliche Grundlage direkt mit dem Zustand des
91 jeweils befischten Gewässers und der Nachhaltigkeit der Befischung
92 zusammenhängt. Deshalb ist auch klar, dass eine zögerliche Transformation nicht
93 möglich ist und daher das Stilllegen von Betrieben, welche diese Transformation
94 nicht umsetzen wollen, unvermeidbar ist. So ehrlich müssen wir sein.

95 **Was es jetzt braucht für eine nachhaltige Bewirtschaftung der Nord- und Ostsee.**

- 96 • Insgesamt müssen die Projekte und Förderungen weg von Notmaßnahmen hin zu
97 Maßnahmen, die Zukunftsperspektiven schaffen. Hierfür braucht es:
- 98 • Investitionen in die Fischerei zur Unterstützung für die Umstellung auf
99 klimaschonendere Antriebsarten
- 100 • Ausweitung der Förderung für Forschung an beifangarmen Fischnetzen
- 101 • Finanzielle Unterstützung beim Kauf von beifangarmen und nachhaltigen
102 Netzen
- 103 • Finanzielle und strategische Unterstützung soll vor allem der kleinen
104 Hochsee- und Küstenfischerei anstatt großen krisenfesten Betrieben aus der
105 Massenfischerei zu Gute kommen
- 106 • Erstellung von nachhaltigen Bewirtschaftungsplänen möglichst mit
107 langfristig planbaren Fangquoten und Schonzeiten unterstützt durch ein
108 breites Monitoring der Bestände unter Einbeziehung der klimatischen
109 Veränderungen
- 110 • Management- und Bewirtschaftungspläne sollen eng mit den Anrainerstaaten
111 abgestimmt werden
- 112 • Meeresschutzgebiete mit Verbotszonen vor allem in Laichgebieten sollen
113 ausgeweitet werden, sodass eine kontrollierte Erholung der Bestände
114 gewährleistet werden kann
- 115 • Anpassung der Fischerei an neue Fischarten, die im Zuge des Klimawandels
116 in der Nord- und Ostsee fangbar werden
- 117 • Mittelfristig soll die Küstenfischerei zum immateriellen Kulturerbe
118 transformiert werden.

119 Wenn sich Betriebe dazu entscheiden, aus dem Haupterwerb in den Nebenerwerb zu
120 gehen, sollen diese finanziell dabei unterstützt werden. Ziel soll es sein, dass
121 diesen Menschen eine Perspektive in nahen Branchen wie der Tourismusbranche oder
122 der Fischveredelung aufgezeigt wird und auch bei dieser Transformation
123 unterstützt werden. Dies kann vor allem in der Küstenfischerei durch die aktuell
124 und auch in naher Zukunft noch geringen Fangquoten dazu beitragen, dass die
125 Fischer*innen nicht zwangsläufig ihren Job ganz aufgeben müssen. Dadurch kann
126 auch der kulturelle Erhalt der handwerklichen Fischerei sichergestellt werden,
127 trotz weniger intensiver Bewirtschaftung der Meere. Bei einem Anstieg der

128 Fischerei als Nebenerwerb braucht es hier aber auch wie beim Haupterwerb strenge
129 Regelungen zu Fischquoten und Naturschutz. Damit auch dabei eine nachhaltige
130 Bewirtschaftung möglich ist, bei der am Ende auch die Fischer*innen im
131 Nebenerwerb mehr haben.

132 Um gerade in den Küstenregionen einer weiteren Überfischung entgegenzuwirken,
133 werden für die nächsten Jahre geringe Fangquoten bleiben müssen, sodass aber in
134 Zukunft die Fischbestände wieder auf ältere Niveaus zurückkommen und Fangquoten
135 perspektivisch auch wieder steigen können. Wir ziehen härtere Schonzeiten, damit
136 sich die Fischbestände schneller wieder erholen können vor, anstatt ein
137 langwieriges Fischen mit geringen Fangquoten, die wenig Perspektive für
138 Besserung liefern.

139 Um die Flotte von vor allem sehr alten Kuttern zu verkleinern, sollen die
140 Stilllegungsprämien für kleine Betriebe ausgeweitet werden, um auch denen zu
141 helfen, die keine Perspektive sehen oder doch gänzlich andere Wege einschlagen
142 wollen.

143 Die Fischer*innen sollen zudem mehr, und vor allem in den möglichen Schonzeiten,
144 in Projekte einbezogen werden, die der Säuberung der Nord- und Ostsee dienen. Es
145 sollen Möglichkeiten geschaffen werden, dass die Fischer*innen in den
146 Schonzeiten Förderung erhalten, um bei Säuberungen wie von beispielsweise
147 Geisternetzen mitzuhelfen. Weiterbildungen der Fischer*innen wie die „Sea
148 Ranger“-Ausbildung sollen dafür unterstützt und ausgeweitet werden. Dabei soll
149 der Bund finanziell unterstützen, um das Programm deutlich auszuweiten und das
150 anschließende Akquirieren, Finanzieren und Abrechnen von Aufträgen in Forschung
151 und Umweltschutz ebenfalls unterstützen. Dafür kommen Genossenschaften oder
152 Vereine als potenzielle Organisator*innen infrage. Damit soll eine
153 Neuausrichtung der Berufsfischerei mit einer größeren Zukunftsperspektive
154 gewährleistet werden.

155 Damit die nachhaltige Bewirtschaftung der Nord- und Ostsee unterstützt wird,
156 braucht es auch bessere und transparente Nachhaltigkeitssiegel. Hierbei sollen
157 auf EU-Ebene einheitliche Siegel eingeführt werden, welche Transparenz für die
158 Verbraucher*innen schafft und Anreize setzt die Gewässer nachhaltig zu
159 bewirtschaften.

Begründung

[1] <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/6145/umfrage/zahl-der-beschaeftigten-in-der-fischwirtschaft-nach-sparten/> (19.09.24)

Antrag U07: Unsere Zukunft: sozial gerecht und dekarbonisiert!

Antragsteller*in:	Jusos Hamburg
Sachgebiet:	U - Umwelt, Energie & Nachhaltigkeit

Die Versammlung möge beschließen:

1

2 Die globale Klimaerhitzung, der damit verbundene Rückgang an Biodiversität und die
3 schrittweise Vergiftung der Umwelt sind die größte Gefahr für das menschliche
4 Überleben auf unserem Planeten. Sie aufzuhalten ist die größte Herausforderung des
5 21. Jahrhunderts. Wir fordern, dass diese Herausforderung endlich entsprechend
6 angegangen wird. Dafür braucht es, in unserer Art uns fortzubewegen, zu wirtschaften
7 und zu konsumieren eine Kehrtwende. Mit dieser werden weitreichende Konsequenzen für
8 unser aller Leben und Arbeiten einhergehen. Wo Individuen dadurch Härten ausgesetzt
9 sind, muss der Staat unterstützend eingreifen und die Härten abfedern. Die soziale
10 Komponente muss bei jeder politischen Entscheidung konsequent mitgedacht werden.

11 Wir fordern eine sozial-ökologische Transformation, der politisch höchste Priorität
12 eingeräumt wird. Dazu gehört auch, dass diejenigen zur Finanzierung der
13 Transformation herangezogen werden, die vom vorherrschenden System der Ausbeutung von
14 Natur und Mensch über die Maßen profitiert und immense Vermögen angehäuft haben. Das
15 für Deutschland vorgesehene Emissions-Budget im Pariser Klimaabkommen darf nicht
16 überschritten werden. Nach diesem obersten Ziel ist alle Gesetzgebung und auch deren
17 Umsetzung auszurichten. Das bedeutet auch, dass ambitionierte Regelungen, wie das
18 2019 beschlossene Klimaschutzgesetz, nicht rückgängig gemacht bzw. entschärft werden,
19 sobald sich herausstellt, dass die implementierten Mechanismen funktionieren.

20 Von politisch fehlgeleiteten Ambitionen, wie der Schuldenbremse muss Abstand genommen
21 werden. Sie ist ein selbstgezogener Fallstrick, der, uns daran hindert, real
22 existierende, existenzielle Herausforderungen zu lösen.

23 Intergenerationelle Gerechtigkeit heißt nicht sparen in der Gegenwart, um kommenden
24 Generationen keine Schulden zu hinterlassen, sondern Investitionen in der Gegenwart
25 für die Zukunft tätigen, um für kommenden Generationen funktionierende Infrastruktur,
26 gute Bildung und soziale Absicherung zu ermöglichen!

27 Wir fordern alle Entscheidungsträger*innen zur Solidarität nicht nur mit den
28 zukünftigen, sondern auch mit unserer Generation auf.

29 Denn auch unsere Generation hat, unabhängig davon, wo auf der Erde wir leben, das
30 Recht, in den nächsten Jahrzehnten sozial abgesichert, nicht durch immer heftigere
31 Naturkatastrophen bedroht und frei von Versorgungsnot zu leben.

32 Um dies sicherzustellen, haben wir uns der Verwirklichung der Sustainable
33 Development Goals (SDG) verschrieben. Wir sind davon überzeugt: Sozialpolitik ist
34 Klimaschutz und Klimaschutz ist Sozialpolitik. Alle SDG setzen immanent einen
35 effektiven Klimaschutz voraus und können deshalb nicht davon losgelöst betrachtet
36 oder verwirklicht werden.

37 Vor allem darf der Klimaschutz aber auch nicht nur national, innerhalb der Grenzen
38 des eigenen Landes betrachtet werden. Die Klimakatastrophe ist eine globale

39 Katastrophe und muss als eine solche bekämpft werden. Insbesondere die Menschen im
40 globalen Süden leiden unter den Folgen dieser Katastrophe. Wir als Menschen, die im
41 globalen Norden leben und die Hauptverantwortlichen dieser Krise sind, müssen
42 Verantwortung übernehmen und den globalen Süden vor den Folgen der Klimakrise
43 schützen. Das heißt, dass Entwicklungshilfen nicht gekürzt, sondern ausgeweitet
44 werden sollten und wissenschaftliches Know-How weitergegeben wird.

45

46 Wir fordern folgende konkrete Maßnahmen:

47

48 **Energiewende und Dekarbonisierung der Wirtschaft**

49 1. Der Strommengenpfad in §4a EEG zur Erzeugung erneuerbarer Energien wird durch
50 folgende Maßnahmen sichergestellt:

- 51 · Der Ausbau von Windenergie-Anlagen an Land und auf See sowie der Photovoltaik-
52 Anlagen wird massiv vorangetrieben, um die gesetzten Erzeugungsziele für die
53 jeweiligen Erzeugungsarten einzuhalten
- 54 · Die Forschung an und Entwicklung von Windenergie- und Photovoltaik-Anlagen
55 wird intensiviert. Dabei wird der Fokus auf der Ertragmaximierung zukünftiger Anlagen
56 und der Entwicklung neuer, möglichst umweltschonender Anlagen zur Vermeidung
57 nachbarschaftlicher Interessenkonflikte liegen.
- 58 · Die Forschung an Stromspeichertechnologien wird intensiviert. Dabei werden
59 nicht nur in Kooperation mit internationalen Partnern, die auf geographisch dafür
60 prädestiniert sind (Schweden, Österreich, Norwegen etc.) konkrete Pläne für den Bau
61 von Pumpspeicherkraftwerken gefasst. Andere Arten der Stromspeicherung, die auch in
62 Deutschland möglich sind, werden erforscht und Pilotprojekte vorangetrieben.
- 63 · Planungs- und Genehmigungsverfahren werden durch die Einführung von
64 Genehmigungsfristen und die Beschränkung von Rechtsschutzmöglichkeiten innerhalb des
65 verfassungs- und europarechtlich Zulässigen beschleunigt.

66 2. Die Energiewende wird partizipativ gestaltet, indem:

- 67 · bei günstigen baulichen Voraussetzungen einen Anspruch für Mieter*innen-
68 gemeinschaften auf Errichtung von Mieterstrom Dachphotovoltaikanlagen geschaffen
69 wird.
- 70 · die Gründung von Energiegenossenschaften durch finanzielle Förderung und
71 Absicherung intensiviert wird

72 3. Der Netzausbau wird der Umstrukturierung der Energiegewinnung und des
73 Verbrauchs entsprechend ausgebaut:

- 74 · Insbesondere alle in Planung befindlichen Nord-Süd-Trassen werden bis 2030
75 fertiggestellt.
- 76 · Weiterhin wird das Netz zügig so umgebaut, dass leistungsstarke Trassen
77 Verbrauchszentren (Industriestandorten, urbanen Ballungsräumen) und Erzeugungsorte
78 verbinden.
- 79 · Die Verteilnetze werden so verstärkt und ausgebaut, dass sie nicht durch eine
80 kontinuierlich steigende Einspeisung von Strom aus Photovoltaikdachanlagen
81 überfordert werden.

82 4. Eine erschwingliche Energieversorgung für Industrie und Private wird gesichert,
83 indem

- 84 · Das deutsche Merit-Order-Prinzip zur Strompreisfestsetzung abgeschafft oder
- 85 zumindest ein Höchstpreis für Strom aus erneuerbaren Energiequellen gedeckelt wird,
- 86 · die Stromsteuer für Privathaushalte und Unternehmen abgeschafft wird,
- 87 · ein Brückenstrompreis für energieintensive Industrie- und Handwerksbetriebe
- 88 eingeführt wird. Dieser dient dazu, die Wirkung des kurzfristig zu erwartendem
- 89 Anstieg des Strompreises, abzufedern.

90 5. Die Vermeidung ungewollter internationaler Abhängigkeiten im Bereich der
91 Energieversorgung stellen wir sicher, in dem

- 92 · durch gezielte Förderpolitik die Produktion der nötigen Bauteile und
- 93 Entwicklung der Technologien nach Möglichkeit in Deutschland bzw. in die Europäische
- 94 Union stattfindet.
- 95 · Die Netze auch über nationale Grenzen hinweg ausgebaut werden, sodass ein
- 96 europäisches Stromnetz entsteht, welches durch Produktions- und Speicherkapazitäten
- 97 unterschiedlicher Art überall auf dem europäischen Kontinent europaweit die
- 98 Stromversorgung gesichert ist.

99 **Finanzierung**

100 6. Um die angestrebten Maßnahmen zu finanzieren, werden folgende Maßnahmen
101 ergriffen

- 102 · Der Finanzierung der Energiewende wird im Haushalt herausragende Bedeutung
- 103 beigemessen.
- 104 · Die Schuldenbremse wird abgeschafft, um den Weg für die erforderlichen
- 105 Investitionen freizumachen.
- 106 · Klimaschädliche Subventionen werden ausnahmslos abgeschafft.
- 107 · Für den Erneuerbaren-Energien-Sektor wird vom grundsätzlichen Verbot
- 108 staatlicher Beihilfen (Art. 107 I AEUV) wird unter bestimmten Bedingungen eine
- 109 Ausnahme vorgesehen.

110 **Soziale und partizipative Gestaltung**

111 7. Zur Abfederung der sozialen Härten der Transformation werden wird darüber
112 hinaus:

- 113 · das bereits beschlossene Klimageld bereits 2024 und danach jährlich auszahlen.
- 114 · Aus- und Weiterbildungsangebote sowie Umqualifizierungsmaßnahmen für Menschen
- 115 schaffen, die vorher in Sektor gearbeitet haben, der durch die Dekarbonisierung der
- 116 Wirtschaft wegfällt.
- 117 · Beratungsangebote für kleine und mittlere Unternehmen schaffen, die von der
- 118 Transformation betroffen sind
- 119 · Wege schaffen, die es Mitarbeitenden ermöglichen,
- 120 Transformationsentscheidungen in ihren Unternehmen zu beeinflussen.

121

122 **Hohes Ambitionsniveau aufrecht erhalten**

- 123 · Das im 2019 beschlossenen KSG vorgesehene Modell der

124 Ressortverantwortlichkeiten wird beibehalten.

Antrag U08: SackgASSE Atommüll - Altlasten der schmutzigen Atomenergie-Ära fair und generationengerecht verteilen

Antragsteller*in:	Jusos Bezirk Braunschweig
Sachgebiet:	U - Umwelt, Energie & Nachhaltigkeit

Die Versammlung möge beschließen:

1 Atomkraft mag auf den ersten Blick als vermeintlich "saubere" Energiequelle
2 erscheinen, da im laufenden Betrieb keine CO₂-Emissionen entstehen. Doch dieser
3 Vorteil wird durch immense Risiken und Gefahren erkaufte. Die Sicherheitsrisiken, die
4 von Atomkraftwerken ausgehen, haben sich in der Vergangenheit immer wieder gezeigt –
5 sei es durch Naturkatastrophen, technische Störfälle oder menschliches Versagen.
6 Darüber hinaus bleibt die Frage der Entsorgung des radioaktiven Atommülls ungelöst,
7 wobei die Gesamtkosten für die Bevölkerung – in Form von Steuern, gesundheitlichen
8 Folgen oder Einbußen bei der Lebensqualität – oft in der Debatte keinen Platz finden.
9 Der Atomausstieg in Deutschland ist ein Meilenstein in der Energiepolitik und ein
10 wichtiger Schritt hin zu einer bundesweiten, sicheren und nachhaltigen
11 Energieversorgung. Im Jahr 2011 wurde nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima
12 beschlossen, die Nutzung von Atomkraft bis 2022 schrittweise zu beenden. Die
13 offensichtlichen Risiken der Atomkraft und deren langfristige Folgen für Mensch und
14 Umwelt führten zu dieser richtungsweisenden Entscheidung. Dennoch wurde unter der
15 aktuellen Ampel-Regierung eine kurzzeitige Verlängerung der Laufzeiten der letzten
16 Atomkraftwerke beschlossen, um auf die Energiekrise im Zuge des russischen
17 Angriffskriegs gegen die Ukraine zu reagieren. Auch wenn diese Entscheidung auf eine
18 Notsituation zurückzuführen ist, bleibt die Nutzung der Atomkraft in vielerlei
19 Hinsicht problematisch. In Deutschland stehen wir weiterhin vor der Herausforderung,
20 ein sicheres Endlager für die nächsten Jahrtausende zu finden – sofern es so etwas
21 überhaupt jemals geben wird. Die Strahlkraft des Atommülls überdauert viele
22 Generationen, und bis heute gibt es weltweit kein Endlager, das den
23 wissenschaftlichen und sicherheitstechnischen Anforderungen vollständig genügt.
24 Die derzeit risikoreichsten Lager befinden sich in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt.
25 In den beiden ehemaligen Salzbergwerken Morsleben und Asse II lagert schwach- und
26 mittelradioaktiver Atommüll. Das bislang einzige nach Atomrecht genehmigte Endlager,
27 das stillgelegte Eisenerzbergwerk Schacht Konrad, liegt nur etwa 20 Kilometer
28 Luftlinie von Asse II entfernt und wirft Bedenken hinsichtlich der Langzeitsicherheit
29 und der möglichen Auswirkungen auf das Grundwasser auf. Die Einlagerung soll trotz
30 aller Vorbehalte voraussichtlich in den 2030er Jahren beginnen. Allein schon aufgrund
31 der aktuellen Situation in der Endlagerfrage darf Atomkraft daher in Deutschland
32 keine Rolle mehr spielen – weder als Brückentechnologie noch als vermeintliche
33 Krisenlösung.

34

35 **Zwischen(lager,) Anwohner:inneninteressen und Rückholung**

36 In der ehemaligen DDR und der alten Bundesrepublik gab es mehrere Versuche zur
37 Endlagerung radioaktiven Abfalls. Das ehemals geplante Endlager in Gorleben ist zu
38 einem Synonym für den zivilgesellschaftlichen Protest gegen Atomkraft in Deutschland

39 geworden. Dank dieses Engagements ist der Standort Gorleben nicht über die
40 Erkundungsphase hinausgekommen. Angesichts des Kalten Krieges und der Teilung
41 Deutschlands ist es kein Zufall, dass sich die schließlich genutzten Standorte, wie
42 bereits erwähnt, in der Nähe der ehemaligen innerdeutschen Grenze befinden. Denn
43 sowohl im Osten als auch im Westen war es Absicht, dem Nachbarn den eigenen Atommüll
44 gewissermaßen "an den Zaun zu kippen". Dabei ist vor allem die Asse II das
45 „Problemkind“.

46 Die Rückholung des radioaktiven Mülls aus der Asse ist ein bundesweites, wenn nicht
47 sogar internationales Problem, kein regionales. Die Lasten aus der zivilen Nutzung
48 der Kernenergie müssen gemeinsam und auf faire Weise bewältigt werden. Das Volumen
49 der in Asse II kontaminierten Materialien kann zurzeit nur geschätzt werden; die
50 Entsorgungskommission geht von 100.000 Kubikmetern zurückzuholenden Atommülls aus.
51 Ist dieser zurückgeholt, muss er zunächst konditioniert werden. „Konditionierung“
52 bezeichnet hier das Verfahren, bei dem Atommüll in einen chemisch stabilen Zustand
53 überführt und verpackt wird. Dadurch vergrößert sich das Volumen des Abfalls. Laut
54 Entsorgungskommission ist von einem Gesamtvolumen von 200.000 Kubikmetern auszugehen,
55 das zwischengelagert werden muss. Dies entspricht etwa 100 50-Meter-Schwimmbecken
56 oder 2.000.000 Umzugskartons.

57 Entsprechend den Vorplanungen ist für das Zwischenlager eine Fläche von 30.000
58 Quadratmetern nötig, also etwa sechs Fußballfelder. Als Standort ist derzeit eine
59 flächennahe Zone in der Gemeinde Remlingen vorgesehen. Der Bau des Zwischenlagers
60 wird von der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) stark priorisiert und soll im
61 Jahr 2028 fertiggestellt werden. Die Rückholung soll jedoch frühestens 2033 beginnen
62 und bis 2050 abgeschlossen sein. **Das muss schneller gehen!** Das alte Bergwerk ist
63 zunehmend instabil, es gibt seit Jahren einen erheblichen Wasserzufluss von ca. 12
64 m³/Tag und seit kurzem haben sich die Fließwege durch das Bergwerk stark verändert.
65 Keinesfalls darf der Eindruck entstehen, dass die Bergung verschleppt wird, weil ein
66 jederzeit mögliches Absaufen des Bergwerks eine Bergung unmöglich machen würde.

67 Die aktuellen deutschen Zwischenlager setzen sich aus den zwölf
68 Standortzwischenlagern bei den stillgelegten Atomkraftwerken, dem Behälterlager in
69 Jülich und drei zentralen Zwischenlagern in Gorleben, Ahaus und Lubmin zusammen. Für
70 diese deutschen Zwischenlager sind die Genehmigungen auf 40 Jahre befristet. Diese
71 enden somit zwischen 2034 und 2047.

72 Nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle wird in Deutschland derweil immer
73 noch gesucht. Die Endlagerkommission geht daher von einer oberirdischen Lagerung von
74 bis zu 120 Jahren aus. Es braucht also schnellstens eine Lösung für die
75 Zwischenlager! Die Bundesgesellschaft für Zwischenlagerung (BGZ) hat ihre Planung und
76 Forschung weiterhin auf den unrealistischen Zeitraum einer sogenannten "Endlagerung"
77 in den 2050er Jahren ausgerichtet. Das muss korrigiert und an einen realistischen
78 Zeitplan angepasst werden! Das Bundesumweltministerium als übergeordnete Behörde muss
79 das Problem der Langzeit-Zwischenlagerung ohne adäquates Sicherheitskonzept
80 schnellstmöglich beheben.

81 Bei der Rückholung des Atommülls aus der Asse ist – im Gegensatz zum Bau des
82 Zwischenlagers – nach bisherigen Erfahrungen eher mit Verzögerungen zu rechnen.
83 Sobald das Zwischenlager fertiggestellt ist, wird die gesamte Kapazität für die
84 Einlagerung von schwach- und mittelradioaktivem Abfall bereitstehen.

85 Hierin liegt die große Gefahr, dass auch Abfälle, die nicht aus dem Bergwerk Asse II
86 stammen, im Zwischenlager Asse eingelagert werden könnten. Sollte dies geschehen,
87 wäre dies für die Bevölkerung in der Umgebung der Asse nicht akzeptabel. Die Lasten
88 aus der Nutzung der Kernenergie und radioaktiver Stoffe in Deutschland müssen fair
89 und angemessen verteilt werden. Der Landkreis Wolfenbüttel hat durch die Einlagerung
90 in Asse II bereits erheblich belastet und wird diese Lasten auf unbestimmte Zeit
91 weiter tragen müssen. Es muss daher sichergestellt werden, dass zukünftig kein
92 „neuer“ Atommüll hier eingelagert wird – auch nicht im Zwischenlager Asse.

93

94 **Endlager - Der letzte Halt für strahlende Geschichten?**

95 Die Komplexität der Endlagerung von Atommüll zeigt sich insbesondere am Schacht
96 Konrad in Salzgitter. Ursprünglich als Endlager für schwach- und mittelradioaktive
97 Abfälle vorgesehen, wird hier deutlich, dass die Suche nach Standorten für Abfälle
98 aller Radioaktivitätsstufen deutlich schneller vorangehen muss, als es derzeit der
99 Fall ist. Die Planungen für Schacht Konrad begannen bereits in den 1970er Jahren.
100 Dies verdeutlicht, wie langwierig und herausfordernd die Endlagersuche sein kann: Bis
101 zu 100 Jahre liegen zwischen Planungsbeginn und der geplanten Versiegelung des
102 Endlagers bis 2070. Diese Zeitspanne ist inakzeptabel. Hinzu kommt die immense
103 finanzielle Belastung von über 5 Milliarden Euro für die Umgestaltung der Schächte,
104 um überhaupt mit der Einlagerung beginnen zu können. Auch dies zeigt, dass das
105 Problem bundesweit gemeinsam angegangen und bewältigt werden muss.

106 Besonders problematisch ist, dass hier Fehler aus der Asse, Morsleben und Gorleben
107 wiederholt werden: Auch Schacht Konrad ist ein altes Gewinnungsbergwerk, dessen
108 Grubengebäude ursprünglich für den Abbau und nicht für eine sichere Endlagerung
109 errichtet wurden. Auch hier wurde nicht gefragt, wo und wie der Atommüll am
110 sichersten gelagert werden kann. Stattdessen wurde ein bestehendes Bergwerk als
111 „günstige“ Stilllegungsvariantenausgewählt und nachträglich versucht, nachzuweisen,
112 dass es „sicher genug“ sei.

113 In Bezug auf hochradioaktive Abfälle, deren sichere Lagerung für mindestens eine
114 Million Jahre gewährleistet sein muss, reicht die gegenwärtige Planung nicht aus. Der
115 ursprünglich bis 2031 angestrebte Zeitraum für eine Standortentscheidung wurde
116 bereits auf die 2040er bis 2060er Jahre verschoben, und schlimmstenfalls könnte sich
117 dieser Zeitraum weiter verlängern. Es ist klar: **Das dauert viel zu lange!**

118 Die Suche nach einem geeigneten Endlager muss sich an wissenschaftlichen Kriterien
119 orientieren und auf dem aktuellen Stand von Wissenschaft und Technik basieren.
120 Politische Einflussnahme muss auf ein Minimum reduziert werden. Um das Vertrauen der
121 Bevölkerung zu stärken, sind Transparenz und Bürgerbeteiligung unerlässlich. Nur so
122 kann die Akzeptanz für die Endlagerung sichergestellt werden. Die Bundesregierung
123 muss klare rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen schaffen, um die sichere und
124 nachhaltige Endlagerung zu gewährleisten. Dazu gehören präzise Kriterien für die
125 Standortsuche sowie Langzeitsicherheitsvorkehrungen über viele Generationen hinweg.
126 Die Endlagersuche ist eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung.

127 Es ist an der Zeit, dass wir uns als Jusos klar positionieren und fordern, dass die
128 Endlagersuche für hochradioaktive Abfälle zügiger, transparenter und
129 beteiligungsfreundlicher gestaltet wird. Nur so können wir das Vertrauen der

130 Bevölkerung gewinnen und eine sichere Zukunft für kommende Generationen
131 gewährleisten.

132

133 **Deshalb fordern wir:**

- 134 • Eine schnellstmögliche und beschleunigte Rückholung der radioaktiven Abfälle aus
135 Asse II und Morsleben.
- 136 • Keine Lagerung von auswärtigem radioaktivem Abfall an zukünftigen Zwischenlagern
137 in Asse und Morsleben.
- 138 • Die Einrichtung eines noch breiteren Unterstützungsfonds für die umliegenden
139 Gemeinden der Zwischen- und Endlager.
- 140 • Die Beschleunigung der Endlagersuche für hochradioaktive Abfälle.
- 141 • Einen transparenten und bundesweiten Endlager-Auswahlprozess, der auf
142 wissenschaftlichen Kriterien basiert.
- 143 • Die Reduzierung politischer Einflüsse, um eine objektive Entscheidungsfindung
144 sicherzustellen.
- 145 • Eine **echte** Beteiligung der Bürger am Entscheidungsprozess.
- 146 • Die Wahrung der Interessen der Anwohner der Zwischen- und Endlager.
- 147 • Regelmäßige Anhörungen der betroffenen Kommunen durch das
148 Bundesumweltministerium und die BGE.
- 149 • Langfristige Sicherheitsgarantien, ausgesprochen durch die Bundesregierung.
- 150 • Vollständige Finanzierung der Endlagersuche, Rückholung sowie des Zwischenlager-
151 und Endlagerbaus durch den Bund.
- 152 • Für die notwendigen Zwischenlager: keine Lagerung in unmittelbarer Nähe zu
153 Siedlungen (mindestens 5 km Abstand), sichere oberflächennahe Lagerung, die
154 bspw. auch gegen Angriffe geschützt ist.

Antrag U09: Ein Leben ohne Mops ist möglich, aber sinnlos – eines ohne Qualzucht ist nicht nur sinnvoll sondern auch nötig

Antragsteller*in:	Jusos Bezirk Braunschweig
Sachgebiet:	U - Umwelt, Energie & Nachhaltigkeit

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Die Zucht von und mit Wirbeltieren ist verboten, wenn den Tieren oder ihren
- 2 Nachkommen daraus Leid, Schaden oder Schmerzen entstehen. So ist es grundsätzlich im
- 3 Tierschutzgesetz geregelt. So werden hier auch die zuständige Behörde bzw. das
- 4 Bundesministerium (für Landwirtschaft) ermächtigt, im Falle von Qualzucht tätig zu
- 5 werden und sogar das Halten solcher Tiere zu verbieten. Was zunächst eindeutig
- 6 klingt, ist als Definition für ein Einschreiten der Behörden zu schwammig. Das
- 7 Verfolgen und Einschränken von Qualzuchten findet in Deutschland nur im seltensten
- 8 Fall statt.
- 9 Währenddessen lässt z.B. das Zurschaustellen von Tieren mit Qualzuchteigenschaften in
- 10 sozialen Medien die Popularität dieser Tiere sogar wachsen und fördert so Zucht sowie
- 11 Import solcher Tierrassen. Neben den ererbten Schäden und Beeinträchtigungen können
- 12 hier Probleme aus schlechten (Auf-)Zuchtbedingungen wie zu frühe Trennung von der
- 13 Mutter und mangelnde Sozialisierung entstehen.
- 14 Solche Trendtiere sind zum Beispiel kurznasige Hunderassen, wie Möpfe oder
- 15 Bulldoggen. Die extreme Deformation des Schädels mit zu kleinen Nasenlöchern und zu
- 16 langem Gaumensegel bedingt Atemprobleme, die zu mangelnder Kondition und heftigen
- 17 Atemgeräuschen bis hin zu chronischem Sauerstoffmangel führen sowie Hitzschlägen
- 18 wegen mangelhafter Thermoregulation, Erstickungsanfällen und
- 19 Kreislaufzusammenbrüchen. Diese dauerhafte Belastung des Herz-Kreislauf-Systems
- 20 bedingt weitere Organschäden und eine charakteristisch verkürzte Lebensdauer.
- 21 Außerdem können Augenerkrankungen, Gelenk- und Wirbelsäulenerkrankungen, Kau-, Zahn-
- 22 und Hörprobleme, Hauterkrankungen durch Faltenbildung, Schweregeburten oder
- 23 chronisches Erbrechen auftreten. Trotz dieses offensichtlichen Tierleids würden 93%
- 24 der Besitzer*innen dieser Hunderassen sich wieder für die gleiche Rasse entscheiden
- 25 Die Liste an betroffenen Arten und Rassen mit zugehörigen Erkrankungen kann beliebig
- 26 lang fortgeführt werden. Bedingt ist diese Versteifung auf Qualzuchtmerkmale oftmals
- 27 aus einem Zusammenspiel von medialer Popularität und geforderten Rassestandards /
- 28 Zuchtzielen. Unser Ziel im Sinne des Tierschutzes muss es daher sein, das Angebot
- 29 solcher Tiere, aber auch deren Nachfrage, einzudämmen.
- 30 Im Bereich der Nachfrage erscheinen z.B. umfassende analoge und digitale
- 31 Aufklärungskampagnen oder auch das Verbot von Werbeauftritten von Tieren mit
- 32 Qualzuchtmerkmalen sinnvoll. Das Senken des Angebots umfasst die Stärkung der
- 33 Position und Kapazitäten der Behörden um Qualzüchter*innen nachhaltig einzuschränken.
- 34 Es braucht ein Ausstellungsverbot von Tieren mit entsprechenden Eigenschaften, um die
- 35 Qualzucht noch weniger attraktiv und medienpräsent zu machen sowie ein Importverbot
- 36 dieser Tiere. Neben den ererbten Qualzuchtmerkmalen müssen hier auch spätere
- 37 Eingriffe, wie das Kupieren von Ohren und Ruten Beachtung finden, da auch diese
- 38 erhebliches Leid für das betroffene Tier bedeuten.

39 Das Auftreten von Qualzucht ist nicht auf Heim- und Kleintiere beschränkt. Zur
40 Leistungs- und Ertragssteigerung ist sie auch in der Landwirtschaft an der
41 Tagesordnung. Tragische Bekanntheit haben Mastgeflügel oder Mastschweine, die durch
42 extrem schnelle Gewichtszunahme ihre Bewegungsfähigkeit einbüßen, oder
43 Hochleistungshennen und -kühe, deren Leistung auf Kosten ihrer Gesundheit und
44 Lebensdauer geht. Hier entsteht Tierleid also nicht nur durch miserable
45 Haltungsbedingungen bedingt durch kapitalistisches Gewinnstreben, sondern auch durch
46 menschengemachte Zuchtmerkmale.

47 Hoffnung geben jedoch Rückzuchtbestrebungen (z.B. der Retro- oder auch
48 freiatmende Mops) oder die Förderung des Erhalts alter Rassen. Engagierte
49 Züchter*innen, Tierhalter*innen und Landwirt*innen besinnen sich dabei auf die
50 Verantwortung gegenüber ihren Tieren, die in ihren Augen schwerer wiegt als reiner
51 Gewinn oder Erfolg. Diese Tendenzen sollten durch staatliche Unterstützung gefördert
52 und verbreitet werden.

53 Beispielhaft gehen auch die Niederlande vor, wo nach einem Werbe- und Haltungs- bzw.
54 Importverbot von u.a. Möpsen und französischen Bulldoggen seit 2023 auch die Zucht
55 mit als „rot“ eingestuften Tieren (d.h. Tieren, deren Schnauze kürzer als ein Drittel
56 ihrer Schädelhöhe ist) dieser Rassen verboten.

57 **Deshalb fordern wir:**

- 58 • Einen gesetzlich bindenden Katalog der von Qualzucht betroffenen Heim- und
59 Nutztierassen mit einer Definition der betreffenden Merkmale. Grundlage hierfür kann
60 das Qualzucht Evidenz Netzwerk (QUEN) darstellen.
- 61 • Ein Zucht-, Ausstellungs- und Importverbot von Tieren mit Qualzuchtmerkmalen.
- 62 • Einen verantwortungsbewussten Umgang von (Online-)Verkaufsportalen im Bereich
63 Tierhandel. So kann der Verkauf von Qualzucht-Tieren nach dem Vorbild von
64 „Kleinanzeigen“ eingeschränkt werden.
- 65 • Mehr Kompetenzen und Mittel für Veterinärämter und Amtstierärzt*innen zur
66 Einschränkung des Zuchtbetriebs, auch um eine aktive Suche nach Qualzüchter*innen zu
67 ermöglichen.
- 68 • Ein Verbot auch des Imports (bzw. Ausfuhr für solche Eingriffe) von Tieren an denen
69 physische Eingriffe für „Rassestandards“ durchgeführt wurden, z. B. Kupieren von
70 Ohren und Ruten
- 71 • Mediale Kampagnen und weitgestreutes Infomaterial für Tierbesitzer*innen, aber auch
72 andere relevante Stellen wie Tierärzt*innen, zur Schaffung und Stärkung des
73 öffentlichen Bewusstseins.
- 74 • Ein Verbot der Verwendung von Tieren mit Qualzuchtmerkmalen zu Werbezwecken.

Antrag U10: Verpflichtende Mindestmenge eines Rezyklatanteils bei neuen Plastikprodukten

Antragsteller*in:	JUSO Vorstand SPD-LV Rheinland-Pfalz
Sachgebiet:	U - Umwelt, Energie & Nachhaltigkeit

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Ein verpflichtender Rezyklatanteil in neuen Plastikprodukten ist entscheidend, um
- 2 die Ziele der Kreislaufwirtschaft zu erreichen und die Umweltbelastung durch
- 3 Kunststoffabfälle insbesondere im Meer zu reduzieren. Der Einsatz von recyceltem
- 4 Kunststoff spart Primärrohstoffe und verringert CO₂-Emissionen erheblich.
- 5 Laut einer Studie des Umweltbundesamtes kann die Kreislaufführung bei Kunststoffen
- 6 nur gelingen, wenn recycelte Materialien in neuen Produkten verwendet werden. Durch
- 7 verpflichtende Rezyklateinsatzquoten können Marktanreize geschaffen werden, die
- 8 Nachfrage nach rezyklathaltigen Produkten zu steigern.
- 9 Deutschland hat bereits Fortschritte im Bereich des Kunststoffrecyclings gemacht. Im
- 10 Jahr 2019 wurden etwa 2 Millionen Tonnen Rezyklat gewonnen und inländisch zur
- 11 Herstellung von Kunststoffprodukten eingesetzt. Jedoch liegt der Anteil von Rezyklat
- 12 aus Post-Consumer-Abfällen in neuen Kunststoffverpackungen derzeit nur bei etwa 10%.
- 13 Ein verpflichtender Rezyklatanteil würde nicht nur die Menge an recycelten
- 14 Materialien erhöhen, sondern auch die Recyclingkapazitäten und die damit verbundene
- 15 Infrastruktur stärken. Die Ellen MacArthur Foundation strebt an, dass bis 2025
- 16 mindestens 25 % der Kunststoffverpackungen aus recyceltem Material bestehen. Dies
- 17 stellt eine wichtige Maßnahme dar, um die ambitionierten Recyclingziele in Europa zu
- 18 erreichen und die Kreislaufwirtschaft zu fördern. Davon ist aufgrund der
- 19 derzeitigen Hygienevorschriften die Lebensmittelindustrie ausgenommen, bis diese
- 20 eine Möglichkeit findet, den Rezyklatanteil durch lebensmittelechte Verfahren zu
- 21 ermöglichen.
- 22 Die Einführung einer gesetzlichen Rezyklat-Quote ist somit ein effektiver und
- 23 wichtiger Schritt, um die Umweltbelastung durch Plastikmüll zu verringern, die
- 24 Ressourceneffizienz zu steigern und den Weg zu einer nachhaltigen
- 25 Kreislaufwirtschaft zu ebnen.
- 26 Aus diesem Grund fordern wir die Einführung einer Eu-weiten gesetzlichen Vorschrift,
- 27 die einen verpflichtenden Rezyklat-Mindestanteil von mindestens 50 % der neu in
- 28 Umlaufgebrachten Kunststoffmenge festlegt.

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag U11: Für eine Landwirtschaft mit Zukunft – ökologisch, gerecht und klimaneutral!

Antragsteller*in:	Jusos Weser-Ems
Sachgebiet:	U - Umwelt, Energie & Nachhaltigkeit

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Die Landwirtschaft spielt eine zentrale Rolle in unserer Gesellschaft - sie sichert
- 2 nicht nur die Nahrungsmittelversorgung und ist ein wichtiger Wirtschaftszweig, der
- 3 Arbeitsplätze schafft und zur ländlichen Entwicklung beiträgt, sondern kann durch
- 4 ihren Umgang mit natürlichen Ressourcen, wie Wasser, Boden und Biodiversität
- 5 maßgeblich zur Erhaltung von Ökosystemen und zur Bekämpfung des Klimawandels
- 6 beitragen.
- 7 Angesichts aktueller Herausforderungen, wie der Klimakrise oder der Inflation, ist es
- 8 unerlässlich, die Landwirtschaft nachhaltig und sozial gerecht zu gestalten. Eine
- 9 gerechte Agrarpolitik muss sowohl die Bedürfnisse der Produzent*innen als auch der
- 10 Konsument*innen im Blick haben und dabei die ökologischen Grenzen unseres Planeten
- 11 respektieren.
- 12 Die Reduzierung von Stickstoffemissionen ist ein entscheidender Schritt auf dem Weg
- 13 zu einer nachhaltigen Landwirtschaft, die nicht nur ökonomisch tragfähig, sondern
- 14 auch sozial gerecht ist.
- 15 Denn in Deutschland weisen ca. 17 Prozent der Messstellen des repräsentativen EUA-
- 16 Grundwassermessnetzes (Messnetz für die Berichterstattung an die Europäische
- 17 Umweltagentur) Nitratgehalte über dem Schwellenwert von 50 mg je Liter auf. An
- 18 Messstellen, in deren Einzugsgebiet viele landwirtschaftliche Nutzungen vorkommen
- 19 überschreiten ca. 27 Prozent der Messstellen, die auch für den alle vier Jahre
- 20 erscheinenden Nitratbericht der Bundesministerien für Umwelt und Landwirtschaft
- 21 zugrunde gelegt werden, diesen Schwellenwert. Darüber hinaus ist dieses
- 22 Messstellennetz aktuell noch zu viel schlecht ausgebaut, weshalb die Bundesländer
- 23 bereits dazu verpflichtet wurden, es auszubauen. Für valide Daten über die Belastung
- 24 der Umwelt muss dieser Netzausbau umgehend vorangehen.
- 25 Stickstoff (N) ist ein unentbehrlicher Nährstoff für alle Lebewesen. Der Einsatz
- 26 mineralischer und organischer Stickstoffdünger zur Steigerung von Erträgen ist daher
- 27 gängige Praxis in der Landwirtschaft. Entscheidend ist der sorgsame und
- 28 bedarfsgerechte Einsatz. Stickstoffüberschüsse können Wasser- und Land-Ökosysteme
- 29 belasten sowie Klima, Luftqualität und die Biodiversität beeinträchtigen.
- 30 Grundsätzlich ist das Problem allerdings nicht per se Stickstoff an sich, sondern die
- 31 daraus entstehenden Nitrate, Nitrite, Stickoxide, etc., die entsprechend ins
- 32 Grundwasser oder über Denitrifikation in der Umgebungsluft landen.
- 33 Die Folge ist, dass aktuell mehrere Landkreise im gesamten deutschen Bundesgebiet die
- 34 gesetzliche Stickstoffobergrenze von 170 kg N/Hektar überschreiten. Dieser
- 35 Maximalwert von 170 kg N/Hektar ist europäisches Recht und wird über die Bundesländer
- 36 implementiert. Diese weisen dann nitrat- und phosphatbelastete Flächen als sogenannte
- 37 "rote Gebiete" aus. Das schlägt sich darin nieder, dass Deutschland im Gesamten seit
- 38 längerem die Nitrat-Grenzwerte in der EU verfehlt. Damit landwirtschaftliche Betriebe

39 (gerade die kleineren Familienhöfe) überhaupt noch konkurrenzfähig sind, müssen sie
40 auch im großen Stil Getreide, Gemüse und Müllereierzeugnisse produzieren und
41 exportieren, womit eine Übernutzung der Natur einhergeht. Mit dem Export dieser
42 Lebensmittel hat die Bundesrepublik auch eine starke Verantwortung gegenüber der
43 natürlichen Ressourcen in der Europäischen Union und darüber hinaus. Dieser
44 Verantwortung kommt sie in einem nicht ausreichenden Maß nach, denn deutsche
45 landwirtschaftliche Betriebe belasten durch die intensive Nutzung die Natur, Umwelt,
46 Mensch und Tier über Grenzen hinweg. Nur durch eine umfassende Transformation können
47 wir sicherstellen, dass alle Menschen Zugang zu qualitativ hochwertigen und gesunden
48 Lebensmitteln haben, während wir gleichzeitig unseren ökologischen Fußabdruck
49 minimieren und die Rechte der Arbeitnehmer*innen in der Landwirtschaft schützen.
50 Maßnahmen wie eine Verringerung der Tierbestände, einen effizienteren Einsatz von
51 Düngemitteln und den Ausbau nachhaltiger Anbaumethoden halten wir für elementar
52 wichtig. Diese würden nicht nur zur Minderung des Klimawandels beitragen, sondern
53 auch die Boden- und Luftqualität langfristig verbessern und nachhaltigere
54 Lebensmittelsysteme fördern. Um unsere Umwelt zu schützen, müssen wir also dringend
55 tätig werden! Wir machen uns hierbei Sorgen über die Qualität der Natur in
56 Deutschland. Es ist klar: Wir haben ein ernsthaftes Stickstoffausstoß-Problem und
57 dieses müssen wir möglichst schnell lösen.

58

59 **Daher fordern wir:**

60 **1. Halbierung der Viehhaltung**

61 Um den Stickstoffausstoß zu reduzieren, müssen wir die Tierbestände der Kuh-,
62 Schweine-, und Hühnerhaltung dringend vermindern. Uns ist klar, dass man nicht von
63 heute auf morgen die massive intensive Viehhaltung in Deutschland halbieren kann.
64 Allerdings sollte diese Halbierung das mittelfristige Ziel sein, um die
65 Stickstoffemissionen und Nitratwerte zu senken. Die Stickstoff-Gesamtbilanz setzt
66 sich zusammen aus den Komponenten Flächenbilanz (Bilanzierung der Pflanzen- bzw.
67 Bodenproduktion), Stallbilanz (Bilanzierung der tierischen Erzeugung) und der
68 Biogasbilanz (Bilanzierung der Erzeugung von Biogas in landwirtschaftlichen
69 Biogasanlagen). Die Reduzierung des erlaubten Stickstoffüberschusses durch Dünger und
70 Viehhaltung von 50 kg/Hektar auf 30 kg/Hektar steht in unserer Beschlusslage und
71 würde einen maßgeblichen positiven Effekt auf die Stickstoff-Gesamtbilanz haben.
72 Allerdings ist festzustellen, dass diese Ziele nicht ansatzweise erreicht werden. In
73 der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung ist ein Zielwert von 70
74 kg/Hektar festgelegt. Damit wurde von 1992 bis 2018, also in 25 Jahren, etwas mehr
75 als die Hälfte der bis 2030 angestrebten Reduktion erreicht. Insgesamt sinken die
76 Stickstoffüberschüsse also nach wie vor nicht ausreichend schnell, um bis 2030 den
77 anvisierten Stickstoffüberschuss von 70 kg/Hektar zu erreichen. Durch das mangelnde
78 *sense of urgency* (Gefühl der Dringlichkeit) schiebt die Bundesregierung die Reduktion
79 vor sich her und muss die Zielwerte anpassen. Daher setzen wir uns für eine weitere
80 Reduzierung des zugelassenen Grenzwerts für Stickstoffemissionen in Form einer
81 Reduzierung des Viehbestandes ein, damit die Rechnung für mangelnden politischen
82 Willen nicht später bezahlt werden muss.

83 Ziel unserer Forderung darf nicht sein, dass tierische Produkte zum Luxusgut und für
84 Konsument*innen unerschwinglich werden. Der kapitalistische Markt muss reguliert

85 werden, um sicherzustellen, dass soziale Gerechtigkeit auch in einem nachhaltigen
86 Ernährungssystem gegeben ist. Es ist unabdingbar, dass wir einen Zugang zu gesunden
87 und nachhaltig produzierten Lebensmitteln für alle schaffen. Eine unregulierte
88 Marktdynamik führt dazu, dass ökologische Produkte teurer werden, wodurch
89 einkommensschwache Haushalte keinen Zugang zu diesen Lebensmitteln haben und somit
90 ein zwei- oder mehr Klassen-Ernährungssystem entsteht. Ein gerechtes und nachhaltiges
91 Ernährungssystem erfordert daher nicht nur eine Reduzierung der Viehhaltung, sondern
92 damit einhergehend auch eine klare Regulierung des Marktes, um eine faire Verteilung
93 der Kosten und eine gesellschaftliche Teilhabe aller Konsument*innen zu
94 gewährleisten.

95 **2. Mehr finanzielle Unterstützung für Landwirt*innen, die von konventioneller** 96 **Landwirtschaft auf ökologische Landwirtschaft umsteigen wollen**

97 Der Anteil der ökologischen Landwirtschaft in Deutschland wächst. 2023
98 erwirtschafteten 14,6 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe ökologisch. Der
99 Marktwert der deutschen ökologischen Produkte liegt bei 16 Milliarden Euro und damit
100 innerhalb der EU auf Platz sieben. Das liegt maßgeblich an der positiven Grundhaltung
101 seitens der Bundesregierung, die bis 2030 einen Anteil von 30 Prozent ökologischer
102 Nutzfläche anvisiert und dem Engagement einiger Landwirt*innen. Jedoch ist dieses
103 30%-Ziel mit der aktuellen Entwicklung nicht zu erreichen - der rasante Anstieg des
104 Anteils ökologischer bewirtschafteter Fläche in den Jahren 2015 bis 2021 flacht
105 zwischen 2021 und 2023 deutlich ab. 2023 sind nur 11,4 Prozent biologisch
106 bewirtschaftet. Es ist für Landwirt*innen nicht ausreichend, mit optimistischen
107 Versprechungen über Marktentwicklungen und Beteuerungen zu steigender Nachfrage nach
108 biologisch angebauten Lebensmitteln ermutigt zu werden. Eine solche Herangehensweise
109 führt zu Unsicherheit und Stillstand in der Transformation der Betriebe und nicht
110 dazu, dass 30 Prozent der Nutzfläche ökologisch bewirtschaftet werden. Daher muss
111 dringend mehr investiert werden in die Transformation hin zur ökologischen
112 Landwirtschaft. Konkret sollen Landwirt*innen mehr finanzielle Anreize kriegen, um
113 klimaneutraler zu agieren, aber darüber hinaus sollen auch (Forschung zu)
114 innovative(n) Technologien, wie Biogasanlagen und andere innovative
115 Verbringungsformen gefördert werden. Regenerative Landwirtschaft zu betreiben, muss
116 attraktiver werden. Hier sind vor allem alternative Anbaumethoden, wie
117 Agroforstsysteme, der Humusaufbau und der Anbau von Eiweißpflanzen nennenswert.
118 Letztere binden beispielsweise Stickstoff im Boden, sodass weniger Stickstoff
119 zusätzlich in den Boden eingebracht werden muss.

120 **3. Ökologisches Ernährungssystem ganzheitlich denken**

121 Um das Ernährungssystem umzugestalten, reicht es nicht, die Landwirtschaft isoliert
122 zu betrachten, sondern es braucht von Produktion bis zum Konsum eine systemische
123 Perspektive. Die europäische *Farm to Fork* Strategie ist ein solcher holistischer
124 Ansatz, den wir weiterentwickeln und umsetzen müssen, um alle Stufen der
125 Wertschöpfungskette von der Produktion über den Vertrieb und den Verbrauch nachhaltig
126 zu gestalten. Dazu zählt innovative und regionale Geschäftsmodelle von
127 Landwirt*innen, wie beispielsweise die regionale Direktvermarktung, zu stärken, die
128 Agroindustrie und Lebensmittelsysteme in Kreisläufen zu gestalten und nachhaltige und
129 gesunde Ernährungsweisen fördern. Schlussendlich geht es darum, dass die
130 Bundesregierung gemeinsam mit den Landwirt*innen Lösungen für eine klimaneutrale

131 Landwirtschaft findet, die ganzheitlich sind, regionale Kreisläufe fördern und den
132 geografischen Schwerpunkt der Verschmutzung nicht nur verschieben. So kann das Ziel
133 nicht sein, verringerte Stickstoffemissionen ins Ausland zu verlagern. Ein solches
134 *Outsourcing* entspricht einer Verdrängung der eigenen Verantwortung und ist sehr
135 unsolidarisch und kann nicht die Antwort auf globale Herausforderungen wie die
136 Klimakrise sein.

137 **4. Große Verschmutzter müssen bezahlen!**

138 Landwirtschaftliche Betriebe, die übermäßige Stickstoffemissionen und Nitrateinträge
139 verursachen, müssen die Verantwortung für die Belastung des Grundwassers und der
140 Umwelt übernehmen. So soll Verursachergerechtigkeit innerhalb des Sektors hergestellt
141 werden. Die Anwendung des Verursacherprinzips auf regionales Düngverhalten und dessen
142 Auswirkungen nimmt Landwirt*innen in die Pflicht, die die Umwelt verschmutzen, und
143 bedeutet gleichzeitig die Entlastung für Betriebe, die das Klima und die Umwelt
144 schützen. Die aktuelle Gesetzgebung sieht nur eine sehr schwammige Anwendung dieses
145 Prinzips mit pauschalen Auflagen für sog. "rote Gebiete" vor, also solche mit
146 besonders starker Nitratbelastung des Grundwassers. Es gilt aber, dieses Prinzip auf
147 alle Gebiete auszuweiten, denn wer verschmutzt und davon profitiert, muss einen
148 fairen Beitrag leisten.

149 Für eine echte Verursachergerechtigkeit in der Landwirtschaft fordern wir eine
150 detaillierte, einzelbetriebliche Betrachtung der Nährstoffbilanz als Bestandteil
151 eines novellierten Düngegesetzes. Diese Maßnahme ist entscheidend, um gezielte
152 Auflagen für Betriebe zu formulieren, die tatsächlich als Verursacher von Gewässer-
153 und Bodenverschmutzung identifiziert werden können. Das derzeitige flächendeckende
154 Bodenmonitoring, dessen Messstellen ungenügend sind, reicht nicht aus, um eine
155 fundierte Bewertung auf Betriebsebene vorzunehmen. Grundwasser kennt keine
156 Flurstücksgrenzen, und somit kann kein direkter Rückschluss auf die
157 Nährstoffbelastung einzelner Betriebe gezogen werden. Zudem sind Belastungen
158 teilweise auf Praktiken aus den 60er und 70er Jahren zurückzuführen, was selbst bei
159 ökologischen Wirtschaften neuer Pächter*innen weiter zu überschrittenen Grenzwerten
160 führt. Eine bilanzierte Betrachtungsweise soll so möglichst alle Betriebe, die sauber
161 und ökologisch wirtschaften, von übermäßigen Auflagen befreien und Umweltsünder unter
162 den landwirtschaftlichen Betrieben zur Verantwortung ziehen. Schließlich soll in
163 dieser einzelbetrieblichen Betrachtung auch die Differenzierung nach Betriebsarten
164 berücksichtigt werden. Beispielsweise benötigt der Gemüseanbau während der gesamten
165 Wachstumsphase hohe Mengen an Stickstoff, um eine optimale Qualität und eine
166 ansprechende Optik zu gewährleisten.

Begründung

Die Luft, die wir atmen, besteht zu 21 Prozent aus Sauerstoff und zu 78 Prozent aus Stickstoff, was zunächst kein Problem darstellt, sondern überlebensnotwendig ist. Viele Stickstoffverbindungen können sich allerdings schädlich auf unsere Umwelt auswirken, denn durch Menschen wird zu viel Stickstoff in der Umwelt freigesetzt und das belastet Boden, Seen oder Flüsse. Das heißt, Stickstoff können wir nicht sehen, fühlen oder riechen, dennoch ist es überall um uns herum. Stickstoff an sich ist nicht schädlich für unsere Natur. Allerdings gibt es Verbindungen von Stickstoff und Stoffe, die sehr wohl schädlich für

unsere Natur sind. Die Stickstoffoxide (NO_x) und Ammoniak (NH₃) kommen vor allem in unsere Atmosphäre durch den Ausstoß in Verkehr, Industrie und Landwirtschaft. Vor allem Ammoniak kommt in unsere Atmosphäre durch das Vermischen von Gülle und Urin von Kühen, Schweinen und Hühnern. Dieser Stickstoffkreislauf wird folglich maßgeblich von landwirtschaftlichen Betrieben vorangetrieben. Das sorgt, wie bereits beschrieben, für höhere Nitratwerte.

Ein nicht unerheblicher Anteil von schädlichen Stickstoffverbindungen geht auf die Landwirtschaft zurück. Wenn der Acker zu viel mit Gülle oder synthetischem Dünger gedüngt wird, können die Pflanzen nicht den kompletten Stickstoff aufnehmen. Und das führt zu Problemen: Die Artenvielfalt nimmt ab, Nitrat gelangt in das Grundwasser, in Seen kommt es zu Algenwachstum und in Folge zu sauerstofflosen Zonen, die die Fischbestände bedrohen. Und auch das Klima ist betroffen, denn zu viel Stickstoff führt zu einer Verbindung wie Lachgas in der Atmosphäre und das ist schädlich. Die landwirtschaftliche Bearbeitung des Bodens, Stickstoffdüngemittel und die Tierhaltung sind entscheidende Emissionsquellen für die Treibhausgase Lachgas und Methan. 2022 stammten 67 Prozent der Lachgas- und 76 Prozent der gesamten Methanemissionen in Deutschland aus der Landwirtschaft. Effiziente Minderungsmaßnahmen sind daher dringend erforderlich.

Wenn die Bundesregierung und die Landesregierungen bundesweit sich dieser Problematik nicht endlich ernsthaft annehmen, nimmt die Belastung auf Mensch und Natur zu. Warten wir länger, dann werden die Maßnahmen (möglicherweise auch durch richterlichen Beschluss) in Zukunft schmerzhafter und krasser als notwendig. Diese Belastung für Natur und Mensch macht den Jungsozialist*innen in Weser-Ems Sorge zumal es in den Niederlanden bereits zu massiven Proteste vonseiten der Landwirt*innen gegenüber der Regierung gekommen ist. In den Niederlanden ist genau das eingetreten - und die Jusos wollen solche Proteste möglichst vermeiden und möchten, dass die betroffenen Landkreise möglichst schnell ihren Ausstoß reduzieren.

Beispiel:

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) verklagte das Land Niedersachsen aufgrund seiner Klimaschutzstrategie. Mit der aktuellen Klima- Broschüre scheint die Einhaltung der Klimaziele aus dem Landes-Klimaschutzgesetz ausgeschlossen. Daher müsste das Land ein verbindliches Umsetzungsprogramm aufstellen, das zusätzliche Landesmaßnahmen enthält, um eine Minderung der Gesamtemissionen bis zum Jahr 2030 um mindestens 55 Prozent (bezogen auf die Gesamtemissionen im Vergleichsjahr 1990) sicherzustellen. In der aktuellen Klimaschutzstrategie wurden Ziele und Maßnahmen aufgelistet. Niedersachsen versucht damit, die Verantwortung für den Klimaschutz an Bund und EU weiterzugeben. Mit der Klage vor dem Niedersächsischen Oberverwaltungsgericht will die DUH erreichen, dass die Landesregierung die Klimaschutzstrategie gesetzeskonform nachbessert. Wir müssen jetzt handeln, denn Naming und Blaming von Regierungsebenen und deren Zuständigkeiten ist ein kostspieliges Zeitspiel mit unseren natürlichen Ressourcen und wir dürfen unsere (niedersächsische) Natur nicht weiter kaputt machen.

Fazit:

Die deutsche Landwirtschaft nutzt große Flächen. Unsere Landkreise zeichnen sich durch intensive Landwirtschaft aus. Die Landwirtschaft ist einer der Hauptverursacher des Stickstoffausstoßes, die auf Dauer sehr schädlich für unser Klima ist und die Erreichung der Klimaziele deutlich erschwert! Es besteht folglich dringend Handlungsbedarf, um die im Pariser Klimaabkommen gesetzten Reduktionsziele von 55 Prozent zu erreichen.

Es braucht mehr Unterstützung seitens der Bundesregierung für landwirtschaftliche Betriebe bezüglich der Transition von konventionellen zu ökologischen Betrieben. Wichtigstes Prinzip im ökologischen

Landbau ist, dass Pflanzenbau und Tierhaltung miteinander verbunden sind. Ein Teil der Pflanzen dient als Viehfutter, und der Dung aus der Viehhaltung dient als Nährstoff für die Pflanzen. Es werden nur so viele Tiere gehalten, dass dieser Kreislauf im Gleichgewicht bleibt. Doch hat die Landwirtschaft im Vergleich zu vielen anderen Sektoren einen Vorteil: Sie kann aktiv zum Klimaschutz beitragen, indem Kohlendioxid aus der Luft festgelegt wird. Bis 2030 könnte die Emission der Landwirtschaft um 52 Prozent auf 38 Mt CO₂ gesenkt werden. Die wichtigsten Maßnahmen dabei sind: die Reduzierung von Tierbeständen und das Stoppen der Überdüngung. Es müssen dringend Gelder freigemacht werden, um diese Transition erfolgreich sein zu lassen.

Antrag U12: Das Züchten, der Handel, das Werben und das Importieren von und mit Tier-Qualzuchten verbieten!

Antragsteller*in:	Jusos Hessen-Süd
Sachgebiet:	U - Umwelt, Energie & Nachhaltigkeit

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Weiterleitung: SPD Bundesparteitag
- 2 Der Paragraph 11 des Tierschutzgesetzes (TierSchG) beschreibt die Bedingungen für die
- 3 Zucht und die Haltung von Tieren und den Handel mit [Tieren. Im](#) § 11 TierSchG muss
- 4 das
- 5 Verbot von Zucht, Handel, Werbung und Importieren von Qualzuchten eingefügt werden.
- 6 Die Kommunikationsstrategie der Tierschutzbeauftragten des Bundes und des Landes
- 7 Hessen, mit der Menschen besser darüber informiert werden was Qualzuchten für das
- 8 betroffene Tierbedeuten, muss eine Unterstützung für eine konsequente Aufklärung
- 9 bekommen.
- 10 [https://tierschutz.hessen.de/sites/tierschutz.hessen.de/files/2023-](https://tierschutz.hessen.de/sites/tierschutz.hessen.de/files/2023-06/flyer_qualzucht_final.pdf)
- 11 [06/flyer_qualzucht_final.pdf](https://tierschutz.hessen.de/sites/tierschutz.hessen.de/files/2023-06/flyer_qualzucht_final.pdf)
- 12 Dabei ist aber sicherzustellen, dass Qualzuchten, welche bereits in Deutschland
- 13 leben
- 14 auf keinen Fall euthanasiert werden.

Begründung

„Mit Qualzucht ist gemeint, dass Tiere aufgrund ihrer angezüchteten Merkmale ein Leben mit Schmerzen und Schäden führen. Menschen stellen dabei ihre Vorlieben in den Vordergrund und züchten Hunde, Katzen und andere Tiere, bis sie ihren Vorstellungen entsprechen. Dabei werden einzelne Merkmale weggezüchtet, andere wiederum hervorgehoben. Damit beeinflussen Züchter*innen die Gesundheit, Verhaltensweisen und die natürliche Anpassungsfähigkeit der Tiere.“ (<https://www.tierschutzbund.de/tiere-themen/haustiere/qualzucht> 23.02.2024 15:26Uhr)

Beispiel sind „Nackt“-Tiere, welchen von Menschen aus vermeintlich ästhetischen Gründen das Fell weggezüchtet worden ist und sie dadurch ein Leben lang Schäden haben.

Weiter gemeint sind z.B. alle „Toy“ oder „Teacup“ Rassen, welche aufgrund ihrer vermeintlichen Niedlichkeit besonders klein gezüchtet werden. Hierbei realisiert aber das Gehirn nicht, dass der Körper so klein ist und wächst stetig weiter, weswegen die Augen anfangen aus den Augenhöhlen herauszuquellen, Dadas Gehirn von innen gegen den Schädel drückt, entstehen im erwachsenen Alter bei den Hunden nicht nur körperliche, sondern auch mentale Schäden.

Rassen mit kurzen Schnauzen wie Möpse, Französische oder Englische Bulldoggen haben in ihrer durch die Zucht verkürzten Schnauze dieselbe Schleimhaut, wie die Rassen mit normal großer Schnauze. Dies führt zu sehr vielen Problematiken, unter anderem zu erheblichen Atemproblemen. Wenn diese dann nicht mal mehr Nasenlöcher, sondern Nasenschlitze haben, sorgt das dafür, dass viele Hunde sehr erhebliche Probleme haben. Dann ist es nicht niedlich, wenn der Hund mit Spielzeug im Maul schläft: Nicht weil er das Spielzeug so toll findet, sondern eben um sein Maul offen zu halten, damit er im Schlaf nicht erstickt.

Auch wenn durch das Mischen von Rassen versucht wird die Situation der Tiere zu verbessern, so ist das nicht wie in der Mathematik. Krank \times Krank ist nicht Gesund.

Wenn die Zucht von Qualzuchten verboten wird, jedoch nicht der Import, wird das Problem nur nach außen verlagert. Dann ist dieser Prozess noch unkontrollierter, somit das Problem nicht behoben.

Das bedeutet, dass illegale Vermehrer noch mehr die Chance haben, unter schlimmen tierschutzwidrigen Bedingungen Tiere zu züchten.

Antrag U13: Schnell, schneller, Fast Fashion

Antragsteller*in:	Jusos Hessen-Süd
Sachgebiet:	U - Umwelt, Energie & Nachhaltigkeit

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Weiterleitung SPD-Bundesparteitag
- 2 Fast Fashion und die immer schnellere Produktion von neuen Kollektionen hat einen
- 3 massiven Einfluss auf die Umwelt und dementsprechend auch auf den voranschreitenden
- 4 Klimawandel. Endliche Ressourcen werden bei der Produktion und dem Verkauf und vor
- 5 allem bei der Entsorgung der Kleidungsstücke verwendet, als seien sie unendlich.
- 6 Wasserverschmutzung, immens hohe Energiekosten, extrem hoher Wasserverbrauch, und
- 7 nicht-nachhaltige Bepflanzung der Baumwollplantagen macht die Fashion-Industrie zu
- 8 eines der größten Umweltverschmutzer*innen weltweit. Im Jahr 2020 wurde in der EU pro
- 9 Person 270 Kilogramm CO₂ – Emissionen allein durch die Fashion-Industrie verursacht
- 10 (Europ. Parlament, 2023).
- 11 Neben der bereits genannten Ausbeutung der Ressourcen ist jedoch das größte Problem
- 12 die massive Nutzung von Polyester bei der Produktion von Textilien. Die Lebensdauer
- 13 von Kleidung wird deutlich reduziert, was den neuen Einkauf von Kleidungsstücken
- 14 wieder befördert. Aus den alten Textilien können im besten Fall nur noch Waschlappen
- 15 geschnitten werden, da die recycling-Prozesse bei dem hohen Polyesteranteil als
- 16 besonders kompliziert und kostenaufwendig darstellen und das Garn aus Polyester
- 17 häufig qualitativ so miserabel ist, sodass recycling gar nicht mehr möglich ist.
- 18 **Deshalb fordern wir:**
- 19 • Einen europaweiten Verkaufsverbot von Polyester und anderen ähnlichen Stoffen in
- 20 der Textilindustrie
- 21 • Eine stärkere Kontrolle der Lieferketten der Textilunternehmen
- 22 • Klare Vorgaben für einen nachhaltigen Anbau von Baumwolle
- 23 • Europaweite Forschungsförderung zur Entwicklung von weniger ressourcenabhängigen
- 24 natürlichem Stoff
- 25 • Aufbau von innerdeutschen und EU-Weiten Pfand-Recycling-Systemen, damit alte
- 26 Textilien verwendet werden können, um neue Produkte zu entwickeln.
- 27 • Eine europaweite Förderung von Second-Hand-Startups, die die Wiedernutzung von
- 28 gebrauchten Textilien vorantreiben.
- 29 • Werbeverbot für Wegwerfmode/ Fast Fashion

Begründung

Erfolgt mündlich

Literatur:

Umweltauswirkungen von Textilproduktion und -abfällen (Infografik) | Themen | Europäisches Parlament. (2023, 15. November). Themen | Europäisches Parlament. <https://www.europarl.europa.eu/topics/de/article/20201208STO93327/umweltauswirkungen-von-textilproduktion-und-abfaellen-infografik>

Antrag U14: Reformvorschlag der Bundesnetzagentur vorziehen. Netzentgelte senken. Ausbau der Erneuerbaren Energien unterstützen.

Antragsteller*in:	Jusos Hessen-Süd
Sachgebiet:	U - Umwelt, Energie & Nachhaltigkeit

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Weiterleitung an: SPD-Bundesparteitag
- 2 Vorschlag der Bundesnetzagentur zur Verteilung Netzausbaumerkosten schnellstmöglich
- 3 umsetzen. Die SPD-Bundestagsfraktion und die entsprechenden SPD-Minister im Kabinett
- 4 sollensich dafür einzusetzen, dass der Reformvorschlag zur Verteilung der Mehrkosten
- 5 zumNetzausbau der Bundesnetzagentur von Dezember 2023 schnellstmöglich eingeführt
- 6 wird(anstatt zum 1. Januar 2025 eher zum 01.09.2024). Somit sollen die Mehrkosten
- 7 für denNetzinfrastrukturausbau in Regionen mit hohem EE-Ausbau gesenkt und der
- 8 fehlende Bundeszuschuss in Höhe von 5,5 Mrd. Euro gedämpft werden.
- 9 Die SPD Bundestagsfraktion soll sich bei der Verhandlung des Bundeshaushalts 2025
- 10 dafür einsetzen, dass die Netzentgelte mit mindestens 5,5 Milliarden bezuschusst
- 11 werden, wie ursprünglich für 2024 schon vorgesehen war.

Begründung

Europa, Deutschland und Hessen braucht den Wandel zur Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien. Dafür muss im Land, im Bund und auf EU-Ebene die richtigen Weichenstellungen gesetzt werden. Dies gilt neben der Erzeugung auch für den Aus- und Umbau der Energieinfrastruktur. Denn der Ausbau der Erneuerbaren Energien bedeutet auch die dezentrale Verteilung der Energieerzeugung als auch Lenkung. Somit entstehen auf Höchstspannungsnetz- als auch auf Verteilnetzebene der Bedarf an Investitionen, um den dezentral (und teils regional ungleich) erzeugten Strom durch ganz Deutschland zu transportieren (auch dem sog. „bottom-up-Prinzip“). Die Investitionsbedarf für den Netzausbau liegen hierbei verschiedene Zahlen zugrunde, bspw. durch den Übertragungsnetzbetreiber mit einer Investitionssumme von 111 Mrd. Euro für die nächsten 10 Jahren (Zahl aus 2023).

Mit der aktuell bestehenden Verteilung der Netzausbaukosten mit den Netzentgelten tritt eine Fehlentwicklung auf. Denn die Regionen mit hohen EE-Ausbau weisen aufgrund der Netzausbaubedarfe höhere Strompreise aus, die auf der Umlage der Netzausbaukosten auf den jeweiligen Verbraucher basiert. Ursprünglich sollte diese Entwicklung durch einen Zuschuss der Bundesregierung aus dem WSF in Höhe von 5,5 Mrd. Euro verhindert werden. Dieser Zuschuss wurde infolge des KTF-Urteils des Bundesverfassungsgerichtes und der Einigung zum Bundeshaushalt 2024 gestrichen.

Die Bundesnetzagentur hat zum Jahreswechsel 2023/2024 ein Eckpunktepapier zur Verteilung der Mehrkosten, die in Stromnetzen mit viel erneuerbarer Stromerzeugung entstehen, veröffentlicht. Hierbei sollen Verteilnetzbetreiber nach §19 StromNEV die Mehrkosten bundesweit verteilen, wenn nach einem 3-stufigen Prinzip die Erzeugungsleistung aus Erneubarer Energien den doppelten Wert der höchsten Netzlast in dem Netzgebiet entspricht. Die Bundesnetzagentur rechnet mit dieser bundesweiten Verteilung der Netzentgelte mit einer Entlastung von knapp 1,55 Mrd. Euro (Schätzung zum Jahr 2023).

Davon würde auch Hessen mit knapp 12 Mio. Euro profitieren.

Antrag V01: Verbot von Privatjetflügen in Deutschland

Antragsteller*in:	AG Jusos Baden-Württemberg
Sachgebiet:	V - Verkehr & Infrastruktur

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 *Zur Weiterleitung: SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion, Juso-Bundeskongress*
- 2 Europaweit haben Privatjets 2022 insgesamt etwa zehn Millionen Tonnen Treibhausgase
- 3 ausgestoßen, mehr als eine Million davon in Deutschland. Privatjetflüge machen 12 %
- 4 des Flugverkehrs in Deutschland aus, Tendenz steigend.
- 5 In Zeiten, in denen es um die Verhinderung einer globalen Klimakatastrophe geht,
- 6 erscheint es jedoch absurd, dass eine gesellschaftliche Kleinstgruppe nur aufgrund
- 7 ihrer finanziellen Überlegenheit die Existenzgrundlage der Allgemeinheit gefährdet.
- 8 Sofern eine Regulierung dieses Phänomens bisher über Besteuerung versucht wurde, muss
- 9 dies in Anbetracht der Zunahme der Flüge als ineffektiv angesehen werden. Wer
- 10 Privatjet fliegt, zahlt ohne Probleme auch jede Steuer. Da diese jedoch die
- 11 tatsächlichen externen Kosten, die die Flüge verursachen, nicht kompensiert, ist in
- 12 diesem Bereich ein Verbot unerlässlich.
- 13 Wir fordern daher, dass Privatjetflüge, die ausschließlich von Privatpersonen oder in
- 14 privatwirtschaftlichem Interesse durchgeführt werden und im Bundesgebiet starten
- 15 und/oder landen, verboten werden.

Begründung

erfolgt mündlich

Antrag V02: Ohne Stress durch ganz Europa: Ein europäisches Zugticket

Antragsteller*in:	AG Jusos Baden-Württemberg
Sachgebiet:	V - Verkehr & Infrastruktur

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 **Zur Weiterleitung an:** *Juso Bundeskongress, SPD Bundestagsfraktion, SPD Europafraktion*
- 2 Ein Zugticket von Freiburg nach Berlin zu kaufen ist kein Problem. Sobald man jedoch
3 eine Verbindung über Landesgrenzen hinaus buchen möchte, wird es schnell kompliziert:
4 Man muss Verbindungen auf vielen verschiedenen Webseiten von Hand zusammenstellen,
5 Tickets haben unterschiedliche Regeln für Stornierungen und schnell wird die
6 Verbindung sehr teuer.
- 7 Um dieses Problem zu lösen, fordern wir eine einheitliche europäische Plattform zum
8 kaufen von Zugtickets sowie ein europäisches Zugticket. Diese sollen in Kooperation
9 mit den nationalen Bahnunternehmen von einem öffentlichen Unternehmen unter Aufsicht
10 der EU eingerichtet werden.
- 11 Die neue Plattform soll die Planung von grenzüberschreitenden Bahnreisen vereinfachen
12 und europaweit Fahrplanauskunft geben können. Ein europäisches Zugticket soll ein
13 einheitliches Ticket mit einheitlichen Regeln schaffen, welches auch kostengünstiger
14 als die einzelnen Tickets der nationalen Bahnunternehmen angeboten werden kann.
15 Außerdem sollen beim Kauf von solchen europäischen Zugtickets die Regelungen für
16 Stornierung sowie Nutzbarkeit von Anschlusszügen bei Verspätungen vereinheitlicht
17 werden. Das Ticket soll eine durchgehende Fahrkarte im Sinne der EU-
18 Fahrgastrechteverordnung (VO (EU) Nr. 2021/782) darstellen. Alle, die schon einmal
19 das Interrail-Ticket benutzt haben wissen, wie kompliziert das Buchen von
20 Platzreservierungen bei unterschiedlichen Bahnunternehmen sein kann. Deshalb sollen
21 auf einer europäischen Ticket-Plattform zusätzlich Sitzplatzreservierungen gekauft
22 werden können.
- 23 Das europäische Ticketsystem muss in allen Mitgliedsstaaten der EU funktionieren,
24 jedoch soll es auch für weitere Staaten offen sein. So würde es beispielsweise für
25 die Schweiz Sinn ergeben sich zu beteiligen, aufgrund ihrer Landgrenzen an EU-
26 Mitgliedsstaaten.
- 27 Um unsere Klimaziele zu erreichen müssen wir den innereuropäischen Flugverkehr
28 reduzieren. Damit das jedoch möglich ist, braucht es gute Alternativen. Durch das
29 heutige Chaos von Apps & Webseiten verschiedener Bahnunternehmen sind
30 innereuropäische Zugreisen über Grenzen teurer und komplizierter als Flugreisen. Um
31 dieses Problem zu lösen und Züge in Europa endlich zu einer guten Alternative zum
32 Flugzeug zu machen, brauchen wir dringend ein europäisches Zugticket sowie eine
33 gemeinsame Ticketplattform.

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag V03: Eine deutsche Bahn

Antragsteller*in:	Juso AG-Landeskonferenz SPD-LV Schleswig-Holstein
Sachgebiet:	V - Verkehr & Infrastruktur

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Der Verkehrspolitik kommt eine Schlüsselfunktion zu. Erst ein Zugang zu Mobilität
2 ermöglicht es Menschen, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Zugleich verursacht
3 der Verkehr zurzeit einen erheblichen Teil der Treibhausgasemissionen und bietet
4 mithin – um es positiv zu sehen – gewaltige Einsparpotentiale. Ein gewichtiger
5 Baustein auf dem Weg zu einer klimaneutralen und massentauglichen Mobilität ist dabei
6 die Eisenbahn und mit ihr in Deutschland die Deutsche Bahn.
- 7 Eine funktionierende Organisation der Eisenbahn in Deutschland setzt eine enge
8 Koordination und Kooperation zwischen den Beteiligten voraus. Zurzeit ist es nicht
9 nur so, dass eine Vielzahl von Unternehmen beteiligt sind, sondern sogar, dass eine
10 koordinierte Zusammenarbeit selbst innerhalb einzelner Konzerne nicht besteht und
11 auch nicht gewollt ist. Die Deutsche Bahn etwa besteht aus einer Vielzahl von
12 Tochtergesellschaften, etwa für den Personennahverkehr in bestimmten Regionen, den
13 Personenfernverkehr, den Betrieb der Bahnhöfe, die Bereitstellung von Fahrstrom, den
14 Unterhalt des Schienennetzes, etc. Diese Konzernteile sollen teilweise nicht weiter
15 miteinander kooperieren. Hintergrund dessen ist der – gescheiterte – Ansatz, durch
16 eine Trennung von Netz und Vertrieb bei zu einer Monopolbildung neigenden
17 Infrastruktur – vermeintlich zu Wohl aller – einen wirtschaftlichen Wettbewerb zu
18 erzeugen.
- 19 Eine enge Koordination und Kooperation sind jedoch in einem komplexen System wie der
20 Eisenbahn unabdingbar, gerade angesichts der bevorstehenden Herausforderungen im Zuge
21 der Mobilitätswende. Eine solche künstliche Trennung ist deshalb kontraproduktiv.
22 Eine solche künstliche Trennung ist auch überflüssig. Bereits der Grundansatz,
23 monopolneigende, der Daseinsvorsorge dienende Infrastruktur in einem System des
24 privatwirtschaftlichen Wettbewerbs zu betreiben, ist verfehlt. Daseinsvorsorge gehört
25 in staatliche Hand. Die schon unter der Regierung Kohl eingeleitete Umgliederung der
26 bis dahin öffentlich-rechtlich organisierten Deutschen Bahn in eine privatrechtlich
27 organisierte Gesellschaft war deshalb verfehlt.
- 28 Deshalb fordern wir:
- 29 • Eine Reintegration der einzelnen Unternehmensteile in eine einheitliche Deutsche
30 Bahn.
 - 31 • Die auch formale (Wieder-)Verstaatlichung – also die (Rück-)Überführung in eine
32 öffentlich-rechtliche Organisationsform – der Deutschen Bahn.
 - 33 • Die Monopolisierung des schienengebundenen Fernverkehrs in Deutschland bei der
34 so geschaffenen Deutschen Bahn – ggf. unter Kooperation mit den (nationalen)
35 Bahngesellschaften anderer Staaten.
 - 36 • Die Änderung der entgegenstehenden europarechtlichen Vorgaben.
- 37 Ein funktionierender öffentlicher Verkehr ist für gesellschaftliche Teilhabe nötig.
38 Für den leichten Zugang zur Mobilität für alle sind günstige Ticketpreise

39 unabdingbar. Der Geldbeutel eines Menschen darf nicht über dessen Freiheit
40 entscheiden.

41 Deshalb fordern wir:

- 42 • Kostenlosen ÖPNV; bis das flächendeckend möglich ist, eine soziale Ermäßigung
43 des Deutschlandtickets.
- 44 • Stärkeren Ausbau der (europäischen) Nachtzuginfrastruktur.
- 45 • Zerschlagung der 1. Klasse im Nah- und Fernverkehr.

46 Der Koordinationsbedarf im Eisenbahnwesen macht nicht an nationalen Grenzen halt.
47 Viele Regelungen und Standards im Eisenbahnwesen jedoch schon. Unterschiedliche
48 Oberleitungssysteme, Zugsicherungs- und Beeinflussungssysteme, Zulassungs- und
49 Zertifizierungsverfahren, in Teilen sogar Spurweiten und Lichtraumprofile erschweren
50 einen transeuropäischen Eisenbahnverkehr und machen ihn in Teilen gar unmöglich.

51 In vielen Bereichen stützt sich die Bahn auf Techniken und Standards, die im
52 Ausgangspunkt vor weit über 100 Jahren erdacht wurden. Eine Anpassung an die
53 Möglichkeiten und Bedürfnisse des 21. Jahrhunderts ist – nicht zuletzt aufgrund der
54 Zersplitterung – allenfalls langsam möglich.

55 Deshalb fordern wir:

- 56 • Eine verstärkte und auf europäischer Ebene koordinierte Zusammenarbeit.
- 57 • Eine Ertüchtigung des Europäischen Schienennetzes nach einheitlichen Standards
58 auf dem technischen Stand der Möglichkeiten des 21. Jahrhunderts. Um technische
59 Rückfallebenen sicherzustellen, sollten die bisher national etablierten
60 Zugsicherungssysteme zusätzlich bestehen bleiben.

61 Ein solcher Aus- und Umbau des europäischen Schienennetzes schafft die
62 Voraussetzungen für eine funktionierende Mobilitätswende und stärkt zugleich die
63 Vernetzung innerhalb Europas – wirtschaftlich wie gesellschaftlich. Dabei ist die
64 Schiene anderen Transportformen in vielen Bereichen unter ökologischen wie
65 ökonomischen Gesichtspunkten – ein funktionierendes Gesamtnetz vorausgesetzt – klar
66 überlegen.

67 Deshalb fordern wir:

- 68 • Einen Vorrang der Finanzierung der Schiene vor der Straße.
- 69 • Eine Erschließung aller Ballungsräume und (größeren) Industrieanlagen durch die
70 Eisenbahn sowie eine Berücksichtigung der Anschließbarkeit an das Eisenbahnnetz
71 bei Industrieansiedelungen.

Antrag V04: To boldly go where no one has gone before

Antragsteller*in:	Jusos Hessen-Süd
Sachgebiet:	V - Verkehr & Infrastruktur

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Die SPD und die Jusos werden aufgefordert sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten und mit
2 aller Anstrengung den folgenden Zielen zu verschreiben, für sie einzutreten und
3 an ihrer Realisierung zu arbeiten.
- 4 **I. Die Gründung einer Sternenflotte für zivile Forschungszwecke im Weltraum**
- 5 Während die Menschheit durch Klima- und Umweltkrisen, militärische Konflikte, Kriege,
6 Gesundheitskrisen und einer stetig zunehmenden und ungerechten Verteilung der
7 planetaren Ressourcen, mehr und mehr zu einem zivilisatorischen
8 Problemfall heranwächst und somit die Wahrscheinlichkeit einer Selbstauslöschung der
9 menschlichen Spezies anwächst, müssen wir als Jusos eine vernunftorientierte Lösung
10 für internationale Zusammenarbeit schaffen.
- 11 Möglich wäre dies im Rahmen der Bekämpfung des Klimawandels. Allerdings scheinen die
12 notwendigen Bemühungen der Nationalstaaten und Staatenbünde und -verbünde nicht
13 auszureichen. Ferner ist mittlerweile absehbar, dass der globale Kipppunkt innerhalb
14 dieses Jahrzehntes, aber spätestens zum Jahr 2050 erreicht sein wird, der es der
15 Menschheit verunmöglicht mit dem heutigen Stand der Technologie gegen die Folgen des
16 Klimawandels entgegenzusteuern.
- 17 **1. Zweck – die Erforschung lebensfeindlicher Umgebungen im All**
- 18 Die Gründung einer internationalen Sternenflotte, soll zum Zweck haben im Rahmen
19 ihrer durch die Mitgliedsstaaten gewährten Finanzierung alles Mögliche zu unternehmen
20 um die lebensfeindlichsten Orte in unserem Sonnensystem und falls möglich
21 benachbarter Sonnensysteme zu erforschen um, so die dringend notwendigen Erkenntnisse
22 zu sammeln, die wir für ein Fortbestehen auf einem uns Zusehens
23 lebensfeindlicheren Planeten – der Erde – zu gewinnen.
- 24 **2. Zweck – die internationale Vernetzung in allen zivilen Forschungsangelegenheiten**
- 25 Ferner soll eine „Vereinte Sternenflotte des Planeten Erde“ darauf hin arbeiten, alle
26 zivilen Forschungsangelegenheiten, die technologischen und
27 gesellschaftlichen Fortschritt ermöglichen zu vernetzen. Dies kann als supranationale
28 Organisation ohne die Vertretung von Kapitalinteressen funktionieren, um einzig das
29 Ziel nutzbringender Forschung zu intensivieren.
- 30 **3. Zweck – die Vorbereitung und Durchsetzung einer internationalen
31 Forschungskolonie
32 auf dem Mars**
- 33 Ferner soll die Sternenflotte alle notwendigen Vorbereitungen treffen, um
34 eine internationale Forschungskolonie auf dem Mars zu realisieren. Dabei
35 sind „Schlüsseltechnologien“ unabdingbar, die im folgenden Ziel thematisiert
36 werden. Sollten die Vorbereitungen abgeschlossen sein, soll ein internationales Team
37 als erste Gruppe auf dem Mars landen, um dort mit den Teilen des Raumschiffs ein
38 Hauptquartier zu errichten. Gleichzeitig soll ein weiteres internationales Team

39 mit einem zweiten Raumschiff eine Raumstation als Andock-, Fracht- und
40 Kommunikationszentrale errichten, um die Versorgung des Hauptquartiers zu
41 gewährleisten und den Aufbau einer Forschungseinrichtung zu unterstützen. Primäres
42 Ziel der Bestrebungen auf dem Mars soll die Erforschung theoretischer Möglichkeiten
43 eines Terraformings des Planeten sein.

44 Ferner muss ein regelmäßiger Frachtverkehr von der Erde aus erfolgen.

45 **4. Zweck – der Ausbau des ISS-Nachfolgers zum Schiffsdock, zur Operationszentrale** 46 **und zum Startpunkt**

47 Ferner muss der Nachfolger der Internationale Raumstation - ISS - zu einem
48 Schiffsdock ausgebaut werden, so dass im Orbit (und unter erheblich
49 einfacheren Bedingungen) bereits mit dem Bau von kleinen Raumschiffen begonnen werden
50 kann, die die Versorgungssicherheit auf der Forschungskolonie garantieren.

51 **5. Zweck – Organisationsstatut der Sternenflotte**

52 Die Vereinten Nationen sollen bei der Gründung der Sternenflotte assistieren und
53 ihn ihrem Namen einen Gründungsrat mit den renommiertesten Wissenschaftler*innen
54 der Menschheit, Vertreter*innen der Nationalstaaten, sowie Vertreter*innen der
55 bereits bestehenden Raumfahrtorganisationen und -behörden organisieren. Sie sollen
56 unter Achtung der Menschenrechte, und der Gebote von Respekt, Toleranz
57 und Wissenschaftlichkeit ein Organisationsstatut verfassen, dass als
58 konstitutionelle Grundlage für alle weiteren Schritte dienen soll.

59 Ein jeder Nationalstaat und ein jeder Staatenbund können durch Ratifizierung eines
60 Staatsvertrages Mitglied der Sternenflotte werden. Dabei sind Mitgliedbeiträge in
61 Höhe von mindestens 7,5% des BIP der einzelnen Nationalstaaten jährlich
62 zu entrichten.

63 Mitglied kann aber nur werden und bleiben, wenn die Achtung der Menschenrechte, sowie
64 der Gebote von Respekt, Toleranz und Wissenschaftlichkeit Folge geleistet wird.

65 Auf Grundlage des Organisationsstatutes sollen Sternenflottenprotokolle für die
66 Forschung, bemannte und unbemannte Raumfahrt, der Organisation, der unter
67 demokratischen Prinzipien stattfindenden Partizipation sowie der zu gründenden
68 Kolonien verfasst werden.

69 **6. Zweck – Weltraum ist ziviler Raum**

70 Allen Mitgliedern der Sternenflotte soll es untersagt sein den Weltraum für andere
71 als zivile Zwecke zu nutzen. Einzig im Falle der Verteidigung der menschlichen
72 Spezies oder des Planeten Erde, sowie seiner Kolonien als solches darf und kann
73 militärisch agiert werden.

74 Die wirtschaftliche Nutzung der außerplanetaren Ressourcen soll nicht zu
75 kommerziellen Zwecken allein erfolgen. Ferner werden bei Verwertung außerplanetarer
76 Ressourcen zu wirtschaftlichen Zwecken Steuern erhoben, die an die Sternenflotte
77 abzuführen sind. Dies soll vor allem die silikat- und erzhaltigen Asteroiden, sowie
78 die Nutzung von Flächen auf Planeten, Planetoiden, Monden und Asteroiden umfassen.

79 **II. Förderung der Erforschung von Schlüsseltechnologien**

80 Das Ziel der Gründung einer Sternenflotte allein reicht bei weitem nicht aus.
81 Vielmehr müssen bis zur interstellaren Raumfahrt noch einige Hürden genommen werden,
82 die einzig durch sogenannte Schlüsseltechnologien erfolgen können.

83 Hierunter fallen unter anderem:

84 **1. Fusionsenergie**

85 Mit der Fusionsenergie durch Fusionskraftwerke, hätten wir erstmals eine
86 Energiequelle, die stätige Mengen großer Energie erzeugt und die notwendig ist um das
87 Leben im All sicherzustellen. Erfolgsversprechend scheint das internationale
88 Projekt ITER, dass den Durchbruch in der Forschung darstellen könnte.

89 **2. Magnetschilder**

90 Magnetschilde, wie auch die Erde eines besitzt schützen vor gefährlicher
91 kosmischer Strahlung, die beispielsweise durch die Sonne hervorgerufen wird. Die
92 Technologie zur Erstellung von Magnetschilden durch Gravitation existiert, muss aber
93 noch ausgereicht werden.

94 **3. Impuls- oder auch Ionenantriebe**

95 Der Impuls- oder auch Ionenantrieb setzt stetig kleine Impulse durch
96 eine Energiequelle, um so im All auf eine enorme Geschwindigkeit zu kommen. Erstmals
97 wurde ein Ionenantrieb im Jahr 1998 durch die NASA bei der Sonde „Deep Space 1“
98 verwendet. Die Technologie muss verbessert und auf Raumschiffe ausgeweitet werden.

99 **4. Künstliche Intelligenz**

100 Künstliche Intelligenz wird helfen die Raumfahrt sicherer und die Forschung leichter
101 zu machen. Durch KI oder AI werden schon heute unzählige Prozesse vereinfacht. Diese
102 Technologie ist daher – in ausgereifter und für die Raumfahrt angepasster Form –
103 unabdingbar.

104 **5. Fortschrittliche Robotik**

105 Robotik existiert bereits heute als anerkannte Wissenschaft. Robotik wird allerdings
106 unverzichtbar im lebensfeindlichen Raum, um grundlegende Arbeiten auszuführen und
107 um bei der Forschung zu assistieren.

108 **6. Kybernetisch-medizinische Implantate**

109 Beim Begriff Kybernetik mag manch einer an die dystopische Welt von Cyberpunk oder
110 anderen Genrehighlights denken. Tatsächlich verwendet die Menschheit bereits heute
111 kybernetisch-medizinische Implantate (beispielsweise den Herzschrittmacher). Im All
112 können Implantate, die den Kreislauf stabilisieren oder die Atmung wiederherstellen
113 können in Sekunden über Leben und Tod entscheiden. Daher sind Fortschritte auf dem
114 Gebiet der Kybernetik Voraussetzung für erfolgreiche Missionen im All.

115 **7. Warpantrieb**

116 Manch einer mag den Warpantrieb als überlichtschnelle Fortbewegungsmethode nur aus
117 Star Trek kennen, tatsächlich ist der Warpantrieb, der die Raumzeit krümmt und so den
118 Start- und Endpunkt näher aneinander „presst“ keine Fiktion, sondern Wirklichkeit.
119 Warptheorien existieren schon länger, bisher scheiterte es an der notwendigen Menge
120 an Exotischer Energie die notwendig zu sein schien. Dieses Dilemma lösen aber immer
121 raffiniertere Warpgleichungen, die nun auch mit konventioneller Energie auskommen.
122 Darüber hinaus haben Wissenschaftlicher im Jahr 2022 erstmals eine stabile Warpblase
123 in Miniaturform (durch Zufall) erstellt. Die Forschung zum Warpantrieb schreitet
124 voran, auch wenn die Öffentlichkeit kaum Notiz zu nehmen scheint.

125 **8. genetisch angepasste Pflanzen**

126 Genetisch angepasste Pflanzen sind notwendig um Nahrungsmittel auch in den
127 lebensfeindlichsten Orten (wenig Wasser, kaum Möglichkeiten zur Photosynthese)
128 zu produzieren. Was manch einer als unökologisch verdammen möge, ist in Wirklichkeit
129 schon längst der Fall. Kartoffeln (auch vom Biobauern) wie wir sie heute kennen, sind
130 ebenso wie Tomaten das Resultat langwieriger Zucht und Kreuzungen um Geschmack
131 oder Ertrag, oder einfach nur Aussehen der Pflanzen zu verändern. Heute sind die
132 Möglichkeiten im Bereich der Genetik größer und die Fortschritte sind beträchtlich.
133 Gentechnisch veränderte Pflanzen bedrohen heute teils unsere natürliche Vielfalt und
134 die Biodiversität als solches. Allerdings werden sie in Zukunft helfen, die
135 Versorgungssicherheit außerhalb der Erde sicherzustellen. Hierbei soll vor allem
136 mit Exobiolog*innen zusammen gearbeitet werden, die das Leben als solches an den uns
137 auf der Erde lebensfeindlichsten Orten erforschen.

138 **9. fortschrittliche Lasertechnologie**

139 Wer bei fortschrittlicher Lasertechnologie an Waffen denkt irrt sich. Tatsächlich ist
140 die Lasertechnologie bereits heute in den verschiedensten Bereichen maßgebend. Warum
141 eine Kolonie fortschrittliche Laser haben sollte, hat mehrere Gründe.

142 Als erstes kann Laser zum Abbau von Ressourcen auf einem fremden Planeten genutzt
143 werden. Ferner kann durch fortschrittliche Laser der Prozess des Terraformings
144 eingeleitet werden. Zudem können verschiedenste Bau- und Rohstoffe ohne
145 großen Aufwand mit einem Laser bearbeitet oder verarbeitet werden. Zuletzt wird der
146 Laser auch in der Medizin eine immer wichtigere Rolle spielen. Denn eine
147 Forschungskolonie im All muss zwangsläufig die beste medizinische Ausrüstung haben.

148 **10. Lasergestützte Kommunikation**

149 Lasergestützte Kommunikation durch Satelliten ist die Zukunft. So zumindest sieht
150 es die ESA und sie dürfte Recht behalten. Augenblickliche und präzise Kommunikation
151 oder Weitergabe von Daten wird so ermöglicht. Während Radiowellen eine gewisse Dauer
152 vollziehen müssen, kann durch lasergestützte Kommunikation jederzeit ein „Liveupdate“
153 erfolgen. Das macht diese Technologie unverzichtbar für Forschung im All.

154 **11. Quantencomputertechnologie**

155 Der Quantencomputer nutzt Gesetze der Quantenmechanik, der kleinsten uns bekannten
156 physikalischen Einheit. Das macht ihn zum zukünftigen Maß aller Dinge und könnte eine
157 Revolution in der Computertechnologie einleiten. Erste Ansätze zur Entwicklung eines
158 Quantencomputers existieren schon lange. In der Praxis scheinen die Erfolge eher
159 nebulos oder gering zu sein. Dennoch werden kontinuierlich Erfolge erzielt. Vor allem
160 die Privatwirtschaft zeigt Interesse an dieser Technologie. Tatsächlich relevant
161 dürfte sie jedoch für wissenschaftliches Arbeiten im All sein, da so innerhalb
162 kürzester Zeit alle möglichen Berechnungen zur Ermittlung eines Ergebnisses
163 abgeschlossen sein könnten. Diese unendliche Variablen nutzende Technologie wird das
164 bisherige Binärsystem zwangsläufig ersetzen und die Forschung überall massiv
165 vorantreiben.

166 **12. Schwarmrobotik**

167 Als letzte Schlüsseltechnologie muss die Schwarmrobotik entwickelt und
168 ausgeweitet werden. Durch das Prinzip vernetzter System die beispielsweise
169 verschiedene Drohnen steuern, kann in kürzester Zeit eine funktionierender Kreislauf
170 für Versorgung und Bau im All sichergestellt werden. Wichtige Rohstoffe können durch

- 171 Schwarmroboter viel einfacher erschlossen und verarbeitet werden. Die Forschung für
172 Schwarmrobotik existiert und sollte daher massiv gefördert werden. Insbesondere die
173 Bionik, die Ableitung von Technologie aus der Biologie, kann helfen große Mengen an
174 Robotern intelligent zu steuern und zu vernetzen.

Begründung

Die Raumfahrt ist Schlüssel für den Frieden, denn sie verlangt den grenzüberschreitenden Mut zusammen zu arbeiten und Vertrauen vor Skepsis walten zu lassen. Durch die Institutionalisierung der Raumfahrt auf internationaler Ebene kann die Menschheit einen Weg einschlagen, der das Überleben der Menschheit auf sehr lange Sicht sicherstellt. So weit so gut. Allerdings kann die Raumfahrt neben dem Frieden noch etwas anderes bewerkstelligen.

Durch die Raumfahrt werden Technologien „freigesetzt“, die zwangsläufig auch das Leben auf der Erde verändern werden. Durch die verschiedenen Schlüsseltechnologien wird die freie Forschung beflügelt. Verbliebene Orte der Unfreiheit werden so in einem Maße abgehängt, dass es sich nur noch zwangsläufig lohnt die Freiheit der Forschung zu garantieren. Mit dieser Freiheit und einer internationalen Sternenflotte, die unser Sonnensystem erforscht und besiedelt, wird es selbst der letzten Diktatur auf unserem Planeten nicht länger möglich sein zu bestehen. Zwangsläufig wird eine „Vereinte Föderation des Planeten Erde“ entstehen, und eine friedliche und demokratische planetare Vereinigung stattfinden. Dieses Ereignis wird die größte Stunde der Menschheitsgeschichte darstellen.

Als letztes wird die Raumfahrt durch die Forschung an Technologien und die Erforschung im All ein Zeitalter des Fortschritts einleiten, dass die Menschheit bis dato nicht kannte. Technologien werden unsere Lebenserwartung erhöhen, Hunger und Armut verdrängen und einen guten Lebensstandard für alle Menschen nachhaltig sichern. Allerdings wird dieses Ziel nur erreicht, wenn sich eben keine marktradikalen Interessen in der Raumfahrt durchsetzen, sondern suprastaatliche Interessen und Forschungsinteressen klar dominieren.

Die Uhr tickt bereits. Unternehmen wie SpaceX bedrohen die Raumfahrt und die Zukunft, indem sie die Erforschung von Schlüsseltechnologien kommerzialisieren und staatliche Raumfahrtbehörden in Abhängigkeit bringen.

Daher müssen wir eher früher als später handeln und bereit sein alle politischen Entscheidungen im Einklang mit den Zwecken und Schlüsseltechnologien treffen, so dass es in Zukunft nicht „Cyberpunk 2077“ sondern „to boldly go where no one has gone before“ das Fundament unserer Zukunft abbildet.

Antrag V05: Die Sache mit den Bienchen, den Blümchen und den Feldwegen

Antragsteller*in:	Jusos Hessen-Süd
Sachgebiet:	V - Verkehr & Infrastruktur

Die Versammlung möge beschließen:

1 Weiterleitung: SPD Bundesparteitag

2 Wir fordern:

- 3 • Einen Aus- und Weiterbau von Feld-, Rad- und Fußwege parallel zu allen
4 Landesstraßen.
- 5 • Das landesweites digitale Meldesystem „Mängelmelder“ für blockierte Straßen,
6 Angsträume etc. soll in Bezug auf Datenschutz und Anwender*innenfreundlichkeit
7 verbessert, ausgebaut, beworben und den Bürger*innen durch entsprechende Werbung
8 in den Städten und Gemeinden durch Informationsveranstaltungen des Landes,
9 Plakat- und Fassadenwerbung nähergebracht werden.
- 10 • Für ein besseres Problembewusstsein soll in jedem Landkreis exemplarisch an
11 mindestens einer Kommune durch einen Vergleich von Luftbild und
12 Liegenschaftskarten der Ist- mit dem Soll-Zustand von Wegen und Wegerändern
13 verglichen werden.
- 14 • Eine Bestandaufnahme binnen sechs Jahren über den Verlust von der befestigten
15 und unbefestigten Feld- und Waldwegen sowie Wegerändern für Städte und
16 Gemeinden. Und damit einhergehend eine Verpflichtung der Städte und Gemeinden in
17 Hessen, vor der Entwidmung von Feldwegen eine Genehmigung der unteren
18 Naturschutzbehörde einzuholen sowie einen Biotopwertausgleich vorzunehmen.
- 19 • Eine Musterpflegerichtlinie für Städte und Gemeinden für Feldwege und Wegeränder
20 sowie eine Aktualisierung der Muster-Feldwegesatzung für Städte und Gemeinden
21 durch den Hessischen Städte- und Gemeindebund.
- 22 • Eine Übersicht der Fördermittel von EU, Bund und Land für Feld- und Radwege soll
23 inklusive eines damit einhergehender Vorschlags zur Zuständigkeit für die Pflege
24 der Wege im Sinne der Biotopen-Struktur von den Ländern an die Verwaltungen der
25 Kreise, Städte und Gemeinden ausgegeben werden und für die Öffentlichkeit
26 einsehbar sein.
- 27 • Feldwege zurück in Öffentliche Hand: verpachtete und verkaufte Feldwege müssen
28 zurück in die Hand der Städte und Gemeinden.
- 29 • Eine Überarbeitung der Hessische Artenliste zur Anlage von
30 Blühflächen/Blühstreifen im Rahmen der Ökoregeln 1b und 1c (GVBl. Nr. 45 vom
31 30.12.2022) sowie eine Umsetzung der versprochenen Erhebung der Fördersätze für
32 die Ökoregel.
- 33 • Eine Förderung für Blühwiesen- und Streifen für Städte und Gemeinden sowie eine
34 umfassende Kampagne zur Bekämpfung von sogenannten Stein-Gärten, wie sie auch
35 von einigen hessischen Gemeinden vor deren Rat-und Bürgerhäusern bestehen.
36 Hierzu soll die Kampagne "Bienenfreundliches Hessen" aus 2021 zur Unterstützung

37 von Imkervereinen und Blühwiesen weitergeführt und ausgebaut werden.

38 Sie dienen der Bewirtschaftung von Feldern, Wiesen und Weiden, verbinden aber auch
39 oft kleinere Ortschaften und Gemeinden für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen:
40 befestigte Feldwege. Dabei hat dieses Wegenetz noch viel mehr zu bieten: Feldwege
41 haben eine enorme Bedeutung für die biologische Vielfalt der Feldflur.

42 Zahlreiche Tier- und Pflanzenarten sind stark an das Offenland angepasst und können
43 weder Städte oder Dörfer, noch die Waldgebiete bewohnen. Aber: Acker und Grünland
44 bieten heute nur sehr wenigen Pflanzen und Tieren einen Lebensraum. Durch häufige
45 Bearbeitung, Schnitt, Dünger und Pflanzenschutzmittel haben wilde Arten kaum mehr
46 eine Chance; Ackerwildkräuter wie der Frauenspiegel kämpfen um ihr Überleben.

47 Blütenreiche Wiesen, die nur zweimal im Jahr gemäht werden, sind selten geworden –
48 kaum eine hohe Glatthaferwiese wiegt sich noch im Wind. Entsprechend dramatisch ist
49 der Rückgang der Insekten und aller Tiere, die auf diese Nahrungsgrundlage angewiesen
50 sind oder die Schutz im hohen Gras finden.

51 So sind die Feldwege, Gräben und Wegränder über weite Flächen die letzten
52 verbliebenen linearen Vernetzungselemente im Biotopverbundsystem und Rückzugsgebiete
53 für Wildpflanzen und Tiere. Es ist dringend geboten, einen Umgang mit den Feldwegen
54 zu finden, die den Bedürfnissen der Landwirte mit den heutigen großen Maschinen
55 Rechnung trägt und gleichzeitig den bedrohten Pflanzen und Tieren ihre Heimat erhält.

56 Zugleich sind Feldwege im ländlichen Raum für die Mobilität ohne KFZ elementarer
57 Bestandteil. Je besser die Feld- und Verbindungswege zwischen Gemeinden sind, desto
58 eher steigen Bürger*innen vom Auto auf das Fahrrad, auf Rollerskates oder E-Roller
59 um. Liegt ein Baum auf einem Weg, ist de*r Passierenden oft nicht klar, welche
60 Gemeinde oder Stadt für den Weg und die Stelle zuständig ist. Die Wege werden dann
61 oft nicht geräumt oder von Privatleuten wieder frei gemacht, die jedoch weder
62 Genehmigungen, noch Know-How im Umgang mit Astbruch haben. Selbiges gilt für
63 Schlaglöcher oder anderweitige Schäden am Feldweg.

64 Viele Kommunen haben Feldwegesatzungen, die bereits 40 Jahre alt ist und weder den
65 modernen landwirtschaftlichen Bedürfnissen noch den Erkenntnissen des Naturschutzes
66 Rechnung tragen. Hinzu kommt, dass insbesondere viele asphaltierte Feldwege
67 zweitklassig behandelt werden und nach den vergangenen Jahren durch Frost- und
68 Hitzephasen. Unbefestigte Feldwege verschwinden immer mehr, werden durch die
69 landwirtschaftliche Nutzung aufgebrochen oder zerstört, nicht aber wieder in ihren
70 Ursprungszustand zurückversetzt.

71 Für Landwirt*innen ist die Wiederherstellung von Feldwegen mit hohen Kosten
72 verbunden, die insbesondere Kleinstbetriebe oft nicht zu leisten im Stande sind.
73 Wären die Wege wieder in öffentlicher Hand, so könnten sich Städte und Gemeinden das
74 ganze Jahr über um eine Instandhaltung kümmern. Landwirtschaftliche Betriebe
75 behielten die Nutzungsrechte, ihnen würde aber die Verpflichtung zur Pflege der Wege
76 und die damit verbundenen Kosten aus der Hand genommen.

77 Ein verbindendes Element von Landwirtschaft, Fahrradwegen und Wegerändern sind die
78 Blühwiesen und Blühstreifen.

79 Die Landwirt*innen sind unter anderem verpflichtet, 4 % ihrer Ackerflächen brach
80 fallen zu lassen und eine Selbstbegrünung zuzulassen oder selbst eine gezielte
81 Begrünung anzulegen. Auf freiwilliger Basis kann im Rahmen der Ökoregelungen der

82 Anteil an Bracheflächen auf bis zu 10 % der betrieblichen Ackerfläche erweitert
83 werden, eine gezielte Begrünung dieser Flächen wird zusätzlich gefördert. Leider ist
84 hierfür die bewährte BV-Mischung aufgrund der Hessischen Vorgaben nicht zugelassen.
85 Die Hessische Artenliste zur Anlage der Ökoregel-Blühflächen enthält zudem Arten, die
86 zwar für Bienen, insbesondere Wildbienen, attraktiv sind, von den Landwirt*innen aber
87 nicht gerne ausgesät werden, da diese durchaus „Unkrautpotential“ haben (z.B.
88 Ehrenpreis, Taubnessel). Weshalb Hessen die umfangreiche Artenliste der
89 Bundesverordnung so radikal zusammengestrichen hat, ist nicht nachvollziehbar. Die
90 bewährte Praxis der Anlage einjähriger Blühflächen ist dadurch auf marginale und
91 lediglich öffentlichkeitswirksame schmale Streifen am Feldrand eingeschränkt worden.
92 Zudem gibt es bisher nur wenige geeignete Saatgutmischungen, z.B. viterra® BIENE ECO
93 2.1 für zweijährige Blühflächen im Rahmen der Ökoregel 1b, sodass diese Möglichkeit
94 bisher kaum genutzt wurde.

95 Auch Städte und Gemeinden in Hessen können ihren Teil beitragen und in Artenvielfalt
96 investieren. So hat der Main-Kinzig-Kreis mit "Main.Kinzig.Blüht.Netz" ein Projekt
97 zur Biodiversität angestoßen, mit dem 500 Flächen in insektenfreundlichen Lebensraum
98 umgewandelt werden. Im Frankfurter Stadtteil Preungesheim wurden aus steinernen
99 Verkehrsinsel blühende Insektenoasen, in Königstein im Taunus hat sich die sonst
100 piekfein gemähte Wiese am Kurbad in eine mustergültige Blühfläche mit wild wachsenden
101 Sträuchern verwandelt. Die Projekte zeigen, dass mit wenig finanziellem Aufwand viele
102 Mini-Biotop in Städten geschaffen werden können und die Orte noch lebenswerter macht
103 als sowieso schon.

104 Feldwege fördern alternative grüne Mobilität, die daran angrenzen Blühstreifen,-
105 flächen und -wiesen fördern die Artenvielfalt, also fördern wir mit wenigen Mitteln
106 an den richtigen Stellen.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Antrag W01: Dieselprivileg abschaffen

Antragsteller*in:	AG Jusos Baden-Württemberg
Sachgebiet:	W - Wirtschaft, Finanzmärkte, Steuern & Kapitalismuskritik

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Zur Weiterleitung an: SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion
- 2 Um die Klimaziele und das 1,5 Grad Ziel zu erreichen, gilt es Privilegien zu
- 3 hinterfragen und umweltschädliche Subventionen abzuschaffen. Dazu gehören vor allem
- 4 die Subventionen auf Diesel.
- 5 Das Fahren von Dieselfahrzeugen bringt beim Tanken rund 18 Cent Steuervorteil pro
- 6 Liter ein. Ursprünglich wurde das Dieselprivileg in Deutschland eingeführt, um den
- 7 gewerblichen Lkw-Verkehr und Nutzfahrzeuge aus einheimischer Produktion gegenüber
- 8 ausländischer Konkurrenz zu begünstigen. Erst in den 1980er-Jahren wurde diese
- 9 Vergünstigung auch auf Pkw ausgedehnt, was später zu einem regelrechten Diesel-Boom
- 10 führte.
- 11 Wir fordern das Ende des Dieselprivilegs. Es muss eine steuerliche Angleichung der
- 12 Steuern auf Diesel und Benzin geben, um eine gerechte Besteuerung von
- 13 klimaschädlichen Kraftstoffen zu erreichen.

Begründung

Bis 2030 muss die Bundesregierung ihre Treibhausgas-Emissionen gegenüber 1990 um mindestens 65 % senken. Aktuell sehen wir Bestrebungen in dieser Bundesregierung diese Ziele nicht zu erreichen. Damit wir dieses Ziel erreichen können braucht es eine nationale Kraftanstrengung, wo auf verschiedenen Ebenen und in verschiedenen Sektoren CO2 eingespart wird. Leider ist der Verkehrssektor eine der größten Bremser. Seit Jahren werden die Ziele verfehlt. So müssen jetzt auch für die Bevölkerung schwierige Einschnitte in den Fokus genommen werden. Dabei gilt es den ölbetriebenen Individualverkehr unattraktiver zu machen und den öffentlichen Nahverkehr zu stärken.

Antrag W02: Mehrbelastung durch steigenden CO2-Preis mit Mobilitätsgeld auffangen

Antragsteller*in:	AG Jusos Baden-Württemberg
Sachgebiet:	W - Wirtschaft, Finanzmärkte, Steuern & Kapitalismuskritik

Die Versammlung möge beschließen:

1 Zur Weiterleitung an: Juso-Bundeskongress, Landesparteitag der SPD Baden-Württemberg,
2 SPD-Bundesparteitag, SPD-Bundestagsfraktion

3 Wir fordern die Abschaffung der Entfernungspauschale (§ 8 Abs. 1 S. 3 Nr. 4
4 Einkommensteuergesetz; auch Pendlerpauschale genannt). Stattdessen soll die
5 steuerliche Geltendmachung über ein Mobilitätsgeld erfolgen. Dieses wird unabhängig
6 von der Höhe des Einkommens vom Steuerbetrag abgezogen. Menschen, die keine
7 Einkommensteuer zahlen oder zu wenig, um ihr volles Mobilitätsgeld zu erhalten,
8 bekommen die Summe direkt ausgezahlt, wie es auch bei der aktuell gültigen
9 Mobilitätsprämie, die ebenfalls durch das Mobilitätsgeld ersetzt wird, der Fall ist.

10 Das Mobilitätsgeld pro Pendeltag soll 14 Cent pro Kilometer betragen, die zwischen
11 der Wohnung der arbeitenden Person und ihrer Arbeitsstätte liegen. Bsp.: 0,14 € x 20
12 (km Distanz) x 220 (Pendeltage im betreffenden Jahr) = 616 € Mobilitätsgeld für das
13 betreffende Jahr. Im Übrigen werden die Regelungen des § 8 Abs. 1 S. 3 Nr. 4 EStG
14 sinngemäß übernommen (Berechnung der Distanz zur Arbeitsstätte; keine
15 Abzugsmöglichkeit bei Flugreisen).

16 Zudem fordern wir einen Mechanismus, der die Mehrbelastung durch den steigenden CO2-
17 Preis, ausgleicht. Hierfür steigt das Mobilitätsgeld um einen Cent pro 10 € die der
18 CO2-Preis ausgehend von 30 € im Jahr 2023 steigt. Bsp.: CO2-Preis 2024: 40 € ->
19 Steigerung um 10 € -> Mobilitätsgeld steigt von 14 Cent auf 15 Cent.

20 Die Abzugsmöglichkeit für Aufwendungen für die Nutzung von öffentlichen
21 Verkehrsmitteln, die mehr Ersparnis als das Mobilitätsgeld erzeugt, und die
22 Abzugsmöglichkeit für Menschen mit Behinderung gemäß § 8 Abs. 2 EStG sollen bestehen
23 bleiben.

Begründung

Die Entfernungspauschale steht seit langem in der Kritik.

Zum einen aus ökologischer und Effizienzperspektive, weil sie einen Anreiz darstelle, nicht näher zum Arbeitsplatz zu ziehen. In der Tat mildert die Entfernungspauschale und die Nachteile einer großen Pendelstrecke finanziell ab und das wird auch das Mobilitätsgeld tun. Allerdings verbleibt ein erheblicher Anreiz möglichst nahe am Arbeitsplatz zu leben, da die verlorene Zeit und ggf. der Stress nicht kompensiert werden und die unmittelbaren Kosten auch nicht immer vollständig. Zudem kann angesichts der oft zentral in Metropolen gelegenen Arbeitsplätzen und den extrem hohen Mieten in zentralen Lagen von den Menschen – insbesondere nicht von Familien – nicht verlangt werden, in den unmittelbaren Umkreis der Arbeitsstätte (beider Eltern!) zu ziehen. Auch Homeoffice ist nicht in jedem Beruf möglich.

Zum anderen gibt es Kritik, weil sie unsozial sei. In der Tat profitieren Menschen wegen des progressiven Steuertarifs mit höheren Einnahmen idR. mehr als Menschen mit niedrigeren Einnahmen (Menschen mit Einnahmen von ca. 13 000 € mit 4,2 Cent pro Kilometer; bei Einnahmen von ca. 80 000 € aufwärts mit ca.

13-14 Cent). Diese Rechnung ist allerdings mit Vorsicht zu genießen, da beim Abzug von den beruflich veranlassten Aufwendungen (wie es der Weg zur Arbeit ist) erst ermittelt wird, wie viel Einkommen der Person zur Verfügung stehen; eine Person mit hohen Einnahmen, aber auch hohen Ausgaben, ist eben nicht besonders wohlhabend. Hinzu kommt, dass der Staat grds. kein Interesse daran hat, alle beruflich veranlassten Ausgaben der Menschen voll zu kompensieren.

Das Thema hat sich aber im Wesentlichen dadurch erledigt, dass der Staat ein Interesse daran hat, die Mehrbelastungen für pendelnde Personen durch den steigenden CO₂-Preis (voll) zu kompensieren. Wie oben gezeigt, ist Pendeln für viele Menschen unumgänglich, wegen der ÖPNV- Politik steht in vielen Regionen keine adäquate Alternative zum Auto zu Verfügung. Wichtig ist an dieser Stelle nochmal zu betonen, dass sowohl die Entfernungspauschale, als auch das von uns geforderte Mobilitätsgeld UNABHÄNGIG VOM GEWÄHLTEN VERKEHRSMITTEL ist. Es bleibt also der Anreiz bestehen, kostengünstig mit dem Fahrrad oder Deutschland-Ticket zu fahren.

Die Entfernungspauschale ist nicht geeignet, die Mehrbelastungen für pendelnde Personen durch den steigenden CO₂-Preis zu kompensieren, da diese hauptsächlich Besserverdienenden zugutekommt (s.o.). Hinzu kommt – ganz wichtig – dass die Entfernungspauschale vom „Arbeitnehmer-Pauschbetrag“ iHv. 1 230 € erfasst wird (§ 9a S. 1 Nr. 1 a) EStG). Das bedeutet, dass die Entfernungspauschale von Arbeitnehmer*innen nur geltend gemacht werden kann, wenn die beruflich bedingten Ausgaben insgesamt 1 230 € überschreiten, ansonsten wird jener Betrag (1 230 €) pauschal von den Einnahmen abgezogen. So haben die Entfernungspauschale im Jahr 2018 nur 13,7 Millionen Arbeitnehmer*innen genutzt.^[1] Eine Erhöhung der Entfernungspauschale kann damit die Mehrbelastungen nicht ausgleichen, sondern verschärft die soziale Ungleichheit und gefährdet vor allem die Akzeptanz für den Klimaschutz!

Angesichts der geplanten begrüßenswerten deutlichen Erhöhung des CO₂-Preises schon für 2024 besteht der dringende (!) Bedarf eines Mobilitätsgeldes, dass für alle Menschen unabhängig vom Einkommen gleichermaßen wirkt und nicht vom sog. Arbeitnehmer-Pauschbetrag erfasst wird und das synchron mit dem CO₂-Preis steigt. Die Höhe von 14 Cent stellt sicher, dass niemand schlechter gestellt wird als bisher und die Erhöhung von einem Cent pro 10 € CO₂-Preis soll die Mehrkosten beim Pendeln mit einem sparsamen Benzinauto abbilden und erhält gleichzeitig den Anreiz mit dem günstigeren und klimafreundlicheren Rad oder Deutschland-Ticket zu fahren.

Ohne finanzielle Ausgleichsmaßnahmen für Mehrbelastungen durch Klimaschutz für alle wird der Erfolg des Klimaschutzes massiv gefährdet und die Sozialdemokratische Partei kommt ihrem Kernauftrag nicht nach.

^[1]https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/08/PD22_N050_73111.html (10.08.2023)

Antrag W03: Abschaffung der Umsatzsteuer auf Grundnahrungsmittel

Antragsteller*in:	AG Jusos Baden-Württemberg
Sachgebiet:	W - Wirtschaft, Finanzmärkte, Steuern & Kapitalismuskritik

Die Versammlung möge beschließen:

1 *Zur Weiterleitung an BuKo, Bundesparteitag*

2 **Wir Jusos fordern:**

3 Die Umsatzsteuer ist eine regressive und inhärent unsoziale Steuer. Sie belastet
4 unverhältnismäßig stark geringere Einkommen, da diese den Großteil ihres Einkommens
5 für den täglichen Bedarf verkonsumieren müssen. Am Bundeskongress 2021 haben wir
6 Jusos beschlossen, die Umsatzsteuer perspektivisch komplett abschaffen zu wollen.
7 Aufgrund der Herausforderungen durch den Preisschock infolge des nach wie vor
8 wütenden Kriegs in der Ukraine, sehen wir über diesen Beschluss hinaus jedoch
9 sofortigen Handlungsbedarf: Wir fordern daher die sofortige Abschaffung der
10 Umsatzsteuer auf Grundnahrungsmittel.
11 Außerdem soll sichergestellt werden, dass eine gleichwertige Preissenkung seitens der
12 Lebensmittelhändler:innen an die Konsument:innen weitergegeben wird.

Begründung

Erfolg mündlich.

Antrag W04: Steuerschlupfloch schließen – Verschonungsbedarfsprüfung abschaffen

Antragsteller*in:	JUSO Vorstand SPD-Landesverband Saar
Sachgebiet:	W - Wirtschaft, Finanzmärkte, Steuern & Kapitalismuskritik

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Die Verschonungsbedarfsprüfung legt fest, dass im Falle einer Schenkung oder eines
- 2 Erbes die beschenkte Person von der Schenkungs- / Erbschaftssteuer verschont bleibt,
- 3 wenn sie zum Zeitpunkt der Übertragung keinerlei Vermögen besitzt. Das klingt erstmal
- 4 recht harmlos.
- 5 Hier ein Beispiel dafür, was die Verschonungsbedarfsprüfung in der Realität für
- 6 Konsequenzen hat:
- 7 Die reichste Frau Deutschlands ist die BMW-Erbin Susanne Klatten. Ihr Vermögen
- 8 beläuft sich laut Forbes auf ca. 22,5 Milliarden €. Ihr gehörte unter anderem die
- 9 Skion GmbH mit einem Eigenkapital von 4,5 Milliarden €. Kürzlich hat sie für jedes
- 10 ihrer 3 Kinder eine neue Firma (Skion Primus, Skion Secundus, Skion Tertia) gegründet
- 11 und sie zu Gesellschafter*innen gemacht. Dieser Prozess ist einer Schenkung bzw.
- 12 einem Erbe gleichzusetzen und somit fallen pro Kind mindestens 450 Millionen € an,
- 13 insgesamt also ca. 1,35 Milliarden €. Hier kommt die Verschonungsbedarfsprüfung ins
- 14 Spiel. Alle 3 Kinder konnten ihren Besitz irgendwo parken und verfügten damit zum
- 15 Übertragungstichtag über keinerlei Vermögen. Die Konsequenz daraus: Statt jeweils
- 16 450 Millionen €, zahlen Susanne Klattens Kinder: Nichts. Nada. Niente.
- 17 Da in Deutschland kein Vermögensregister existiert ist vollkommen unklar, wieviel
- 18 Geld dem Staat pro Jahr durch diese Ausnahmeregelung verloren geht. Der Fall Klatten
- 19 ist nur bekannt, weil die Familie in der Öffentlichkeit steht. Und bereits hier
- 20 scheinen dem Staat über eine Milliarden Euro durch die Lappen gegangen zu sein.
- 21 Deswegen fordern wir die restlose Streichung des §28a ErbStH. Die
- 22 Verschonungsbedarfsprüfung ist ein zutiefst unsolidarisches und unsoziales Gesetz,
- 23 weil es nicht nur die leistungslose Vermögensübertragung begünstigt, sondern auch der
- 24 Allgemeinheit, die am Aufbau des Vermögens beteiligt war, keinerlei Anteil zugesteht.

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag W05: Wir Jusos – Selbstverortung der Jusos

Antragsteller*in:	Jusos Bayern
Sachgebiet:	W - Wirtschaft, Finanzmärkte, Steuern & Kapitalismuskritik

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Wir Jusos sind wie alle politischen Organisationen immer wieder aufgefordert, unsere
- 2 Strategien und handlungsleitenden Gedanken neu festzulegen. Unterschiedliche Zeiten
- 3 werfen unterschiedliche Fragen auf und bringen andere Herausforderungen mit sich.
- 4 Mit dem vorliegenden Programm wollen wir deshalb eine erneuerte Selbstverortung
- 5 vornehmen. Es soll für uns und unsere Untergliederungen für die nächsten Jahre
- 6 handlungsweisend sein und sich damit beispielsweise auf unsere Arbeitsprogramme und
- 7 die konkreten Projekte, die wir umsetzen, auswirken.
- 8 Dabei wird ein Programm, dessen Anspruch es ist, kurz und knapp zu sein, niemals alle
- 9 Fragen und Konflikte adressieren können. Wir wollen uns positionieren zu den Fragen,
- 10 die wir derzeit als kritisch wahrnehmen.
- 11 Wir Jusos sind ein eigenständiger politischer Richtungsverband. Wir Jusos stehen zur
- 12 Vision des demokratischen Sozialismus als Wirtschafts- und vor allem als
- 13 Gesellschaftsform.
- 14 Wir Jusos stellen die Auseinandersetzung um materielle Fragen für eine von allen
- 15 gemeinsam erkämpfte Zukunft in den Fokus unserer Arbeit, unser Sozialismus ist immer
- 16 zuerst materialistisch. Materialismus bedeutet für uns, Fragen der Verteilung von
- 17 Macht und Ressourcen ins Zentrum zu stellen und politische Fragen zunächst immer vor
- 18 dem Hintergrund der Produktionsverhältnisse zu betrachten. Unser Ziel ist die
- 19 Überwindung des Kapitalismus als Basis für einen demokratischen Sozialismus der
- 20 Freien und Gleichen.
- 21 Wir erarbeiten und vertreten unsere Positionen in kritischer Solidarität zur
- 22 Sozialdemokratie in und Deutschland. Unsere Positionen leiten wir stets aus unserer
- 23 Utopie ab. Wir tragen sie in unseren Verband, in die SPD und nach außen. Unser Ziel
- 24 ist es, die Menschen im Dialog von unseren Ideen zu überzeugen und den Diskurs in der
- 25 Gesellschaft zu verschieben.
- 26 Wir Jusos sehen den Weg zum Sozialismus nicht geradlinig. Es wird immer Fort- und
- 27 Rückschritte geben. Es gibt nicht ein Patentrezept, sondern vielmehr unterschiedliche
- 28 Herangehensweisen, die alle für sich genommen nicht ausreichend sind, sondern
- 29 ineinandergreifen müssen, um gemeinsam Kraft zu entwickeln. Wir Jusos ringen sowohl um
- 30 unsere theoretische Grundlage und Analyse, als auch um unsere langfristige Vision
- 31 sowie tagesaktuelle und kurzfristige politische Ziele. Wir Jusos sehen uns als
- 32 Reformsozialist*innen. Wir glauben, dass Veränderungen hin zu einer sozialistischen
- 33 Gesellschaft durch parlamentarische Prozesse erkämpft werden können und erkämpft
- 34 werden müssen. Gleichzeitig ist uns bewusst, dass Veränderungen auch in und durch die
- 35 Gesellschaft notwendig sind. Die Gesellschaft hat die Macht, politische Themen in den
- 36 Fokus zu rücken und ihren Parlamentarier*innen politische Schwerpunkte mitzugeben.
- 37 Daraus leitet sich für uns die Doppelstrategie ab.
- 38 Wir Jusos sehen den Staat sowohl als Mittel zur Durchsetzung unserer politischen

39 Ziele als auch in seiner aktuellen Form als stabilisierendes Element des
40 Kapitalismus. Das bedeutet, dass wir innerhalb des Staates Reformen erwirken wollen
41 und ihn gleichzeitig als Schutzmechanismus für kapitalistische Interessen kritisch
42 sehen. Dieser Dualismus ist seit vielen Jahren Bestandteil linker Theorie und
43 Bildungsarbeit, weshalb wir auf eine umfangreichere Ausführung hier verzichten. Diese
44 Staatskritik wird aber an dieser Stelle trotzdem erwähnt, weil sie die theoretische
45 Grundlage für unsere Doppelstrategie und damit zentral für die Debatte über die
46 Erreichung unserer gesellschaftlichen Vision ist.

47 Wir Jusos sehen unsere Aufgabe nicht nur in parlamentarischen Prozessen und
48 staatlichen Institutionen sowie daraus abgeleitet den Parteigremien, sondern auch auf
49 der Straße und im direkten Kontakt mit den Menschen.

50 Wir Jusos sind in beide Richtungen – trotz enger Zusammenarbeit und Verbundenheit –
51 eigenständig. Wir sind weder die „Werbeagentur“ der SPD in den sozialen Bewegungen
52 und auf der Straße noch die „Lobbyorganisation“ ebendieser sozialen Bewegungen:
53 unsere Aufgabe liegt nicht darin, Anliegen der Bewegungen zu sammeln und in Anträge
54 zu überführen. Vielmehr wollen wir Anknüpfungspunkte finden, um andere in ihrer
55 jeweiligen Lebensrealität und in ihrem politischen Engagement vom demokratischen
56 Sozialismus zu überzeugen.

57 **Wir Jusos und Linke Bewegungen**

58 Wir Jusos betrachten uns als entscheidender Antreiber politischer Bündnisse links der
59 Mitte und wollen diese Rolle wieder stärker wahrnehmen. Unser Engagement erstreckt
60 sich über verschiedene Themenfelder, entscheidend bleibt aber das Ziel des
61 demokratischen Sozialismus. Dabei spielen antifaschistische Werte eine zentrale Rolle
62 für uns. Wir wollen uns gemeinsam mit anderen - vordergründig mit unseren engen
63 Bündnispartner*innen - aktiv gegen jede Form von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und
64 rechter Gewalt einsetzen. Auch in anderen demokratischen Bündnissen beteiligen wir
65 uns, wenn wir dort neue Verbündete finden und für linke Positionen in der Breite der
66 Gesellschaft werben können.

67 Wir Jusos möchten damit auch etwas dagegen tun, dass wir uns möglicherweise in Echo-
68 Kammern bewegen, in denen unsere Ideen und Ansichten nur unter Gleichgesinnten
69 verstärkt werden, anstatt sie durch weitere Perspektiven zu schärfen und zu
70 verbessern. Deshalb ist es wichtig, eigene Multiplikator*innen zu haben, die unsere
71 Botschaften durch verschiedene Kanäle und Plattformen über unsere bestehende
72 Zielgruppe hinaus verbreiten. Auch als eigenständiger linker Richtungsverband sind
73 wir der Überzeugung, dass es entscheidend ist, den politischen Diskurs gemeinsam zu
74 verändern. Durch Zusammenarbeit und Solidarität können wir unsere Stimme stärken und
75 wirkungsvoller für progressive Veränderungen eintreten.

76 Wir Jusos verfolgen in Bündnissen nicht das Ziel, ein größeres Stück vom linken
77 Kuchen abzubekommen. Das oberste Ziel unserer Beteiligung in Bündnissen und unseres
78 Engagements auf der Straße und in Bewegungen ist es, dazu beizutragen, dass der linke
79 Kuchen größer wird. Wir wollen in der Gesellschaft – insbesondere bei jungen Menschen
80 – Klassenbewusstsein schaffen. Die Leute müssen nicht sofort mit roten Fahnen durch
81 die Straßen ziehen, aber erste Schritte sind auch Ausdrücke von Solidarität mit
82 Streikenden oder ein Bewusstsein für gemeinsame Kämpfe um Klimagerechtigkeit und
83 Verteilungsgerechtigkeit.

84 Wir Jusos erkennen an, dass die Willensbildung innerhalb linker Bewegungen und in
85 unserem Verband ein dynamischer Prozess ist. Es ist wichtig, dass alle Mitglieder die
86 Möglichkeit haben, ihre Meinungen und Ideen einzubringen und dass diese dann
87 gemeinsam diskutiert und entschieden werden. Für die Beachtung der vielfältigen
88 Perspektiven muss es unser Ziel sein, dass auch Mitglieder verschiedener linker und
89 befreundeter Bewegungen sich an Debatten in unserem Verband beteiligen.

90 **Wir Jusos und die Gewerkschaften**

91 Wir Jusos sehen uns Teil der Arbeiter*innenbewegung und besonders der
92 Arbeiter*innenjugend und haben deshalb eine historisch gewachsene Nähe zu den
93 Gewerkschaften und besonders der Gewerkschaftsjugend.

94 Wir Jusos blicken auf Gewerkschaften in ihren unterschiedlichen Rollen. Wir
95 unterscheiden sie in ihrer Rolle als Sozialpartner*in und in ihrer Rolle als
96 Organisationsort der Interessen der Arbeiter*innen. Durch die Einbettung ersterer in
97 die Zwänge des kapitalistischen Systems können sich die Arbeiter*innen nicht mehr
98 darauf verlassen, dass sich durch Kompromisslösungen in der Tarifpartner*innenschaft,
99 im Modus der Austragungsweise kapitalistischer Gegensätze, ihre Lebensverhältnisse
100 verbessern. Gleichzeitig führt eine zunehmend individualisierte Gesellschaft zu einer
101 Entpolitisierung der Arbeitsverhältnisse und bedingt damit schwindende
102 Organisationsgrade und einen Mangel an Durchsetzungskraft.

103 Wir Jusos erkennen, dass sich die unterschiedlichen progressiven Akteur*innen in der
104 Arbeiter*innenbewegung zukünftig wieder stärker aufeinander beziehen müssen, statt
105 ihre Unterschiede vor sich her zu tragen. Da uns eine organisierte Basis in der
106 Partei und in der Bevölkerung fehlt, orientieren wir uns an der Praxis sozialer
107 Bewegungen, um für linke Politik zu mobilisieren und Arbeiter*innen zu organisieren.

108 Dabei spielen Gewerkschaften eine große Rolle, weil sie in den Betrieben vor Ort
109 präsent sind und damit auch die Lebensrealität junger Arbeiter*innen gut kennen. Wir
110 Jusos erkennen an, dass ohne die Verankerung der arbeitenden Bevölkerung in der SPD
111 der Druck von unten verschwindet, sozialdemokratische, sozialistische Politik zu
112 machen und damit auch bei Wahlen erfolgreich zu sein. Gleichzeitig verlieren die
113 Gewerkschaften an Mitgliedern. Durch politische Organisationshilfe werden diese und
114 damit ihre Verhandlungsmacht wieder stärker. Die Sozialdemokratie verlor an Einfluss,
115 als die Gewerkschaften schwächer wurden.

116 Wir Jusos sehen den Zusammenhang und die daraus resultierende notwendige Kooperation
117 zwischen uns und den Gewerkschaftsjugenden bzw. der SPD und den Gewerkschaften.
118 Starke Gewerkschaften und eine starke Linke sind die Grundlage dafür, dass die
119 Sozialdemokratie wieder an Bedeutung gewinnt.

120 Wir Jusos unterstützen die Gewerkschaften nicht nur durch Aufrufe, Mitglied zu
121 werden, und Selfies mit Mitgliedsausweisen sondern vor allem, indem wir die
122 gesetzlichen Rahmenbedingungen in Richtung Demokratisierung aller Lebensbereiche
123 ausdehnen wollen. Hierzu zählen wirtschaftsdemokratische Ziele genauso wie das
124 politische Streikrecht.

125 **Wir Jusos und die SPD**

126 Wir Jusos sehen die Sozialdemokratie und damit vor allem die Sozialdemokratische

127 Partei Deutschlands als Verbündete im Kampf für den Sozialismus. Dass unsere Utopie
128 nicht in der Breite der SPD getragen wird, steht dazu nicht im Widerspruch: Innerhalb
129 des Parteienspektrums ist die SPD für uns die beste Option, da sie unseren
130 Standpunkten am nächsten kommt und am ehesten in dieselbe Richtung geht.

131 Da wir als einen Teil der Doppelstrategie Veränderungen in parlamentarischen
132 Prozessen anstreben, macht es Sinn, auf die SPD einzuwirken und sie durch
133 solidarische Kritik und Initiativen immer wieder auf den richtigen Kurs zu führen.
134 Wir erkennen an, dass die SPD stärker als wir Zwängen ausgesetzt sind, die es in
135 vielen Punkten schwerer machen, an der Durchsetzung sozialistischer Ziele zu
136 arbeiten.

137 Wir Jusos gewichten unsere Arbeit für den demokratischen Sozialismus höher als zur
138 Wählbarkeit der SPD beizutragen, die vermeintlich durch Geschlossenheit der Partei
139 und Zurückhaltung in der Radikalität unserer Forderungen entsteht.

140 **Wir Jusos in Verantwortung in Partei und Parlament**

141 Wir Jusos haben über viele Generationen hinweg den Marsch durch die Institutionen in
142 Partei und Parlamenten als konkreten Weg zur Erreichung unserer Ziele gesehen. Daraus
143 entstand in der Vergangenheit der heute vielfach genutzte Leitgedanke "Jusos in die
144 SPD und Jusos in die Parlamente". Doch aktuell sehen wir, dass die pure Anwesenheit
145 von Jusos in Vorständen und Fraktionen nicht mit einer direkten Verbesserung der
146 Regierungspolitik oder gesteigertem Einfluss für unsere Positionen einhergeht. Das
147 hat zwei Gründe: Einerseits unterliegen auch explizit sozialistisch sozialisierte
148 Abgeordnete und Gremienmitglieder den Zwängen des Kapitalismus. Und zweitens fehlt
149 uns eine gesamtverbandliche Strategie, wie wir konkret mit denen umgehen, die aus
150 unseren Reihen mehr Verantwortung übernehmen.

151 Wir Jusos beobachten, dass der starke Fokus auf die Verantwortungsübernahme von Jusos
152 in Partei und Fraktionen auch eine Schwächung des Verbandes insbesondere auf
153 Bundesebene zur Folge hatte. Deshalb kann diese Strategie immer nur eine neben
154 anderen sein und die Ressourcen, die wir insbesondere in der Breite des Verbandes auf
155 die Verantwortungsübernahme aufwenden, müssen sehr kritisch abgewogen werden. Wir
156 wollen unsere Bildungsarbeit und unsere Utopiefähigkeit sowie unsere
157 Grundsätzlichkeit behalten und diese nicht durch den parlamentarischen Betrieb und
158 Sachzwänge verlieren, außerdem sind wir nicht die Mandatsträger*innenschmiede der
159 SPD. Dennoch sehen wir Potential in progressiven Kandidaturen und Mandaten. Diese
160 dienen als Projektionsfläche, schaffen Aufmerksamkeit für unsere Inhalte nach außen
161 und erlangen Ressourcen und Zugänge für die Bewegung. Deshalb werden wir auch
162 weiterhin Jusos und generell überzeugte linke Personen unterstützen, die für Mandate
163 kandidieren.

164 Wir Jusos wollen auf allen Ebenen, von der Kommune bis nach Europa, am demokratischen
165 Sozialismus arbeiten. Auch die Kommunalpolitik bietet Potential für
166 jungsozialistische Perspektiven. Deshalb wollen wir potentielle Kandidat*innen
167 empowern, aber sie auch gleichzeitig weiterbilden und vernetzen, um das meiste aus
168 der Kommunalpolitik rauszuholen.

169 Wir Jusos sind uns bewusst, dass die Jusos, die im Bundestag oder in den Landtagen
170 sitzen, Teil der SPD-Fraktionen sind und den damit einhergehenden Zwängen

171 unterliegen. Dem freien Mandat des*r Abgeordneten steht die Fraktionsdisziplin
172 entgegen, ohne die keine Koalitionsregierung bestehen kann und die oft zum
173 Fraktionszwang werden kann. Dennoch besitzen Abgeordnete die Möglichkeit, auf
174 Debatten Einfluss zu nehmen und haben Zugang zu Ressourcen und Diskussionsräumen
175 innerhalb der Partei.

176 Wir Jusos unterstützen diejenigen von uns – auch über die Grenzen der Jusos hinaus –
177 die Verantwortung übernehmen. Wir melden ihnen – auch regelmäßig und
178 institutionalisiert – Perspektiven aus dem Verband zurück. Wir halten ihnen auch an
179 der Stelle in der Partei den Rücken frei, wo sie sich im Sinne unserer Grundwerte
180 organisieren und die Meinungsbildung in den Fraktionen und Vorständen auch gegen den
181 Mainstream dort beeinflussen. Wir fordern sie dazu auf, diese Debattenräume zu
182 nutzen. Es kann an einzelnen Punkten, die unseren Grundwerten fundamental
183 entgegenstehen, auch sinnvoll sein, Abstimmungen der Fraktion nicht mitzutragen.
184 Damit wir sie unterstützen können, müssen wir aber frühzeitig in Vorhaben und
185 Debatten einbezogen werden.

186 Wir Jusos wollen, dass diejenigen, die von ihrem Engagement bei den Jusos und von der
187 Unterstützung durch die Jusos auf ihrem Weg zu Amt oder Mandat profitiert haben sich
188 gegenüber den Jusos erkenntlich zeigen und die gewonnenen Ressourcen für die
189 Unterstützung der Juso-Arbeit nutzen.

190 Wir Jusos erwarten von Jusos, die Mitarbeiter*innen von Abgeordneten oder Partei
191 sind, Transparenz und damit einhergehend die eigene kritische Reflexion der
192 verschiedenen Rollen. Das schließt mit ein, sich darüber bewusst zu sein, dass damit
193 ein erweiterter Informationszugang einhergeht, Abhängigkeiten entstehen, und
194 gleichzeitig der konkrete Parlamentsbetrieb dazu führen kann, dass die eigenen
195 Einstellungen weniger grundsätzlich sozialistisch sind. Arbeitsverhältnisse dürfen
196 keine Auswirkung darauf haben, weiterhin kritisch-solidarisch mit der Partei
197 umzugehen.

198 Wir Jusos halten ein Juso-Amt für nicht mit einem hauptamtlichen Mandat vereinbar.
199 Das gilt für alle Ebenen.

200 **Wir Jusos im Verhältnis zu Materialismus und Identität**

201 Wir Jusos sehen uns als Teil der feministischen und antifaschistischen Bewegung. Wir
202 kämpfen für die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen und stellen uns damit gegen
203 Diskriminierung aufgrund des Geschlechts, der sexuellen Identität, der Religion sowie
204 rassistischer Diskriminierung. Wir wollen den Unterdrückten und Diskriminierten eine
205 Stimme geben und einen möglichst diskriminierungsfreien Verband für alle schaffen, um
206 die Ungleichheit und Diskriminierung in unserer Gesellschaft sichtbar zu machen. Als
207 Jusos legen wir dabei einen Fokus auf den Zusammenhang zwischen Produktions- und
208 Besitzverhältnissen und Ausbeutung sowie zwischen Diskriminierung und strukturellen
209 und systemischen Ursachen. Unser Ziel ist eine Solidarisierung verschiedener
210 unterdrückter gesellschaftlicher Gruppen.

211 Wir Jusos stehen damit unverrückbar allen rechten und rechtsradikalen und
212 faschistischen Kräften entgegen, die einzelne Individuen aufgrund einer
213 vermeintlichen Nicht-Zugehörigkeit zu einer normativen Gruppe aus unserer
214 solidarischen Gesellschaft ausschließen wollen. Das betrifft uns alle. Sie müssen mit

215 unserem erbitterten Widerstand rechnen.

216 Diskriminierung und ökonomische Ausbeutung hängen eng zusammen. Historisch betrachtet
217 entstand moderner Rassismus im Zusammenhang der Kolonialisierung, um sich die
218 Naturgüter und die Arbeitskraft der Menschen in den kolonialisierten Gebieten
219 aneignen zu können. Das Patriarchat resultiert historisch aus der Sesshaftigkeit der
220 Menschen, die zu einer veränderten Rolle der Frau aufgrund der körperlichen
221 Reproduktion geführt hat. Der Kapitalismus hat Diskriminierung also nicht erfunden,
222 jedoch verfestigt er heute zum Erhalt von Macht und der Möglichkeit von Ausbeutung
223 die bestehenden Diskriminierungsformen. Nicht alle Diskriminierungen - gerade im
224 zwischenmenschlichen Miteinander - beinhalten zwangsläufig immer diese materielle
225 Dimension. Wer wie wir Diskriminierung aber auf einer gesellschaftlichen Ebene
226 bekämpfen will, kommt analytisch um den Zusammenhang mit dem Kapitalismus nicht
227 herum. Die Abschaffung des Kapitalismus löst nicht automatisch alle
228 Diskriminierungsfragen, Diskriminierungsfragen lassen sich aber auch nicht ohne die
229 Abschaffung des Kapitalismus lösen.

230 Wir Jusos beobachten eine zunehmende Individualisierung der Gesellschaft. Nach
231 langwierigen emanzipatorischen Kämpfen erhalten Menschen mit unterschiedlichen
232 Identitätsmerkmalen endlich wachsende Anerkennung. Dies hat zur Folge, dass zum einen
233 Identitätsfragen einen wachsenden Raum im politischen Kurs einnehmen. Zum anderen
234 werden politische Positionen zunehmend aus persönlicher Betroffenheit heraus bezogen
235 und verargumentiert. Das Kollektiv als handelndes Subjekt rückt damit zunehmend in
236 den Hintergrund und spaltet sich auf.

237 Wir Jusos sehen in diesem Zuge das große Potential, dass Zugehörigkeit zu der Gruppe
238 von Menschen, die auf ihre Arbeit angewiesen sind, um den Lebensunterhalt zu
239 bestreiten, ebenfalls Identität schaffen kann – beziehungsweise vielmehr wieder
240 schaffen muss. Es ist zu sehr in den Hintergrund gerückt, dass es der Kapitalismus
241 ist, der versucht uns zu spalten: Menschen werden aufgrund von Geschlecht, Herkunft
242 oder ihrem Nachnamen gezielt abgewertet, um sie zu unterdrücken und ökonomisch
243 ausbeutbar zu machen. Diese Gemeinsamkeit, allein im Besitz der eigenen Arbeitskraft
244 zu sein – welche mehr oder weniger ausgebeutet wird – werden wir Jusos wieder
245 vermehrt ins Zentrum identitärer Fragestellungen rücken, um so das Kollektiv wieder
246 zu stärken und handlungsfähiger zu machen. Aus diesem Grund werden wir in unserer
247 (Bildungs-)Arbeit die materialistische Dimension von Identitätsfragen verdeutlichen
248 und betonen, wie der Zusammenhang zum kapitalistischen System ist, also wie der
249 Kapitalismus durch Individualisierung entlang von Identitätsmerkmalen die Menschen
250 spaltet und eine Verbesserung ihrer Lebenssituation verhindert. Den Menschen, die mit
251 individuellen Erfahrungen zu uns kommen, wollen wir durch kapitalismuskritische
252 Bildungsarbeit Analysewerkzeuge an die Hand geben, um strukturelle Bedingungen zu
253 kritisieren.

254 Wir Jusos werden gleichzeitig aber auch weiterhin engagiert Lösungen und Forderungen
255 für die Emanzipation verschiedener Identität erarbeiten und erkämpfen. Dies ist für
256 uns nicht nur eine Frage von Solidarität, sondern essentieller Bestandteil, um im
257 materiellen Kollektiv überhaupt aktiv werden zu können: Alle Menschen müssen sich
258 sicher und frei im politischen Diskurs äußern und einbringen können. Das ist im
259 aktuellen System und den damit verbundenen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen nicht
260 für alle Individuen möglich – und muss zuerst innerhalb unseres Verbands und unserer

261 Partei gewährleistet werden. In letzter Konsequenz ist unser Ziel, den demokratischen
262 Sozialismus der Freien und Gleichen zu schaffen, nicht allein durch materielle
263 Freiheit und Gleichheit erreicht. Wir müssen auch sicherstellen, dass auf dem Weg
264 dahin alle Formen von Hass und Unterdrückung, die durch den Kapitalismus und das
265 Patriarchat aus Eigennutzen hervorgebracht und verfestigt werden, beseitigt werden:
266 Jede*r muss auch frei in ihrer*seiner Identität sein. Für unsere (Bildungs-)Arbeit
267 bedeutet dies, dass Wir Jusos unseren Kampf für Feminismus, Antirassismus und gegen
268 andere Formen der Unterdrückung fortführen, Identität aber stets auch im
269 systematischen Kontext des Kapitalismus betrachten werden.

270 Wir Jusos kämpfen dementsprechend als Kollektiv für die Anerkennung
271 unterschiedlicher Lebensrealitäten. Dabei wissen wir, dass wir Menschen überzeugen
272 und mitnehmen müssen. Das bedeutet Anstrengungen und viel Aufklärungsarbeit, um alle
273 in ihrer jeweiligen Lebensrealität von unserer Vision der Freien und Gleichen zu
274 überzeugen. Diese Arbeit leisten wir alle gemeinsam und überlassen sie nicht denen,
275 denen sie aufgrund ihrer Identität zugeschrieben wird.

Antrag W06: Den richtigen Verteilungskampf führen!

Antragsteller*in:	Jusos Bayern
Sachgebiet:	W - Wirtschaft, Finanzmärkte, Steuern & Kapitalismuskritik

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 In Deutschland besitzen zwei Familien mehr als die Hälfte der Bevölkerung. Das ist
2 ein Skandal, der nach wie vor viel zu wenig Beachtung findet.
- 3 Die Armen werden immer ärmer und die Reichen immer reicher. Diese Aussage gehört zum
4 Standardvokabular der politischen Auseinandersetzungen der letzten Jahre. Als Jusos
5 und als SPD kämpfen wir für mehr Gerechtigkeit. Das bedeutet aber nicht nur,
6 Chancengerechtigkeit und die Förderung derjenigen, die bisher weniger hatten. Es
7 bedeutet auch, die Frage nach der Verteilung von Ressourcen zu stellen und es
8 bedeutet auch diejenigen, die zu viel haben, zur Verantwortung in der Gesellschaft zu
9 ziehen.
- 10 Oft konzentriert sich die Sozialdemokratie und fokussieren auch wir Jusos uns zu eng
11 auf diejenige Bevölkerungsgruppe, die akut von Armut betroffen ist. Das Ergebnis: Ein
12 Verteilungskampf zwischen Facharbeiter*innen, Angestellten und beispielsweise
13 Empfänger*innen von Bürger*innengeld oder Geflüchteten. Die Ärmsten in der
14 Gesellschaft werden gegen die Normalverdiener*innen und die ökonomische Mittelschicht
15 ausgespielt, beide Gruppen gegeneinander in Stellung gebracht.
- 16 Dies führt zu einer Angst vor Statusverlust - vor allem in der ökonomischen
17 Mittelschicht -, weil ein sozialer und ökonomischer Aufstieg in unserer Gesellschaft
18 statistisch nur den allerwenigsten möglich ist. Das Resultat sind Entfremdung vom
19 politischen System und wachsender Zuspruch für rechtsextreme politische Kräfte, die
20 nach unten treten und versprechen, alles zurückzudrehen, zurück zu einem Früher, in
21 dem vermeintlich alles besser war.
- 22 Diese Analyse müssen wir auf- und ernstnehmen. Wir dürfen als Sozialdemokrat*innen
23 und als Jungsozialist*innen nicht zwischen Armutsbekämpfung und Unterstützung der
24 mittleren ökonomischen Schichten unterscheiden. Unser Verteilungskampf nimmt die
25 reichsten 10% und die restlichen 90% in den Blick, statt innerhalb der unteren 90%
26 harte Auseinandersetzungen zu führen.
- 27 Mit diesem Antrag wollen wir uns konkret mit der Verteilung von Vermögen und mit
28 konkreten politischen Maßnahmen für eine gerechtere Verteilung einsetzen. Wir
29 beziehen damit Position an der Seite der 90%.

30 **Deutschland ist ein Ungleichland**

- 31 Deutschland ist eines der Länder mit der größten Ungleichheit in Bezug auf Vermögen
32 innerhalb des Euroraums. Vermögen ist in Deutschland noch ungleicher verteilt als
33 Einkommen.
- 34 Laut den verfügbaren Daten verfügen die zehn Prozent der Bevölkerung mit dem höchsten
35 Vermögen über mehr als die Hälfte des Gesamtvermögens, zu dem unter anderem
36 Wohneigentum und sonstiger Immobilienbesitz, Geld- und Sachvermögen, private
37 Versicherungen oder Besitz von Einzelunternehmen oder Unternehmensbeteiligungen

38 zählen.

39 Während Personen im reichsten Zehntel im Jahr 2017 ein individuelles Vermögen von
40 mindestens 275.000 Euro hatten, lag der Median der Vermögensverteilung bei 26.000
41 Euro. Die Hälfte der Bevölkerung hat also ein individuelles Vermögen von weniger als
42 26.000 Euro. Etwa ein Fünftel hat kein persönliches Vermögen oder Schulden, die das
43 Bruttovermögen übersteigen.

44 Wir wissen zu wenig über Vermögensungleichheit

45 Aussagen über individuelle Vermögen beruhen auf Befragungsdaten, in denen
46 Millionär*innen und Milliardär*innen in der Regel unterrepräsentiert sind, sodass
47 Vermögenswerte am oberen Ende der Verteilung sehr wahrscheinlich unterschätzt werden.
48 Um Vermögensungleichheit wirksam bekämpfen zu können, ist es zunächst wichtig, dass
49 Vermögen strukturiert erfasst werden. Dabei sollte der Fokus vor allem auf
50 Millionär*innen und Milliardär*innen liegen: Die Erfassung des Vermögens ist auch für
51 den Staat sehr aufwändig und lohnt sich deshalb vor allem bei den Superreichen.

52 **Ungleichheit hat System**

53 Die Vermögensungleichheiten (genau wie im sozioökonomischen Status insgesamt:
54 Erwerbssituation und Einkommen) sind weder ein Zufall noch hängen sie mit
55 individueller Leistungsfähigkeit oder -bereitschaft zusammen. Die kapitalistische
56 Produktionsweise und die Akkumulation von Kapital bei einigen Wenigen setzt voraus,
57 dass ein anderer Teil der Gesellschaft für geringen Lohn arbeitet oder sogar
58 unbezahlte (Care-)Arbeit leistet. Vermögensaufbau ist mit einem normalen
59 Arbeitseinkommen heute kaum mehr möglich. Das führt nicht nur zu Ungerechtigkeiten
60 innerhalb der Gesellschaft, sondern schadet auch vielen kleineren Wirtschaftszweigen,
61 deren Geschäftsmodelle auf den Konsum von breiten Bevölkerungsschichten ausgelegt
62 sind. Sparen oder Investieren ist für sehr viele Menschen mit dem Geld, was ihnen zur
63 Verfügung steht, schlicht nicht möglich.

64 Es ist statistisch erwiesen, dass Vermögen entgegen vieler Darstellungen in
65 Deutschland nicht erarbeitet, sondern vor allem vererbt wird. Mehr als die Hälfte des
66 Vermögens in Deutschland ist vererbtes Vermögen. Um dies zu veranschaulichen:

67 Bei einem Gesamtvermögen der privaten Haushalte in Deutschland von knapp 11 Billionen
68 Euro werden zwischen 2015 und 2024 drei von zehn Vermögenswerten den*die Besitzer*in
69 wechseln. In diesem Zeitraum werden 3,1 Billionen Euro vererbt, 2,1 Billionen davon
70 an die nächste Generation (siehe Antrag W2, Buko 2023).

71 **Nicht alle sind gleich ungleich**

72 Vermögensungleichheit in Deutschland hängt sehr stark mit strukturellen Faktoren
73 zusammen. Ganz konkret bedeutet das, dass FLINTA*, Migrant*innen, Menschen mit
74 Behinderungen, Menschen ohne oder mit niedrigem formalen Bildungsabschluss oder
75 Menschen in wirtschaftlich schwächeren Regionen stark eingeschränkt sind in der
76 Möglichkeit, durch das Ansparen oder Investieren von überschüssigen, verfügbaren
77 Finanzmitteln ein eigenes Vermögen aufzubauen.

78 Dies begründet sich nicht nur durch strukturell geringere Einkommen, sondern eben
79 auch bzw. vor allem durch weniger Chancen auf ein Erbe. So werden beispielsweise
80 männliche Erben weiblichen bei Betriebsanteilen bevorzugt.

81 **Ungleichheit in Bezug auf das Geschlecht**

82 Männer haben in Deutschland durchschnittlich 30 Prozent mehr Vermögen als andere
83 Geschlechter. Dabei verfügen auch innerhalb von Partnerschaften verfügen die
84 Partner*innen nicht per se über das gleiche Vermögen: Der Unterschied im persönlichen
85 Vermögen zwischen Männern und Frauen innerhalb von Partnerschaften, beträgt im
86 Durchschnitt 33.000 €.

87 Grund hierfür ist vor allem, dass Männer seltener die meist unbezahlte Care-Arbeit in
88 der Partnerschaft oder der Familie leisten. Daraus resultiert bei FLINTA* häufig
89 unterbrochene, reduzierte oder ganz eingestellte Erwerbsarbeit. Darüber hinaus werden
90 Männer im Durchschnitt besser bezahlt (Gender Pay Gap). Beides gibt Männern deutlich
91 bessere und Frauen schlechtere Chancen, durch das Ansparen von „übrigem“ eigenen
92 Einkommen Vermögen aufzubauen.

93 Mögliche Folgen der Vermögensungleichheit von Frauen und Männern im Allgemeinen, aber
94 auch in Partnerschaften sind schlechtere finanzielle Absicherung (siehe auch die
95 Privatisierung der Altersvorsorge) und fehlende ökonomische Unabhängigkeit/Freiheit
96 von Frauen, insbesondere auch im Fall von Trennung oder Scheidung.

97 Wir bekräftigen an dieser Stelle unsere Forderungen in Bezug auf politische
98 Instrumente, die zu mehr Geschlechtergerechtigkeit führen, wie z.B. die Abschaffung
99 des Ehegattensplittings, mehr solidarische Aufteilung von Sorgearbeit, Verkürzung der
100 Wochenarbeitszeit und das Schließen des Gender-Pay-Gaps. Gleichzeitig sind Beiträge
101 zu mehr Einkommensgerechtigkeit zwar notwendige, aber kaum ausreichende Beiträge zur
102 Bekämpfung der Vermögensungleichheit insgesamt.

103 Die Vermögensungleichheit zwischen Männern und Frauen ist dort wesentlich geringer,
104 wo der Vermögensaufbau weniger stark an die eigenen Möglichkeiten gekoppelt ist, auf
105 dem Arbeitsmarkt hohe Einkommen zu erzielen: Bei vererbten Vermögen, bei
106 Rentenansprüchen, in denen als umverteilendes Element unbezahlte Care-Arbeitszeiten
107 (i.d.R. für Kindererziehung) anerkannt werden und auch beim Wohneigentum, das in Ehen
108 und Partnerschaften im Gegensatz zu Geldvermögen häufiger beiden Partner*innen
109 gleichermaßen gehört und zur Verfügung steht.

110 **Regionale Ungleichheit: Ost-West**

111 In Westdeutschland ist das Nettovermögen pro Person im Durchschnitt mehr als doppelt
112 so hoch als in Ostdeutschland, und der Abstand nimmt mit höherem Lebensalter zu.
113 Durch Wertverluste von Geld- und Immobilienvermögen und die Privatisierung von
114 Kollektivvermögen im Zuge der Wende fehlten in den neuen Bundesländern von Beginn an
115 Möglichkeiten, Vermögen aufzubauen und zu halten. Verstärkt wird diese
116 Vermögensungleichheit durch die bis heute anhaltende höhere Arbeitslosigkeit und ein
117 niedrigeres Lohnniveau in den ostdeutschen Bundesländern, die den Aufbau persönlicher
118 Vermögen durch Ansparen verhindern. So ist auch die Eigentumsquote von Wohnraum in
119 Ostdeutschland wesentlich geringer als im Westen.

120 **Migration Wealth Gap**

121 Da vererbtes Vermögen die Bildung und Schaffung von neuem Vermögen hauptsächlich erst
122 ermöglicht, setzen sich Ungerechtigkeiten über Generationen fort. Dies ist auch in

123 Bezug auf Menschen mit Migrationsgeschichte relevant. Dabei spielt auch die
124 ökonomische Situation des Herkunftslandes eine Rolle, die auch über Generationen
125 weitergegeben wird. Für Haushalte mit Migrationsgeschichte spielt dabei der formale
126 Bildungsabschluss für den Vermögensaufbau eine noch geringere Rolle als für Haushalte
127 ohne Migrationsgeschichte.

128 **Vermögensungleichheit hat Folgen**

129 Vermögensungleichheit ist nicht nur eine statistische Realität, sondern hat sehr
130 direkte Auswirkungen auf die Lebensrealitäten der Menschen. Dabei ist vor allem
131 nochmal zu betonen, dass die Möglichkeiten mit Arbeit Vermögen aufzubauen sehr
132 reduziert sind und sich somit die Vermögensungleichheit strukturell fortsetzt.

133 **Auswirkungen von Ungleichheit auf Bildungschancen**

134 Kinder aus Familien ohne oder mit geringem Vermögen haben von Anfang an schlechtere
135 Startbedingungen. Sie wachsen häufig in einem Umfeld auf, das durch finanziellen
136 Druck und eingeschränkten Zugang zu Bildungseinrichtungen geprägt ist. Der Mangel an
137 Ressourcen wie Bücher, digitalen Medien und Nachhilfe wirkt sich negativ auf die
138 frühkindliche Entwicklung aus.

139 Studien zeigen, dass Kinder aus ökonomisch benachteiligten Familien signifikant
140 seltener an frühkindlicher Bildung teilnehmen als ihre Altersgenossen aus
141 wohlhabenden Familien. Diese frühe Bildung ist jedoch entscheidend für die
142 Entwicklung kognitiver und sozialer Fähigkeiten.

143 Der „Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung“ (2017) zeigt, dass Kinder aus
144 einkommensschwachen Familien bereits im Grundschulalter schlechtere Leistungen
145 erbringen und seltener auf weiterführende Schulen mit besseren Bildungschancen
146 überwechseln.

147 PISA-Studien belegen, dass Deutschland im internationalen Vergleich eine hohe
148 Abhängigkeit des Bildungserfolgs vom sozioökonomischen Status aufweist. Schüler*innen
149 aus wohlhabenden Familien erreichen im Durchschnitt bessere Leistungen und haben
150 höhere Chancen, das Gymnasium zu besuchen und das Abitur zu erlangen.

151 In vielen Fällen können sich einkommensschwache Familien keine zusätzliche
152 Bildungsunterstützung wie Nachhilfe oder Musikunterricht leisten, was die Entwicklung
153 der Kinder weiter einschränkt.

154 Auch beim Übergang zur Hochschule und im Berufsleben setzt sich die
155 Bildungsungleichheit als Ergebnis von Vermögensungleichheit fort. Finanzielle
156 Barrieren, wie Studiengebühren und die Notwendigkeit, neben dem Studium zu arbeiten,
157 führen dazu, dass junge Menschen aus einkommensschwachen Familien seltener ein
158 Hochschulstudium aufnehmen bzw. abschließen: Laut einer Studie des Deutschen
159 Studentenwerks brechen Studierende aus einkommensschwachen Familien ihr Studium
160 häufiger ab, oft aus finanziellen Gründen. Studierende aus einkommensschwachen
161 Familien sind häufiger gezwungen, Berufe neben ihrem Vollzeitstudium auszuführen.
162 Dies führt zu verstärktem mentalen und körperlichen Stress. Oft sind es Menschen aus
163 einkommensschwachen Familien, die auf Bildungs- und Studienkredite angewiesen sind.

164 **Auswirkungen von Ungleichheit auf die Demokratie**

165 Ökonomische Ungleichheit kann zu einer Verzerrung der politischen Teilhabe führen.
166 Menschen mit höherem Einkommen und mehr Vermögen haben oft bessere Möglichkeiten,
167 politisch aktiv zu sein und ihre Interessen zu vertreten. Dies kann durch
168 verschiedene Faktoren geschehen:

169 Zugang zu Ressourcen: Wohlhabende Bürger*innen haben oft mehr Zeit und Geld, um sich
170 politisch zu engagieren, sei es durch Spenden an Parteien oder Kandidierende,
171 Lobbyarbeit oder direkten Zugang zu politischen Entscheidungsträger*innen.

172 Bildung und Information: Menschen mit höherem sozioökonomischen Status haben in der
173 Regel besseren Zugang zu Bildung und Informationen, was sie in die Lage versetzt,
174 sich effektiver in politische Prozesse einzubringen.

175 Netzwerke und Einfluss: Wohlhabende Individuen und Unternehmen können Netzwerke
176 nutzen, um politischen Einfluss auszuüben. Dies führt dazu, dass bestimmte Interessen
177 überproportional vertreten sind, während die Anliegen einkommensschwacher
178 Bevölkerungsschichten oft unterrepräsentiert bleiben.

179 Kapitalstarke Einflussnahme: Großunternehmen und sehr wohlhabende Einzelpersonen
180 haben die Möglichkeit, politischen Einfluss durch Medienbeteiligungen oder direkte
181 Finanzierung von „Think Tanks“ und politischen Organisationen auszuüben, was die
182 öffentliche Meinung und politische Agenda beeinflussen kann.

183 Hieraus entwickeln sich soziale Spannungen: Wachsende Ungleichheit ist nicht nur
184 aufgrund der genannten strukturellen Aspekte problematisch. Die enorme Ungleichheit
185 wird auch in der Gesellschaft wahrgenommen und kann soziale Spannungen verstärken,
186 was zu Polarisierung und Unruhen führt. Dies bedroht die Stabilität und den sozialen
187 Zusammenhalt einer Gesellschaft.

188 **Unser Vermögensbegriff**

189 Als politische Linke haben wir ein oft ungeklärtes Verhältnis zu Vermögen. Wir
190 kämpfen vor allem für die Überwindung der kapitalistischen Ungleichheit und richten
191 uns damit zunächst gegen enorme Vermögenskonzentration. Der Sozialstaat als
192 Interessenausgleich fokussiert sich dabei meist auf Armutsbekämpfung und adressiert
193 die ökonomische Mitte zu wenig.

194 Wir wollen dies zum Anlass nehmen und uns zu einem positiven Vermögensbegriff
195 bekennen. Persönliches Eigentum ermöglicht Selbstbestimmung und steht für viele
196 Menschen auch für Gestaltungsfreiheit. Wir erkennen das Bedürfnis zum Vermögensaufbau
197 vieler Privatpersonen an und wollen uns dem nicht entgegenstellen, indem wir Vermögen
198 grundsätzlich ablehnen, nur weil es aktuell ungerecht verteilt ist. Wir wollen den
199 Vermögensaufbau sogar im Rahmen der Möglichkeiten staatlich unterstützen. Dabei muss
200 aber immer klar sein:

201 Die Grundversorgung und die existenzielle Absicherung der Menschen darf niemals vom
202 individuellen Vermögen abhängig sein, sondern muss durch öffentliche Infrastruktur
203 und die Solidargemeinschaft gewährleistet sein. Dies beinhaltet neben Leistungen der
204 öffentlichen Daseinsvorsorge auch eine Grundsicherung, die individuelle
205 Selbstbestimmung erhält. Wir stehen zu einem weitreichenden Daseinsvorsorgebegriff
206 und schließen darin auch explizit Aspekte wie Bildung oder kulturelle Angebote ein.
207 Die soziokulturelle Existenz darf niemals vom individuellen Vermögen abhängig sein.

208 Unterschiedliche Arten von Vermögen sind gesellschaftlich unterschiedlich
209 erstrebenswert. Selbstgenutztes Wohneigentum bietet enorme Stabilität, große
210 Barvermögen, die hingegen ausschließlich für Investments mit oft negativen
211 gesellschaftlichen Folgen benutzt werden, bieten aus kollektiver Sicht wenig
212 Mehrwert.

213 Staatliche und solidarische Unterstützung für den Vermögensaufbau muss daran geknüpft
214 sein, dass der Vermögensaufbau auch für alle Menschen – und damit vor allem auch für
215 niedrige Einkommen – möglich sein muss. Vermögen darf nicht mehr so stark wie bisher
216 vererbt werden, sondern muss auch durch Arbeitseinkommen wieder möglich werden.

217 Staatliche und solidarische Unterstützung für den Vermögensaufbau muss darüber hinaus
218 daran geknüpft werden, dass die Mittel, die in diesen Vermögensaufbau fließen, nicht
219 innerhalb der unteren 90% neu verteilt werden, sondern von den Superreichen an die
220 übrigen 90% verteilt werden.

221 Teil unseres positiven Vermögensbegriffs ist gleichzeitig immer auch die Bekämpfung
222 von Vermögensungleichheit. Auch Ideen wie “Eigentum auf Zeit”, das eine langfristige
223 Akkumulation bei einigen wenigen vermeidet, sind unterstützenswerte Gedanken.

224 **Die Vermögensungleichheit brechen**

225 **Für ein vermögensgerechtes Steuersystem**

226 Auf unserem Bundeskongress 2023 haben wir im Antrag W2 ein neues Steuersystem
227 beschrieben, welches auf unseren jungsozialistischen Prinzipien fußt. Zur
228 Vollständigkeit des hier vorliegenden Antrags zitieren wir im Folgenden die
229 wichtigsten Punkte hinsichtlich individueller Vermögensbesteuerung:

230 Steuern sind im kapitalistischen System das wesentliche Instrument, um der
231 ungerechten Verteilung von Einkommen und Vermögen entgegenzuwirken.

232 Die konsequente Besteuerung von Vermögenswerten ist zentral für eine konsequente
233 Umverteilungspolitik. Wir wollen ausschließlich natürliche Personen,
234 Einheitsgesellschaften sowie Stiftungen besteuern. Dabei besteuern wir das globale
235 Vermögen von Menschen in Deutschland sowie alles Vermögen in Deutschland. Nicht
236 besteuert werden soll Gebrauchsvermögen.

237 **Für eine gerechte Erbschaftsteuer**

238 Unser Instrument, um die Vermögensgegensätze, die sich in den letzten Jahrzehnten
239 kaum regulierter kapitalistischer Akkumulation gebildet haben, aufzulösen, ist die
240 Erbschaft- und Schenkungsteuer (im Weiteren nur Erbschaftsteuer) als Bundessteuer.

241 Eine konsequente Besteuerung von Erbschaften und Schenkungen ermöglicht einen
242 direkten staatlichen Zugriff zum Zwecke der Umverteilung bei verhältnismäßig wenig
243 Verwaltungsaufwand. Zu diesem Zwecke wollen wir die bestehende Erbschaftsteuer
244 vereinfachen und gleichzeitig progressiv ausgestalten.

245 In der jungsozialistischen Erbschaftsteuer soll es nur noch einen einzigen
246 persönlichen und universellen Grundfreibetrag in Höhe von 999.999 Euro geben. Im
247 Gegensatz zum bisherigen Steuersystem gilt dieser Freibetrag jedoch nicht mehr im
248 konkreten Verhältnis Erblasser und Erbe bzw. Schenker und Beschenker innerhalb von

249 10 Jahren, sondern universell für jede Person lebenslang. Dies bedeutet, dass ein
250 Mensch in seinem Leben maximal 999.999 Euro steuerfrei erben oder als Schenkung
251 erhalten kann. Die Besteuerung des außerhalb des Grundfreibetrages liegenden
252 steuerpflichtigen Betrages soll mit einem Steuersatz von 10% ab der ersten Million
253 einsteigen. Zur Herstellung der Progression der Erbschaftsteuer bei gleichzeitig
254 niedrigem Verwaltungsaufwand soll diese als Stufensteuer ausgestaltet werden. Der
255 Einstiegssteuersatz von 10% gilt hierbei für die erste Million, die außerhalb des
256 Grundfreibetrags liegt. Und somit die zweite Million des eigenen Erbes darstellt. Die
257 dritte Million der Erbschaft soll auf der nächsten Stufe mit 20% und die vierte
258 Million auf der dritten Stufe mit 30% besteuert werden. Die weiteren Stufen folgen
259 diesem Prinzip, bis die neunte außerhalb des Freibetrags liegende Million mit 90%
260 besteuert wird. Ab diesem Punkt verbleibt der Steuersatz auf dieser Höhe.

261 Die Erbschaftsteuer soll alle übertragenen Vermögenswerte abzüglich zusammenhängender
262 Verbindlichkeiten erfassen. Für die auf betriebliches Vermögen oder auf
263 Unternehmensanteile anfallende Erbschaftsteuer sollen dem Steuerpflichtigen
264 verschiedene Möglichkeiten eingeräumt werden, seine Steuerschuld zu begleichen. Diese
265 reichen von großzügigen Stundungsregeln, die eine Abführung der zu verzinsenden
266 Steuerschuld innerhalb von bis zu 20 Jahren ermöglichen, über die Möglichkeit die
267 Steuerschuld direkt in stimmberechtigten Unternehmensanteilen zu bezahlen bis zur
268 Option im Gegenzug zu Demokratisierungsmaßnahmen im Unternehmen einen teilweisen
269 Erlass auf die Steuerschuld zu erhalten.

270 Eine Umgehung der Erbschaftsteuer durch Verschiebung von Vermögen in Stiftungen
271 gleich welcher Rechtsnatur, wollen wir gesetzlich ausschließen.

272 **Für eine gerechte Vermögenssteuer**

273 Wir fordern die Wiedereinführung der Vermögensteuer als Bundessteuer. Diese verstehen
274 wir als Akkumulationsbremse. Sie soll also verhindern, dass einzelne Menschen immense
275 Vermögen anhäufen und damit enorme Macht bei sich konzentrieren. Eine Anhäufung von
276 Vermögen und ihre Akkumulation bestimmt durch ihre Limitierung von ökonomischen und
277 kulturellem Kapital (wie Bildung) maßgeblich die Schichtung einer Gesellschaft, indem
278 sie in dieser eine Hierarchie schafft und erhält. Dies und der hohe
279 Verwaltungsaufwand einer ständigen Veranlagung von Vermögen veranlassen uns dazu, die
280 Vermögensteuer so auszugestalten, dass sie nur etwa 0,1% der Bevölkerung treffen
281 wird.

282 Wir wollen ausschließlich natürliche Personen, Einheitsgesellschaften sowie
283 Stiftungen besteuern. Dabei besteuern wir das globale Vermögen von Menschen in
284 Deutschland sowie alles Vermögen in Deutschland. Nicht besteuert werden soll
285 Gebrauchsvermögen. Wir fordern einen pauschalen Freibetrag von 2 Millionen Euro pro
286 Person, zusätzlich einen Freibetrag von 3 Millionen Euro für eine selbst bewohnte
287 Immobilie und einen Freibetrag von 5 Millionen Euro für ein selbst geführtes
288 Unternehmen, welches sich zu mindestens 25% im eigenen Besitz befindet.
289 Unternehmensanteile, welche nicht diesen Anforderungen entsprechen, fallen in den
290 pauschalen Freibetrag. Für Stiftungen gilt ein pauschaler Freibetrag von 10 Millionen
291 Euro.

292 Vermögen über den Freibeträgen soll mit einem Satz von 1% pro Jahr besteuert werden.
293 Dieser Satz soll bis zu einem Wert von 3% ab einem zu versteuernden Vermögen von 50

294 Millionen Euro ansteigen. Wie die Erbschaftsteuer kann die Vermögensteuer durch
295 stimmberechtigte Unternehmensanteile beglichen, in Jahren mit schlechtem Ertrag
296 gestundet oder durch Demokratisierung des selbstgeführten Unternehmens gesenkt
297 werden.

298 **Unterscheidung im Umgang mit Betriebs- und Barvermögen**

299 Wir sehen im Bereich "Steuern" eine klare Unterscheidung zwischen Betriebs- und
300 Barvermögen. So beinhalten Betriebsvermögen jedwede Form von Anteilen an eigenen oder
301 fremden Unternehmen (Gesellschaftsanteile, Aktien, etc.), während Barvermögen
302 Geldwerte sowie alle anderen Formen von Vermögenswerten, z.B. Immobilien, umfasst.
303 Aufgrund ihrer verschiedenen Wirkung wurden im oben zitierten Antrag W2
304 unterschiedliche Formen der Besteuerung entwickelt. So wird die Steuerschuld auf
305 Barvermögen direkt abgeführt bzw. kann eine Stundung genutzt werden, die eine
306 Abführung der zu verzinsenden Steuerschuld innerhalb von bis zu 20 Jahren ermöglicht.
307 Für Betriebsvermögen gibt es neben der direkten, geldlichen Abführung in entsprechend
308 oben ausgeführter Relation die Möglichkeiten, die Steuerschuld in stimmberechtigten
309 Unternehmensanteilen zu bezahlen oder im Gegenzug zu Demokratisierungsmaßnahmen im
310 Unternehmen einen teilweisen Erlass auf die Steuerschuld zu erhalten.

311 Wir favorisieren die zusätzlichen Möglichkeiten zur Begleichung der Steuerschuld auf
312 Betriebsvermögen, um die Arbeiter*innenschaft bzw. den Staat in der privaten
313 Wirtschaft zu stärken und so die Wirtschaft zu demokratisieren. Die zusätzlichen
314 Möglichkeiten sollten daher nicht nur eine Option sein, sondern zu einem gewissen
315 Anteil verpflichtend werden. Wir schlagen vor, dass mindestens 25 % der Steuerschuld
316 auf Betriebsvermögen entweder durch die Übertragung von stimmberechtigten
317 Unternehmensanteilen zu bezahlen ist oder Demokratisierungsmaßnahmen im Unternehmen
318 durchzuführen sind, im Gegenzug zu einem teilweisen Erlass auf die Steuerschuld.

319 Demokratisierungsmaßnahmen beinhalten unter anderem die Einführung von Betriebs- oder
320 Personalräten. Auch die Einführung eines Tarifvertrags sollte in diesem Rahmen
321 beachtet werden.

322 Stimmberechtigte Unternehmensanteile sollten in den meisten Fällen an die Belegschaft
323 und in wenigen Ausnahmefällen an den Staat übertragen werden. Hierbei unterscheiden
324 wir, ob dem Unternehmen wesentliche Produktionsmittel gehören oder nicht. Fällt das
325 jeweilige Unternehmen unter "wesentliches Produktionsmittel", sollen die Anteile dem
326 Staat übertragen werden, um seiner Versorgungspflicht nachzukommen. Andernfalls
327 sollen die Anteile der Belegschaft übertragen werden, um dem Zwiespalt zwischen
328 Kapital und Arbeit entgegenzuwirken und den Arbeiter*innen damit mehr Kontrolle über
329 ihr Beschäftigungsverhältnis zu geben. Im "Schweriner Manifest" haben wir konkret
330 aufgeführt, was insbesondere zu den wesentlichen Produktionsmittel gehört:

- 331 • Grund und Boden
- 332 • große Fabriken und ähnliche Produktionsstätten sam der dort eingesetzten
333 Maschinen, Roboter und automatisierter Systeme
- 334 • sämtliche der Daseinsvorsorge dienenden Strukturen und Systeme, insbesondere
335 Elektrizitäts-, Internet-, Wasser- und Gasnetze
- 336 • digitale Plattformen mit Standort in der Bundesrepublik, die zur Vermittlung von
337 Waren und anderen Produkten sowie zur Verarbeitung von persönlichen Daten dienen

338 • Banken samt ihrer (digitalen) Zahlungsstrukturen

339 • Kapitalvermögen, die eine festgesetzte Grenze übersteigen.

340 Die Anteile an die öffentliche Hand sollen ebenfalls entsprechend der Ausführungen im
341 Schweriner Manifest verteilt werden (z.B. Großbanken in die Bundesebene, Sparkassen
342 in die Kommune). Zur Steuerung der Anteile auf Bundes- oder Landesebene schlagen wir
343 vor, Stiftungen je oben genanntem Produktionsmittel zu gründen, in welchen vom
344 Bundes-/Landtag bestimmte Vertreter*innen die Anteile treuhänderisch verwalten und im
345 Rahmen dessen betriebliche Entscheidungen im Sinne der Allgemeinheit treffen. Diese
346 Vertreter*innen müssen die notwendige Qualifikation besitzen und sind dem Bundes-
347 /Landtag über die entsprechenden Ausschüsse Rechenschaft schuldig.

348 **Milliardäre zu Millionären machen – Für eine Vermögensobergrenze**

349 Die Vermögensakkumulation bei einigen wenigen Personen ist schädlich für den
350 gesellschaftlichen Zusammenhalt und ist weder vermittelbar noch zu rechtfertigen.
351 Diese extremen Formen der Vermögenskonzentration wollen wir daher über die oben
352 beschriebene Besteuerung hinaus durch eine Vermögensobergrenze brechen. Um dies
353 umzusetzen, schlagen wir eine Kommission der Bundesregierung vor, die diese
354 Vermögensobergrenze basierend auf ökonomischen und sozialen Kriterien definiert. Das
355 Vermögen, das oberhalb dieser Grenze liegt, ist direkt an den Bund abzuführen. Dabei
356 gilt die oben bereits genannte Unterscheidung in Betriebs- und Barvermögen.

357 **Vermögensaufbau fördern**

358 Ausgangspunkt: Das Grunderbe als unsere “realpolitische Utopie”

359 Vermögensumverteilung besteht nur auf der einen Seite in der Abschöpfung hoher
360 Vermögen - auf der anderen Seite steht die Verteilung. Das Grunderbe, wie es auf dem
361 Bundeskongress 2023 im Antrag W1 beschlossen wurde, verteilt bei den Reichsten der
362 Reichen abgeschöpftes Vermögen an junge Menschen um. Davon profitieren insbesondere
363 junge Menschen, denen in der Familie kein oder wenig Vermögen zur Verfügung steht,
364 zum Beispiel als Kinder von Alleinerziehenden, von Eltern mit niedrigen Einkommen,
365 mit Migrationsgeschichte oder aufgrund regionaler Ungleichheiten. Mit dem Grunderbe
366 erhalten sie eine Grundlage für den Aufbau von Eigentum, das Freiräume und
367 Gestaltungsmöglichkeiten bietet - die nach unserem jungsozialistischen Menschen- und
368 Gesellschaftsbild allen zustehen, aber die bisher nur wenige haben.

369 Weil Umverteilung aber kein punktueller, sondern ein dauerhafter Prozess ist, wollen
370 wir das Grunderbe durch weitere Maßnahmen zur Förderung von Vermögen/Eigentum bei
371 kleinen und mittleren Einkommen über den Lebensverlauf ergänzen.

372 **Förderung von Wohneigentum**

373 Im internationalen Vergleich leben in Deutschland sehr viele Menschen zur Miete. Die
374 Wohneigentumsquote ist mit 42% in Deutschland im europäischen Vergleich die
375 geringste. Insbesondere in Ballungsgebieten werden dabei die Kosten für die Miete
376 zunehmend zur Herausforderung. Die Frage nach bezahlbarem Wohnraum ist für viele
377 Menschen die soziale Frage unserer Zeit.

378 Mieten und Vermieten trägt zur Vermögensungerechtigkeit bei, wenn Immobilieneigentum

379 sehr stark konzentriert ist. Während viele Haushalte mehr als die Hälfte ihres
380 Einkommens für die Miete ausgeben, verdienen andere Menschen und Konzerne Millionen
381 daran. Wir vertreten deshalb die Überzeugung, dass niemand am Recht auf Wohnen der
382 anderen profitieren sollte.

383 Nicht wenige Menschen zahlen im Laufe ihres Lebens mehrfach den potenziellen
384 Kaufpreis ihrer Wohnung, ohne die Immobilie jemals zu besitzen. Besonders im Alter
385 ist die Miete eine enorme finanzielle Belastung für die einen, für die anderen aber
386 eine lebenslange Einkommensquelle, andersherum bietet Wohneigentum auch gerade im
387 Alter eine besondere Form der Absicherung.

388 Wir wollen daher das Eigentum an Wohnraum denen geben, die ihn bewohnen. Während wir
389 uns realpolitisch für gedeckelte und dadurch bezahlbare Mieten einsetzen, muss unsere
390 Utopie sein, dass niemand mehr Wohnraum besitzt, als er*sie selbst bewohnt!

391 Während wir in unserer langfristigen Vorstellung auch die Vermietung von einzelnen
392 Wohnungen durch Privatpersonen ablehnen, müssen wir zunächst die Immobilienkonzerne
393 in den Blick nehmen, die hunderte und tausende Wohnungen besitzen. Nicht zuletzt der
394 Volksentscheid in Berlin hat gezeigt, dass es eine Vergesellschaftung der großen
395 Immobilienkonzerne braucht. Die vergesellschafteten Wohnungen sollen zunächst durch
396 Staat oder staatseigene Wohnungsgesellschaften vermietet werden.

397 Dabei wollen wir auch Optionen wie den Mietkauf anstreben, bei dem Menschen das
398 Eigentum am Wohnraum für die private Nutzung durch ihre monatlichen Mieten erwerben.
399 Wenn sie den Wohnraum nicht mehr selbst nutzen, soll das Eigentum wieder an den Staat
400 zurückgehen.

401 Zudem müssen wir das Verkaufen von Flächen oder Wohnungen durch staatliche Organe
402 beenden und stattdessen staatlichen und insbesondere kommunalen Wohnungsbau ausbauen.

403 Wir wollen uns aber auch der Umverteilung von Wohnraum unter Privatpersonen widmen:
404 Unter den Immobilien in privater Hand wollen wir die Eigentumsquote erhöhen. Aktuell
405 können nur Menschen mit erheblichen finanziellen Mitteln privates Wohneigentum
406 erwerben, Förder- und Finanzierungsprogramme sollen deshalb besonders Menschen mit
407 niedrigeren Einkommen und ohne großes Startkapital ermöglichen, Wohneigentum zur
408 Eigennutzung als Hauptwohnsitz zu erwerben.

409 Unterstützungsmodelle müssen dahingehend entwickelt, ausgebaut und ergänzt werden.
410 Davon profitieren gerade junge Menschen. Dabei müssen auch regionale Disparitäten
411 durch eine regionale Anpassung der Fördermittel beachtet werden.

412 Dabei soll es eine Vermögensprüfung und -obergrenze beim Bezug der Fördergelder geben
413 und ein vertragliches Vermietungsverbot verankert werden, bei deren Verstoß die
414 Fördergelder zurückgezahlt und Strafzahlungen fällig werden müssen. Insgesamt sollen
415 bei den Unterstützungsmodellen die Größe der Wohnfläche pro Person auf ein
416 wohnphysiologisch sinnvolles Maß gedeckelt werden. Bei Bezug einer Fördersumme soll
417 ein Vorkaufsrecht durch die öffentliche Hand vertraglich verankert werden.

418 Ausnahmen von der Deckelung sollen explizit Genoss*innenschaften sein. Auch wenn sie
419 kein direktes Vermögen der Personen sind, die in den Wohnungen wohnen, sichert die
420 Gesellschaftsform dennoch zu, dass neuer Wohnraum mit fairen Mieten entsteht und
421 bestehender Wohnraum ohne privatisierte Profite erhalten wird. Die Förderung von
422 Genoss*innenschaften wollen wir deshalb aufrechterhalten.

423 Unterstützung für Privatpersonen für den Bau oder Kauf von Immobilien mit dem Ziel,
424 diese zu vermieten, soll künftig nicht mehr gewährt werden. So sollen steuerliche
425 Vorteile bei der Finanzierung von Wohneigentum bei Vermietung entfallen.

426 Die Fördergelder für Wohneigentum sollen sich an der Höhe der Einsparungen durch die
427 wegfallenden steuerlichen Vorteile für den Erwerb von Mietobjekten, den Einnahmen
428 durch die Erhöhung der Erbschaftssteuer auf Immobilien und die Einnahmen durch die
429 Abschöpfungen von Immobilienvermögen orientieren.

430 Generell wollen wir uns auch für die Option des Mietkaufs für Wohneigentum stark
431 machen. Wir wollen, dass Mieter*innen, nachdem sie mindestens Hälfte des
432 Durchschnittspreises der Immobilie über die Mietdauer hinweg bezahlt haben, die
433 Möglichkeit erhalten, die Wohnung zum Preis des verbleibenden Anteils zu erwerben und
434 Mieter*innen, die den gesamten Mittelpreis der Immobilien über die Mietdauer erworben
435 haben, Eigentum an dieser erhalten. Dies soll zunächst für die vergesellschafteten
436 Immobilien, langfristig aber auch für privat vermietete Immobilien gelten.

437 Dabei wollen wir uns insbesondere für Mietkauf als Option der sanften
438 Vergesellschaftung von Wohnraum vor allem in den Ballungsräumen stark machen. In
439 Städten und Gebieten mit hohem Druck auf dem Wohnungsmarkt könnten große
440 Wohnungskonzerne verpflichtet werden, einen Großteil ihrer Immobilien über Mietkauf
441 an private Personen für die Selbstnutzung abzugeben.

442 **Vermögensaufbau für kleine Einkommen fördern**

443 Wir wollen auch den Vermögensaufbau für niedrige Einkommen fördern. Der erste Gedanke
444 hier mag sein, niedrige Einkommen geringer zu besteuern, sodass der Nettolohn größer
445 ist. Tatsächlich besteht hier jedoch kaum ein Hebel, da die Besteuerung bereits
446 relativ niedrig ist - aktuell werden mittlere Einkommen im Verhältnis am höchsten
447 besteuert; daher benötigt es in diesem Einkommensbereich andere Mittel. Als ein
448 solches Mittel sehen wir die Reduzierung von Sozialabgaben für niedrige Einkommen,
449 damit mehr vom Gehalt übrig bleibt. Darüber hinaus bedarf es konkreter Instrumente
450 zum aktiven Vermögensaufbau.

451 Wir wollen das zusammenbringen und wollen, dass Arbeitnehmer*innen ihre*n
452 Arbeitgeber*in anweisen können, bis zu maximal 10% ihres Bruttolohns direkt in
453 separate Geldanlageprodukte zu überweisen (Sparbuch (über Sparplan), Aktiendepot
454 (über Wertpapiersparen) oder ähnliches). Der festgelegte Geldbetrag wird dabei vom zu
455 versteuernden Einkommen abgezogen und reduziert so gleichzeitig die Steuerlast. Um
456 dafür zu sorgen, dass vor allem kleine Einkommen von diesem Modell profitieren, sind
457 die Beträge umgekehrt proportional zum Einkommen zu begrenzen. Dies könnte man
458 beispielsweise über eine Anpassung der "Vermögenswirksame Leistungen" umsetzen, die
459 derzeit diese Option über einen festen Geldbetrag (maximal 40 €, unabhängig von der
460 Gehaltshöhe) ermöglichen. Um zu vermeiden, dass dies nur zur Umgehung der
461 Einkommensteuer genutzt wird, ist eine Auszahlung der Beträge aus dem
462 Geldanlageprodukt frühestens 5 Jahre nach Einzahlung möglich.

463 Auch Mitarbeiter*innenprogramme können in dieser Form umgestaltet werden. Wenn
464 Unternehmen ihren Mitarbeitenden anbieten, Unternehmensanteile (z.B. Aktien) zu einem
465 Vorzugspreis zu kaufen, könnte durch finanzielle Anreize des Staates (z.B. Anrechnung
466 auf die Unternehmenssteuer) angeregt werden, den Vorzugspreis entsprechend des

467 Einkommens zu staffeln (z.B. auf Basis von Tarifgruppen). So könnte Mitarbeitenden
468 mit niedrigen Einkommen überhaupt ermöglicht werden, sich an solchen Programmen zu
469 beteiligen.

470 Dasselbe gilt für Projektanleihen (projektbezogene Finanzierungsinstrumente auf Zeit
471 mit festem Zinssatz, z.B. für den Bau eines Windparks). Üblicherweise kann man erst
472 ab höheren Beträgen (bspw. 1.000€, 2.500€) in solche Produkte investieren. Wir sehen
473 auch hier das Potenzial, solche Instrumente in gestaffelten Volumina zunächst den
474 eigenen Mitarbeitenden anzubieten, sodass sich aus dieser Masse die benötigten
475 höheren Summen ergeben, während gleichzeitig auch jenen mit niedrigeren Einkommen ein
476 Angebot gemacht werden kann.

477 Schlussendlich gilt es, Menschen finanziell so auszustatten, dass ihnen Geld für den
478 oben beschriebenen begrenzten Vermögensaufbau über den Notgroschen hinaus verbleibt.
479 Dies beinhaltet beispielsweise einen höheren Mindestlohn sowie leichteren und
480 verständlicheren Zugang zu staatlichen Zuwendungen und Förderungen.

481 **Kurzfassung mit Forderungen:**

482 • Vermögensungleichheit muss stärker als bisher ein gesellschaftliches Thema
483 werden. Hierfür brauchen wir ein Vermögensregister, insbesondere für die
484 Superreichen.

485 • Staatliche und solidarische Unterstützung für den Vermögensaufbau muss darauf
486 hinwirken, dass der Vermögensaufbau auch für alle Menschen – und damit vor allem
487 auch für niedrige Einkommen – möglich ist. Staatliche und solidarische
488 Unterstützung für den Vermögensaufbau muss daran geknüpft ein, dass die Mittel,
489 die in diesen Vermögensaufbau fließen, nicht innerhalb der unteren 90%
490 verschoben, sondern von den Superreichen an die übrigen 90% verteilt werden.
491 Dabei haben wir bestehende Ungleichheiten zwischen Männern und Frauen, Ost- und
492 Westdeutschland und von Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte im Blick.

493 • Wir bekämpfen die Ungleichheit und extreme Konzentration des Vermögens in
494 Deutschland auf mehreren Wegen: über ein gerechteres Steuersystem, durch die
495 Einführung eines Grunderbes und einer Vermögensobergrenze für Millionär*innen,
496 durch die Förderung von selbstgenutztem Wohneigentum und durch Maßnahmen zum
497 Aufbau von Privatvermögen bei kleinen Einkommen.

498 Dabei fordern wir konkret:

499 • ein Vermögensregister für Superreiche

500 • zwingende anteilige Begleichung von Steuern auf Betriebsvermögen durch
501 Übertragung von stimmberechtigten Unternehmensanteilen oder
502 Demokratisierungsmaßnahmen

503 • eine Vermögensobergrenze für Superreiche

504 • Das Grunderbe als realpolitische Utopie der konkreten Umverteilung

505 • Die Umverteilung des Eigentums an Wohnraum an diejenigen, die ihn bewohnen,
506 durch:

507 • Die Vergesellschaftung der großen Immobilienkonzerne mit (übergangsweiser)

508 Vermietung der vergesellschafteten Wohnungen durch den Staat in Kombination mit

509 Mietkaufoptionen.

- 510 • Mietkaufmodelle für staatliche Wohnungen
- 511 • Das Ende des Verkaufs von Flächen oder Wohnungen durch staatliche Organe.
- 512 • Förder- und Finanzierungsprogramme für selbstgenutztes Wohneigentum für Menschen
513 mit niedrigen Einkommen und ohne großes Startkapital
- 514 • Die Evaluierung/Stärkung von Mietkaufmodellen auch für privat vermietete
515 Immobilien Den Aufbau von Vermögen bei kleinen Einkommen fördern, durch:
 - 516 • die Reduzierung von Sozialabgaben für niedrige Einkommen,
 - 517 • die Option, bis zu 10% des Bruttolohns direkt in separate Geldanlageprodukte
518 überweisen zu lassen, mit Begrenzung des Betrags umgekehrt proportional zum
519 Einkommen und Auszahlung frühestens nach 5 Jahren, staatliche Anreize für
520 Unternehmen, nach Einkommen gestaffelte Vorzugspreise für den Kauf von
521 Unternehmensanteilen und für Projektanleihen für die eigenen Mitarbeitenden
522 anzubieten
- 523 • Als zentrales Element das weitere Hinwirken auf Löhne, die über die reine
524 Existenzsicherung hinausgehen, in allen Branchen und im ganzen Land.

Antrag W07: Kleine Konzessionsabgaben für kleine Gewerbebetriebe

Antragsteller*in:	Jusos Hamburg
Sachgebiet:	W - Wirtschaft, Finanzmärkte, Steuern & Kapitalismuskritik

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Die SPD-Bundesfraktion soll sich dafür einsetzen, dass die
- 2 Konzessionsabgabenverordnung (KAV), sowie das Energiewirtschaftsgesetz (EnWG)
- 3 dahingehend geändert werden, dass kleine Gewerbe- und Industriebetriebe für Strom
- 4 grundsätzlich als Sondervertragskund*innen gelten und nicht als Tarifkunden, sodass
- 5 sie grundsätzlich die niedrigere Konzessionsabgabe bezahlen. Die wegfallenden
- 6 Einnahmen für Gemeinden und Städte könnte man dadurch kompensieren, dass entweder die
- 7 Konzessionsabgabe für Sondervertragskund*innen allgemein und für alle gleich, oder
- 8 progressiv für die oberen 10 % aller Verbraucher*innen um einen vermutlich geringen
- 9 Betrag erhöht wird. Wir begrüßen zudem eine vergleichbare Regelung für die
- 10 Gasversorgung.

Begründung

Konzessionsabgaben sind eine Form der Bereitstellungsgebühr für das Strom- und das Gasnetz, die vom Staat, genauer, den Städten und Gemeinden erhoben werden. Ihre Höhe wird festgesetzt in der Konzessionsabgabenverordnung (KAV). Hierbei wird unterschieden zwischen Tarif- und Sondervertragskunden. Tarifkund*innen zahlen eine Konzessionsabgabe, die abhängig von der Größe der Gemeinde ist und im Falle von Strom 1,32ct/kWh bis 2,39ct/kWh beträgt. Sie machte vor der Energiekrise einen Anteil an den Stromkosten von etwa 7% aus, mittlerweile jedoch weniger. Für Städte und Gemeinden stellt die Konzessionsabgabe oft eine wichtige Einnahme dar. Sie wird vom Energieversorgungsbetrieb an die Kund*innen weitergegeben. Für Sondervertragskund*innen beträgt die Konzessionsabgabe lediglich 0,11ct/kWh. Als Sondervertragskund*in gilt, wer mindestens in zwei Monaten im Jahr einen gemessenen Verbrauch von 30kWh, oder einen Gesamtverbrauch im Jahr von mehr als 30'000kWh hat. Dies kann dazu führen, dass kleinere Gewerbebetriebe durch Energiesparmaßnahmen ihren Status als Sondervertragskund*in verlieren und somit auf einen Schlag pro kWh mindestens 1,21ct mehr zahlen müssen. Sollte ein Betrieb beispielsweise von 35'000kWh/a seinen Verbrauch auf 25'000kWh/a senken – was im Sinne der Nachhaltigkeit, des Klimawandels und der Energiekrise zu befürworten wäre – würde er statt vorher $35'000 \cdot 0,11 \text{ct} = 38,50 \text{€}$ auf einmal $25'000 \cdot 1,32 \text{ct} = 330 \text{€}$ zahlen. Trotz einer Verbrauchsreduktion von 10MWh, also etwa dem, was vier bis fünf Zweipersonenhaushalte im Jahr verbrauchen, würde der Betrieb somit etwa das acht- bis neunfache an Konzessionsabgabe bezahlen. Das halten wir für ungerecht. Und es steht der Energiewende und dem Klimaschutz im Wege. Derartige Fälle sind bereits mehrfach vorgekommen.

Antrag W08: Die junge Generation der „female and male breadwinners“: Der gerechte Weg zur Abschaffung des Ehegattensplittings

Antragsteller*in:	Jusos Bezirk Braunschweig
Sachgebiet:	W - Wirtschaft, Finanzmärkte, Steuern & Kapitalismuskritik

Die Versammlung möge beschließen:

1 Das Ehegattensplitting als antiquiertes Steuermodell manifestiert das patriarchale
2 Familienbild des in der Regel männlichen Alleinversorgerhaushaltes. Deshalb fordern
3 wir als Jusos seit Jahren die Abschaffung des Ehegattensplittings. Nun scheint unsere
4 Forderung endlich auch auf der bundespolitischen Bühne Gehör zu finden und in der
5 Regierungskoalition diskutiert zu werden. Diese Debatte zeigt, dass unser
6 feministischer Kampf für ein geschlechtergerechtes Steuersystem Früchte trägt. Nun
7 gilt es, unsere Vision des sozialistischen Steuersystems (Antrag 2023/W2)
8 auszugestalten, indem wir unserer Forderung zur Abschaffung des Ehegattensplittings
9 Nachdruck verleihen und die Abschaffung generationen- und geschlechtergerecht zu
10 gestalten:

11

12 **1. Abschaffung des Ehegattensplittings, aber wie genau?**

13 Die Forderung zur Abschaffung des Ehegattensplittings scheint zunächst einfach
14 umsetzbar. Die bisherige gemeinsame Veranlagung der Ehepartner:innen wird nicht mehr
15 vorgenommen und der Staat kann sich über entsprechende steuerliche Mehreinnahmen
16 freuen. Anders gesagt: Die Ehe würde nicht mehr steuerlich privilegiert und alle
17 Personen zahlen auf ihr Einkommen auch ihre eigenen Steuern. Allerdings wird im
18 Zusammenhang mit der Abschaffung des Ehegattensplittings häufig von einer Reform
19 gesprochen, die sich nur auf neugeschlossene Ehen beziehen soll. Die bereits
20 bestehenden Ehen sollen wegen des aus dem Rechtsstaatsprinzip abgeleiteten
21 Vertrauensschutz einer Art „Bestandsschutz“ unterfallen. Auch wenn es zum Teil
22 entsprechender Übergangsregelungen bedarf, um die finanzielle Mehrbelastung in den
23 bestehenden Ehen abzufedern ist ganz klar: Ein Bestandsschutz für das
24 Ehegattensplitting in bestehenden Ehen manifestiert das Patriarchat und widerspricht
25 der staatlichen Verpflichtung aus Art. 3 Abs. 2 GG geschlechtsbezogene Nachteile zu
26 beseitigen. Das Ehegattensplitting muss deshalb vollumfänglich und endgültig
27 abgeschafft werden, weil es einen geschlechtsbezogenen Nachteil darstellt. Neben der
28 fehlenden Geschlechtergerechtigkeit eines Bestandsschutzes ist dieser auch nicht
29 Generationengerecht. Durch die fehlende Möglichkeit in der jungen Generation durch
30 einen Eheschluss vom Ehegattensplitting steuerlich entlastet zu werden, trifft die
31 junge Generation eine steuerliche Mehrbelastung im Vergleich zu älteren Generationen,
32 obwohl diese im Hinblick der zukünftigen Herausforderungen eigentlich eine Entlastung
33 bräuchte.

34

35 Wir fordern:

- 36 • Die sofortige Abschaffung des Ehegattensplittings für neue und bestehende Ehen.

- 37 • Insbesondere unterstützen wir die Forderung in der Ampel-Regierung zur
38 Abschaffung der Steuerklasse V.
- 39 • Es bedarf sozialgerechter Übergangsregelungen bei der Abschaffung des
40 Ehegattensplittings. Durch die Abschaffung des Ehegattensplittings darf es nicht
41 zu einer finanziellen Überforderung einkommensschwacher Familien kommen.

42

43 **2. Den Spieß umdrehen: Die feministische Einkommenssteuer**

44 Auch die konsequente Abschaffung des Ehegattensplittings für neue und bestehende Ehen
45 birgt eine indirekte Benachteiligung junger Menschen. Im Gegensatz zu den älteren
46 Generationen können sie - zumindest soweit sie in gesetzlich anerkannten Ehen leben –
47 dann nicht auf das Steuersparmodell des Ehegattensplittings zurückgreifen, um ihren
48 eigenen Lebensstandard aufzubauen. Deshalb bedarf es einer äquivalenten Kompensation
49 der steuerlichen Vorteile, die im Gegenteil zum Ehegattensplitting auf die
50 Gleichstellung zwischen den Geschlechtern hinwirkt.

51

52 2.1. Ausgangssituation: Armutsgefährdung durch unterbrochene Erwerbsbiografien

53 Das Ehegattensplitting hat seit seiner Einführung in den 50er Jahren systematisch cis
54 Männer bevorteilt, indem durch die gemeinsame Veranlagung das höhere Einkommen
55 steuerlich entlastet werden kann und durch die Steuerklassenregelung eine höhere
56 Vorabbesteuerung des niedrigeren Einkommens möglich war. Dieses Anreizmodell, das den
57 männlichen Alleinversorgerhaushalt steuerlich besonders attraktiv gestaltet, hat dazu
58 geführt, dass Frauen in den letzten sechs Jahrzehnten faktisch zugunsten ihrer
59 Ehepartner auf die selbstbestimmte Ausführung von Erwerbsarbeit und große Teile ihres
60 Nettolohns verzichtet haben.

61

62 Dieses Missverhältnis gilt es durch politische Maßnahmen zu adressieren: Frauen sind
63 stärker armutsgefährdet als Männer. Der wichtigste geschlechtsspezifische Grund für
64 die besondere Armutsgefährdung von Frauen ist die vom Ehegattensplitting forcierte
65 Einkommensungleichheit. Frauen haben öfter Unterbrechungen in ihrer Erwerbsbiografie,
66 arbeiten häufiger in Teilzeit und verdienen durchschnittlich weniger Einkommen.
67 Statistische Berechnungen, wie der unbereinigte Gender-Pay-Gap, Gender-Care-Gap und
68 Gender-Pension-Gap zeigen eindrücklich, dass Frauen, insbesondere wegen der höheren
69 Care-Arbeitsquote über signifikant viel weniger Einkommen verfügen. Diese
70 Ungleichverteilung kann, entgegengesetzt zum Mechanismus des Ehegattensplittings,
71 auch durch steuerliche Anreize bekämpft werden. Der Staat übernimmt hierbei mit
72 seiner Steuerpolitik eine umverteilende Rolle und hilft dadurch die patriarchale
73 Machtkonzentration zu zerschlagen.

74

75 **2.2. Neue feministische Anreize für die Einkommenssteuer**

76 Die jahrzehntelange lohnsteuerliche Diskriminierung, sowie die besondere
77 Armutsgefährdung rechtfertigen eine Begünstigung von Frauen bei der Einkommenssteuer.
78 Es ist notwendig zur Prävention gegen Armut und zur gleichen Vermögensverteilung
79 unter den Geschlechtern die richtigen steuerlichen Anreize zu setzen. Frauen sind
80 wegen ihres (sozialen) Geschlechts besonders betroffen, weshalb der Faktor „Frau“ der

81 direkteste und wirkungsvollste Anknüpfungspunkt ist, um Anreize für die finanzielle
82 Geschlechtergerechtigkeit zu schaffen. Bedenken, dass eine lohnsteuerliche
83 Begünstigung von Frauen gegen den Gleichheitssatz des Art. 3 Abs. 2 S. 1 GG verstößt,
84 sind unbegründet. Der Förderauftrag des Staates zur tatsächlichen Durchsetzung der
85 Gleichberechtigung gilt auch bei faktischen Diskriminierungen und kann als Staatsziel
86 eine vorübergehende Ungleichbehandlung rechtfertigen, um diese Diskriminierung zu
87 kompensieren. Deshalb ist es richtig die Abschaffung des Ehegattensplittings mit der
88 Einführung einer Entlastung für Frauen in Erwerbsarbeit zu komplimentieren. Es soll
89 ein Entlastungsfaktor für Frauen im System der Einkommenssteuer eingeführt werden,
90 der die Steuerlast in Anlehnung an das Konzept des Grundfreibetrag senkt. Dieser
91 Faktor soll im bestehenden Modell der Einkommenssteuer als zusätzlicher Freibetrag
92 eingeführt werden, da es nach unserer Analyse keiner grundlegenden Reform der
93 Einkommenssteuer bedarf. Diese steuerliche Begünstigung soll durch eine
94 Dynamisierung langfristig auch wieder abgebaut werden, so dass beim Erreichen der
95 geschlechtergerechten Einkommensverteilung auch die lohnsteuerliche Belastung wieder
96 dieselbe sein wird, weil der zusätzliche Freibetrag sich aufgebraucht hat.

97

98 Wir fordern:

- 99 • Die Entlastung von Frauen bei der Einkommenssteuer durch die Einführung eines
100 zusätzlichen Steuerfreibetrags für Frauen.
- 101 • Die prognostizierten steuerlichen Mehreinnahmen durch den Wegfall des
102 Ehegattensplittings sollen sich bei der Umsetzung des Vorhabens als „Verlust“ in
103 den Steuereinnahmen durch die Einführung des Steuerfreibetrags widerspiegeln.
- 104 • Der zusätzliche Freibetrag soll sich nach Einführung dynamisch an der
105 Einkommensungleichheit orientieren und für jeden Veranlagungszeitraum neu
106 berechnet werden. Diese Dynamisierung soll dabei an den unbereinigten Gender-
107 Pay-Gap gekoppelt sein, der die geschlechtsspezifische tatsächliche
108 Einkommensdiskriminierung abbildet und damit eine gerechte Berechnungsgrundlage
109 schafft.
- 110 • Unsere Gesellschaft ist nicht zweigeschlechtlich, sondern divers. Diese
111 Einkommenssteuerreform muss in seiner Umsetzung queere Lebensrealitäten mit
112 einbeziehen und auf diese angepasste Lösungen beinhalten.

113

114 Ziel dieser Einkommenssteuerentlastung ist es, besondere steuerliche Anreize für
115 Frauen zu setzen. Durch diese Maßnahme ist es möglich, die patriarchale Unterdrückung
116 von Frauen in finanziellen Aspekten zu adressieren. Entgegen dem System des
117 Ehegattensplittings ist es für Frauen mit diesem Model besonders attraktiv
118 Erwerbsarbeit nachzugehen. Es führt dazu, dass lange Unterbrechungen in der
119 Erwerbsbiografie nicht mehr steuerlich belohnt werden, sondern die Wiederaufnahme der
120 Erwerbsarbeit attraktiv ist. Die steuerliche Begünstigung kann insbesondere in
121 heteronormativen Beziehungen Anreize setzen, die Care-Arbeit fair zu verteilen und
122 Erziehungszeiten unter den Partner:innen gleichmäßiger aufzuteilen. Diese
123 Steuerreform fördert moderne Familienbilder. Das Entlastungsmodell setzt wichtige
124 monetäre Anreize für Frauen, ohne dabei die individuelle Entscheidung zu stark zu
125 beeinflussen. Maßgeblich wirkt das Steuermodell als Ausgleichsmechanismus gegen den

126 Gender-Pay-Gap. Das massive Ungleichverhältnis in den Brutto-Löhnen wird, durch den
127 Mechanismus, die Diskriminierung bei den Netto-Löhnen zumindest etwas abschwächen und
128 dazu führen, dass Frauen mehr Geld zur Verfügung steht. Natürlich führt diese
129 steuerliche Regelung nicht zur Erledigung dieses Problems, jedoch ist sie ein
130 wichtiger Baustein dafür insbesondere jungen Frauen die Möglichkeit zu schaffen
131 finanzielle Autonomie zu erlangen.

132

133 Es ist also endlich Zeit den Spieß umzudrehen: Nach Jahrzehnten der lohnsteuerlichen
134 Diskriminierung von Frauen durch das Ehegattensplitting muss dieses endlich
135 abgeschafft und die Einkommen von Frauen steuerlich entlastet werden. Diese Maßnahmen
136 tragen dazu bei, die strukturellen Probleme bei der Einkommensungleichheit zu
137 bekämpfen.

Antrag W09: Portemonnaies leichter machen

Antragsteller*in:	Jusos Hessen-Nord
Sachgebiet:	W - Wirtschaft, Finanzmärkte, Steuern & Kapitalismuskritik

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Seit einigen Jahren kostet es Geld, Kleingeld bei Banken zu wechseln. Das ist
- 2 insbesondere deshalb ärgerlich, weil man Kleingeld fast nie freiwillig bekommt,
- 3 sondern aufgrund von absichtlich ungeraden Preisen (wie z.B. 9,99€), die Produkte
- 4 billiger erscheinen lassen sollen, als sie wirklich sind, bei Einkäufen selten auf
- 5 gerade Summen kommt.
- 6
- 7 Es werden Maßnahmen mit dem Ziel getroffen, die Bargeldabgabe bei Banken auch für
- 8 Kleingeld wieder kostenlos zu machen. Auch wird geprüft, inwiefern durch politische
- 9 Maßnahmen verhindert werden kann, dass Produkte
- 10 mit absichtlich ungeraden Summen, wie z.B. 9,99€, bepreist werde

Antrag W10: Gesetzliches Verbot von Multi-Level-Marketing (MLM) Systemen

Antragsteller*in:	JUSO Vorstand SPD-LV Rheinland-Pfalz
Sachgebiet:	W - Wirtschaft, Finanzmärkte, Steuern & Kapitalismuskritik

Die Versammlung möge beschließen:

1 Multi-Level-Marketing (MLM) Systeme basieren auf einem Geschäftsmodell, das nicht nur
2 ethisch fragwürdig ist, insbesondere weil es meist sehr dem illegalen
3 Schneeballsystem ähnelt, sondern auch erhebliche finanzielle Risiken für die
4 beteiligten Personen birgt. Die finanziellen Verluste, durch die hohen
5 Misserfolgsquoten führen zu erheblichen finanziellen Belastungen der Betroffenen,
6 wodurch sie, geleitet durch die Notlage, in weitere Verschuldungen verzwickt werden
7 und dadurch ein Teufelskreis entsteht. Meistens werden die neuen Mitglieder dazu
8 verleitet anfänglich sehr hohe Summen zu investieren, um ein erstes Kontingent zu
9 erwerben oder bestimmte "Punktsysteme" freizuschalten, ab denen erst eine
10 Gewinnausschüttung erfolgen kann. Dubiose Workshops, Events und weitere
11 Veranstaltungen, die meist zu Wucherpreisen verpflichtend wahrgenommen werden
12 müssen,
13 gehören leider ebenfalls häufig zur Realität solcher MLM-Systeme. Weiterhin handelt
14 es sich bei MLM-Systemen oft um irreführende Geschäftsmodelle, die häufig mit
15 unrealistischen Versprechungen von Reichtum und finanzieller Unabhängigkeit werben.
16 Die irreführenden Werbeaussagen der Unternehmen werden genutzt, um Menschen in das
17 System zu locken. Tatsächlich basiert der Erfolg in einem MLM-System jedoch meist
18 auf
19 der Rekrutierung neuer Teilnehmer*innen statt auf dem Verkauf von Produkten, was es
20 weiterhin in die Nähe eines Schneeballsystems rückt.

21 Zudem sind die sozialen und psychologischen Auswirkungen solcher Betriebe nicht zu
22 unterschätzen. Die Teilnahme an MLM-Systemen kann zu erheblichen sozialen und
23 psychologischen Belastungen führen. Teilnehmer*innen werden oft dazu gedrängt,
24 Freund*innen und Familie anzuwerben, was persönliche Beziehungen belasten und zu
25 sozialer Isolation führen kann. Darüber hinaus kann der Druck, kontinuierlich neue
26 Mitglieder zu rekrutieren und Produkte zu verkaufen, zu Stress und psychischen
27 Problemen führen.

28 Verbraucher*innenschutzrechte sind ebenfalls durch unlautere Geschäftspraktiken und
29 mangelnde Transparenz gefährdet. Viele MLM-Unternehmen legen ihre tatsächlichen
30 Einnahmen und Ausgaben nicht offen, was es den Teilnehmer*innen schwer macht,
31 fundierte Entscheidungen zu treffen. Den Verbraucher*innen werden nicht selten Dinge
32 versprochen in privaten Verkaufsgesprächen, die nach außen hin nicht nachweisbar
33 sind. Zudem fehlen oft klare Rückgaberechte und Garantien, was den
34 Verbraucher*innenschutz weiter schwächt.

35

36 Aus diesem Grund fordern wir ein gesetzliches Verbot von MLM-Systemen. Es ist ein
37 notwendiger Schritt, um Verbraucher*innen zu schützen und ethisch fragwürdige
38 Geschäftspraktiken zu unterbinden.

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag W11: Schließung von Steuerschlupflöchern bei internationalem Online-Shopping

Antragsteller*in:	JUSO Vorstand SPD-LV Rheinland-Pfalz
Sachgebiet:	W - Wirtschaft, Finanzmärkte, Steuern & Kapitalismuskritik

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Internationale Online-Shops und Versandhändler wie Temu, Shein, AliExpress und andere
- 2 nutzen bei der Einfuhr von Waren gezielt Schlupflöcher im Zoll und Steuerrecht.

- 3 Diese Praktiken führen zu erheblichen Steuerausfällen für Deutschland und die EU,
- 4 beeinträchtigen den fairen Wettbewerb und belasten die soziale Gerechtigkeit.

- 5 Daher fordern die Jusos Rheinland-Pfalz ein Maßnahmenpaket zur Schließung von
- 6 Steuerschlupflöchern bei internationalen Online-Shops. Die Zollkontrollen bei der
- 7 Einfuhr von Paketen aus dem Ausland müssen verstärkt werden, durch den Einsatz
- 8 moderner Technologien und Datenanalysen zur Identifizierung verdächtiger Sendungen.
- 9 Eine verpflichtende Registrierung und Meldung aller aus dem Ausland versendeten
- 10 Pakete soll eingeführt werden. Eine zentrale Datenbank soll eingerichtet werden, um
- 11 die Nachverfolgung und Überprüfung dieser Sendungen zu erleichtern und die
- 12 Transparenz sowie Effizienz der Zollbehörden zu erhöhen. Die bestehenden Gesetze
- 13 müssen überprüft und angepasst werden, um die Schlupflöcher zu schließen, die von
- 14 internationalen Online-Shops ausgenutzt werden. Es sollten strengere Sanktionen für
- 15 Unternehmen eingeführt werden, die gegen Steuer- und Zollvorschriften verstoßen, um
- 16 sicherzustellen, dass alle Unternehmen ihren fairen Beitrag leisten. Eine verstärkte
- 17 internationale Zusammenarbeit, insbesondere mit der EU, ist notwendig, um
- 18 einheitliche Regelungen und Kontrollen zu etablieren. Durch die Zusammenarbeit mit
- 19 internationalen Partnern kann die Durchsetzung von Steuer- und Zollvorschriften
- 20 verbessert und der globale Handel fairer gestaltet werden.

Begründung

Internationale Online-Shops nutzen diverse Methoden, um Steuern und Zollgebühren zu umgehen, was zu Milliardenausfällen bei den Steuereinnahmen in Deutschland und der EU führt. Diese Steuerausfälle bedeuten weniger finanzielle Mittel für wichtige soziale Projekte, Bildung, Gesundheit und Infrastruktur. Öffentliche Dienstleistungen und soziale Projekte sind direkt von diesen Einnahmen abhängig. Durch den Verlust dieser Mittel werden benachteiligte Gruppen noch stärker belastet, da weniger Geld für Unterstützung und Förderung verfügbar ist. Außerdem verzerren diese Praktiken den Wettbewerb. Durch die Schließung dieser Schlupflöcher können wir sicherstellen, dass alle Marktteilnehmer fair behandelt werden und die dringend benötigten Steuereinnahmen erhalten bleiben. Diese sind unerlässlich für die Finanzierung von Sozialprogrammen, öffentlichen Dienstleistungen und Infrastrukturprojekten, die allen Bürger*innen zugutekommen. Dieser Antrag soll an den Bundeskongress der Jusos weitergeleitet werden, um auf Bundesebene eine starke Positionierung und Handlungsaufforderung zu erreichen. Es ist unerlässlich, dass die Bundespolitik umgehend Maßnahmen ergreift, um diese Praktiken zu unterbinden und die Steuereinnahmen zu sichern

Antrag W12: Gemeinnützigkeit den Gemeinnützigen, nicht der Wohlstandslobby

Antragsteller*in:	Jusos Thüringen
Sachgebiet:	W - Wirtschaft, Finanzmärkte, Steuern & Kapitalismuskritik

Die Versammlung möge beschließen:

1 In Sachen Gemeinnützigkeit wird in der Bundesrepublik offensichtlich mit
2 zweierlei Maß gemessen. Während progressiven, linken Organisationen wie den
3 Vereinen Attac oder Campact die Gemeinnützigkeit aberkannt wurde, bleibt sie bei
4 neoliberalen und konservativen Lobbyvereinen wie dem Bund der Steuerzahler
5 (BdSt) bislang unangetastet. Begründet wurde die Aberkennung der
6 Gemeinnützigkeit von Attac durch das Finanzamt Frankfurt damit, dass sich Attac
7 „zu politisch“ engagiere. Demnach müsse ein Verein, der die allgemeine Förderung
8 des demokratischen Staatswesens oder die politische Bildung als Zweck verfolgt,
9 laut Attac-Urteil stets objektiv, neutral und geistig offen agieren, ohne zu
10 versuchen, politischen Einfluss im Sinne eigener Auffassungen zu nehmen. Diese
11 sehr enge Auslegung der Rechtsvorschriften bestätigte der Bundesfinanzhof 2021
12 in der letzten Instanz.

13 Der Bund der Steuerzahler ist dagegen mit mehrfacher Bestätigung verbrieft
14 gemeinnützig. Daran gibt es jedoch berechtigte Zweifel. Selbst bezeichnet sich
15 der Verein als „Finanzgewissen der Nation“. Dabei generiert er mit
16 populistischen Forderungen und Kampagnen für einen schlanken Staat, einer harten
17 Schuldenbremse und häufig spekulativen Behauptungen über öffentliche Ausgaben,
18 die vermeintlich im Interesse des Großteils der Bevölkerung wären, große mediale
19 Präsenz. Offensichtlich verstößt der BdSt ebenso gegen das Gebot des Verzichts
20 auf „Beeinflussung der politischen Willensbildung im Sinne eigener Auffassungen“
21 – wie ein Rechtsgutachten feststellt. Vielmehr überschritten die einseitigen
22 Lösungsvorschläge und die konkreten Umsetzungsforderungen an die Politik, die
23 einzig getragen von Partikularinteressen Vermögender und der
24 Unternehmer:innenschaft sind, diese ausgegebene Linie. Diese Zweiklassen-
25 Gesellschaft lehnen wir entschieden ab. In einem ersten Schritt müsste daher dem
26 Wohlstandslobbyverein BdSt die Gemeinnützigkeit aberkannt werden.

27 Das löst jedoch das grundlegende Problem nicht. Demokratie braucht das
28 Engagement von Organisationen und Vereinen, die auch politisch für ihre Zwecke
29 auftreten und Forderungen aufstellen können. Das ist aber durch die enge
30 Auslegung des Gemeinnützigkeitsrechts nicht ohne Probleme möglich. Folglich
31 führen die aktuellen Regeln zu einer weiteren Entpolitisierung der
32 Zivilgesellschaft, die wir für brandgefährlich halten. Wir schließen uns aus
33 diesem Grund den Forderungen der Allianz „Rechtssicherheit für politische
34 Willensbildung“ an. Dieses Bündnis setzt sich für eine Novellierung des
35 Gemeinnützigkeitsrechtes in der Bundesrepublik ein. Es braucht eine Novellierung
36 der Abgabenordnung und des dazugehörigen Anwendungserlasses, damit wichtige
37 zivilgesellschaftliche Akteure wie Attac und Campact wieder als gemeinnützig
38 eingestuft werden können. Konkret unterstützen wir dabei folgende Forderungen:

- 39 • Die Liste gemeinnütziger Zwecke gem. § 52 II AO muss um die Förderung der
40 Menschen- und Grundrechte, des Friedens, der sozialen Gerechtigkeit und
41 der informationellen Selbstbestimmung ergänzt werden.
- 42 • Es braucht eine Klarstellung, dass zur Zweckverfolgung auch die
43 überwiegende Einwirkung auf die politische Willensbildung und die
44 öffentliche Meinung sowie politische Akteure gehört. Dies sollte in einem
45 neuen § 52 III AO geregelt werden. Diese Ergänzung hilft sowohl den
46 Organisationen als auch den Finanzbehörden und beseitigt Unklarheiten.
- 47 • Zudem sollten in § 52 II Nr. 24 (“allgemeine Förderung des demokratischen
48 Staatswesens”) die Zusätze “im Geltungsbereich dieses Gesetzes” und “die
49 auf den kommunalpolitischen Bereich” gestrichen werden. Stattdessen ist
50 eine Ausformulierung notwendig, nach der demokratische Teilhabe und
51 insbesondere politische Bildung unter den Zweck fallen, jedoch keine
52 umfassende Unterstützung einzelner Parteien und Wahlgemeinschaften
53 erfolgen darf. Durch eine solche Änderung könnten sich gemeinnützige
54 Organisation auch auf kommunaler und EU-Ebene engagieren und sogar
55 internationale Initiativen unterstützen.

Begründung

Gemeinnützigkeit ist ein großes gesellschaftliches Gut. Wortwörtlich besagt sie, dass eine Organisation oder ein Akteur der Allgemeinheit dient und ihr einen Mehrwert erbringt. Aus diesem Grund wird die Gemeinnützigkeit in der Bundesrepublik mit Steuerprivilegien begünstigt. Gemäß § 51 i.V.m. § 52 I Abgabenordnung (AO) kann die Gemeinnützigkeit einer Körperschaft anerkannt werden, wenn ihre Tätigkeit darauf gerichtet ist, die Allgemeinheit auf materiellem, geistigem oder sittlichem Gebiet selbstlos zu fördern.

Vorteile sind insbesondere die Steuerbefreiung oder Steuerbegünstigung. Zudem können gemeinnützige Vereine Spendenbescheinigungen ausstellen, die den steuerlichen Abzug von Spenden an den Verein ermöglichen – das kann als großer Anreiz für potentielle Spender:innen gewertet werden. Nicht zuletzt bildet die Gemeinnützigkeit vielmals die Voraussetzungen, um diverse staatliche Zuschüsse und Fördermittel bekommen zu können.

Antrag X01: ROTES NETZ UND WEBSOZI NEU DENKEN

Antragsteller*in:	AG Jusos Baden-Württemberg
Sachgebiet:	X - Organisationspolitik

Die Versammlung möge beschließen:

1 Zur Weiterleitung an: SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Bundesparteitag, Juso
2 Bundeskongress

3 Das Konzept des Sozialen Netzwerks ist kein Neuland mehr, die Digitalisierung haben
4 wir aber verschlafen. Als Sozialdemokrat:innen sollte uns das Vernetzen mit Freunden,
5 Familie, Bekannten und Bürger:innen nichts fremdes sein, sondern in unserer Natur
6 liegen. Wir machen Politik mit und für Bürger:innen. Demnach müssen wir an unserer
7 Außenwirkung arbeiten, für jene, die sich über unsere Werte, Forderungen und Inhalte
8 schlau machen wollen.

9 **Unsere digitale Präsenz**

10 Deutsche verbringen im durchschnitt 20,2 Stunden pro Woche mit dem Smartphone im
11 Internet, somit beinahe einen ganzen Tag in der Woche. Je jünger, desto intensiver
12 ist aber die mobile Internetnutzung. Unter 40-Jährige verbringen durchschnittlich
13 sogar 31,8 Stunden pro Woche online, und davon über 80% per Smartphone. Während
14 Deutschland die letzten Jahrzehnte auf das Smartphone gänzlich umgestiegen ist,
15 schlagen wir uns noch mit einem Website-Tool herum, das für den Computer formatiert
16 ist und altmodische Webseiten produziert. Für Bürger:innen müssen wir in unserer
17 digitalen Präsenz allerdings folgendes kommunizieren: einfach, modern, verständlich
18 und geschlossen.

19 Über die „www.spd.de“ Webseite kann man sich kaum beschweren, Kreis- und
20 Ortsverbänden schlagen sich aber weiterhin mit WebSozi herum. Oft mangelt es am
21 Finanziellen und der örtlichen Expertise, eine ordentliche Webseite zu produzieren
22 und aktuell zu halten. Das Webseiten Tool „WebSozi“ ist dabei auch eher eine Hürde
23 statt Hilfe.

24 Das ist besonders schade, wenn wir daran denken, dass insbesondere in der Kommune die
25 Politik gemacht wird. Mit viel Glück gibt es ein Instagram oder Facebook Profil, von
26 kleineren Ortsverbänden im Ehrenamt kann aber nicht ein vollständiges Digitalkonzept
27 erwartet werden. Insbesondere im Hinblick auf das Jahr 2024, wo Kommunalwahl und
28 Europawahl vor der Tür stehen, wäre im heutigen Zeitalter ein sauberes digitales
29 Auftreten essenziell zum Erreichen einer potenziellen Wählerschaft. Ortsanliegende
30 müssen sich aber leider oftmals durch Webseiten navigieren, die von der
31 Instandhaltung und vom Layout schon einer digitalen Antiquität gleichen. Kurz und
32 knapp: ein einheitliches Konzept macht die digitale Präsenz für alle Teilhabenden
33 einfacher.

34 **Das SPD-Portal für Alle**

35 Statt einzelnen Kreis- und Ortsverbänden die Pflege der digitalen Repräsentanz über
36 ein altmodisches Tool zu überlassen, sollten wir unser Portal zentralisieren. Die
37 Zentralisierung würde allen Kreis- und Ortsverbänden ein einheitliches Bild
38 verschaffen und trotzdem Individualisierung ermöglichen. Unser WebSozi-Chaos uns

39 Link-Labyrinth würde hierdurch ein Ende finden und Platz für digitale Transformation
40 schaffen. Weil die Digitalisierung nicht nur Expertise unserer liberalen Partner ist.

41 **Was heißt das für uns?**

42 Ein SPD-Portal mit Profilen für Landes-, Kreis-, Ortsverbänden und ihren Mitgliedern.
43 Ein Portal à la Facebook, Instagram oder LinkedIn, nur für uns und jene, die sich
44 über die SPD schlau machen möchten. Wir fordern ein echtes rotes Netz, das eine
45 Anmeldung für Parteimitglieder ermöglicht. Mitglieder sollten die Möglichkeit haben
46 sich ein „Soziales Profil“ zu erstellen und im Anschluss anhand ihres Wohnortes dem
47 entsprechenden Kreis- und Ortsverbands Profil automatisch zugeordnet werden. Sie
48 sollten Beiträge hochladen können oder ihre anderen Kanäle wie Instagram oder
49 Facebook mit ihrem Profil verknüpfen können.

50 Die Profile der Landes-, Kreis- oder Ortsverbände sollen über einfache Links zu
51 finden sein wie z.B. "www.spd.de/bw" oder "www.spd.de/konstanz" und ebenfalls ihr
52 eigenes Profil haben. Die Mitglieder der jeweiligen Verbände könnten im Profil
53 angezeigt werden, ähnlich zu den vermeidlichen „Freunden“ auf Facebook. Auch hier
54 sollten Vorstandsmitglieder über das Profil Beiträge erstellen können, andere Social-
55 Media-Kanäle verknüpfen können und weitere Möglichkeiten zur Individualisierung und
56 Bewerbung geschaffen werden.

57 Aber auch Jusos sollten auf einer jungen und modernen Plattform repräsentiert sein
58 durch eigene Juso-Profile. Wenn insbesondere unter 40-jährige ihren Alltag im
59 Internet verbringen, so werden viele davon im Juso Alter sein und sich auch mit dem
60 Jugendverband auseinandersetzen wollen. Diesem Anliegen muss ebenfalls Rechnung
61 getragen werden.

62 Zur Vervollständigung des Netzwerkes sollten alle Profile über eine Suchleiste
63 und/oder einer interaktiven Deutschland Karte zu finden sein, um die Suche für
64 Besucher:innen der Webseiten zu vereinfachen.

65 **Feedback und Bugs**

66 Die Möglichkeit zur Abgabe von Feedback oder Bugmeldungen soll relativ simpel über
67 das Portal möglich gemacht werden. Insbesondere als Jusos ist und das Anliegen
68 wichtig: Wenn schon Digitalisierung, dann auch richtig. Die Weiterentwicklung dieser
69 Plattform ist nämlich integraler Bestandteil ihrer Funktionsfähigkeit und
70 Attraktivität.

Begründung

QUELLEN:

<https://www.zdf.de/nachrichten/digitales/smartphone-studie-handy-internet-100.html>

<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/633698/umfrage/anteil-der-mobilen-internetnutzer-in-deutschland/>

Antrag X02: Unsere Perspektive auf die Bundestagswahl

Antragsteller*in:	Jusos Bayern
Sachgebiet:	X - Organisationspolitik

Die Versammlung möge beschließen:

1 Die Bundestagswahl 2025 wirft ihren Schatten voraus und neben der schwierigen
2 Herausforderung im Spannungsfeld zwischen kritischem Blick auf die SPD in der Ampel
3 auf der einen und solidarischer Unterstützung im Wahlkampf auf der anderen Seite
4 wollen wir auch Lehren ziehen aus der Kampagne der letzten Bundestagswahl. Besonderer
5 Schwerpunkt soll hierbei auf dem Erfolg bzw. Misserfolg beim Setzen unserer Themen
6 und Visionen, dem Mitbestimmen des gesellschaftlichen Diskurses und dem Kommunizieren
7 unserer Erfolge als Jusos liegen.

8 Wir haben in den letzten drei Jahren gesehen, dass wir die 49er nicht als
9 verlängerter Arm der Jusos im Parlament wahrnehmen dürfen, selbst die nicht, die in
10 unserer Mitte politisch sozialisiert wurden und das Juso-sein verinnerlicht haben:
11 Sie sind Verbündete und unterstützen unsere politische Überzeugung und wir ihre
12 Arbeit - aber Jusos im Bundestag sind vor allem Abgeordnete. Zwischen den Sachzwängen
13 als Fachpolitiker*innen und dem Druck der Fraktion bleibt kaum Raum, Juso-Positionen
14 so laut zu vertreten, dass sie innerhalb der Fraktion Mehrheiten finden oder eine
15 öffentliche Debatte anstoßen würden.

16 Es ist als Jusos unsere eigene Aufgabe, die politischen Themen zu setzen, die wir in
17 der öffentlichen Debatte sehen wollen und die wir im politischen Handeln unserer
18 Partei wiederfinden wollen. Damit uns das gelingt, brauchen wir zur Bundestagswahl
19 ein klares Profil und eine Gesamterzählung auf das sich unsere Kampagne bezieht, mit
20 dem wir verbunden werden und das es uns ermöglicht, Druck auf die SPD aufzubauen.

21 Wir brauchen eine Gesamterzählung, damit die Menschen, für die wir Politik machen
22 verstehen, was für eine gute und gerechte Gesellschaft mit uns möglich ist. Wir
23 brauchen eine Gesamterzählung um den Untergangsszenarien der Rechten und
24 Konservativen etwas entgegensetzen zu können. Mit uns kann man wieder positiv in die
25 Zukunft schauen. Denn wir kämpfen für ein gutes Leben für Alle, für eine gerechte
26 Gesellschaft, für ein realistisches Aufstiegsversprechen und für eine Umverteilung
27 des Vermögens. In einer hochindividualisierten Welt wollen wir dem "jeder kämpft für
28 sich allein" eine starke sozialistische Bewegung entgegenstellen und jungen Menschen
29 eine Perspektive geben, warum es sich lohnt, für eine gerechte Welt und eine
30 lebenswerte Zukunft zu kämpfen.

31 Intern müssen wir uns dabei absolut im Klaren sein für wen wir Politik machen und wen
32 wir folglich auch erreichen wollen: Wir sind die Stimme für die 90 %, die dieses
33 Land, die diese Gesellschaft am Laufen halten.

34 Wir Jusos sind überzeugt, dass wir die Stimme in unserer Partei und der Gesellschaft
35 sein sollten, die die materialistischen Fragen adressiert und auf Ungerechtigkeiten
36 mit klaren politischen Maßnahmen antwortet. Daher wollen wir in unserem Profil ein
37 besonderen Schwerpunkt auf folgende Themen setzen:

- 38 • Wir fordern ein Grunderbe von 60.000€ zum 18. Geburtstag, damit alle erben, was
39 heute wenigen gehört

- 40 • Dazu wollen wir auch eine Reform der Erbschafts- und Vermögenssteuer damit
41 Superreiche nicht immer Reicher werden, extreme Vermögen nicht mehr vererbt
42 werden können und Eigentum gerecht verteilt wird
- 43 • Nach den gebrochenen Versprechungen durch die aktuelle Bundesregierung setzen
44 wir uns umso entschlossener für mehr bezahlbaren Wohnraum, insbesondere für
45 junge Menschen und Familien ein. Wir brauchen nicht nur mehr staatliche
46 Wohnungen, sondern auch eine Deckelung des Mietpreises und Umverteilung des
47 Wohneigentums - Immobilienkonzerne enteignen! Darüber hinaus wollen wir
48 insbesondere im ländlichen Raum jungen Familien helfen eigenes Wohneigentum zu
49 erwerben
- 50 Dabei entspricht es unserem Selbstverständnis, dass wir uns zum Kampf für die
51 Gleichstellung marginalisierter Gruppen bekennen und hierfür offen eintreten. Das
52 gilt aktuell besonders vor dem Hintergrund der erstarkenden Rechten
- 53 Als sozialistische Jugendorganisation werden wir uns für Azubis einsetzen, für
54 Studierende und Schüler*innen und für sie bessere Zukunftsperspektiven erstreiten,
55 indem wir ihre Themen in den gesellschaftlichen Fokus rücken:
- 56 • Wir stehen weiter zu unserer Forderung nach einer umlagefinanzierten
57 Ausbildungsplatzgarantie und wollen eine bessere Vergütung der Ausbildung
- 58 • Wir setzen uns für ein elternunabhängiges BAföG ein
- 59 • Wir wollen mehr Bildungsinvestitionen und ein Bildungssystem mit
60 bundeseinheitlichen Standards und Chancengerechtigkeit unabhängig vom Elternhaus
- 61 Ein wesentlicher Aspekt um jetzt und in Zukunft gut und glücklich zu leben ist auch
62 das Stoppen des Klimawandels und seiner Folgen.
- 63 • Wir stehen als Jusos zur sozialökologischen Transformation.
- 64 • Wir müssen Klimaschutz und den klimagerechten Umbau des täglichen Lebens gerecht
65 ausgestalten
- 66 • Der Staat muss sowohl als Akteur selbst aktiv werden, wie auch klare nachhaltige
67 Vorgaben und Rahmen für eine Transformation der Industrie setzen
- 68 • Wir fordern einen fahrscheinlosen und besseren ÖPNV sowie mehr Investitionen in
69 die Schiene
- 70 • Wir fordern eine zügige Einführung des Klimageld
- 71 Wir brauchen umfassende Investitionen in unsere Zukunft: Die Schuldenbremse muss
72 fallen, um den Herausforderungen der Zeit adäquat entgegenzutreten zu können, unsere
73 marode Infrastruktur zu sanieren und den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft zu
74 erhalten. Wir setzen uns dafür ein, dass die SPD nach der Bundestagswahl nur in eine
75 Regierung eintritt, wenn die derzeitige Schuldenbremse abgeschafft wird.

Antrag X03: Anträge mit landespolitischen Bezug nicht auf dem BuKo behandeln!

Antragsteller*in:	Juso AG-Landeskonferenz SPD-Landesorganisation Bremen
Sachgebiet:	X - Organisationspolitik

Die Versammlung möge beschließen:

1 Jedes Jahr setzen sich die Jusos mit einer Vielzahl von Anträgen auseinander, um die
2 Beschlusslage auf Bundesebene weiterzuentwickeln. Bei der Durchsicht der Anträge wird
3 dabei immer wieder deutlich, dass viele Anträge zum Bundeskongress geschickt werden,
4 die sich nicht nur mit Bundesthemen beschäftigen, sondern auch an vielen Stellen
5 landespolitische Forderungen thematisieren.

6 Hinsichtlich der ohnehin großen Anzahl von Anträgen ist dies immer wieder ein
7 eigentlich leicht zu verhinderndes Ärgernis, denn immerhin soll es auf dem
8 Bundeskongress um Anträge gehen, die alle Landesverbände und Bezirke betreffen. Die
9 Ausfinanzierung des Jugendfreizeits in Findorff oder die Forderung an den Bremer Senat,
10 den Ausbildungsfonds schneller umzusetzen, sind auf dem BuKo eher fehl am Platz. Das
11 muss nicht heißen, dass es schlechte Forderungen sind, nur gehören sie auf eine
12 andere Ebene.

13 Es gehört deswegen zum guten Ton, solche landespolitischen Bezüge anzupassen, bevor
14 man Anträge an den BuKo weiterleitet. Deswegen möge der Bundeskongress beschließen:

- 15 • Anträge erst dann zur Beratung zuzulassen, wenn eindeutig landespolitische
16 Bezüge ohne Relevanz für die Bundesebene von den Antragsteller*innen entfernt
17 oder neu formuliert werden.

Antrag X04: Vernetzungen und Bildungsarbeit auf Veranstaltungen der Bundesjusos verpflichtend machen

Antragsteller*in:	Jusos Brandenburg
Sachgebiet:	X - Organisationspolitik

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 • dass auf Bundesveranstaltungen der Jusos verpflichtend eine Vernetzung für
- 2 Queere Menschen stattfindet.
- 3 • dass simultan zur queeren Vernetzung ein Seminar zu Verbündetentum/Allyship
- 4 stattfindet.
- 5 • dass auf Bundesveranstaltung der Jusos verpflichtend eine Vernetzung für BiPoC
- 6 stattfindet.
- 7 • dass simultan zur BiPoC-Vernetzung ein Seminar zu kritischem Weißsein
- 8 stattfinden muss.
- 9 Die Vernetzungen und das Seminar der nicht-queeren Menschen & BiPoC darf nicht
- 10 während der Essenszeiten stattfinden, so soll eine adäquate Auseinandersetzung
- 11 gesichert werden. Dieser Raum soll als aktiver Vernetzungsraum moderiert werden.
- 12 Das Seminar für nicht-queere Menschen und weiße Menschen soll als aktiver Arbeitsraum
- 13 genutzt werden, um den Verband nachhaltig antirassistisch und queerfeministisch zu
- 14 gestalten.
- 15 Die Veranstaltungen, die von diesen Regelungen betroffen sein sollen, sind jene, die
- 16 mindestens eine Übernachtung beinhalten. (Beispielsweise: Projektwochenenden,
- 17 Bundeskongress o.Ä.)

Begründung

Die Jusos verstehen sich selber als queerfeministischer und antirassistischer Verband, dass dennoch Diskriminierung, in Form von queerfeindlicher- oder rassistischer Natur stattfinden sollte uns Anlass zur Reflektion liefern. Um unserem Anspruch als queerfeministischen und antirassistischen Verband gerecht zu werden, ist die Vernetzung und die Bildungsarbeit im Verband unerlässlich.

Bislang haben nicht auf allen Veranstaltungen queere Menschen oder BiPoC die Möglichkeit zur Vernetzung und auf nicht allen Veranstaltungen erarbeiten sich Menschen der Mehrheitsgesellschaft die Awareness, die es braucht, um ein guter Ally für marginalisierte Gruppen zu sein.

Aktiver Antirassismus und eine queerfeministische Haltung lassen sich durch gezielte Ermöglichungsstrategien erreichen. Diese Ermöglichungsstrategien sollten so aussehen, dass auf jeder Veranstaltung queere Menschen und BiPoC die Gelegenheit erhalten sich zu Vernetzen und simultan Menschen die der Mehrheitsgesellschaft angehören eine Bildungsveranstaltung besuchen. So kann der Verband aktiv antirassistisch und queerfeministisch sein. Denn: Vernetzung ist nicht nur Vernetzung, es schafft ein Netzwerk, was für marginalisierte Gruppen als Ort für Empowerment und zum Austausch bei Diskriminierungserfahrungen unterstützen kann.

Leider gab es schon zu viele Situationen auf Bundesveranstaltungen, in denen die Queervernetzung/ BiPoC-Vernetzung wortlos von der Tagesordnung verschwunden ist oder gar nicht angesetzt wurde. Es muss der Auftrag des Bundesvorstandes und des Bundesbüros sein, immer in der Lage zu sein, diese

Angebote zur Verfügung zu stellen. Es darf nicht sein, dass marginalisierte Gruppen in unserem Verband dafür einstehen müssen, dass diese Vernetzungen und Bildungsangebote stattfinden. Die marginalisierten Gruppen haben niemals eine Bringschuld und sollten niemals das Gefühl haben, für diese Orte der Vernetzung kämpfen zu müssen.

Antrag X05: Einheitliche Awareness Konzepte in der Partei

Antragsteller*in:	Jusos Hessen-Nord
Sachgebiet:	X - Organisationspolitik

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Bei Juso Veranstaltungen ist es oft schon Standard: Am Anfang werden Personen
2 vorgestellt, die für Awareness verantwortlich sind. Anders sieht es bisher jedoch in
3 der Partei aus. Deswegen soll in einem ersten Schritt
- 4 • ein parteiweites Awareness Konzept erstellt werden. Dieses Konzept soll in den
5 Unterbezirken als Mindeststandard eingeführt werden. Dieses Konzept soll einen
6 Leitfaden darstellen, wie bei Veranstaltungen auf Awareness geachtet werden
7 kann. Auch im Nachgang zu Parteiveranstaltungen sollen Ansprechpersonen benannt
8 werden, die eventuelle Probleme auch im Nachgang thematisieren können. ¶
 - 9 • In den Bezirken setzen wir uns für Ombuds-Kommissionen ein, die bei Problemen
10 vermitteln können, und die bei Problemen eine vermittelnde sowie eingreifende
11 Position einnehmen können. ¶
 - 12 • Für Mitarbeiter*innen, insbesondere die Geschäftsführer*innen der Bezirke und
13 Unterbezirke sollen Fortbildungen und Austauschmöglichkeiten geschaffen werden,
14 um die Mitarbeiter*innen zu ermächtigen, Probleme zu erkennen und eingreifen zu
15 können.

Begründung

Für den Großteil der Mitglieder ist die Arbeit für die Partei ehrenamtlich, und damit ein Zusatz zu bereits bestehenden Verantwortungen in der Familie, Beruf, Ausbildung, Schule oder Studium. Gerade weil es deswegen eine erhöhte Belastung ist, müssen wir für die Zukunft sicherstellen, dass sich alle Menschen in der Partei sicher und wohl fühlen. Awareness Konzepte können ein Schritt in die richtige Richtung sein. ¶

Wo Menschen sich einsetzen kommt es jedoch leider auch zu missbrauch, oder zur Wiedergabe bestehender gesellschaftlicher Probleme und Machtstrukturen. Es ist deswegen wichtig, Strukturen zu schaffen, die nach außen deutlich kommuniziert werden, und Ansprechpersonen zu benennen.

Antrag X06: Wir brauchen keine Rosen sondern Gleichberechtigung - Keine Blumen am feministischen Kampftag

Antragsteller*in:	JUSO Vorstand SPD-LV Rheinland-Pfalz
Sachgebiet:	X - Organisationspolitik

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Immer wieder bekommen weiblich gelesene Personen am 08. März, dem feministischen
- 2 Kampftag, Blumen geschenkt und das auch bei Ständen der SPD. Anstatt sich weiter für
- 3 eine echte Gleichberechtigung einzusetzen, wird sich bei FINTAs für "ihre Arbeit"
- 4 bedankt - egal ob bei unbezahlter Care-Arbeit, geringerem Gehalt in der Lohnarbeit
- 5 oder einfach weil sie tagtäglich das Parichart ertragen müssen.
- 6 Wir fordern einen echten Kampf für Gleichberechtigung und eine Rose hilft da nichts.
- 7 Des Weiteren sollen am feministischen Kampftag keine Blumen bei Parteiveranstaltungen
- 8 oder -ständen an FINTAs verteilt werden.
- 9 Feministischen Themen muss Raum in unserer Gesellschaft gegeben werden und das ohne
- 10 sie nett mit Blumen zu dekorieren zu müssen. Denn es geht nicht um Blumen, sondern um
- 11 unser aller Grundrechte!

Begründung

Erfolgt mündlich

Antrag X07: Deadnaming raus au den Parteibüchern

Antragsteller*in:	Jusos Sachsen-Anhalt
Sachgebiet:	X - Organisationspolitik

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 Sogenanntes Deadnaming soll in der Partei verhindert werden. Mitglieder unserer
- 2 Partei sollen zum rechtmäßigen Schutz ihrer Identität mit ihrem bevorzugten, statt
- 3 ihres amtlichen Namens erwähnt werden. Zur Änderung soll ein einfacher Antrag in die
- 4 zuständige Geschäftsstelle ausreichen.

Antrag Ini01: Awarenesskonzept

Antragsteller*in:	Juso-Bundesvorstand
Sachgebiet:	Z - Initiativanträge

Die Versammlung möge beschließen:

- 1 *Das folgende Awarenesskonzept benutzt einige Begriffe, die bisher in unserem Verband*
2 *nicht gängig sind. Daher sollen die im Anhang stehenden Begriffsdefinitionen als*
3 *Orientierung und Unterstützung für das Verständnis dieses Konzepts dienen.*
- 4 Bei den Jusos tolerieren wir weder Diskriminierungen, wie Sexismus, Rassismus,
5 Antisemitismus, Queerfeindlichkeit, Trans- und Homofeindlichkeit, Ableismus und
6 Klassismus noch Übergriffe und sexualisierte Gewalt. Jede*r soll sich auf unseren
7 Veranstaltungen so wohl und sicher wie möglich fühlen. Für uns gilt nicht nur der
8 Grundsatz „No means No“, sondern „Yes means Yes“.
- 9 Als Jugendverband sind auch wir Teil der Gesellschaft, die von verschiedenen
10 Herrschaftsverhältnissen und Machtstrukturen geprägt ist. Das Patriarchat, der
11 Kapitalismus oder unsere rassistischen Denkmuster führen zu Diskriminierung und
12 emotionaler oder physischer Gewalt. Wir erkennen diese Probleme als strukturell,
13 bekämpfen sie politisch und doch können wir uns nicht davon freisprechen, dass sie
14 auch in unseren Verband fortwirken.
- 15 Aus diesem Grund setzen wir uns mit Hilfe von Awarenessstrukturen präventiv gegen
16 Diskriminierungen und Gewalt gegenüber marginalisierten Personen auf unseren
17 Veranstaltungen ein. Diese Awarenessstrukturen sollen zum einen durch ihre
18 Anwesenheit und dauerhafte Erreichbarkeit zur Erweiterung von Handlungsmöglichkeiten
19 bei und Verhinderung von Diskriminierung, Übergriffen und Gewalt beitragen.
20 Gleichzeitig sollen Aufklärung und Präsenz zu Reflexion und Sensibilisierung der
21 Mitglieder unseres Verbandes gegenüber Privilegien und Diskriminierung beitragen.
22 Wann immer es trotzdem zu Diskriminierung, Übergriffen und Gewalt kommt, sollen
23 unsere Awarenessstrukturen Unterstützung anbieten oder organisieren und setzen klare
24 Grenzen gegen die Verletzung dieser Grundlagen. Unser Gesamtanspruch als Verband aber
25 auch an alle Mitglieder ist, dass sich niemand dieser Verantwortung entziehen kann.
- 26 Männer, weiße und cis-hetero Personen besitzen eine gesellschaftliche Machtposition,
27 ob sie dies intendieren oder nicht. Unser Verband ist ein Spiegel der Gesellschaft,
28 etwa in Hinblick auf die Repräsentanz in herausgehobenen Funktionen. Darüber hinaus
29 erkennen wir an, dass sich unser Verband durch offizielle und inoffizielle
30 hierarchische Funktionen konstituiert. So sehr diese Strukturen wichtig für den
31 Aufbau des Verbandes sind, können sie auch herausfordernd für die erfolgreiche
32 Awarenessarbeit sein. Bewusste wie auch unbewusste Grenzüberschreitungen von Personen
33 in (höherer) Funktion, sind für Betroffene mitunter besonders schwierig anzusprechen.
34 Daher ist in der Awarenessarbeit notwendig, dass ein kritisches Bewusstsein gegenüber
35 Machtstrukturen besteht und ständig Berücksichtigung findet. Das bedeutet etwa, die
36 ständige und nie abgeschlossene transparente Reflexion der Awarenessstrukturen in
37 Hinblick auf ihre Unabhängigkeit von Funktionen und Machtstrukturen. Wenn wir als
38 Gesamtverband als Grundsatz definieren, dass Awareness uns alle angeht, bedeutet das
39 für Personen in Funktion vor allem die Reflexion über die eigene Stellung im Verband

40 und die damit einhergehende Vorbildfunktion. Außerdem ziehen wir die Konsequenz, dass
41 unsere Awarenessstrukturen, wo nur möglich, von offiziellen Funktionen und
42 inoffiziellen Strukturen losgekoppelt sein sollen.

43 Seit längerem haben wir bei den Jusos Awarenesssteams auf unseren Veranstaltungen.
44 Allerdings haben wir festgestellt, dass unsere Strukturen aktuell noch nicht
45 ausreichen, um eine angemessene Awarenessarbeit bei den Jusos zu gewährleisten. Daher
46 haben wir uns grundlegend mit der Frage auseinandergesetzt, welche Strukturen noch
47 fehlen und was wir an unseren aktuellen Strukturen ändern können.

48 **Grundsätze der Awarenessarbeit**

49 Unsere Awarenessarbeit soll durch professionalisierte Strukturen den gesamten Verband
50 erreichen. Awareness bedeutet Achtsamkeit/Bewusstsein und beschreibt eine Haltung. Es
51 bedeutet Verantwortung für sich und andere zu übernehmen und auf
52 Unterdrückungsverhältnisse sowie auf Übergriffe und Gewalt zu reagieren. Denn klar
53 ist, dass Awarenessarbeit eine gesamtverbandliche Angelegenheit ist, auch wenn wir
54 die Verantwortung für die Awarenessstrukturen an bestimmte Personen übertragen
55 können. Das eigene Verhalten im Umgang miteinander kann nicht durch Awarenessarbeit
56 vollständig angegangen werden. Die Verantwortung aller spielt hier eine wichtige
57 Rolle. Uns ist allerdings bewusst, dass wir bei Diskriminierung und Gewalt von
58 strukturellen Problemen in Herrschaftsstrukturen reden, die nicht einfach durch
59 individuelle Verhaltensänderungen verschwinden. Trotzdem muss der Verband mit
60 Maßnahmen dafür sorgen, dass solches Verhalten nicht ohne Konsequenzen bleibt und
61 Strukturen geschaffen werden, die dagegen vorgehen. **Daher soll das Awarenesskonzept
62 langfristig im gesamten Verband, unter Achtung der unterschiedlichen Bedürfnisse und
63 Entwicklungen in den einzelnen Landesverbänden und Bezirken, angewendet werden!**

64 Awarenessstrukturen auf Bundes- und auf Landesverbands- und Bezirks-Ebene betrachten
65 wir stets gleichwertig und nicht in einem hierarchischen Verhältnis zueinander. Die
66 Intervention der ständigen Awarenesskommission ist nicht von höherem Gewicht als
67 diejenigen aus Landesverbands- und Bezirks-Strukturen. Auf Veranstaltungen der
68 Bundesebene ist stets vorrangig das veranstaltungsbezogene Awarenesssteam zuständig.
69 Außerhalb von Veranstaltungen stehen in unserem Verband die verschiedenen Strukturen
70 auf Landesverbands- und Bezirks- und auf Bundes-Ebene in Form der ständigen
71 Awarenesskommission zur Verfügung. Der sich meldende Person steht es frei, an welche
72 dieser Strukturen sie sich wenden möchte. Eine parallele Bearbeitung eines Falles in
73 sowohl der Landes- und Bezirks- als auch der Bundesebene ist nicht vorgesehen.
74 Mitglieder der ständigen Awarenessstrukturen auf Landesverbands- und Bezirks-Ebene
75 können kein Teil der ständigen Bundeskommission sein. Es ist ihnen aber möglich, Teil
76 der veranstaltungsbezogenen Awarenesssteams zu sein.

77 Unsere Awarenessarbeit folgt dem Konzept der Betroffenenengerechtigkeit. Im Rahmen
78 dieses Konzeptes sprechen wir den Betroffenen, also den Personen, die
79 Diskriminierendes, Übergriffiges oder Gewaltvolles erleben, eine Definitionsmacht
80 darüber zu, was sie erlebt haben. Wir leugnen keine Gewalt und stellen die
81 individuell erlebte Gewalterfahrung nicht in Frage. Die Arbeit der
82 Awarenessstrukturen wird hierbei von zwei Grundprinzipien getragen: Zum einen sind
83 die Bedürfnisse und Perspektiven der betroffenen Personen handlungsleitend,
84 gleichzeitig müssen die Strukturen ihrer Fürsorgepflicht für alle Mitglieder des
85 Verbandes – auch noch unbekannte und zukünftige Betroffene – gerecht werden.

86 Betroffenengerechtigkeit bedeutet auch, dass keine Handlungen ohne Kenntnis der sich
87 meldenden Person in die Wege

88 geleitet werden. Die finale Entscheidung über etwaige Interventionen trifft die
89 jeweilige Struktur. Diese Verantwortung wird ihr nicht aufgebürdet. Sie werden aber
90 immer gehört und ihre Perspektive wird in die konkrete Maßnahme einbezogen. Dafür
91 geben wir uns ein klares Verfahren. Deshalb wird im Rahmen der Awarenessarbeit
92 transparent klargestellt, dass jede Meldung zu einer kausalen Intervention führt. Die
93 Mitglieder der Strukturen dürfen nicht zu Geheimnisträger*innen gemacht werden. Das
94 wird zu Beginn jeder meldenden Person deutlich gemacht. Nur wenn sie damit
95 einverstanden ist, dass eine Intervention erfolgt, soll sie ihr Anliegen vortragen.
96 Die jeweiligen Interventionen können kreativ und bei Bedarf auch anonymisiert
97 erfolgen. Ansonsten verweisen sie die Awarenessstrukturen auf professionelle, externe
98 Hilfsangebote, die besser geeignet sind, ihren Bedürfnissen gerecht zu werden.
99 Konsequenzen für gemeldete Personen sehen wir nicht im Sinne einer Bestrafung,
100 sondern zur Wiederherstellung des Wohlbefindens der Betroffenen und dem Ziel der
101 Herbeiführung einer Verhaltensänderung bei der adressierten Person.

102 Außerdem wollen wir festhalten, was wir nicht als Awarenessarbeit sehen. Das umfasst:
103 Organisationspolitische Fragen über eine Veranstaltung, organisatorisches Feedback zu
104 Veranstaltungen, politische Konflikte und persönliche Streitigkeiten. Das heißt für
105 uns, dass wir achtsam dahingehend sind, dass Awarenessarbeit nicht aus genannten
106 Punkten missbraucht wird. Außerdem ist Awarenessarbeit keine polizeiliche oder
107 juristische Aufklärung. Die Awarenessstrukturen können auch nicht therapeutische oder
108 psychische (Not)fälle behandeln. Das kann und soll Awarenessarbeit nicht leisten.
109 Awarenessarbeit ist nicht ein Instrument zur Bestrafung von gemeldeten Personen,
110 sondern nimmt die Bedürfnisse betroffener Personen in den Blick.

111 **Struktur und Haltung der Awarenessarbeit**

112 Unsere Awarenessarbeit soll zukünftig auf drei Säulen gestellt werden:

113 1. Die bekannten veranstaltungsbezogenen Awarenesssteams, die auf Veranstaltungen
114 erreichbar sind,

115 2. eine ständige Awarenesskommission deren Mitglieder auch außerhalb von
116 Veranstaltungen ansprechbar sind und langfristiger aktiv werden können, und

117 3. zuletzt Bildungsarbeit, die im Verband zur Reflexion hierarchischer und
118 diskriminierungsfördernder Strukturen anregen soll.

119 Awarenessarbeit lebt von einer diskriminierungssensiblen, aufgeklärten Haltung, bei
120 der das Aktiv-Werden der Awarenessstrukturen zum Ziel hat, die Handlungsmöglichkeiten
121 der betroffenen Personen zu erweitern oder wiederherzustellen. Es geht dabei nicht um
122 Wahrheitsfindung, sondern um Anerkennung des individuellen Erlebens. Die betroffenen
123 Personen besitzen die Expertise für ihr eigenes Erleben und können dementsprechend
124 nicht in ihrer Wahrnehmung einer Situation von jemand anderem korrigiert werden. Wie
125 eine Situation erlebt wird, definieren die betroffenen Personen selbst! Gleichzeitig
126 garantieren wir, dass die Verantwortung für diesen Prozess und alle Interventionen
127 und Ergebnisse bei den Awarenessstrukturen liegen.

128 Menschen, die sich aufgrund von Diskriminierung isoliert, machtlos und
129 handlungsunfähig fühlen, sollen durch die Awarenessarbeit dabei unterstützt werden,
130 selbstbestimmt am Verbandsleben teilzunehmen. Gleichzeitig soll die Awarenessarbeit

131 ein Verbandsklima schaffen, dass diesem Ziel verpflichtet ist. Dafür ist es sehr
132 wichtig, dass nichts ohne Kenntnis der sich meldenden Person unternommen wird. Zu den
133 Gesprächen können die Awarenessstrukturen ein Gedächtnisprotokoll anfertigen, das
134 nach Abschluss des Falls vernichtet wird. Dabei ist klar, dass manche Maßnahmen nicht
135 ohne Weitergabe der Informationen ergriffen werden können.

136 Der Fokus auf die Erweiterung/Wiederherstellung von Handlungsmacht der betroffenen
137 Personen und auf die Schaffung eines sicheren Verbandsklimas setzt der
138 Awarenessarbeit auch klare Grenzen im Umgang mit gemeldeten Personen. Das Ziel der
139 Awarenessarbeit ist nicht deren Bestrafung. Konsequenzen für diese Personen müssen
140 immer vor diesem Hintergrund gezogen werden. Es ist nicht hilfreich, gemeldeten
141 Personen pauschal eine böse Absicht zu unterstellen. Stattdessen sollten, wenn dies
142 angemessen ist, erste Gespräche zu einem Perspektivwechsel einladen und die
143 Auswirkungen des Verhaltens auf die betroffenen Personen reflektiert werden. Dahinter
144 steht die Haltung, dass jede*r sich als gemeldete Person wiederfinden kann und
145 Fehlerfreundlichkeit unerlässlich ist. Wenn die Hürde zum Melden von Fällen und
146 Erkennen von Fehlern klein ist, können Strukturen angesprochen werden, bevor es zu
147 übergriffigem oder sogar nötigendem Verhalten kommt.

148 Kann durch diese Ansprache kein Zustand erreicht werden, indem die sich meldende
149 Person sich sicher und selbstbestimmt fühlt, können weitere Konsequenzen gezogen
150 werden, die im Leitfaden näher beschrieben werden. Wir werden hierfür die Awareness-
151 Arbeit auf Veranstaltungen durch AGB absichern, in denen unsere Grundsätze
152 verbindlich zur Grundlage der Veranstaltungsteilnahme normiert werden. Die
153 Entscheidung über nicht-kommunikative Interventionen (z.B. Alkoholverbot für
154 Veranstaltungen, Verweisung von Veranstaltungen, Sperre für künftige Veranstaltungen)
155 wird nach Unterrichtung und Empfehlung durch die Awarenessstrukturen durch
156 Bundesvorsitz- und Bundesgeschäftsführung getroffen.

157 Zu guter Letzt kommt gerade eine ehrenamtliche Awarenessarbeit nicht ohne
158 Selbstfürsorge ihrer Mitglieder aus. Diese müssen durch klare Strukturen vor
159 überfordernden, triggernden oder überlastenden Situationen geschützt werden und
160 sollen ermutigt werden, solche Situationen zu erkennen und mit Selbstschutz zu
161 reagieren. Der Juso Bundesvorstand wird deshalb mit der Erstellung eines konkreten
162 Leitfadens beauftragt. Gespräche sollen möglichst nicht allein geführt werden,
163 sondern immer mindestens zu zweit. Ist dies nicht zu ermöglichen oder folgt dem
164 Wunsch der sich meldenden Person, muss unmittelbar nach dem Gespräch eine zweite
165 Person aus der Struktur im Zweifel auch anonymisiert hinzugezogen werden. Zur
166 Vorbereitung der Awarenessarbeit gehört auch, eine Liste mit Telefonnummern für
167 professionelle Anlaufstellen, Notfallapotheken, Taxiunternehmen etc. bereitzustellen.
168 So sollen die Mitglieder der Awarenessstrukturen dazu befähigt werden, entschieden
169 und planvoll auf verschiedene Situationen zu reagieren. Jede Person in den
170 Awarenessstrukturen kann sich jederzeit für Befangen erklären und einen Fall an eine
171 andere Person der jeweils zuständigen Struktur abgeben.

172 Die Awarenessstrukturen werden nur auf Grundlage einer Meldung aktiv. Die Meldung
173 kann auch durch Mitglieder der Struktur selbst erfolgen. Zum Beispiel um
174 Interventionen in Form

175 allgemeiner Ansprachen durchzuführen. Die Strukturen arbeiten nicht aufsuchend. Das
176 heißt mutmaßlich betroffene Personen werden nicht auf Hinweis Dritter oder auf

177 Verdacht angesprochen. Auch müssen die Grenzen ehrenamtlichen Engagements respektiert
178 werden.

179 **Awarenessteams auf Veranstaltungen**

180 Bei allen Veranstaltungen des Juso-Bundesverbandes wird ein Awarenessteam eingesetzt.
181 Das Awarenessteam bietet Schutz und Ansprache, wenn sich ein*e Teilnehmer*in durch
182 eine andere Person oder Umstände bedrängt, belästigt, diskriminiert und eingeschränkt
183 fühlt. Über die zentralen Telefonnummern ist das A-Team bei den Veranstaltungen rund
184 um die Uhr erreichbar und muss in der aktiven Rolle nüchtern bleiben. Außerdem wird
185 die Zusammensetzung des A- Teams allen Teilnehmer*innen kommuniziert und vorgestellt,
186 sodass jederzeit klar ist, mit wem auch ein persönliches Gespräch gesucht werden
187 kann. Das A-Team kümmert sich um sich meldende Personen, führt unter Berücksichtigung
188 ihrer Perspektive ein Gespräch auch mit der gemeldeten Person und bereitet gemeinsam
189 Konsequenzen vor. Allen Meldungen wird nachgegangen und sie werden vertrauensvoll
190 behandelt. Grundsätzlich werden Informationen über die Vorfälle nicht außerhalb des
191 Awarenessteams kommuniziert. In Ausnahmefällen soll das in Absprache mit der sich
192 meldenden Person geschehen. Einmal am Tag trifft sich das Awarenessteam, um die
193 aktuelle Lage zu besprechen. In schwierigen und schwerwiegenden Fällen trifft sich
194 das Awarenessteam kurzfristig als Krisenrat.

195 Für die Mitglieder des Awarenessteams liegt die Definitionsmacht über die Wahrnehmung
196 und das Erleben von Gewalttaten bei den sich meldenden Personen. Gleichzeitig nimmt
197 das Awarenessteam auch eine eigene Bewertung der Situation vor. Hier gilt das
198 Prinzip: Im Zweifel für alle betroffenen Personen.

199 Das Awarenessteam stellt sicher, dass Betroffene zu jeder Zeit Ansprechpersonen zur
200 Verfügung haben, und ist selbst auf den Veranstaltungen präsent und erreichbar.
201 Mitglieder des Awarenessteams gehen, bevor sie Schritte einleiten, in Rücksprache mit
202 den sich meldenden Personen, um die dort bestehenden Bedürfnisse und Perspektiven
203 einzubeziehen und um die Person über die geplanten Schritte in Kenntnis zu setzen.
204 Um das Awareness-Team bestmöglich auf seine Aufgabe vorzubereiten, wird regelmäßig
205 Bildungsarbeit zu Grundlagen der Awareness-Arbeit angeboten.

206 *Zusammensetzung und Einberufung des Awarenessteams*

207 Ein veranstaltungsbezogenes Awarenessteam variiert in seiner Größe je nach der
208 Teilnehmendenzahl der Veranstaltung, es besteht jedoch immer aus mindestens 3
209 Personen im Sinne der Aufteilung: FINTA, BIPOC, cis-Männer. Das A-Team setzt sich
210 divers, aber mit mindestens 50% FINTA zusammen, die bei Veranstaltungen unseres
211 Verbands mitgewirkt haben. Außerdem wird das Awarenessteam mit BIPOC besetzt. Auch
212 Queere Personen sollen nach jeder Möglichkeit bei der Zusammensetzung berücksichtigt
213 werden. Amtierende Landesverbands- und Bezirksvorsitzende dürfen nicht Teil des
214 veranstaltungsbezogenen Awarenessteams sein. Zur rein organisatorischen Unterstützung
215 des veranstaltungsbezogenen Awarenessteams, ist ein Mitglied des Bundesvorstandes,
216 bei größeren Veranstaltungen möglichst zwei Mitglieder zuständig. Die Mitglieder des
217 Teams werden durch die für die
218 Veranstaltung zuständigen Mitglieder des Bundesvorstandes bestimmt. Dabei soll es
219 einen Pool an geschulten Personen geben, die dafür zur Verfügung stehen. Dafür sollen
220 die Verbände Personen beim Bundesvorstand melden können. Im Team sollen nach
221 Möglichkeit auch erfahrene Personen sein, die ihre Erfahrungen an neuere Mitglieder

222 weitergeben können.

223 *Aufgaben und Grenzen*

224 Die Aufgaben der veranstaltungsbezogenen Awarenesssteams beginnen mit Beginn der
225 Veranstaltung und enden mit ihrem Ende. Sie erstatten der ständigen
226 Awarenesskommission im Anschluss an die jeweilige Veranstaltung einen aus
227 Betroffenenperspektive möglichst anonymisierten Bericht über etwaige Vorkommnisse.
228 Dies kann gewährleisten, dass Personen, die wiederholt gemeldet werden frühzeitig
229 erkannt und ihnen durch geeignete Interventionen die Gelegenheit zu Einsicht gegeben
230 werden kann. Dies erfüllt auch unsere Fürsorgepflicht, in dem es verhindern kann,
231 dass Personen zukünftig zu Betroffenen werden. Sollten sich länger andauernde Fälle
232 ereignen, welche nicht im Rahmen der Awarenesssteams auf der Veranstaltung geklärt
233 werden können, werden diese in Absprache mit der sich meldenden Person ebenfalls an
234 die ständige Awarenesskommission übergeben. Das dient dem Schutz der Mitglieder der
235 veranstaltungsbezogenen Awarenesssteams und der Wahrung der Qualität der
236 Awarenessarbeit.

237 Die weiteren Aufgaben und Grenzen ergeben sich aus der Beschreibung der Haltung für
238 die Awarenessarbeit und dem Leitfaden. Im Vorfeld der Veranstaltung erhalten die
239 Mitglieder des veranstaltungsbezogenen Awarenesssteam einen Leitfaden und eine
240 Einweisung in die Awarenessarbeit. Während der Veranstaltung haben sie immer die
241 Möglichkeit, sich untereinander zu besprechen. Nach Möglichkeit soll, insbesondere
242 auf großen Veranstaltungen, auch mindestens eine Person aus der ständigen
243 Awarenesskommission im veranstaltungsbezogenen Awarenesssteam sein. Die Mitglieder der
244 veranstaltungsbezogenen Awarenesssteams sollen die Möglichkeit haben, herausfordernde
245 Fälle im Nachhinein in einer externen Supervision zu besprechen. Die hierfür
246 notwendigen Strukturen werden durch den Bundesvorstand im Rahmen der
247 organisatorischen und finanziellen Möglichkeiten geschaffen.

248 *Verbindung zum Bundesvorstand*

249 Um gemeldete Personen von einer Veranstaltung zu verweisen, muss die
250 Bundesgeschäftsführung und der*die Vorsitzende hinzugezogen werden, da dort das
251 Hausrecht auf Juso-Bundesveranstaltungen liegt. Dies geschieht nur mit Kenntnis der
252 sich meldenden Person, die über jede Weitergabe von Informationen an Dritte und die
253 Maßnahmen zum Erhalt der Vertraulichkeit informiert wird.

254 *Schulung*

255 Für die Mitarbeit in einem veranstaltungsbezogenen Awarenesssteam ist langfristig eine
256 Schulung notwendig. Diese kann zu bestimmten Terminen online stattfinden. Teilnehmen
257 können alle Personen, die bereit zur Awarenessarbeit auf Bundesebene sind. Aus den
258 Teilnehmenden dieser Schulungen ergibt sich der Pool für die Mitglieder der
259 veranstaltungsbezogenen Awarenesssteams. Direkt vor einer Veranstaltung sollen sich
260 alle Mitglieder des veranstaltungsbezogenen Awarenesssteams kennenlernen und das
261 gemeinsame Vorgehen besprechen.

262 **Ständige Awarenessarbeit:**

263 Für Awarenessfälle, die außerhalb von Veranstaltungen auftreten oder über die Zeit
264 einer Veranstaltung hinausreichen, soll eine ständige Awarenesskommission
265 eingerichtet werden.

266 *Besetzung*

267 Diese Kommission besteht aus fünf bis sieben Mitgliedern, deren Kontaktmöglichkeiten
268 auf unserer Website veröffentlicht werden. Die ständige Awarenesskommission setzt
269 sich divers, aber mit mindestens 50% FINTA zusammen. Außerdem wird das A-Team mit
270 BIPOC besetzt. Auch Queere Personen sollen nach jeder Möglichkeit bei der
271 Zusammensetzung berücksichtigt werden. Amtierende Mitglieder des Bundesvorstandes und
272 Vorsitzende von Landesverbänden oder Bezirken können nicht für die ständige
273 Awarenesskommission kandidieren.

274 Die ständige Awarenesskommission wird durch Akklamation auf dem Bundeskongress
275 nominiert. Der Bundeskongress legt hierfür zunächst die Anzahl der Mitglieder der
276 Struktur fest. Langfristig hat die bestehende Awarenesskommission die Aufgabe einen
277 transparenten und fairen Prozess zur Findung der Nachfolgekommission zu
278 gewährleisten. Für die erste Awarenesskommission muss der Juso Bundesvorstand ein
279 entsprechendes Verfahren organisieren. Vorschläge für die Struktur sollen im breiten
280 Verbandskonsens ermittelt werden. Hierfür gelten als gemeinsame Zielvorstellung, dass
281 die Vorgeschlagenen die notwendige Ausbildung und Verbandserfahrung sowie -kenntnis
282 besitzen, unabhängig ihrer Zugehörigkeit zu Verbandsgruppierungen.

283 Die ständige Awarenesskommission wird für eine Dauer von zwei Jahren gewählt. Die
284 Wahl findet jeweils auf dem Bundeskongress statt, auf dem nicht reguläre
285 Vorstandswahlen stattfinden. Abweichend hiervon wird die erste ständige
286 Awarenesskommission auf dem Bundeskongress 2025 mit einer einjährigen Amtszeit
287 gewählt.

288 Bei Beschwerden gegen Mitglieder der ständigen Awarenesskommission bildet sich
289 zunächst ohne Kenntnis und immer ohne Beteiligung der von der gemeldeten Person ein
290 Bearbeitungskreis aus der Mitte der Struktur. Dieser bearbeitet die Beschwerde nach
291 den Grundsätzen unserer Awarenessarbeit.

292 *Aufgaben und Grenzen*

293 Die Aufgaben der ständigen Awarenesskommission gleichen denen der
294 veranstaltungsbezogenen Awarenessteams. Allerdings unter unterschiedlichen
295 Voraussetzungen. Ihre Fälle sind langfristiger und häufig verfahrenreicher. Daher ist es
296 wichtig, dass die Awarenessarbeit mit den sich meldenden Personen regelmäßig und
297 fortlaufend besprochen wird.

298 *Zusammenarbeit mit dem Bundesvorstand*

299 Der Bundesvorstand hat kein Recht auf Auskunft durch die Awarenesskommission. Die
300 Kommission kann den Bundesvorstand jederzeit kontaktieren, um Feedback zur
301 Awarenessarbeit zu geben. Dieses Feedback muss im Bundesvorstand behandelt werden.

302 *Schulung*

303 Die Mitglieder der ständigen Awarenesskommission werden kurz nach ihrer Wahl (o.Ä.)
304 geschult. Diese Schulung geht über mindestens zwei Tage in Präsenz und wird von
305 professionellen Organisationen durchgeführt. Die Inhalte der Schulung werden von den
306 Durchführenden bestimmt.

307 Darüber hinaus haben die Mitglieder der ständigen Awarenesskommission einen Anspruch
308 auf bedarfsgerechte Supervisionen, die ebenfalls von einer außenstehenden,
309 entsprechend ausgebildeten Person durchgeführt werden. An diesen Supervisionen können

310 im Bedarfsfall auch Personen aus den veranstaltungsbezogenen Awarenesssteams
311 teilnehmen.

312 Alle Verbände können ihre Mitglieder ebenfalls zu diesen Schulungen/Supervisionen
313 anmelden. Wir arbeiten gemeinsam daraufhin, dass auch in den Verbänden entsprechende
314 Schulungen angeboten werden.

315 **Bildungsarbeit für Awareness**

316 Bildungsarbeit soll Fällen vorbeugen, in denen sich eine Person Diskriminierung und
317 Gewalt ausgesetzt fühlt. Dabei ist der Bundesvorstand in der Pflicht, auf seinen
318 Veranstaltungen neben den oben beschriebenen reaktiven Awarenessstrukturen auch
319 Workshops oder andere Bildungsmöglichkeiten einzurichten, die die Mitglieder des
320 Verbandes zur Reflexion von hierarchischen und diskriminierenden Strukturen und der
321 Rolle ihres Verhaltens in diesen Strukturen bewegen. Auch der Bundesvorstand selbst
322 muss seine Rolle in diesen Strukturen reflektieren und entsprechend gebildet werden.

323 **Evaluation**

324 Die Awareness-Arbeit muss im Verband akzeptiert und mitgetragen werden. Deswegen
325 sollen die Awarenessstrukturen alle zwei Jahre durch den Verband unter Einbeziehung
326 aller beteiligten evaluiert werden.

327 **Anhang**

328 **Betroffene Personen:** Personen, denen Diskriminierung, Belästigung,
329 Grenzüberschreitungen, Übergriffigkeit, Nötigung und/oder Gewalt widerfahren ist. Wie
330 sie dies für sich selbst definieren, obliegt ihnen, dass bezeichnen wir auch als
331 Definitionsmacht.

332 **Definitionsmacht:** Definitionsmacht bedeutet, dass die von Gewalt, Belästigung,
333 Grenzüberschreitung, Übergriffigkeit, Nötigung, Gewalt oder Diskriminierung
334 betroffene Person selbst definiert, welche Form der (sexualisierten) Gewalt oder
335 Diskriminierung sie erlebt hat und dabei die Begriffe wählt, die für sie das
336 Geschehene am besten beschreiben.

337 **Sich meldende Personen:** Personen, die sich bei einer zuständigen Awarenessstruktur
338 melden, um eine Beobachtung und/oder ein Erlebnis zu schildern.

339 **Gemeldete Personen:** Personen, deren Verhalten bei einer zuständigen Awarenessstruktur
340 als diskriminierend, grenzüberschreitend, übergriffig, gewalttätig und/oder nötigend
341 gemeldet wurde, werden so bezeichnet.

342 **Kausale/Bedarfsgerechte Intervention:** Eine Intervention ist ein (vermittelndes)
343 Eingreifen im Rahmen einer gemeldete Situation durch die zuständige
344 Awarenessstruktur. Auf jede Meldung folgt eine Intervention. Die Entscheidung über
345 die Art und Weise der Intervention obliegt der zuständigen Awarenessstruktur.

346 **Awarenessstrukturen:** Awarenessstrukturen sind die Gesamtheit der für Awarenessarbeit
347 zuständigen Institutionen innerhalb des Juso-Bundesverbands. Die zuständige
348 Awarenessstruktur kann das veranstaltungsbezogene Awarenesssteam oder die ständige
349 Awarenesskommission sein.

350 **Awarenesskommission:** Die Awarenesskommission ist die ständige Awarenessstruktur, die
351 für Meldungen außerhalb von Veranstaltungen des Juso-Bundesverbands und Fälle, die
352 über Veranstaltungen hinaus gehen, ansprechbar und verantwortlich ist.

353 **Awarenessteams:** Das Awarenessteam ist von Beginn bis Ende einer Veranstaltung des
354 Juso- Bundesverbandes die zuständige Awarenesstruktur. Es ist für die Dauer der
355 Veranstaltung für Meldungen ansprechbar und verantwortlich.